Der Arbeiterfreund

Karl Brämer, Victor Böhmert, Rudolph Gneist

Digitized by Google

Der Arbeiterfreund

Karl Brämer, Victor Böhmert, Rudolph Gneist

Digitized by Google

VII 4

Digitized by Google

VII 4

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Lm 206 XII 44

Der Arbeiterfreund.

Zeitschrift für die Arbeiterfrage.

Organ

des

Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.

Herausgegeben

von

Professor Dr. **Viktor Böhmert** in Dresden.

Sechsunddreißigster Jahrgang.

Berlin.

Verlag von Leonhard Simion.

1898.

Digitized by Google

STANFORD U I ITY
LIBR
STACKS
1978

Publ.
2

HD4802
A7
V.36
1898

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis

des

Jahrgangs XXXVI. des „Arbeiterfreund“.

Abhandlungen.

Seite

Volksgeselligkeit. Von Prof. Dr. Viktor Böhmert 1
Das neue Innungs- und Handwerkergesetz in seinen Grundzügen nach dem Gesetzestext und dessen Materialien. Von Regierungsrat Dr. jur. Seidel in Wiesbaden 18
Das Einkommen des Volkes in Preußen und Sachsen. Von Assessor Dr. Wilhelm Böhmert 28
Die Pariser Firma Chair und ihre Wohlfahrts-Einrichtungen. (Anläßlich des Todes ihres Chefs.) Von Leopold Katscher 56
Landrichter Dr. Karl Böhmert, ein Kämpfer für Menschenwohl und Volksfreude, geb. 17. August 1862, † 8. Juni 1898 137
Lehrlingsarbeit und Lehrlingswesen im Handelsgewerbe. Von Handelsschullehrer Oskar Linke 149
Die Erwerbsthätigkeit der Kinder unter 14 Jahren im Deutschen Reich. Von Max Schön in Berlin 174
Die Gehe-Stiftung zu Dresden, eine Hochschule für staatsbürgerliche Bildung. Von Dr. Paul Scheven 180
Deutsche Arbeitsstätten in ihrer Fürsorge für das Wohl der Arbeiter.
1. Die Arbeits- und Wohlfahrtseinrichtungen bei den Werften und in der Torpedowerkstatt der Kaiserlichen Marineverwaltung 196
Nr. 2. Seidenfabrik Gütermann & Co. in Waldkirch-Gutach in Baden. Von Max May 306
Der deutsche Schreiberstand. Eine sociale Betrachtung von A. Ziesche-Kiel 212
Vereinigungen von Eisenbahnbediensteten. Von Eisenbahndirektor de Terra 257
Die neue deutsche Auswanderungspolitik in ihrer Beziehung zur Arbeiterfrage und Socialgesetzgebung. Von M. H. Klössel-Dresden 280
Fürst Bismarck und die Arbeiterfrage. Von Prof. Viktor Böhmert . . 294
Zum 80. Geburtstage eines treuen Vereinsgenossen. Von Prof. Dr. Böhmert 369
Internationale Ehrung eines deutschen Ingenieurs. Von Prof. Dr. Böhmert 377

Digitized by Google

Seite

Das sächsische Fachschulwesen und die Dresdener Ausstellung der gewerblichen Unterrichtsanstalten Sachsens. Von Dr. Paul Scheven 383
Der Gemeinnützige Bauverein zu Dresden 396
Das Pariser Museum für Arbeiterwohlfahrt und Volkswirtschaft. Von Leopold Katscher 399

Handfertigkeit und Hausfleiß.

Das Programm der Lehrerbildungsanstalt pro 1898 221
Neuere Thatsachen auf dem Gebiete der Handfertigkeits- und Hausfleißbestrebungen 223
Neuere Litteratur über Handfertigkeit, Hausfleiß, Kinderbeschäftigung ꝛc. . . 224
Dr. Woldemar Götze †. 407
Chronologische Bibliographie der Werke und litterarischen Arbeiten von Dr. phil. Woldemar Götze 410
Der XIV. Kongreß des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit 413

Materialien für praktische Versuche zur Lösung der Arbeiterfrage.

Nr. 1—5. Neuere Förderungen und Bethätigungen in der Kleinwohnungsfrage. Von P. Schmidt 309
I. Die staatliche und verwaltungsbehördliche Fürsorge in der Wohnungsfrage 312
Nr. 1. Neuere, in den vorstehenden Ausführungen benutzte Litteratur und Quellen über die Kleinwohnungsfrage 326
Nr. 2. Grundsätze der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Hannover für Darlehen an Versicherte zum Bau von Arbeiterwohnungen . 329
Nr. 3. Allgemeine Grundsätze des Vorstandes der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Schleswig-Holstein betr. die Gewährung von Darlehen zum Zweck der Förderung gemeinnütziger auf die Herstellung geeigneter Arbeiterwohnungen und Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen gerichteter Bestrebungen 331
Nr. 4. Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten von Düsseldorf über die Beschaffenheit und Benutzung von Wohnungen, vom 21. Nov. 1895. 333
Nr. 5. Verordnung des königlich sächsischen Ministeriums des Innern, Bebauungspläne und Bauvorschriften betr., vom 30. September 1896 . 335

Litteratur über die Arbeiterfrage.

Recensionen:

Jahresbericht der Großherzoglich Badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1897. Erstattet an das Großherzogliche Ministerium des Innern. (Max May) 70
Der heutige Stand des deutschen Genossenschaftswesens. Von Dr. Hans Crüger, Anwalt des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. (Max May) 73
Die Zukunft des Socialismus von Georg Sulzer, Präsident des Kassationsgerichts des Kantons Zürich. (Justin Friedrich) 419

Digitized by Google

Seite

Das Reichsgesetz, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20. April 1892. Systematische Darstellung mit Kommentar nebst Entwürfen von Gesellschaftsverträgen und praktischer Anleitung zur Registerführung. Von Ludolf Parisius und Dr. Hans Crüger. (Max May) 422

Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Nr. 1. Herausgegeben von dem Vorstande des Vereins deutscher Arbeitsnachweise. Vorsitzender Dr. Freund. (Viktor Böhmert) 423

Bibliographie nach Materien geordnet:

1897.

VI. Lohn- und Vertragsverhältnisse. — Arbeitseinstellungen. — Schiedsgerichte 74

VII. Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen und gemeinnütziges Wirken für die arbeitenden Klassen 81

VIII. Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis. — Arbeiterkolonieen und Naturalverpflegung 83

IX. Erziehung, Bildung (auch Volksschriften), Familienleben, Unterhaltung und Vereinswesen, insbesondere hinsichtlich der arbeitenden Volksklassen 87

X. Lebenshaltung der Arbeiter. (Ernährung. — Volksküchen. — Haushaltung. — Kleidung. — Wohnung.) 89

XI. Lebensbeschreibungen und Kritiken 93

XII. Die Arbeiterfrage in der schönen Litteratur 95

1898.

I. Arbeiterverhältnisse und sociale Frage im allgemeinen. — Sklaverei- und Hörigkeitsfrage 425

II. Fabrikwesen. — Kinderarbeit. — Arbeiterschutz. — Arbeitszeit. — Sonntagsfrage 435

Vierteljahrs-Chronik.

Aus den wirtschaftlich-socialen Beobachtungsstationen. Die Industriestadt Chemnitz in ihrer Entstehung, Entwickelung und gegenwärtigen Lage. Von Max Günther 97

Wirtschaftlich-sociale Umschau. (Januar bis März) 103

Wirtschaftlich-sociale Umschau. (April bis Juni) 227

Wirtschaftlich-sociale Umschau. (Juli bis September) 345

Rückblick auf 1898. Viktor Böhmert 446

Berichte und Notizen:

Wirtschaftliches	106	230	350	449
Sociales	122	235	357	454
Arbeiterfrage	124	245	360	459
Totenschau	126	248	363	462
Ehrentafel	129	249	365	464

Digitized by Google

Innere Angelegenheiten des Centralvereins.

Seite
Neue Mitglieder seit 1. Januar 1898 134
Sitzungsprotokolle:
Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses am 7. Mai 1898 . 252
„ „ „ „ „ „ „ „ 4. Nov. 1898 . 473
Ordentliche allgemeine Versammlung der Mitglieder am 9. Dezember 1898 475
Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses am 9. Dezember 1898 481
Verzeichnis der Mitglieder im Vereinsjahre 1898 483
Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses für das Geschäftsjahr 1899 509

Sachregister für den XXXVI. Jahrgang 511
Personen-Namen-Register 516
Litteratur-Register 519

Digitized by Google

I. Abhandlungen.

Volksgeselligkeit.

Von Prof. Dr. **Viktor Böhmert.**

Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei! Wir Menschen sind gesellige Geschöpfe und schon infolge unserer Hülflosigkeit bei der Geburt und im Kindesalter auf Gefährten angewiesen, die sich unserer liebevoll annehmen. Solche Gefährten können ganz fremde Personen sein, welche aus Pflichtgefühl und allgemeiner Menschenliebe sich der Verlassenen und Hülflosen annehmen und ihnen allmählich wahre Freunde und edle Berater werden. Die natürlichsten Helfer und Genossen sind jedoch die Blutsverwandten, unter denen die Mutter in der Regel die erste Stelle einnehmen wird. Mutterliebe ist die reinste und selbstloseste Liebe; sie will nichts für sich haben, sondern nur für das hülflose Wesen sorgen, das ihr schon vor der Geburt teuer war und wie ein geweihtes, von göttlicher Huld ihr anvertrautes Familiengut erschien. Die Familie sollte als die erste, natürlichste und innigste Gemeinschaft menschlicher Wesen auch überall das Hauptziel und der Mittelpunkt der Geselligkeit sein. Glücklich alle diejenigen, die in ihrer eigenen Familie einen festen Haltpunkt für ihr Leben, eine stille Zuflucht im bunten Treiben der Welt, eine immer herzliche Ansprache und Aussprache bei frohen oder traurigen Ereignissen und Ruhe und Trost sowie Freude und Kraft im Kampfe ums Dasein finden!

Wer einsam ohne eigene Familie dasteht oder fern von ihr weilen und arbeiten muß, kann auch im treuen Freundeskreise Erholung, Glück und Befriedigung des Geselligkeittriebes finden. Immer aber wird ein befreundeter Familienkreis oder ein häuslicher Herd am besten geeignet sein, nach des Tages Arbeit Ruhe und Frieden, einfache Beköstigung und Erquickung, geistige Anregung durch Unterhaltung oder Lektüre zu gewähren und neue Kräfte für den kommenden Tag zu geben.

Digitized by Google

Die Fürsorge für ein reines, gesundes und frohes Familienleben, für ein wohnliches eigenes Heim, sei es auch noch so bescheiden, wird aus obigen Gründen immer der Hauptpunkt bei allen Wohlfahrtseinrichtungen für die unbemittelten Klassen sein. Jeder Fabrikant sollte sich entweder selbst oder durch Vertrauenspersonen auch um den Familienstand und die Familienwohlfahrt seiner Arbeiter kümmern und namentlich bei Beschäftigung von Kindern oder jugendlichen Personen sich zugleich als Miterzieher und Generalvormund derselben betrachten und alle unmündigen Arbeiter ohne Elternhaus zuverlässigen Familien anvertrauen, während Fabrikantenfrauen ihren Ehemännern geschäftlich am besten dadurch dienen können, daß sie sich der Arbeiterfrauen und Arbeiterfamilien bei freudigen und traurigen Familienereignissen, in Geburts- oder Krankheitsfällen, bei Konfirmationen, Hochzeiten 2c. liebevoll annehmen. Sie können dadurch zugleich dem socialen Frieden und dem öffentlichen Leben vortreffliche Dienste leisten.

Aber diese überall notwendige Pflege des Familienlebens braucht eine etwas erweiterte Gemeinschaft mit Volksgenossen und die Fürsorge für edle gesellige Erholungen, für wissenschaftliche Anregungen und künstlerische Genüsse in größeren Kreisen nicht auszuschließen. Nicht nur Erwachsene, sondern mehr noch Kinder bedürfen von Zeit zu Zeit des Gemeinschaftslebens, und die Veredlung der Volksgeselligkeit und Kindergeselligkeit bildet daher eine wichtige Aufgabe der Gegenwart, zumal da die Verkürzung der Arbeitszeit es allen Menschenfreunden, Arbeitgebern und Behörden nahe legt, dafür zu sorgen, daß die verlängerte freie Zeit nicht etwa zur Verschlechterung, sondern zur Verbesserung der Sitten und zur höheren Ausbildung und Kräftigung des heutigen Geschlechts verwendet werde. Insbesondere muß auf die Kinderwelt und auf die halberwachsene Jugend geachtet und für kräftigende Volksspiele und gute Volksunterhaltungen gesorgt werden.

Eine planmäßige Fürsorge für die Volksgeselligkeit empfiehlt sich nicht bloß im Interesse der geistigen und sittlichen, sondern auch der wirtschaftlichen Erziehung des Volkes. Es sind namentlich in den beiden letzten Jahrzehnten durch die Vereine gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und für Volkswohl große Anstrengungen gemacht worden, das deutsche Volk von dem Wirtshausleben abzuziehen und die Volksfreuden und das gesellige Leben in und außer dem Hause zu verbessern. Die Einrichtung von Volksunterhaltungsabenden und Volksheimen, die Vermehrung und bessere Ausstattung der Volksbibliotheken, und die Verbreitung billiger Volksschriften und guter Volksblätter,

Digitized by Google

die Veranstaltung von Unterrichtskursen, Leseabenden klassischer Stücke und Volkskonzerten, die Eröffnung freier Bühnen, wo populäre Schauspiele von litterarischem oder historischem Interesse in geschlossenen Räumen oder im Freien aufgeführt werden, unentgeltliche Führungen durch öffentliche Kunstsammlungen und gesellschaftliche Exkursionen in die freie Natur über Berg und Thal, in Wälder und Felder sind vielversprechende Veranstaltungen zahlreicher Bildungs- und Wohlfahrtsvereine, um die Bildungsgegensätze auszugleichen und die verschiedenen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft in freundschaftlichen Verkehr miteinander zu bringen.

Es sind auch bereits Untersuchungen über den Erfolg solcher Bestrebungen angestellt worden. Die Berliner Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen hatte dieselben schon im Jahre 1891 eingeleitet und beriet auf ihrer ersten Versammlung in Berlin über die wichtige Frage der Erholungen der Arbeiter außer dem Hause. Es waren zur Vorbereitung dieser Verhandlungen Fragebogen an mehr als 50 große Fabrikétablissements sowie an zahlreiche gemeinnützige Gesellschaften, Volksbildungsvereine, Arbeitervereine und Gemeindebeamte geschickt worden mit der Bitte um Auskunft über allerlei Veranstaltungen zur Erholung der Arbeiter, wie z. B. Fabrikfeste, Weihnachtsfeste, gesellige Zusammenkünfte des Fabrikpersonals, Sommerausflüge, Urlaubsbewilligungen an Arbeiter, Arbeiterheime, Frauen- und Mädchenheime, Lehrlingsheime, Lesеklubs und Gesangvereine für Arbeiter und andere Einrichtungen für Arbeiter. Einige Arbeitgeber erklärten allerdings die gestellten Fragen für sehr überflüssig, weil man die Vergnügungen vermindern und nicht vermehren solle, weil die Arbeiter schon viel zu genußsüchtig seien, weil an manchen Orten Pferdeknechte bereits Vorsteher von 3 Vereinen seien ꝛc. Aber die weit überwiegende Mehrheit der Arbeitgeber hatte den Zweck der ganzen Untersuchung nicht mißverstanden und den Versuch, die Volkserholungen zu veredeln, nur willkommen geheißen.

Es sind durch jenes Rundschreiben viele eigenartige Einrichtungen zum Besten der Arbeiter und manche beachtenswerte Urteile der Beteiligten bekannt geworden. Ein Arbeiter schrieb: „Jeder Arbeitgeber wird gut thun, die Zahl der Feste so viel als möglich zu beschränken, bei besonders freudigen Veranlassungen wirkt ein familiäres geselliges Zusammensein weit mehr auf den Arbeiter. An Wein und feine Speisen ist der Arbeiter nicht gewöhnt, er würde einfache, von Arbeitern selbst arrangirte Feste vorziehen.“ Eine große Fabrikfirma,

Digitized by Google

welche 4 Fabriken in Berlin, Hamburg, Berlin und Leipzig besitzt, teilte mit, daß die Firma im Sommer Ausflüge für die Fabrikangehörigen und deren Familien veranstalte, daß diese Sommerfeste aber an Interesse erst gewonnen hätten, seit sie von den Arbeitern selbst geleitet und auf Grundlage der Selbstverwaltung unter Mitbeteiligung der Familie des Chefs gefeiert würden, während sich früher jede Klage über die Feste gegen die Firma, als Veranstalterin, richtete.

Ganz besonders eigenartig sind die Erholungen, welche der Besitzer eines Sensen- und Gußstahlwerks in Österreich bietet, indem er soweit geht, seine Arbeiter auch an dem aristokratischen Vergnügen der Jagd zu beteiligen. Er schrieb darüber Folgendes: „Unmittelbar an den Werken haben die Arbeiter, welche Vergnügen daran finden, eine Jagd mit ca. 300 Joch zu ihrer Benutzung. Die Jagdkarten und Waffenpässe zahle ich selbst, damit der Familie kein Geld durch dieses Vergnügen entzogen wird. Was geschossen wird, gehört mir; es wird jedoch für jedes erlegte Wild pro Stück, je nach Gattung 1—3 Gulden Schußgeld gezahlt und ein Stück Fleisch, damit der Mann auch einen leiblichen Genuß davon hat. Ich habe dieses deshalb gethan, 1. weil es ein sehr gesundes Vergnügen ist, 2. damit sich die Arbeiter nicht „hart sehen", wenn sie und die Frauen lauter Kavaliere dem Jagdvergnügen huldigen sehen. An der Jagd beteiligen sich einige 20 meiner 120—130 Arbeiter." Der betreffende Arbeitgeber schloß seinen Bericht mit folgenden Bemerkungen: „Das Verhältnis zwischen meinen Leuten und mir ist das einer großen Familie, und ich schätze mich glücklich, dieses erreicht zu haben, nicht vielleicht meiner eigenen Sicherheit wegen, sondern wegen der eigenen inneren Zufriedenheit, welche nur durch das Gefühl gethaner Pflicht und erwiesener Liebe den Mitmenschen gegenüber erworben werden kann. Nichts trägt mehr zu gegenseitiger Freundschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei, als wenn wir unsere Vergnügungen mit den Arbeitern gemeinsam abhalten und ihnen vor Augen führen, daß auch wir im Leben nichts anderes haben, als wir ihnen bieten, nämlich natürliches, unverdorbenes Vergnügen."

Das Hauptergebnis der im Februar 1892 über die Erholungen der Arbeiter in Berlin gepflogenen Verhandlungen war: daß man die Veredelung der Arbeitererholungen und der Volksgeselligkeit überhaupt als eine besonders brennende Frage erklärte, weil durch die neuere Gesetzgebung, sowie durch die Fortschritte der Produktion, durch veränderte Sitten und freie Verträge die Zahl der wöchentlichen Arbeits-

Digitized by Google

stunden überall wesentlich verkürzt werde. Die beste Erholung und Ruhe nach der Arbeit des Tages müsse in der Familie und im eigenen Heim gesucht werden; aber tausenden fehle dieses eigene Heim oder es sei so eng und dürftig, daß man ihnen nicht nur in der Natur, sondern auch in besonderen Stätten der Geselligkeit außer dem Hause eine Auffrischung des Geistes und Gemütes bieten müsse. Es solle dadurch nicht der Vergnügungssucht Vorschub geleistet und nicht eine Vermehrung, sondern eine Veredelung der Erholungen und eine Verbesserung des geselligen Lebens überhaupt angebahnt werden. In den 10 Leitsätzen, welche in Berlin vorgeschlagen waren, wurde u. a. betont, daß die Arbeiter in erster Linie nicht Unterhaltung, sondern Unterhalt und gerechten und ausreichenden Lohn wünschen, und daß daher alle Verkürzungen des Lohnes zu gunsten von sogen. Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen und Erholungen zu vermeiden seien. Zwei andere Leitsätze hatten folgenden Wortlaut: „Es sollte durch ein besseres Beispiel von oben herab überall dafür gesorgt werden, daß Essen und Trinken aufhören, die Hauptsache bei geselligen Zusammenkünften zu sein.“ „Die ganze Geselligkeit und das Vereinswesen sollten gründlich umgestaltet und dahin gewirkt werden, daß die Angehörigen der verschiedenen Volksklassen wirklich wie Brüder und Schwestern miteinander persönlich verkehren und sich gegenseitig darin unterstützen, reine Freude am Dasein und tieferes Interesse an praktischer Arbeit und Handfertigkeit, wie an den Schätzen der Litteratur und Kunst überall zu verbreiten.“

Die Berliner Beratungen über die Erholungen der Arbeiter bestärkten wohl alle Beteiligten in der Überzeugung, daß die ganze Geselligkeit und das Vereinswesen der verschiedenen Volksklassen gründlich umgestaltet werden und daß man sich in fortlaufender Kenntnis von allen neuen Versuchen und von den Fortschritten älterer Versuche auf diesem Gebiete der Socialreform erhalten müsse. Die eigenartigen Einrichtungen des Dresdener Vereins Volkswohl mit seinen Volksunterhaltungsabenden, Volksheimen, Kinderspielen und Kinderfahrten in einem vom Verein erpachteten Waldpark fanden schon damals, im Februar 1892, in Berlin besondere Beachtung und im Mai 1897 ist der Dresdener Verein Volkswohl durch den Besuch von 23 Herren der deutschen Centralstelle für Wohlfahrtseinrichtungen, teils aus Berlin, teils aus Hannover, Hamburg, Kiel, aus Rheinland, Westfalen und aus anderen Teilen Deutschlands beehrt worden, welche unter Führung des Herrn Geh. Oberregierungsrat Dr. Post eine

Digitized by Google

Informationsreise durch Sachsen, Böhmen, Schlesien zur Besichtigung von Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen unternommen hatten.

Diese Herren fanden etwas Charakteristisches der Dresdener Bestrebungen darin, daß man erstens nicht die Arbeiter als besonderen Stand hervorgehoben und keine Arbeiter-Unterhaltungsabende, sondern Volksunterhaltungsabende, keine Arbeiterheime, sondern Volksheime ins Leben gerufen hat und die Hebung der Volksgeselligkeit überhaupt bezweckt und daß man zweitens die Förderung der Kindergeselligkeit sowohl in der Stadt, wie auch draußen in einem Waldpark in 12 Waldrevieren ganz besonders anstrebt.

Da bei der Hebung der Volksgeselligkeit die Förderung des Familienlebens und der Kindergeselligkeit ganz besondere Beachtung verdient, so möge an dieser Stelle ein Bericht des Landrichters Dr. Karl Böhmert, des Schöpfers und bisherigen Leiters der Dresdener Kinderfahrten, mitgeteilt werden, welcher auf dem 91. Dresdener Volksunterhaltungsabende am 6. März 1898 zum Vortrag kam. Dieser bereits im Oktober 1897 abgefaßte Bericht über das Entstehen und die Entwickelung der Dresdener Kinderfahrten bis zum Herbst 1897 lautet folgendermaßen:

„Es ist im vorigen Jahre das vierte Mal gewesen, daß der Verein Volkswohl in der Sommerszeit tausende von Kindern hinaus in die Heide, hinaus in den grünen Wald geführt und ihnen dort einige fröhliche Stunden zu bieten versucht hat. Es ist daher wohl an der Zeit und am Platze, daß der Verein seinen Mitgliedern einmal darzulegen sucht, wie er zu dieser umfassenden Organisation der Geselligkeit von etwa 3000 Kindern von Vereinsmitgliedern gekommen ist, wie er dieselben eingerichtet hat und was er mit derselben sowohl für die Kinder wie für die Erwachsenen bezweckt.

Was der Verein Volkswohl will und was er eingerichtet hat, ist wohl allen Beteiligten bekannt. Sie wissen, welcher Gewinn es für die Geselligkeit der Mitglieder gewesen ist, als der Verein ihnen auch im Walde, im Heidepark einen freundlichen Aufenthalt bieten konnte, und an diesen Wald hat sich nun die Organisation der Kindergeselligkeit angeknüpft. Ursprünglich wurde gar nicht klar erkannt, wohin eigentlich die ganze Sache hinauswollte, was sich daraus entwickeln könnte. Die Heidefahrten sind im Sommer 1893 entstanden. Der Verein hatte ein Stück Waldareal in der Heide vom Finanzministerium überlassen erhalten, eine Schutzhütte und Bänke und Tische errichtet und machte in den Zeitungen bekannt, daß erholungsbedürftige Kinder

Digitized by Google

vom Postplatz unentgeltlich nach dem Heidepark befördert würden. Es sollte eine Art Ferienkolonie für schwächliche Kinder errichtet werden. Aber es fanden sich bei der ersten Heidefahrt schon 200, bei der zweiten 500, bei der dritten 1200 Kinder ein. Da Schulferien waren, war eine Auswahl nicht möglich. Es hieß also, daß nur Kinder von Mitgliedern mitfahren dürften, aber nun traten hunderte von Familien aus der Altstadt dem Verein bei und nach wie vor wollten tausend Kinder hinausfahren. Da konnte nicht mehr daran gedacht werden, eine Milchkolonie für vielleicht 200 schwächliche Stadtkinder einzurichten. Da waren ganz andere Aufgaben gestellt. Gesundheit bot ja der Aufenthalt im Walde allemal, aber es mußte nicht die Gesundheitspflege, sondern die Geselligkeitspflege der Kinder organisirt werden.

Es ist das der Gesichtspunkt, der festzuhalten ist, das Neue an der ganzen Sache: die Organisation der Kindergeselligkeit unter unbemittelten Stadtkindern im großen. Hören Sie nun, wie wir das angefangen haben. Zur Organisation von Menschenmassen gehört zuerst die Einteilung. Einen guten Maßstab bot der Straßenbahnwagen, der immer 100 Kinder faßt. Also es wurden für jeden der Wagen 1 bis 10 je 100 Fahrscheine mit Nr. 1—10 ausgegeben und nun war jedes Kind einem Wagen zugeteilt. Aber es war natürlich, diesem Wagen auch einen Platz im Walde entsprechen zu lassen. Es wurden in dem Kiefernwalde links der Radebergerstr. 12 kleinere Spielplätze eingezäunt, und nun hatte jeder Wagen und mit ihm jedes Kind sein bestimmtes Revier. Aber die 100 Kinder in jedem Revier wollten ihre Beschäftigung, Aufsicht, Unterkunft, Trank ꝛc. haben. Da wurde zunächst zwischen Mädchen und Knaben geschieden. Knaben sind lebhafter, brauchen weitere Flächen; also neben den 12 Waldrevieren wurde ein einziger großer Knabenspielplatz geschaffen, auf dem ein Turnlehrer die Aufsicht führt. Nach Eintreffen der Kinder werden in jedem Revier die Knaben gesammelt und zum gemeinsamen Spiel auf den großen Spielplatz geführt. Es bleiben also etwa 60 Mädchen und kleine Kinder im Revier zurück. Was aus ihnen machen? Zunächst Aufsicht! Aufsicht ist die Hauptsache, Aufsicht ist alles. Es haben sich opferwillige Helferinnen, unsere Revierdamen gefunden, welche die Spiele in den Revieren leiten. Es ist das keine kleine Anstrengung und man muß ihnen herzlich danken. Freilich haben sie auch recht viel Freude und innere Befriedigung davon. Aber wir können noch recht viel Helferinnen brauchen —

Digitized by Google

und da möchte ich eine Bitte an unsere Mitglieder richten. Es giebt sicherlich ältere, rüstige Frauen aus dem Volke, die Liebe zu den Kindern haben, es gehört natürlich auch Herz für die Sache dazu. Sie können uns viel nützen. Der Verein Volkswohl versucht für alle Klassen unseres Volks den Rahmen zu schaffen, in dem ihre Kinder eine reine bildende Geselligkeit finden können. Dazu gehört aber auch, daß diese Klassen geeignete Kräfte, wo sie vorhanden sind, zur Verfügung stellen. Eine unserer besten Helferinnen, die ausgezeichnet mit den Kindern umzugehen versteht und an der die Kinder mit großer Liebe hängen, ist eine 70jährige Frau aus dem Volke. Im Revier findet man also zunächst Mädchen, kleine Kinder und möglichst viele Aufsichtsdamen, Revierdamen. Für deren Beschäftigung muß gesorgt werden; daher in der Mitte des Reviers ein von Bäumen befreiter Spielplatz, zu seiner Seite Bänke und Tische, ein Sandplatz für kleine Kinder, eine Bank zum Vorlesen, zur Unterkunft ein Schutzzelt, an einer Stelle im Revier Waschbecken, Handtuch und Gläser und endlich eine Blockhütte für die Geräte und Spielsachen. Da wird nun gar fröhlich gespielt. Um 4 Uhr läutet's zur Vesper. Die Knaben eilen vom Knabenspielplatz in ihre Reviere. Und nun geht's an das Milchtrinken! Die schmeckt wohl manchem prächtig. Aber, wer soll die Milch für 1200 Kinder hin- und hertragen, die Kannen in Ordnung halten? Dazu brauchen wir ein kleines Heer von Hülfskräften und das haben wir in unseren Knaben- und Mädchenwehren gefunden. Bei ihnen setzt die eigentliche wirksame Organisation der Kindergeselligkeit ein, während die übrigen jungen Teilnehmer an den Heidefahrten sich gleichsam nur auf der Vorstufe befinden. Die Ordnungsknaben und -Mädchen sind in der Hauptsache aus der obersten Klasse der Bezirksschulen genommen. Im allgemeinen hat jedes Revier 5 solcher Knaben und 5 solcher Mädchen, von denen jedem ein Amt im Dienste der Heidefahrten, der Kinderfreude obliegt. Der Kassenwart hat die Milchmarken zu verkaufen und die Milch auszugeben, der Spielwart hat auf Spiele und Geräte zu achten, der Schriftwart hat kleine Konzerte und Theateraufführungen zu veranstalten, dem Buchwart liegt die Sorge für die Bibliothek ob, der Turnwart hat die turnfähigen Knaben am Beginn der Heidefahrt um sich zu sammeln und auf den Knabenspielplatz zu führen. Ingleichen haben die Mädchen ihre Aufgaben: eins soll mit den kleinen Kindern am Sammelplatze spielen, zwei die Bewegungsspiele leiten, eins vorlesen, das andere nähen. — Für die Knabenwehr besteht

Digitized by Google

aber noch ein ganz besonderer Anziehungspunkt. Sie hat ihre Blockhütten und ihre Schulgärten. Daß unseren Stadtkindern die Freude gegönnt wird, einmal ein kleines Gärtchen zu bebauen und daß diese Idee anspricht, beweisen die vielen Geschenke, die für die Schulgärten eingegangen sind. Das Jahr 1897 war das erste Jahr der Schulgärten, ein Versuchsjahr; aber mit der Zeit werden die Jungen wohl mehr und immer mehr ihr Gärtchen schätzen lernen.

Sind nun damit die Aufgaben und Freuden unserer Ordnungsknaben und Mädchen erschöpft? Nein, es liegt ihnen noch gar mancherlei anderes ob. In unserem Heidepark befindet sich noch ein Naturtheater und ein 4000 Quadratmeter großer Spielplatz. Wir dürfen das alles nicht müßig liegen lassen. Wir haben es in der That unternommen, die Geselligkeit der Kinder auch in der Richtung auf die edleren Freuden des Lebens, auf Schauspiel, Turnen, Musik und Tanz zu organisieren, natürlich in den Grenzen, wie sie durch die kindliche Natur geboten sind. Diese Bildungsarbeit für edle Lebensfreude kann allerdings nicht bloß in den wenigen Heidefahrtentagen getrieben werden, sondern erstreckt sich auf das ganze Jahr. Wie vermögende Eltern sich zur Abhaltung von Gesang-, Tanz- und Turnstunden vereinigen und Theaterstücke von Kindern in ihrem Familienkreise aufführen lassen, so kann unser Verein Volkswohl dies durch seine Organisation für größere Mengen von Kindern thun, deren Eltern die Mittel dazu allein nicht aufzubringen vermögen. Unsere Familie Volkswohl hält also im Winter auch für ihre Knaben- und Mädchenwehren Lesestunden, Musikstunden, Reigen- und Turnspielstunden ab. Und die Kinder sind gar eifrig bei der Arbeit, denn sie wissen, daß sie mit ihren Darstellungen in erster Linie den Angehörigen eine Freude machen. Ich brauche unser Naturtheater und den Spielplatz nicht weiter zu schildern. Viele von Ihnen haben ja wohl die Aufführungen von Wallensteins Lager, von den Uhlandschen Gedichten, von den Stücken von Hans Sachs und die Darstellung der „Deutschen Treue" gesehen. Sie haben sich an dem ländlichen Fest in Tirol und an den munteren Wettspielen auf dem großen Spielplatze gefreut, von denen schon der eine oder andere Knabe ein gutes Buch mit nach Hause gebracht hat. Wir wollen unserer deutschen Jugend auch die Freude an der gesunden Körperausbildung verschaffen, welche die Engländer als den Hauptteil ihrer Erziehung betrachten.

Mit unserer Organisation der Kindergeselligkeit läßt sich aber noch gar manches Bildende und Nützliche verbinden. Das ist eben der Vor-

Digitized by Google

teil einer großen Organisation wie der unsrigen, daß sie im Großen arbeiten kann, daß eins ins andere greift, daß sie für alle Arbeiten einen anfeuernden Zweck setzen kann. So nähen die Mädchen Leinewand für die Zelte oder Anzüge für ihre Aufführungen und erhalten dabei etwas Haushaltungsunterricht, die Knaben binden ihre Rollen oder Bibliotheksbücher ein und werden in der Handfertigkeit geübt. Die Kinderfahrten bergen noch viele Keime für eine gesunde Ausgestaltung der Kindergeselligkeit in sich."

* * *

Der im Vorstehenden mitgeteilte Bericht des Vorstehers des Dresdener Heideparks führt mitten hinein in das Entstehen und ganz allmähliche Wachsen der Dresdener Kinderfahrten und der Einrichtungen, die sich daran anknüpfen. Aus dem ersten bescheidenen Plane einer Ferienkolonie oder Milchkolonie draußen im Walde für schwächliche Kinder ist nicht durch das Verdienst des Vorstandes, sondern durch die innere Kraft, die in den Dingen und Versuchen selbst liegt, durch die Bedürfnisse der Kinderwelt etwas ganz anderes geworden. Mehr als schöne Worte und Pläne und Erziehungsgrundsätze oder Lehrmeinungen wirken einfache Beispiele und frische Versuche mit Neuerungen. Die Bedürfnisse des Gesellschaftslebens drängen nach immer neuen Gestaltungen und Experimenten, damit die Menschen aus der langweiligen Eintönigkeit und dem trostlosen Einerlei der früheren geselligen Sitten oder vielmehr Unsitten herausgerissen und zu edleren Freuden des Daseins und zum Genusse der gegenwärtigen Kulturgüter emporgehoben werden.

Nicht alles Neue ist auch gut und brauchbar. Wie in der Naturwissenschaft, so pflegen auch in der Socialwissenschaft viele Experimente zu mißlingen; es kommen überall Mißgriffe und verfehlte Anläufe vor; aber unzweckmäßige Neuerungen unterliegen ja auch überall einer scharfen Kritik und weichen dann besseren Vorschlägen und Versuchen. — Jedenfalls muß noch viel mehr geschehen und versucht werden. Prüfet Alles und das Beste behaltet! Nur keine Gleichgültigkeit!

Zur Förderung der Kindergeselligkeit wird man in Dresden nicht nur der Lehrer und Lehrerinnen, sondern überhaupt vieler älterer und jüngerer Helfer und Helferinnen bedürfen, um die Kinderfahrten und sodann die Spiele im Walde gut zu leiten, um die Ordnungsknaben und Ordnungsmädchen auch im Winter zusammenzuhalten und draußen im Walde oder in der Stadt zu beschäftigen, um kleine Auf-

Digitized by Google

führungen vorzubereiten, die sich für das jugendliche Gemüt eignen. Auch die rechten Dichter passender Kinderaufführungen müssen ausgesucht und zum Teil erst zum Schaffen angeregt werden. Auch für die Lektüre der Kinder muß überall noch weit besser als bisher gesorgt werden. Der Dresdener Verein „Volkswohl" hat in seiner letzten Hauptversammlung im März 1898 einen besonderen Ausschuß für das Bibliothekswesen eingesetzt, der Vorschläge für neue Anschaffungen und Ergänzungen der Bibliothek machen soll, die bisher vorzugsweise auf Geschenke angewiesen war. — Insbesondere gehört auch die Unterweisung der Ordnungsmädchen im Turnen und Spielen während des Winters und das Lesen ausgewählter Stücke unserer Klassiker mit den Ordnungsknaben im Winter mit zu den Vorbereitungen für die Sommererfolge im Walde. Jedenfalls hat es sich bewährt, mit der Förderung der Kindergeselligkeit zu beginnen, weil die Kinder am leichtesten zu fassen sind, weil sie am wenigsten Kosten verursachen, die Eltern mit heranzuziehen vermögen und die Zukunft des Volkes darstellen.

Die in Dresden frisch begonnene Organisation der Kindergeselligkeit hat in vielen Punkten bereits weitergeführt zur Organisation der Volksgeselligkeit überhaupt. Den ersten Anfang haben vor zwölf Jahren die Volksunterhaltungsabende gebildet. Sie zeigten, daß es nicht genügt, jeden Monat im Winter einmal zusammenzukommen, sondern daß man ständige Volksheime oder Volksklubhäuser errichten müsse.

In den bisher vom Verein „Volkswohl" in Dresden errichteten Volksheimen sind Gesangsabende, Unterrichtsabende, Leseabende, Frauenabende entstanden. Im ersten Volksheim, „Paulinengarten", sind Kinderspiele, Turnübungen u. s. w. veranstaltet und einmal in der Woche im Sommer Volkskonzerte abgehalten worden. Alles das sind Anfänge einer größeren Volksgeselligkeit.

Der Verein „Volkswohl" ist nicht der einzige Verein, der in Dresden für Volksgeselligkeit wirkt. Die vielen Sektionen des evangelischen Arbeitervereins, der Volksbildungsverein und andere Vereinigungen veranstalten ähnliche große gesellige Zusammenkünfte. Auch die Parochialabende verschiedener Dresdener Kirchgemeinden suchen innerhalb ihrer Kirchgemeinden edle Geselligkeit auch außerhalb der Kirche zu pflegen. Die innere Mission veranstaltet in ihrem großen Vereinshaus klassische Abende, wo unsere großen deutschen Klassiker, Goethe, Schiller, Uhland, Geibel u. s. w. gefeiert und Musterstücke aus

Digitized by Google

ihren Werken vorgetragen werden, wie dies auf den älteren Volksunterhaltungsabenden ebenfalls üblich ist.

Es herrscht auf dem Gebiete der Volksgeselligkeit schon weit und breit in Deutschland und in andern Ländern, in großen und kleinen Gemeinden, selbst auf dem Lande eine große Rührigkeit. Sogar auf den Inseln der Nordsee sucht man die Geselligkeit im Winter zu beleben. Gerade kleine Gemeinden sind leichter im stande, die getrennten Stände und Klassen einander zu nähern. In großen Städten sind die sozialen Aufgaben schwieriger zu lösen, aber es ist auch hier nicht unmöglich. Der Weg nach dem Ziele der Versöhnung der Stände und der Milderung des Klassenkampfes geht durch die Schule und Kirche, durch das Vereins-, Gemeinde- und Staatsleben. Alle diese Organe unseres Volks- und Staatskörpers bieten Hülfsmittel und Bildungsmittel und Einrichtungen, um auf der Bahn des gesellschaftlichen menschheitlichen Fortschritts vorwärts zu kommen.

Jede echte Volksgeselligkeit, welche die Massen in sich aufnehmen und vorwärts bringen will, muß natürlich in erster Linie auch mit den bescheidenen Mitteln der Massen rechnen und daher Einfachheit und Anspruchslosigkeit als Tugend und Vorzug des Zusammenlebens betrachten.

Wir müssen überhaupt in die Volksgeselligkeit alles aufnehmen, was für die Kindergeselligkeit paßt und alles ausscheiden, was nicht für die Kinder paßt. Die Volksgeselligkeit soll eine wahre Familiengeselligkeit werden. Man sollte sich immer vornehmen, im geselligen Kreise nur das zu sagen und zu thun, was auch Kinder hören und sehen können und was auf sie einen guten und veredelnden Eindruck macht. „Wer nicht das Reich Gottes nimmt als ein Kind, der wird nicht hineinkommen."

Wir können an dieser Stelle natürlich auf die religiöse Seite der Volksgeselligkeit nicht näher eingehen und wollen nur betonen, daß eine religiöse Erneuerung des Menschengeschlechts nicht nur auf die sittlichen, sondern auch auf die wirtschaftlichen und politischen Zustände aller Staaten den nachhaltigsten Einfluß ausüben und der Volksgeselligkeit einen ganz anderen Schwung geben würde. Schon im Altertum und Mittelalter hatten die Volksfeste meist einen religiösen Charakter. Die Religion lehrt uns, daß es vor Gott kein Ansehen der Person giebt und daß wir nicht bloß einmal am Sonntag in der Kirche, sondern alltäglich mit unseren Mitmenschen in Eintracht und Brüderlichkeit verkehren sollen. Es würde bei dem heutigen Stande

Digitized by Google

der Produktion und des Weltverkehrs gar nicht schwer sein, mit Hülfe der täglich reichlicher gebotenen Kulturgüter auch die unbemittelten Klassen vor Elend zu bewahren und mit besserer Einsicht, Mäßigkeit und Frömmigkeit auch allgemeinere Zufriedenheit in weiteren Kreisen zu verbreiten und dem Ideal eines Reiches Gottes schon hier auf Erden näher zu kommen, wenn man sich nur täglich an die alten Sprüche der Bibel erinnern wollte: „Das Reich Gottes kommt nicht mit äußerlichen Geberden. — Das Reich Gottes ist nicht Essen und Trinken. — Das Reich Gottes ist inwendig in Euch!"

Noch besser als durch Bibelsprüche läßt sich von Jedermann durch das gute Beispiel, durch praktische Versuche im regen persönlichen Verkehr mit den Mitgliedern derselben Kirchgemeinde oder politischen Gemeinde wirken. Die wichtigste menschliche und gesellige Aufgabe läuft im Grunde auf eins hinaus: auf die rechte Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit und der ihr verliehenen Kräfte und Mittel. Jedes Individuum muß die Verbesserung der sozialen Zustände mit der Arbeit an sich selbst beginnen und diese Arbeit fortgesetzt erneuern. Wir alle sollen das Arbeiten und Schaffen, sei es nun mit der Hand oder mit dem Kopfe als Lebensberuf schätzen, aber auch gleichzeitig den Segen würdigen, der im Sparen und namentlich im Wirken und Entsagen zu gunsten Anderer liegt. Es ist gar nicht wahr, daß das Glück im Genießen besteht. Vielen gewährt das Entsagen und Sichselbstbeherrschen eine viel größere Befriedigung, zumal da es ihnen meist trefflich bekommt und sie sich dadurch körperlich, geistig und seelisch frisch und gesund erhalten, während alle Genußmenschen gewöhnlich rasch altern und bald arbeitsunfähig oder lebensunmutig werden. Man muß einen Unterschied zwischen materiellen und geistigen Gütern machen. Die materiellen Güter werden immer ungleich verteilt bleiben, weil die Menschen von Natur verschieden begabt und geschickt sind und ihre verschiedenen Anlagen und Kräfte auch ungleich entwickeln und verwenden. Die Ansammlung von Kapitalien oder Vorräten erleichtert und begünstigt die Produktion. Die Ungleichheit der Verteilung materieller Güter befördert das Emporstreben aus niederen zu höheren wirtschaftlichen Stufen und ermuntert zu außerordentlichen Leistungen. Dagegen muß eine möglichst gleichmäßige Verteilung geistiger und sittlicher Güter angestrebt werden. Bildung, Gesittung, Freude an Natur, Kunst und Wissenschaft und innere Heiligung müssen immer mehr gemeinsam werden. Jedermann kann dazu beitragen. Die Liebe zu Gott und zu den Mitmenschen ver-

Digitized by Google

leiht auch schwachen Kräften den Mut an großen Reformen mitzuarbeiten. Eine solche große Reform ist die geistige und sittliche Emporhebung der Masse des Volkes, der sociale Frieden zwischen den verschiedenen Ständen und Berufskreisen und die innere Veredlung des ganzen Volkslebens!

Zweck und Entwicklung des Vereins „Volkswohl" in Dresden von 1888—1898.

Der Verein „Volkswohl" ist mit dem Jahre 1898 in seinen zehnten Jahrgang eingetreten. Es war am 7. Dezember 1888, als sich 19 Männer aus den verschiedensten Kreisen des Dresdener Bürgertums, meist dem Mittelstande und dem kleinen Beamtenstande angehörig, im Saale des Armenamtes zusammenfanden, um zu den vielen hundert Vereinen Dresdens noch einen neuen hinzuzugründen. Die Begründer gehörten fast sämmtlich dem Dresdener Bezirksverein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke an. Diesem schon im Jahre 1883 ins Leben gerufenen Bezirksverein erschien die Pflege edler Geselligkeit und Erholung von Anfang an als ein Hauptmittel gegen das Kneipenleben und den Alkoholgenuß mit seiner Vergiftung der geselligen, beruflichen und öffentlichen Zustände. Im Jahre 1886 bildete sich daher innerhalb des Bezirksvereins unter dem Namen „Komitee für Volkswohl" ein besonderer Ausschuß für die Einrichtung der Dresdener Volksunterhaltungsabende, welche im November 1886 in der größten Turnhalle von Dresden-Neustadt ihren Anfang nahmen und seitdem auch auf die Altstadt ausgedehnt worden sind.

Bei den anfänglich nur einmal in den Wintermonaten abgehaltenen Volks-Unterhaltungsabenden machte man die Erfahrung, daß ständige Veranstaltungen für Veredelung der Volksgeselligkeit nötig seien und daß man sociale Mittelpunkte schaffen müsse, wo die verschiedenen Volksklassen auch an Wochentagen ohne Trink- und Verzehrungszwang mit einander verkehren, sich persönlich näher treten und gegenseitig verständigen können. Man beschloß, solche Stätten des geselligen Verkehrs mit Unterhaltungs-, Lese- und Unterrichtszimmern und womöglich auch mit Gärten und Spielplätzen für Kinder zu versehen und dafür zu sorgen, daß man in den Unterhaltungszimmern und Gärten auch einfache, billige Erquickung und Beköstigung erhalten könne. Obwohl man dabei in erster Linie an die Bedürfnisse der handarbeitenden Klassen dachte, beschloß man doch, die zu er-

Digitized by Google

richtenden Aufenthaltsstätten nicht Arbeiterheime, sondern Volksheime zu nennen und zu ihrer Begründung in allen Stadtteilen einen besonderen „Verein Volkswohl“ ins Leben zu rufen. Die erste größte Gabe von 20 000 Mark spendete dem neuen „Verein Volkswohl“ einer der verdienstvollsten Großindustriellen und Arbeiterfreunde Dresdens, ein anderer Dresdener Kapitalist stiftete 10 000 Mark für ein Lehrlingsheim, ein dritter 5000 Mark für ein Mädchenheim, während der reichste Bürger Dresdens dem neuen Vereine einen Jahresbeitrag von 2000 Mark, so lange er lebe, zusicherte und die Fortzahlung dieses Beitrages auch nach seinem Tode ausdrücklich in Aussicht stellte. In der That genießt der „Verein Volkswohl“ jetzt jährlich die Zinsen eines Kapitals von 50 000 Mark aus der Stiftung dieses Wohlthäters.

Neben großen Stiftungen sind dem „Verein Volkswohl“ während seines neunjährigen Bestehens noch namhafte jährliche Geschenke und hohe Jahresbeiträge von anderen reichen Mitbürgern zugeflossen; die Hauptkosten aller Veranstaltungen werden jedoch von mehr als 5000 Mitgliedern aus dem mittleren und kleineren Bürgerstande bestritten, von denen viele nur im Sommer, andere nur im Winter ihren Vierteljahrsbeitrag von 50 Pfennig einzuzahlen pflegen. Aber gerade dieser Umstand, daß der Mitgliedsbeitrag von mindestens 2 Mark nur etwa von einem Drittel der Vereinsgenossen jährlich und von etwa zwei Dritteln vierteljährlich entrichtet wird, beweist, daß sich der Verein hauptsächlich aus den minderbemittelten Klassen der Bevölkerung zusammensetzt. — Der Verein zählte im ersten Geschäftsjahr 1889 schon 1200 Mitglieder mit 6629 Mark 40 Pf. Jahresbeiträgen, dagegen im fünften Geschäftsjahre 2984 Mitglieder mit 10 753 Mark 70 Pf. Jahresbeiträgen, während 1897 die Mitglieder auf 5945 und ihre Jahresbeiträge auf 16 815 Mark 80 Pf. gestiegen waren. — Während des neunjährigen Bestehens sind dem Vereine insgesamt Mitgliedsbeiträge in der Höhe von 104 076 Mark 20 Pf. und Geschenke in der Höhe von 72 860 Mark 25 Pf. bar zugeflossen und außerdem viele Bücher für die Bibliothek, ferner Kinderspiele, Zelte, Geräte und Sämereien für den Heidepark gespendet worden. Es sind aus diesen Mitteln im Innern der Stadt drei Volksheime, ein Lehrlingsheim, ein Mädchenheim mit Dienstbotenvermittelungsstelle und außerhalb der Stadt ein Volkspark mit einem vierten Volksheim und Kolonnaden, Schutzhütten und zahlreichen Ruhebänken für Erwachsene, ferner mit 12 Revieren und ebenso vielen Schulgärten, sowie mit einem großen

Digitized by Google

Spielplatz und vielen kleinen Spielplätzen und einem Naturtheater für Kinder eingerichtet worden.

Es ist für die Entwicklung des „Vereins Volkswohl" von großer Wichtigkeit gewesen, daß sich derselbe von Anfang an der Familien seiner Mitglieder lebhaft angenommen hat und nicht nur die Erwachsenen durch Vorträge, Unterrichtskurse, Lesezimmer, Volksunterhaltungsabende und kleinere Vereinigungen, wie Frauenabende und Gesangvereine, zu bilden und zu unterhalten sucht, sondern auch für die Angehörigen im Hause und für die Jugend durch seine große Volksbibliothek mit illustrierten Zeitschriften, Lehr- und Unterhaltungsbüchern und anderem Lesestoff zu sorgen sucht, und durch den großen Paulinengarten in der Stadt am schönen Elbufer, sowie durch seinen neuen Waldpark vor der Stadt der Kinderwelt Gelegenheit bietet, sich im Freien zu tummeln und die Natur mit den Eltern oder Jugendgespielen zusammen zu genießen. Gesang und Vortrag, Kunst und Wissenschaft, Mäßigkeit und Frohsinn, Jugendspiele und Kinderfreude, freie Luft und Waldesgrün tragen vereinigt dazu bei, die verschiedenen Volksklassen einander zu nähern und ihre Freude am Dasein zu erhöhen. Ganz besonders sind durch die Erpachtung eines Waldareals von 23 Hektaren auf 20 Jahre und Herstellung eines Waldparks, sowie durch die Kinderfahrten und die Organisation der Geselligkeit von Tausenden von Kindern draußen in den Waldrevieren ganz neue Gesichtspunkte für eine Reform der Volksgeselligkeit überhaupt gewonnen werden. Es ist Hoffnung vorhanden, daß schon im nächsten Jahrzehnt Volksparks mit organisierter Volksgeselligkeit die Stadt Dresden wie mit einem Kranze nach verschiedenen Himmelsgegenden umgeben werden.

Ein hochwichtiger Schritt nach diesem Ziele ist die im Jahre 1897 erfolgte glückliche Erwerbung von 116 Hektaren fiskalischen Waldes von seiten des Rates der Stadt zur Errichtung eines König Albert-Parks, der als eine große Stiftung zur Erinnerung an das in diesem Jahre zu begehende Regierungsjubiläum Sr. Majestät des Königs Albert allen Landeskindern dienen soll. Man darf wohl vertrauen, daß der „Verein Volkswohl", der so glücklich gewesen ist, mit der Schöpfung eines Waldparkes für Dresden-Neustadt den Anfang zu machen, auch in der Fortführung dieses Werkes und in allen damit verbundenen Wohlfahrts-, Bildungs- und Geselligkeits-Bestrebungen von Rat und Stadtverordneten freundlich gefördert werden wird. Die Volksheime des „Vereins Volkswohl" mit allen ihren Einrich-

Digitized by Google

tungen und namentlich auch der Waldpark und die Kinderfahrten haben weit und breit Beachtung gefunden. Der Verein ist durch viele Besuche zum Teil aus weiter Ferne beehrt worden, zahlreich waren auch die schriftlichen Anfragen und Aufmunterungen.

Noch förderlicher als äußere Anerkennung ist für die Vereinszwecke inneres persönliches Bemühen vieler Mitglieder, welche nützliche Einrichtungen ruhig ausbauen, verfehlte Anläufe oder Mißgriffe scharf kritisieren und dafür Besseres vorschlagen oder selbst mit ganz neuen Versuchen frisch anfangen. Einen solchen frischen Anfang hat ein Mitglied des „Vereins Volkswohl", eine Lehrerin, im verflossenen Jahre gemacht, indem sie schwer arbeitende einfache Frauen für Sonntag nachmittags zu sich einlud. Der Kreis hat sich allmählich vergrößert zu einem „Verein Frohsinn" mit etwa 25 Mitgliedern, die alle 14 Tage Sonntag nachmittags von 4—7 zusammenkommen. Der noch vereinzelte bescheidene Versuch, die Freude am Dasein in sehr kleinen und oft recht gedrückten Volkskreisen zu verbreiten, ist in dem Organ des Vereins Volkswohl „Volksgeselligkeit" vom Januar 1898 unter dem Titel „Ein Verein Frohsinn" näher beschrieben. Die Kluft, welche jetzt leider die unbemittelten von den bemittelten Klassen noch so vielfach trennt, kann wohl am leichtesten durch persönliche Berührung in kleinen Kreisen überbrückt werden. Hierbei kann jeder durch sein Beispiel helfen, wenn er mit Kopf und Herz die Beziehungen von Mensch zu Mensch in seiner nächsten Umgebung zu verbessern sucht.

Digitized by Google

Das neue Innungs- und Handwerkergesetz

in seinen Grundzügen nach dem Gesetzestext und dessen Materialien.

Von Regierungsrat Dr. jur. Seidel in Wiesbaden.

Das neue Innungs- und Handwerkergesetz, welches eine Abänderung der Reichsgewerbeordnung in deren Titel VI darstellt und unter dem 26. Juni 1897 erlassen ist, enthält grundlegende Änderungen hinsichtlich der Organisation des Innungswesens und Handwerkes.

Dasselbe nimmt zwar von der Einführung eines allgemeinen Innungszwanges Abstand, sieht aber eine zwangsweise Zusammenfassung des Handwerkes in Form von Innungen dort vor, wo eine Gewähr dafür geboten wird, daß die Zwangsinnungen leistungs- und lebensfähig sind.

Es bestimmt daher im § 100, daß zur Wahrung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der Handwerke gleicher oder verwandter Art, durch die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag Beteiligter anzuordnen ist, daß innerhalb eines bestimmten Bezirkes sämtliche Gewerbetreibende, welche das gleiche Handwerk oder verwandte Handwerke ausüben, einer neu zu errichtenden Innung (Zwangsinnung) als Mitglieder anzugehören haben, wenn

1. die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt;
2. der Bezirk der Innung so abgegrenzt ist, daß kein Mitglied durch die Entfernung seines Wohnortes vom Sitze der Innung behindert wird, am Genossenschaftsleben teilzunehmen und die Innungseinrichtungen zu benutzen, und
3. die Zahl der im Bezirk vorhandenen beteiligten Handwerker zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreicht.

Digitized by Google

Wie die Motive zum Gesetz ausführen, spricht der Entwicklungsgang, welchen die Organisation des Handwerks unter der bisherigen Gesetzgebung genommen hat, dafür, erstere von dem Boden der Freiwilligkeit loszulösen und sie nach dem Vorschlage der Königlich preußischen Regierung auf der Grundlage des Zwanges aufzubauen. Im Grundgedanken ist zwar das Gesetz diesem Vorschlage gefolgt, in gewissen Richtungen aber von demselben abgewichen. Denn man ist auf Grund der nach der Veröffentlichung der preußischen Vorlage gemachten Beobachtungen zu der Überzeugung gelangt, daß die Anschauungen über die Zweckmäßigkeit der allgemeinen Einführung von Zwangsinnungen in den zunächst beteiligten Kreisen sowohl innerhalb der einzelnen Gewerbe, als auch in den verschiedenen Gegenden weit und grundsätzlich auseinander gehen. Selbst im organisierten Handwerke stimmen die Meinungen in diesem Punkte keineswegs überein, sodaß die Einführung eines allgemeinen, unbedingten Innungszwanges nicht ratsam erschien. Man nahm vielmehr an, daß leistungsfähige Organisationen nur da zu stande kommen würden, wo die Bereitwilligkeit der Beteiligten dazu vorhanden sei, und war der Ansicht, daß bei der Bildung von Zwangsinnungen der Umstand mit in Erwägung gezogen werden müsse, daß der Regel nach von einer gedeihlichen Thätigkeit der Innung nur die Rede sein könne, wo mindestens die Mehrheit der ihr zugewiesenen Handwerker bereit sei, mit Energie und Nachhaltigkeit an die Erfüllung der Innungsaufgaben herauzugehen und die dadurch bedingten Mühewaltungen auf sich zu nehmen. Fehle es an dieser Voraussetzung und müsse nach der Entschiedenheit, mit welcher sich die Mehrzahl der beteiligten Handwerker gegen die Bildung der Innung oder gegen die Zuteilung zu einer Innung auflehnen, erwartet werden, daß sie sich demnächst von der Innungsthätigkeit dauernd fernhalten oder gar ihr hindernd in den Weg treten würden, so werde man besser daran thun, von der Errichtung einer Innung oder von der Zuweisung solcher Handwerker zu einer Innung Abstand zu nehmen. Das Gesetz hat daher bestimmt, daß die Bildung von Zwangsinnungen nur da in Aussicht zu nehmen sei, wo die *Mehrzahl der Beteiligten dem Innungszwange zustimmt*.

Die Einführung eines allgemeinen Innungszwanges, zumal wenn er auf die Fachinnung gegründet werden soll, begegnete ferner großen, aus den örtlichen Verhältnissen sich ergebenden Schwierigkeiten. Die bisherigen Erfahrungen und statistischen Erhebungen haben ergeben,

Digitized by Google

daß man in zahlreichen Gegenden des Reiches zu allgemeinen Zwangsinnungen nur in der Form gelangen könne, daß man für die meisten Bezirke die Bildung gemischter Innungen in den Vordergrund stellt und für die weitaus größte Zahl der zu schaffenden Organisationen auf die Berücksichtigung der fachlichen Zusammengehörigkeit ihrer Mitglieder verzichtete. Die in Österreich gemachten Erfahrungen haben aber dringend davon abgeraten, diesen Weg zu betreten. Dort haben sich ausnahmslos nur solche Zwangsgenossenschaften der Handwerker zur Erreichung der ihnen gesteckten Ziele geeignet erwiesen, welche auf der Berufsgemeinschaft ihrer Mitglieder aufgebaut sind, und auch bei uns hat die Erfahrung in Übereinstimmung mit der Überzeugung eines großen Teiles des organisierten Handwerkes darauf hingewiesen, daß die Aufgaben der Innung, namentlich die Pflege des Gemeingeistes und der Standesehre, sowie die Fürsorge für das Lehrlingswesen, umsomehr auf Erfüllung rechnen können, je mehr ihre Mitglieder schon in ihrem Berufe und ihren Lebensverhältnissen eine natürliche Grundlage für ihren Zusammenschluß und ihre gemeinsame Thätigkeit finden. Die Ausübung des gleichen Handwerks begründet von selbst eine Interessengemeinschaft, welche von vornherein eine größere Gewähr für die Bereitwilligkeit der Beteiligten zu gemeinschaftlicher Arbeit bietet. Eine wirksame Pflege des Lehrlingswesens, welche unter allen Umständen eine Hauptaufgabe jeder Innung sein muß, ist im vollen Maße nur noch von Vereinigungen zu erwarten, welche aus Genossen verwandter Handwerke bestehen.

Bei der spärlichen Vertretung des Handwerks würde aber auch eine vorzugsweise auf die Bildung gemischter Zwangsinnungen beruhende Organisation nur durch eine räumlich weite Ausdehnung der Bezirke zu erreichen sein, da in weniger gewerbereichen Gegenden innerhalb kleinerer Bezirke selbst die Zahl aller dort wohnenden Handwerksmeister nicht ausreicht. Bezirke von räumlich weiter Ausdehnung sind indessen mit dem Wesen der Innung nicht vereinbar, da ihre wichtigsten und nächsten Aufgaben, wie die Pflege des Gemeinsinns, sowie die Regelung und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens, mit Erfolg nur von Vereinigungen gelöst werden können, deren Glieder sich örtlich nahe stehen. Eine kräftige Wirksamkeit der Innung ist umsoweniger zu erwarten, je mehr den einzelnen Mitgliedern durch die räumliche Entfernung vom Sitze der Innung die Teilnahme an dem genossenschaftlichen Leben und die Benutzung der von der Innung getroffenen Einrichtungen erschwert wird.

Digitized by Google

Eine auf Grundlage des Zwanges beruhende lokale Organisation des Handwerkes kann füglich nur in solchen Bezirken zu einer von Erfolg begleiteten Durchführung gelangen, deren Ausdehnung allen darin vorhandenen Handwerkern die Teilnahme am Innungsleben ermöglicht, und es durfte daher die Abgrenzung des örtlichen Bereichs der Zwangsinnungen dem Belieben der Beteiligten nicht überlassen werden.

Das Gesetz hat daher als zweite und unerläßliche Voraussetzung für die Bildung von Zwangsinnungen den Grundsatz aufgestellt, daß der Bezirk der Innung so abgegrenzt ist, daß kein Mitglied durch die Entfernung seines Wohnortes von dem Sitze der Innung behindert wird, am Genossenschaftsleben teilzunehmen und die Innungseinrichtungen zu benutzen.

Die Erwartungen, welche an die Gesetzgebung von 1881 geknüpft wurden, waren bei vielen Innungen bisher deshalb nicht in Erfüllung gegangen, weil die geringe Zahl ihrer Mitglieder ihnen weder die nötige Autorität noch die erforderlichen Mittel gewähren konnte. Man hat daher Vorsorge getroffen, daß bei der Einrichtung von Zwangsinnungen die Entstehung zu kleiner Organisationen, welche von vornherein nicht fähig sind, die ihnen zuzuweisenden Aufgaben mit Aussicht auf Erfolg zu übernehmen, vermieden wird und als dritte Voraussetzung für die Einrichtung von Zwangsinnungen bestimmt, daß letztere nur gebildet werden sollen, wenn die Zahl der im Bezirke vorhandenen beteiligten Handwerker zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreicht.

Mit Rücksicht auf den öffentlich-rechtlichen Charakter der unter den angegebenen drei Voraussetzungen mit dem Beitrittszwang auszustattenden Innungen soll, wie die Begründung hervorhebt, die Feststellung dieser Voraussetzungen durch die obrigkeitlichen Organe erfolgen. Das Nähere hierüber bestimmen die §§ 100 und 100b des Gesetzes.

Als notwendige Aufgaben der Zwangsinnungen sind im Wesentlichen dieselben hingestellt, welche der bisherige §§ 97 der Gewerbeordnung den bestehenden Innungen zugewiesen hat, jedoch werden die Zwangsinnungen ebenso wie die freien Innungen nunmehr zum Erlaß von Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens nur insoweit berechtigt und verpflichtet sein können, als die hierüber erlassenen gesetzlichen Vorschriften (§ 126 bis 132a) und die auf Grund dieser Vorschriften von der Handwerkskammer getroffenen Bestimmungen (§ 103c) dafür noch Raum und Bedürfnis übrig lassen.

Digitized by Google

Was die Zusammensetzung der Zwangsinnungen anlangt, so sieht das Gesetz die Begründung eines Zwanges nur für Fachinnungen und Innungen verwandter Handwerke vor, wobei als verwandte Handwerke solche anzusehen sind, welche nach örtlichem Brauche vielfach gemeinsam betrieben werden und in ihrer Technik einander so nahe stehen, daß der Betrieb des einen zugleich ein ausreichendes Verständnis für die technischen Fertigkeiten, den geschäftlichen Betrieb und die wichtigsten Interessen des andern gewährleistet. (Begrdg. S. 46/47.)

Bei der im Gesetz vorgesehenen, durch die örtlichen und fachgewerblichen Verhältnisse im Handwerk gebotenen Begrenzung des Innungszwanges können die bisherigen freien Innungen überall dort bestehen bleiben, wo nicht an ihre Stelle eine Zwanginnung tritt (§ 100b Abs. 4). Diese Aufrechterhaltung der bestehenden freien Innungen, sowie die weitere Zulassung der Bildung solcher Innungen erschien aus dem Grunde unbedenklich und auch ratsam, weil nicht nur die Zwangsinnungen, sondern auch die fakultativen Innungen in den Handwerkerkammern künftighin eine kräftige Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu erwarten haben und dadurch in den Stand gesetzt werden, diesen mehr als bisher möglich war, gerecht zu werden. (Begrdg. S. 47.)

Die meisten der für die freien Innungen durch das Gesetz ergangenen Bestimmungen gelten auch für die Zwangsinnungen; nur soweit für die letzteren besondere Bestimmungen erforderlich geworden sind, sind diese in einem besonderen Abschnitt (Art. 1 §§ 100 bis 100u) zusammengefaßt.

Die bestehenden Innungen haben gemäß Art. 6 innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der in den §§ 81 bis 99 vorgesehenen Bestimmungen ihre Verfassung den neuen Vorschriften entsprechend umzugestalten. Wird innerhalb dieser Frist die Umgestaltung nicht bewirkt, so hat die höhere Verwaltungsbehörde die erforderliche Abänderung anzuordnen und falls dieser Anordnung nicht Folge geleistet wird, entweder die Aenderung mit rechtsverbindlicher Kraft zu verfügen oder die Innung zu schließen. Dies wird in der Begründung (S. 94) damit gerechtfertigt, daß, weil die bisherigen Vorschriften der Gewerbeordnung über die Innungen aufgehoben werden, zur gleichmäßigen Durchführung der neuen Bestimmungen es geboten erscheint, die Statuten und Nebenstatuten der bestehenden Innungen der erforderlichen Abänderung zu unterziehen, und zwar, soweit die Innungen

Digitized by Google

solches nicht selbst bewirken, aber ein Interesse an ihrem Fortbestand vorliegt, durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde.

Dagegen steht nach Abs. 3 des Art. 6 den Innungen, für welche Bestimmungen auf Grund der bisherigen §§ 100e und 100f ergangen sind, die Befugniß zu, innerhalb sechsmonatlicher Frist, die vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes hinsichtlich der zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Maßnahmen (7. August v. J.) beginnt, den Antrag auf Erlaß der im § 100 Abs. 1 vorgeschlagenen Anordnung auf Errichtung einer Zwangsinnung zu stellen und kann demselben stattgegeben werden, ohne daß die Voraussetzungen der Ziffer 1 und 2, d. h. die Abstimmung der Beteiligten und die Einschränkung des Innungsbezirkes zutreffen. Dagegen ist die Umwandlung solcher privilegierter Innungen, die keine Handwerkerinnungen sind (z. B. Gastwirtsinnungen), in Zwangsinnungen nach § 100 ausgeschlossen, ebenso die Umwandlung gemischter privilegierter Innungen in gemischte Zwangsinnungen, da nach § 100 Abs. 1 die Zwangsinnung nur für gleiche oder verwandte Innungen zugelassen ist.

Die Innungsausschüsse der bisherigen Gesetzgebung sind beibehalten worden, umsomehr als man bei dem weiteren Ausbau des Innungswesens das Bedürfnis nach einer Vertretung der gemeinsamen örtlichen Interessen der Innungen nicht entbehren zu können glaubte; man erwartet namentlich, daß der Zutritt von Zwangsinnungen zu den Innungsausschüssen diesen eine erhöhte Bedeutung geben wird. Die bisherigen Vorschriften sind in dem Artikel 2 Abschnitt II des Gesetzes (§§ 101 und 102) in einigen Punkten ergänzt worden. Die alte Bestimmung, wonach den Innungsausschüssen die Rechte und Pflichten der beteiligten Innungen nur insoweit übertragen werden können, als sie nicht vermögensrechtlicher Natur sind, ist entsprechend den aus den Kreisen des organisierten Handwerks wiederholt ausgesprochenen Wünschen beseitigt und die Möglichkeit vorgesehen worden, jenen Organen die Fähigkeit beizulegen, unter ihrem Namen Rechte zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugehen, vor Gericht zu klagen und verklagt zu werden.

Während die Innungen und Innungsausschüsse in ihrer Thätigkeit ebenso wie die Gewerbevereine auf kleinere Bezirke und die in diesen vertretenen Handwerke beschränkt sind, soll für das Handwerk als Vertretungs- und Selbstverwaltungskörper für größere Bezirke die Handwerkskammer thätig sein, ähnlich wie für Handel und Industrie

Digitized by Google

in den meisten deutschen Staaten und in einigen Bundesstaaten auch für die Landwirtschaft, solche Organe bestehen.

Die Handwerkerkammer hat demnach eine doppelte Aufgabe. Sie hat einmal die Gesamtinteressen des Handwerks und die Interessen der in ihrem Bezirke vorhandenen Handwerke gegenüber der Gesetzgebung und der Verwaltung des Staates zu vertreten und zwar sowohl durch Erstattung der von den Staatsbehörden einzuholenden Gutachten, als auch durch die aus ihrer eigenen Initiative hervorgehenden Anregungen. Daneben hat sie als Verwaltungsorgan die Aufgabe, diejenigen zur Regelung der Verhältnisse des Handwerks erlassenen Bestimmungen, welche noch einer Ergänzung durch Einzelvorschriften bedürftig und fähig sind, für ihren Bezirk auszubauen, die Durchführung der gesetzlichen und der von ihr selbst erlassenen Vorschriften in ihrem Bezirke zu regeln und soweit erforderlich, durch besondere Beauftragte zu überwachen, und endlich solche auf die Förderung des Handwerks abzielende Veranstaltungen zu treffen, zu deren Begründung und Unterhaltung die Kräfte der lokalen Organisationen nicht ausreichen. (Begrdg. S. 49.)

Die Mitglieder der Handwerkskammern sollen von denjenigen Handwerkern gewählt werden, welche sich zur Verfolgung ihrer gemeinsamen gewerklichen Interessen in Zwangsinnungen, freie Innungen, Gewerbevereine oder sonstige gewerbliche Vereinigungen zusammengeschlossen haben. Natürlich werden innerhalb der Gewerbevereine und sonstiger Vereinigungen diejenigen Mitglieder sich an der Wahl nicht betheiligen dürfen, welche nicht Handwerker sind oder als Innungsmitglieder ihr Wahlrecht durch die Innung wahrzunehmen haben. (Begrdg. S. 50.)

Während der Entwurf eine Vertretung der Gesellenschaft in der Handwerkskammer nicht vorgesehen hatte, ist in das Gesetz von der Reichstagskommission die Bestimmung eingefügt worden, daß bei der Handwerkskammer ein Gesellenausschuß zu bilden sei, wobei man davon ausging, daß die Gesellen ein berechtigtes Interesse daran hätten, in den ihre Angelegenheiten betreffenden Fragen nicht nur bei den Innungen, sondern auch bei den Handwerkskammern gehört zu werden. Der Gesellenausschuß soll nur aus Vertretern bestehen, die durch die Gesellen gewählt sind. (Erklärung des Bundesrats-Kommissars zu Abs. 5 § 103i Ges.) Die Mitwirkung des Gesellenausschusses ist vorgesehen bei dem Erlaß von Vorschriften über die Regelung des Lehrlingswesens, bei der Abgabe von Gutachten und

Digitized by Google

Erstattung von Berichten über Angelegenheiten, welche die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge berühren, sowie bei der Entscheidung über Beanstandungen von Beschlüssen der Prüfungsausschüsse.

Um eine enge und ständige Fühlung der Staatsorgane mit der Vertretung des Handwerks herbeizuführen, sieht das Gesetz die Bestellung eines behördlichen Kommissars bei der Handwerkskammer vor. Durch dieselbe soll nicht nur die Leistungsfähigkeit der Handwerkskammer und damit die Bedeutung ihrer Stellung gestärkt, sondern auch zugleich eine erwünschte Gewähr für die sachgemäße, von persönlichen Interessen nicht beeinträchtigte Behandlung der Geschäfte geboten werden. Dem Kommissar steht die Berechtigung zu, an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen, sich über die Geschäftsführung fortlaufend zu unterrichten, Gegenstände zur Beratung zu stellen und die Einberufung der Handwerkskammer oder ihrer Ausschüsse zu verlangen. Eine ähnliche Einrichtung besteht übrigens, wie die Begründung betont, sowohl in Österreich, wo sie sich durchaus bewährt hat, als auch in einzelnen Bundesstaaten.

Was die Innungsverbände anbetrifft, so mußte das neue Gesetz die Thätigkeit derselben insoweit einschränken, als sie mit derjenigen der Handelskammern kollidieren. Hiernach konnten die Innungsverbände nur aufrecht erhalten werden, wenn sie, soweit es sich um Aufgaben handelt, die der Handwerkskammer überwiesen werden, sich auf eine anregende, beratende und begutachtende Thätigkeit beschränken. Dagegen konnte ihnen die Befugnis, Fachschulen einzurichten oder zu unterstützen, Einrichtungen zur Regelung des Arbeitsnachweises zu treffen und Unterstützungskassen für die Mitglieder und ihre Angehörigen zu errichten und zu verwalten, belassen werden.

Der Artikel 2, V des Gesetzes trifft des weiteren neue Bestimmungen über die Lehrlingsverhältnisse und zwar zunächst unter A (§§ 126—128) „allgemeine Bestimmungen" und unter B (§§ 129—132a) „besondere Bestimmungen für Handwerker" d. h. für diejenigen Personen, welche ein Gewerbe handwerksmäßig und selbständig betreiben oder zu den im § 106f Abs. 2 bezeichneten Handwerkern gehören. (Begrdg. Materialien S. 86.) Die Motive sagen in dieser Hinsicht folgendes: „Wenn die mit dem Gesetze, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 18. Juli 1878 (R.G.B. S. 199), angestrebte Besserung in der Erziehung und Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses bisher nicht in dem erforderlichen Maße hat erreicht werden können, so beruht dies neben den bereits angedeuteten Gründen auch darauf, daß die

Digitized by Google

gegenwärtigem Bestimmungen der §§ 126 ff. nicht ausreichend sind. Angesichts der geringen Sorgfalt, mit welcher zahlreiche Lehrherren ihre Aufgabe den ihnen anvertrauten Lehrlingen gegenüber erfüllen, ihrer häufig mangelnden technischen und sittlichen Qualifikation, und der sowohl aus den Kreisen des Großgewerbes als des Handwerkes seit Jahren laut gewordenen Klagen erscheint es daher als ein dringendes Bedürfnis, sowohl die aus dem Lehrvertrage dem Lehrherrn erwachsene Verpflichtung und Verantwortlichkeit, namentlich hinsichtlich des Schutzes der Lehrlinge gegen Gefährdung ihres körperlichen Wohles sowie des Besuches der Fach- und Fortbildungsschule durch den Lehrling schärfer zu bestimmen, als auch durch den künftighin in allen Fällen schriftlich abzuschließenden Lehrvertrag mehr zum Bewußtsein zu bringen. Ferner wird Fürsorge dafür zu treffen sein, daß Personen, welche nicht die erforderliche Gewähr für eine ordnungsmäßige Erziehung und Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses bieten, von dem Halten und Anleiten von Lehrlingen ausgeschlossen werden können. Endlich bedarf es einer gesetzlichen Bestimmung, um den, auch bei der erwähnten Erhebung über die Verhältnisse im Handwerk hervorgetretenen Fällen, wo Lehrlinge zum Nachteil ihrer Ausbildung in übermäßiger Zahl gehalten werden, wirksam entgegentreten zu können."

Soweit es sich um die Lehrlingsverhältnisse im Handwerk handelt, wird man sich indessen mit diesen Vorschriften nicht begnügen dürfen. Für die Erhaltung eines kräftigen Handwerkerstandes ist die möglichst sorgfältige Ausbildung der Lehrlinge von besonderer Bedeutung. Hier ist die individuelle Leistungsfähigkeit die unerläßliche Voraussetzung für das Bestehen zahlreicher Betriebe. In manchen Gewerben wird nur der technisch vollkommen ausgebildete Handwerker der Konkurrenz des Großbetriebes nicht unterliegen. Aus diesen Erwägungen schlägt der Entwurf ferner eine Reihe von Bestimmungen vor, welche nur für das Handwerk gelten sollen. (Art. 2 §§ 129 bis 132a.)

Von den hiernach für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk eingeführten besonderen Bestimmungen ist neben der den Handwerkskammern einzuräumenden Befugnis, die Dauer der Lehrzeit festzusetzen, die wichtigste diejenige, wonach für die Folge im Handwerk nur solche Personen befugt sein sollen, Lehrlinge anzuleiten, welche das 24. Lebensjahr vollendet und entweder die vorgeschriebene Lehrzeit zurückgelegt und eine Gesellenprüfung bestanden haben oder fünf Jahre hindurch in dem Gewerbe, in welchem die Anleitung der Lehrlinge er-

Digitized by Google

folgen soll, selbständig oder als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung thätig gewesen sind.

Die Bestimmung der Gewerbeordnung, wonach diejenigen, welche ohne einer Innung anzugehören, sich als Innungsmeister bezeichnen, mit Strafe bedroht werden, hatte praktische Bedeutung nicht erlangt. Da jedoch, wie die Begründung ausführt, weite Kreise des Handwerkerstandes, namentlich diejenigen des Baugewerbes großen Wert darauf legen, den alten Meistertitel wieder zu Ehren zu bringen, so hat das Gesetz (im VI. Abschnitt) im § 133 bestimmt, daß den Meistertitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks nur Handwerker führen dürfen, wenn sie in ihrem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben (§ 129) und die Meisterprüfung bestanden haben. Die für den Schutz des Meistertitels erforderlichen Bestimmungen sind im Art. 2 § 133 vorgesehen.

Digitized by Google

Das Einkommen des Volkes in Preußen und Sachsen.

Von Assessor Dr. Wilhelm Böhmert.

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten auf dem Wege der großindustriellen, kapitalistischen Entwickelung eine tüchtige Strecke zurückgelegt. Von den europäischen Staaten hat nur England noch einen gewissen Vorsprung vor uns voraus, aber auch England sieht sich gezwungen, in vielen und gerade in den wichtigsten Zweigen der Produktion unsere Ebenbürtigkeit, ja unsere Überlegenheit anzuerkennen. Der Bericht der englischen Kommission der Stahl- und Eisenfabrikanten hat das vor zwei Jahren bewiesen. Ist diese Entwickelung für uns günstig gewesen? Hat der kolossale Zuwachs an Kapital, die gewaltige Steigerung des Geldeinkommens der Bevölkerung, die z. B. in Sachsen in den Jahren 1880—1896 eine Steigerung fast auf das Doppelte war (im ganzen Lande von 965 auf 1792, in den Städten allein von 511 auf 1114 Millionen Mark), haben diese tiefgreifenden Umwälzungen auch eine Verbesserung der socialen Lage des Volkes im ganzen und der arbeitenden Klassen im besonderen mit sich gebracht, oder sind sie nur erkauft worden mit dem Elende der Millionen? Hat die Socialdemokratie recht, wenn sie behauptet, daß der industrielle Fortschritt nur über die „Verelendung" der Massen, über die Zertrümmerung der Mittelstände hinwegführt, daß das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation darin bestehe, den Eigentümern der Produktionsmittel auf Kosten der Arbeiter einen immer steigenden Anteil an dem Arbeitsprodukte der Nation zuzuwenden?

Wer in Deutschland an einem Sonntag in den Arbeitervorstädten von Dresden, Leipzig oder auch Berlin umherwandelt, wer die Weberdörfer der sächsischen Lausitz besucht und ihren heutigen Zustand etwa

Digitized by Google

mit dem vergleicht, den uns Gerhard Hauptmann in seinen „Webern" schildert, der wird wenig geneigt sein, sich diesen düsteren Prophezeiungen anzuschließen. Niemand wird behaupten wollen, daß hier alles in schönster Ordnung sei, daß nichts mehr zu thun übrig bleibe; aber ebenso wird niemand den riesigen Fortschritt verkennen können, der hier gemacht worden ist. Sind doch von den 800 Millionen, um die sich das Gesamteinkommen des Königreichs Sachsen erhöht hat, den Einkommen unter 950 Mk. über 200, den Einkommen von 950 – 1250 Mk. über 100, den Einkommen von 1250—1600 Mk. über 60 Millionen, ihnen zusammen also fast die Hälfte des gesamten Mehreinkommens der Bevölkerung zugewachsen. Gewiß, die großen Einkommen sind im Verhältnis noch rascher gestiegen. Während sich die Gesamtsumme der Einkommen von 950—1900 Mk. etwas mehr als verdoppelte, hat sich die der Einkommen über 26 000 Mk. verdreifacht.*) Es mögen sich vielfach krassere Unterschiede im Einkommen zeigen, als sie, wenigstens in den kleineren Städten, irgend eine frühere Epoche gekannt hat. Aber von einem „beranschenden" Zuwachs an Reichtum in den höheren Ständen bei gleichzeitig steigendem Elend der arbeitenden Klassen, von dem ganzen Schauergemälde, das einst Gladstone für England in jener berühmten, von Marx so grimmig kommentierten Parlamentsrede entwarf, kann bei uns nicht die Rede sein. Mag es auch noch unlautere Einkommensquellen, Börsenjobbertum und Grundstücksspekulation genug geben, im allgemeinen haben die arbeitenden Klassen bei uns einen wesentlichen Anteil an der steigenden Produktivkraft der Nation gehabt.

Wir sind damit schon mitten in die statistischen Untersuchungen hineingeraten, die das eigentliche Thema dieser Arbeit bilden. Ohne zuverlässige statistische Daten bleiben alle Spekulationen über die Entwickelung der Großindustrie, über „veränderte Struktur der Gesellschaft", „Akkumulationsprozeß des Kapitals" und was dergleichen mehr ist leeres Gerede. Weit schlagender als durch langatmige abstrakte Deduktionen, die doch niemand überzeugen, kann die socialdemokratische Doktrin durch die Thatsachen widerlegt werden, wenn es gelingt, dieselben unparteiisch und über jeden Zweifel erhaben festzustellen. Mit einem Körnlein Thatsachen kann man da ganze Mauern Theorie über

*) Das Gesamteinkommen der Einkommensteuerklassen mit mehr als 26 000 Mk. Einkommen betrug in Sachsen im Jahre 1880 70 Millionen, im Jahre 1896 210 Mill. Mark (vergl. die späteren Tabellen).

Digitized by Google

den Haufen werfen. Und unsere neuere Statistik hat manches derartige Körnlein geliefert.

Zu den bekanntesten socialdemokratischen Behauptungen gehört die, daß die industrielle Entwickelung unaufhaltsam dem Riesenbetriebe zusteure und daß infolgedessen der kleine Betrieb und damit der Mittelstand überhaupt dem Untergange geweiht sei. Die Behauptung fand eine gewisse Unterstützung in der Thatsache, daß gewisse Zweige des alten zünftigen Handwerks infolge veralteter Produktionsmethoden nicht mehr imstande waren, der maschinellen Großindustrie die Spitze zu bieten. Wie das Beispiel Englands und Amerikas lehrt, hat diese Entwickelung bei uns auch noch keineswegs ihr Ende erreicht. Der Verwitterungsprozeß, wie ihn Bücher treffend genannt hat, geht vielmehr in gewissem Umfange vor unseren Augen noch immer weiter vor sich. Aber diese unleugbare Thatsache beweist gegen die Lebensfähigkeit des kleinen und mittleren Betriebes als solchen gar nichts. Den in Mitleidenschaft gezogenen Zweigen des Handwerks steht die Landwirtschaft, stehen alte und sogar ganz moderne Produktionszweige gegenüber, in denen der kleine und mittlere Betrieb sich durchaus bewährt hat. Und an Stelle der „proletarisierten" Handwerker sind ganze Klassen getreten, die man als neuen Zuwachs zu den sogenannten Mittelständen, um hier diesen vieldeutigen Ausdruck zu verwenden, bezeichnen kann.

Der socialen Statistik, die diesen Kreis der Erscheinungen im großen untersuchen will, stehen hier zwei Wege offen. Sie kann entweder die Betriebe selbst unter genauer Scheidung von kleinem, mittlerem und großem Betriebe betrachten, oder sie kann sich an das Einkommen halten und die Veränderungen aufzeigen, die infolge der modernen Wirtschaftsentwickelung in der Verteilung des Einkommens unter den verschiedenen Klassen der Bevölkerung eingetreten sind. Den ersteren Weg ist die Reichsstatistik in den beiden Berufszählungen von 1882 und von 1895 gegangen. Sie hat damit einen Weg betreten, auf der ihr große Aufgaben und Erfolge winken. Schon das bisherige Resultat ist äußerst bemerkenswert und hat u. E. schon klar die Haltlosigkeit der socialdemokratischen Schlagworte ergeben. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die ganz großen Betriebe mit über 100 Arbeitern allerdings bei weitem am meisten zugenommen haben, aber nicht auf Kosten der kleinen und mittleren Betriebe. Diese sind vielmehr ebenfalls und ungefähr im Verhältnis der Bevölkerungszunahme gestiegen. Von ihrem allmählichen Verschwinden kann also keine Rede

Digitized by Google

sein, ja in der Landwirtschaft haben sie sogar relativ gegenüber dem Großgrundbesitz erheblich zugenommen. Die in dieser Statistik aufgezeigten Thatsachen sind so in die Augen fallend, daß sich sogar einer der bedeutendsten Vertreter der „wissenschaftlichen" Socialdemokratie, E. Bernstein in der „Neuen Zeit" zu erheblichen Zugeständnissen veranlaßt findet, Zugeständnissen, die von einer völligen Verleugnung des herkömmlichen Parteievangeliums nicht allzu weit entfernt sind. Man kann auf die Entwickelung der deshalb in der Parteipresse ausgebrochenen Fehde gespannt sein. Auch einem anderen, dem vielleicht agitatorisch wirksamsten Dogma ist die erwähnte Reichsstatistik zu Leibe gegangen, nämlich dem Dogma von der industriellen Reservearmee. Freilich können diese Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Gewerben nur als erster Versuch betrachtet werden. Die Erhebungen haben sich zwar auf einen Sommer- und einen Wintermonat bezogen, aber sie fanden in einem Jahre statt, das man als ein für die Industrie ungewöhnlich günstiges bezeichnen darf. Das erklärt auch das verhältnismäßig günstige Resultat, das wohl alle und nicht zum wenigsten die Socialdemokratie überrascht hat.*) Von unmittelbarer praktischer Bedeutung, etwa in Bezug auf eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und auf die Arbeitsvermittelung werden diese Erhebungen erst sein, wenn sie regelmäßig und unter genauer Kontrolle im einzelnen veranstaltet werden. Am besten würden sich dazu die Interessenten selbst eignen, wenn es gelänge, eine passende Organisation zu finden.

Es ist jedoch hier nicht unsere Absicht, die Betriebsstatistik näher zu untersuchen, vielmehr ist es das Einkommen, dessen Betrachtung die folgende Untersuchung sich zuwenden soll. Wie fast jede Statistik, so ist auch die des Einkommens ursprünglich aus fiskalischen Interessen entstanden, und sie ist nur da zuverlässig, wo das Einschätzungsgeschäft in fiskalischem Sinne ernst und gründlich gehandhabt wird. Das ist in Deutschland bisher namentlich im Königreich Sachsen der Fall gewesen, wo zuerst mit Erfolg das Prinzip der Deklarationspflicht, das allerdings äußerlich mehr den Charakter eines Deklarationsrechtes trägt, zur Durchführung gelangte. Von Sachsen besitzen wir daher die wertvollste Statistik über die Einkommensverhältnisse. Seit dem

*) Auf diese Ergebnisse hat der Verfasser in einer Reihe von Aufsätzen im „Volkswohl" Jahrg. (1897) Nr. 11, 15 und 18 (Dresden, Verlag von O. V. Böhmert) aufmerksam gemacht.

Digitized by Google

Jahre 1880 liegen uns dort genaue Ergebnisse vor, deren Grundlagen sich nur in ganz unwesentlichen Punkten geändert haben. Außer Sachsen besitzt von norddeutschen Staaten auch Hamburg eine vorzüglich funktionierende Einkommensteuer, über deren Ergebnisse die statistischen Veröffentlichungen seit Jahren wertvolle Untersuchungen gebracht haben. Aber erst mit dem Übergange Preußens zu einer zeitgemäßen Einkommensteuer ist eine Vergleichung der Ergebnisse im größeren Maßstabe möglich geworden. Preußen ist mit seiner großen Finanzreform mit einem Schlage an die erste Stelle gerückt und die Resultate seiner Statistik darf man unbedingt als die zuverlässigsten auf diesem Gebiete bezeichnen. Sie sind in den „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern im preußischen Staate" niedergelegt, die bisher für die vier Jahre 1894/95—1897/98 erschienen sind. Nächst den Veröffentlichungen des königl. sächsischen statistischen Bureaus bilden sie zweifellos die bedeutendste Quelle für die Erkenntnis der Einkommensverhältnisse in Deutschland.

Die für unsere Zwecke wichtigste Tabelle ist die über „die Nachweisung des Sollaufkommens an Einkommensteuer". Es werden hier, wie in Sachsen, die Ergebnisse der Einschätzung nach der Zahl der besteuerten Personen und dem Betrage der zu erlegenden Steuer aufgeführt. Eine willkommene Ergänzung bildet auch die Volkszählung, die durch die Einrichtung des Urmaterials ermöglicht wird, sowie die Angabe der nicht der Einkommensteuer unterliegenden Personen. Ein Nachteil gegenüber der sächsischen Statistik ist darin begründet, daß die Einkommen unter 900 Mk., wo die Steuerpflicht in Preußen beginnt, nicht näher spezifiziert werden konnten. In Sachsen finden wir auch über die geringsten Einkommen von 400, 500, 600, 700 und 800 Mk. genaue Nachweise. Die Einkommen unter 900 Mk. lassen sich somit in Preußen nur schätzungsweise nach Analogie der in Sachsen festgestellten bestimmen. Ein weiterer Mangel gegenüber der sächsischen Statistik liegt darin, daß der Betrag des festgestellten Einkommens bei den einzelnen Klassen nicht aufgeführt ist. Es existieren darüber in den erwähnten Mitteilungen nur summarische Nachweise über den Gesamtbetrag aller Einkommen überhaupt und der Einkommen über 3000 Mk. insbesondere. Man ist daher auf etwas umständliche Multiplikationen angewiesen, ein Verfahren, das zu zeitraubend war, um vom Verfasser in umfassendem Maße angewandt werden zu können. Mit der Sächsischen Statistik teilt die Preußische die Eigenschaft, daß nur das in erster Instanz, nicht das endgiltig festgestellte Einkommen

Digitized by Google

Gegenstand der Zusammenstellung gebildet hat. Das Ergebnis der Berufungen und Beschwerden ist also nicht berücksichtigt, wodurch sich das Bild nun ein geringes verschiebt. Es sind nämlich in Preußen im Jahre 1892/93 320 653, im Jahre 1893/94 260 810 Berufungen eingelegt worden und das Steuersoll hat sich infolgedessen im ersteren Jahre um 3 154 087, im letzteren um 2 454 730 Mk. ermäßigt. Seitdem fehlen genauere Angaben, man will offenbar erst abwarten, bis das Gesetz sich mehr eingebürgert hat und die schon im Jahre 1893/94 sehr heruntergegangene Zahl der Berufungen noch weiter heruntergegangen ist. Bei einer Würdigung der mitzuteilenden Zahlen wird man die nicht unerhebliche Bedeutung dieser Berufungen nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Bedauerlich ist endlich gerade für unsere Zwecke, daß die ergänzende Tabelle des Sollaufkommens der Stadtkreise, die in den beiden ersten Bänden erschienen ist, später einer nur summarischen Tabelle Platz gemacht hat. Die gerade in den Großstädten so überaus bedeutungsvollen Verschiebungen in den Einkommensverhältnissen werden sich also künftig nicht mehr genauer feststellen lassen. Es darf aber wohl dem Wunsche Ausdruck gegeben werden, daß diese Tabelle in Zwischenräumen von 10 zu 10 Jahren wieder erscheint.

Wenden wir uns nun einer Betrachtung der Ergebnisse selbst zu, wobei wir Sachsen und Preußen, sächsische und preußische Großstädte einander gegenüberstellen wollen. Für Preußen hat eine Gegenüberstellung der einzelnen Jahresresultate unter sich vorläufig noch geringes Interesse. Die Unterschiede sind, obschon nicht unerheblich, doch in ihrer Richtung noch nicht klar erkennbar. Vor allem aber muß sich in den ersten Jahren die größere oder geringere Übung der mit der Einschätzung betrauten Organe und der Zensiten selbst besonders bemerkbar machen. Ein Vergleich würde also keine sicheren Schlüsse gestatten. Es kann sich vielmehr nur darum handeln, ein bestimmtes Jahr herauszugreifen und für dieses eine möglichst eingehende Darstellung zu geben, die für künftige Vergleiche die Grundlage gewähren kann. Es ist also nicht die Verteilung des Einkommens in der Bewegung, die wir in einigen frappanten Zahlen zu schildern suchen werden, sondern es wird sich um einen einmaligen Schnitt handeln, an dem die Schichtung des Einkommens in einem bestimmten Augenblicke aufgezeigt werden soll. Für diesen Schnitt ist das Jahr 1895/96 gewählt worden, das letzte, in dem die bereits erwähnte ausführliche Ergänzungstabelle über die Stadtkreise erschien, und das dritte, über

Digitized by Google

das die Ergebnisse in statistischer Bearbeitung vorliegen. Die außerordentlichen Verschiedenheiten zwischen industriell wenig entwickelten und fortgeschrittenen Teilen der Monarchie gestattet dabei übrigens einen gewissen Schluß auf die Weiterentwickelung der ersteren, die ersichtlich ähnlichen Zuständen sich zu nähern streben, wie wir sie in den letzteren schon jetzt erkennen können. Der Weg vom Osten nach dem Westen hat daher in mancher Beziehung fast den Charakter eines Weges von der Vergangenheit in die Zukunft, wobei freilich zu beachten bleibt, daß sich historisch gewordene Zustände nicht so ohne weiteres über einen bequemen Leisten schlagen lassen. Wir werden auch zwischen den Städten des Westens zahlreiche Verschiedenheiten wahrnehmen können. Vor allem aber nimmt Berlin eine ganz besondere Ausnahmestellung ein, nach der Einkommensverteilung möchten wir es fast als die modernste der deutschen Großstädte bezeichnen.

Man kann die Verteilung des Einkommens auf die einzelnen Klassen von zwei verschiedenen Seiten betrachten. Entweder nämlich faßt man die Gesamtsumme des Einkommens ins Auge und untersucht, wie viel davon auf die einzelnen Klassen entfällt. Oder man hält sich an die Personen, denen das betreffende Einkommen zufließt. Vom sozialpolitischen Gesichtspunkte ist die letztere Betrachtungsweise die wichtigere. Sie zeigt die Schichtung der Bevölkerung nach Klassen, denn es ist heutzutage im wesentlichen nur das Einkommen, das die soziale Stellung des einzelnen bestimmt. Freilich giebt es auch heute noch Herrschaftsverhältnisse bei der Organisation der nationalen Arbeit, die nicht ohne weiteres in einem geldlichen Einkommensbetrage abzuschätzen sind. In dem weitaus überwiegenden Teile Deutschlands und auch Preußens herrscht aber die Geldwirtschaft, und wir haben daher im Einkommen einen freilich nur allgemeinen Maßstab für die Bedeutung, die dem einzelnen bei der Leitung oder Ausführung der nationalen Arbeit zukommt. Das erklärt und rechtfertigt die Wichtigkeit, die man der Einkommensverteilung zuweist. Wir können von einer unteren Klasse, von einem Mittelstand, von herrschenden Ständen je nach dem Einkommen sprechen, und so willkürlich auch jede Grenze sein mag, die man hier festsetzen will, sie ist immer noch mindestens ebensogut, als eine Einteilung nach Fabrikarbeitern, Gehilfen, Handwerkern, Lohnwerkern, Hausindustriellen, Werkmeistern, Unternehmern oder in der Landwirtschaft nach Instleuten, Parzellenbesitzern, Kossäten, Voll-, Halb- und Viertelmeiern, Ein- und Mehrspännerwirtschaften

Digitized by Google

u. dergl., alles Einteilungen, die teils auf längst überlebten Wirtschaftsformen beruhen, teils bei dem vielgestaltigen modernen Leben ununterscheidbar ineinanderfließen.

Wenn auch, wie bereits hervorgehoben, die Einteilung nach Personen wichtiger ist, als die nach den Einkommenssummen, so bieten doch auch diese sehr interessante Gesichtspunkte. Das Einkommen sämtlicher Zensiten betrug nach der amtlichen Statistik für Preußen in Millionen Mark:

	im Jahre					
	1892/93	1893/94	1894/95	1895/96	1896/97	1897/98
in den Städten	3873	3879	3934	4060	4183	4410
auf dem Lande	1851	1846	1850	1877	1903	1965
überhaupt . . .	5724	5725	5784	5937	6086	6375

und das Einkommen der Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. nach Abzug der Schuldzinsen in Millionen Mark:

	im Jahre					
	1892/93	1893/94	1894/95	1895/96	1896/97	1897/98
in den Städten	2197	2175	2182	2226	2308	2447
auf dem Lande	594	581	576	576	581	609
überhaupt . . .	2791	2756	2758	2803	2889	3056

Der auffallende Rückgang der Einkommen von mehr als 3000 Mk. auf dem Lande bis zum Jahre 1896/97 erklärt sich wohl zum Teil aus Überschätzungen in den ersten beiden Jahren der Wirksamkeit des Gesetzes, vielleicht auch aus einer gewissen größeren Milde bei der späteren Einschätzung. Zweifellos waren gerade bei diesem Einkommen, das vielfach schwer in Geld abzuschätzen war, die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Aus dem starken Rückgange wird man also keine allzu weitreichenden Schlüsse ziehen dürfen. Im letzten Jahre haben auch diese Einkommen die Ziffern des Jahres 1892/93 erheblich überschritten.

Eine weitere Spezialisierung hat die amtliche Statistik nicht gegeben. Der Verfasser hat sie durch Multiplikationen mit der Zahl der Einkommensempfänger bezw. des veranlagten Steuerbetrags für das Jahr 1894/95 zu geben versucht. Die letzte Stelle ist dabei abgekürzt. In der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse für Sachsen in den Jahren 1880 und 1896 zum Vergleich mit herangezogen.

Der Gesamtbetrag des Einkommens betrug danach in Millionen Mark:

Digitized by Google

Tabelle I.

in Preußen für die Klassen	1894/95	in Sachsen für die Klassen	1880	1896
über 900 bis 1200 Mk.	1180	bis 950 Mk.	445	650
„ 1200 „ 1500 „	580	über 950 bis 1250 Mk.	75	177
„ 1500 „ 1800 „	400	„ 1250 „ 1600 „	59	121
„ 1800 „ 2100 „	260	„ 1600 „ 1900 „	36	66
„ 2100 „ 3000 „	600	„ 1900 „ 2200 „	30	57
„ 3000 „ 5000 „	650	„ 2200 „ 4800*) „	130	230
„ 5000 „ 9500 „	600	„ 4800 „ 9600*) „	72	134
„ 9500 „ 25000 „	550	„ 9600 „ 26000*) „	65	148
„ 25000 „ 50000 „	300	„ 26000 „ 51000 „	24	72
„ 50000 „ 100000 „	240	„ 51000 „ 100000 „	18	53
über 100000 Mk.	420	über 100000 Mk.	29	86
	5780		983	1794

Den Klassen mit einem Einkommen von weniger als 950 Mk. fielen also von dem Gesamteinkommen Sachsens im Jahre 1880 45 pCt., im Jahre 1896 36 pCt. zu. Man wird für Preußen wohl nicht fehlgehen, wenn man diesen Teil des Nationaleinkommens auf 40 bis 50 pCt. des Gesamteinkommens veranschlagt, also auf etwa 5 Milliarden.

An je 1000 Mk. des Gesamteinkommens der Zensiten mit mehr als 900 (950) Mk. fielen also den einzelnen Klassen folgende Beträge zu:

Tabelle II.

in Preußen den Klassen	1894/95	in Sachsen den Klassen	1880	1896
über 900 bis 1200 Mk.	204	über 950 bis 1250 Mk.	139	155
„ 1200 „ 1500 „	100	„ 1250 „ 1600 „	110	106
„ 1500 „ 1800 „	69	„ 1600 „ 1900 „	67	58
„ 1800 „ 2100 „	45	„ 1900 „ 2200 „	56	50
über 900 bis 2100 Mk.	**418**	über 950 bis 2200 Mk.	**372**	**369**
über 2100 bis 3000 Mk.	104	über 2200 bis 4800 Mk.	241	201
„ 3000 „ 5000 „	113	„ 4800 „ 9600*) „	134	117
„ 5000 „ 9500 „	104			
über 2100 bis 9500 Mk.	**321**	über 2200 bis 9600*) Mk.	**375**	**318**
über 9500 bis 25000 Mk.	95	über 9600 bis 26000*) Mk.	121	129
„ 25000 „ 50000 „	52	„ 26000 „ 50000 „	45	63
„ 50000 „ 100000 „	41	„ 50000 „ 100000 „	33	46
über 100000 Mk.	73	über 100000 Mk.	54	75
über 9500 Mk.	**261**	über 9600 Mk.	**253**	**313**

*) Die sächsischen Steuerstufen des Jahres 1896 sind gegen die des Jahres 1880 etwas verändert worden. An Stelle der Stufen 2500—3300, 3300—3800, 3800 bis 4800, 6300—9600 über 9600, wie wir sie im Folgenden aufgestellt haben, sind für das Jahr 1896 jedesmal zu setzen: 2500—3100, 3100—3700, 3700—4800, 6300—9100 über 9400 Mk. Das bezieht sich auch auf alle folgenden Tabellen.

Digitized by Google

Es wird interessant sein, die künftige Gestaltung dieser Einkommensverteilung in Preußen zu verfolgen. Im allgemeinen können wir nach den sächsischen Erfahrungen annehmen, daß das Einkommen der mittleren Klassen von 2100 (2200) bis 9500 (9600) Mk. Einkommen zwar absolut wesentlich steigen, daß aber sein prozentualer Anteil am Gesamteinkommen nicht unwesentlich fallen wird. Es würde sich darin dieselbe Entwicklung wiederspiegeln, die wir auch bei den mittleren Betrieben nach der Reichsstatistik festgestellt haben, eine Entwicklung, in der irgend etwas Bedenkliches nicht erblickt werden kann. Auffallend ist in der obigen Tabelle der große Anteil der niedrigen Einkommen an der Gesamtsumme in Preußen: er giebt die geringere industrielle Entwicklung des Landes im Gegensatz zu Sachsen deutlich zu erkennen.

Bei der Betrachtung der Zensiten empfiehlt sich eine andere und eingehendere Klasseneinteilung, als bei der Untersuchung des Einkommens. Das Hauptgewicht legen wir auch hier auf die mittleren und unteren Klassen. Die Zensiten mit mehr als 9500 ℳ Einkommen sind so wenig zahlreich, daß sich eine weitere Spezialisierung nicht verlohnt. Im Folgenden sind die Tabellen auf je 10 000 Einwohner berechnet, so daß also die einzelnen Zahlen zeigen, wieviel Zensiten der betreffenden Klassen auf je 10 000 Einwohner kommen. Zu Grunde gelegt ist bei den preußischen Zahlen die Einwohnerzahl, die bei der Einkommenstatistik auf Grund des Urmaterials ermittelt wurde, bei den sächsischen die Ergebnisse der Volkszählungen von 1880 und 1895. Bei der preußischen Statistik sind als Zensiten von weniger als 900 ℳ Einkommen diejenigen in Ansatz gebracht worden, die in Spalte 7 der Tabelle I als „einkommensteuerfreie Einzelsteuernde und Haushaltungsvorstände" bezeichnet werden, sie umfassen nach dem Wortlaut auch die Zensiten mit einem Einkommen über 900 ℳ, bei denen eine Einkommensteuer aus den Erleichterungsgründen der §§ 18 und 19 des Preußischen Einkommensteuergesetzes nicht erhoben wird. Ihre Zahl ist nicht unbeträchtlich. Sie betrug im Jahre 1896/97 über 200 000, d. h. also mehr als ein Viertel derjenigen Steuerzahler, die in der Klasse 900 bis 1050 ℳ zur Steuer herangezogen wurden. Da die gleichen Erleichterungen für Sachsen nicht gelten, müßte man diese Einkommen den Klassen 900—1200 streng genommen zurechnen, was jedoch der bequemeren Rechnung wegen unterblieb.

Wir erhalten dann für den Gesamtstaat, das platte Land und die Städte überhaupt im Jahre 1895/96 folgende Ziffern, denen

Digitized by Google

wir die Zahlen für Sachsen in den Jahren 1880 und 1896 gegenüberstellen:

Auf 10 000 Einwohner kam folgende Anzahl von Personen, welche Einkommen bezogen:

Tabelle III.

In Preußen 1895/96				In Sachsen	1880		1896	
in den Klassen:	ins-gesamt	in den Städten	auf dem Lande	in den Klassen:	ins-gesamt	auf dem Lande	ins-gesamt	auf dem Lande
unter 900 ℳ	2757	2944	2632	unter 950 ℳ	3076	3262	3054	3262
über 900—1200 „	388	513	303	über 950—1250 „	232	193	427	361
„ 1200—1500 „	144	202	104	„ 1250—1600 „	138	112	223	173
„ 1500—1800 „	82	122	56	„ 1600—1900 „	69	56	99	74
„ 1800—2100 „	44	68	28	„ 1900—2200 „	49	38	73	50
„ 2100—2400 „	37	60	21	„ 2200—2500 „	36	27	52	34
„ 2400—3000 „	45	76	25	„ 2500—3300 „	58	40	65	42
„ 3000—3600 „	27	46	14	„ 3300—3800 „	20	14	37	21
„ 3600—4500 „	23	41	10	„ 3800—4800 „	26	15	40	21
„ 4500—6000 „	19	37	7	„ 4800—6300 „	29	10	29	15
„ 6000—9500 „	18	36	6	„ 6300—9600 „	12	5	25	10
„ 9500 ℳ	18	38	5	„ 9600 ℳ	21	8	33	11
Zensiten überhaupt	845	1239	579	Zensiten überhaupt	681	518	1103	812
Einkommen überhaupt	3602	4183	3211	Einkommen überhaupt	3757	3780	4157	4074

Am bemerkenswertesten ist hier wohl die rasche Zunahme sämtlicher Klassen in Sachsen, sie bestätigt den günstigen Einfluß, den die industrielle Entwicklung der letzten 15 Jahre gehabt hat. Auch auf dem Lande, das ja in Sachsen fast überall in der Industrie thätig ist, macht sich diese günstige Entwickelung stark bemerkbar. Die Zahl der überhaupt Erwerbsthätigen ist auf dem Lande und in den Städten in Sachsen fast dieselbe, während sie sich in Preußen wie 32 zu 42 verhält. Die Schichtung der Bevölkerung in Preußen im Jahre 1895/96 zeigt mit der Sachsens im Jahre 1880 eine gewisse Ähnlichkeit, nur ist die Zahl der Einkommen von 900—1200 erheblich größer, als die der sächsischen von 950—1250, während die der Einkommen unter 900 ℳ geringer ist. Zählten wir der letzteren einen Teil der Einkommen von 900—1200 ℳ zu, so würden sich die beiden Bilder zum Verwechseln ähnlich sehen. Eine weitere Ähnlichkeit beobachten wir zwischen dem Königreich Sachsen im ganzen (1896) und den Preußischen

*) Siehe Anmerkung S. 36.

Digitized by Google

Städten (1895/96). Der Fortschritt des Landes hat also Sachsen ähnlichen Verhältnissen zugeführt, wie wir sie jetzt in den preußischen Städten sehen.

Ganz ähnliche Unterschiede zeigen sich, wenn wir in Preußen zwei Provinzen mit verschiedener industrieller Entwicklung einander gegenüberstellen. Es sollen dafür Ostpreußen und die Rheinlande gewählt werden. Freilich treten hier die Unterschiede weit krasser hervor, als bei einem Vergleich Preußens und Sachsens. Denn in Sachsen hat die industrielle Entwicklung weit auf das Land hinausgegriffen, während sie sich in Ostpreußen nur in wenigen größeren Städten entfaltet hat.

Auf 10 000 Einwohner kam folgende Anzahl von Personen, welche Einkommen bezogen:

Tabelle IV.

in den Klassen:	In Ostpreußen				In der Rheinprovinz			
	insgesamt		auf dem Lande		insgesamt		auf dem Lande	
	1895/96	1897/98	1895/96	1897/98	1895/96	1897/98	1895/96	1897/98
unter 900 ℳ.	2980	2921	2765	2698	2526	2552	2395	2419
über 900—1200 „	165	166	131	134	502	524	492	503
„ 1200—1500 „	81	84	62	62	170	171	149	149
„ 1500—1800 „	49	50	34	33	92	92	69	68
„ 1800—2100 „	25	26	15	15	49	48	32	31
„ 2100—2400 „	21	20	12	11	41	40	24	24
„ 2400—3000 „	26	27	14	13	50	51	28	25
„ 3000—3600 „	17	17	8	8	29	30	15	16
„ 3600—4500 „	14	14	5	6	24	25	10	11
„ 4500—6000 „	11	12	4	4	20	20	7	8
„ 6000—9600 „	10	10	3	3	19	20	6	6
„ 9600 ℳ.	7	8	2	3	21	23	5	9
Zensiten überhaupt ..	429	434	290	292	1017	1044	837	850
Einkommen überhaupt	3409	3355	3055	3090	3543	3596	3232	3269

Vergleichen wir diese Zahlen mit denen Sachsens, so fällt uns sofort die Ähnlichkeit der Rheinprovinz mit Sachsen auf, eine Ähnlichkeit, die sich auch auf das Land erstreckt. Nur ist die Zahl der Einkommen unter 900 ℳ. im Rheinland erheblich geringer, sie beträgt auf je 10 000 Einwohnern im ganzen Gebiet 3541, auf dem Lande allein 3233, während die entsprechenden Zahlen in Sachsen für 1896 4158 und 4074 sind. Man wird diese große Verschiedenheit, der wir auch in den Städten begegnen werden, wohl hauptsächlich auf Unterschiede in der Veranlagung zurückführen müssen. In Preußen fehlt ein erhebliches Interesse der Behörden an der Feststellung dieser Einkommen, die keiner Steuer unterliegen, während in Sachsen sogar ein

Digitized by Google

Einkommen von 400—600 ℳ mit 1 ℳ steuerpflichtig ist. Immerhin mag auch die in Sachsen weit verbreitete Frauen- und Kinderarbeit die starke Differenz mit erklären. Man denke nur an die Textilindustrie, die, vielfach in hausindustrieller Form, in Sachsen ihren Hauptsitz hat. Welche ungeheuere Umwälzung aber die letzten 15 Jahre im Gefolge gehabt haben, lehrt ein Vergleich der beiden Zahlenreihen für Sachsen Land. Die Zahlen für 1880 stehen fast genau in der Mitte zwischen denen Ostpreußens und des Rheinlandes für 1895/96.

Wenden wir uns nun den Großstädten zu, deren genauere Betrachtung die Preußische Statistik von 1895/96 ermöglicht. Der Verfasser hat im Jahre 1896 in Schmollers Jahrbuch die Verschiebungen untersucht, die bei der Einkommensverteilung in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Braunschweig und Hamburg in den letzten 15 Jahren eingetreten sind. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die mittleren Klassen gelegt und nachgewiesen, daß von einer nennenswerten Abnahme derselben keine Rede sein kann. An Zahl sind vielmehr alle Einkommen zwischen 2000 und 6000 Mark erheblich gestiegen, nur relativ hat ihre Zunahme teilweise nicht mit der der anderen Klassen Schritt gehalten. Doch stellte sich sowohl bei Hamburg wie bei Chemnitz, der Stadt des Großhandels und der der Großindustrie heraus, daß hier die Mittelstände der Zahl nach sogar relativ eine gleich bedeutende, teilweise sogar eine bedeutendere Stellung einnehmen, als vor 15 Jahren. Auch in den letzten beiden Jahren hat die Entwicklung kein anderes Bild ergeben. Für Preußen läßt sich diese Untersuchung nicht auf eine längere Zeit zurückführen. Es wird sich auch hier nur darum handeln können, die verschiedene Schichtung des Einkommens in den einzelnen Großstädten *nebeneinander* darzustellen. Auch hier ist das Jahr 1895/96 dem Vergleich zu grunde gelegt worden. Es wird sich dabei zeigen, wie tiefgreifend die Unterschiede namentlich zwischen den Städten des Ostens und den industriell mehr entwickelten des Westens sind. Und wie die Reichsgewerbestatistik für die Städte des Ostens den stärksten Prozentsatz der Arbeitslosen nachgewiesen hat, so wird hier eine Betrachtung der Einkommensverteilung zeigen, daß die Städte des Westens aus der modernen Entwicklung gegenüber denen des Ostens, soweit die Verteilung des Einkommens in Frage kommt, *nur Vorteile* gezogen haben, daß also auch für den Osten nur eine planmäßige Entwicklung der modernen industriellen Produktivkräfte, zu der ja alle Grundlagen vorhanden

Digitized by Google

sind, eine dauernde Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen kann.

Wir stellen zunächst die Einkommensverteilung der sächsischen Großstädte voran, weil wir sie in ihrer Entwicklung seit 16 Jahren verfolgen können. Auch bei diesen Tabellen berechnen wir die Zahl der Einkommen, die auf 10 000 Einwohner entfallen.

Auf 10 000 Einwohner kam folgende Anzahl von Personen, welche Einkommen bezogen:

Tabelle V.

		in Dresden		in Leipzig		in Chemnitz	
		1880	1896	1880	1896	1880	1896
bis	950 Mark	2843	2958	2772	2476	2512	2663
über	950—1250 „	384	695	432	659	304	533
„	1250—1600 „	218	360	253	374	161	314
„	1600—1900 „	114	166	119	146	78	130
„	1900—2200 „	89	138	94	115	61	96
„	2200—2500 „	74	100	78	81	44	71
„	2500—3300 „ *)	131	127	127	98	78	84
„	3300—3800 „ *)	50	77	48	59	24	50
„	3800—4800 „ *)	66	93	70	64	38	55
„	4800—6300 „	62	74	65	54	37	45
„	6300—9600 „ *)	56	71	63	46	31	42
„	9600 „ *)	60	101	89	77	34	61
„	950 „	1304	2002	1438	1773	890	1481
	überhaupt . . .	4147	4960	4210	4249	3402	4144

Die Zahlen dieser Tabelle liefern uns wieder einen Beweis dafür, wie außerordentlich günstig die industrielle Entwicklung gerade für die Großstädte gewesen ist. Keine einzige Klasse giebt es, die nicht erheblich an relativer Bedeutung zugenommen hätte, der scheinbare Rückgang bei der Klasse 2500—3300 in Dresden und Leipzig beruht teilweise darauf, daß sich unterdessen die Klasseneinteilung verändert hat. Zählen wir die folgende Klasse bis 3 800 Mark hinzu, so erhalten wir für Dresden auch hier eine erheblich größere Ziffer. Nur bei Leipzig kann man von einem thatsächlichen Rückgange dieser Klassen sprechen, der aber lediglich auf die massenhaften Eingemeindungen der Arbeitervorstädte zurückgeführt werden muß. Es ist selbstverständlich, daß das

*) Siehe Anmerkung auf S. 36.

Digitized by Google

Leipzig mit 149 000 Einwohnern, das der Tabelle für 1880 zu grunde liegt, von dem Leipzig mit 400 000 im Jahre 1896 wesentlich verschieden ist und eigentlich nur den Namen mit ihm gemein hat. Leider lassen sich keine anderen vergleichbaren Ziffern beibringen.

Natürlich ist die Größe der Zunahme bei den einzelnen Klassen wesentlich verschieden. Am stärksten ist sie überall bei den Klassen von 950 bis 1600 Mark, d. h. bei den arbeitenden Klassen der Großindustrie. Ein erneuter Beweis, welche ungeheure Verbesserung die moderne Entwicklung für diese Klassen bedeutet. Und was die Hauptsache, diese Entwicklung ist vom ersten Jahre an unaufhaltsam, wie einem Naturgesetze folgend, vor sich gegangen.

Der Raum verbietet es uns hier, das im Einzelnen nachzuweisen, wir müssen uns mit der Gegenüberstellung des Anfangs- und des Schlußergebnisses begnügen. Bei der Wichtigkeit gerade dieser Frage möge uns jedoch gestattet sein, die Entwicklung gerade der unteren Einkommen in der folgenden kleinen Tabelle zu zeigen. Der volkswirtschaftliche Theoretiker kann es der sächsischen Einkommensteuer nicht genug Dank wissen, daß sie auch die untersten Einkommen ergreift, und uns so in stand setzt, auch den Unterbau unserer modernen Arbeiterorganisation mit exakten Methoden zu untersuchen. Wir erstrecken diese Untersuchung auf alle Einkommen unter 2200 Mark, ist doch der Betrag von 2000 Mark von der Reichsgesetzgebung selbst gewissermaßen als die Grenze aufgestellt worden, bis zu der eine Schutzbedürftigkeit in den Versicherungsgesetzen anerkannt ist. Die nachfolgende Tabelle soll nun zeigen, welche Einkommen je 100 Personen dieser unteren Klassen in den Jahren 1880 und 1896 bezogen.

Von 100 Personen, die weniger als 2200 Mark Einkommen hatten, gehörten an:

Tabelle VI.

den Klassen	in Dresden		in Leipzig		in Chemnitz	
	1880	1896	1880	1896	1880	1896
unter 600 Mark	50	32	47	36	56	41
über 600— 950 „	28	37	28,5	29,5	25	30
„ 950—1250 „	10,5	16	11,5	17,5	10	14,5
„ 1250—1600 „	6	8	7	10	5	8,5
„ 1600—2200 „	5,5	7	6	7	4	6

Wir sehen also, wie hier überall untere Einkommen in eine höhere Stufe aufgestiegen sind, die Betrachtung der dazwischen liegenden

Digitized by Google

Jahre würde zeigen, daß diese Entwicklung vom ersten Jahre an gleichmäßig erfolgt ist. Geht sie ungehindert weiter, so ist vielleicht die Zeit nicht mehr fern, wo sie auch auf die Einkommen von mehr als 2200 Mark übergreift. Es würde sich dann in der That aus der Elite der großstädtischen Arbeiterbevölkerung ein neuer Mittelstand bilden, ein Ausdruck, den der Verfasser in dem bereits erwähnten Aufsatz in Schmollers Jahrbuch auf diese bemerkenswerte Erscheinung angewandt hat.

Dabei ist noch zu bedenken, daß auf jede erwerbsthätige Person im Jahre 1896 weit weniger nicht erwerbsthätige kamen als im Jahre 1880. Auf eine Person die Einkommen bezog, kamen nämlich:

	1880	1896	
in Dresden	1,4	1,0	Personen, welche kein Einkommen bezogen.
in Leipzig	1,4	1,3	
in Chemnitz	1,9	1,4	

Die Erleichterung dieser untersten Klassen ist also eine doppelte. Sie beziehen erheblich mehr Einkommen und haben weniger Personen davon zu ernähren, als im Jahre 1880. Bei Leipzig ist auch hier zu bemerken, daß zwischen 1880 und 1896 die große Eingemeindung der Vorstädte liegt, die der Stadt einen erheblichen Prozentsatz gerade an Arbeiterbevölkerung zuführte.

Wir gehen nun auf die Preußischen Großstädte über, denen wir auch als typische Kleinstadt Celle hinzufügen. Es soll dabei eine Reihenfolge gewählt werden, die den Vergleich in den Punkten erleichtert, auf die wir im Laufe der Untersuchungen besonders eingehen werden. Umstehende Tabelle VII giebt die Ergebnisse in ähnlicher Weise wie die Tabelle V für die sächsischen Großstädte wieder.

Ordnen wir die Städte der besseren Übersicht halber nach der Zahl der Einkommen überhaupt, so ergiebt sich folgende Tabelle:

Unter 10 000 Personen bezogen ein Einkommen überhaupt

in Berlin	5445 (0,85)	in Stettin	4279 (1,3)
in Frankfurt	5214 (0,9)	in Leipzig	4251 (1,3)
in Königsberg	5024 (1,0)	in Danzig	4177 (1,4)
in Dresden	4960 (1,0)	in Dortmund	3745 (1,7)
in Breslau	4633 (1,2)	in Celle	3642 (1,6)
in Hannover	4540 (1,2)	in Düsseldorf	3591 (1,8)
in Köln	4526 (1,2)	in Barmen	3518 (1,8)
in Magdeburg	4481 (1,2)	in Elberfeld	3496 (1,9)
in Altona	4396 (1,3)		

Digitized by Google

Tabelle VII.

	Königsberg	Danzig	Breslau	Stettin	Celle	Altona	Elberfeld	Barmen	Düsseldorf	Magdeburg	Hannover	Köln	Berlin	Frankfurt	Dortmund
bis 900 Mk.	4098	3347	3543	2990	2623	2826	2443	2390	2422	2988	3034	2874	3423	3500	1885
über 900—1200 „	261	233	333	412	280	676	377	423	411	544	456	740	1058	475	1014
„ 1200—1500 „	154	144	171	208	182	283	170	207	192	245	254	238	304	243	276
„ 1500—1800 „	112	93	120	136	118	157	107	122	127	148	175	145	162	166	139
„ 1800—2100 „	60	53	82	88	65	85	73	56	81	98	104	100	73	112	76
„ 2100—2400 „	54	50	67	78	55	72	60	55	61	88	94	86	74	98	101
„ 2400—3000 „	69	59	80	91	74	102	69	71	73	113	109	101	88	129	98
„ 3000—3600 „	47	47	53	50	57	47	48	56	47	58	73	55	41	86	47
„ 3600—4500 „	44	39	50	52	46	47	39	35	40	51	61	49	48	93	39
„ 4500—6000 „	40	37	42	55	56	35	32	30	38	45	62	41	49	84	37
„ 6000—9500 „	45	41	44	56	50	35	34	30	42	45	59	44	53	89	34
„ 9500 „	40	34	48	63	36	31	44	43	57	58	59	53	72	139	35
Zensiten überhaupt	926	830	1090	1289	1019	1570	1053	1128	1169	1493	1506	1652	2022	1714	1860
Einkommen „	5024	4177	4633	4279	3642	4396	3496	3518	3591	4481	4540	4526	5445	5214	3745

Digitized by Google

Die eingeklammerten Zahlen zeigen, wie viel Personen ohne Einkommen auf eine Person kamen, welche Einkommen bezog. Berlin steht also hier bei weitem obenan, ihm folgt Frankfurt, während Städte mit einer so entwickelten Großindustrie wie Düsseldorf, Elberfeld und Barmen ganz am Schlusse erscheinen. Man kann, wenn man die bunte Reihenfolge der Städte sich ansieht, nur schwer den Gedanken unterdrücken, daß hier wesentliche Unterschiede bei der Veranlagung der untersten, nicht steuerpflichtigen Klasse vorliegen müssen. Es ist dem Verfasser nicht gelungen, eine andere Erklärung dieser auffallenden Erscheinung zu finden. Wie bereits hervorgehoben, entziehen sich diese Unterschiede in Preußen deshalb der eingehenderen Erkenntnis, weil ein erhebliches Interesse der einschätzenden Behörden nicht vorliegt.

Etwas festeren Boden betreten wir bei der Betrachtung der steuerpflichtigen Klassen allein. Die Reihenfolge hat sich hier verändert und es lassen sich schon gewisse Typen erkennen.

Auf 10 000 Einwohner kamen Personen mit mehr als 900 (950) Mk. Einkommen:*)

Berlin	2022	(Dresden [1880]	1303)
Dresden	2002	Stettin	1289
Dortmund	1860	Düsseldorf	1169
Leipzig	1775	Barmen	1128
Frankfurt	1714	Breslau	1090
Köln	1652	Elberfeld	1053
Altona	1570	Celle	1019
Hannover	1506	Königsberg	926
Magdeburg	1493	(Chemnitz [1880]	889)
Chemnitz	1480	Danzig	830
(Leipzig [1880]	1437).		

Natürlich ist es hier die Zahl der untersten, bei weitem zahlreichsten Einkommen, die das Ergebnis hauptsächlich bestimmt. Nur bei Frankfurt dürfte auch die Zahl der mittleren und höheren Einkommen stark ins Gewicht fallen. Wir finden das bestätigt, wenn wir die Einkommen von 900—1500 (in Sachsen 950—1600) Mk., also die Einkommen der besser bezahlten Fabrikbevölkerung gesondert ins Auge fassen. Wir erhalten hier folgende Reihe:

Auf 10 000 Einwohner kamen Personen mit einem Einkommen von 900—1500 (950—1600) Mk.:

*) Die in Preußen aus den Gründen des § 18 und 19 steuerfrei Gebliebenen sind nicht mitgerechnet.

Digitized by Google

Berlin	1362	Barmen	630
Dortmund	1290	Stettin	620
Dresden	1055	Düsseldorf	603
Leipzig	1033	(Dresden [1880]	602)
Köln	978	Elberfeld	547
Altona	959	Breslau	504
Chemnitz	847	(Chemnitz [1880]	465)
Magdeburg	789	Celle	462
Frankfurt	718	Königsberg	415
Hannover	710	Danzig	377
(Leipzig [1880]	685).		

Fassen wir nun speziell die besser gestellten Arbeiter der Großindustrie, die Vorarbeiter und sonstigen Berufsthätigen ins Auge, die bei entwickelter Großindustrie ein bescheidenes, aber auskömmliches Brot finden, mithin das was man etwa als unteren Mittelstand bezeichnen könnte, so werden wir diesen hauptsächlich in den Einkommenklassen 1200—2100 (1250—2200) Mk. vertreten finden. Bekanntlich entspricht diese untere Grenze dem gelegentlich von einzelnen Arbeiterführern geforderten Mindestlohn. Sie dürfte auch ungefähr, wenigstens in den Städten der fortgeschritteneren Teile Deutschlands, die Grenze bezeichnen, bei der ein Arbeiter leidlich leben und eine nicht zu zahlreiche Familie angemessen aufziehen kann, ohne auf den Nebenverdienst der übrigen Familienmitglieder angewiesen zu sein. Die obere Grenze fällt ungefähr mit der der Reichsversicherungsgesetze zusammen, die ja im allgemeinen ihre Fürsorge nur denjenigen Personen zuwenden, die weniger als 2000 Mk. verdienen. Wo diese Klasse der gut bezahlten Arbeiterbevölkerung zahlreich vertreten ist, dürfen wir die Verhältnisse als besonders günstig bezeichnen. Es entspräche allerdings einem gewissen Ideal, alle gelernten Arbeiter in diese Steuerstufen emporzuheben. In den einzelnen Städten waren die Verhältnisse hier folgende:

Auf 10 000 Einwohner kamen Personen, die ein Einkommen von 1200—2200 (1250—2200) Mk. hatten in

Dresden	664	Dortmund	491
Leipzig	635	Magdeburg	491
Chemnitz	540	Köln	483
Berlin	539	(Leipzig [1880]	466)
Hannover	533	Stettin	432
Altona	525	(Dresden [1880]	421)
Frankfurt	521	Düsseldorf	400

Digitized by Google

Barmen	385	Königsberg	326
Breslau	373	(Chemnitz [1880]	300)
Celle	365	Danzig	290
Elberfeld	350		

Dresden und Chemnitz stehen hier voran. Es ist jedoch zu beachten, daß die fragliche Steuerstufe in Sachsen sich etwas weiter erstreckt als in Preußen und daß die Handhabung der Steuererleichterung dort weniger günstig ist als hier. Ziehen wir beides in Rechnung, so würde Dresden zwar vielleicht Berlin etwas überlegen sein, Chemnitz würde aber etwa auf die Stelle Altonas rücken. Wir haben auch an dieser Stelle die Zahlen der beiden sächsischen Städte für 1880 beigefügt. Sie veranschaulichen das rapide Wachstum der letzten 15 Jahre.

Die hervorragenderen Städte des Westens, namentlich diejenigen, die zugleich auch Handels- und Luxusstädte sind, aber auch Städte der Arbeit im eigentlichsten Sinne des Wortes wie Altona und Dortmund, stehen hier auf der günstigeren Seite, Stettin bildet den Übergang zu den weniger begünstigten, zu denen außer den wichtigeren Städten des Ostens auch Düsseldorf, Barmen und Elberfeld gehören.

Damit verlassen wir die unteren Klassen und wenden uns der Betrachtung der mittleren zu. Es sind das die Klassen mit einem Einkommen zwischen 2000—9600 Mk., auf die man den Ausdruck „Mittelstand" am ersten anwenden kann. Wir teilen sie in zwei Gruppen, die erste von 2100—4500 (2200—4800) Mk., die zweite von dort bis 9500 (9600) Mk., wo die wenig zahlreiche und uns hier weniger interessierende Gruppe der reicheren Klassen beginnt.

Für die erstere dieser Abteilungen erhalten wir folgendes Bild:

Auf 10 000 Einwohner kamen Personen, die ein Einkommen von 2100—4500 (2200—4800) Mk. bezogen in:

Frankfurt	406	Berlin	251
Dresden	397	Breslau	250
Hannover	337	Dortmund	249
(Dresden [1880]	321)	Celle	232
(Leipzig [1880]	323)	Düsseldorf	221
Magdeburg	316	Barmen	217
Leipzig	302	Elberfeld	216
Köln	291	Königsberg	214
Stettin	271	Danzig	195
Altona	268	(Chemnitz [1880]	184)
Chemnitz	260		

und für die zweite das folgende:

Digitized by Google

Auf 10 000 Einwohner kamen Personen, die ein Einkommen von 4500—9500 (4800—9600) Mk. bezogen in:

Frankfurt	228	Breslau	86
Dresden	145	Königsberg	85
(Leipzig [1880]	128)	Köln	85
Berlin	125	Düsseldorf	80
Hannover	121	Danzig	78
(Dresden [1880]	118)	Altona	70
Stettin	111	Dortmund	69
Celle	106	Elberfeld	66
Chemnitz	103	(Chemnitz [1880]	65
Leipzig	100	Barmen	60
Magdeburg	90		

In beiden Abteilungen dieser Klasse steht Frankfurt weit voran. Überhaupt kommt hier die Bedeutung des Handels mehr zur Geltung. Der Einfluß der Großindustrie dagegen macht sich weniger bemerkbar. Ihre Unternehmer gehören meist den höheren Einkommensklassen an und die von ihr abhängigen Existenzen sind noch nicht in diese mittleren Klassen hinaufgestiegen. Wenigstens gilt dies unbedingt für die Klasse 4500—9500 Mk., in der wir daher auch Celle in verhältnismäßig günstiger Lage sehen. Neben dem Handel wirkt auch die Anwesenheit von Rentnern wesentlich ein. Gerade Celle bietet dafür einen auffallenden Beleg. Abgesehen vom Oberlandesgericht sind hier die zahlreichen althannoverschen Beamten in Betracht zu ziehen, die ihren Aufenthalt in dem freundlichen Städtchen genommen haben. Ähnliches dürfte für Frankfurt, Dresden, Hannover, in gewissem Maße auch für Berlin gelten. Aber auch der Handel äußert hier, wie hervorgehoben, seinen Einfluß. Städte mit alten Handelsbeziehungen, wie Königsberg und Danzig, die früher beharrlich am Ende der Reihe standen, rücken hier weit hinauf. Vielleicht haben wir in diesen Einkommensschichten zum Teil die Trümmer des alten Patriziertums dieser Städte vor uns. Denn die höheren Einkommen sind in beiden Städten sehr wenig zahlreich. Wie ein Blick auf unsere obige Haupttabelle zeigt, steht nur Altona in diesen höheren Einkommensstufen schlechter als Danzig, nur Altona, Danzig, Dortmund und Celle schlechter als Königsberg. Daß der Rückgang dieser beiden Stufen in Leipzig lediglich durch die Eingemeindungen veranlaßt ist, wurde schon früher hervorgehoben. Bei den Klassen mit mehr als 9600 Mk. Einkommen ist der Rückgang in dieser Stadt ebenfalls beträchtlich, sie fielen von 89 im Jahre 1880 auf 77 im Jahre 1896 (cf. Tab. V).

Digitized by Google

Wir nehmen damit von den Tabellen Abschied und suchen die Ergebnisse kurz zusammenzufassen, die uns die Betrachtung derselben liefert. Vielfach wird dabei auf Bemerkungen zurückgegriffen werden müssen, die schon im Vorbeigehen zur Belebung des trockenen Zahlenmaterials gemacht worden sind. Aber kann man bei derartigen Untersuchungen überhaupt von bestimmten Ergebnissen sprechen? Sicherlich nicht im Sinne klarer, über jeden Zweifel erhabener Gesetze. Man darf es als wesentlichen Fortschritt unserer Wissenschaft bezeichnen, daß sie es nicht mehr als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet, überall wirtschaftliche Gesetze aufzuspüren. Insbesondere hat es die Statistik nur mit den Thatsachen, nicht mit immanenten Gesetzen oder dergleichen zu thun. Das höchste, was sie leisten kann, ist: durch besonnene Würdigung des ihr vorliegenden Materials gewisse Gleichartigkeiten in der Erscheinung auf gleichartige Ursachen zurückzuführen. Auch das ist äußerst schwierig und gerade in unserem Falle müssen wir zahlreiche Einflüsse mit berücksichtigen, die eine gewissenhafte Prüfung erschweren. Vor allem sind da die Mängel hervorzuheben, die in der Lückenhaftigkeit des Materials begründet sind. So wird z. B. ein Vergleich zwischen Preußen und Sachsen erschwert durch die Verschiedenheit des Gesetzes selbst und seiner Handhabung, ebenso sind soziale Gewohnheiten, verschiedene Entwickelung des Pflichtgefühls bei den Kommissionen sowohl, wie bei den Zensiten zu berücksichtigen. In dieser Beziehung haben wir bereits mehrfach auf den Umstand hingewiesen, daß in Sachsen auch die Einkommen von 400—950 Mk. zur Steuer herangezogen und daher sorgfältiger eingeschätzt werden. Auch der nicht unbeträchtliche Einfluß der preußischen Steuererleichterungen, infolge deren viele Einkommen (in der untersten Klasse fast ein Viertel) niedrigeren Steuerstufen zugezählt worden sind, wurde hervorgehoben. Wenden wir uns dann der Betrachtung wirtschaftlicher Faktoren zu, so müssen wir bedenken, daß einzelne Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens sich niemals gänzlich aus dem Gesamtzusammenhange herauslösen und besonders untersuchen lassen. So werden wir also die Verschiedenheiten z. B. zwischen dem Osten und Westen nicht allein etwa unter dem Gesichtswinkel: Großindustrie und Kleingewerbe betrachten können. Wir müssen vielmehr die Verschiedenheiten in Bodengestalt, Lage, geschichtlichen Überlieferungen, Stammesart der Bevölkerung u. s. w. mit in die Rechnung hineinziehen. Aber so groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, wir glauben doch einige allgemeine Thatsachen hervorheben zu können, die in gewissem Umfange Werturteile über den Gang

Digitized by Google

der Wirtschaftsentwickelung ermöglichen und die uns Anhaltspunkte dafür gewähren, wie sie sich künftig bei im allgemeinen gleichartigen Verhältnissen voraussichtlich gestalten wird.

Es hat immer etwas Bedenkliches, von Durchschnittseinkommen der Bevölkerung zu sprechen. Ist das doch eine rein imaginäre Ziffer, die in Wirklichkeit nur sehr wenig zu sagen hat. Man kann eben zwischen einem Instmann im Kreise Memel, der mit seiner Familie, in Geld gerechnet, vielleicht 300 Mk. verdient und einem Weinbauern an der Mosel keinen Durchschnitt ziehen. Noch weniger Bedeutung haben natürlich die in Preußen für die Steuerzahler allein berechneten Durchschnittseinkommen. Denn bei ihnen sind, wie bereits hervorgehoben, fast die Hälfte aller Einkommen, die unter 900 Mk., nicht mitgezählt. Solche allgemeine Ziffern sagen also über die wirtschaftliche Lage des Einzelnen thatsächlich nichts. Wohl aber hat die Berechnung des Durchschnittsertrags der nationalen Arbeit ein gewisses Interesse. Sie zeigt die Produktivität dieser Arbeit und ermöglicht einen Vergleich zwischen verschiedenen Perioden. Wir wollen hier auf die schwierige Frage: Was ist Volkseinkommen? nicht eingehen. Wollte man feststellen, was der Bevölkerung des Landes wirklich an Nahrung, Kleidung, Bequemlichkeiten und Luxus im Laufe eines Jahres aus dem Ergebnis seiner Arbeit zufließt, so müßte zunächst von dem ziffermäßig berechneten Gesamteinkommen — einer rein imaginären Zahl, da ja das Geld nur ein allgemein anerkannter Maßstab des Wertes ist und dieser Wert als psychologischer Vorgang im Menschen oder in Massen von Menschen beständig schwankt — es müßte, sagen wir, von dem Gesamteinkommen alles das abgezogen werden, was für Zwecke des Staates, d. h. der öffentlichen Wohlfahrt und Sicherheit in staatlichen und kommunalen Verbänden ausgegeben wird. Auch das, was von den Produkten der nationalen Arbeit nicht zum direkten Verbrauch bestimmt ist, sondern als neu angelegte Gebäude, Fabriken, Wege, Kanäle, Eisenbahnen als künftiges Produktionsmittel dienen soll, oder was sonst zurückgelegt, gespart wird, müßte abgezogen werden. Es müßte dann ferner erwogen werden, daß eine ganze Reihe von Gütern infolge der geltenden Rechtsordnung weit über dem eigentlichen Kostenwerte bezahlt werden müssen und daher den Wert des Einkommens wesentlich verringern. Wir denken dabei hauptsächlich an die durch die Grundstücksspekulation in die Höhe getriebenen städtischen Mietspreise, vielleicht die unerfreulichste Erscheinung unseres modernen Wirtschaftslebens. Von den 11 Milliarden,

Digitized by Google

auf die wir das in Geldwert abgeschätzte Einkommen in Preußen berechneten, würden also mindestens 2—3 Milliarden abzusetzen sein. Nur was übrig bleibt, wäre wirkliches Einkommen des Volkes, d. h. das, was es zur Ernährung, Kleidung, überhaupt zur Erfüllung von Bedürfnissen materieller und ideeller Art, abgesehen von den durch Staat und Gemeinde gewährten Vorteilen, auszugeben hat. Es würde jedoch eine eigene schwierige Untersuchung, die Erörterung schwer zu fassender, schwankender Begriffe nötig sein, um auf diesem Gebiete zu klaren Anschauungen zu gelangen. Eine solche Untersuchung liegt nicht im Rahmen unserer gegenwärtigen Arbeit. Es mag nur noch erwähnt werden, daß die Preußische Statistik durch die Scheidung der Einkommensquellen und durch die genauere Feststellung der Vermögenswerte wichtige Bausteine dazu geliefert hat.

Wir halten uns daher an die Bruttosumme des Gesamteinkommens. Wenn wir in Preußen nach einer früheren Annahme den Anteil der Einkommen von weniger als 900 Mk. auf etwa 45 pCt. des Gesamteinkommens veranschlagen, so erhalten wir für dieses Gesamteinkommen in runder Summe

für das Jahr 1893/94 10 400 Mill. Mk.
" " " 1897/98 12 200 " "

Da die Bevölkerung Preußens nach der mit der Einkommenserhebung verbundenen Zählung im Jahre 1893/94 30 080 000, im Jahre 1897/98 31 350 000 Einwohner zählte, so würde sich auf den Kopf der Bevölkerung, Weiber und Kinder mit eingerechnet, ergeben

für Preußen
im Jahre 1893/94 . . . . etwa 350 Mk.
" " 1897/98 . . . . " 390 "
für Sachsen
im Jahre 1880 . . . . . etwa 330 Mk.
" " 1896 . . . . . " 470 "

Verteilten wir das Gesamteinkommen allein auf die männlichen Personen über 18 Jahre, die in Deutschland 21 pCt. der Gesamtbevölkerung ausmachen, so würde jede dieser Personen erhalten haben

in Preußen
im Jahre 1893/94 . . . . etwa 1600 Mk.
" " 1897/98 . . . . " 1850 "
in Sachsen
im Jahre 1880 . . . . . etwa 1550 Mk.
" " 1896 . . . . . " 2200 "

Digitized by Google

Es braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, daß den berechneten Zahlen irgend welcher praktische Wert nicht zukommt. Nähmen wir sie als richtig an, so würde also bei einem Abzug eines Viertels des Einkommens für öffentliche Zwecke, produktive Anlagen u. s. w. das Durchschnittseinkommen eines Mannes von 18 Jahren, der eine Familie zu ernähren hätte, in Preußen im Jahre 1893/94 etwa 1200 Mk. betragen haben, d. h. eine vollständig gleichmäßige Verteilung des Einkommens würde dem einzelnen Familienhaupt eine Summe von Gütern und Vorteilen gewähren, die nach dem heutigen Geldwerte mit etwa 1200 Mk. bezahlt werden könnte. Wir haben oben erwähnt, daß einzelne Arbeiterführer ein solches Einkommen als das zu fordernde Mindesteinkommen eines Arbeiters bezeichnet haben. Dieses Mindesteinkommen wäre für Preußen in Wirklichkeit das Maximaleinkommen einer Familie, wenn überhaupt eine vollkommen gleichmäßige Verteilung des Einkommens möglich wäre.

Würden die Frauen in gleicher Weise daran beteiligt, so fiele natürlich auf die einzelne Person nur die Hälfte. Schon jetzt käme also einem sehr großen Teil der großstädtischen Arbeiterbevölkerung mehr Einkommen zu, als sie bei der Idealverteilung der socialdemokratischen Gesellschaftsretter zu hoffen hätte. Nun wird allerdings behauptet, daß eine Neuordnung der Gesellschaft ungeahnte Produktionskräfte entfalten würde. Aber es ist schwer einzusehen, worin diese bestehen sollen. In den Arbeitszweigen, die für den notwendigen Massenbedarf an Kleidung, Hausgerät ꝛc. sorgen, wird die Arbeit kaum eine nennenswerte Steigerung ihrer Produktivkraft erfahren. Auf dem Gebiete der Nahrungsproduktion wäre zwar ein höherer Bodenertrag möglich, aber nur mittels vermehrter Arbeit. Und hier hat England gezeigt, daß eine Erhöhung dieses Faktors die Landwirtschaft unrentabel machen muß. So bleibt eben nur die Ausdehnung der Fabrikation und, soweit deren Produkte nicht im Inland untergebracht werden können, die Eroberung fremder Märkte, wo ein reicherer Boden Überschüsse an Naturprodukten abwirft. Wäre uns dieser Ausweg verschlossen, so würden wir möglicherweise sehr bald an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit angelangt sein, d. h. an der Grenze, wo eine wachsende Bevölkerung nur auf Kosten der Lebenshaltung ernährt werden könnte. Bis jetzt hat die starke Volksvermehrung auch ein rüstiges Weiterstreben, ein Erobern fremder Märkte, damit die Möglichkeit gewährt, die infolge von Dampf und Elektricität auf's höchste gesteigerte Produktivkraft zu verwerten. Möge die Zeit

Digitized by Google

nie kommen, wo uns das nicht mehr möglich ist! Im eigenen Lande könnten wir es schon heute nicht mehr.

Doch wir sind da auf Zukunftsphantasieen gekommen, die zunächst mit dem Bilde, das uns die Einkommensentwicklung zeigt, wenig zu thun zu haben scheinen. Welch' ein glänzendes Bild! Betrachten wir zunächst Sachsen. Das Gesamteinkommen hat sich hier mehr als verdoppelt. Fast die Hälfte dieses Zuwachses ist den unteren, den arbeitenden Klassen zugeflossen. Und auch Preußen zeigt uns, namentlich für die letzten beiden Jahre, den rüstigsten Fortschritt. In 5 Jahren hat das Einkommen der Klassen über 900 *M* um mehr als 600 Millionen zugenommen, das Gesamteinkommen also vermutlich etwa um eine Milliarde. Die Steigerung in der Zahl der Zensiten bei den unteren Klassen beweist in Preußen, noch mehr in Sachsen, daß sich der Segen der Entwicklung ganz besonders auf diese erstreckt hat. In Preußen standen uns genauere Ziffern für die Entwicklung der Einkommensverteilung nicht zu Gebote. Wir waren aber imstande nachzuweisen, wie unendlich viel besser die Lage der industriell entwickelten Großstädte ist, als die der Städte ohne erhebliche Großindustrie. Auch auf das Land erstreckte sich dieser Vorteil, wie uns ein Vergleich der ländlichen Einkommen Ostpreußens mit denen Sachsens und des Rheinlandes gezeigt hat.

Weiter ergab sich, daß die Großindustrie, soweit wenigstens das Einkommen in Frage kommt, keineswegs die Zerstörerin des Mittelstandes gewesen ist. Die mittleren Einkommen sind vielmehr nicht nur nicht absolut zurückgegangen, sie haben mit der Vermehrung der Bevölkerung gleichen Schritt gehalten, ja an der Grenze, wo sie sich den unteren Klassen nähern, ist sogar ein starker relativer Fortschritt unverkennbar. Die Betrachtung des Einkommens ergab uns so, wie die Betriebsstatistik, für die Abstufung der sozialen Stufenleiter ein nicht ungünstiges Resultat. An ein Verschwinden der Mittelstände, an eine immer schärfere, kastenmäßige Scheidung von Reich und Arm ist nicht zu denken. Damit bestätigt sich auch die Erfahrung, die wir täglich machen können, daß das Emporsteigen von den unteren zu den oberen bis zu den höchsten Schichten der Gesellschaft nie so leicht gewesen ist, wie in unserer Zeit. Die Familien, die sich längere Generationen an der Spitze halten, sind so selten geworden, daß man sie fast zählen kann. Allerdings beobachten wir in Sachsen einen starken Zuwachs der höheren Klassen an Einkommen, der relativ auf Kosten der mittleren erfolgt ist. Von 1000 *M* des Gesamteinkommens fiel im

Digitized by Google

Jahre 1896 zwar den unteren Klassen bis zu 2200 fast genau derselbe Betrag zu, wie 1880, die mittleren hatten jedoch etwa 60 ℳ an die höheren abgeben müssen. Es ist aber mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß diese Verschiebung zum großen Teil auf die wilde Grundstückspekulation in den Städten zurückzuführen ist, der geeignete gesetzliche Maßnahmen vielleicht mit der Zeit einen Damm entgegensetzen werden. Auch in Preußen und namentlich in Berlin dürfte dieses Moment stark ins Gewicht fallen. Wenn Berlin im Jahre 1897/98 zur Ergänzungssteuer ebensoviel beitrug, wie die vier Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen zusammengenommen, die es an Bewohnerzahl um mehr als das vierfache übertrafen, so läßt sich das sicherlich nicht allein auf die entwickeltere Industrie zurückführen.

Fassen wir alles zusammen, so werden wir zu der Überzeugung kommen müssen, daß die Entwicklung unserer Großindustrie eine Quelle reicher Vorteile gewesen ist, nicht nur für die Unternehmer allein, sondern auch für das arbeitende Volk und mithin für die Allgemeinheit, daß aus der Einkommensverteilung sich auch nicht der Schatten eines Grundes dafür herleiten läßt, diese Entwicklung künstlich einzudämmen oder gar zu gunsten veralteter Wirtschaftsformen zu verhindern, daß es vielmehr die Aufgabe sein sollte, auch den industriell weniger begünstigten Teilen Preußens, so namentlich dem Osten, ihre Vorteile durch Entwicklung des Verkehrs zuzuführen. Dadurch wird es sich vielleicht ermöglichen lassen, nicht nur dem Grundbesitz im Osten, sondern auch derjenigen Klasse der Bevölkerung, die sich vielleicht in der schlechtesten Lage befindet: dem Landarbeiter des Ostens zu helfen. Die wichtigste Vorbedingung dafür wird aber die gesunde Fortentwicklung unseres Außenhandels sein, ohne sie würde nicht nur das Entstehen einer neuen Industrie im Osten unmöglich sein, es würde auch der weitere Bestand unserer alten auf das ernsteste in Frage gestellt werden. Im letzten Jahre hat unser Ausfuhrhandel die vierte Milliarde überschritten. Das Ausland hat uns also für unsere Produkte einen Betrag bezahlt, der fast dem vierten Teile des Gesamteinkommens in Deutschland entspricht. Allerdings betrug die Einfuhr vier und eine halbe Milliarde, aber etwa die Hälfte derselben bestand aus Rohstoffen, die zur Nahrung und Kleidung des Volkes bestimmt waren, Rohstoffe, die uns das Ausland liefern mußte, weil der eigene Boden sie nicht hergab. Schon jetzt besteht also etwa der siebente Teil des Volkseinkommens in Deutschland in ausländischen Rohstoffen, die

Digitized by Google

durch unsere heimische Arbeit dem Verbrauche zugeführt werden müssen. Veranschlagen wir diese heimische Arbeit auf ein weiteres Siebentel, was sicherlich eher zu wenig als zu viel ist, so hat also mehr als ein Viertel unseres Volkseinkommens die Einfuhr ausländischer Rohstoffe zur unbedingten Voraussetzung. Angesichts solcher Thatsachen von einer Entwicklung des inländischen Marktes im Sinne eines Autarkie, d. h. eines Sich-selbst-Genügens zu sprechen, erscheint uns als eine wundersame Verkennung der Verhältnisse. Die logische Konsequenz dieses Gedankens führte uns in Zustände zurück, wo man nur den heimischen Flachs verspann und seine Lampe mit Rüböl, statt mit Petroleum füllte. Dabei könnte Deutschland kaum drei Viertel seiner heutigen Bevölkerung ernähren. Und die Lage dieser Bevölkerung und namentlich ihrer unteren Schichten würde — das zeigte uns der Vergleich zwischen den Jahren 1880 und 1896 — keineswegs eine beneidenswerte sein. Ein frisches, thatkräftiges Fortschreiten auf dem Wege der industriellen Entwicklung würde uns aber — auch das zeigte unsere Untersuchung — voraussichtlich immer besseren Zuständen, einer immer würdigeren Stellung des arbeitenden Volkes zuführen.

Digitized by Google

Die Pariser Firma Chaix und ihre Wohlfahrts-Einrichtungen.

(Anläßlich des Todes ihres Chefs.)

Von **Leopold Katscher.**

I.

Entstehung und Entwickelung des Geschäfts.

Das jetzt „Imprimerie Chaix, imprimerie et librairie centrales des chemins de fer, société anonyme“ firmierende, längst berühmt gewordene Pariser Haus wurde 1845 von Napoleon Chaix gegründet, dem dabei das Ziel vorschwebte, eine große Zentralstelle zu schaffen für die Druckarbeiten der Eisenbahnen, der Finanzinstitute und der bedeutenderen Industrie-Etablissements, sowie für den Verlag merkantiler Eisenbahnfachlitteratur. Wie sehr der Firma vom Anfang an das Glück lächelte, geht aus der Thatsache hervor, daß sie bereits im zehnten Jahre ihres Bestandes 200 Angestellte zählte. Nach zwölf weiteren Jahren hatte diese Zahl sich verdoppelt und gegenwärtig (1898) stehen über 1000 Personen in den unmittelbaren Diensten des Hauses, das eine Centrale (rue Bergère) und zwei Filialen (Saint-Ouen und rue de la Sainte-Chapelle) besitzt. Selbstverständlich sind auch die Betriebsmittel entsprechend umfangreich. Die Firma arbeitet mit 100 Dampfpressen, 38 Handpressen und mit 145 Maschinen und Apparaten für Schriftgießerei, Steindruck, Buchbinderei, Tintenerzeugung, Kupfer- und Stahlstich, Liniierung, Nummerierung, Satinage u. s. w.

Anfangs eine Kommanditfirma, wurde das Haus 1881 in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 6 Mill. Francs umgewandelt. Nach neun Jahren erfolgte die Herabsetzung des Kapitals auf 5 Mill. und 1893 beschloß die Generalversammlung die allmähliche Reduzie-

Digitized by Google

rung auf $2^1/_2$ Mill. durch Abzahlung resp. Rückzahlungen. Die Löhne und Gehalte hielten sich stets auf der in den großen Pariser Druckereien üblichen Höhe; die der verwendbareren Kräfte steigen von Zeit zu Zeit angemessen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Der Gründer des Geschäfts starb 1865; sein Sohn Albans — derselbe, dessen Ende August 1897 erfolgte Tod uns den Anlaß zu diesem Artikel bietet — leitete es sodann bis 1888 allein und seither gemeinsam mit seinem Sohn Alban, welcher gegenwärtig der alleinige Chef (eigentlich Generaldirektor) ist.

Der Verstorbene erblickte das Licht der Welt im Jahre 1832 zu Paris. Sein Lebenslauf war, wie das seinem Beruf entspricht, kein ereignisreicher nach außen; aber nach innen war er erfüllt von rastloser Thätigkeit in Fachsachen und von lebhafter Fürsorge im Interesse der Angestellten der Firma. In ersterer Hinsicht zeichnete A. Chaix sich durch Gründlichkeit und Überlegung, aber auch durch besondere Energie aus. Er verfolgte den Gang jedes einzelnen Geschäftszweiges seiner Firma mit scharfer Aufmerksamkeit, und wenn er eine Maßregel oder Entscheidung getroffen hatte, was er nie ohne reifliche Erwägung that, sah er streng auf deren Durchführung. Er war unternehmend, dabei jedoch vorsichtig; auch spielten die Logik und die Planmäßigkeit bei ihm eine große Rolle — Eigenschaften, die jedem Organisator und Administrator nötig sind und ihm das erforderliche Ansehen sichern. Deshalb folgten ihm seine Mitarbeiter bedingungslos und vertrauensvoll. Aber er verstand es auch trefflich, sich seine Leute zu wählen, denn er war ein Menschenkenner und wußte überdies genau, daß für das Gedeihen eines Unternehmens ein tüchtiges, treues Personal von größter Wichtigkeit ist. Sein Auge erkannte auf den ersten Blick die Fähigkeiten eines Menschen. Ebenso groß war er in der Würdigung des Eifers und der Ergebenheit der Angestellten; diese Eigenschaften belohnte er mit besonderem Vergnügen — sowohl materiell als auch durch persönliche Bevorzugung. Er liebte es, öffentlich geehrt oder ausgezeichnet zu werden, allein er ließ gern einen Widerschein davon auf jene fallen, die ihm durch ihre Arbeit mit dazu verhalfen, ihn in seinem Wirken unterstützten. Das war ein schöner und leider nicht alltäglicher Charakterzug.

Dieser Ehrenmann gestaltete seine Beziehungen zum Personal ebenso freundlich wie stramm. Sparte er nicht mit Lob, so war er gegen jede Nachlässigkeit — sei es bei der Arbeit, sei es in der Kleidung — streng. Wer gerechte Ursache zur Klage hatte, dem verhalf

Digitized by Google

er — und war es ein noch so untergeordneter Arbeiter — sofort zu seinem Recht. Und wer ihn um Rat fragte, konnte eines väterlichen Empfanges bei ihm sicher sein. Er galt seinem gesamten Personal nicht nur als ein großer Fachmann, als eine Zierde seines Standes, sondern auch als ein ausgezeichneter Mensch und unübertrefflicher Chef. Der jetzige Vizedirektor der Aktiengesellschaft, Frédéric Dubois, sagte in seiner Grabrede u. a.:

„Jeder von uns verdankt ihm etwas, diesem Manne der Eintracht und Versöhnlichkeit, der jedermanns Verdienste anerkannte, den Niedrigstehenden und Kleinen ein Freund war und stets an das Wohl aller dachte. Er hat sich immer bemüht, seinem Personal das Ungemach des Lebens zu erleichtern. Er war unter den ersten, welche die sociale Tragweite der Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen erfaßt haben, und er hat solche geschaffen, die als mustergiltig angesehen werden. Auch pflegte er das verschwiegene Elend aufzusuchen und in zartfühlender Weise zu lindern. Er hat bewirkt, daß unsere Werkstätten kein Ort vorübergehenden Aufenthalts sind, sondern ein Familienheim, in welchem die Arbeiter gern das ganze Leben zubringen."

Über die von Dubois erwähnten Chaixschen Wohlfahrtseinrichtungen, die der Verstorbene teils einführte, teils überkam und erweiterte, müssen wir eingehend sprechen, weil sie einerseits in seltener Weise umfassend und vortrefflich, andererseits sehr lehrreich und nachahmenswert sind. Der Geist, in welchem sie erdacht und geleitet sind, drückt sich am besten in dem Chaixschen Wahlspruch aus: „Das Haus für jeden, alle für das Haus."

II.

Die Gewinnbeteiligung.

Schon Napoleon Chaix wollte, auf Anregung Louis Blancs, bereits 1848 diese damals noch ziemlich neue Lohnreform einführen. Er bot seinem Personal 10 pCt. des Geschäftsertrags an. Allein damals schwirrten bekanntlich allerlei radikale Arbeitsumwälzungspläne durch die Luft; die Angestellten der Firma waren halsstarrig und naiv genug, auf der allmonatlichen Verteilung des Gewinnanteils zu bestehen, und da derlei selbstverständlich undurchführbar, mußte der wohlmeinende Drucker seine Absicht aufgeben. Dagegen bemühte er sich, die Lage seiner Leute, die er mit außerordentlicher Freundlichkeit behandelte, durch mancherlei andere Wohlfahrtseinrichtungen zu heben.

Digitized by Google

Erst 1872 hielt sein Sohn die Zeit für reif, auf die Gewinnbeteiligung zurückzukommen. Bei ihrer Einführung leiteten ihn drei Absichten: Gewährung einer gerechteren Entlohnung als es die übliche der „reinen" Löhne und Gehalte ist; Erweckung eines größeren, weil persönlichen Interesses der Angestellten an dem Gedeihen des Geschäfts; Schaffung einer ergiebigen Altersversorgung des Personals. Jahrelang hatte A. Chair, ohne etwas verlauten zu lassen, einen Teil des Geschäftsgewinns beiseite gelegt und am Neujahrstag des genannten Jahres überraschte er seine Untergebenen mit der Nachricht, daß er 52 000 Fr. zu ihrer Verfügung angelegt habe und mit diesem Betrag einen, alljährlich mit 15 pCt. des Reinertrags der Firma zu bereichernden Fonds zu ihren Gunsten gründen wolle. Die Beteiligung an diesen 52 000 Fr. erfolgte nach Maßgabe der Dienstjahre; jeder Angestellte erhielt pro Dienstjahr 50 Fr.; einigen, die damals seit 25 und 26 Jahren im Hause waren, fielen also je 1250—1300 Fr. zu — eine recht willkommene Überraschung und gleichzeitig das beste Argument, um die Leute dem Beteiligungssystem günstig zu stimmen, während sie in Fällen, wo ihnen die Einführung desselben nur theoretisch angekündigt wird, nicht selten mißtrauisch und ungläubig sind oder sich geradezu ablehnend verhalten.

Anteilberechtigt war man nur, wenn man seit mindestens drei Jahren angestellt war, und diese Vorschrift ist noch heute maßgebend. Alljährlich werden 15 pCt. des Gewinns an die Berechtigten verteilt, und zwar auf Grund der Höhe der festen Löhne und Gehalte. Bis 1895 wurden die Einzelanteile zu einem Drittel bar ausgezahlt, zu zwei Dritteln gutgeschrieben und verzinst. Für die Hälfte des Guthabens, das jedem Beteiligten in einem Büchlein bescheinigt wurde, kaufte die Firma unübertragbare, auf Namen lautende Wertpapiere, die der Betreffende bei seinem Austritt aus dem Geschäft erhielt; starb er früher, so kamen sie seinen Erben zugute. Die andere Hälfte des angesammelten Kontoguthabens wurde dem Berechtigten erst nach Ablauf seines zwanzigsten Dienst- oder seines sechzigsten Lebensjahres ausgefolgt, und zwar ebenfalls in Gestalt von Wertpapieren der erwähnten Art.

In dem genannten Jahre trat in diesem Verfahren eine wichtige Änderung ein. Seither fließen nämlich sämtliche Anteile ungeteilt in die staatliche Pensionskasse, um behufs Erzielung von Leibrenten (vom 55. Lebensjahre an) aufgesammelt zu werden. Jeder Berechtigte bekommt ein Guthabenbüchlein, dessen Aufschreibungen alljährlich ergänzt

Digitized by Google

werden. Bei Ankündigung dieser Neuerung setzte Chaix dem Personal die zu erwartenden Vorteile derselben folgendermaßen auseinander: „Dadurch dürften die Ergebnisse der Anteilwirtschaft bedeutend erhöht werden. Bei dem jetzigen Zinsfuß wird den Berechtigten durch das Aufsammeln in der Rentenkasse mit 55 Jahren eine Rente gesichert sein, die viel höher ist als das Einkommen aus unübertragbaren Papieren im gleichen Alter sein würde. Noch besser würden Sie wegkommen, wenn Sie alle thäten, was die meisten von Ihnen ohnehin schon thun: durch eigene Ersparnisse zur Steigerung Ihrer Renten beizutragen."

Der neue Modus wurde vom Personal sehr günstig aufgenommen. Ehe er eingeführt werden konnte, mußte über die bis dahin aufgesammelten Guthaben verfügt werden. Damals gab es 614 Anteilbüchlein, deren Inhaber zwischen sofort zinstragenden, auf Namen lautenden, unübertragbaren Wertpapieren und der Einzahlung in die staatliche Pensionskasse wählen konnten. Während nun bloß 94 sich für die Papiere entschieden und nur 166 die Hälfte in Papieren, die Hälfte aufgesammelt wünschten, ließen 354 — also die große Mehrheit — ihr ganzes Guthaben in die Rentenkasse fließen: ein schlagender Beweis dafür, daß die Sorge für die Zukunft, die Chaix seinen Leuten einzuprägen bemüht war, ihnen in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Seit Einführung der Gewinnbeteiligung bis Ende 1896 sind dem Personal 1 386 779 Fr. teils bar ausgezahlt, teils gutgeschrieben worden. Ende 1896 hatten zwei Angestellte je über 20 000, mehrere je über 10 000 Fr. gut. Zu bemerken ist, daß alle dem Personal zufallenden Gewinnanteile — aber auch die Pensionen, Zinsen u. s. w. — in den Satzungen ausdrücklich als Geschenke und Alimente erklärt werden und daher weder veräußert noch beschlagnahmt werden können.

Bei Schaffung des Anteilverfahrens hegte A. Chaix die Erwartung, dasselbe werde „zwischen der Firma und den Angestellten ein sittliches und materielles Gemeinsamkeitsband knüpfen", sowie daß, von dem Nutzen für das Personal abgesehen, dem Geschäft eine Erhöhung der Güte und Schnelligkeit der Arbeiten erwachsen werde. Diese Hoffnungen gingen schon im ersten Jahr in Erfüllung und mit jedem ferneren Jahr steigerten sich der Eifer und die Sorgfalt des Personals. „Alle nehmen größeres Interesse an ihrer Arbeit, die sie auch rascher und besser verrichten als früher." Nach sechsjähriger Erfahrung erklärte der Chef begeistert: „Ich erblicke allenthalben eine

Digitized by Google

so große Arbeitslust, daß ich mich immer mehr zur Gewinnbeteiligung beglückwünsche, der ich die befriedigende Lage der Dinge hauptsächlich zuschreiben muß." Ein andermal bemerkte er: „Wenn es ein Schauspiel giebt, das den Freunden socialen Friedens gefallen muß, so ist es sicherlich der Anblick, den die Industriefamilie dieses Hauses bietet." Und 1884 äußerte er sich in einer Sitzung der „Französischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft" ungemein günstig über die vorzüglichen Folgen des Anteilwesens.

Trotzdem kam die Firma einmal (1878) mit der Lohnbewegung in Berührung, aber nur einmal und flüchtig. Damals streikten die Arbeiter vieler Pariser Druckereien, um höhere Löhne zu erlangen; auch die Chaixschen forderten — jedoch ohne zu streiken — eine Lohnsteigerung. Diese wurde bewilligt, allein dennoch traten 62 Setzer aus; hierbei ist nun die Thatsache interessant und bezeichnend, daß sich unter jenen 62 bloß ein einziger Gewinnanteilsberechtigter befand. „Also auch hier," sagte der Chef, „machte sich der günstige Einfluß des Anteilverfahrens geltend." Sedley Taylor, der 1882 das Etablissement besuchte und mit vielen Faktoren und anderen Angestellten längere Gespräche führte, schrieb aus diesem Anlaß: „Ich bemerkte, daß man dem Gewinnteilungsprinzip die höchste Achtung zollte; auch erfuhr ich, daß dessen Anwendung keinerlei ernster Schwierigkeit begegnet ist."

Bezüglich des sparsamen Umganges mit den Rohstoffen, Werkzeugen ꝛc. sind die Ergebnisse des Chaixschen Systems vortreffliche. So z. B. verfahren die angestellten Lithographen mit den Druckſteinen weit achtsamer als sonst üblich. „Brechen wir keinen Stein mehr," sagte ein Arbeiter zu seinem Genossen, „denn sonst verlieren wir acht Francs." Ein anderer schrieb eines Tages dem Chef folgenden Brief: „Ich bechre mich, Ihnen im Interesse des Gewinnteilungsverfahrens mitzuteilen, daß M. und ich jetzt statt zweier Flammen nur eine benutzen und dadurch täglich für 50 Cent. weniger Öl verbrennen; das macht in den vier Wintermonaten 60 Fr. Ähnlich sollte jeder von uns am Gas, an der Feuerung u. s. w. sparen." Als Chaix dieses Schreiben bei der nächsten Gewinnanteilauszahlung vorlas, fügte er hinzu: „Solche Worte enthüllen einen Teil des Geheimnisses der Steigerung des persönlichen Interesses unter dem Walten der Gewinnbeteiligung. Dächte und handelte jeder von Ihnen ebenso, dann würde Ihr Gewinnanteil bald gar sehr anwachsen." Einem Kunden, der Korrekturbogen dreimal in demselben Umschlag erhielt und nach dem

Digitized by Google

Grunde fragte, antwortete der betreffende Kontorbeamte: „Weil bei uns die Gewinnbeteiligung eingeführt ist.“ Ja, ja, solange die Menschen sind wie sie sind, wird der Gedanke an ihren eigenen Nutzen und an ihr Privatwohl mindestens ebenso anspornend auf sie wirken wie das Pflichtgefühl und das sogen. Kollektivbewußtsein oder der Gedanke an die Gesamtheit ihrer Berufsgenossen und Mitmenschen.

Eine andere, bereits 1869 eingeführte Art der Gewinnbeteiligung ist die der Setzerlehrlinge. Diese empfangen nach Maßgabe ihres Fleißes und ihrer Fachschulzeugnisse einen Teil des vom Hause aus ihren Arbeiten erzielten Gewinns, und zwar in Gestalt von Einzahlungen in die staatliche Pensionskasse zu Altersversorgungszwecken. Bis Jahresschluß 1896 entfielen auf diesen Zweck über 31 000 Frcs. Diese Einrichtung bringt uns auf die eigenartige Organisation des Lehrlingswesens bei der Chairschen Gesellschaft.

III.

Das Lehrlingswesen.

In diesem Punkte war die Fürsorge des Verstorbenen eine ungewöhnlich vielseitige, rühmliche und erfolgreiche. Ihm lag nicht nur der Schul- und der Fachunterricht der Knaben am Herzen, sondern auch deren Erziehung zur Ordnungsliebe, Sparsamkeit, Sittlichkeit und Gesundheit. Er hielt sich für sein Personal, namentlich aber für dessen ganz junge Elemente, verantwortlich und schuf eine Anzahl trefflicher Einrichtungen, die ihn seiner Verantwortlichkeit in einer so glänzenden Weise entledigten, wie dies nur bei sehr wenigen Arbeitgebern der Fall ist.

Da haben wir zunächst die 1863 ins Leben gerufene Fachschule mit ihren zwei streng gesonderten Abteilungen, deren eine die Setzer-, Steindruck- und Stich-Lehrlinge umfaßt, während der anderen die Rastrier-, Punktier-, Papier- u. s. w. Lehrlinge angehören. In die erste Abteilung wird man nur auf Grund eines Wettbewerbs aufgenommen. Von den 35—40 Schülern werden jährlich 9—10 fertig. Die von einem Faktor und einem Vizefaktor — beides einstige Lehrlinge des Hauses — geleiteten praktischen Arbeiten werden in einem von der eigentlichen Druckerei völlig abgesonderten Lokal gemacht; erst die letzten sechs Wochen der Lehrzeit verbringen die Jünglinge gemeinsam mit den ausgelernten Setzern. Außer der Berufsschulung wird den Lehrlingen auch ein allgemeiner Fortbildungsunterricht sprachlicher,

Digitized by Google

technischer, litterarischer, wissenschaftlicher und industriewirtschaftlicher Natur erteilt, und zwar täglich eine Stunde lang. Nach Ablauf der sechs Probemonate erhält der Lehrling im zweiten Halbjahr 50 Cent., im zweiten Jahr 1 Fr., im dritten $1^1/_2$ und im vierten 2 Fr. Tageslohn. Sodann wird er zu den üblichen Lohnsätzen als Gehülfe angestellt. Was die Punktierlehrlinge betrifft — es sind ihrer rund sechzig — so ist es nicht möglich, sie anderswo als bei den Maschinen zu schulen. Sie müssen daher den Tag in der Druckerei zubringen und können nicht tagsüber Schulunterricht genießen. Doch hat Chaix für sie einen dreiviertelstündigen Abendfortbildungskurs eingeführt. Sie bekommen bereits nach einer Probewoche 75 Cent. täglich — ein Lohn, der jede drei bis vier Monate um 25 Cent. steigt, bis er im letzten Lehrjahre die Höhe von $3^3/_4$ Fr. erreicht. Ähnliche Lern- und Lohnverhältnisse gelten für die Lehrlinge der übrigen Zweige.

Die Lohnerhöhungen aller Lehrlinge richten sich nach den auf deren Arbeits- und Führungsnoten beruhenden Vorschlägen ihrer Unterweiser. Den Eltern sendet die Firma allmonatlich einen genauen Bericht über die Fortschritte und das Betragen der jungen Leute, sowie über die Höhe ihrer Bezahlung. Ganz besonderes Gewicht, vielleicht das Hauptgewicht, legte Chaix — mit vollem Recht — auf die Gesundheit seiner Leute, und darum läßt die Firma den Lehrlingen hygienische Grundsätze beibringen, auf deren praktische Bethätigung streng gesehen wird. Vor allem fordert man die größte Reinlichkeit; die Arbeitskleider müssen an bestimmten Tagen gewechselt, die Hände sowohl vor dem Essen als auch vor dem Schulbesuch gründlich mit Seife gewaschen werden. Jeden Monat werden alle ärztlich untersucht, und wer der Kräftigung bedarf, erhält auf Kosten der Firma die vom Anstaltsarzt vorgeschriebenen Stärkungsmittel.

Kein Lehrling braucht im Gasthause zu essen. Chaix empfahl den Eltern, die Mahlzeiten in nummerierten Menageschüsseln den Kindern des Morgens mitzugeben; mittags werden sie dann im großen Warmhalter des Hauses heißgemacht. Während des Speisens, während der Arbeitspausen und bei der Arbeit müssen die Lehrlinge gewisse Vorschriften befolgen, die sich auf die Reinlichkeit, das Benehmen, die Ordnung, die Disziplin und die bei der Bedienung der Maschinen zu beobachtende Vorsicht beziehen. Ein diese Vorschriften gedruckt enthaltendes Heftchen von vier Seiten muß jeder Lehrling stets bei sich tragen und überdies auswendig wissen. Ob diese Verpflichtung eingehalten wird, davon überzeugte Albans Chaix sich sehr oft per-

Digitized by Google

sönlich, indem er sich von Lehrlingen, denen er begegnete, das Büchlein zeigen und dessen Inhalt mitteilen ließ.

Um die Geistes- und Herzensbildung der Knaben bemühte sich der Verstorbene aufs Äußerste. Die Lehrlingsbibliothek enthält infolge dessen nur wohlgewählte Bücher. Auf Grund seiner Anregungen pflegen die Lehrer beim Unterricht das Beispiel guter und bedeutender Menschen recht nachdrücklich hervorzuheben, besonders aber die schönen oder großen Thaten Armer, sowie überhaupt die Selbstverleugnung, die Liebe zu den Eltern, den Familiensinn, die Güte u. s. w. als nachahmenswert hinzustellen. Sehr häufig ließ Chair Bücher verteilen, in denen einfache Lebensweisheit in gemeinfaßlicher, zum Herzen gehender Weise gelehrt wird; eine große Vorliebe hatte er namentlich für die wertvollen, gesunden, geradsinnigen und dabei in eine prächtig originelle Sprache gekleideten Ratschläge des wackeren alten Benjamin Franklin — eine Vorliebe, die ihm nicht hoch genug angerechnet werden kann. Mehrere besonders treffliche Kernsprüche dieses gediegenen Mannes ließ er in sehr fetter Schrift auf große Kartons drucken, welche seither die Wände der verschiedenen Schulzimmer des Hauses zieren. Er nahm auch eine Sammlung von Broschüren in Verlag, welche leichtverständliche Aufklärung über die Hygiene, die Sparsamkeit, die Arbeitsverhältnisse ꝛc., ferner Lebensbeschreibungen von Männern mit gemeinnütziger Wirksamkeit u. s. w. bieten und zu Tausenden an die jungen Leute verschenkt werden.

Während Chair hinsichtlich der Ordnung, der Disziplin und der Aufführung ein zwar gütiger, aber sehr strenger Chef war, wurde er zum wahren Familienvater, wenn es sich um die Zuerkennung und Verteilung von Belohnungen handelte. Diese mußten bei ihm zahlreich, begehrenswert und den Leistungen angemessen sein. Die große jährliche Preisverteilung bildete für ihn ein ebenso wichtiges Freudenfest wie für die Kinder selbst. Das gleiche gilt von der bescheideneren, aber auch intimeren Neujahrsbescheerung, bei der er vorher die Gratifikationsanweisungen unter Couvert verteilen ließ. Die Preisverteilung findet stets im September statt. Die Hauptwerkstätte ist da mit Fahnen, Laub und Blumengewinden geschmückt, die Eltern und der größte Teil des Personals sind eingeladen und der Direktor hält eine Ansprache. Die Ansprachen des Verstorbenen waren stets väterlich und zeichneten sich durch praktische Winke wie durch einfache Form aus. Nach Verlesung des Jahresberichts durch einen der Lehrer pflegt Staatsrat Charles Robert, der bewährte Arbeiterfreund und Vor-

Digitized by Google

sitzende des „Vereins zum Studium der Gewinnbeteiligung", zu sprechen; sodann der Hausarzt, oft auch noch andere Freunde der Firma. Die Preise bestehen aus schönen Büchern, Ehrenrequisiten (Winkelhaken, Formstege 2c.) mit Anerkennungsinschriften, Sparkassen-Einlagsscheinen. Der Inhaber des Ehrenpreises jeder Gruppe erhält überdies die von Chaix gestiftete prächtige Bronzemedaille mit dem Bildnis des Calmelsschen Gutenberg-Denkmals. Am Schlusse der Feier wird jene Medaille in Silber einem früheren Lehrling zuerkannt, der sich dessen durch besonders treue und gute Dienste würdig gemacht hat.

Noch andere Anspornungsmittel hatte der Verstorbene sich ausgedacht. So z. B. werden jeden Monat die Namen der besten Schüler auf eine Ehrentafel gedruckt. Denjenigen, welche sich am würdigsten zeigen, den Faktor bei der Beaufsichtigung der Schüler zu unterstützen, wird der mit gewissen kleinen Vorteilen verbundene Grad eines „Sergeanten" zuerkannt. Das merkwürdigste aber ist, daß die Gesellschaft nicht nur die Gesamtkosten des Unterrichts bestreitet, sondern überdies jedem Lehrling für jede eingehaltene Schulstunde 10 Cent. schenkt. Als der gewesene Unterrichtsminister Duruy die Chaixsche Lehrlingsschule besuchte, lachte er herzlich über dieses Taschengeld und meinte: „Ich werde unaufhörlich angegriffen, weil ich die Unentgeltlichkeit des Unterrichts verfechte; Sie aber gehen noch weiter als ich, indem Sie den Schülern dafür, daß sie sich unterrichten lassen, sogar noch herauszahlen!" Der hervorragende englische Sozialpolitiker Sedley Taylor schildert in einem seiner Werke den tiefen Eindruck, den die vortrefflichen Chaixschen Schuleinrichtungen auf ihn gemacht haben, mit Wärme und erwähnt u. a., er habe sich überzeugt, daß die Lehrlinge der meisten Druckereien nach Ablauf ihrer Lehrzeit den Vergleich mit den Chaixschen in keiner Hinsicht aushalten. Diese seien theoretisch gebildete und praktisch tüchtige Arbeiter, jene aber ungeschulte Schablonenmenschen mit oberflächlichen, einseitigen Kenntnissen.

Mit dem Unterricht und den Belohnungen ist die Fürsorge der Leitung dieser nachahmenswerten Firma für ihre Lehrlinge keineswegs erschöpft. Insbesondere die Sparsamkeit wird ihnen noch in anderer Weise eingeprägt und praktisch nahegelegt. Dies geschieht namentlich durch die seit 1869 bestehende „Altersversorgungskasse", in welche die Gesellschaft für jeden Lehrling, der ein Dienstjahr hinter sich hat, jährlich 15 Fr. einzahlt, was pro Arbeitstag 5 Cent. ausmacht. Ist der Lehrling zum Gehülfen vorgerückt, so wird diese Einzahlung fort-

Digitized by Google

gesetzt, solange er im Hause bleibt. Die betreffenden Beträge werden von der staatlichen Pensionskasse verwaltet und zu einer Leibrente vom 55. Lebensjahre ab angesammelt. Eine andere sehr sparsamkeitsfördernde Einrichtung besteht seit 1875: die Hausparkasse. Bei seiner ersten Einlage in diese erhält der Lehrling von der Firma ein Geschenk von 2 Fr., die ihm ebenfalls als Einlage gutgeschrieben werden. Auch den Gehülfen und Beamten ist diese Sparkasse zugänglich. Den stärksten Einlegern werden bei den Preisverteilungen besondere Preise zuerkannt. Im Jahre 1896 legten Lehrlinge 1825, andere Angestellte 6173 Fr. ein. In den ersten 22 Jahren des Bestandes der Sparkasse wurden insgesamt rund 100 000 Fr. freiwillig eingelegt.

Seit 1868 entrichtet die Aktiengesellschaft an eine Versicherungsanstalt für jeden bei den Maschinen beschäftigten Lehrling oder früheren Lehrling eine Jahresprämie von 8 Fr., um ihm bei etwaigem Eintritt der Arbeitsunfähigkeit infolge Unfalls eine Leibrente zu sichern. Der Gesamtbetrag dieser Prämien belief sich Ende 1896 bereits auf mehr als 19 000 Fr.

Eine andere Art von Versicherung ist lediglich für Lehrlinge seit 1871 eingeführt. Die Firma versichert nämlich auf ihre Kosten Lehrlinge bei der staatlichen Assekuranzkasse derart, daß im Falle des Todes während der Lehrzeit die Eltern 500 Fr. erhalten. Dieses Vorteils erfreuen sich alle Lehrlinge, die ein Dienstjahr hinter sich haben und mindestens 16 Jahre alt sind. Bisher sind an diesen Zweck rund 17 000 Fr. gewendet worden.

IV.

Sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Schon 1846 gründete Napoleon Chaix für sein Personal eine gegenseitige Hülfskasse, die von den Mitgliedern selbst unter dem Vorsitz des Chefs verwaltet wird und der jeder Angestellte beitreten muß. Die monatlichen Einzahlungen bewegen sich — je nach der Höhe der festen Bezüge — zwischen 70 Cent. und $2^1/_5$ Fr., die Tagegelder der Kranken zwischen 1 und $2^1/_4$ Fr. Die ärztliche Behandlung ist unentgeltlich. Anläßlich einer Entbindung erhält die Betreffende 50 Fr. und im Falle des Todes eines Mitgliedes bekommt dessen Familie 100 Fr. Begräbniskosten. Bisher hat diese Kasse fast 480 000 Fr. verteilt.

Daß die Sparerleichterungen und die einschlägigen Zuschüsse nicht nur den Lehrlingen, sondern größtenteils dem ganzen Personal

Digitized by Google

zugute kommen, haben wir bereits angedeutet. Um das Sparen noch mehr zu erleichtern, übernimmt die Firma alle nötigen Gänge und Schreibereien bei den betreffenden Anstalten statt der Einleger, denen die Sache also sehr bequem gemacht wird. In die staatliche Pensionskasse allein sind als persönliche — nicht von der Gewinnbeteiligung herrührende — Ersparnisse bis Ende 1896 über 187 000 Fr. eingelegt worden.

Der „beratende Ausschuß" des Personals, eine ganz besondere Wohlfahrtseinrichtung des Hauses Chaix, besteht aus den neun Funktionären der gegenseitigen Hülfskasse, den drei ältesten Faktoren und Vizefaktoren und den sechs ältesten unter den Arbeitern, Arbeiterinnen oder Beamten. Der Ausschuß, dessen Vorsitz der Chef als neunzehntes Mitglied führt, bezweckt die Besprechung von Gewinnbeteiligungsangelegenheiten, Arbeitsfragen und anderen Berufsinteressen: Schutzvorrichtungen, Gesundheit der Kinder, Lehrlingswesen 2c. Eine Einmischung in die Leitung oder die Rechnungsführung des Geschäfts findet weder seitens dieses Ausschusses, noch überhaupt seitens des Personals statt; die veröffentlichte Bilanz und die durch die Generalversammlung erteilte Entlastung bürgen den Leuten übrigens ohnehin für die Richtigkeit der Bemessung ihres Gewinnanteils von 15 pCt.

Von außerordentlicher Sorgfalt für die Gesundheit der Arbeiter zeugen die ungewöhnlich zahlreichen hygienischen und schützenden Vorrichtungen. Die Heiz- und Lüftungsbehelfe sind mustergültig. Die gefahrdrohenden Bestandteile der Maschinen sind mit Schutzapparaten in einer Zahl von mehr als fünfhundert versehen; überdies belehren allenthalben Plakate über deren Handhabung und über die nötigen persönlichen Vorsichtsmaßregeln. Die Beleuchtung ist ebenso vorzüglich wie praktisch eingerichtet. Schwere Lasten werden mittels Aufzugs oder auf Schienen laufender Wägelchen befördert. In der heißen Jahreszeit gewähren nasse Leintücher, die man aufs Glasdach der Druckerei legt, Kühlung. Das überaus sinnreiche Schutzsystem gegen Maschinenunfälle, welches vielleicht einzig dasteht und dessen Einführung dem Verstorbenen zu danken war, trug der Firma schon 1874 die Ehrenmedaille des „Vereins zum Schutze der in Fabriken beschäftigten Kinder" ein. Was den Feuerwehrdienst betrifft, so ist er direkt nach den Angaben von Albans Chaix in ebenso sinnreicher wie einfacher Weise aufs trefflichste eingerichtet worden, sodaß eine ernste Feuersbrunst kaum platzgreifen könnte.

Digitized by Google

Die Gesamtheit der Chaixschen Wohlfahrtseinrichtungen übt auf die Anhänglichkeit und Beständigkeit des Personals einen weitgehenden Einfluß aus. Warum auch sollten die Leute nicht gern in einem Hause bleiben, in welchem es ihnen in jeder Beziehung gut geht? So ist es denn nicht zum Verwundern, daß 1 Angestellter 50, 14 zwischen 30—40, 74 20—30, 114 je 15—20 und 130 je 10—15 Dienstjahre bei der Firma Chaix hinter sich haben.

V.

Allgemeine humane und öffentliche Wirksamkeit von Chaix.

Man hat aus allem Bisherigen entnommen, daß Albans Chaix seine Aufgabe als Arbeitgeber viel ernster nahm als die meisten Arbeitgeber. Auch auf die technische und merkantile Leitung seines großen Unternehmens verwendete er die eifrigste Sorgfalt. Aber er hatte noch andere, nicht mit dem Geschäft zusammenhängende Interessen. Er beteiligte sich an vielen Einrichtungen und Vereinen, die dem Wohle der Arbeiter und der Kinder dienen. Erhebliche Verdienste erwarb er sich um die Verwaltung der städtischen Schulkasse, sowie um die Thätigkeit des städtischen Kinderarbeit-Überwachungsausschusses, dessen Vorsitzender er während des ganzen Bestandes desselben (1875—93) war. Eine rühmliche Wirksamkeit entfaltete er als Vorstandsmitglied der „Gesellschaft für die Aufmunterung zum Guten" und anderer humanitärer Vereine.

Besondere Vorliebe hegte er für die bereits erwähnte „Gesellschaft zum Schutz der in Fabriken beschäftigten Lehrlinge und Kinder" und für den „Verein zum praktischen Studium der Gewinnbeteiligung". Bei beiden war er Vizepräsident. Den letzteren, in ganz Europa einzig dastehenden Verein gründete er selbst 1879 zusammen mit dem Staatsrat Charles Robert und mehreren hervorragenden Großindustriellen, Versicherungsdirektoren ꝛc. Seither hat diese ungemein segensreich wirkende Körperschaft, welcher die gegenwärtige, nicht unbeträchtliche Zunahme der die Gewinnbeteiligung übenden Firmen hauptsächlich zu verdanken ist, ihren Sitz im Hause Chaix, wo auch ihre treffliche Vierteljahrsschrift „Bulletin de la participation aux bénéfices" redigiert und gedruckt wird. Schließlich wurde er ihr Ehrenpräsident. Aus dem Schoß der erstgenannten Kinderschutzgesellschaft heraus rief er einen „Verband Pariser Industrieller zum Schutz der Arbeiter gegen Arbeitsunfälle" ins Leben, der sich später in einen

Digitized by Google

Landesverband verwandelte. Dieser hat die Aufgabe, dahin zu wirken, daß die Fabriken u. dgl. die gefährlichen Bestandteile ihrer Maschinen mit Schutzvorrichtungen versehen und schlechte Folgen der Handhabung giftiger Stoffe möglichst abwenden.

Angesichts seiner umfassenden philanthropischen Thätigkeit ist es begreiflich, daß er zum Ritter der Ehrenlegion gemacht wurde, aber auch, daß er sich überarbeitete. Bereits 1887 befiel ihn ein chronisches Leiden und nur der überaus zärtlichen Pflege seiner Angehörigen verdankte er damals sein Leben. Er konnte bei großer Einschränkung seiner geschäftlichen Wirksamkeit noch bis Ende August vorigen Jahres (1897) leben. Wir schließen unsere Mitteilungen über diesen ungemein nachahmenswerten Arbeitgeber mit den folgenden Stellen aus der Grabrede, die sein ausgezeichneter Freund Charles Robert ihm gehalten hat:

„Er war, wie sein Vater, einer jener bedeutenden Unternehmer, die in ihren Werkstätten die Fahne der Solidarität aufgepflanzt haben. Das drückt sich auch in seiner schönen Devise aus: „Das Haus für jeden, alle für das Haus!“ Er gehörte zu jenen, die nach Kräften am socialen Frieden mitarbeiteten. Um die Lösung des bedrohlichen Problems der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital bemühte er sich eifrigst. Die Erinnerung an das, was er lediglich aus Liebe zum Wohlthun geleistet hat, wird ebenso fortleben, wie die Ergebnisse seines starken Willens, seiner Geduld und Ausdauer.“

Mögen sich überall recht viele Nachahmer von Chaix finden! Dann gäb's weit weniger Fehden zwischen Arbeit und Kapital!

Digitized by Google

II. Litteratur über die Arbeiterfrage.

A. Recensionen.

Jahresbericht der Großherzoglich Badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1897. Erstattet an das Großherzogliche Ministerium des Innern. Karlsruhe. Druck und Verlag von Ferd. Thiergarten. 1898. Mk. 3.—.

Die badische Fabrikinspektion berichtet in ihrem neuesten inhaltreichen Jahresberichte von einem guten Geschäftsgange in der Industrie und einer erheblichen Mehrverwendung von Arbeitskräften, die sich in etwa 8—10 Millionen Mark Mehrlohn ausdrücken dürfte, sowie von Fortschritten im Arbeiterschutz nach allen Richtungen. Die stetig wachsende Arbeitslast der Gewerbeaufsichtsbehörde gab Veranlassung zur Vermehrung der Beamtenzahl und man hat zum ersten Male und mit gutem Erfolg einen nicht akademisch gebildeten Beamten verwendet. Man wird diesen Weg weiter beschreiten, wenn Bedürfnis vorliegt, dagegen vorerst noch nicht zur Anstellung von weiblichem Aufsichtspersonal übergehen, obgleich man im Prinzip für die Verwendung eines solchen eintritt. Der Nothehelf, durch Frauenvereinsdamen einen Ersatz für weibliche Fabrikinspektionsbeamte zu bieten, scheint sich noch nicht bewährt zu haben. Die Damen sind entweder nicht um Rat und Hülfe ersucht worden, oder der geforderte Rat und die erbetene Hülfe lagen auf anderem Gebiet als dem des Arbeiterschutzes nach dem Wesen der Inspektionen. Was ein rasches Vorgehen mit der Anstellung weiblicher Beamten verhindert, ist die Ansicht der Inspektion, daß, wenn schon bisher die Arbeiter so schüchtern waren und ihre Beschwerden nicht anbrachten, das erst recht bei den Arbeiterinnen so sein werde und die weiblichen Hülfskräfte vorerst keine spezifische Arbeit finden würden. Erst wenn die Hausindustrie in die Aufsicht mit einbezogen wird, dürfte sich reichlich Arbeit für weibliche Inspektionsbeamte darbieten. Der Berichterstatter ist der Ansicht, man solle nie in der Theorie als richtig Erkanntes auf die Praxis übertragen bis die Voraussetzungen dazu erfüllt seien. Auch enthielten ausländische Berichte über weibliche Fabrikinspektionsbeamte nichts davon, daß die Arbeiterinnen sich sehr zahlreich mit Beschwerden melden, die sie Männern etwa nicht anvertrauten.

Die Zahl der Revisionen in Fabriken u. s. w. betrug im Berichtsjahr 2287, dazu kamen aber noch 381 Revisionen bei Bäckern, die doch erst neuerdings nötig geworden waren.

Der Bericht äußert sich befriedigend über den Verkehr mit den Arbeitgebern, die sich jetzt auch nicht mehr sträubten, genügende Lufterneuerung in Arbeitsräumen

Digitized by Google

herbeizuführen, was früher oft der Fall gewesen sei. Übrigens seien auch vielfach neue Bauten und bessere Einrichtungen entstanden, so daß manche Arbeitsräume in hygienischer Beziehung das Geforderte überschreiten.

Der Verkehr mit den Arbeitern läßt nach wie vor zu wünschen übrig, wenn auch etwas mehr schriftlicher direkter Verkehr zwischen Arbeitern und Fabrikinspektion entstand. Die angesetzten Sprechstunden wurden sehr wenig und teilweise gar nicht besucht, so daß man sie meist wird eingehen lassen müssen. Die Arbeiter bezeichnen als Ursache der Nichtbenutzung die Wahl der Sprechstundenlokale. Wenn auch die Inspektion diesen Grund für nicht berechtigt hält, so dürfte doch ein Teil der Gründe, die die Arbeiter angeben, einer Beachtung und Untersuchung würdig sein. Zweifellos ist, daß die Arbeiter zum Teil noch zu schüchtern sind, Beschwerden mündlich anzubringen; aber ganz besonders berechtigt ist die Bemerkung der Inspektion, daß die Arbeiter wohl im Wirtshaus über ihre Arbeitgeber klagen, aber es unterlassen, ihre Beschwerden an der rechten und zuständigen Stelle anzubringen, wo sie näher untersucht werden könnten.

Es ist das jedoch nicht etwa nur den Arbeitern eigentümlich, sondern auch anderen Ständen. Die Behörden würden weit eher Mißstände beseitigen, wenn sie direkt von den Klagen Kenntnis bekämen, als lediglich aus Wirtshausgesprächen, Zeitungen und Volksversammlungen. Unter den der Inspektion bekannt gewordenen Klagen war besonders beachtenswert die über mangelnde Sicherheit bei Bauten für die Arbeiter.

Was die Einzelheiten der Ergebnisse der Fabrik- und Gewerbeaufsicht anlangt, die in einer größeren Zahl von Tabellen übersichtlich dargestellt sind, so berichtet die Inspektion über die jugendlichen Arbeiter, daß die Zahl der Anlagen, welche Kinder und Jugendliche beschäftigen, erheblich zugenommen hat. Es ist jedoch zu beachten, daß ein Teil der als Kinder (unter 14 Jahren) verzeichneten Arbeiter nur kurz vor Eintritt in das 15. Lebensjahr in Arbeit genommen wurde, weil man sich bei der starken Nachfrage nach jugendlichen Arbeitern die Betreffenden sichern wollte

Die Zahl der Anlagen, die Jugendliche beschäftigen, ist von 1988 auf 2536 also um 548 gestiegen, während die sämtlichen Anlagen nur um 339 zunahmen. Die Zunahme der arbeitenden Kinder betrug 136, 31 Knaben, 105 Mädchen. Es betrifft diese Arbeit von Kindern und Jugendlichen vornehmlich die Cigarrenindustrie und Metallindustrie, speziell die Bijouterie. Die frühere starke Kinderbeschäftigung ist bekanntlich weggefallen und dafür eine vermehrte Beschäftigung von 14—16jährigen Personen eingetreten, die durch die gesetzlichen Beschränkungen sich nicht behindert zu fühlen scheint.

Im Lehrlingswesen wird fortgesetzt über die Lehrlingszüchterei und über das schon früher besprochene Scheinlehrlingswesen in der Cigarrenindustrie geklagt.

Es sind jedoch manche durch solche Lehrverträge auf Jahre gebundene Arbeiter durch Gerichtsspruch frei gegeben worden oder, wenn sie die Lehre bezw. Arbeit verließen und verklagt waren, die Arbeit fortzusetzen oder Konventionalstrafe zu zahlen, freigesprochen worden. Ernent wurden Beobachtungen gemacht, wie gewisse Beschäftigungen jugendliche Arbeiter krank machen. Die deshalb erlassenen beschränkenden Bundesratsverordnungen haben den betreffenden Gewerben keinen Nachteil gebracht.

Bei den weiblichen Arbeitern ist bei absoluter Zunahme der Zahl eine relative Abnahme zu verzeichnen. Es ist dies als ein Beweis des vermehrten Wohlstandes

Digitized by Google

und der Entbehrlichkeit einer Mitarbeit der Frauen auch freudig zu begrüßen. Die Freude wird zwar beschränkt durch die Möglichkeit, daß die Männerarbeit nur zur Zeit begehrter war, weil besonders einzelne Industrien, die nur Männer beschäftigen können, viel zu thun hatten.

Hinsichtlich der Frauenarbeit kamen ziemlich zahlreiche Verletzungen der Gesetze vor, aber dieselben wurden nicht mehr mit der früheren Milde seitens der Gerichte und Staatsanwälte behandelt und so bestraft, wie es der Sache entspricht und für die fehlenden Arbeitgeber auch empfindlich ist. Sowohl die Bezirkspolizeibehörden als auch die Staatsanwälte und Richter sind dem Arbeiterschutz weit mehr gerecht geworden als früher. Die früheren Inspektionsberichte scheinen belehrend und anregend auf diese Beamtenkategorieen gewirkt zu haben.

Überarbeit wurde vielfach nachgesucht und zwar sowohl in der Form fester Pläne als auch für besondere Zeiten und Fälle; es wurde aber das Bewilligte nicht ausgenutzt, was in Anbetracht des guten Geschäftsganges einen Beweis der Einsicht der Arbeitgeber darbietet.

Die Inspektion hat sich erfolglos bemüht, in Betrieben mit ausschließlich weiblichen Arbeitskräften auch weibliche Aufsicht zu veranlassen, man deckt die Ablehnung aber gewöhnlich damit, daß die Aufseher zugleich solche Arbeit verrichten, die von Frauen nicht bewirkt werden kann.

Die gesamte Arbeiterzahl im Berichtsbezirk ist im Jahre 1897 von 159 780 auf 173 794 gestiegen, was einer Mehrlohneinnahme von 8—10 Millionen, wie oben bereits bemerkt, entsprechen dürfte. Dabei ist die Mehrzahl der zur Industrie übergehenden Arbeiter in ihrem Bezirk und in Verbindung mit allen bisherigen Beziehungen geblieben. Es hat mithin eine Mehrverwendung von über 14 000 Personen in der Industrie stattgefunden, also weit mehr als der Bevölkerungszunahme entspricht.

Die bäuerlichen Elemente, denen diese Arbeiter familiär oder doch social nahestehen, haben an der Arbeiterschaft Abnehmer ihrer landwirtschaftlichen Produkte zu besseren Preisen als früher.

In einer Anzahl von Betrieben ist die Arbeitszeit verkürzt (bis auf 9½ Stunden und demnächst 9 Stunden), ohne Produktionsverminderung herbeigeführt zu haben. Anderseits wurde auch zuweilen Überarbeit erforderlich. Bezüglich der Überarbeit wurde besonders gründlich bei den Bäckern revidiert. Die Übertretungen der Gesetze waren nur groß in einer Stadt, und scheint da eine Absicht zu Grunde zu liegen. Im übrigen wurde festgestellt, daß die neuen Verordnungen keinen Schaden brachten und bei kleinen Bäckern die zulässige Arbeitszeit nicht immer voll ausgenutzt wird. Auch der Sonntagsruhe wurde viel Aufmerksamkeit gewidmet. Kontraktbruch ist selten vorgekommen.

Bedauert wird, daß einzelne Bezirke mit viel Industrie der Gewerbegerichte noch entbehren.

Von Arbeiterausschüssen, die eingerichtet wurden, ist wenig bemerkbar.

Eine Anzahl von Ausständen wird historisch und bezüglich Erfolg oder Mißerfolg dargestellt.

Als Einigungsamt trat ein Gewerbegericht einmal in Thätigkeit.

Der Mangel an Organisation der Arbeiter wird wieder beklagt und als Grund dafür mit angenommen, daß die badischen Arbeiter, die ansässig sind und in Beziehung zu ihren ländlichen Familien bleiben, das Bedürfnis zur Organisation

Digitized by Google

weniger fühlen, sie seien eben nicht proletarisiert. Bezüglich Arbeitslosigkeitsfürsorge wird die Einrichtung bei Lanz & Co. in Mannheim besprochen und das Statut als Anhang mitgeteilt. Gegen Unfälle ist fortgesetzt viel geschehen, ebenso auch sonst viel für Hygiene.

Beklagt wird, daß die Arbeiter bezüglich der Ernährung unrationell verfahren und daß besonders das Bier zum Frühstück und Vesper stetig eine große oder größere Rolle spielt. Haben auch einige wenige Betriebe Kaffee umsonst oder sehr billig abgegeben, so ist doch da noch viel zu wenig geschehen. Auch das Kantinenwesen, das hier und da zu Trunkunwesen führt, läßt noch viel zu wünschen übrig.

Beklagt wird auch, daß von der Bildung von Konsumvereinen noch nicht genügend Gebrauch gemacht wird, obwohl durch die Zugehörigkeit zu Konsumvereinen wirkliche Ersparnisse und zugleich eine bessere Wirtschaftsführung und Ordnung in die Arbeiterhäuser einziehen.

Die Löhne sind nur in wenigen Fällen trotz guten Geschäftsganges höhere geworden; nur weibliche Arbeitskräfte in der Metallindustrie haben erhebliche Lohnzulagen zu verzeichnen gehabt. Max May.

Der heutige Stand des deutschen Genossenschaftswesens. Von Dr. Hans Crüger, Anwalt des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Berlin 1898, L. Simion.

Diese Schrift ist als Heft 153/55 der Volkswirtschaftlichen Zeitfragen erschienen und giebt auf 96 S. ein Bild des heutigen deutschen Genossenschaftswesens, wie es kaum ein Anderer als der Verfasser zu geben vermag, der seit $1^1/_2$ Jahrzehnten ausschließlich für die Genossenschaftssache arbeitet.

Eine übersichtliche Darstellung alles dessen, was auf genossenschaftlichem Gebiete in Deutschland geschaffen wurde und sich entwickelt; was geplant und vorbereitet wird, ist für Freund und Gegner von Interesse und hier thatsächlich dargeboten. Es wird aber auch berichtet, was auf dem genossenschaftlichem Gebiete nur versucht wurde und ohne Erfolg blieb, oder was wieder untergehen mußte, weil es von unrichtigen Gesichtspunkten aus angegriffen wurde. Ganz besonders eingehend beschäftigt sich die Schrift mit dem, was in den letzten Jahren durch den Staat und speziell in Preußen durch die Gründung der Central-Genossenschafts-Kasse versucht wird, die, mit 5 Millionen Mark eröffnet, sehr bald 20 Millionen bedurfte und nun schon ein Kapital von 50 Millionen aus Staatsmitteln erforderte.

Dr. Crüger widmet nicht nur der Frage der Kreditgenossenschaften, sondern auch den Verhältnissen der Konsumvereine und der Anfeindung derselben eingehende Betrachtungen. Er weist nach, daß nicht die Konsumvereine den Händlern die beklagte Konkurrenz machen, sondern daß die Händler selbst unverhältnismäßig gewachsen sind, wie ja die Berufszählung von 1895 dargethan hat. Er weist auch nach, daß mancher Händler, der über Konsumvereine klagt, selbst einer oder etlichen Genossenschaften angehört und seine wirtschaftlichen Verhältnisse als Mitglied einer Kreditgenossenschaft oder einer Einkaufsgenossenschaft zu bessern sucht, eine ähnliche Verbesserung aber anderen vorenthalten möchte. Thatsächlich sind die neuesten gesetz-

Digitized by Google

lichen Beschränkungen der Konsumvereine zu deren Vorteil ausgefallen, sie haben mehr Mitglieder bekommen und größere Umsätze erzielt, weil mancher, der bisher nur einzelnes und selten in einem Konsumverein kaufte, nun Mitglied wurde und größere Einkäufe bei seinem Verein bewirkte.

Wenn Gemeinden und etwa Staatsbehörden die Konsumvereine durch Umsatzsteuern beschränken wollen, so wird das ebenfalls gegen die Urheber solchen Vorgehens, gegen die Händler ausfallen. Es enthält aber im Vergleich zu dem Wohlwollen, das man man früher seitens der Regierungen allenthalben dem Genossenschaftswesen widmete, eine gewisse Ungerechtigkeit gegen die Stände, denen die Teilnahme an Konsumvereinen nur dringend empfohlen werden kann und auch von Arbeitgebern nicht nur empfohlen, sondern sogar erleichtert wurde.

Dem Arbeiter bietet der Konsumverein die beste Gelegenheit, ohne jede Entsagung zu einem Notpfennig zu gelangen, zum Sparer zu werden, sich an Barzahlung und Ordnung in der Wirtschaft zu gewöhnen, vor den Übervorteilungen und Verführungen zu unnützem Kaufen bewahrt zu bleiben, und da sollte man nicht die Hand dazu bieten?

Die Lektüre der Crügerschen Schrift wird unbedingt die Anregung geben, das nützliche Wirken der Genossenschaften noch weiter zu fördern, den einseitigen Hemmungen aber mit vermehrter Einsicht gegenüber zu treten. Wir empfehlen sie deshalb jedem, dem es um das Volkswohl ernst ist. Max May.

B. Bibliographie*)

(nach Materien geordnet).

(Schluß aus dem Jahrgang 1897.)

VI. Lohn- und Vertragsverhältnisse. — Arbeitseinstellungen. — Schiedsgerichte.

A. Zeitschriften.

Gewerbegericht, das. Mitteilungen des Verbandes deutscher Gewerbegerichte. Red.-Ausschuß: Stadtr. Dr. Flesch u. Magistr.-Assess. Cuno. 3. Jahrg. Oktbr. 1897—Septbr. 1898. 12 Nrn. gr. 4. Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 1,—.

B. Einzelschriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Adler, Prof. **G.,** Das gewerbliche Schiedsgericht in Basel (in „Basels Socialpolitik in neuester Zeit", Tübingen 1896).

---

*) Die Redaktion des „Arbeiterfreund" erklärt sich gern bereit, den Lesern des „Arbeiterfreund" resp. den Mitgliedern des „Centralvereins" zur Beschaffung oder **leihweisen Überlassung** aller in der **„Bibliographie"** aufgeführten Fachschriften und Aufsätze, soweit solches thunlich, behülflich zu sein. Die **geehrten Verlagsbuchhandlungen** ersuchen wir um Einsendung resp. um Anzeige von neu erschienenen einschlägigen Schriften.

Digitized by Google

Ador, E., De la saisie-arrêt des salaires et petits traitements des ouvriers et employés (loi du 12 janvier 1895) (thèse). In-8°, 260 p. Douai, imp. Crépin frères.

Aix, A. de S., Socialisme chrétien, du, et spécialement du salaire. Paris, Nicot.

Annual report, X th, of the commissioner of Labor. 1894. Strikes and lockouts, vol. I. Washington. Government Printing Office, 1896. 1373 pp.

Ansiaux, Maur. (avocat), Heures de travail et salaires. Etude sur l'amélioration directe de la condition des ouvriers industriels. (300 p.) Paris, F. Alcan.

Anteil der Landarbeiter am Roh- oder Reinertrage der Wirtschaft. (Bericht über die Verh. d. deutschen Landwirtschaftsrates v. 8.—13. Februar 1897, Berlin, Parey 1897, S. 593–629).

Arbeids- og Lönningsforhold ved Træsliberier og Cellulosefabriker 1892 og 1893 (Norges off. Statistik III. N. 258: Socialstatistik III.) Kristiania, Aschehoug & Co. 1897. (80 S. og 50 S. Tabeller.)

Arbeitseinstellungen und Aussperrungen, die, im Gewerbebetriebe in Österreich während des Jahres 1895. Beilage zur Statistischen Monatsschrift. N. F. I. Jg. 1896. Wien, Hölder, 1896. (300 S.)

Arbeitslöhne zur Erntezeit in England. (Neue Zeit, 14. Jahrg., Nr. 52.)

Barthe, A., La salaire des ouvriers en Espagne. Madrid, impr. R. Fé, 1896.

Arbeitsvertrag der Optischen Werkstätte von Carl Zeiß in Jena. (8 S.)

Below, v. G., Die Entstehung des Handwerks in Deutschland. II. Die historische Stellung des Lohnwerks. (Zeitschrift für Social- u. Wirtschaftsgeschichte, Wien 1897, 3. Heft.)

Bericht über die Erhebung betr. die Arbeitsverhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion. (IV, 13 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. ℳ —,30.

Bernewitz, A. v., Reichsgesetz, betr. die Gewerbegerichte, nebst den dazu gehör. königl. sächs. Vorschriften. 8. (IV, 87 S.) Leipzig, Roßberg. Kart. ℳ 1,40.

Betocchi, C., Il contratto di lavoro nell' economia e nel diritto. Napoli, N. Jovene e C. 8°. p. VII, 650. L. 10.

Biermer, M., Die Arbeitseinstellungen in Preußen in den beiden letzten Jahren. (Jahrb. f. Nationalök. u. Statistik, Jena, 1897.)

Briquet, C. M., Associations et grèves des ouvriers papetiers en France aux XVIIe et XVIIIe siècles. 8°. (31 p.) Genève, Georg & Co. fr. 1,25.

Bru, César, prof. La saisie-arrêt des salaires. 8°, 47 p. Paris, Fontemoing.

Changes in Wages and Hours of Labour in the U. Kingdom 1895. London, Eyre and Spottiswoode, 1897, (208 p.). 1 s 2 d.

Commons, J. R., The day labor and contract system on municipal works. (Yale Review, New Heaven, Connecticut, 1897, February.)

Coste, président **Adolphe**, Les bénéfices comparés du travail et du capital dans l'accroissement de la richesse depuis cinquante ans. (8°, 19 p.) (Paris, Guillaumin.

Dechesne, L., Etude économique et sociale. La grève contre le tissage à deux métiers dans l'industrie lainière de Verviers en 1895—1896. Pet. in-8°, 76 p. Verviers, Ern. Gilon. fr. 2.

Desailly, O., Etude sur la loi du 12 janvier 1895 relative à la saisie-arrêt des salaires des ouvriers et des petits traitements des employés (thèse). In-8, 250 p. Paris (1896), Rousseau.

Digitized by Google

Deshayes-Dubuisson, A., Histoire d'une grève. Paris, Fischbacher. fr. 2.50.

Didion, C., Du contrat de travail, spécialement aux points de vue historique et juridique (thèse). In-8, III-273 p. Nancy, Gérardin, Nicolle et Beugnies.

Ehrenberg, Richard, Der Ausstand der Hamburger Hafenarbeiter. (Jahrb. f. Nationalökon. u. Statistik, 1897, 1. Heft.)

d'Eichthal, E., Nouveau projet de loi sur la tentative de conciliation obligatoire entre patrons et ouvriers. (Journ. des Economistes 1896, Mars.) Tricoche, H. Nestler.

Ende des Hamburger Hafenarbeiterstreiks. („Volkswohl" 1897, Nr. 8.)

Erhebungen, statistische, üb. die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Metallindustrie Leipzigs und Umgegend beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Winterhalbj. 1896/97. 8. (74 S.) Leipzig, Buchdruckerei u. Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitg. ℳ —,20.

Fixation du minimum de salaire dans les cahiers des charges des adjudications publiques. 8. 164 p. Bruxelles, impr. Vve. J. Baertsoen.

Le Foyer, L., Le minimum de salaire en Belgique. In-18, 102 p. Paris, Giard et Brière. fr. 1.50.

Franck, avocat. **Louis,** Le Temoignage de la femme; L'Epargne de la femme mariée; Les Salaires de la famille ouvrière. (3 vol. in 8. 50. 60 et 115 p.) Bruxelles, H. Lamertin.

Frankenberg, Stadt-R., Die Zuständigkeit der Gewerbegerichte. (Annalen des Deutschen Reichs pp. 1897, Nr. 5.)

Freund, Dr. jur. **Richard,** Der allgemeine Arbeitsnachweis in Deutschland im Jahre 1896. (Zugleich Geschäftsbericht des Centralvereins f. Arbeitsnachweis zu Berlin pro 1896.) Berlin, Heymann. (68 S.)

Fuld, Ludwig, Die Sicherung des Arbeits- und Dienstlohnes in Frankreich. (Jahrbücher f. Nationalök. u. Statistik, Jena, 1897.)

Geller, L., Gesetz, betr. die Einführung von Gewerbe-Gerichten, nebst den einschlägigen Vorschriften. 8. (III, 45 S.) Wien, Perles. ℳ —,60; geb. ℳ 1,40.

Gesetzgebung, die, gegen das Sweatingsystem in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. (Jahrbücher f. Nationalök. u. Statistik, Jena, 1897.)

Gewerbegerichtsfälle bei Kruppschen Verwaltungen. (Verhandlungen pp. des Vereins deutsch. Industrieller, 1897, Januar.)

Godts, F. X., Salarium minimum et salarium familiare. Lille, Desclee, de Brouwer et Cie.

Guise, J. B., La crise ouvrière du tissage lyonnais en 1894 et le rôle du conseil des proud'hommes. (Reforme sociale, 1896, Novbre.-Décbre.)

Haberland, G., Bauschöffenämter. (24 S.) Berlin, Thormann & Goetsch.

Hartleib, Otto, Praktische Lohn-Tabellen. Von 2—60 Pfennigen u. 1—100 Stunden. 8. (119 S.) Berlin, G. Siemens. Kart. ℳ 2,—.

Heine, W., Rechtsanw. Die Abänderung des Gesetzes betr. die Beschlagnahme des Arbeits- u. Dienstlohnes u. der Civilprozeßordnung. (Archiv f. soc. Gesetzg. u. Statistik, 1897, Märzheft.)

Heymann, B., Die Lohnbewegung in der Konfektionsindustrie. (Neue Zeit, XIV. Jahrg.)

Digitized by Google

Historique de la grève de 1894-95 dans l'industrie du tissage mécanique des cotonnades de Roanne. Roanne, impr. Souchier.

Hoch, Gustav, Die Streiks der Diamantarbeiter in Hanau. (Neue Zeit, 15. Jahrg. I. Bd.)

Hucke, Jul., Die Geld-Verrichtungen in der Preis-, Lohn- u. Zinsgestaltung. gr. 8. (IV, 204 S.) Berlin. Mitscher & Röstell. ℳ 3,20.

Hugo, C., Standard-, Stück- und Zeitlohnsätze in England. (Neue Zeit, 14. Jahrg., Nr. 46.)

Jahresarbeitsverdienst, durchschnittlicher, land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter und ortsüblicher Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter in Kgr. Bayern. (Zeitschr. d. Kgl. Bayer. Statist. Bür., 1896, Nr. 4, S. 369—379.)

Individuallohn oder Familienlohn? (Christlich-sociale Blätter, 1896, Heft 7/8.)

Jones, E. D., Round numbers in wages and prices. (Quart. publ. of the Americ. Statist. Assoc., Boston, 1895, Nr. 35.)

Key-Åberg, Dr, Inom Textilindustrien i Norrköping sysselselsata arbetares löne, vilkor pp. Stockholm 1896, Samson & Wallin. (110 S.)

Kramář, Dr. **Karel,** Reichsratsabg., Die staatliche Lohnpolitik u. die Lage der Arbeiter in den Salinen des Salzkammerguts bis zum Jahre 1748. (Conrads Jahrbücher 1896, 3. Heft.)

Lanzenhof, v., P., Auf Kündigung. (Monatsschrift für christl. Socialreform pp., 1896.)

Leberecht, Emil, Wie dienst du? Ein Wort zu Nutz u. Frommen unserer Dienstboten. 5. Aufl. 8. (159 S.) Stuttgart, Buchh. der Evang. Gesellschaft. ℳ —,40; kart. ℳ —,60.

Leffler, J., Zur Kenntnis von den Lebens- und Lohnverhältnissen industrieller Arbeiterinnen in Stockholm. 8vo. 136 Sider och 13 grafiska taflor. Stockholm. Samson & Wallin. 1 kr. 75 öre.

Legien, C., Der Streik der Hafenarbeiter u. Seeleute in Hamburg-Altona. 8. (VIII, 103 S.) Hamburg, C. Legien. ℳ —,30.

Levasseur, E., Les causes régulatrices du salaire. (Revue d'économie politique, 1896, Mars.)

— Wages in the United States. (Journal of Political Economy, March 1896.)

— L'ouvrier américain. Salaire des hommes. (Annales de l'Ecole libre des sciences polit., 1896, No. 2.)

Liechti, Eug., Die Verrufserklärungen im modernen Erwerbsleben, speziell Boykott u. Arbeitersperre. Diss. gr. 8. (150 S.) Zürich, Art. Institut Orell Füßli. ℳ 2,60.

Lohnkampf, der, in der Konfektionsindustrie. (Neue Zeit, Jahrg. XIV.)

Lohnverhältnisse in der chemischen Industrie d. Stadt Berlin u. d. umliegenden Ortschaften im Jahre 1893. (Veröffentlichungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin, 1897.) (16 S.)

Lohmann, Ger.-Assess. **W.,** Das Arbeitslohn-Gesetz. Mit besond. Berücksicht. der Lehren v. Ricardo, Marx u. H. George. gr. 8. (94 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. ℳ 1,80.

Loonen, arbeidsduur en werkloosheid de Leeuwarden 1895. Leeuwarden, Eckhoff & Zoon. fl. —,25.

Digitized by Google

Malherbe, G., et **T. Marbaix,** Les tribunaux professionnels ou la solution des conflits ouvriers au sein du syndicat. In-8, 64 p. Bruxelles, Société belge de librairie. fr. 1,—.

Mataja, Viktor, Die Statistik der Arbeitseinstellungen. (Jahrbücher f. Nationalök. u. Statistik, Jena 1897.)

— Die gewerblichen Arbeitseinstellungen in Österreich. (Ebenda.)

Mayo-Smith, Prof. **R.,** Free silver and wages. (Political Science Quarterly, Boston 1896, September.)

Mieklachewsky, Yvan., Les syndicats industriels, d'après l'ouvrage russe du professeur Yanchoul. (Revue d'économie polit. 1896, No. 11.)

Minimum de salaire. Rapport présenté au Conseil communal de Bruxelles au nom de la commission d'enquête, par le Bourgmestre. 8. 180 p. Bruxelles, impr. Vve. J. Baertsoen.

Mumbauer, J., Ein Antrag des Grafen de Mun betreffend Gewerbeschiedsgerichte. (Monatsschrift für christl. Socialreform, 1896.)

Nicolai, Edm., chef de division au ministère de l'intérieur et de l'instruction publique de la Belgique. Salaires et budgets ouvriers en 1853 et en 1891. 23 p. Bruxelles, F. Hoyez.

Noailles, de, duc, Revenu, salaire et capital. (32. 152 p.) Paris, Tequi. 1 fr.

Nogues, A., Essai sur la rémunération du travailleur et du capitaliste dans l'oeuvre de la production. Paris, impr. Gainche, 1897. (32 p.)

Office du travail. Note sur le minimum de salaire dans les travaux publics en Angleterre, en Belgique, en Hollande, en Suisse, aux Etats-Unis et en France. In-4, 131 p. Paris, Imp. nationale.

— Statistique des grèves et des recours à la conciliation et à l'arbitrage survenus pendant l'année 1896. In-8, XIII-362 p. Paris, Imp. nationale.

Pabst, G., Gewerbegerichte in den Jahren 1894 u. 1895. (Abschnitt XXII des statistischen „Jahrbuch deutscher Städte", 6. Jahrg., Breslau 1897).

Pohl, Stadtrat, Einrichtung und Bedeutung des Gewerbegerichts. (Sitzungs-Protokoll über die Verhandlungen des 7. Ostpreußischen Städtetages, am 10. u. 11. Juni 1896 zu Insterburg.)

Polack, H., Die Kämpfe der Amsterdamer Diamantarbeiter. (Neue Zeit, XIV. Jahrg.)

Pollack, Rud., Über die Reform der Gewerbegerichte in Österreich. (Handelsmuseum, Wien, 1896, August-Septbr.)

— Gesetz betr. die Einführung von Gewerbegerichten u. die Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisse. (Archiv f. soc Gesetzgebung u. Statistik, 1897, 2. Heft.)

Proceedings of the 1th international Co-operative Congress, held in London, August 1895, with reports on co-operation in various countries. London, P. S. King & Son. 8. 432 p. 10/—. (Enthält auch Angaben über den neuesten Stand der Gewinnbeteiligungsfrage.)

Répartition des Salaires du personnel ouvrier . . . . de Chemins de Fer. Paris. Imp. Nationale 1897. (154 p.) (ℳ 1,50.)

Report on the Strikes and Lock-outs of 1895. (Labour Dep., Board of Trade.) London 1896. 2 s. 4 d.

Digitized by Google

Report on Contracts given out by public authorities to Associations of Workmen. London. Eyre and Spottiswoode, 1896. (346 S.)

— by the chief labour correspondent on strikes and lockouts of 1895. (Publication of the Board of Trade. Labour Department.) 2/6.

Rogers, J. E. T., Histoire du travail et de salaires en Angleterre depuis la fin du XIIIe siècle. Traduction, avec notes, par E. Castelot. (8. 498 p.) Paris, Guillaumin et Ce.

Salaire, le minimum dans les travaux publics. Par un démocrate chrétien. 8. 36 p. Liège, impr. centrale. fr. —,25.

Salberg, Frau Maria, u. Frau **Elisab. Glas**, Unser Dienstmädchen, was es wissen und leisten muß und wie es sich verhalten soll. 8. (IV, 93 S.) München, Seitz & Schauer. ℳ —,80; geb. ℳ 1,20.

Schüller, L., Die Lohnverhältnisse der industriellen Arbeiter in Schlesien. (Statist. Monatsschrift, Wien 1896, 6. Heft.)

Scheicher, Jos., Das fiktive Kapital als die Ursache niedrigen Arbeitslohnes. Wien. (Monatsschrift f. christl. Socialreform pp. 1896, 6. Heft.)

— Das Kapital und die Arbeitslöhne. (Monatsschrift f. christl. Socialreform pp., 1896, 8. Heft.)

Schullern-Schrattenhofer, v., H., Die Lohnarbeit in der österreichischen Landwirtschaft und ihre Verhältnisse. (Zeitschrift für Volkswirtschaft pp. Wien 1896, 1. Heft.)

Schwiedland, E., Un projet de loi française sur de soi-disont conseils de conciliation. (Revue d'économie pol. Avril 1896.)

Second Annual Rep. on Changes in Wages and Hours of Labour in the United Kingdom 1894/95. London. Eyre and Spottiswoode, 1896. (344 p.) 1 s. 9 d.

Seßhaftmachung der Landarbeiter und Bedeutung der Natural- u. Geldlöhnung. (Bericht über die Verhandlungen des deutschen Landwirtschaftsrats vom 8—13. Februar 1897. Berlin, Parey, 1897. S. 81—264.)

Statistik über die Betriebsverhältnisse, Lebensmittelpreise u. Arbeitslöhne in den österreichischen Druckorten. Wien, Verlag des Verbandes der Vereine der Buchdrucker pp. Österreichs, 1897. (32 S. u. Tabellen.)

— über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Malergewerbes in Deutschland, 1896. Berlin, Verlagshaus für Volksliteratur, C. Teisler & Co. ℳ —,50.

Statistique des grèves et des recours à la conciliation et à l'arbitrage survenus pendant l'année 1895. (8. 350 p.) Paris, Berger-Levrault & Cie. fr. 3,—.

Stewart, Ethelb., Rates of wages paid under public and private contract. (Bull. of the Dep. of Labor. Washington 1896, Novbr.)

Streik, der. Berlin, Verlag d. christl. Zeitschriftenvereins.

Strikes and Lockouts. Vol I. (Tenth Annual Report of the Commissioner of Labor 1894.) Washington 1896. (1374 p.)

Struve, E., Der Berliner Bierboykott v. 1894. gr. 8. (VII, 383 S.) Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ 6,—.

Thätigkeit des Gewerbegerichts zu Dresden 1895. (Bericht d. Dresdener Handels- u. Gewerbekammer pro 1895, S. 91—94.)

— die, der englischen Gewerkvereine in den Jahren 1894 u. 1895. (Verhandlungen d. Ver. deutsch. Industrieller, 1897, Januar.)

Digitized by Google

Tiedemann, F., Die neuere Entwicklung der Arbeitsverhältnisse u. der gewerkschaftlichen Organisation im Buchdruck-Gewerbe. gr. 8. (IX, 78 S.) Tübingen, H. Laupp. *M* 1,—.

Tönnies, Prof. Ferd., Hafenarbeiter u. Seeleute in Hamburg vor dem Strike 1896/97. (Archiv f. soc. Gesetzg. u. Statistik 1897, 2. Heft.)

Traun, Dr. Heinrich, 2. Bericht über die Wohlfahrts-Einrichtungen der Harburger Gummi-Kamm-Compagnie. Seinen Mitarbeitern erstattet bei Gelegenheit des 40jährigen Bestehens des Geschäfts. Hamburg-Harburg 1896. (44 S.)

Übersicht über die Thätigkeit des Gewerbegerichts der Stadt Mainz während des VI. Geschäftsjahres 1896/97. (6 S.)

Untersuchungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Brünner Maschinenindustrie. (Jahrbücher f. Nationalökonomie pp. 1896) Jena, Gustav Fischer.

Vaudrus, Le contrat de travail et l'intervention de l'Etat. Caen, impr. Lanier.

Vogel, H., Kapitalgewinn und Arbeitslöhne in der chemischen Industrie. (Neue Zeit, 15. Jahrg., I Bd.)

Wages and hours of labour. IIIrd. annual report on changes in wages and hours of labour in the United Kingdom 1895. London, Eyre & Spottiswoode.

Wagner, Prof. Dr. Adph., Unternehmergewinn u. Arbeitslohn. Rede. gr. 8. (19 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. *M* —,40.

Wagner, Dr. H. L., Gesandschafts-Attaché, Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit (Sweating-System) in den Vereinigten Staaten von Amerika. (Beilage zum IV. Heft der „Austria", Wien, Hof- u. Staatsdruckerei, 1897.)

Wahrheit, die, über den Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg 1896/97. gr. 8. (31 S.) Hamburg (Hermannstr. 43), F. Engelke. *M* —,50.

Wassilieff, Dr. N., Versuch einer Lohnstatistik der Metallarbeiter in Bern. (Schweiz. Blätter f. Wirtschafts- u. Socialpolitik, 1896, August.)

Watt, W. A, The Theory of Contract in its Social Light. 8. 138 pp. T. and T. Clark, Edinburgh, Simpkin. 3/—.

Webb, Beatrice, Der beste Weg zur Beseitigung des Sweatingsystems. (Neue Zeit, 1896, Nr. 39.)

Weebers neuer praktischer Lohnrechner. 3. Aufl. schmal-gr. 8. (60 S.) München, M. Poeßl. *M* 1,25.

Wege, Doris, Kellnerin, Der sociale Notstand des Kellnerinnenberufs. Leipzig, R. Kühn. *M* —,60.

White, H., The sweating system. (Bulletin of the Dep. of Labor.) Washington 1896, May.

Wie ein Schweizer auf socialpolitischem Boden die Arbeiterfrage gelöst und Strikebewegungen unterdrückt hat. (Schweiz. Blätter für Wirtschafts- u. Socialpolitik, 1896, August.)

Zimmer, Dionys, Die Lohnbewegung der schweizerischen Eisenbahner. (Neue Zeit, XIV. Jahrg.)

Zolla, D., Salairés et Capitaliste. 3e éd. 16. (32 p.) Paris.

Digitized by Google

VII. Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen und gemeinnütziges Wirken für die arbeitenden Klassen.

A. Zeitschriften.

Sociale Praxis, Centralblatt für Socialpolitik mit der Monatsbeilage „Das Gewerbegericht". Herausgeber Dr. Ernst Francke. Leipzig, Duncker & Humblot. Erscheint an jedem Donnerstag. Preis vierteljährlich ℳ 2,50.

Zeitschrift d. Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen. Berlin, Carl Heymann. Erscheint 14tägig. Halbjährlich ℳ 6,—.

B. Schriften, Aufsätze, Ausschnitte.

Arbeiterparadies, ein. („Volkswohl" 1897, Nr. 13.)

Beauregard-Costa, de, La charité sociale en Angleterre. (8. 27 p.) Paris, Plon.

Benger, Wilh. u. Gottlieb, Das 50jährige Jubiläum der Firma W. Benger Söhne in Stuttgart. Festschrift. (36 S. mit Lichtdrucken.)

Bishop, J. B., Social and economic influence of the bicycle. (The Forum 1896, August.)

Blondel, G., Die Société du Musée social in Paris. (Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgebung pp., Berlin 1896, 3. Heft.)

Bode, Past. W., Die ländliche Spar- u. Darlehnskasse als Stück der inneren Mission. Vortrag. gr. 8. (13 S.) Hannover, Wolff & Hohorst Nachf. ℳ —,25.

Dünges, dirig. Arzt Dr., Über Erholung, Ausspannung und Kurgebrauch. Cleve, Char i. K. (43 S.) ℳ —,60.

Duncker, Dr., Konsistorialrat, Die Karl Zeiß-Stiftung in Jena. (Zeitschr. d. Centralst. f. Wohlfahrtseinrichtungen, 1897, Nr. 11—13.)

Ehlers, Dr. **Otto**, Die zwei Quellen der Socialpolitik [Freiwilligkeit und Zwang]. (Sammlung volkstümlicher Vorträge u. Schriften. Glogau. Heft III/IV, S. 65 ff.)

Einrichtungen, die wirtschaftlichen, zum Wohle der Arbeiter in den Theerfarbenfabriken. (Neue Zeit, 14. Jahrg., Nr. 52.)

Flade, Dr. **Erich**, Wider den Trunk. Kurze Darstellg. der deutschen Bewegg. gegen den Mißbrauch geist. Getränke. gr. 8. (82 S.) Dresden, O. V. Böhmert. ℳ 1,20.

Glümer, H. v., Schutz der Arbeiter vor dem Alkohol-Mißbrauch. 3. Sammlg. von Gutachten. gr. 8. (30 S. m. Abbildgn., 16, 22 u. 22 S.) München, J. F. Lehmanns Verl. ℳ —,80.

Hauptversammlung, 1., des „Ausschusses f. Wohlfahrtspflege auf dem Lande" am 17. Febr. 1897. gr. 8. (49 S.) Berlin, Trowitzsch & Sohn. ℳ —,50.

Hauser, Med.-R. Dr. und Bürgermstr. a. D. Dr. **E. Münsterberg**, Die Fürsorge für Wöchnerinnen und deren Angehörige. Leipzig, Duncker & Humblot.

Hecht, E., Pullmann City et la question ouvrière aux Etats-Unis. Paris, impr. Chay.

Kuhn, G., Illustrirter Katalog (mit Geschichte u. Beschreibung des Etablissements) von Dampfmaschinen pp. der Firma G. Kuhn-Stuttgart-Berg. (132 S.)

Digitized by Google

Massow, C. v., Die Reform der Vereinsbestrebungen auf dem Fürsorgegebiet. gr. 8. (39 S.) Bielefeld-Gadderbaum, Schriften-Niederlage der Anstalt Bethel. *M* —,30.

Münsterberg, Dr. **E.,** Centralstellen f. Armenpflege u. Wohlthätigkeit. gr. 8. (IV, 67 S.) Jena, G. Fischer. *M* 1,50.

Ortloff, L.-G.-R. **H.,** Die Karl Zeiß-Stiftung in Jena. (Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft 1897, 1. Heft.)

Pierstoff, J., Die Karl Zeiß-Stiftung, ein Versuch zur Fortbildung des großindustriellen Arbeitsrechts. gr. 8. (64 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 1,—.

Pröller, P., Sociale Thätigkeit und socialpolitische Agitationen. (Fl. Blätter des Rauhen Hauses, Hamburg 1896, S. 182, 246.)

Rauchberg, H., Die Kaiser Franz Joseph I.-Jubiläums-Stiftung für Volkswohnungen u. Wohlfahrts Einrichtungen. gr. 8. (44 S.) Wien, A. Hölder. *M* —,72.

Spindler, W., Berlin und Spindlersfeld bei Köpenick, Färberei, Druckerei, Appretur, Wasch- und Chemische Wasch-Anstalt. Eine Denkschrift mit Ansichten von Spindlersfeld zur Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896. Berlin C., Neue Grünstr. 13.

Spring, Wohlfahrts-Einrichtungen im Kreise Hörde. Seit dem Bestehen des Kreises in der Zeit von 1887–1897. gr. 8. (31 S.) Hörde, May & Co. *M* 1,40.

Statistische Zusammenstellung und Bemerkungen über die Arbeitslöhne . . . und die wichtigsten der bei den Kaiserl. Werften und Torpedowerkstätten vorhandenen Wohlfahrtseinrichtungen. (Reichstags-Drucksachen V. Sess. 1897/98, 9. L.-P. Nr. 55.) (36 S.)

Statut der Karl Zeiß-Stiftung zu Jena. Ausg. im Aug. 1896. gr. 4. (63 S.) Jena, (B. Vopelius). *M* 1,50.

Vorster, Jul., Die Socialpolitik des Herrn Heinrich Freese in Berlin. Nebst einer Antwort hierauf von H. Freese. (Preuß. Jahrbücher 1896, Heft 2.)

Willoughby, W. F., The musée social in Paris. (Annals of the American Acad. 1896, January.)

Wirken, das sociale, der katholischen Kirche in Österreich. Im Auftrage der Leo-Gesellschaft u. m. Unterstützg. v. Mitarbeitern hrsg. v. F. M. Schindler. 2. Bd. gr. 8. Wien, Mayer & Co. *M* 4,50.

Wohlfahrtseinrichtungen für die Landarbeiter. (Bericht über die Verh. des deutschen Landwirtschaftsrats vom 8.–13. Febr. 1897, Berlin, Parey, 1897, S. 631–675.)

— der Chemischen Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering), Berlin N. Berlin 1896. (4 S.)

— kommunale. Die planmäßige Schwindsuchtsbekämpfung durch Errichtung von Heilanstalten f. Lungenkranke. Vorberichte u. Verhandlgn. der VI. Konferenz der Centralst. f. Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen vom 10. u. 11. Mai 1897 in Frankfurt a. M. (V. 172 S.) gr. 8. Berlin, Heymann. *M* 3,—.

— im Kreis Hörde. Seit dem Bestehen des Kreises in der Zeit von 1887 bis 1897. Hörde, May & Co. *M* 1,40.

— der Burbacher-Hütte bei Saarbrücken. Luxemburger Bergwerks- und Saarbrückener Eisenhütte A.-G. 1897. (28 S.)

Digitized by Google

VIII. Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis. — Arbeiterkolonieen und Naturalverpflegung.

A. Zeitschriften.

Arbeitsmarkt, ber. Monatsschr. d. Centralst. f. Arbeitsmarkt-Berichte. Hrsg.: Dr. J. Jastrow. 1. Jahrg. Oktbr. 1897—Sept. 1898. 12 Nrn. gr. 8. (Nr. 1. 12 S.) Berlin, H. S. Hermann. ℳ 2,—.

Bulletin de l'office du travail. (Ministère du Commerce, de l'industrie, des postes et des télégraphes.) Paris, Berger-Levrault et Cie, 2 fr. 50 ct. par an.

B. Einzelne Schriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit. Geschäftsbericht für 1895. Aachen 1896. (14 S.)

Adler, Prof. **G.,** Der öffentliche Arbeitsnachweis und die geplante Arbeitslosenversicherung in Basel. („Basels Socialpolitik in neuester Zeit", Tübingen 1896.)

— Die Arbeitslosenversicherung in der Schweiz. (Handelsmuseum, Wien 1896, Nr. 53.)

Arbeiterkolonie oder die Häuser der Arbeitsamkeit in Rußland. (Fl. Blätter des Rauhen Hauses, Hamburg 1896, S. 74, 186.)

Arbeitnehmer, die beschäftigungslosen, im Deutschen Reich am 14. Juni und 2. Dezember 1895. Ergänzung zum vierten Heft der „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs", hrsg. vom Kaiserl. Statist. Amt. Jahrg. 1896. Berlin 1896, Puttkammer & Mühlbrecht. ℳ 1,—. (26 + 90 S.)

— in Dresden, nach den Zählungen am 14. Juni und am 2. Dezember 1895. (Mitteil. des Statist. Amtes der Stadt Dresden. 6. Heft. 1897.)

— nach den Erhebungen am 14. Juni und 2. Dez. 1895 in Bayern. (Zeitschrift des Kgl. Bayer. Statist. Bureaus, München 1896, Heft 2 u. 3.)

— („Concordia" 1897 Nr. 2.)

Arbeitsamt, das städtische, in München. („Volkswohl" 1897 Nr. 44.)

Arbeitslosen, die, im Deutschen Reiche. („Volkswohl" 1897 Nr. 10 u. 15.)

Arbeitslosenversicherung und Sparzwang. („Volkswohl" 1897 Nr. 37.)

Arbeitsnachweis; Der Verband der Anstalten für — in Baden. (Zeitschr. f. Badische Verwaltung pp. 1896, S. 132.)

— der zum „Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend" gehörigen Brauereien. Geschäftsbericht für die Jahre 1895 und 1896. Erstattet vom Kuratorium des Arbeitsnachweises. Berlin 1897.

Arbeitsvermittelung durch Zeitungsannoncen. Österr. Statist. Monatshefte, Jahrg. XXI, Heft 11.) Wien.

— die, in Bayern nach dem Stande am Schlusse des Jahres 1894. (Zeitschr. d. Kgl. Bayr. Statist. Bureaus 1896, Heft 2/3.)

Berthold, Dr. **G.,** Die deutschen Arbeiter-Kolonien, ihre Entstehung und Entwicklung 1882 bis 1895, nebst Individualstatistik für 1891/93. VII. Folge. Auf Grund der officiellen Zählkarten. gr. 8. (98 S.) Berlin, M. Priber in Komm. ℳ 2,50.

Digitized by Google

Beschäftigung, landwirtschaftliche, von Strafgefangenen und ihre Unterbringung nach der Entlassung im landwirtschaftlichen Betrieb. (Nachrichten vom Deutschen Landwirtschaftsrat 1897, Nr. 7.)

Bousfield, W. R., The unemployed. (The Contemporary Review, 1896, Dezbr.)

Büttgenbach, Frz., Die westfälische Arbeiter-Kolonie Maria-Veen unter Führung der Trappisten. gr. 8. (40 S.) Aachen, J. Schweitzer in Komm. ℳ —,60.

Biernatzki, Joh., Versorgung einheimischer Arbeitsloser mit Not- u. Hülfsarbeiten in Schleswig-Holstein. (Zeitschr. f. Wohlfahrtseinrichtungen 1897, Nr. 14.)

Centralbureau, das, für die Arbeitsnachweisstellen im Reg.-Bez. Düsseldorf. (Zeitschr. d. Centralst. f. Wohlfahrtseinr. 1897 Nr. 4.)

Centralisation der Arbeitsvermittelung f. Bayern. (Handelsmuseum, Wien, 1897.)

Charbonnel, Étude sur le placement gratuit des employés, ouvriers et domestiques par les bureaux municipaux de Paris. Paris.

Cultivation of vacant city lots by the unemployed. New York, At l of East.

Curti, Reg.-R. **Th.**, Die Arbeitslosenversicherung in St. Gallen. (Archiv für soc. Gesetzgeb. u. Statistik 1897, 1. Heft.)

Défense, La, des pauvres et des ouvriers; par un curé de campagne. (44 p.) Lyon, impr. nouvelle. frs. 0.25.

Delbrück, H., Die Arbeitslosigkeit und das Recht auf Arbeit. (Preuß. Jahrb. 1896, Juli.)

Elster, Prof., Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. (73. Jahresbericht der Schlesischen Gesellschaft für Vaterländ. Kultur, Breslau 1896, III. Abt., S. 5 ff.)

Erdberg, Dr. **v.**, Die Arbeitslosenversicherung in der Schweiz und in Deutschland. (Zeitschr. d. Centralst. f. Wohlfahrtseinr. 1897 Nr. 4 u. 5.)

Florian, E., e **G. Cavaglieri**, I vagabondi: studio sociologico-giuridico. Vol. I. Torino, fratelli Bocca. 8. p. XX, 593. L. 10.

Frage, die, der Arbeitslosigkeit in England. (Handelsmuseum, Wien, 1896, September.)

Freund, Dr. **Rich.**, Der allgemeine Arbeitsnachweis in Deutschland im Jahre 1896. I. Geschäftsbericht des Centralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin f. d. J. 1896. II. Übersicht über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der allgemeinen Arbeitsnachweise in Deutschland. gr. 4. (68 S.) Berlin, C. Heymanns Verlag. ℳ 2,—.

Geisenberger, N., Die Erhebungen über die Arbeitslosigkeit am 2. 12. 1895. (Beiträge zur Statistik der Stadt Straßburg i. E., 1. Heft.)

Gesamtverband deutscher Verpflegungsstationen (Wanderarbeitsstätten). Protokoll der 4. ordentl. Gesamtverbandsversammlung zu Berlin am 6. Mai 1896. Bielefeld, Verlag der Schriftenniederl. der Anstalt Bethel, 1896.)

Geschäftsbericht, erster, des städtischen Arbeitsamtes München. 1895/96. München 1897. (48 S. m. Zeichnungen.)

Gide, Prof. **Ch.**, Die Arbeitsvermittelung in Frankreich. (Handelsmuseum, Wien, 1897. Nr. 20.)

Herbergen, die, zur Heimat 1854—1896 und das erste Jahrzehnt des deutschen Herbergsvereins, m. Bericht über die 10. Hauptversammlung des D.-H.-V. am 5. Mai 1896 in Berlin und Anlagen. gr. 8. (II. 68 S.) Bielefeld, Schriften-Niederlage der Anstalt Bethel in Komm. ℳ —,40.

Digitized by Google

Héritier, L., Die Arbeitsbörsen. (Neue Zeit, XIV. Jahrg.)

Hirschberg, E., Arbeitsnachweis und Notstandsarbeiten im Jahre 1895. (Abschnitt XVI des Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte. 6. Jahrgang. Breslau 1897.)

Hobson, J. A., The social philosophy of charity organization. (The contemporary Review, 1896 November.)

Hofgängerleben in Mecklenburg. Selbsterlebtes u. Selbsterschautes v. e. Berliner Arbeitslosen. Mit e. Vorwort v. A. Bebel. gr. 8. (39 S.) Berlin, Buchh. des Vorwärts. ℳ —,25.

Hugo, C., Die Publikationen des Labour-Dep. des englischen Handelsministeriums. (Neue Zeit, 14 Jg., 43. Heft.)

Honnorat, Du placement des travailleurs. Paris.

Jay, Prof. Raoul, Die Frage des Arbeitsnachweises in Frankreich. (Arch. f. soc. Gesetzgeb. u. Statistik 1896, Heft 1/2.)

Kautsky, K., Die Arbeitslosigkeitsversicherung und die Frankfurter Zeitung. (Neue Zeit, 15. Jhrg., Novbr.—Dezbr.)

Kienböck, V., Eine Stimme für die Kolonisation von Arbeitslosen. (Monatsschr. f. christl. Socialreform pp. 1896, 7. Heft.)

L'assurance contre le chômage et les sociétés de secours mutuel. (Rev. pol. et parl., 1896 Av.)

Laur, Ernst, Der kommunale Arbeitsnachweis in der Schweiz. (Zeitschr. f. d. gesamte Staatswissenschaft 1896, Heft 3.)

Loew, E., Das Problem der Arbeitslosigkeit in England. (Arch. f. soc. Gesetzgebung und Statistik 1896, Heft 1/2.)

Mülhauser Anstalt f. Arbeitsvermittelung. Bericht pro 1896. Mülhausen i. E. 1897.

May, Max, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. (Deutsche Worte 1896, März.)

Mayr, G. v., Die Arbeitslosen im Deutschen Reiche. (Handelsmuseum, Wien, 1897, Nr. 1.)

Nostitz, Hans v., Die Arbeitslosenfrage im Lichte der englischen Erfahrungen. (Jahrbuch f. Gesetzgebung pp. 1896, 4. Heft.)

Oldenberg, K., Der Arbeitsnachweis im Berliner Baugewerbe. (Jahrbuch für Gesetzgebung pp. 1896, 4. Heft.)

Perrenet, P. (avocat), L'assistance par le travail, conférence faite à Chaumont à l'assemblée générale de la Société de patronage des prisonniers libérés et du sauvetage de l'enfance de la Haute-Marne, le 16 mai 1896. Langres, Rallet-Bideaud.

Pfeiffer, Krankenhausverw. **Ant.,** Bausteine zu einer zeitgemäßen Armenpflege. (Sammlung gemeinnütziger Vorträge.) Prag, J. Haerpfer. fl. —,40.

Poersch, Bruno, Woran krankt die deutsche Gewerkschaftsbewegung? Ein zeitgemäßes Wort m. besond. Berücksicht. der Arbeitslosen-Unterstützungsfrage. 8. (31 S.) Berlin, J. Saffenbach. ℳ —,15.

Poli, L. (prof.), Il lavoratore italiano educato alla vita sociale moderna letture populari e per le scuoli degli adulti. Milano, tip. G. B. Colombo. (96 pp.) L. 0,50.

Poor, the, in great cities, their problems and what is being done to solve them, by Woods, Besant, Tucker pp. London, Paul, Trench, Trübner & Co. (15 + 400 p.) 12/—.

Digitized by Google

Protokoll der 5. ordentl. Gesamtverbands-Versammlung des Verbandes deutscher Verpflegungsstationen (Wanderarbeitsstätten) zu Berlin am 17. März 1897. gr. 8. (55 S.) Bielefeld-Gadderbaum, Schriften-Niederlage der Anstalt Bethel. ℳ —,75.

XI. Rechenschaftsbericht des Vereins für Arbeiter-Kolonien in Bayern 1896. München 1897, Oldenburg. (18 S.)

Reitzenstein, Bez.-Präs. a. D. Dr. **F.** Frhr. **v.**, Der Arbeitsnachweis. Seine Entwickelung und Gestaltung im In- und Auslande. Nach dem Tode des Verf. hrsg. v. Dr. Rich. Freund. (XI, 586 S. m. 1 Tab.) (Schriften d. Centralst. f. Arbeiter-Wohlfahrtseinr. Nr. 11.) gr. 8. Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ 10,—.

Reuß, Strafanstaltsgeistlicher **H.**, Die Reform der Gefängnisarbeit. (Preußische Jahrb. 1896, 2. Heft.)

Riedl, H., Der Arbeitsnachweis in Österreich und seine Reform. (Handelsmuseum, Wien, 1896, Oktober.)

Roth, Dr. Wilhelm, Auskunftsstellen und Arbeitersekretariate. (Berichte des Freien deutschen Hochstifts in Frankfurt a. M. 1897, Heft 2 S. 131—139.)

Schanz, Professor **G.**, Die neuen statist. Erhebungen über Arbeitslosigkeit in Deutschland. (Arch. f. soc. Gesetzgebung und Statistik 1897, Märzheft.)

— Neue Beiträge zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung. gr. 8. (VIII, 216 S.). Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ 4,—.

Schmid, Hans, Schweizerisches Arbeitersekretariat. (Deutsche Worte 1896, Novbr.—Dezbr.)

Schmidt, Auguste, Wie und wann können wir helfen? (Arbeitsnachweis an weibl. Arbeiter betr.) (Neue Bahnen 1897, Nr. 2.)

Schöbel, H., Besondere Erhebungen über die Arbeitslosen. (Statist. Jahrbuch Deutscher Städte, 6. Jahrg., Breslau 1897, S. 364—372.)

Statistiek der werkloozen, die zich in den winter 1894/95 bij de commissie voor werkverschaffing te Amsterdam hebben aangemeldt. (27 blz.) (Mededeelingen, Statistische, No. 1.) Amsterdam, Johannes Müller. Gr. 8o. fl. 0,40.

Stormarn, G. v., Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittelung. (Deutsche Revue 1896, Juli.)

Striebel, Verwalter, Übersicht über die Thätigkeit des Städtischen Arbeitsamtes Ravensburg im Jahre 1896. (Blatt)

Travicelli, G., La questione sociale. Spoleto, tip. dell' Umbria 1896. L. 0.30.

Unterstützung, die, der Arbeitslosen in Massachusetts im Winter 1893/94. (Christl.-soc. Blätter 1896, Heft 1/2.)

Verbände der kommunalen Arbeitsnachweise. („Volkswohl" 1897, Nr. 44.)

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. (Masius Rundschau 1897, 1. Heft.)

Vorschläge zur kommunalen Arbeitslosenversicherung. (Christl.-soc. Blätter 1896, Heft 9.)

Weber, Gustav A., Das United States Department of Labor. (Jahrb. f. Nationalök. u. Statist. 1897, Jena.)

Wet van den 2en Mei 1897 (Stbl. no. 141) tot oprichting van kamers van arbeid. s'Gravenhage, Gebr. Belinfante. Gr. 8o. (17 blz.) fl. 0,25.

Digitized by Google

Wolf, Prof. **Julius**, Arbeitslosen-Versicherung. (Die „Zukunft", Bd. XVII, S. 548.)

Zinner, **D.**, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in der Schweiz. (Deutsche Worte 1896. Heft 6.)

IX. Erziehung, Bildung (auch Volksschriften), Familienleben, Unterhaltung und Vereinswesen, insbesondere hinsichtlich der arbeitenden Volksklassen.

A. Zeitschriften.

Flugblätter, sociale. Nr. 1—60. (à 2 S.) Berlin, Verlag des christl. Zeitschriftenvereins. Je 100 Stück ℳ 1,—.

Sächsisches Evangelisches Arbeiterblatt. Organ für den Evang. Arbeiterverein zu Dresden und Umgebung. III. Jahrg. 1897. Erscheint alle 14 Tage. Vierteljährlich ℳ —,50.

Sonntagsblatt fürs deutsche Haus. Herausgegeben von der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen. Redakteur Prof. Dr. Albrecht. Berlin, Carl Heymann. Vierteljährl. ℳ —,50.

Zeitschwingen, die. Monatsschrift f. Volksbildung. Aufklärung u. Unterhaltung. Herausg. u. Red.: Ant. Behr. 8. Jahrg. 1897. 12 Hefte. gr. 8. Saaz in Böhmen, Wenzelpl. 489), A. Behr. Vierteljährl. ℳ 1,20.

B. Einzelschriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Arbeiter-Kalender, österreichischer, für das Jahr 1898. Herausg. im Auftrage der Parteivertretung, der österreichischen Socialdemokratie. gr. 8. (160 S. m. Abbildgn. u. 1 Taf.) Wien, 1. Wiener Volksbuchh. ℳ —,70.

Artaria, Ernst, Zeitfragen im Familienleben. 8. (275 S.) Leipzig, E. Keils Nachf. ℳ 3,—; geb. ℳ 4,—.

Autodidakt, der. Hülfsblatt zum Selbstunterricht im Bildungswissen. Herausg. E. Keil. gr. 4. (4 S.) Berlin, P. Kufahl in Komm. ℳ —,10.

Bentzon, Th., Family life in Amerika. (The Forum, March 1896.)

Bergemann, D. Oberlehrer **Paul**, Über Volkshochschulen. Vortrag. Wiesbaden, Emil Behrend 1896. (32 S.) ℳ —,60.

Bonus, P. **A.**, Ansprache bei Übergabe einer Jugendbücherei. („Das Land" 1897, Nr. 13.)

Böhmert, Dr. Landrichter, Die Dresdner Kinderfahrten. Ein Beitrag z. Organisation d. Volksgeselligkeit. (Volkswohlschriften.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ —,60.

— Dr. Prof. **Victor**, Volkspark eine Lebensfrage für große und kleine Gemeinden. (Volkswohlschriften). Ebenda. ℳ —,40.

Bücherverzeichnis der ersten städtischen Volksbibliothek zu Berlin. Berlin 1896. (114 S.) ℳ —,30.

Buono, La scuola e il socialismo in Italia, Naples.

Chronik der Familie. Ein Stamm- u. Merkbuch f. deutsche Familien. Ausg. A. gr. 4. (36 S. m. farb. Titel.) Dessau, R. Kahle. Geb. in Leinw. ℳ 2,—; Ausg. B. 4. (46 S.) Kart. ℳ 1,—; Ausg. C. 2. Aufl. gr. 8. (36 S.) Kart. ℳ —,50.

Digitized by Google

Familien-Chronik. Ein Buch fürs deutsche Haus zur Pflege des Familiensinns. gr. 4. (80 S.) Hannover, Dunkmann. Geb. *M* 4,—.

Fauth, Adf., In der Schule des Lebens. Eine Erzählung fürs Volk. 2. Aufl. 12. (128 S.) Herborn, Buchh. des Nass. Kolportagevereins. *M* —,60; in Bibliotheksbd. *M* —,90; geb. in Leinw. *M* 1,—.

Feierabend, der, Kalender f. d. Volk. 1898. 4. (32 S. m. Abbildgn.) Berlin, Verlag des christl. Zeitschriftenvereins. *M* —,10.

Friberg, Dr. **Maikki,** Entstehung und Entwickelung der Volkshochschulen in den nordischen Ländern. 3 Abtlgn. (1. Abtlg. VII, 56 S.) *M* 1,80. (Universalbibliothek, ethisch-socialwissenschaftl. 2. Bd. gr. 8. Bern, Steiger & Co.

Frommel, Emil, Gesammelte Schriften. Erzählungen f. das Volk. Aufsätze u. Vorträge mannigfachen Inhalts in einer fortlaufenden Reihe von Bändchen. IX. Aus allen vier Winden. 3. Aufl. 8. (XI, 179 S.) Berlin, Wiegandt & Grieben. *M* 2,—.

Grundlinien für ein evangelisch-soziales Programm als Anhalt für Vorträge u. Diskussionen in den evangelischen Arbeitervereinen. (Dresden, Evang. Arbeiterblatt, 1897, Nr. 18.)

Heinrich, E., Ein offenes Wort an die evangel. Arbeitervereine. Dresden 1897.

Higgs, H., Monographie d'une famille d'ouvriers: Plombier à la tache de Londres. (La Reforme sociale 1896, Août-Septbre.)

Kalender, evangelisch-socialer, f. d. evangelischen Arbeitervereine Deutschlands u. f. Arbeiter, sowie Arbeiter-Freunde evangel. Bekenntnisses überhaupt. Hrsg. v. Pfr. Lic. Weber. gr. 8. (120 S. m. Bildern.) Hattingen, C. Hundt sel. Wwe. *M* —,30.

Kay-her; Stanton Coits Nachbarschaftsgilden und die soziale Theorie. (Jahrbuch für Gesetzgebung ꝛc., Berlin 1896, 3. Heft.)

Lesehalle, die erste öffentliche, der Stadt Berlin. Berlin 1896. (36 S.)

Löwenfeld, Raph., Volksbildung u. Volksunterhaltung. Vortrag. gr. 8. (25 S.) Berlin, C. Duncker. *M* —,80.

Mann, Frdr., Die soziale Grundlage von Pestalozzis Pädagogik. Langensalza, H. Beyer & Söhne.

Matthaei, P., Fürsorge für die konfirmierte Landjugend. („Das Land", 1897, Nr. 12.)

Menger, Anton, Volkstümliche Hochschulkurse. („Die Zukunft", Bd. XVII, S. 479.)

Reich, Priv.-Doz. Dr. **Emil,** Volkstüml. Universitätsbewegung. (36 S.) Bern, Steiger & Co. *M* —,60.

Rein, Prof. W., Schulbildung und Volkserziehung. (Deutsche Rundschau 1897, Band XC.)

Reukauf, Dr. **A.,** Leseabende im Dienste der Erziehung. Langensalza, H. Beyer & Söhne.

Riehl, W. H., Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik. 3. Bd. Die Familie. 11. Aufl. gr. 8. (XV, 303 S.) Stuttgart J. G. Cotta Nachf. *M* 5,—; geb. *M* 6,—.

Roß, R., Öffentl. Bücher- u. Lesehallen. 8. (VII, 64 S.) Hamburg, C. Boysen in Komm. *M* —,50.

Digitized by Google

Schultze, Ernst, Volkshochschulen u. Universitäts-Ausdehnungsbewegung. Mit e. Einleitung v. Prof. Dr. Reyer. gr. 8. (119 S.) Leipzig, G. Freund. ℳ 1,80.

Staudinger, Gymn.-Prof. Dr. **F.,** Beiträge z. Volkspädagogik. (64 S.) Bern, Steiger & Co. ℳ —,60.

Thoſſan, O. Eug., Beim Kommiß, zwei Jahre Volkserziehung. 8. (193 S.) Leipzig, G. H. Wigand. ℳ 1—.

Volksparke und Jugendſpiele in der Stadt Kiel. Drei Vorträge. Kiel 1896. (28 S.)

Volksſchriften, Dresdener. Nr. 1. gr. 8. Dresden, O. V. Böhmert. (1. Werther, Dr. Joh.: Über die Seele.) (14 S.) ℳ —,10.

Wanderverſammlung, die I., des deutſchen Vereins zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntniſſe in Prag. (16 S.) Prag, F. Haerpfer. ℳ —,30.

— die II. Dasſelbe. (19 S.) Ebenda. ℳ —,40.

Was lieſt der deutſche Arbeiter? (Neue Zeit, Jahrg. XIV.)

— ein katholiſcher Arbeiter wiſſen muß. 16. (13 S.) Stuttgart, Verlag des „Deutſchen Volksblatts". ℳ —,10.

Weinheim, Herm., Arbeiterorganiſationen, ihre Bedeutung und ihre Geſchichte. (Göttinger Arbeiterbibliothek. 6. Heft.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht

Wiegand, L., Die deutſche Volksbibliothek, nebſt e. Verzeichnis bewährter Volksſchriften. 8. (64 S.) Hilchenbach, L. Wiegand. ℳ —,60.

Wie gründet und wie leitet man Vereine? Hrsg. üb. Auftrag des chriſtlichen Parteirates f. Deutſch-Mähren. 12. (38 S.) Brünn, V. Malle in Komm. Kart. ℳ —,50.

Zacher, T. G., Volksbibliotheken. (Zeitſchrift d. Centralſt. f. Wohlfahrtseinr. 1897, Nr. 2 u. 4.)

X. Lebenshaltung der Arbeiter.

(Ernährung. — Volksküchen. — Haushaltung. — Kleidung. — Wohnung.)
(Kochunterricht ſ. Abſchnitt IV.)

Apel, P., Schmücke Dein Heim. („Das Land", 1897, Nr. 19.)

Arbeiter; Wie der — lebt. („Volkswohl" 1897, Nr. 39.)

Arbeiterwohnungsfrage, die, eine Frage des Stadtbauplans und der Stadtbauordnung. („Arbeiterwohl", 1897, Heft 3.)

Arbeits- und Lebensverhältniſſe, die, der Wiener Lohnarbeiterinnen. Wien, 1. Wiener Volksbuchhdlg. ℳ 6,—.

Aſcher, Kreiswundarzt Dr., Die ländlichen Arbeiter-Wohnungen in Preußen. Eine Umfrage. (VII, 157 S.) ℳ 3,—. (Schriften der Centralſtelle f. Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen. Nr. 13.) gr. 8. Berlin, C. Heymanns Verl.

Aſter, Archit. Baumſtr. **Geo.,** Villen und kleine Familienhäuſer. Mit 112 Abbildungen. (293 S.) Leipzig, J. J. Weber. ℳ 5,—.

Aufgaben v. Gemeinde u. Staat in der Wohnungsfrage. Herausg. v. e. Kommiſſion des Verbandes „Arbeiterwohl". I. Die Arbeiterwohnungsfrage, e. Frage des Stadtbauplanes u. der Stadtbauordnung. II. Staatl. „Generalkommiſſionen f. ſtädt. Grundbeſitz" u. ſtaatl. „Baubanken". gr. 8. (83 S.) Köln, J. P. Bachem in Komm. ℳ 1,20.

Digitized by Google

Bedeutung der Kleingärtenkultur in der Arbeiterfrage. („Volkswohl" 1897, Nr. 43.)

Bericht der Berliner gemeinnützigen Bau-Gesellschaft und Alexandra-Stiftung. Berlin 1896. (26 S.)

Berthold, Landr. P., Der Spar- und Bauverein zu Blumenthal bei Bremen. gr. 8. (IV, 160 S. m. 4 Taf. u. 2 Grundrissen.) Hannover, J. C. König & Ebhardt. Kart. ℳ 1,20.

Bethke, Archit. Herm., Kleinbauten aller Art. Eine Sammlung von einfachen Wohn-, Land- und Geschäftshäusern in kleinen Städten und auf dem Lande. In 20 Lfg. Fol. Stuttgart, K. Wittwer. ℳ 60,—.

Boecker, Fabrikdir., Der gemeinnützige Bauverein in Remscheid. („Gemeinwohl" 1897, Nr. 4.)

Boulnois, H. Percy. Housing of the labouring classes and back-to-back houses. London, St. Bride's Press. (46 p.) 1/—.

Brandts, Landesrat, Wie unterstützt die Rheinische Versicherungsanstalt das Bauen von Arbeiterwohnungen? („Gemeinwohl" 1897, Nr. 4.)

Denis, Jules, Vernünftige Ernährung. 2 farb. Taf. m. eingedr. Text (auf 1 Bl.) Übers. von Fritz Kalle. Hrsg. vom deutschen Verein gegen den Mißbrauch geist. Getränke. Fol. München, J. F. Lehmanns Verl. ℳ —,20.

Dixon, D., Le logement du pauvre à Londres. (Revue d'économie politique, 1896, Décbre.)

Drexler, A., Die Wohnungsfrage. (Schweiz. Blätter f. Wirtschafts- u. Socialpolitik 1896, Nov. 13.)

Enquête sur l'habitation ouvrière dans le departement de la Seine-Inférieure en 1896. (8. 100 p). Rouen.

Engel, Ernst, Die Lebenskosten belgischer Arbeiterfamilien früher und jetzt. Ermittelt aus Familienhaushaltsrechnungen und vergleichend zusammengestellt. (Bulletin de l'Institut international de statistique, Rome, 1896.)

Fisch-Kochbuch, kleines. Den praktischen und sparsamen Hausfrauen gewidmet. Zusammengestellt vom schwäb. Frauenverein. Herausg. vom Verein f. d. Wohl d. arbeit. Klassen in Stuttgart. 12. (15 S.) Stuttgart, K. Wittwer. ℳ —,10.

Franken, Constanze v., Katechismus des Haushalts. (VIII, 222 S.) Leipzig, M. Hesse. ℳ 2,—.

Gemeinnützige Gesellschaften für Wirtshaus- u. Kantinenverwaltung. („Mäßigkeitsblätter" 1897, Nr. 4.)

Geschäftsbericht des Altonaer Spar- u. Bauvereins f. d. J. 1896. Altona 1897.

— des Bau- und Sparvereins zu Hamburg f. d. J. 1896. Hamburg 1897. (16 S.)

— des Gemeinnützigen Bauvereins Dresden pro 1896. (10 S.)

Grasserie de la Raoul, Tableaux statistiques des habitations dans la Grande Bretagne en l'année 1891. (Journal de la Société de Statistique de Paris, 1896, Nov. 9.)

Hansen, Landesversicherungsrat in Kiel, P. Chr., Die Wohnungsnot der kleinen Leute. (Itzehoer Nachrichten vom 17. Jan. 1897, Nr. 14.)

Digitized by Google

Hafe, Ob.-Stabsarzt a. D. Dr. **P. v.,** Soll ich mir ein Haus bauen? gr. 8 (30 S.) Berlin, E. Wasmuth. ℳ —,60.

Haushalt, der, einer englischen Familie. („Volkswohl" 1897, Nr. 43.)

Haushofer, Max, Lebenskunst und Lebensfragen. Ein Buch fürs Volk. 8. (VIII, 441 S.) Ravensburg, O. Maier. ℳ 4,—; geb. ℳ 4,75.

Haushaltungsbuch f. Hausfrauen. 4. (199 S.) Reutitschein, R. Hosch. Geb. ℳ 4,—.

Heinrich, Bürgermeister, Stand der Wohnungsfrage u. d. Industriestätten des Bergischen Landes. („Gemeinwohl" 1897, Nr. 4.)

de Jolié, Albert, La question des logements ouvriers en Allemagne. (8. 7 p. Beaugency, Leffray.

Kattwinkel, Handelsk.-Präs., Bestrebungen der Stadt Wermelskirchen auf dem Gebiete d. Arbeiterwohnungsfrage. („Gemeinwohl" 1897, Nr. 4.)

Kautsky, Karl, Konsumvereine u. Arbeiterbewegung. (31 S.) Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht. ℳ —,15.

Kayser, Beigeordn. Dr. u. **Jackstein,** Stadtbaur., Die Gewährung d. Wohnungsmiete als Armenunterstützung. Leipzig, Duncker & Humblot.

Kolonie Ostheim, die, eine moderne Städtegründung. (Concordia 1897, Nr. 6.)

Keil, J., Kleinbauten-Album. Budapest, Gewerbebh. ℳ 3,50.

Knauß, Stadtarzt Dr. **K.,** über Volksernährung. Bericht. Herausg. von dem Verein für das Wohl der arbeit. Klassen in Stuttgart. gr. 8. (20 S.) Stuttgart, K. Wittwer. ℳ —,40.

Krokisius, Landgerichtsrat, Die Berliner gemeinnützige Bau-Gesellschaft und Alexandra-Stiftung. Berlin 1896. (50 + LXXIV S.)

Krone des häuslichen Glücks. Herausg. v. e. Kommission d. Verbandes „Arbeiterwohl". 3. Aufl. gr. 16. (XI, 164 S.) M. Gladbach, A. Riffarth. Kart. ℳ —,75; geb. ℳ 1,—; m. Goldschn. ℳ 1,50.

Kutsche, Hauptlehrer Emil, Die tüchtige Arbeiterfrau. 2. Aufl. 8. (VIII, 132 S.) Wittenberg, R. Herrosé. ℳ —,60.

Landolt, E., Zur Wohnungsfrage. gr. 8. (21 S.) Bern, Steiger & Co. ℳ —,30.

Levasseur, de M., Les sociétés de construction aux Etats-Unis. (Loan and buildings associations). Reforme sociale 1896, mai.

Liebke, Beigeordneter, Arbeiterwohnungsfrage. („Gemeinwohl" 1897, Nr. 2—4.)

Lindsay, S. M., Buildings and loan associations as promoters of saving. (Annals of the American Academy of pol. and social science. 1896, Septbr.)

May, M., Wie der Arbeiter lebt. Arbeiter-Haushaltungs-Rechngn. aus Stadt u. Land. Gesammelt, im Auszug mitgeteilt u. besprochen. gr. 8. (IV, 75 S. m. 1 Tab.) Berlin, C. Heymanns Verl. ℳ 1,—.

Meerens, L., Etude pratique sur les habitations ouvrières en Belgique. Brüssel, Bruylant. fr. 3,50.

Nicolai, Edm., Chef de division au ministère de l'intérieur et de l'instruction publique de la Belgique. Salaires et budgets ouvriers en 1853 et en 1891. 8. 23 p. Bruxelles, F. Hoyez.

Niederer, vorm. Haushaltgsch.-Vorsteherin **Ida,** Die Küche des Mittelstandes. Anleitung, billig u. gut zu leben. 3. Aufl. 8. (VIII, 77 S.) Frauenfeld, J. Huber. kart. ℳ 1.—

Digitized by Google

Olshausen, Baupoliz.-Insp. **H.,** u. Med.-R. Dr. **J. J. Reincke,** Über Wohnungspflege in England u. Schottland. Ein Reisebericht. gr. 8. (48 S. m. 10 Taf.) Braunschweig, F. Vieweg & Sohn. *M* 1,20.

Oft, W., Die Wohnungsfrage in der Stadt Bern. Vortrag. 8. (28 S.) Bern, Schmid & Francke. *M* —,40.

Quéker, Ch. De, Cent budgets ouvriers à Bruxelles en 1897. gr. in-8, IV-32 p. Bruxelles, imp. N. De Bremaecker-Wauts. fr. 1,—.

Rapports présentés au Comité officiel de patronage des habitations ouvrières et des institutions de prévoyance d'Etterbeek, Ixelles etc. (8. 62 p.) Schaerbeck, Beauvais.

Rauchberg, Prof. Dr. **Heinr.,** Die Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Stiftung f. Volkswohnungen u. Wohlfahrts-Einrichtungen. gr. 8. (44 S.) Wien, A. Hölder. *M* —,72.

— Amerikanische Litteratur zur Arbeiterwohnungsfrage. (Zeitschrift für Volkswirtschaft ꝛc. 1896, 3. Heft.)

Recipes for the Million. A Handbook for the Household. 8. pp. 217. London. T. Fischer Union. 2/6.

Ring, Oberamtmann, Eine Guts-Brotkasse. („Das Land" 1897, Nr. 13.)

Santaville, Les logements insalubres et la loi du 13 avril 1850. Paris. (Revue générale d'administration 1896. Août.)

Schäfers Lehrbuch der Hauswirtschaft. 3. Aufl. v. Schulvorst. Rob. Häcker. gr. 8. (VIII, 272 S. m. 139 Holzschn.) Stuttgart, E. Ulmer. *M* 3,30; geb. *M* 3,55.

Schäffle, Alb., u. **Paul Lechler,** Neue Beiträge zur nationalen Wohnungsreform. gr. 8. (IV, 62 S.) Berlin, E. Hofmann & Co. *M* —,75.

Schuler, Eidgen. Fabrikinsp. **F.,** Die Fabrikwohnhäuser in der Schweiz. (Archiv f. soz. Gesetzgeb. u. Statistik 1896, Heft 1/2.)

Sollen die Gelegenheiten für billige Unterkunft u. Verköstigung gefördert werden? („Volkswohl" 1897, Nr. 44.)

Sparsteuer. Eine Steuer zu Gunsten der Arbeit, der Landwirtschaft, des Handwerks, der Industrie, des Handels u. der Beamten-, Gelehrten- u. Künstler-Welt. (40 S.) Berlin, W. Möller. *M* —,50.

Specielle Bauhygiene. (355 S.) (Aus: Weyl, Handbuch d. Hygiene.) Jena, G. Fischer. *M* 10,—.

Spring, Landrat, Statistische Erhebungen über Arbeiter-Wohnungen im Kreise Hoerde. Hoerde 1896.

Statuten der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft und Alexandra-Stiftung. Berlin 1896. (LVI S.)

Tolman, W. H., Halea century of improved housing effort by the New-York Society for improving the condition of the poor. (New Heaven, Connecticut, the Yale Review 1897, February.)

Vathaire, F. de, Les Habitations à bon marché (thèse). In-8, 232 p. Paris, Rousseau.

Wohnungsfrage, Zur. (Dresdener Evangelisches Arbeiterblatt 1897, Nr. 17.)

Digitized by Google

Wothe, Anny, Sei sparsam! Ein prakt. Führer u. Ratgeber f. sorgsame Hausfrauen u. solche, die es werden wollen. 3. Aufl. gr. 8. (XVI, 148 S. m. Abbildgn.) Leipzig, A. Mahn. geb. *M* 2,—.

Tillmanns, Kommerzienrat Fr., Die Barmer Baugesellschaft f. Arbeiterwohnungen. („Gemeinwohl" 1897, Nr. 4.)

XI. Lebensbeschreibungen und Kritiken.

Adler, Georg, Bismarcks Socialpolitik. („Die Zukunft", Bd. XVII, S. 303.)

Banner, Dr. W., Wilhelm Funke. (Mitt. d. Vereins zur Wahrung wirtschaftl. Interessen 2c. 1896, S. 705–714.)

Bebel, A., Zu Wilhelm Liebknechts 70. Geburtstage. (Neue Zeit, XIV. Jahrg.)

Bebel, Der Socialdemokrat August, als Denunziant preußischer Offiziere. Von e. Offizier. gr. 8. (18 S.) Berlin, Militär-Verlag R. Felix. *M* —,35.

Bernstein, Ed., Ferdinand Lassalle und Georg Herwegh. (Neue Zeit, 14. Jahrg., Nr. 45.)

Berling, Dir.-Assist. Dr. K., Der kursächsische Hofbuchbinder Jakob Krause. gr. 4. (19 S. m. 2 Fig. u. 12 Lichtdr.-Taf.) Dresden, W. Hoffmann. *M* 6,—.

Blenck, E., Zum Gedächtnis an Ernst Engel. Ein Lebensbild. (Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statistischen Bureaus 1896, IV. Heft, S. 231—238.)

Block, Maur., Ernst Engel. (Journal des Economistes. 1896 Janvier.)

Böhm-Bawerk, E. v., Zum Abschluß des Marxschen Systems. (Festgabe für Karl Knies, 1896.) Berlin, O. Haering.

Boyenval, A., Proudhon et la sophistique. (La Reforme sociale 1896, Octobre.)

Breysig, Kurt, Nietzsches ethische u. sociologische Anschauungen. (S. Schmollers Jahrbuch 2c. 1896, 2. Heft.)

Calker, F. van, Prof. Rud. Stammlers „Socialer Idealismus". (Preuß. Jahrbücher 1896, 2. Heft.)

Charléty, Seb., Histoire du Saint-Simonisme (1825—1864). Paris, Hachette. fr. 3,50.

Douglas, Dr. Charles M., John Stuart Mill. Autorisierte deutsche Übersetzg. gr. 8. (X, 205 S.) Freiburg i. B., J. C. B. Mohr. *M* 3,60.

Faguet, E., Auguste Comte, I: ses idées générales et sa méthode, II: sa morale et sa réligion. (Revue de deux mondes 1896.)

— Charles Fourier. (Revue de deux mondes 1896, Avril.)

Ferri, Socialisme et science positive (Darwin, Spencer, Marx). Paris, Giard et Brière. fr. 4,–.

Foville, de A., M. Léon Say, ancien président de la Société de statistique de Paris. (Journal de la Société de statistique de Paris, 1896 Mai.)

Geißler, A., Zur Erinnerung an Dr. Ernst Engel. (Zeitschr. d. Kgl. Sächs. Statist. Bureaus 1896, Heft 3/4.)

Gide, Ch., Henri Saint-Marc (Revue d'économie polit. 1896, No. 11.)

Girard, E. de, Ketteler et la question ouvrière avec une introduction historique sur le mouvement social catholique. (IV, 354 S.) Bern, K. J. Wyss. *M* 4,—.

Digitized by Google

Guyot, Yves, Quesnay et la physiocratie. Paris, impr. Guillaumin.

Haenlein, Dr. **F. H.,** Das Leben u. Wirken Prof. Dr. Julius v. Schröders. (7. Jahresbericht d. deutschen Gerberschule, Freiberg 1897, S. 1—25.)

Heckscher, S., Eine Studie über Charles Booth Werk: „Life and labour of the people in London." (Jahrb. f. Gesetzg., Verwalt. u. Volkswirtschaft i. Deutschen Reich 1897, Nr. 1.)

Hohoff, W., Die herrschende ökonomische „Wissenschaft" und Karl Marx. (Monatsschrift für christl. Socialreform ꝛc. 1896.)

Hollander, J. H., Adam Smith and James Anderson. (Annals of the Americ. Academy of political etc. 1896, No. 3.)

Katscher, L., Der erste Nationalökonom ein Deutscher. (Schweiz. Blätter für Wirtschafts- u. Socialpolitik 1896, April.)

Lassalles Briefe an Georg Herwegh. Herausgegeben von Marcel Herwegh. Zürich, A. Müller. (163 S.) *M* 3,—.

Larivière, Ch. de, P. J. Proudhon. (Revue polit. et parl., 1896 Juillet.)

Leicht, Realschuloberl. Dr., Louise Otto-Peters. (Mitt. d. Vereins f. d. Geschichte Meißens, Bd. IV, S. 242.)

Liebknecht über Marx. (Neue Zeit, 15. Jahrg., Nr. 11.)

Lorenz, Max, Die Marxistische Socialdemokratie. (Bibliothek für Socialwissenschaft ꝛc., Bd. 10, 209 S.) Leipzig, G. H. Wigand.

Mueller, O., Stammlers Socialphilosophie. (Zeitschr. f. d. gesamte Strafrechtswissenschaft, 1896, 2. Heft).

Müller, P. **Karl,** Luise Scheppler, eine Magd des Herrn. Berlin, Buchhdlg. des Ostdeutschen Jünglingsbundes. *M* —,10.

Plechanow, G., Marx und seine Beiträge zur Geschichte des Materialismus. Stuttgart, Dietz.

Quack, H. P. G., Karl Marx, Michael Bakounin. Amsterdam, van Kampen & Zoon. fl. 4,25.

Richter, H., Mary Wollstonecraft, die Verfechterin der „Rechte der Frau". gr. 8. (76 S.) Wien, C. Konegen. *M* 1,70.

Reichesberg, N., Der berühmte Statistiker Quételet. Sein Leben und sein Wirken. Eine biograph. Skizze. gr. 8. (142 S.) Bern, Schmid, Francke & Co. *M* 2,20.

Rouxel, Luigi Cossa. (Journal des Economistes, 1896, Juillet.)

Scheinert, Der Franziskaner Berthold v. Regensburg als Lehrer und Erzieher des Volkes. (Diss. Leipzig 1896.) (44 S.)

Schitlowsky, Ch., Die Widerspruchslogik bei Hegel und Marx. (Deutsche Worte, 1896, Juli.)

Schulze-Gaevernitz, Prof. **Gerh. v.,** Carlyle. Seine Welt- u. Gesellschaftsanschauung. 2. Aufl. (VII, 233 S. m. Bildnis.) Berlin, E. Hofmann & Co.

Seillière, E., Etudes sur Ferdinand Lassalle, fondateur du parti socialiste allemand. In-8, XVI-399 p. Paris, Plon, Nourrit et Ce. fr. 7,50.

Shaftesbury (Lord), and **Peabody, George,** The story of two great public benefactors. London, Chambers. 1/—.

Sherard, R. H., Sir Walter Besant on social problems. An interview. (The Humanitarian, London, Jan. 1896.)

Digitized by Google

Slonimski, L., Karl Marx' nationalökonomische Irrlehren. Eine kritische Studie. Übers. u. eingeleitet v. M. Schapira. 8. (IV, 203 S.) Berlin, J. Räde. *M* 2,50.

Smith, Munroe, Four German Jurists (Bruns, Windscheid, Jhering, Gneist). (Political Science Quarterly 1895, p. 664—692.)

Tolstoi, Leo, Moralphilosophie und der christliche Anarchismus. (Deutsche Worte, 1896, August.)

Verrijn Stuart, C. A., Der Abschluß des Lehrgebäudes der Marxschen Rententheorie. (Economist. 1896, Juni.)

Wagner, A., Mein Konflikt m. dem Großindustriellen u. Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Stumm-Halberg. gr. 8. (V, 72 S.) Berlin, O. Haering. *M* 1,50.

Walcker, K., Karl Marx. Gemeinverständliche, krit. Darlegg. seines Lebens u. seiner Lehren. gr. 8. (XVII, 43 S.) Leipzig, Roßberg. *M* 1,20.

Weill, G., L'Ecole Saint-Simonienne, son histoire, son influence jusqu'à nos jours. Tours, impr. Arrault & Cie.

Winzel, Johs., Adolph Kolpings sociale Thätigkeit. (116 S.) Berlin, Germania A.-G. *M* —,20.

Wermert, G., Zur Würdigung des Rodbertus und seines Staatssocialismus (in seiner Schrift: „Pro societate," Halle, Kämmerer).

XII. Die Arbeiterfrage in der schönen Litteratur.

Achleitner, Arth., Der Radmeister von Vordernberg. Ein Gewerkschaftsbild aus der ehernen Mark. 12. (183 S. mit 10 Illustr.) Graz, Styria. *M* 1,70, geb. *M* 2,40.

Alberti, Conr., Wer ist der Stärkere? Ein socialer Roman aus dem modernen Berlin. 2 Teile in 1 Bde. 2. Aufl. 8. (270 u. 361 S.) Berlin, H. Steinitz. *M* 4,—.

Arbeiter-Notiz-Kalender f. d. J. 1898. gr. 16. (236 S.) Berlin, Buchh. Vorwärts. Geb. *M* —,60.

Bateave, L., L'état social en Gascogne au XIe siècle, d'après un livre récent: „Saint Austinde, archevêque d'Auch (1000—1068) et la Gascogne au XIe siècle, par (l'abbé) Breuils. Auch 1895." (Reforme sociale, 1896, Juin.)

Bilder, sociale, aus dem Kriegsj. 1870/71. Von J. B. F. gr. 8. (38 S.) Karlsruhe, J. J. Reiff. *M* —,30.

Braunfels, Ed., Aus eigener Kraft. Goldenes Buch f. Meister, Gesellen u. Lehrlinge. 9 illustr. Novellen aus dem Handwerkerleben. gr. 8. (III, 178 S.) Stuttgart, U. Beckert. Geb. *M* 4,50.

Corto, M., Rote Larven. Stichproben aus den Herzensergießgn. socialist. Volksführer. 3. Aufl. gr. 8. (8 S.) Wien (VIII., Strozzigasse 41), Verl. der Reichspost. *M* —,06.

Crane, Walter, William Morris. Dichter, Künstler, Handwerker und Bildner einer neuen Gesellschaft. (Neue Zeit, 14. Jahrg., Nr. 52).

Digitized by Google

Döll, E., Das Schicksal aller Utopien od. socialen Charlatanerien u. das verstandesgemäß Reformatorische. gr. 8. (III, 31 S.) Leipzig, C. G. Naumann. ℳ —,75.

Frenkel, Wilhelm, Gott grüße das Handwerk! Eine Erzählung aus der Zeit des 30jährigen Krieges. 12. (95 S.) Neustadt (Orla), A. Hertel. ℳ 1,—.

Friedrichs, Herm., Vor dem Streik. Bühnendichtung. 8. (56 S.) Dresden, E. Pierson. ℳ 1,—.

Holz, Arno, Berlin. Das Ende e. Zeit in Dramen. Socialaristokraten. 8. (112 S.) Rudolstadt, Mänicke & Jahn in Komm. ℳ 2,—.

Kielland, Alex. L., „Arbeiter". Aus dem Norweg. übers. v. Dr. Leo Bloch. 8. (212 S.) Zürich, K. Henckell & Co. ℳ 1,50, geb. ℳ 2,—.

Kuhn, Carl, Die Heuchler. Socialer Roman. 8. (240 S.) Leipzig, W. Friedrich. ℳ 3,—.

Liebich, Const., Im Abgrund. Socialer Roman. gr. 8. (III, 288 S.) Berlin, Vaterländische Verlags-Anstalt. ℳ 2,50.

Mantegazza, Paul, Das Jahr 3000. Ein Zukunftstraum. Aus dem Ital. v. Willy Alex. Kastner. 8. (179 S.) Jena, H. Costenoble. ℳ 2,—.

Morus, Thomas, Utopia. Herausgegeben von B. Michels u. Theod. Ziegler. Berlin, Weidmann. (70 u. 115 S.) ℳ 3,60.

Revolution, die friedliche sociale, am Anfange des 20. Jahrh. Ein Zukunftsbild v. e. Menschenfreunde. gr. 8. (IV, 87 S.) München, A. Schupp. ℳ 1,—.

Rose, Frdr. Wilh., Im Streik. Schauspiel aus der Zeit des 1. großen Bergarbeiterstreiks im J. 1889. 8. (34 S.) Leipzig, O. Mutze. ℳ 1,—.

Stradner, Dech. Stadtpfr. **Alois,** Arbeit und Arbeiter ohne und mit Christus. Eine Weihnachtsgabe für das arbeitende Volk. 2. Aufl. (59 S.) Graz, A. Moser. ℳ —,16.

Strate, Past. **T.,** Fest u. getreu! Erzählung aus dem ostfries. Arbeiter- und Dienstbotenleben. 8. (III, 150 S.) Norden, D. Soltau. ℳ 1,—, geb. ℳ 1,50.

Wolfgruber, Priest. **Mathias,** Das Vater unser im Munde des Arbeiters. Ein kleiner Beitrag zur Lösg. der socialen Frage. 16. (180 S.) Salzburg, A. Pustet. ℳ —,60.

Digitized by Google

III. Vierteljahrs-Chronik.

Aus den wirtschaftlich-sozialen Beobachtungsstationen.

Die Industriestadt Chemnitz in ihrer Entstehung, Entwicklung und gegenwärtigen Lage.

Unter den für den Weltmarkt arbeitenden Industrieplätzen Deutschlands nimmt ohne Zweifel Chemnitz einen hervorragenden Platz ein. Der Name dieser Stadt läßt erkennen, daß in derselben Gegend, in der heute aus zahlreichen Fabrikschornsteinen mächtige Rauchwolken emporsteigen, in früheren Zeiten Sorben gewohnt haben, die wie alle Angehörigen ihres Stammes vornehmlich Ackerbau und Viehzucht trieben. Das Sorbenvolk, das sich in dem Gebiete zwischen der mittleren Elbe und der Saale niedergelassen hatte, war der am weitesten gegen das Germanentum vorgeschobene Teil der slavischen Rasse. Seine westlichen Nachbarn waren die Franken. Zwischen beiden Völkern kam es seit Anfang des siebenten Jahrhunderts fortwährend zu erbitterten Kämpfen, die schließlich mit der vollständigen Besiegung der Sorben endeten. Wenn aber auch deren politische Macht gebrochen war, so hielt es doch schwer, in dem Sorbengaue Chutizin, zu dem die Chemnitzer Gegend gehörte, die deutsche Herrschaft auszuüben. Wahrscheinlich um hier Abhülfe zu schaffen und um sowohl die Germanisierung wie die Ausbreitung des Christentums zu ermöglichen, gründete Kaiser Lothar im Jahre 1136 auf einer Anhöhe nördlich der heutigen Stadt Chemnitz ein Benediktinerkloster. Die ersten Mönche desselben zogen fränkische Ansiedler herbei, die am Fuße des Klosterberges einen Ort gründeten, den sie nach dem im Thale strömenden Fluß Kameniz (Chemnitz) nannten. In diesem Orte, der schon im Jahre 1143 zur Stadt erhoben wurde, entwickelte sich

Digitized by Google

in der Mitte des 14. Jahrhunderts ein Handwerkerstand, der nicht mehr blos auf Bestellung arbeitete, sondern für seine Erzeugnisse auch auf weiteren Märkten Abnehmer zu finden suchte. Zu dieser Zeit wurde für Chemnitz auch die Grundlage geschaffen, auf der es sich zur Industriestadt entwickeln konnte. Im Jahre 1357 statteten nämlich die Meißner Markgrafen Friedrich und Balthasar vier ihrer Unterthanen mit dem Rechte aus, in Chemnitz eine Bleiche zu errichten, auf der alle in einem Umkreis von zehn Meilen hergestellten Leinenwaren gebleicht werden mußten. Gleichzeitig wurde die Ausfuhr von Flachs, Garn und ungebleichter Leinwand verboten. Dies Bleichvorrecht bewirkte nun, daß sich der Verkehr in Chemnitz sehr belebte, denn die Leinweber der naheliegenden Ortschaften kamen jetzt oft zur Stadt, was sowohl für die gesamte Einwohnerschaft als auch besonders für die Handwerker nicht ohne Nutzen war. Außerdem entwickelte sich ein bedeutender Handel mit Leinenwaren. Da es nämlich den Webern der entfernteren Orte nicht möglich war, ihre Leinwand selbst nach Chemnitz zu bringen, so verkauften sie dieselbe an Händler, die dann die Leinenwaren in gebleichtem Zustande in Chemnitz wieder auf den Mark brachten. Die Händler kauften aber gleichzeitig auf dem Lande Garn und Flachs ein, um dann beides in Chemnitz verarbeiten zu lassen. Dies wirkte aber auf die Entwicklung des Leinweberhandwerks wesentlich fördernd ein. Als zehn Jahre nach Gründung der Bleichanlage letztere in eine Art Gesellschaftsunternehmung umgewandelt wurde, da setzte sich die Gesellschaft, an die das Bleichprivileg überging, zum größten Teile aus Chemnitzer Bürgern zusammen, denen nun die anfänglich sehr beträchtlichen Reinerträge zufielen, wodurch ihnen und der Stadt zum Wohlstande verholfen wurde. Das Bleichvorrecht wurde also für Chemnitz von großer Bedeutung, weil es sich durch dasselbe immermehr zur Industriestadt entwickelte. Während nun in den folgenden Jahrhunderten neben den Leinwebern auch die Tuchmacher eine hervorragende Rolle spielten, vollzog sich im 18. Jahrhundert eine epochemachende Umwälzung. Das Bleichvorrecht hörte auf zu existieren. Die Tuchmacherei starb ab. An Stelle der Leinweber traten die Baumwollweber, die an Zahl rasch zunahmen. Neue Industriezweige, wie Kattundruckerei, Strumpfwirkerei, Maschinenspinnerei fanden Eingang. Dadurch wurde Chemnitz der Mittelpunkt einer mächtig emporblühenden sächsischen Textilindustrie. Diese Umwandlung auf industriellem Gebiete hatte aber Veränderungen in sozialer Beziehung zur Folge. Während wir nämlich in den frühesten

Digitized by Google

Zeiten in Chemnitz einen an Landbesitz reichen Adel neben ackerbautreibender Bevölkerung finden, während das später bestehende Handwerkerpatriziat ebenfalls großen Grundbesitz hatte und die Bürgerschaft dieser Zeit nicht nur das Handwerk fleißig betrieb, sondern nebenbei auch Grund und Boden bebaute, entrollt uns das 18. Jahrhundert ein wesentlich anderes Bild. Auf der einen Seite finden wir da ein Patriziat, das sich aus einer beschränkten Zahl von Kaufleuten zusammensetzte, das den Handel mit Webwaren übernommen hatte und dessen Hauptstärke auf Kapital und Kredit beruhte. Auf der anderen Seite dagegen steht die Bürgerschaft, die zum größten Teile aus Handwerkern bestand, die zu Lohnarbeitern herabgesunken waren und nicht das geringste Stück Land in ihrem Besitze hatten. Die Industrie war damals noch Hausindustrie, aber mit dem 19. Jahrhundert trat auch hier eine Änderung ein. Einsichtige Bürger hatten richtig erkannt, daß Chemnitz nur dann in erfolgreichen Wettbewerb mit anderen Völkern werde treten können, wenn es nach deren Vorbild die Wasserkraft der Produktion dienstbar machen würde. Dies gab Veranlassung, fabrikmäßige Betriebe in Chemnitz zu begründen. Einem Kaufmann Wöhler war es sogar gelungen, den Engländer William Whitefield zur Erbauung einer Spinnerei in Chemnitz nach englischem Muster zu veranlassen. Außerdem richtete im Jahre 1802 der Kaufmann Christian Gottfried Becker eine Kattundruckerei ein, die ihm bald so viel einbrachte, daß er 1811 noch eine Baumwollspinnerei begründen konnte und dadurch zum ersten Großindustriellen des damaligen Chemnitz wurde. Obwohl nun in den nächsten Jahren zu den erwähnten Unternehmungen noch neue hinzutraten, wodurch sich die Textilindustrie immer weiter entwickelte, so war es doch den Chemnitzer Fabrikanten noch nicht möglich, die Konkurrenz mit den Engländern und Franzosen dauernd auszuhalten. Dazu wurde ihnen erst die Kraft verliehen, als zur Textilindustrie noch die Maschinenbauindustrie hinzukam. Der Vater derselben ist der Chemnitzer Mechaniker Karl Gottlob Haubold. Er errichtete im Jahre 1826 die erste Maschinenbauanstalt, in der er Spinnereimaschinen herstellte. Das Unternehmen, das sich anfangs gedeihlich entwickelte, ging später an eine Aktiengesellschaft über, in deren Händen es jedoch später wieder in Verfall geriet. Da wagte Richard Hartmann, der, im Jahre 1809 zu Barr im Elsaß geboren, in seiner Vaterstadt das Zeugschmiedehandwerk erlernt hatte, der dann auf seiner Wanderung nach Chemnitz gekommen war und in der Hau-

Digitized by Google

boldschen Fabrik gearbeitet hatte, mit drei Gesellen selbst eine Maschinenbauwerkstatt zu begründen. Auch er beschäftigte sich mit dem Bau von Spinnmaschinen. Seine Erfindung der Vorspinnkrempel für Streichgarn, seine rege Schaffensthätigkeit, sein umsichtiger Blick bewirkten, daß sein Unternehmen sich bald in großartiger Weise entwickelte. Neben dem Spinnmaschinenbau wurde aber auch der Webstuhlbau in Chemnitz betrieben. Wir haben also eine Wechselbeziehung zwischen der Textilindustrie einerseits und dem Maschinenbau andererseits. Die erstere hatte die Grundlage geschaffen, auf der sich der Maschinenbau entwickelte und dieser wieder trug durch seine Fortschritte in hohem Maße dazu bei, die Spinnerei, Weberei und Wirkerei zu vervollkommnen und dadurch der Textilindustrie zu einer Entwicklung zu verhelfen, die der Stadt Chemnitz später den Namen sächsisches Manchester eintrug. Außerdem wurde aber auch der Maschinenbau als selbständiger Fabrikationszweig von großer Bedeutung für die Stadt. Richard Hartmann begann neben dem Spinnmaschinenbau auch den Bau von Dampfmaschinen, Dampfkesseln, Lokomotiven. Der aus Ungarn gebürtige Johann Zimmermann gründete im Jahre 1848 die erste in Deutschland existierende Spezialfabrik, und zwar beschränkte er sich auf den Bau von Werkzeugmaschinen. Auch sein Unternehmen erlangte bald eine große Ausdehnung. Neben den Fabriken von Hartmann und Zimmermann entstanden aber seit jener Zeit noch zahlreiche andere, die alle in mehr oder weniger hohem Maße dazu beigetragen haben, den Ruf der Stadt Chemnitz als Industriestadt zu erhöhen.

Fassen wir nun die gegenwärtige Lage der Industrie in Chemnitz näher ins Auge. Die Maschinenfabrik Richard Hartmanns, die im Jahre 1871 von diesem in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war und seitdem den Namen „Sächsische Maschinenfabrik“ trägt, ist gegenwärtig das größte industrielle Unternehmen in Chemnitz, es erfreut sich eines äußerst lebhaften Geschäftsganges, der sich immer mehr steigert. Während am 1. Juli 1895 die Auftragsbestände 5 000 000 Mk. betrugen, waren sie am 1. Oktober desselben Jahres auf 6 500 000 Mark und am 1. Januar 1896 auf 7 000 000 Mark angewachsen. Man beschäftigte zu dieser Zeit eine Arbeiterschaft von durchschnittlich 3500 Mann. Die Aufträge hatten hauptsächlich zugenommen in der Textil- und Werkzeugmaschinenbranche, wo Rußland als Hauptabnehmer aufgetreten war, und in der Dampfmaschinenbranche, auf die das Aufblühen der Elektrotechnik fördernd einwirkt. Als Absatzgebiete des

Digitized by Google

Chemnitzer Maschinenbaues sind alle Länder der Erde anzusehen. Die Aktiengesellschaft „Sächsische Webstuhlfabrik, vormals Louis Schönherr" erzielte im Jahre 1895 einen Reingewinn von über 600 000 Mark. Die Betriebs- und Reservefonds beliefen sich auf 25 pCt. des Aktienkapitals, die Durchschnittsdividende betrug seit den letzten zehn Jahren 12,8 pCt., dabei war der gesamte Zugang für Neubeschaffung und Vergrößerung mit 93 pCt. des Gründungswertes zu beziffern. Diese Zahlen beweisen wohl deutlich genug, daß der Chemnitzer Maschinenbau sich zur Zeit in hoher Blüte befindet.

Ein ähnliches Bild zeigt die Textilindustrie. In der Spinnbranche trat im Jahre 1895 ein ungeahnter Bedarf an Kammgarnen ein, der zeitweilig so dringend wurde, daß die vorhandenen Spindeln nicht genügten. Neben dem Inland kamen hauptsächlich die Vereinigten Staaten als Konsumenten in Betracht. Auch die Weberei hatte durchschnittlich einen flotten Geschäftsgang zu verzeichnen. Das Hauptabsatzgebiet war neben dem Inlande wieder Amerika. Im Strumpfgeschäft war infolge größerer Aufträge von Nordamerika bisher reichliche Arbeit vorhanden, es ist jedoch mit der vermehrten Nachfrage durch die immer leistungsfähiger werdenden Maschinen eine Überproduktion entstanden, wodurch die Preise sehr herabgedrückt werden; außerdem erweitert sich die Fabrikation der Vereinigten Staaten mehr und mehr, sodaß für den deutschen Fabrikanten der Absatz dorthin immer schwieriger wird. Mit dem Orient läßt man sich nicht gern in Geschäfte ein, da man dort zum Teil mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Trikotagenbranche hatte reichliche Aufträge erhalten, und fand ihre Abnehmer in Deutschland, Holland, Belgien, Dänemark und Schweden. Ein größerer Konsument ist in neuerer Zeit auch Australien geworden. Da man nun hieraus ersieht, daß die Chemnitzer Textilindustrie ihr Hauptabsatzgebiet in den Vereinigten Staaten hat, und da andererseits das Bestreben der Nordamerikaner erkennbar ist, sich vom Auslande unabhängig zu machen, so könnte man für die Zukunft der Chemnitzer Textilindustrie Befürchtungen hegen. Wenn aber auch der amerikanische Markt für den deutschen Fabrikanten verloren gehen sollte, darf man hoffen, daß bis dahin der regsame Geist der Chemnitzer Textilindustrie andere Absatzgebiete für seine Erzeugnisse gefunden haben wird. Gegenwärtig ist die Thätigkeit in Chemnitz eine äußerst lebhafte. Es wurde im Jahre 1895 eingeführt in die Stadt an Baumwolle 6 130 000 Kilogr., an baumwollnem Garn 2 400 000 Kilogr., an Roheisen 23 912 000 Kilogr.,

Digitized by Google

dagegen wurde ausgeführt an Baumwolle 1 500 000 Kilogr., an baumwollnem Garn 3 024 000 Kilogr., an baumwollnen und wollnen Waren 8 500 000 Kilogr., an Maschinenteilen 33 210 000 Kilogr. Gegen das Jahr 1894 wurden mehr versandt in der Textilbranche 1 260 000 Kilogr. und in der Maschinenbaubranche 6 815 000 Kilogr.

Mit der industriellen Entwicklung ist, wie bereits bemerkt wurde, eine soziale Umwandlung Hand in Hand gegangen. Bei der letzten Zählung 1895, nach welcher Chemnitz 161 017 Einwohner hatte, wurde festgestellt, daß in den in Chemnitz vorhandenen 2505 gewerblichen Anlagen, von denen 1041 Textilbetriebe sind und 231 der Maschinenindustrie angehören, 75 188 Personen beschäftigt sind, d. i. fast die Hälfte der gesamten Chemnitzer Einwohnerschaft. Von diesen Personen entfallen 39 000 auf die Textil- und 23 000 auf die Maschinen- und Metallindustrie. An männlichen Arbeitern sind 59,7 pCt., an weiblichen 41,3 pCt. aller Beschäftigten vorhanden. In der Textilindustrie sind 51 pCt. der Hülfskräfte Arbeiterinnen. Die Arbeitszeit dauert in 45 Betrieben, unter denen sich 26 Strumpffabriken befinden, täglich 11 bis 12 Stunden. Die Fabriken der Textilbranche arbeiten zum größten Teil $10^1/_2$ bis 11, die Maschinenfabriken dagegen in der Hauptsache nur 10 bis $10^1/_2$ Stunden. In 86 Fabriken, zu denen 18 Strumpffabriken und 14 Maschinenfabriken gehören, beträgt die Dauer der Arbeitszeit nur $9^1/_2$ bis 10 Stunden. Betreffs der Löhne ist zu bemerken, daß diese für die Arbeiter in den Maschinenfabriken infolge der günstigen Geschäftslage gestiegen sind. In den Spinnereien, Webereien, Handschuh- und Trikotagenfabriken hielten sie sich auf der Höhe, die sie früher erreicht hatten. Dagegen hatten die auf dem Lande ansässigen Strumpfwirker unter dem wenig lebhaften Geschäftsgange in ihrer Branche ziemlich zu leiden. Die Akkordsätze wurden gegen das Jahr 1894 bis zu 15 pCt. verkürzt, und dazu kam noch eine oft recht erhebliche Einschränkung der Arbeitszeit.

Wie an anderen Orten, so hat man auch in Chemnitz sein Augenmerk auf die Arbeiterwohlfahrt gerichtet. Unter den vielen darauf bezüglichen Veranstaltungen ist hervorzuheben, daß die „Sächsische Maschinenfabrik" eine Stiftung „Heim" begründet hat, die aus 44 Häusern besteht, in denen 87 Familien gegen einen niedrigen Mietspreis Wohnung gefunden haben. Die Aktien-Lagerbierbrauerei zu Schloßchemnitz hat mit einem Aufwand von 80 000 Mark ein Arbeiterwohnhaus errichtet, das wohl allen Anforderungen der Arbeiterwohlfahrt entsprechen dürfte. Das Gebäude, das im Erdgeschoß drei Speisesäle

Digitized by Google

und im Obergeschoß zwei Schlafsäle besitzt, ist der gesamten Arbeiterschaft der Firma unentgeldlich zur Verfügung gestellt. Eigenartig und für Industriestädte besonders nachahmenswert, ist eine Einrichtung der Stadt Chemnitz. Dieselbe hat zwei Gebäude errichtet in denen jährlich 480 Konfirmandinnen der ersten Volksschulklasse Kochunterricht erhalten. Sowohl die Teilnehmerinnen wie deren Eltern haben diesen Kochschulen bis jetzt ein großes Interesse entgegengebracht, was doch als ein Zeichen dafür angesehen werden kann, daß die Einrichtung ein vorhandenes Bedürfnis befriedigt. Der früher allgemein beklagte Mangel an Dienstboten hat infolgedessen wesentlich abgenommen und der Sinn für Häuslichkeit zugenommen. Anerkennenswert ist ferner noch der Entschluß der Firma Louis Hermsdorf, die in ihrer Färberei zu Wittgensdorf bei Chemnitz den Arbeiterinnen Gelegenheit giebt, die Speisenbereitung zu erlernen. Es werden nämlich immer je zwei demnächst in den Ehestand tretende Arbeiterinnen mehrere Wochen in der Küche der Fabrikkantine unter Anleitung einer bewährten Köchin und unter Fortgewährung des Lohnes beschäftigt. — Man darf hoffen, daß die Fabrikanten wie bisher so auch fernerhin nicht allein für das Gedeihen ihrer Unternehmungen sorgen, sondern auch auf die Wohlfahrt ihrer Arbeiter bedacht sein werden, um durch Erziehung eines willigen und zufriedenen Arbeiterstandes die Chemnitzer Industrie zu immer größerer Blüte zu bringen.

Max Günther.

Wirtschaftlich-sociale Umschau.

(Januar bis März.)

Dresden, Mitte März 1898.

Während zu Anfang des Jahres die allgemeine Weltlage ein friedliches Bild bot, sind seitdem allmählich am politischen Horizonte einige schwere Wolken aufgetaucht. Verschiedene Großmächte sind in der Vorbereitung kriegerischer Rüstungen begriffen und man darf es keiner bloßen Zufälligkeit zuschreiben, daß diese Rüstungen zusammenfallen. Deutschland sucht sich neben seinem gewaltigen Heere eine stärkere Flotte anzuschaffen und darf nach den zustimmenden Beschlüssen der Reichstagskommission und der herrschenden Volksstimmung auf

Digitized by Google

eine Verwirklichung der Flotten-Ausdehnungspläne rechnen. Rußland und Nordamerika haben je 200 Millionen für Vermehrung ihrer Kriegsschiffe und Verstärkung ihrer Verteidigungsanlagen bestimmt, England, Spanien, Japan haben gleichfalls bedeutende Erhöhungen ihrer Kriegsausrüstungen in die Wege geleitet. Wenn trotzdem diese Rüstungen eine allgemeine Beunruhigung der Gemüter bisher noch nicht verursacht haben, so liegt die Ursache darin, daß je länger der Zeitraum einer friedlichen Weltlage anhält, die Schätzung des Friedens sich steigert, die Furcht vor der Verantwortlichkeit eines Kriegsausbruches sich immer mehr befestigt und daß die Rüstungen daher mehr darauf abzielen, den rivalisierenden Mächten die Kampffähigkeit und die Kriegsbereitschaft als die Kriegsabsicht vor Augen zu führen. Vor allem ist es klar, daß es überwiegend wirtschaftliche Motive sind, welche bei den Großmächten den Wettkampf in der Verstärkung der äußeren Machtmittel hervorrufen. Insbesondere gilt solches von Deutschland, welches mit der Verstärkung seiner Flotte in erster Linie die Festhaltung und Erweiterung seiner wirtschaftlichen und industriellen Absatzgebiete erstreben will. Wenn das Deutsche Reich in dieser Beziehung sein Augenmerk auf Ostasien richtete, wo bereits seit Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges Rußland und England um die Abgrenzung ihrer „Interessen-Sphären" energisch verhandelten, so bot die Ermordung deutscher Missionare durch die Chinesen einen geeigneten Anlaß, gegen China Repressalien anzuwenden, welche nach Landung deutscher Truppen an der chinesischen Küste und Besetzung von einigen Stationen und Ortschaften zu dem praktischen Erfolg eines Vertragsabschlusses (am 6. März) führten, nach welchem von China außer der pachtweisen Überlassung der Kiaotschaubucht dem Deutschen Reiche auch Konzessionen für Eisenbahnbauten und industrielle Anlagen in der Provinz Schantung, sowie zur Heranziehung von Ausländern u. s. w. gewährt werden. Einen weiteren Beweis von der Absicht der Reichsregierung, unnötige Einmischungen in fremde Konflikte zu vermeiden, liefert die Thatsache, daß sie ihre Mitwirkung an der weiteren Lösung der kretischen Frage durch Rückbeorderung des Kriegsschiffes „Oldenburg" als vorläufig beendet ansieht, nachdem diese Mitwirkung dazu beigetragen hat, die griechische Staatsverwaltung zu einer aussichtsreicheren Abwickelung ihrer finanziellen Verpflichtungen auch den deutschen Gläubigern gegenüber zu veranlassen. Die in vorgenannten Thatsachen sich abspiegelnde feste und zielbewußte Haltung der äußeren Politik Deutschlands, welche

Digitized by Google

seit einigen Monaten durch den Staatssekretär v. Bülow geleitet wird, hat das Vertrauen weiter Volkskreise befestigt und ist auch auf die inneren politischen Strömungen Deutschlands nicht ohne Einfluß gewesen.

Freilich ist noch keine Klärung unserer inneren verworrenen Parteiverhältnisse herbeigeführt. Ein Mahnwort des Ministers v. Miquel, zur „Sammlung aller produktiven Stände", hat einen Gegenaufruf bewirkt, der, übereinstimmend mit den soeben erfolgten einstimmigen Resolutionen des deutschen Handelstages (s. u.) die Erfüllung agrarischer Sonderforderungen, insbesondere den Zweifel an einer Aufrechterhaltung der Meistbegünstigungsklausel bei dem ferneren Abschluß von Handelsverträgen im Interesse der allgemeinen Lebenshaltung und der deutschen Exportfähigkeit entschieden zurückweist und für die gesunde Entwickelung unseres nationalen Wirtschaftslebens und die Förderung der gesamten nationalen Arbeit den Abschluß von langdauernden Handelsverträgen mit gegenseitiger Bindung der Tarifsätze als durchaus notwendig erachtet.

Die Berechtigung, dem deutschen Handelsverkehr eine wachsende Pflege und Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen, wird in konkreten Zahlen nicht nur in der amtlichen Aus- und Einfuhrstatistik, sondern insbesondere auch in dem Wachstum der deutschen Handelsflotte zum Ausdruck gebracht, welche nach England den zweiten Rang einnimmt. Es betrugen 1897 die Fahrzeuge an reinem Tonnengehalt in: England 6 741 000, Deutschland 1 034 000, Frankreich 499 000, Nordamerika 535 000, Norwegen 360 000, Spanien 324 000. Deutschland hat seine Dampferflotte in 8 Jahren mehr als verdoppelt. Die französische ist fast gar nicht gewachsen.

Wenn Landwirtschaft, Industrie und Handel ihre Interessen mit Nachdruck zu vertreten suchen und ihre Hoffnung auf die kommende neue Parlamentssära richten, so ist damit nicht gesagt, daß der Handwerkerstand und die arbeitenden Klassen eine Vernachlässigung ihrer berechtigten Ansprüche und Interessen zu befürchten haben. Wir sind nicht der Ansicht, daß ausreichende Thatsachen vorliegen, der Reichsregierung den Vorwurf des Stillestehens in der Socialpolitik zu machen, denn auch die Fortarbeit an den geschaffenen socialpolitischen Einrichtungen schließt eine andauernde Rührigkeit in sich. In dem verflossenen Vierteljahr ist die weitere staatliche Arbeiterfürsorge durch einen Erlaß von Schutzbestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Konservenfabriken, sowie durch Einlei-

Digitized by Google

tung von Erhebungen über die gewerbliche Beschäftigung von Kindern bethätigt worden. Hand in Hand geht hiermit eine weitere Opferwilligkeit der Arbeitgeber, welche nach den neuesten Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes für die Durchführung der Socialgesetze, der Unfall- und der Invaliditäts- und Altersversicherung bis Ende 1897 mehr als 900 Millionen Mark aufgebracht haben. Daß trotz dieser Opfer auch die private Fürsorge der Arbeitgeber nicht erlahmt, beweisen unsere vierteljährlichen Zusammenstellungen der „Ehrentafel", die auch im vorliegenden Heft ein erfreuliches Bild in dieser Richtung aufrollt. Was das mit dem am 1. April in Kraft tretende neue Handwerkergesetz betrifft, so ist man noch nicht in der Lage, demselben ein unfehlbares Gelingen zu prophezeihen. Vielmehr mehren sich die Anzeichen, daß die Wirkungen staatlichen Zwanges für die Organisation der Gewerbe höchst zweifelhafter Art sind und daß nach wie vor nur die persönliche Tüchtigkeit und Umsicht des Handwerkers sein solides Fortkommen sichern werden. Wir denken hier u. a. an die geradezu trostlosen Ergebnisse, welche die eingehenden Untersuchungen des Professor Wäntig über die gewerblichen Zustände in Österreich seit der „gewerbefreundlichen" Gesetzgebung von 1883, hinsichtlich der gewerblichen Zwangsgenossenschaften, des Befähigungsnachweises, des Lehrlingswesens, der Schiedsgerichte u. s. w. gezeitigt haben und die in seiner soeben erschienenen, höchst beachtenswerten rechtshistorisch-wirtschaftspolitischen Studie: „Gewerbliche Mittelstandspolitik" (Leipzig, Duncker & Humblot) niedergelegt sind.

Berichte und Notizen.

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Der Börsenausschuß tagte am 22. Februar in Berlin. Seitens der verbündeten Regierungen waren anwesend Unterstaatssekretär Rothe, mehrere Mitglieder des Bundesrats und der Staatskommissar an der Berliner Börse Hemptenmacher. Zum Vorsitzenden der Sitzung, an welcher 40 Mitglieder teilnahmen, wurde Geh. Kommerzienrat Herz-Berlin gewählt. Es fand zunächst eine Durchbesprechung des Entwurfs der Geschäftsordnung statt, welche so gefaßt ist, daß auch den Minoritäten Schutz gewährt wird. Bei Erörterung der Frage einer einheitlichen Regelung der Gebräuche bei Feststellung der Preise von Wertpapieren wurden für alle deutschen Börsenplätze folgende feste Reduktionssätze angenommen: 1 Pfd. Sterl.

Digitized by Google

= 20,40 Mk., 1 Rubel Gold = 3,20 Mk., 1 alter Kreditrubel = 2,10 Mk., 1 Frank, 1 Lira, 1 Peseto, 1 Leu = 0,80 Mk., 1 fl. österr. Gold = 2 Mk., 1 fl. österr. W. = 1,70 Mk., 1 Krone österr.-ung. Währung = 0,85 Mk., 1 fl. südd. W. = 1,70 Mk., 1 Krone = 1,125 Mk., 1 Dollar = 4,20 Mk. Der Peso soll mit 4 Mk., die Bankomark mit 1,50 Mk. umgerechnet werden. Hinsichtlich der Berechnung der Stückzinsen bei Wertpapieren und Aktien, wurde im allgemeinen ein Zinsfuß von 4 % vorgeschrieben. Dem Ausschuß erschien es am zweckmäßigsten, am 1. Januar 1899 diese Bestimmungen in Kraft treten zu lassen.

Eine Sachverständigen-Konferenz zur Prüfung der Frage einer einheitlichen Regelung der Milchversorgung großer Städte hat auf Veranlassung des Preußischen Landwirtschaftsministeriums im Einverständnis mit den Ministerien des Innern, des Handels und der Medizinal-Angelegenheiten am 1. und 2. März in Berlin stattgefunden. Soweit verlautet waren die Fragen in vier Gruppen eingeteilt. Die ganzen Verhandlungen, die stenographisch aufgezeichnet wurden, hatten nur einen informatorischen Zweck, bestimmte Beschlüsse wurden daher nicht gefaßt. Im allgemeinen zeigte sich, daß die Wissenschaft Forderungen stellte, die der Handel für zu weitgehend hielt. Mit einer scharfen Kontrolle erklärte sich der Handel an sich einverstanden, betonte aber, daß diese Kontrolle bereits an den Produktionsstätten, im Kuhstalle, zu beginnen habe.

Der Deutsche Handelstag wurde unter dem Vorsitze des Geh. Kommerzienrat Frentzel am 14. März in Berlin eröffnet. Nach dem vorgelegten Geschäftsberichte sind zur Zeit 157 Körperschaften im deutschen Handelstage vereinigt. Über den ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank" berichtete Schinkel-Hamburg und schlug nach seinem mit außerordentlichem Beifall aufgenommenen Vortrag folgende Resolution vor, welche einstimmige Annahme fand: „Die Reichsbank, mit privatem Grundkapital errichtet und vom Reich geleitet und beaufsichtigt, beruht in ihrer Organisation auf dem Grundgedanken des Zusammenwirkens staatlicher Verwaltung mit sachkundiger Vertretung der Anteilseigner unter hervorragender Beteiligung des Reichs am Gewinn. In glänzender Weise hat die Reichsbank sich entwickelt und hat durch Regelung des Geldumlaufs im gesamten Reichsgebiete, Erleichterung der Zahlungsausgleichungen und Nutzbarmachung verfügbaren Kapitals die ihr gesetzlich obliegende Aufgabe mit großem Erfolge erfüllt. Die Vorwürfe, die gegen die durch das Gesetz aufgestellten Grundsätze der Geschäftsführung und gegen die Geschäftsführung selbst erhoben werden, sind unberechtigt. Insbesondere verkennt die Forderung, daß die Reichsbank gegen geringere Sicherheit und auf längere Fristen Kredit gewähren möge, die Notwendigkeit derjenigen Vorsicht, auf der die Sicherheit einer Notenbank und das Vertrauen auf die Gediegenheit des deutschen Geldwesens beruhen. Die Rücksicht hierauf ist für das Verhalten der Reichsbank maßgebend, und zwar gegenüber den Ansprüchen von Landwirtschaft, Kleingewerbe und Kleinhandel nicht anders als gegenüber denjenigen von Industrie und Großhandel. Die Diskontpolitik befolgt nur das Gebot, sich den thatsächlichen Verhältnissen des Geld- und Kapitalmarktes anzupassen. Unter diesen Umständen ist die Erhaltung der gegenwärtigen Verfassung und Verwaltung der Reichsbank dringend geboten. Die Übernahme des Grundkapitals durch das Reich würde keinen Vorteil bringen, dagegen mit den schweren Nachteilen behaftet sein, daß die Reichsbank mehr als bisher dem Ansturm

Digitized by Google

der politischen und wirtschaftlichen Parteien ausgesetzt, daß ihr der Beirat Sachverständiger und an einer vernünftigen Geschäftsführung unmittelbar interessierter Männer genommen, auch ein Einspruchsrecht solcher Männer gegen gewisse bedenkliche Maßregeln beseitigt, daß die Gefahr einer Verquickung der Bankgeschäfte und der Staatsfinanzgeschäfte heraufbeschworen, und daß für den Kriegsfall den Beständen der Bank der völkerrechtliche Schutz des Privateigentums entzogen würde. Der Deutsche Handelstag erklärt sich daher gegen eine Verstaatlichung der Reichsbank und für die Verlängerung ihres Privilegiums. Er weist darauf hin, daß in fast allen Ländern eine rein staatliche Gestaltung des Notenbankwesens vermieden ist, und giebt der Überzeugung Ausdruck, daß es unverantwortlich wäre, an einer wichtigen und bewährten Einrichtung ohne zwingendste Notwendigkeit mit Neuerungen zu experimentieren." Sodann wurde nach einem Bericht des Herrn Zweiniger-Leipzig die „Reichsunterstützung der Postdampfschiffsverbindung mit Ostasien" der nachfolgende Antrag erörtert: „Bei der hervorragenden und jüngst noch durch die Erwerbung von Kiaotschau zum Ausdruck gelangten Bedeutung Ostasiens für unseren auswärtigen Verkehr ist die Vermehrung und Beschleunigung der Postdampfschiffsverbindung mit jener Gegend, wie sie in dem Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Gesetze betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern vorgesehen ist, von großem Wert. Sie entspricht einem schon längst empfundenen Bedürfnis und rechtfertigt die nach dem Gesetzentwurf zu zahlende Beihülfe aus Reichsmitteln. Im Interesse der wirtschaftlichen Entwickelung des Deutschen Reiches spricht daher der Deutsche Handelstag seine Freude darüber aus, daß der Bundesrat den Entwurf beschlossen und der Reichstag in zweiter Lesung ihm zugestimmt hat." Dieser Antrag wurde mit dem Zusatzantrag Dittmar-Mainz, daß dem „Norddeutschen Lloyd" zur Pflicht gemacht werde, mindestens den Versuch zum Anlaufen von Rotterdam mit den unterstützten Reichspostdampfern zu machen, wenn die holländische Regierung ein entsprechendes Entgegenkommen zeige, angenommen. Darauf berichtete der Generalsekretär Dr. Soetbeer über die Vorbereitung von Handelsverträgen und empfahl den nachfolgenden Antrag des Ausschusses zur Annahme: „Daß die Reichsregierung für den Abschluß neuer Handelsverträge frühzeitig umfassende Vorarbeiten begonnen und zu diesem Zweck aus Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels einen wirtschaftlichen Ausschuß gebildet hat, ist dankbar anzuerkennen, wenn auch zu bedauern bleibt, daß dem deutschen Handelstag kein größerer Einfluß auf die Zusammensetzung des Ausschusses eingeräumt ist. Die Thätigkeit dieses Ausschusses zu unterstützen, wird Aufgabe der zur Vertretung der genannten Erwerbszweige berufenen Körperschaften sein. Insbesondere wird es für Industrie und Handel den Handelskammern und verwandten Körperschaften obliegen, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß alle in Betracht kommenden thatsächlichen Verhältnisse so genau wie möglich zur Kenntnis der Reichsregierung gebracht werden. Anderseits ist die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß man diese Körperschaften regelmäßig und ausgiebig zur Begutachtung heranzieht. Der Abschluß von Handelsverträgen hat hauptsächlich den Zweck, den Absatz deutscher Erzeugnisse im Auslande zu fördern und vor Störungen durch die Gesetzgebung des Auslandes nach Möglichkeit zu bewahren. Die Erfüllung dieses Zweckes ist um so wichtiger, als Deutschland bei stark wachsender Bevölkerung zur Bezahlung der notwendigerweise vom Auslande zu beziehenden Waren und zur lohnenden Beschäftigung seiner Arbeiter in hohem

Maße darauf angewiesen ist, die Erzeugnisse seines Gewerbefleißes dem Auslande zu verkaufen. Nur bei kräftiger Entwickelung seiner Ausfuhr, bei erfolgreicher Teilnahme am Weltverkehr, wird Deutschland wirtschaftlich gedeihen und politisch seine Machtstellung behaupten können. Die seit 1891 mit einer Reihe europäischer Staaten geschlossenen Handelsverträge haben bei allen Mängeln, die im einzelnen vielleicht ihnen anhaften, und allen Fehlern, die wegen ungenügender Zuziehung von Vertretern des Erwerbslebens begangen sein mögen, grundsätzlich richtige Wege eingeschlagen. In Übereinstimmung mit der in ihnen befolgten Politik ist für künftige Handelsverträge dahin zu streben, daß die auswärtigen Staaten erstens für eine längere Reihe von Jahren die Zölle auf die hauptsächlichsten von uns bei ihnen eingeführten Waren ermäßigen oder wenigstens nicht zu erhöhen sich verpflichten, und zweitens die Meistbegünstigung uns gewähren. Können in einem Handelsvertrag keine Zugeständnisse in Bezug auf die Zollsätze erreicht werden, so ist auch die Meistbegünstigung allein ein wertvoller Gewinn. Die Entscheidung über einen Handelsvertrag muß davon abhängen, ob er bei sorgfältiger Abwägung der gegenseitigen Zugeständnisse im ganzen als vorteilhaft erscheint. Kein einzelner Erwerbszweig, und wäre er auch noch so bedeutend, darf den Anspruch erheben, daß die Rücksicht auf ihn allein maßgebend sei und hinter sein Interesse alle andern zurückgesetzt werden müßten. Nur das Wohl der Gesamtheit darf die Richtschnur der Handelspolitik bilden. In dieser Überzeugung spricht der Deutsche Handelstag den Wunsch aus, daß es Seiner Majestät dem deutschen Kaiser unter Zustimmung des Bundesrats und Genehmigung des Reichstags gefallen und gelingen möge, die wirthschaftliche Entwickelung Deutschlands durch den Abschluß solcher Handelsverträge zu fördern, die den entwickelten Grundsätzen entsprechen." Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung des weitern Punktes der Tagesordnung, betreffend die „Zeitschrift für Handel und Gewerbe", wurde die Vollversammlung des Deutschen Handelstages durch den Vorsitzenden geschlossen.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer trat am 15. Februar in Berlin unter Leitung des Grafen v. Mirbach-Sorquitten zur 23. Generalversammlung zusammen. Nach einem Referat des Geh. Regierungsrats Prof. Dr. Maerker-Halle, Korreferent Domänenrat Rettich-Rostock, über die Verfälschung von künstl. Düngemitteln und Kraftfuttermitteln beschloß die Versammlung, daß der Erlaß eines Gesetzes in Rücksicht auf die vielen schweren Schädigungen, die die Landwirtschaft im Handel mit Dünge- und Futtermitteln durch die Verfälschung derselben erleide, notwendig erschien. „Es ist aber wünschenswert, ein solches Gesetz auch auf den Handel mit Saatgut auszudehnen." Nach einem Referat von Dr. Arendt-Berlin über die Währungsfrage wurde folgende Resolution angenommen: „Die ablehnende Haltung der Londoner City der Währungsfrage gegenüber hat deren Lösung erschwert, ihre Bedeutung nicht herabgemindert. Die Lösung der Währungsfrage bleibt das unverändert anzustrebende Ziel weitsichtiger Volkswirtschaft und einer praktisch wirkungsvollen Socialpolitik." Über den 3. Punkt der Tagesordnung: „Welche Maßnahmen sind erforderlich, um der Landwirtschaft einen billigen Personalkredit zuzuführen? referierte Rechtsanwalt Eschenbach-Berlin und Abg. v. Kardorff-Wabnitz. Die Versammlung beschloß: „Soweit das Personal-Kreditbedürfnis des größeren Grundbesitzes nicht auf dem gewöhnlichen genossenschaftlichen Wege be-

Digitized by Google

friedigt werden kann, sondern die Lombardierung von Produkten erheischt, empfiehlt sich folgender Weg: Die Interessenten eines größeren Umkreises gründen eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht; die zu lombardierenden Produkte werden in (eventuell dem betreffenden Besitzer von der Genossenschaft abgemietete) Räume geschafft und bis zu zwei Drittel des Tagespreises verpfändet. Der Verpfänder hat unter strenger Kontrolle für die Fortdauer guter Beschaffenheit der Ware zu haften. Es ist eine Änderung des Statuts der Reichsbank erforderlich, die ihr durch Verstärkung ihrer Fonds, durch Erleichterung der vermehrten Notenausgabe und durch andere Vorschriften die Möglichkeit gewährt, zu ähnlich niedrigen Zinssätzen wie die Bank von Frankreich Kredit zu gewähren." — Graf Arnim-Muskau referierte über das Börsengesetz vom 22. Juni 1896 und über den Getreidehandel, das Korreferat erstattete Abg. Graf v. Schwerin-Löwitz. Die Resolution, welche hierauf angenommen wurde, lautete: „Die 23. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer erklärt: Gegenüber den abfälligen Urteilen über die Wirkung des Börsengesetzes kann trotz der kurzen Geltungsdauer und der nicht völligen Durchführung desselben als positives Ergebnis des Verbots des börsenmäßigen Termingeschäfts festgestellt werden: 1. Decentralisation des Getreidehandels, verminderte Abhängigkeit von den Berliner Notierungen und Erstarkung des effektiven Getreidehandels auf den Märkten des Reichs; 2. Ausbildung einer — auf effektiven Warenverkehr gestützten — auch für die Lokalmärkte maßgebenden Preisnotierung von Seiten der berufsständigen Vertretungen der Landwirtschaft; 3. Stetige und ruhige Entwickelung der Getreide-Preise im Gegensatz zu den fieberhaften Preisschwankungen der außerordentlichen Termin-Börsen mit dem schließlichen Resultat der gleichen Steigerung der Getreide-Preise am Ende des Jahres 1897 wie auf dem Weltmarkt; 4. Erheblicher Rückgang der Einfuhr von Roggen und Weizen im Vergleich zu dem Jahre 1896. Abnahme der Lagerbestände und Gesundung des Marktes; 5. Beseitigung der unsoliden Spekulation der Outsiders und des Mißbrauchs des Kredits zu Spielgeschäften mit fiktivem Getreide. Zur völligen Durchführung des Börsengesetzes und zur Erreichung der durch dasselbe beabsichtigten volkswirtschaftlichen Ziele, insbesondere in Betreff einer gesunden auf Vorrath und Bedarf beruhenden Getreide-Preisbildung werden weitere Maßnahmen als geboten erachtet: a) Schließung der Winkelbörsen in Deutschland, Ausgestaltung resp. Schaffung von Getreidemärkten, insbesondere in Berlin, behufs zuverlässiger, unter Zuziehung von Landwirten erfolgender Feststellung der Preislagen und damit weitere Ausbildung der Geschäfte der Central-Notierungsstelle; b) Entwickelung des Vereins- und Genossenschaftswesens behufs Verkaufs von Getreide, insbesondere seitens der kleinen Landwirthe; c) Beseitigung aller den Import ausländischen Getreides befördernden Begünstigungen, namentlich der Großmühlen; d) Anbahnung einer Verständigung mit den auswärtigen Regierungen behufs Reform und internationaler Regelung des börsenmäßigen Termingeschäfts, entsprechend der im Reichstage seiner Zeit angenommenen Resolution." — Auf Antrag des Abg. v. Frege fand noch folgender Zusatz zu dieser Resolution Annahme: „Die Preise, welche die königlichen Proviantämter für Getreide zahlen, haben einen wesentlichen Einfluß auf die der Provinzialmärkte. Die Proviantämter zahlen jetzt nach Maßgabe der Proviantamtsordnung die auf dem nächsten Markte polizeilich festgestellten Preise, auch wenn diese nur auf kleinen und kleinsten Verkaufsabschlüssen über minderwertiges, schlecht gereinigtes

Getreide basieren. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Proviantämter ihre Preise auf Grund zuverlässigerer Ermittelungen feststellen, und empfiehlt es sich, hierbei die Notierungen der Centralstelle der Landwirtschaftskammern zu Grunde zu legen, welche jetzt bei allen Verkaufsabschlüssen in Getreide allein maßgebend geworden sind." Im weiteren referierte Abg. v. Mendel-Steinfels über die Errichtung einer Organisation der Landwirtschaft zur besseren Verwertung der Produkte ihrer Nebengewerbe. Folgende Resolution wurde angenommen: „1. Die Bildung von Syndikaten zur Sicherung eines lohnenden Absatzes von Erzeugnissen der Landwirtschaft oder der landwirtschaftlichen Gewerbe scheint bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Weltwirtschaft unter gewissen Voraussetzungen als notwendig und erstrebenswert. 2. Das zersplitterte Angebot ist nicht in der Lage, einen maßgebenden Einfluß auf die Beseitigung von Mißständen des Handels und Verkehrs, der Preisbildung und Güterverteilung auszuüben. Diesen erreicht nur die vereinigte Produktion, wie zahlreiche Beispiele auf dem Gebiete der Industrie lehren. 3. Insbesondere ist die Bildung von Genossenschaften zum Zweck des gemeinsamen Verkaufes des in landwirtschaftlichen Brennereien hergestellten Spiritus durch die eigenartigen Absatzbedingungen, welchen der Spiritus auf Grund der steueramtlichen Abfertigung aus den Brennereien unterworfen ist — und nicht weniger durch das zu Tage tretende Bestreben des Zwischenhandels, genossenschaftlich die Spiritus-Preisbildung auf einer, den Herstellungskosten dauernd nicht entsprechenden Höhe zu halten — eine landwirtschaftliche Notwendigkeit geworden." — Zum Schluß besprach der Vorsitzende der Vereinigung, Abg. Graf v. Mirbach-Sorquitten die wirtschaftliche Lage der Landkreise und der Provinzen in Preußen nach der Durchführung der Steuerreform. Die nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Es hat die Steuerreform in Preußen den östlichen Landesteilen die gehoffte Erleichterung im Gebiete der direkten Besteuerung nicht gebracht. Die vielfach über Gebühr starke Heranziehung zu der Einkommen- und Ergänzungssteuer in Verbindung mit den konstant und schnell wachsenden Abgaben an die Kreise und Provinzen ergiebt vielmehr eine Belastung, welche die Prästationsfähigkeit der wenig steuerkräftigen Bevölkerung dieser Landesteile ernstlich gefährdet. Die ungenügende Berücksichtigung der östlichen Provinzen in dem Dotationsgesetz bedarf nachträglich der Ausgleichung zu vorher bestimmten Zwecken. Es ist einer weiteren Verschuldung der Kreise vorzubeugen, sowie eine Tilgung ihrer Schulden zu organisieren."

Die 26. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats wurde unter dem Vorsitze des Freiherrn v. Soden-Traunhofen am 7. Februar in Berlin eröffnet. In dem vom Geschäftsführer Dr. Dade erstatteten Geschäftsbericht wurde konstatiert, daß allerdings seit Mitte des Jahres 1897 eine erfreuliche Bewegung der Getreidepreise nach oben eingetreten sei, daß aber andererseits die Viehbestände der Landwirte durch Seuchen erheblich reduziert und in ihrem Nutzwerte beeinträchtigt worden seien. Der Bericht erkennt die steigende Fürsorge der Regierung für die Landwirtschaft an und erhofft weitere günstige Einflüsse durch die Vorbereitungen zu den künftigen handelspolitischen Maßnahmen. Graf v. Kanitz-Podangen referierte über die Frage: „Welches System der Handelsverträge ist in landwirtschaftlichem Interesse zu befürworten? Nach langer Debatte, an welche anschließend der anwesende Staats-

Digitized by Google

sekretär Graf Dr. von Posadowsky-Wehner die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Feststellung der landwirtschaftlichen Produktionskosten des Auslandes betonte, wurde folgende Resolution angenommen: „1. Für die anderweitige Regelung der Handelsbeziehungen Deutschlands zum Auslande ist das Prinzip der Tarifautonomie zu empfehlen. 2. Vor Abschluß neuer Handelsverträge ist sorgsam zu prüfen, in welchem Maße die wichtigsten einheimischen Erwerbszweige (Groß- und Klein-Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei u. s. w.) des Zollschutzes gegenüber der ausländischen Konkurrenz bedürfen. Die so ermittelten Zollsätze werden in einen Minimaltarif eingestellt und jede vertragsmäßige Herabsetzung oder Bindung derselben vorweg ausgeschlossen. — Sodann ist ein Generaltarif aufzustellen, welcher für die wichtigsten Handelsartikel erhöhte Zollsätze enthält. — Auf Grundlage dieses Generaltarifs können Vertragsverhandlungen mit anderen Ländern eröffnet und Zollermäßigungen bis herab zu den Sätzen des Minimaltarifs — unter Voraussetzung angemessener Gegenleistungen und Garantieen — gewährt werden. 3. Die bestehenden Meistbegünstigungsverträge sind — mit selbstverständlicher Ausnahme der deutsch-französischen Vertragsbestimmungen von 1871 — rechtzeitig zu kündigen. 4. Gegenüber den Ländern, mit welchen neue Verträge nicht abgeschlossen werden, ist — wiederum mit Ausnahme Frankreichs — der Generaltarif in Anwendung zu bringen. — Die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Interessen-Vertretungen bei der Beschaffung des erforderlichen Materials zur Benutzung für die landwirtschaftlichen Mitglieder des „Wirtschaftlichen Ausschusses für Vorbereitung von Handelsverträgen" erscheint zweckmäßig." — Landgerichtsrat Schneider-Kassel sprach über die Gesetzentwürfe, betr. Änderungen der Civilprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Konkursordnung. Aus der hierzu angenommenen Resolution sei hervorgehoben, daß zwar die Konkursordnungsnovelle im großen und ganzen gebilligt, jedoch bedauert wurde, daß darin kein Weg vorgesehen sei, auch den Hypothekenschuldner der Wohlthat des Zwangsvergleichs teilhaftig werden zu lassen. Über die Tarifierung land- und forstwirtschaftlicher Produkte auf Eisenbahnen und Wasserstraßen im Deutschen Reich mit besonderer Rücksicht auf die Einfuhr ausländischer Produkte berichtete Geh. Regierungsrat Reich-Meyken in Ostpreußen. Die Resolution befürwortet eine Revision resp. Herabsetzung der inländischen Frachttarife für landwirtschaftliche Produkte. — Über den Gesetzentwurf betr. die anderweitige Festsetzung des Gesamtkontingents der Brennereien berichtete Gutsbesitzer Seydel-Chelchen und erwirkte die unveränderte Annahme folgender Resolution: „Im Anschluß an die im Jahre 1893 und 1895 gefaßten Beschlüsse erblickt der Deutsche Landwirtschaftsrat im Entwurf eines Gesetzes betr. die anderweite Festsetzung des Gesamtkontingents ein Mittel, welches, trotz der damit verbundenen neuerlichen Beschränkungen des Brennereigewerbes, nicht vermieden werden kann, wenn die Spirituspreise auf einer erträglichen Höhe und die Brennerei als landwirtschaftliches Nebengewerbe erhalten bleiben sollen. Er spricht aber zugleich die Hoffnung aus, daß damit die Opfer, die von dem Brennereigewerbe zu seiner eigenen Gesundung verlangt werden, ihren Abschluß erreicht haben, und namentlich bei etwaiger weiterer Herabsetzung des Kontingents für mittlere und kleinere Brennereien mit der äußersten Vorsicht verfahren werden wird, damit dieselben lebensfähig bleiben." — Hinsichtlich der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche wurde

nach dem Referat des Geh. Reg.-Rats Dammann-Hannover und dem des Freiherrn v. Erffa-Wernburg, sowie nach eingehenden Ausführungen des Direktors des Reichsgesundheitsamtes Dr. Köhler über die Verbreitung dieser Seuchen, folgende Resolution von der Versammlung angenommen: „Der Deutsche Landwirtschafts-Rat erklärt: 1. Es erscheint notwendig, das über die See- und Landquarantänen eingehende Vieh einer vierwöchentlichen Quarantänezeit zu unterwerfen. 2. Es ist dringend geboten, die Einfuhr russischer Schweine und russischen Geflügels zu untersagen. 3. Es erscheint wünschenswert, daß die Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes über den Stand der Viehseuchen mindestens alle 14 Tage — nicht wie jetzt nur alle vier Wochen — erfolgen. 4. Eine größere Einheitlichkeit der Sperrmaßregeln in den einzelnen Landesstaaten ist anzustreben. 5. Die Sperrmaßregeln gegen die Seuchenverschleppung im Inlande sind bei dem heutigen Stande der Sache nicht zu entbehren, doch sind dieselben mit thunlichster Vermeidung aller Härten von Fall zu Fall durchzuführen. Die Bahnhofssperre ist nur im äußersten Notfalle zu verhängen. 6. Der Hausierhandel mit Klauenvieh ist bei Seuchengefahr gänzlich zu untersagen und auch sonst der strengsten Kontrolle zu unterstellen. 7. Die Bahnhofsverwaltungen sind anzuhalten, daß eine noch gründlichere Desinfektion der Eisenbahnwagen und der Rampen ꝛc. durchgeführt wird. Notwendig erscheint eine regelmäßige Revision und erforderlichen Falles eine regelmäßige Desinfektion der Händlerställe. 8. Nach dem Beispiel Sachsens und Bayerns ist die Errichtung von Central-Desinfektions-Anstalten dringend erwünscht." — Wirkl. Geh. Ob. Reg. R. Frhr. v. Hammerstein-Metz und Landesältester v. Donat-Chmiellowitz berichteten alsdann über die Arbeiten der Kommission betreffend die Lebensversicherung und die Schuldentlastung des ländlichen Grundbesitzes. Im Namen der Kommission empfahlen sie die Annahme folgenden Antrages: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt: Bei den deutschen Staatsregierungen, unter Mitteilung des Beschlusses der 25. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats von 1897, anzufragen: a) ob sie geneigt seien, in denjenigen ihrer Landesteile, wo eine Notwendigkeit hierzu vorliegt, Einrichtungen zu unterstützen, welche die Erleichterung und Abstellung zweitstelliger Hypothekenschulden, unter Einführung einer Verschuldungsbeschränkung, bezwecken, um tüchtigen Wirten die Erhaltung ihres Besitzes zu ermöglichen? b) ob eine solche eventuelle Unterstützung in Barmitteln oder in Garantieen zu erwarten sei?" — Dieser Antrag gelangte sogleich ohne Debatte einstimmig zur Annahme. — Den folgenden Gegenstand bildete die Viehversicherung und Schlachtviehversicherung. Folgender, vom Referenten Ökonomie-Rat Professor Dr. v. Langsdorff-Dresden befürwortete, in Übereinstimmung mit dem Korreferenten, Ökon.-Rat Dr. v Mendel-Steinfels-Halle a. S. verfaßte Antrag wurde angenommen: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt: 1. Die weiteste Ausbreitung der Versicherung des Rindviehs und des Kleinviehs liegt im Interesse der Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes. 2. Zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt sich besonders die Bildung von Ortsversicherungs-Vereinen und deren Zusammenfassung zu Verbänden behufs teilweiser Rückversicherung. 3. Staatliche Unterstützung ist geeignet, diese Entwickelung zu verallgemeinern und zu beschleunigen. 4. Allgemeine Versicherung des Schlachtviehs gegen aus der Fleischbeschau erwachsende Verluste, einschließlich der durch Tuberkulose entstandenen, ist geboten. 5. Zu diesem Zwecke ist eine einheitliche und allgemeine Regelung der Vorschriften,

Digitized by Google

betreffend die Fleischbeschau, innerhalb der einzelnen Staaten im Interesse der Schlachtviehversicherung notwendig. 6. Die Entschädigung muß bei der Schlachtvieh-Versicherung so bemessen werden, daß der Versicherer einen Teil des Schadens selbst trägt. 7. Andererseits entspricht es den Forderungen der Billigkeit und liegt zugleich — durch Ausgleich des von dem Schlachtviehverkäufer mit zu übernehmenden Risikos — im Interesse der Konsumenten, daß ein Teil des aus der Versicherung des Schlachtviehs gegen Verluste, welche durch sanitätspolizeiliche Vorschriften veranlaßt werden, erwachsenden Aufwandes aus öffentlichen Mitteln bestritten werde. Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt: an die Reichsregierung die Bitte zu richten, den Entwurf zu einem Reichsversicherungs-Gesetz bekannt zu geben, um den Versicherten selbst Gelegenheit zur Aussprache über denselben zu geben." — Den folgenden Gegenstand bildete die Errichtung von Viehmarktkassen, Einführung von Schlußscheinen im Viehhandel, Schlachtviehtransport, Fleischlieferungen für die Armee, Errichtung von landwirtschaftlichen Geschäftsstellen an Viehhöfen, Handel und Notierung nach Lebendgewicht. Die Referenten, Landes-Ökonomierat Dr. v. Mendel-Steinfels-Halle a. S. und Prof. May-München, stellten folgenden Antrag: „1. Die Errichtung von amtlichen oder privilegierten Viehmarktkassen erscheint zur Zeit nicht erstrebenswert. Wo ein Bedürfnis vorliegt, kann der Zweck derselben durch auf freier Vereinbarung beruhende Einrichtungen erreicht werden. 2. Die Schaffung von landwirtschaftlichen Geschäftsstellen an den Viehhöfen ist nach den bisherigen Erfahrungen als nützlich und wirksam zu bezeichnen; diese sind geeignet, manche Übelstände des Handels zu beseitigen und den direkten Verkauf anzubahnen. 3. Die Ausfertigung von Schlußscheinen wäre im Interesse der Gewinnung von sicheren Unterlagen für die öffentlichen Preisnotizen wünschenswert, dürfte aber bei großen Schlachtviehmärkten nicht unbedeutenden Schwierigkeiten in der Ausführung begegnen. 4. Der Viehtransport muß unter allen Umständen möglichst so geordnet werden, daß die Tiere an Leben und Gesundheit keine Einbuße erleiden. Auf den Eisenbahnen ist noch mehr als bisher für schnelle Beförderung in geeigneten Wagen, sowie insbesondere für schleuniges Ein- und Ausladen des Schlachtviehes Vorsorge zu treffen. 5. Die Versorgung der Armee mit Fleisch durch die Viehbesitzer oder auch durch Genossenschaften begegnet nach der Lage der gegenwärtigen Verhältnisse großen Schwierigkeiten; dieselben können nur behoben werden, wenn eine andere Art des Fleischbezuges und der Fleischverwendung in der Armee Platz greift. Fleisch- und Fleischkonserven ausländischer Provenienz sollten von der Heeresverwaltung nicht verbraucht werden. 6. Hinsichtlich des Handels und der Notierung nach Lebendgewicht wird auf die einschlägigen Beschlüsse der 25. Plenarversammlung 1897 hingewiesen." Dieser Antrag fand einstimmige Annahme, trotzdem, hinsichtlich des Punktes 1 der Resolution, der Vertreter des preußischen landwirtschaftlichen Ministeriums, Geh. Reg.-Rat Dr. Mueller, erklärte, daß die preußische und andere Regierungen mit der Errichtung von Viehmarktskassen beschäftigt seien. Der Referent Dr. v. Mendel hatte darauf erklärt, daß eine Enquete das vollständige Fiasko dieser Kassen, ganz besonders in Österreich-Ungarn ergeben habe und daß auch die Landwirte in den verschiedensten Orten Deutschlands und Österreichs sich gegen die Viehmarktkassen erklärt hätten. — Über das Schlußthema: „Welche Mittel sind außerhalb gesetzgeberischer Maßnahmen zur Förderung der Zuckerindustrie und des Rübenbaues

in Anwendung zu bringen?" referierte Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Maerker-Halle und Gen.-Sekr. Steinmeyer-Danzig. Folgende Resolutionen fanden einstimmige Annahme: „Der D. Landwirtschaftsrat erwartet von folgenden Mitteln außerhalb der in einer besonderen Resolution empfohlenen gesetzgeberischen Maßnahmen eine wesentliche Förderung der Zuckerindustrie und des Rübenbaues: 1. In Rücksicht auf die in der nächsten Zeit zu erwartende Mehrerzeugung von Zucker im Auslande (namentlich in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, welche bestrebt sind, ihre Zuckerindustrie zu fördern, daß sie bald den dortigen Bedarf decken soll) und den zu erwartenden Rückgang der Zuckerausfuhr erscheint eine Steigerung des Zuckerverzehrs in Deutschland in einem Maße, daß die Zuckerindustrie nicht mehr in solchem Umfange als bisher auf die Ausfuhr angewiesen ist, als dringend notwendig. Zu diesem Zweck ist: a) durch Wort und Schrift den weitesten Kreisen zur Überzeugung zu bringen, daß der Zucker nicht ein Luxusgegenstand, sondern ein sehr wichtiges, gesundes und billiges Nahrungs- und Kraftererzeugungsmittel ist; b) dahin zu wirken, daß der Zucker nicht nur in die sogenannten eisernen, sondern auch in die Tages-Rationen des deutschen Heeres eingeführt werde. Es wird empfohlen, dem Anerbieten des Vereins für die Zuckerindustrie, den Zucker für diesen Zweck zu Versuchen probeweise und kostenfrei der Heeresverwaltung zur Verfügung zu stellen, in möglichst großem Umfange zu entsprechen. Es dürfte in Erwägung zu ziehen sein, ob es zulässig erscheint, falls sich der Zucker für diesen Zweck bewährt, daß derselbe dem Heere unter Nachlaß der Verzehrsteuer geliefert werden könnte. Das an den Zuckergenuß gewöhnte Militär würde, zu seiner bürgerlichen Beschäftigung zurückgekehrt, voraussichtlich den Zuckergenuß beibehalten und so den Zuckerverzehr wesentlich steigern; c) die Herstellung zuckerhaltiger Fruchtkonserven mehr als bisher zu fördern. Hierdurch würde nicht allein der Zuckerindustrie, sondern ebenso sehr der drutschen Obsterzeugung wesentlich genützt werden; d) die bereits früher mit gutem Erfolge ausgeführten Versuche zur Verwertung der billigen Nachprodukte der Zuckerindustrie durch die Verfütterung an geeignete Tierarten von neuem in größerer Ausdehnung aufzunehmen; die Steuerverwaltung zu ersuchen, ein geeignetes Denaturierungsverfahren zu ermitteln, da das jetzige (Mischen mit 50 % Ölkuchenmehl) den Fütterungszwecken nicht überall entspricht; e) die Melasse in noch größerem Umfange als bisher zur Fütterung zu benutzen. Abschaffung der Ausfuhrvergütigung für den Zucker, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß alle Länder ihre offenen sowohl wie versteckten Prämien beseitigen. Der Deutsche Landwirtschaftsrat ersucht die Reichsregierung, nur unter dieser Voraussetzung der Abschaffung der deutschen Prämien zustimmen zu wollen. Sollte es zur Abschaffung der Prämien kommen, so ist darauf Bedacht zu nehmen, daß sich die Umwandlung durch die Gewährung einer längeren Übergangsfrist möglichst ohne Störung des Zuckermarktes vollzieht." „Der D. L. R. beschließt: die Reichsregierung zu bitten, das Interesse der deutschen Zucker-Industrie gegenüber dem Vorgehen der Vereinigten Staaten von Nordamerika energisch zu wahren."

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hielt ihre diesjährige Winterversammlung vom 14.—18. Februar in Berlin ab. Nach dem vom Ökonomierat Wölbling erstatteten Geschäftsbericht betrug die Mitgliederzahl am 31. Januar 11 561, rund 900 mehr als im Vorjahre. Die wissenschaftlichen Arbeiten der Düngerabteilung und die Anbauversuche der Saatgutabteilung sind auch

Digitized by Google

im letzten Jahre fortgesetzt worden. Die Ackerbau-Abteilung hatte 21 Anträge auf Untersuchung der Güter auf Kalk und Mergel zu erledigen. Der Sonderausschuß für Pflanzenschutz, der bestrebt war, seine Thätigkeit immer mehr der Praxis nutzbar zu machen, erweiterte seine Bestrebungen auf dem Gebiete der Pflege der den Pflanzen nützlichen Vögel. Der Sonderausschuß für Schlachtbeobachtungen hat größere Schlachtversuche durchgeführt zur Klärung der Frage des Einflusses der Fütterung auf die Güte des Fleisches. Der Sonderausschuß für Wertermittelung von Grund und Boden hat in verschiedenen Kreisen, u. a. auch in Niederbarnim, Aufnahmen veranlaßt zur Feststellung der Beziehungen der natürlichen Eigenschaften des Bodens zu der Grundsteuer-Bonitierung. Auf Veranlassung des Sonderausschusses für Absatz wurden Sachverständige ins Ausland geschickt, um die Butterabsatzverhältnisse zu studieren. Die Baustelle erteilte 282 Auskünfte, fertigte 124 Skizzen und 34 ausführliche Bauentwürfe an und führte 17 Bauten im Gesamtbauwert von über 300 000 Mk. aus. Die Geschäftsstellen für Handelsvermittlung entwickelten rege Thätigkeit. Die Dünger-Abteilung, die 2 209 301 dz Kainit und 117 948 dz Karnallit vermittelte, hatte einen um etwa 12 % größeren Umsatz als im Vorjahre. Die Ablieferungen der Futterstelle betrugen 174 711 dz im Werte von 1 734 601 Mk. gegen 122 762 dz und 1 205 478 Mk. im Vorjahre. Die Saatstelle steigerte den Wert ihrer Umsätze von 561 122 Mk. in 1895/96 auf 805 037 Mk. in 1896/97. — Das Direktorium beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Einrichtung von Pensionen für die Beamten der Gesellschaft bezw. mit der Frage der Wittwenversorgung. Über den Stand der Arbeiten der Dresdener Ausstellung wurde befriedigender Bericht erstattet. Für 1899 findet die Ausstellung in Frankfurt a. M., für 1900 in Posen statt. Unter den Vorträgen waren hervorragend derjenige des Oberamtmann Säuberlich-Gröbzig über den Ersatz der Handarbeit durch Maschinen und des Prof. Albert-Halle über neues auf dem Gebiete der Milchwirtschaft.

Die V. Generalversammlung des Bundes der Landwirte fand am 14. Februar in Berlin statt. Nach der Eröffnungsrede des Vorsitzenden v. Ploetz, welche auf manche Erfolge der Bundesbestrebungen hinwies, erstattete der an Stelle des verstorbenen I. Direktors Dr. Suchsland getretene Direktor Dr. Hahn den Geschäftsbericht. Nach diesem ist auch im verflossenen Jahre eine weitere Vermehrung der Mitglieder um 3000 eingetreten, sodaß der Bund jetzt rund 187 000 Mitglieder zählt, von denen 91 000 östlich der Elbe und 96 000 westlich der Elbe wohnen. Von den Mitgliedern gehören dem Großgrundbesitz 1500, dem mittleren Besitz 28 500 und dem kleineren Grundbesitz 157 000 an. Im verflossenen Jahre hat der Bund 1615 Versammlungen (gegenüber 700 im Vorjahre), ohne die Organisationsversammlungen, abgehalten. Die Eingänge und Ausgänge der Korrespondenz zeigten 137 144 Nummern. Der Bund besitzt zur Zeit als Organe das Bundesblatt: „Bund der Landwirte", die „Bundes-Korrespondenz", sowie 7 Provinzialorgane, welche zus. in rund 180 000 Exemplare ins Land hinausgehen. In seiner Centrale beschäftigt der Bund 85 Beamte, außerdem in einzelnen Provinzen und Landesteilen 13 Geschäftsführer. Aus der praktischen Thätigkeit der Bundesgeschäftsstelle hob Redner die Erfolge der Versicherungsabteilung hervor, welche für die Versicherungsbedürfnisse der Mitglieder günstige Verträge mit 4 deutschen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen hat. Die Abteilung erteilt außerdem Rat und Auskünfte in allen Versicherungsangelegenheiten. Durch einen juristischen Beirat hat der Bund

Digitized by Google

in 1535 Fällen seinen Mitgliedern Rechtsauskünfte auf Anfragen erteilt. Er hat weiter im Jahre 1896 eine Abteilung für Buchführung errichtet, die fortgesetzt weitere Ausdehnung gewinnt und zur Zeit bereits 674 Aufträge zur Führung der Bücher zum Teil fortlaufend zu erledigen hat. Sie nimmt auch die Interessen ihrer Klienten gegenüber den Steuerbehörden wahr und fertigt Steuererklärungen für diese an. — Die landwirtschaftlich-technische Abteilung hat sich im verflossenen Jahre ganz hervorragend weiter entwickelt. Durch sie wurden im Jahre 1897 1 509 123 Ctr. Düngemittel, dann 32 417 Ctr. Futtermittel und 214 200 Kilogramm Originalsaatgut bezogen. — Die Abteilung für Genossenschaftswesen, die erst vor Jahresfrist errichtet worden ist, hat bereits 22 Spar- und Darlehnskassen, 15 Konsumgenossenschaften und 39 Produktionsgenossenschaften, zusammen 126 Genossenschaften, errichtet. Diese sind in dem genossenschaftlichen Revisionsverbande des Bundes der Landwirte vereinigt und wurden durch die Central-Genossenschaftskasse des Bundes der Landwirte finanziert, welche im Jahre 1897 mit einem Geschäftsumsatz von 1 200 000 Mk. abschloß. „Gleichwohl" — so bemerkt Berichterstatter — „sind wir bei dieser unserer genossenschaftlichen Thätigkeit in keiner Weise in unsern guten Beziehungen zu den schon bestehenden genossenschaftlichen Organisationen geschädigt worden, da wir nur den von außen an uns herantretenden spontanen Wünschen nachgekommen sind." — Hinsichtlich der Mitgliederbeiträge bemerkte Berichterstatter, daß von den gesamten Soll-Eingängen aus Beiträgen und anderen Einnahmequellen von 498 000 Mk. thatsächlich 491 850 Mk. vereinnahmt wurden (Bravo!), sodaß nur 6150 Mk. in Rückstand verblieben. Dabei ist es der Bundesleitung durch äußerste Sparsamkeit gelungen, die Ausgaben um 13 500 Mk. gegen den Voranschlag für 1897 herunterzudrücken, so daß die diesmalige Jahresrechnung mit einem Überschuß von 7750 Mk. abschließt. Redner ging nunmehr auf das Verhalten des Bundes bei den politischen Wahlen über und verlas nachfolgende Resolution, welche am Schluß der Versammlung, die von 4500 Bundesmitgliedern besucht war, einstimmig angenommen wurde: „Resolution. I. Im Gegensatze zu den Kundgebungen, welche zu einer Politik der Sammlung anfrufen, ohne bestimmte und klare Ziele erkennen zu lassen, vertritt der Bund der Landwirte die Politik einer Sammlung, welche zur Stärkung Deutschlands im Innern wie nach außen den Schutz der gesamten vaterländischen schaffenden Arbeit gegen ausländischen Wettbewerb und inländische Ausbeutung erstrebt. Er verlangt die Wiedergewinnung einer erträglichen Konkurrenzlage für die deutsche Landwirtschaft gegenüber dem Auslande und die Wiederherstellung gesicherter Existenzbedingungen für den in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in gleicher Weise in seinem Dasein bedrohten Mittelstand. — II. Die bisherige unsichere und schwankende Haltung unserer Regierungen in wirtschaftlichen Fragen erfordert mehr als je starke Majoritäten im Reichstage wie in den deutschen Landesvertretungen, die auf dem Boden einer nationalen Wirtschaftspolitik stehen. — III. Um bei den nächsten Wahlen solche Mehrheiten zu erzielen, ist der Zusammenschluß aller derer, die auf diesem Boden stehen, dringend erforderlich. Der Bund der Landwirte richtet deshalb an die politischen Parteien, welche seinen Bestrebungen nahestehen, die Aufforderung, die Politik der Sammlung des Bundes der Landwirte wirksam zu unterstützen und die bevorstehenden Wahlen nicht durch übertriebene Betonung parteipolitischer Gegensätze und durch unberechtigten Einbruch in solche Wahlkreise nahestehender Parteien zu gefährden, welche zur Zeit im Sinne des Bundes der Landwirte wirtschaftspolitisch gut vertreten sind."

Digitized by Google

In der Generalversammlung des Vereins zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reiche, welche am 17. Februar in Berlin stattfand, wurde u. a. darauf hingewiesen, daß durch bessere Benutzung des Torfes zur Errichtung elektrischer Kraftquellen ein Teil des Geldes, das für Petroleum und Fette ins Ausland geht, im Lande bleiben könne. Auch komme in dem deutschen Moore phosphorhaltiges Eisenerz vor, das geeignet sei, bei der Verhüttung als Abfall die beliebte Thomasschlacke zu liefern.

Der deutsche milchwirtschaftliche Verein trat am 15. Februar in Berlin unter dem Vorsitze des Gutsbesitzers Plehn-Gruppe zu seiner Generalversammlung zusammen. Nach dem Geschäftsbericht gehören dem Verein zur Zeit als Mitglieder an: 5 Landwirtschaftskammern, 84 land- und milchwirtschaftliche Vereine und Genossenschaften, 1 Milchhändlerverein und 324 Einzelmitglieder an. Es fanden Besprechungen statt über Abhülfe des gegenwärtigen Eismangels, das Gesetz des Margarineverkaufs, Einführung besseren milchwirtschaftlichen Unterrichts in Deutschland, Festlegung eines Maximalwassergehaltes von Milch und Butter, Ergebnisse der ausgeführten Reise zum Studium des Butterabsatzes im Auslande, sowie über die Frage der Unfallversicherung. Die Ermittelungen über letztgenannte Fragen haben ergeben, daß die Gründung einer besonderen Versicherung für das Molkereigewerbe sich nicht empfiehlt.

Die Vereinigung deutscher Schweinezüchter hielt unter dem Vorsitz des Ökonomierats Steiger-Kl. Bautzen am 17. Februar in Berlin ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Generalsekretär Dr. Kirstein berichtete auf Grund der durch Vermittelung des auswärtigen Amts von den kaiserlichen Vertretungen im Auslande erstatteten eingehenden Berichte über den Absatz von Schweinen und Schweineprodukten nach dem Auslande, indem er bei guter und reeller Warenlieferung günstige Aussichten eines deutschen Exportes schilderte. Nach dem Geschäftsbericht hat sich die Mitgliederzahl der Vereinigung in Jahresfrist von 278 auf 408 erhöht. Der Bericht erwähnte als Thätigkeit der Vereinigung die Ausführung von Zuchtschweinen nach Österreich, der Schweiz und den afrikanischen Kolonieen, die Bekämpfung der Seuchen, die Tarifherabsetzungs-Petitionen u. s. w. Prof. Dr. Ostertag-Berlin sprach über die Bekämpfung der Schweinetuberkulose.

Der deutsche nautische Verein eröffnete seinen XIX. Vereinstag am 21. Februar in Berlin unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrats Sartori-Kiel. Auf dessen Antrag und nach ausführlicher Begründung nahm die stark besuchte Versammlung hinsichtlich des Beratungsgegenstandes: „Ausbau der deutschen Flotte“ folgende Resolution einstimmig an: „Der zur Förderung der Interessen des deutschen Seewesens 1869 gebildete und jetzt hier tagende deutsche Nautische Verein erklärt: daß die Schiffszahl, die Leistungsfähigkeit und der Wert der deutschen Handelsflotte von großer Bedeutung ist, daß die bereits vorhandenen Wechselbeziehungen des Weltverkehrs nebst denen der deutschen Kolonieen mit Deutschland immer zahlreicher werden; daß für die ununterbrochen wachsende Bevölkerung Deutschlands bezüglich ihres Erwerbs und ihrer Ernährung die Ausdehnung unserer Handelsschiffahrt zur Verbesserung unserer Weltmarktstellung und unseres Exporthandels als geboten bezeichnet werden muß, daß für das Ansehen, die Sicherheit und den Schutz der deutschen Rhederei eine starke, leistungsfähige

Digitized by Google

und aktionsbereite Kriegsflotte als ein nationales Bedürfnis zu erachten ist. Der deutsche Nautische Verein bittet demnach: der hohe Reichstag wolle dem von den verbündeten Regierungen vorgelegten Flottengesetzentwurf seine Zustimmung erteilen." Die hierauf erfolgende Durchberatung der Seemannsordnung wurde sehr gründlich bewirkt, da nicht weniger als 81 Anträge zu diesem Thema vorlagen. — Über den Stand und die Verwaltung der Seeberufsgenossenschaft enthält der Vereinsbericht u. a. folgende wichtige Angaben: Die Zahl der katastrierten Betriebe betrug 1897 1492 gegen 1541 im Vorjahre, der hölzernen Segler 1287, der eisernen Segler 346, der Hochseefischer 81 auf Seglern, 120 auf Dampfern, der Dampfer 997. Es waren Unfälle 1897 2176 gemeldet, gegen 2287 im Vorjahre. Die freiwillige Versicherung betrug bei der Zahl von 602 812 991 Mk., an Renten wurden gezahlt 405 000 Mk. gegen 356 603 Mk. im Vorjahre und zwar an 2988 Personen. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind im Jahre 1897 338 Dampfschiffe mit 411 202 Reg.-Tons und 143 Segelschiffe mit 111 713 Reg.-Tons gemeldet und zwar 14 Totalverluste von Dampfschiffen und 38 von Segelschiffen. Ferner erwähnt der Bericht, daß die Zahl der Schiffe, welche beschädigt wurden, erheblich größer gewesen ist, als in den Vorjahren; dagegen zeige sich in den Totalverlusten eine nicht unwesentliche Abnahme. Die Errichtung von Seetelegraphenanstalten hat auch in diesem Jahre weitere Fortschritte gemacht. Neben den Stationen Helgoland und Borkum bestehen jetzt die Ostseestationen Arkona, Marienleuchte und Bülk. Der Verkehr durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal hat sich unter der Herrschaft des am 1. September 1896 in Kraft getretenen Tarifs begünstigt, durch die große Gewöhnung an die Kanalroute und zum Teil durch höhere Frachten in stetiger Weise weiter entwickelt. Im Jahre 1897 passierten den Kanal rund 22 000 Schiffe mit rund 2 346 000 Reg.-Tons. An Gebühren wurden 928 399 Mk. vereinnahmt.

Der Deutsche Centralverein für Fluß- und Kanalschiffahrt eröffnete seine diesjährige Generalversammlung am 11. Februar in Berlin unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrat Wittich, welcher einen Überblick über die Lage im Fluß- und Kanalschiffahrtsgewerbe gab. Darnach hat der Hannoversche Provinziallandtag die Mittel für den geplanten Mittellandkanal bewilligt, nachdem die Stadt Hannover sich bereit erklärt hatte, $^5/_8$ der Garantiesumme zu übernehmen. Eine neue Sektion des Vereins hat sich kürzlich in München gebildet. Die preußischen Minister der Landwirtschaft und der öffentlichen Arbeiten haben sich in einer Sitzung des Landesökonomie-Kollegiums, der auch der Kaiser beiwohnte, für den weiteren Ausbau der Wasserstraßen ausgesprochen. Der Jahresbericht, den Major a. D. Hilken erstattete, erwähnte als hervorragendste Ereignisse des letzten Geschäftsjahres den Deutsch-österreichischen Binnenschiffahrtstag in Wien und die Eröffnung des Breslauer Großschiffahrtsweges. Auf baldige Ausführung haben vor allem Aussicht der masurische Wasserweg und der Berlin-Stettiner Großschiffahrtsweg. Die Ausführung des Dortmund-Emskanals und des Elbe-Travekanals steht bevor. Nach dem vom Stadtverordneten Heilmann erstatteten Kassenbericht betrugen die Einnahmen des Vereins während des letzten Geschäftsjahres 18 564 Mk., die Ausgaben 18 316 Mk.

Der Verein „Zonentarif" hielt am 24. Februar in Berlin die neunte Jahresversammlung ab. Dem Bericht zufolge zählt der Verein z. Z. 38 korporative

Digitized by Google

und über 1400 persönliche Mitglieder. Man hat zu wirken gesucht durch Propaganda in der Presse, durch öffentliche Vorträge in Berlin und auswärts und durch die Vereinszeitschrift, sowie endlich durch Einwirkung auf die Eisenbahnverwaltung und die gesetzgebenden Faktoren. Bei den nächsten Wahlen werden zwei der Vorstandsmitglieder kandidieren, und zwar Dr. Eduard Engel für das Abgeordnetenhaus und Dr. Heinrich Fränkel für Abgeordnetenhaus und Reichstag. Die Einnahmen betrugen 1529, die Ausgaben dagegen 2039 Mk., so daß sich der Bestand von 960 auf 450 Mk. verringert hat. Die Anträge betreffen Vereinfachung des Tarifs durch Beseitigung aller Sonderkarten, Einführung eines Tarifs von 6, 4, $2^1/_2$ und $1^1/_2$ Pf. für das Kilometer in den jetzt bestehenden vier Wagenklassen, Fortfall der Schnellzugszuschläge und der Platzgebühr für die D-Züge. Aufhebung der Freigepäck-Vergünstigung und Reform der Tarifsätze für Reisegepäck durch Einführung zweier Gepäckzonen.

Der Deutsche Fischereiverein hielt am 15. Februar in Berlin unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten Heinrich Prinz zu Schönaich-Carolath seine Hauptversammlung ab. Die Rechnung des abgeschlossenen Geschäftsjahres balancierte mit 71 716 Mk. bei 61 988 Mk. Einnahmen und 9728 Mk. Bestand, es verblieben 10 637 Mk. Der Verein hat im verflossenen Geschäftsjahr mehrere belehrende Schriften veröffentlicht, die im Vereinsauftrage von Prof. Nitsche-Tharandt mit Abbildungen versehene Schrift über die Süßwasserfische Deutschlands ist nahezu vollendet. Dem Entwurfe eines neuen Fischereigesetzes, den Fischzuchtkursen und der Verwaltung und Neuerrichtung von biologischen Beobachtungsstationen wurde eine rege Thätigkeit gewidmet. Ausgesetzt wurden im abgeschlossenen Jahre 6 465 372 Stück Fischbrut und Fische edlerer Rassen, sowie 138 Schock Satzkrebse. Im laufenden Jahre ist die Aussetzung von Brut und Edelfischen fortgesetzt worden, doch war die Lachseiererute eine so geringe, daß die Aussetzung wesentlich hinter der bisherigen zurückbleiben mußte. Die Erbrütungsresultate liegen für das Jahr noch nicht vollständig vor. Die Bemühungen, edle Karpfenrassen in Gegenden zu verbreiten, wo sie bisher nicht vorkommen, begegneten ziemlichen Schwierigkeiten auch prinzipieller Natur. Von den beiden Preisaufgaben hat die über die Lebensbedingungen des Leptomydos lacteus zwei gute Bearbeitungen gefunden; die des Lehrers Schikora-Hagenau wurde mit 500, die des Dr. Maurigio-Zürich mit 400 Mk. ausgezeichnet. Die Preisaufgabe, betr. die chemische Ermittelung der absoluten und relativen Menge der Wassergase, die vor zwei Jahren drei ungenügende Bearbeitungen gefunden hatte, ist von neuem und zwar günstiger bearbeitet worden. Das Preisgericht ist mit der Prüfung beschäftigt. — Im laufenden Geschäftsjahr sollen diese Arbeiten fortgesetzt, den Fischtransportverhältnissen soll besondere Aufmerksamkeit und Förderung gewidmet werden. — Dr. Hofer-München sprach über den gegenwärtigen Stand unserer Kenntnisse von der Fortpflanzungsgeschichte des Aales.

Der Verein deutscher Eisenhüttenleute hielt unter dem Vorsitz des Geheimrat Lueg-Oberhausen am 27. Februar cr. seine Hauptversammlung in Düsseldorf, und zwar in seinem neuen, ihm vom Ehrenmitglied Krupp geschenkten schönen Heim ab. Der Jahresbericht erwähnte u. a., daß die Vereinszeitschrift „Stahl und Eisen“ in einer Auflage von 3500 Exemplaren erscheine und daß die vom Verein herausgegebene „Gemeinfaßliche Darstellung des Eisenhüttenwesens“ nun-

mehr auch in einer chinesischen Übersetzung erschienen sei. Vorträge hielten Hütten-Ingenieur Fritz W. Lürmann-Osnabrück „Über die Verwendung von Hochofengas zur unmittelbaren Krafterzeugung", Ingenieur Schröter-Düsseldorf „Über den amerikanischen Wettbewerb in der Eisenindustrie und die Frachtenfrage", Professor Borchers-Aachen „Über Elektro-Metallurgisches für die Eisenindustrie".

Der Verein deutscher Holzhändler und Holzindustrieller hielt am 5. Februar unter dem Vorsitz des Konsul Schöffinger-Berlin in Berlin seine Generalversammlung ab. Dem Berichte des Generalsekretärs Dr. Hampke-Posen war u. a. zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 145 auf 325 gestiegen ist. Holzhändler Sochaczewer-Berlin sprach über die Beteiligung des Vereins an der Vorbereitung künftiger Handelsverträge, Direktor Bendix-Königsberg sprach über die Verbesserung der Feuerversicherungsverhältnisse.

Der Verein deutscher Stärkeinteressenten hielt in Berlin am 15. Febr. seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus den Verhandlungen war zu entnehmen, daß durch eine Behandlung mit Chlor bei 45° C. die Stärke sowohl als auch der Syrup geruchlos gemacht werden kann, daß dem deutschen Dextrin Nebenbuhler in Gestalt des Lignols, das aus Cellulose gewonnen wird, und eines geruchlosen Dextrins aus der Zuccawurzel entstehen. Professor Dr. v. Eckenbrecher berichtete als Vorsteher der deutschen Kartoffelkulturstation über die Ergebnisse der letztjährigen Kartoffelbauversuche.

Ein Verband deutscher Baumwollgarn-Konsumenten, zu welchem eine von 106 großen Textilfirmen unterzeichnete Einladung ergangen war, hat sich am 17. Februar in Berlin gebildet.

Ausstellungswesen. Die konstituierende Versammlung der deutschen Aussteller der Gruppe der chemischen Industrie für die Pariser Weltausstellung 1900 fand am 27. Januar in Berlin statt.

Eine Bäckereiausstellung findet am 12.—16. Juni in Erfurt statt.

Eine Internationale Ausstellung für Bienenzucht wird im Laufe dieses Jahres in St. Petersburg stattfinden.

Die vorjährige Stockholmer Ausstellung hat einen Fehlbetrag von 100 000 Kronen ergeben. Zur Deckung ist aber noch eine Reihe ausstehender Forderungen an Aussteller für Mieten im Betrage von etwa 80 000 Kr. vorhanden. Der Rest von 20 000 Kr. wird aus dem in Höhe von 500 000 Kr. gezeichneten Haftgeld gedeckt werden können.

An der Weltausstellung zu Paris 1900 wird sich auch das Reichs-Versicherungsamt und zwar in Gemeinschaft mit den Selbstverwaltungskörpern der Arbeiterversicherung in einer besonderen Gruppe beteiligen.

Der 35. Internationale Maschinenmarkt findet vom 8.—11. Juni zu Breslau statt.

Die vorjährige Brüsseler Ausstellung hat ein günstiges Ergebnis geliefert, indem das Komitee den Aktionären das volle Kapital zurückgezahlt hat und von dem Staatszuschuß von 600 000 Frcs. nur 265 000 Frcs. gebraucht hat.

Eine Internationale landwirtschaftliche Ausstellung findet vom 8.—18. September d. J. in Buenos-Aires statt.

Digitized by Google

Socials.

Gemeinnützige Vereinigungen und Versammlungen. Eine Sachverständigen-Konferenz zur Beratung der Fragen für eine Regelung und Ausgestaltung des kaufmännischen Unterrichtswesens in Preußen fand am 31. Januar und 1. Februar in Berlin unter dem Vorsitz des Handelsministers statt. Der Handelsminister eröffnete die Beratungen durch eine längere Ausführung, in welcher er besonders hervorhob, daß der großartigen Entwickelung unserer Handelsverhältnisse und unserer Handelsbeziehungen, wie sie in den letzten Jahren nach den entferntesten Ländern eingetreten sei, und dem gesteigerten Bedürfnis nach einer erweiterten Vertretung des Handelsstandes im öffentlichen Leben die derzeitige Lage des kaufmännischen Unterrichtswesens nicht mehr entspreche, und daß es sich deshalb dringend empfehle, zu erwägen, nach welchen Richtungen hin Wandel geschaffen werden müsse. Die Unterlage der nun folgenden Verhandlungen bildete eine eingehende Tagesordnung, welche zwischen Fortbildungsschulen, Handelsschulen, höhern Handelsschulen und Handelshochschulen unterschied; die Verhandlung richtete sich zunächst auf die Einrichtung der kaufmännischen Fortbildungsschulen und führte zu folgenden Ergebnissen: Kaufmännische Fortbildungsschulen müssen in allen Städten errichtet werden, welche das für drei aufsteigende Klassen mit je 25 Schülern nötige Material besitzen. Träger dieser Schulen können Gemeinden, Handelskammern und freie kaufmännische Vereinigungen sein. Die Schulvorstände müssen aus diesen verschiedenen Elementen gebildet und mit weitgehenden Befugnissen zur Verwaltung der Schule ausgestattet sein. Die Stundenpläne dürfen nur so viel Lehrfächer enthalten, daß jedes derselben gründlich gelehrt werden kann. Obligatorischer Unterricht ist anzustreben, aber erst durchzuführen, wenn die dazu nötigen Räume, Lehrkräfte und Geldmittel gesichert sind. Jedenfalls hat sich der obligatorische Unterricht auf die nötigsten Lehrfächer, also Deutsch, Rechnen, kaufmännische Buchführung und Handelsgeographie zu beschränken; alle weiteren Unterrichtsgegenstände müssen freiwillig sein. Die Unterrichtszeit ist möglichst in die Tagesstunden zu legen. Die Beaufsichtigung der Schulen hat durch den Schulvorstand, die Handelskammern und anzustellende Gewerbeschulinspektoren zu erfolgen. Soweit das Lehrpersonal nicht im Hauptamt angestellt werden kann, ist dasselbe durch Ferienkurse und Seminare fortzubilden. Die Aufbringung der Schulunterhaltungskosten hat in gleicher Weise wie bei den gewerblichen Fortbildungsschulen zu erfolgen. — Was den Hauptpunkt der Besprechungen, die Errichtung besonderer Handelshochschulen betrifft, so schien die Stimmung nicht unbedingt für die Erschaffung solcher Institute als für sich bestehender Anstalten zu sein. Vielmehr neigte die Meinung der Konferenz dahin, im Anschluß an die bestehenden Hochschulen, Universitäten und technischen Hochschulen Einrichtungen ins Leben zu rufen, die dem genannten Zwecke dienen könnten.

Der Deutsche Tierschutzverein hielt am 7. Februar in Berlin seine Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende, Generalmajor z. D. Köring, Leiter des Vereins, bezifferte die Zahl der Mitglieder auf 5225; 1253 Strafanzeigen wegen Tierquälereien gingen im verflossenen Jahre ein; davon wurden 741 den Behörden zur Verfolgung überwiesen, 125 durch Verwarnung erledigt. Die Unterhaltung des Vereinsdepots erforderte bei 34 578 Mk. Ausgaben einen Zuschuß von 4871 Mk.;

Digitized by Google

das Asyl bedurfte bei 14 225 Mk. Ausgaben eines Zuschusses von 5669 Mk. Durch Einschreiten des Vereins ist nunmehr der Sport des Taubenschießens in Deutschland gänzlich beseitigt.

Der Allgemeine Verein zur Verbesserung der Frauenkleidung hielt am 17. März in Berlin unter dem Vorsitz der Frau Oberstlieutenant Pochhammer seine 2. Generalversammlung ab. Der Verein hat zur Zeit bereits über 500 Mitglieder. Die im Vorjahre in Berlin abgehaltene Ausstellung, welche von 8500 zahlenden Personen besucht war, hat einen Überschuß von 1900 Mk. gebracht. Auch die jüngst in Dresden veranstaltete Ausstellung des Vereins hat die Sache der Frauenkleidungsreform wesentlich gefördert. Am 8. Februar wurde der erste Schneider-Kursus des Vereins eröffnet. Die diesjährige Berliner Ausstellung findet erst im Herbst statt und wird sich auch auf die Frauenhygiene ausdehnen.

Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit hat in seiner am 5. Februar abgehaltenen Ausschußsitzung beschlossen, seine diesjährige 18. Jahresversammlung in Nürnberg am 29./30. September abzuhalten und dabei über folgende Gegenstände zu beraten: 1. Bericht über die neuere Entwickelung des Armenwesens im Auslande. B.-E. Dr. Münsterberg-Berlin. 2. Die wechselseitige Unterstützung von Reichsangehörigen in den einzelnen Bundesstaaten (mit einem Bericht über die Reform der Armenpflege in Elsaß-Lothringen). B.-E. Dr. Ruhland-Colmar. 3. Zwangsmaßregeln gegen nährpflichtige Angehörige. B.-E. Jnckſteiner-Potsdam. 4. Hülfe in außerordentlichen Notſtänden. B.-E. noch nicht bestimmt. 5. Existenzminimum in der Armenpflege. Anrechnung der Leistungen der Privatwohlthätigkeit und Invaliden-Renten. B.-E. Dr. Schmidt-Mainz und Cuno-Königsberg. 6. Zufluchtsstätten für weibliche Personen. B.-E. Aders-Elberfeld. Der Bericht über die für das Armenwesen wichtigen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches wird von der Kommission frühestens 1899 erstattet werden können, derjenige über eine Auskunftsstelle für Armenpflege und Wohlthätigkeit und die Anbahnung einer Fühlung mit gleichartigen Vereinen wird in der nächsten Ausschußsitzung zum Vortrag kommen. — Eine neue Kommission für die Anregungen der Herren Dr. Fleſch-Frankfurt a. M. und Zimmermann-Köln bezüglich Statistik, bestehend aus den Herren Dr. Böhmert, Evert, Dr. Berthold, Dr. Münsterberg, Zimmermann-Köln und Dr. Zimmermann-Braunschweig ist eingesetzt worden.

Die diesjährige Jahresversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege wird vom 14.—17. September in Köln stattfinden. Zunächst sind folgende Verhandlungsgegenstände in Aussicht genommen: 1. Deutsches Seuchengesetz; 2. Über die Notwendigkeit einer regelmäßigen Beaufsichtigung der Benutzung der Wohnungen und deren behördliche Organisation; 3. Die bei der Reinigung städtischer Abwässer zur Anwendung kommenden Methoden; 4. Die öffentliche Gesundheitspflege im Eisenbahnbetrieb.

Der Evangelisch-sociale Kongreß wird in der Pfingstwoche vom 31. Mai bis 2. Juni in Berlin tagen.

Der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke wird am 26. und 27. Juli in Heidelberg tagen. Hauptthema: „Die Trinksitten der Gebildeten und Besitzenden".

Digitized by Google

Der Centralausschuß für innere Mission wird seine 50jährige Jubiläumsfeier am 21. September in Wartenburg a. d. E. abhalten; daran schließt sich die Konferenz der theologischen Berufsarbeiter für innere Mission.

Der 3. deutsche Fortbildungsschultag soll am 8. und 9. Oktober in Erfurt stattfinden mit der Tagesordnung: 1. Das ländliche Fortbildungsschulwesen, Abg. Geh. Rat Knebel. 2. Das badische Fortbildungsschulwesen, Oberschulrat Dr. Weigoldt-Karlsruhe. 3. Die Mängel des Fortbildungsschulwesens und ihre Abhülfe, Schulrat Polack-Worbis. 4. Die Mittel zur Förderung des Handwerks, Rentier Sombart-Magdeburg.

Der Centralausschuß zur Förderung der Jugend- und Volksspiele hat seine diesjährige Hauptversammlung am 2. und 3. Juli nach Bonn einberufen.

Preisausschreiben. Eine Prämie von 1000 £ (ca. 20 000 Mk.) hat die Regierung von Viktoria für das beste System der Ventilation von Bergwerken ausgeschrieben. Bedingung ist, wie das Berliner Patent-Bureau Gerson & Sachse schreibt, daß entweder ein neues Prinzip zur Anwendung gelangt oder wenigstens eine neue Anwendungsart eines bekannten Prinzips der Ventilation dargeboten wird. Dabei darf das System im Staate Viktoria nicht patentiert sein oder, falls dort bereits ein Patent besteht, muß auf dasselbe verzichtet werden. Bedingung ist ferner, daß die Luft in gleicher Reinheit, wie sie sich über der Erde befindet, den Räumen, in welchen sich Menschen und Tiere aufhalten, zugeführt wird. Anlage- und Betriebskosten dürfen auch nicht ein ökonomisch vorteilhaftes Arbeiten hindern.

Die Königl. Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt schrieb folgende Aufgabe aus: „Wie läßt sich die Erziehung der weiblichen Jugend in den höheren Berufsklassen unseres Volkes vom 15. bis zum 20. Lebensjahre am zweckmäßigsten gestalten?“ Unter den 28 eingereichten Abhandlungen erkannte die Preiskommission der Akademie zwei Arbeiten und zwar diejenige des Fräulein Luise Hagen, Schriftstellerin in Berlin und Frl. Anna Beyer, Lehrerin zu Forst i. L. für preiswürdig und bewilligte jeder der Damen den ausgesetzten Preis von 300 Mk.

Der Verein von Verlegern christlicher Litteratur (Adr. H. G. Wallmann-Leipzig) stellt zur Preisbewerbung die Frage: „Welche Bücher für das evangelische Haus sind am beliebtesten und werden am meisten verlangt?“ Es sind 100 Titel (nicht unter 1 Mk. Ladenpreis) genau nach dem Hinrichsschen Katalog, auf Zettel deutlich geschrieben, zu liefern. Den Preisrichtern sind 200 Mk. zur Verfügung gestellt.

Arbeiterfrage.

Vereinigungen und Versammlungen in der Arbeiterfrage. Ein Verband deutscher Arbeitsnachweise ist am 4. Februar in Berlin von einer größeren Anzahl deutscher Arbeitsnachweis-Anstalten begründet worden. Zweck des Verbandes ist die Förderung der gemeinsamen Interessen der Arbeitsnachweise, insbesondere: a) die Förderung des Austausches der Erfahrungen der einzelnen

Digitized by Google

Arbeitsnachweise vornehmlich in verwaltungstechnischen Fragen; b) die Aufstellung einer laufenden Statistik über die Betriebsergebnisse der Arbeitsnachweise nach einheitlichen Grundsätzen; c) die Einwirkung auf Errichtung von Arbeitsnachweisen und kleineren Vereinigungen von Arbeitsnachweisen innerhalb des Verbandes zwecks Ausgleichs von Arbeits-Angebot und Nachfrage; d) die Vermittelung des Verkehrs mit anderen Verbänden; e) die Vertretung der gemeinsamen Interessen nach außen: f) die Veranstaltung von Konferenzen, auf denen die den Arbeitsnachweis betreffenden Fragen, sowie Fragen auf verwandten Gebieten zur Erörterung kommen sollten. — Mitglied des Verbandes kann jeder Arbeitsnachweis werden, welcher nicht gewerbsmäßig betrieben wird, desgleichen jede Vereinigung von solchen Arbeitsnachweisen. — Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der Verbandsausschuß und der Verbandsvorstand. Der Vorstand, dessen Sitz in Berlin ist, führt die gesamten Verbandsgeschäfte und vertritt den Verband nach außen. Als Verbandsorgan ist bis auf weiteres die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt" gewählt worden.

Der Verband der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Dunker) zählte nach seinem Jahresbericht pro 1897 rund 80 000 Mitglieder, d. i. fast 8000 mehr als zu Beginn des Jahres. Der größte Gewerkverein ist derjenige der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter mit 30 000 Mitgliedern, Sitz Berlin, alsdann folgt derjenige der deutschen Fabrik- und Handarbeiter mit 15 000 Mitgliedern. Die Verbandskasse, die mit den Kassen der einzelnen Gewerkvereine nicht in Verbindung steht, hatte eine Einnahme von 26 221 Mk., wovon 4312 Mk für Agitation verausgabt und 4070 Mk. zinstragend angelegt wurden. Die Organkasse („Gewerkverein") vereinnahmte 29 587 Mk. Das Gesamtvermögen des Verbandes beträgt 71 765 Mk., wovon 58 143 Mk. auf die Verbandskasse und 9009 Mk. auf die Organisationskasse, der Rest auf die Bibliothek, Utensilien u. s. w. entfallen. Der diesjährige Verbandstag findet in der Pfingstwoche in Magdeburg statt.

Der Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande hielt am 17 Februar in Berlin unter Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Thiel seine zweite Hauptversammlung ab. Nach dem vom Geschäftsführer Sohnrey erstatteten Geschäftsbericht ist die Mitgliederzahl von 260 auf 500 gestiegen. Bei den Berichten über die einzelnen Arbeitsgebiete des Ausschusses schilderte Gutsbesitzer Reckleben-Westerholz seine praktischen Erfahrungen über Arbeiterrentengüter. Er hat für seine Arbeiter Rentenbesitzungen errichtet, die aus einem Haus mit Stube, zwei Kammern, Küche, Keller, Boden, Stall für eine Kuh und ein paar Schweine sowie einem Hektar Land bestehen und 2700 Mk. Wert haben. Große Schwierigkeit hatten bei allem Entgegenkommen der Behörden die Verhandlungen mit diesen, sie haben sich drei Jahre hingezogen. Die Erfahrungen sind in all den Fällen günstige gewesen, wo die Leute schon vorher gezeigt hatten, daß sie befähigt sind zu sparen, wenn diese Ersparnisse auch ganz geringe, 50 Mk. u. dgl., waren. Interessant waren die Mitteilungen des Landrats Duderstadt über Förderung des Obstbaues durch die Verwaltung des ausschließlich von armen Kleinbauern bewohnten Kreises Westerburg. Durch Organisierung eines gemeinsamen Obstverkaufes sind große Erfolge erzielt worden, indem es möglich gewesen ist, daß auch das kleinste Quantum aus dem entlegensten Orte unter Beseitigung des häufig nicht reellen Zwischenhandels abgesetzt werden konnte. Abgeordneter Bandelow-Guhrau

Digitized by Google

suchte die Großgrundbesitzer gegen den Vorwurf des mangelnden Interesses zu verteidigen. Viele hätten bereits selbst Einrichtungen, wie sie der Ausschuß anempfehle, getroffen, aber im allgemeinen wenig Erfolg gehabt. Über Haushaltungsunterricht auf dem Lande berichtete Landrat Schepp-Siegen. In seinem Kreise ist mit Hülfe des Roten Kreuzes ein solcher Unterricht eingeführt, der sich sehr bewährt hat. Pastor Jacobsen-Scherrebek legte Proben der dortigen Kunstgewebschule vor, die zeigten, bis zu welcher Höhe ländlicher Kunstfleiß sich entwickelt hat, Die jungen Mädchen der Schule verdienen pro Tag 1,60—2,50 Mk. Die Schule hat sich zugleich als eine Pflegstätte des Deutschtums im nördlichen Schleswig erwiesen. Endlich erörterte Herr Sohnrey die Frage, wie der Landentfremdung der Mannschaften während der Militärdienstzeit vorzubeugen sei, und empfahl landwirtschaftlichen Unterricht für die vom Lande stammenden Mannschaften, landwirtschaftliche Vorträge an Unterhaltungsabenden und Berücksichtigung der Landwirtschaft auch in den Soldatenbibliotheken.

Die diesjährige Konferenz der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen soll im Mai in Berlin stattfinden und die Themata: „Die Wohlfahrtspflege im Kreise" und „Die individuelle Hygiene des Fabrikarbeiters" behandeln. Die Informationsreise der Centralstelle wird sich in der ersten Hälfte des September nach Bayern und Österreich, vornehmlich München, Nürnberg und Wien richten.

Vertreter des deutschen Baugewerbes aus allen Teilen des Deutschen Reichs tagten am 7. Februar in Berlin unter dem Vorsitz des Baumeisters, Abg. Felisch. Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Stellung zu dem Entwurf eines Reichsgesetzes über die Sicherung der Bauforderungen. Der Entwurf wurde mit wenigen Abänderungen gutgeheißen. Hierauf wurde über Abgrenzung und Wahlverfahren bei den neu zu begründenden Handwerkerkammern beraten. Schließlich handelte es sich um Stellungnahme zu den in diesem Jahre zu gewärtigenden Ausständen der Bauarbeiter. Es wurde als notwendig erachtet, daß den jetzt so häufig vorkommenden Sperren einzelner Baugeschäfte gegenüber nur mit allgemeinem Ausschluß von der Arbeit begegnet werden könnte.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Socialdemokratie findet vom 3.—8. Oktober in Stuttgart statt.

Die Generalversammlung der Werftarbeiter Hamburgs, Lübecks, Bremens, Flensburgs u. s. w., die am 9. Februar in Hamburg stattfand, beschloß einstimmig die Gründung eines Centralverbands der Werftarbeiter Deutschlands.

Totenschau.

Adler, Georg, Kommerzienrat und Fabrikbesitzer in Buchholz (Erzgebirge), ein um die sächsische Industrie, speziell der Kartonnagen-Fabrikation, hochverdienter Mann, für die Wohlfahrt seiner Arbeiter besonders bemüht, seit 1875 Mitglied des „Centralvereins", † am 19. März daselbst im 77. Lebensjahre.

Bessemer, Sir Henry, Erfinder der Flußstahlerzeugung im Jahre 1856, welche die gesamte Stahlindustrie umgestaltete, sowie vieler anderer hervorragender technischer Neuerungen, namentlich in der Montanindustrie, seit 1871 Präsident des

Digitized by Google

Iron and Steel Institute, seit 1879 Mitglied der Royal Society und von der Königin von England geadelt, † am 16. März in London im Alter von 85 Jahren.

Busch, S. Joh. Konr., Sanitätsrat in Kassel, zweiter Vorsitzender des deutschen Ärzteverbandes und als solcher u. a. auch Redakteur des socialen Teiles des „Ärztlichen Vereinsblattes", † daselbst am 18. Februar, 50 Jahre alt.

Ernst, Georg, städtischer Oberlehrer in Wien, dem das Wiener Kindergartenwesen sein Entstehen verdankt, lange Jahre hindurch Präsident des niederösterreichischen Landeslehrervereins, † daselbst am 9. Jannar, 62 Jahre alt.

Hahn, Albert, Geh. Kommerzienrat, Großindustrieller in Berlin, sowohl der Montan- als Textilbranche, früher Vorsitzender der Norddeutschen Textilberufsgenossenschaft, seit 1877 Mitglied des Centralvereins, † am 12. Februar daselbst im 74. Lebensjahre.

Hertzog, Rudolf L., Inhaber des weltberühmten Kaufhauses Rudolf Hertzog in Berlin, seinen Angestellten ein sehr humaner und fürsorgender Chef, † daselbst am 10. Januar im Alter von 46 Jahren.

Heydenreich, H. D. Rudolf, Kommerzienrat, Fabrik- und Rittergutsbesitzer, früher Inhaber der 1892 in eine Aktiengesellschaft umgewandelten „Sächsischen Nähfadenfabrik" in Witzschdorf bei Zschopau, lebhaft beteiligt an vielen Wohlthätigkeitsanstalten, † am 6. Februar in Dresden im 78. Lebensjahre.

Hoppe, Karl, der Begründer der großen Hoppeschen Maschinenbauanstalt in Berlin, deren Lokomobilen, hydraulische Maschinen u. s. w. einen großen Ruf haben, ältestes Mitglied und Ehrenmitglied des „Vereins zur Beförderung des Gewerbfleißes", Mitglied des Centralvereins seit 1873, † daselbst am 1. Februar, 86 Jahre alt.

Hösch, Albert, Konsul, Begründer des Stahlwerks Hösch in Dortmund, hervorragender Industrieller seines Faches, als „allzeit gerechter und wohlgesinnter Vorgesetzter und fürsorglicher Berater" von seinen zahlreichen Beamten und Arbeitern betrauert, † am 2. März daselbst nach dem vollendeten 51. Lebensjahre.

Keller, Eduard, 30 Jahre lang Teilhaber und später Direktor des größten industriellen Etablissements Sachsens, der Maschinenfabrik von Richard Hartmann in Chemnitz, Begründer bedeutender Arbeiterstiftungen („Heim" in Chemnitz u. s. w.), † in Dresden am 22. Januar.

Köchlin, Horace, wohl der bedeutendste Kattunkolorist unserer Zeit, lange Jahre Leiter der Druckerei von Köchlin-Baumgarten & Cie. in Lörrach, † am 16. Januar in Rouen. Köchlins Arbeiten sind sämtlich in den Sitzungsberichten der „Société Industrielle" in Mühlhausen veröffentlicht worden.

Kuntze, Albert, Bankier in Dresden, Mitbegründer und Förderer zahlreicher Wohlthätigkeitsanstalten, † am 25. Januar daselbst.

Lehmann, Emil, Rechtsanwalt in Dresden, Mitbegründer und eifriger Förderer von Wohlthätigkeitsvereinen, † daselbst am 20. Februar.

Müller, Georg, der „Vater der Waisen", einer der größten Philanthropen aller Zeiten, 1805 zu Kroppenstedt bei Halberstadt geboren, 1829 in London, von 1835 ab in Bristol Prediger und Begründer des „Instituts zur Verbreitung der Kenntnis der heiligen Schriften", welches unter seiner Leitung über 100 Millionen

Digitized by Google

Bibeln und Traktate verbreitet, Begründer von Waisenhäusern und Erziehungsanstalten, in welchem insgesammt 121 683 Zöglinge erzogen worden sind, während 14 Jahre Reiseprediger, als welcher er viele Millionen für Missionszwecke sammelte, † am 10. März zu Bristol im 93. Lebensjahre.

Pirazzi, Emil, Fabrikant in Offenbach, in weiteren Kreisen durch seine litterarische und politische Thätigkeit bekannt geworden, Mitbegründer des Nationalvereins, u. a. Verfasser der „Bilder und Geschichten aus Offenbachs Vergangenheit", am 7. August 1832 zu Offenbach geboren, † daselbst am 8. Januar.

Salviati, Giulio, Chef der berühmten venezianischen Glas- und Mosaikfabriken, der der alten venezianer Glasfabrikation für Kunsterzeugnisse neuen Ruhm erworben hatte, † in London am 4. März, 53 Jahre alt.

Schwabach, Jul. Leopold, Geh. Kommerzienrat und britischer Generalkonsul, Seniorchef des Bankhauses S. Bleichröder in Berlin und als solcher nicht nur an dem großen Aufschwung dieses Welthauses, sondern auch an der Bethätigung des Wohlthätigkeitssinnes desselben wesentlich beteiligt, Vorsitzender des Aufsichtsrates einer Reihe großindustrieller Unternehmungen, seit 1886 Mitglied des „Centralvereins", am 12. Mai 1831 zu Breslau geboren, † in Berlin am 23. Februar.

Sombart, Anton Ludwig, langjähriges früheres Mitglied des deutschen Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses, der in der nationalliberalen Partei eine einflußreiche Stellung einnahm, Rittergutsbesitzer in Ermsleben am Harz und ehemaliger Landschaftsdirektor der Provinz Sachsen, eine Autorität auf landwirtschaftlichem Gebiete und um die Entwickelung der Rübenzuckerfabrikation in der Provinz Sachsen verdient, seit 1866 Mitglied des „Centralvereins", seit 1889 Mitglied des Ausschusses, am 14. September 1816 auf Haus Brück bei Hattingen a. d Ruhr geboren, † in Elberfeld am 12. Januar.

Unkart, Gustav, der langjährige Vorsitzende des Hamburger „Vereins der Handlungskommis für 1858", dessen gewaltiges Anwachsen bis zu einer Mitgliederzahl von ca. 60 000 zum großen Teil seiner Arbeit zu verdanken war, † Ende Februar zu Hamburg.

Willard, Miß Frances, bekannte englische Temperenzlerin und Vertreterin der Frauenrechte, Präsidentin des christlichen Mäßigkeits-Frauenvereins der Welt, † in New-York am 18. Februar, 59 Jahre alt.

Wohlgemuth, G., Baumeister und Stadtverordneter in Berlin, Begründer und technischer Leiter der Berliner Baugenossenschaft, Vorstand des Verbandes der deutschen Baugenossenschaften, † in Berlin am 18. Januar.

Wuperman, Hermann, Besitzer des Union-Eisenwerks in Pinneberg, bekannt als Begründer zahlreicher Wohlfahrtseinrichtungen für seine Arbeiter, Mitglied des „Centralvereins" seit 1883, † 4. Januar infolge Verunglückung auf einer Jagd in der Nähe von Duisburg.

Digitized by Google

Ehren-Tafel.

Prinz Albrecht zu Solms-Braunfels in Wiesbaden schenkte 10 000 Mk. zu einer Stiftung, aus der hülfsbedürftige Hinterlassene von Mitkämpfern im Kriege von 1870 unterstützt werden sollen.

Beringer, Hans, Telegrapheninspektor a. D. in Berlin, hat im Einverständnis mit seiner kürzlich verstorbenen Gattin Meta Beringer, welche sich die Bekämpfung der Tierquälerei als Lebensaufgabe gestellt und unermüdlich bis kurz vor ihrem Tode für diesen edlen Zweck arbeitete, testamentarisch sein Vermögen, vermehrt durch Spenden ungenannter Freunde der Tierschutzsache, in Höhe von 100 000 Mk. als „Tierschutzstiftung deutscher Lehrer" vermacht, um durch die Zinsen der Stiftung den Berliner Lehrerverein in den Stand zu setzen, den Tierschutzgedanken auf den Boden der deutschen Schule zu verpflanzen.

Bernhardt, Wilhelm, Rentner in Hainichen, ließ der Stadtverwaltung mitteilen, daß er der Stadtgemeinde unter dem Namen „Friedrich Wilhelm Bernhard-Stiftung" den Betrag von 100 000 Mk. zur Unterstützung armer alter Einwohner der Stadt Hainichen übergeben wolle. Am 28. Februar 1899 tritt die Stiftung in Kraft.

Berset, Frau Maria, geb. Müller in Bern, hat testamentarisch der Stadt Dresden den Betrag von 600 000 Mk. vermacht, zur Errichtung einer Anstalt für verwaiste und verwahrloste Mädchen.

Boël, Gustav, Besitzer der großen Metallwerke in La Louvière im Hennegau in Belgien teilt alljährlich den Betriebsgewinn in zwei gleiche Teile. Die eine Hälfte fließt ihm, die andere Hälfte seinen Beamten und Arbeitern zu. Herr Boël hat jetzt mittels Rundschreibens den Beamten und Arbeitern mitgeteilt, daß ihr Anteil für das Betriebjahr 1896/97 100 000 Frcs. beträgt. Jeder erhält dadurch eine Vermehrung um 25 v. H. auf seinen Gehalt oder seinen Lohn.

Böhringer & Söhne, Chininfabrik in Waldhof bei Mannheim zahlte ihren Arbeitern — die zu den bestbezahlten in der Chemiebranche in der Gegend gehören — zu Weihnachten je 5 pCt. ihres Jahresarbeitsverdienstes als Geschenk aus.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Bopp & Reuther, Maschinenfabrik in Mannheim gewährt ihren Arbeitern für jedes Dienstjahr in der Fabrik Mk. 5,— als Weihnachtsgeschenk, so daß Diejenigen, die schon 20—25 Jahre in der Fabrik arbeiten je Mk. 100—125 erhielten. Die Beamten erhielten je ein volles Monatsgehalt zu Weihnachten.

Boye, H. in Randers, Besitzer einer Mühle in Hadsten (Südänemark) hat ein Legat von 10 000 Kronen ausgesetzt für bedürftige Arbeiter der Gemeinden Hadsten und Halten, welche früher in seiner Mühle gearbeitet haben.

v. Bruce, Adolf, Regierungsrat a. D. hinterließ der Stadt Warmbrunn eine Stiftung von 300 000 Mk. zur Förderung kunstgewerblicher Zwecke, durch Vermehrung seiner kunstgewerblichen Sammlung und durch Errichtung einer Schnitzerschule, in der schlesische Schüler unentgeltlichen Unterricht erhalten sollen.

Dietzel, Ferd., Stadtrat und Stadtältester in Görlitz, setzte die Stadt Görlitz zum Universalerben seines 400 000 Mk. betragenden Vermögens ein. Die Zinsen der Erbschaftsmasse sollen dem Allgemeinwohl zu gute kommen.

Dittrich, Großindustrieller im Grenzorte Zyrardo b. Kattowitz spendete 500 000 Rubel zur Unterhaltung des Hospitals für die Kinder seiner Arbeiter.

Douwes, Jean, aus Emden gebürtiger Kaufmann in Hamburg, hinterließ seiner Vaterstadt zur Errichtung eines Stiftgebäudes mit 12 Wohnungen für alte Bürger („Altenheim") den Betrag von 60 000 Mk.

Hänel-Clauß, Frau, kürzlich in Dresden verstorben, überwies testamentarisch der Stadt Schneeberg den Betrag von 20 000 Mk. zur Gewährung von Armen-Freitischen. Die Stadtverwaltung zu Schneeberg hat nun die Errichtung einer Kochschule, die mit der Bürgerschule verbunden wird, beschlossen, in welcher aus den Zinsen obiger Stiftung die Speisen gekocht und dem dortigen Frauenverein zur Verteilung an Arme überwiesen werden sollen.

Hoesch, Leopold, Geheimrat, Ehrenvorsitzender und Mitbegründer des „Vereins deutscher Eisenhüttenleute" in Düsseldorf, überwies dem Verein den Betrag von 60 000 Mk. zu einer „Leopold Hoesch-Stiftung".

Digitized by Google

Ehrentafel.

Klinkhardt, Bruno, Kommerzienrat, kürzlich verstorben (siehe „Totenschau", Jahrg. 1897 S. 468) hat der Hauskasse des Etablissements Julius Klinkhardt in Leipzig letztwillig 40 000 Mk. ausgesetzt. Diese jetzt einen Bestand von nahezu 150 000 Mk. aufweisende Kasse wird nur von den Prinzipalen, ohne Beiträge des Personals, unterhalten und gewährt dem letzteren Unterstützungen in besonderen Notfällen, ferner zinsfreie Darlehen und Pensionen an Invaliden, Witwen und Waisen.

Die Erben und Geschwister des verstorbenen Bankiers Edmund Kohn-Speyer in Frankfurt a. M. haben der Lungenheilstätte Ruppertshain im Taunus den Betrag von 200 000 Mk. zugewendet und es kann damit eine Erweiterung der Anstalt vollzogen werden von 86 auf 126 Betten, womit aller bisheriger Nachfrage Genüge geschehen könnte. Der genannte Verstorbene hat übrigens bereits direkt in seinem letzten Willen 25 000 Mk. der Anstalt zugewendet, wofür ein Freibett gestiftet werden soll.

Die Firma Krupp in Essen hat ihre Arbeiterfürsorge neuerdings wieder bethätigt durch Überweisung eines Geschenks von 200 000 Mk. an die Arbeiter-Pensionskasse.

Krnse, Familie, im Vorort Rotenburgsort bei Hamburg, hat durch eigene Mittel eine Kinderpoliklinik für die dortige ärmere Bevölkerung errichtet und die Mittel für die dauernde Funktionierung dieser Anstalt sicher gestellt.

Lanz, Heinrich, Kommerzienrat in Mannheim, Inhaber der Lanzschen Maschinenfabrik, hat zu seinem 60. Geburtstag eine Stiftung von 1 000 000 Mk. errichtet, aus deren Zinsen bedürftige Arbeiter zu unterstützen sind.

Lienau, Robert, Buchbindermeister in Berlin, vergrößerte anläßlich des 100jährigen Geburtstages seines verstorbenen Vaters die Hospitalstiftung seiner Vaterstadt Neustadt i. H. um 6700 Mk. zur Höhe auf 10 000 Mk.

Die Hinterbliebenen des in Hannover verstorbenen Dr. Alfred Meyer haben dem „Verein für Lungenheilstätten" 200 000 Mk. überwiesen.

Opitz, Justizrat, Ehrenbürger der Stadt Treuen i. Vogtl. trat der Stadt unentgeltlich eine größere Parzelle zur Errichtung eines Albertbades ab.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Otto, Ökonomierat und Rittergutsbesitzer auf Raundorf bei Dippoldiswalde hat testamentarisch dem Bezirk einen Betrag von 30 000 Mk. zur Errichtung einer Wohlthätigkeitsstiftung überwiesen.

Pschorr, Matthias, bekannter Münchener Bierbrauereibesitzer, überwies der Stadt München den Betrag von 600 000 Mk. zu einer Wohlthätigkeitsstiftung.

Recke, früher Ankerschmied in Lübeck vermachte der dortigen Schmiedeinnung 24 000 Mk. mit der Bestimmung, von den Zinsen durchreisende Schmiedegesellen zu unterstützen. Der Schule zu Eisleben, woselbst der Verstorbene seinen ersten Unterricht genoß, setzte er gleichfalls den Betrag von 24 000 Mk. aus.

Der Stadtrat zu Roßwein errichtete in Anlaß des bevorstehenden Königsjubiläums eine Stiftung von 5000 Mk. zur Unterstützung von Schlossergehülfen zum Besuch der dortigen „Deutschen Schlosserschule".

Sarfert, Julius, Kommerzienrat und Stadtrat in Reichenbach übergab dem dortigen Ausschuß für die Ferienkolonieen den Betrag von 3000 Mk. unter dem Namen „Dr. Gäbler-Stiftung".

Schäfer, Theodor, verstorbener Cigarrenfabrikant in Heidenheim a. d. Brenz hat für Wohlfahrtseinrichtungen seiner Arbeiter 380 000 Mk. vermacht.

Die Eheleute Kommerzienrat Philipp Schöller zu Düren machten dem Verein zur Fürsorge für die Blinden der Rheinprovinz eine Schenkung im Werte von 350 000 Mk. An der Bismarckstraße soll auf einem zwei Morgen großen Gelände ein Blindenasyl errichtet werden.

v. Schrötter, Dr. Professor in Wien hat zu Allaud in Niederösterreich ein Tuberkulosen-Heim auf seine Kosten errichtet, welches am 6. Januar feierlich eröffnet wurde.

Schüchtermann, weiland Kommerzienrat und Fabrikbesitzer in Dortmund hat seinen Nachlaß der Stadt vermacht, aus welchem zur Pflege skrophulöser Kinder alljährlich 40 000 Mk. und zur Unterstützung städtischer Beamter alljährlich 15—20 000 Mk. fließen.

Die Witwe des Elektrizitäts-Industriellen Schuckert in Nürnberg hat zu Einrichtungen für Fabrikangehörige des Schuckertschen Etablissements 300 000 Mk. gestiftet. Zunächst wird eine Fortbildungsschule für Lehrlinge, ein Knabenhort und eine Haushaltungsschule für Mädchen eingerichtet, später treten Kindergarten und Industrieschule für Mädchen hinzu.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Schütte, Karl, Großkaufmann, Teilhaber der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft in Bremen schenkte dem dortigen Kunstverein 200 000 Mk. zur Erweiterung seiner Kunsthalle.

Geschwister Sontag in Zwickau haben bei dem Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbauverein eine Stiftung zum Besten der Arbeiter in Höhe von 10 500 Mk. errichtet.

Die Leiter der Hüttenwerke Stumm, Röchling, Friedenshütte, Burbach und Rheinische Stahlwerke beschlossen, in der Nähe von Diedenhofen ein Arbeiterhospital zu erbauen. Jede Gesellschaft schießt 25 000 Mk. ein, wodurch eine Bausumme von 125 000 Mk. gesichert ist. Das Gelände ist schon erworben.

Die Stadt Stuttgart beschloß den in ihrem Dienste stehenden durch Alter und Invalidität dienstunfähig gewordenen Arbeitern eine Rente zu gewähren, für welche in den nächsten Jahresetat der Betrag von 20 000 Mk. eingestellt wurde.

Die Firma Wolf, Netter u. Jacobi in Straßburg i. E hat anläßlich ihres 25jährigen Geschäftsjubiläums 100 000 Mk zu einer Unterstützungskasse für ihre Arbeiter und Angestellten, sowie deren Angehörigen, gestiftet.

Zierold, P., Fabrikbesitzer in Callnberg i. S. vermachte anläßlich seiner Wiedergenesung der Stadt Meerane 10 000 Mk. für Wohlthätigkeitszwecke.

IV. Innere Angelegenheiten des Central-Vereins.

Neue Mitglieder
seit 1. Januar 1898.

I. Behörden, Körperschaften, Vereine ꝛc.

1. Königliches Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin.
2. Kaiserliche Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen in Straßburg i. E.
3. Königl. Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen in Dresden. **(30 Mark Jahresbeitrag.)**
4. Königliche Eisenbahn-Direktion Cassel.
5. Königliche Eisenbahn-Direktion Danzig.
6. Königliche Eisenbahn-Direktion Frankfurt a. M.
7. Königliche Eisenbahn-Direktion Halle a. d. Saale.
8. Königliche Eisenbahn-Direktion Stettin.
9. Königlich Preußische und Großherzoglich Hessische Eisenbahn-Direktion Mainz.
10. Großherzogliche Eisenbahn-Direktion in Oldenburg.
11. Königliche Regierung zu Aachen.
12. Oberbürgermeisteramt der Stadt Aachen.
13. Magistrat der Stadt Elbing.
14. Vorstand der Hanseatischen Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Alters-Versicherung in Lübeck.
15. Vorstand der Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Anstalt Westfalen in Münster i. W.
16. Thüringische Versicherungsanstalt in Weimar.
17. Versicherungsanstalt für Schwaben und Neuburg in Augsburg.
18. Invaliditäts- und Alterversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg in Berlin, Matthäikirchstr. 19.
19. Invaliditäts- und Alterversicherungsanstalt Hannover.
20. Kaiserliches Kanal-Amt in Kiel.

II. Aktien- und andere Gesellschaften.

1. Aktien-Gesellschaft Ludw. Loewe & Co. in Berlin. **(100 Mark Jahresbeitrag.)**
2. Aktien-Gesellschaft H. Pauckisch in Landsberg a. W.
3. Westfälische Stahlwerke in Bochum.
4. Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Germania“ in Kiel.
5. Mech. Gurten- und Bandweberei in Cannstatt.
6. Flensburger Schiffbau-Gesellschaft in Flensburg.
7. Niederlausitzer Kohlenwerke in Fürstenberg a. O.

Digitized by Google

8. Sprengstoffwerke Dr. R. Nahnsen & Co., Kommandit-Gesellschaft in Hamburg.
9. Chemische Düngerfabrik in Rendsburg.
10. Rheinische Chamotte- und Dinaswerke, Centrale, in Eschweiler.
11. Akkumulatoren-Werke, System Pollak, in Frankfurt a. M.
12. Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat in Essen (Ruhr).
13. Els. Konserven-Fabrik und Import-Gesellschaft, Fabrik-Abteilung in Schiltigheim bei Straßburg i. E.
14. Direktion der Portland-Cementfabrik Hemmoor in Hemmoor (Oste).
15. Maschinenfabrik Grißner, Aktien-Gesellschaft in Durlach.
16. Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft „Carbonit" in Hamburg „Nobelshof".
17. Deutsche Messingwerke in Berlin, Alexandrinenstraße 95.
18. Dresdener Dynamitfabrik in Dresden-A., Moritzstraße 20 I.
19. Bernburger Saalmühlen in Bernburg a. d. Saale.
20. Vereinigte Fabriken Photographischer Papiere in Dresden, Blumenstraße 80.
21. Holzzellstoff- und Papierfabriken-Aktien-Ges. in Neustadt (Schwarzwald).
22. Arno & Moritz Meister, Akt.-Ges. in Erdmannsdorf i. Sachsen.
23. Deutsch-Österreichische Mannesmannröhren-Werke in Düsseldorf.
24. Zuckerfabrik Frankenthal in Frankenthal (Pfalz.)
25. Centralgenossen Silberhütte (Anhalt) Post Gernrode (Harz).
26. Maschinenbau-Aktien-Ges. Nürnberg in Nürnberg.
27. Spinnerei und Weberei Steinen in Steinen i. Baden.

III. Persönliche Mitglieder in Berlin.

1. E. Arnhold, Kommerzienrat, W. Französischestraße 60/61.
2. Dr. Bödiker, Wirkl. Geheimer Ober-Regierungsrat, W. Nollendorfplatz 1.
3. Gebr. Friedländer, Hofjuweliere W. Unter den Linden 28.
4. Firma Rudolph Hertzog, C. Breitestraße 15.
5. Eugen Landau, Generalkonsul, W. Wilhelmstraße 70.
6. J. Löwe, Generaldirektor, NW. Dorotheenstraße 43/44.
7. Carl Schwanitz, Fabrikbesitzer, N. Müllerstraße 179b.
8. Carl Friedr. von Siemens, Ingenieur, W. Königgrätzerstraße 2.
9. Dr. Sperling, prakt. Arzt, W. Keithstraße 5.
10. Staudt & Co., Import-, Export- und Bankgeschäft, W. Leipzigerstraße 107.
11. Emil Uhles, Kammergerichtsrat, W. Thiergartenstraße 3a.

IV. Auswärtige persönliche Mitglieder.

1. H. C. Bestebern, Königl. Kommerzienrat in Aschersleben.
2. Boltz, Justizrat, Mitgl. d. Reichstages, in Saarbrücken.
3. R. Brauer i. Fa. A. Brauer, Chemische Fabrik in Lüneburg.
4. A. Dehne, Kgl. Geheimer Kommerzienrat, i. F. A. L. G. Dehne in Halle a. d. S. **(100 Mark Jahresbeitrag.)**
5. Gebrüder Dippe in Quedlinburg. **(15 Mark Jahresbeitrag.)**
6. H. A. & W. Dresler in Creuztbal i. Westfalen.
7. F. Eger, Fabrikant in Harburg (Elbe).
8. Paul Eicken in Hagen i. W., Concordiastraße 20.
9. Dr. Arthur Eiche in Dresden, Canalettostraße 9.
10. Otto Frederich, Kgl. Preuß. Kommerzienrat in Lüneburg.
11. Werner Frentrop i. Fa. Frentrop & Co. in Bocholt. **(15 Mark Jahresbeitrag.)**
12. Max Frey, Kommerzienrat in Mülhausen i. E.
13. Ernst Friedemann, Fabrikbesitzer in Limbach i. S.
14. Adolf Geipel i. Fa. Geipel & Schellhammer in Bautzen.

Digitized by Google

15. L. Gminder, Kommerzienrat in Reutlingen.
16. Sal. Ben. Goldschmidt in Frankfurt a. M., Friedenstraße 1.
17. H. von Haas, Landgerichtspräsident in Bayreuth, Jean-Paulstraße 30.
18. Dr. Hamm, Oberreichsanwalt in Leipzig, Beethovenstraße 12.
19. Herzfeld & Victorinus, Eisengießerei und Emaillierwerk in Graudenz.
20. Georg Kaeß, Kommerzienrat u. Gutsbesitzer, Schloß Caraeburg u. Hannstetten.
21. Dr. Georg Kauffmann, Fabrikbesitzer in Wüstegiersdorf.
22. Heinrich von Korn, Besitzer der Schlesischen Zeitung in Breslau.
23. Dr. Kraaz, Königl. Gewerbe-Inspektor in Bonn a. Rh.
24. Albert Lange, Kommerzienrat, Fa. Dr. Geitners Argentinfabrik, F. A. Lange in Auerhammer bei Auer i. S.
25. E. Merck Chemische Fabrik in Darmstadt, Mühlenstraße 33.
26. J. H. Mohr i. F. A. L. Mohr, Margarinefabrik in Altona.
27. Adolf Reese, Senator, i. Fa. Reese Gebrüder, Wollgarnspinnerei in Bodenwerder Kr. Hameln.
28. Dr. Julian Reis in Heidelberg, Bergheimerstraße 51.
29. Theodor Redenacker in Danzig.
30. Dr. Schloßmann, Privatdocent an der Königl. techn. Hochschule in Dresden.
31. Karl Schmelzer sen. Kammgarnspinnerei in Lichtentanne i. Sachsen.
32. Edmund Schmidt, Kommerzienrat, i. Fa. Gustav Schmidt in Altenburg S.-A.
33. J. G. Schmidt jun. Söhne in Altenburg S.-A.
34. Heinr. Schniewind sen. in Elberfeld. **(Zahlt 20 Mark Jahresbeitrag).**
35. Dr. Seidel, Regierungsrat in Wiesbaden, verl. Parkstraße 2.
36. F. Soennecken, Schreibwarenfabrikant in Bonn-Poppelsdorf.
37. Stier, Geh. Regierungs-Rat, Direktor der Mitteld. Bodenkredit-Anstalt in Greiz i. V.
38. Stockmeyer, Gemeinderat in Stuttgart.
39. Thomsen, Vice-Admiral, Excellenz in Kiel, Hohenbergstraße 22 I.
40. Fräulein M. Thomsen in Kiel, Hohenbergstraße 22 III.
41. Leo Vossen, Fabrikant in Aachen.
42. Carl Wahlen, Fabrikbesitzer in Köln a. Rh.
43. Wolff & Co., Pulver- und Schießbaumwollfabrik in Walsrode.
44. Hugo Zietz, Inh. der Orientalischen Tabak- und Cigarettenfabrik Yenidze in Dresden.

Rekapitulation.

I.	Behörden, Körperschaften, Vereine ꝛc.	20
II.	Aktien- und andere Gesellschaften	27
III.	Persönliche Mitglieder in Berlin	11
IV.	Auswärtige persönliche Mitglieder	44
	Zusammen	102

Druck von Leonhard Simion in Berlin SW.

Digitized by Google

I. Abhandlungen.

Landrichter Dr. Karl Böhmert,

ein Kämpfer für Menschenwohl und Volksfreude,

geb. 17. August 1862, † 8. Juni 1898.

Mit dem Landrichter Dr. Karl Böhmert in Dresden ist am 8. Juni d. J. ein eifriger Arbeiter für die sociale Wohlfahrt seiner Mitmenschen dahingeschieden, der auch dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen teils als Mitarbeiter am „Arbeiterfreund", teils als Mitredakteur der „Socialkorrespondenz" und der Wochenschrift „Volkswohl" langjährige treue Dienste geleistet, vornehmlich aber in Dresden wichtige gemeinnützige Veranstaltungen ins Leben gerufen und geleitet hat.

Der früh Verstorbene hatte sich als Schöpfer des Dresdener Haideparks und der Dresdener Kinderhorte die Veredelung der Kinderfreude und Volksgeselligkeit als Hauptziel seiner menschenfreundlichen Thätigkeit gestellt und war schließlich dazu gelangt, in den Sommermonaten wöchentlich zweimal und in der Ferienzeit dreimal jedesmal etwa 1500 Kinder in 12 Waldreviere zu gemeinsamer Naturfreude zu vereinigen, um dort nicht nur ihre Gesundheit, sondern in erster Linie ihre Erziehung zu fördern und als Gegengewicht gegen die verflachenden und entsittlichenden Einflüsse der Großstadt eine gemütliche Einwirkung auf die Kinderherzen auszuüben. —

Der Lebensgang von Karl Böhmert ist kurz folgender: Er war als erster Sohn des Prof. Dr. Viktor Böhmert, damals Syndikus der Bremer Handelskammer, am 17. August 1862 in Bremen geboren, wo er die ersten 4 Jahre seiner Kindheit verlebte. Hierauf, wohin der Vater im Oktober 1866 einem Ruf an das eidgenössische Polytechnikum folgte, war seine ganze Schulbildung bis zum

Digitized by Google

Frühjahr 1875. Von da an hat die Familie in Dresden gewohnt. Der Verstorbene besuchte zuerst eine einfache Volksschule, dann die Züricher Kantonsschule und wurde Ostern 1875 in die Kreuzschule in Dresden aufgenommen. Ostern 1876 bezog er die Fürstenschule in Meißen, die er Ostern 1881 als Oberprimaner wegen eines schweren Lungen- und Nierenleidens verlassen mußte, um in Görbersdorf Heilung zu suchen. Ostern 1882 bestand er seine Maturitätsprüfung am Königl. Gymnasium in Dresden-Neustadt und studierte von da bis 1886 zuerst an der technischen Hochschule in Dresden und dann in Tübingen und Leipzig. Im Januar 1887 bestand er sein Referendarexamen, im Mai 1892 wurde er Assessor und am 2. Januar 1895 Landrichter in Dresden, wo der Verstorbene vom Januar 1887 an, mit Ausnahme eines Referendarjahres in Burgstädt, bis zu seinem am 8. Juni 1898 erfolgten Tode gewirkt hat.

Die Jugendeindrücke aus der Schweiz haben auf die natur- und volksfreundliche Richtung des Verstorbenen vielfach mitbestimmend eingewirkt, nicht minder sein ernstes Studium der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Statistik in Dresden, Tübingen und Leipzig. Schon als Tübinger Student unternahm er eine Studienreise zur Untersuchung der „Uhrenindustrie des Schwarzwaldes" und erstattete darüber im Tübinger volkswirtschaftlichen Seminar einen wissenschaftlichen Bericht, der später im „Arbeiterfreund" (Jahrgang 1889) veröffentlicht wurde. Eine zweite juristisch-volkswirtschaftliche Arbeit über „Die Baugenossenschaft und das neue Genossenschaftsgesetz" ist im Jahrgang 1890 des „Arbeiterfreund" abgedruckt. In Dresden hat Dr. Karl Böhmert auch im Königl. statistischen Büreau längere Zeit als Volontär gearbeitet und eine umfangreiche statistische Arbeit geliefert, welche in der Kgl. sächsischen statistischen Zeitschrift Jahrg. 1889 S. 133—215 unter dem Titel: „Die sächsische Kriminalstatistik mit besonderer Rücksicht auf die Jahre 1882—1887" erschienen ist. Diese über 10 Bogen umfassende Arbeit ist die Frucht eingehender juristischer, volkswirtschaftlicher und statistischer Studien und enthält in 5 größeren Abschnitten: I. Allgemeines über Rechtsstatistik; II. Einige Daten der sächsischen Kriminalstatistik aus den Jahren 1860—1887; III. Darstellung der sächsischen Kriminalität in den Jahren 1883—1887, und zwar: 1. Kriminalität nach Personen, 2. Kriminalität nach Handlungen, 3. die Entscheidungen, und 4. die Strafen; IV. die sächsische Kriminalität in den Jahren 1884—1887 nach Landgerichtsbezirken, und V. die sächsische Kriminalität in den

Digitized by Google

Jahren 1883—1887 nach Verwaltungsbezirken und zwar a) nach Kreishauptmannschaften und b) nach Amtshauptmannschaften. — Der Verstorbene hat, um diese Arbeit auf die Zeit von 1888—1897 fortzuführen, im letzten Jahre wiederholt im Kgl. sächsischen statistischen Büreau gearbeitet, ist jedoch an der Vollendung des Werkes durch seinen frühen Tod verhindert worden.

Noch ehe die drei ebenerwähnten wissenschaftlichen Arbeiten im „Arbeiterfreund" und in der „Sächsischen statistischen Zeitschrift" veröffentlicht wurden, erschien im September 1887 in der „Gartenlaube" ein erster mehr feuilletonistischer Versuch von Dr. Karl Böhmert unter dem Titel: „Hinaus aus den Großstädten auf das Land!", aus welchem schon seine ganze spätere Richtung für die Pflege des Naturssinnes und der Volksgesundheit erkennbar ist. Dieser erste schriftstellerische Versuch brachte dem jungen Referendar ganz unerwartet ein sehr hohes Honorar ein, er hat jedoch der Gartenlaube keine weiteren Beiträge geliefert. Er legte überhaupt auf Geld wenig Wert und pflegte das, was er erübrigte, mit vollen Händen für gemeinnützige Zwecke und für neue Zeitschriften oder zur Ausführung seiner eigenen Ideen zu verwenden. So wurde er später ein eifriger Leser der „Christlichen Welt" von Pfarrer Rade und „der Hilfe" und „Zeit" seines Meißener Schulkameraden Pfarrer Naumann. Als „Die Zeit" in Geldverlegenheiten kam, opferte er zu ihrer Erhaltung eine erhebliche Geldsumme, weil ihn alle neuen Ideen und socialen Strömungen, wenn er sie auch nur teilweise billigte, doch mächtig anzogen und weil er für sich selbst wenig Ansprüche machte. Als ihm im Jahre 1897 eine sehr verlockende Stellung in Berlin angeboten wurde, erklärte er scherzend sofort: „Ich würde nicht von Dresden wieder weggehen, auch wenn man mir ein Gehalt von 20 000 Mark böte!"

Wir haben mit diesen letzten Bemerkungen schon eine spätere Entwickelung des Verstorbenen berührt. Nach seinem ersten juristischen Examen beteiligte er sich in den Jahren 1887 und 1888 als junger Referendar zunächst lebhaft an den Beratungen und Arbeiten eines „Komitee für Volkswohl", welches sich innerhalb des Dresdener Bezirksvereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke gebildet und die Dresdener Volksunterhaltungsabende ins Leben gerufen hatte. Er wurde Mitglied einer Kommission, welche das Dresdener Wirtshausleben in allen seinen Arten untersuchen und darüber berichten sollte. In Gemeinschaft mit Dr. Wilhelm Bode, damals Mitredakteur der

Digitized by Google

Wochenschrift „Volkswohl“, jetzt Generalsekretär des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, und mit Sekretär Hardtmann untersuchte Dr. Karl Böhmert allerlei Schankstätten und lernte den traurigen Zustand der Volkserholungen und die tiefen Schäden des Alkoholismus näher kennen. Die von ihm unter dem Titel: „Zur Reform des Wirtshauses“ im Sommer 1888 verfaßte ausführliche Denkschrift beschreibt die verschiedenen Arten der Wirtshäuser und ihre Besucher und empfiehlt die Errichtung von Musterwirtshäusern (gemeinnützigen Gesellschaftshäusern) nach dem Prinzip der Vereinigung des Wirtshauscharakters mit dem einer Unterhaltungs- und Belehrungsstätte. Diese Denkschrift enthält bereits fast alle Hauptgrundsätze und Grundsteine für die Veranstaltungen, welche in Dresden später wirklich durchgeführt worden sind.

In der Ausführung dieser Dresdener Pläne wurde Dr. Karl Böhmert im Oktober 1888 durch seine Versetzung in die kleine Fabrikstadt Burgstädt bei Chemnitz unterbrochen. Schon nach wenigen Monaten drängte es ihn, in Burgstädt einen Verein zur Bewaldung eines nahe gelegenen öden Berges, des sogenannten Taurasteines, zu gründen. Er benutzte die 800jährige Jubelfeier des sächsischen Königshauses Wettin, um die Errichtung eines „Wettinhaines“ auf dieser Anhöhe nahe bei Burgstädt anzuregen. Unter der Überschrift: „Wie sollen wir die Wettinfeier begehen?“ veröffentlichte er im „Anzeiger für Burgstädt“ am 4. Mai 1889 einen begeisterten Aufruf, worin es u. A. heißt: „Pflanzt Bäume, schafft Baumgänge und Haine! Dieser Ruf ertönt in unsern Zeiten einer fortschreitenden Entwaldung immer lauter an das deutsche Volk! Ganze Gegenden und Völker — so wird mahnend verkündet — erkranken geistig wie leiblich und siechen dahin, vertrocknen und verkommen, wenn sie ihrer Wälder beraubt sind. Drum, deutsches Volk, erhalte dir deinen deutschen Wald und deine deutschen Bäume! Laß dir deine Liebe zum heiligen Rauschen deiner Wälder und dem Schatten deiner Bäume nicht nehmen! Umgürte deine Städte mit grünenden Hainen, schaffe auf ihren brandigen Sandplätzen, auf den trockenen, staubigen Straßen anmutige Baumreihen, pflanze in den Dörfern deine Eichen und Linden, damit deine Jugend wie ehedem unter ihrem Schatten heranwächst. Wann aber sollst du, deutsches Volk, deine Haine errichten und wem sollst du sie weihen? Deine Vorfahren weihten die Wälder ihren hehren Göttern: Weihe du sie deinen großen Männern, deinen geliebten Fürstengeschlechtern, deinen gewaltigen Thaten! Lege du den Grund zu ihnen

Digitized by Google

an deinen nationalen Ehrentagen und hege und pflege sie als heilige Erinnerung an die großen Ereignisse deiner Geschichte! Könnte auch unser Burgstädt seinem Königshaus ein solches grünendes, lebendiges Denkmal in Gottes freier Natur errichten!" u. s. w.

Am 17. Juni 1889 erfolgte die feierliche Enthüllung einer Gedenktafel für den Wettinhain unter dem Jubel der dort versammelten Schulkinder von Burgstädt. Der Anzeiger für Burgstädt vom 19. Juni berichtete darüber u. A.: „Nach einem Gesangsvortrag des Doppelquartetts ergriff Herr Amtsanwalt Dr. Böhmert das Wort, um Bedeutung und Zweck des Wettinhaines vor Augen zu führen. Bald werde sich der Hain erheben. Derselbe solle Jahrhunderte hindurch unseren Bürgern Erholung und Erquickung bringen. Die Kinder Burgstädts sollen in seinem kühlen Schatten ihre fröhlichen Spiele spielen und die rasch grünenden Bäume unseren Enkeln und Urenkeln den Namen „Wettin" zuflüstern. Dieses immergrünende Wettindenkmal soll erinnern an das 800jährige treue Zusammenhalten zwischen Sachsenvolk und Fürstenhaus Wettin, infolge dessen es gegenwärtig wohl kaum ein gesitteteres, wohlhabenderes und glücklicheres Land gebe als unser Sachsen. Harmonisch sei es eingefügt in den Bau des großen deutschen Reiches. Vollstes Vertrauen herrsche zwischen Fürst und Volk. Handel, Industrie und Ackerbau seien in Blüte, die Finanzen günstig — das sei ein schönes Bild eines glücklichen Landes. Daher habe Burgstädt wohl Grund, zur Erinnerung an das Gedeihen und Wachsen des Sachsenlandes im Laufe der 800jährigen Regierung des Hauses Wettin am heutigen Tage ein aus bescheidenem, aber treuem Herzen geschaffenes Denkmal zu errichten und es „Wettinhain" zu nennen. Der glückliche Fürst, der in diesen erhebenden Tagen auf dem Thron seiner Väter sitze, König Albert, verkörpere den Glanz und die Hoheit unseres Wettin-Fürstengeschlechts. Ihm sei daher zu huldigen und die Huldigung in die Worte zu fassen: Hoch lebe Se. Majestät König Albert!"

Die Zeichnungen für den Burgstädter „Wettinhain" hatten schon im Juli 1889 die Höhe von 2315 Mk. an einmaligen und von 198 Mk. an jährlichen Beiträgen erreicht. Der Hauptanreger, der sich über die Ausführung seines Gedankens innig freute, wurde schon im Oktober 1889 wieder zurück nach Dresden versetzt. Dort in der Großstadt winkte ihm nun eine umfangreichere Thätigkeit. Vor allem gewährte ihm sein richterlicher Beruf hohe Befriedigung. Der Landgerichtsdirektor, unter welchem er zuletzt arbeitete, schrieb bei der Kunde

Digitized by Google

von dem Tode seines Landrichters Böhmert: „Ich vermag es noch gar nicht zu fassen, daß ich den lieben Kollegen, den treuen begabten Mitarbeiter mit dem edlen menschenfreundlichen Herzen nicht wiedersehen soll. Unermüdlich war er in seinem Beruf, bescheiden und liebenswürdig in seinem Wesen, ein Freund des Guten und Schönen, ein Feind der Selbstsucht und des Eigennutzes, lichtvoll in seinem Denken und Empfinden, im Beurteilen und Begreifen von Welt und Menschen mit ihren Vorzügen und Schwächen." Der frühere Präsident des Dresdener Landgerichts äußerte sich in gleicher anerkennender Weise über den Dahingeschiedenen: „War es mir auch nur kurze Zeit vergönnt, ihn unter meine Mitarbeiter zu zählen, so ist mir dieser vortreffliche, so reich beanlagte, so ideal gerichtete junge Mann doch in lebhafter, bester Erinnerung geblieben und ich fühle deshalb um so mehr die Schwere des schmerzlichen Verlustes." Ähnlich lauten die Urteile seiner näheren Freunde und Studiengenossen, welche ihn besonders auch wegen seiner warmen, opferfreudigen Gesinnung, seiner vielseitigen volkswirtschaftlichen Interessen als Mann des praktischen Handelns schätzten. — Einer seiner treuen Jugendfreunde, mit den ihn Erinnerungen an die Fürstenschule Meißen, an Leipzig und an die Referendarzeit in Dresden verbanden, der aber in den letzten Jahren außerhalb Dresdens angestellt war, schreibt: „Wer hätte gedacht, daß einem derart aussichtsvollen Streben so schnell ein Ziel würde gesetzt werden! In seinen idealen Zielen und in seinen ernsten wissenschaftlichen Arbeiten hatten wir ihn immer hoch geachtet und geschätzt und ihn als Vorbild angesehen. Oft habe ich ihn um das hohe Interesse, das er allem, womit er sich beschäftigte, entgegenbrachte, beneidet und im Stillen hegte ich die Hoffnung, künftig einmal im öffentlichen Leben mit ihm Schulter an Schulter stehen zu können." Es sei hier schließlich noch der Ausspruch eines Mannes erwähnt, der als Mitarbeiter der Wochenschrift „Volkswohl" den Dahingeschiedenen erst im vorletzten Jahre näher kennen lernte und über ihn bemerkte: „Das Reich Gottes war für Herrn Landrichter Dr. Böhmert die Wohlfahrt derer, die unter dem Drucke der Zeit leiden."

Der Verstorbene entwickelte in Dresden seine erste Hauptthätigkeit am Landgericht in der Abteilung für Strafsachen. Die von ihm als Strafrichter gewonnene Überzeugung, daß im Alkoholismus eine Hauptursache der Verbrechen liege, bestärkte ihn in seinen Vereinsbestrebungen gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und veranlaßte ihn später zur Mitbegründung einer „forensisch-psychiatrischen Vereinigung" von

Digitized by Google

Juristen und Ärzten, an welcher er sich durch Vorträge über die Gefahren des Alkohols sowie durch lebhafte Debatten eifrig beteiligte. Noch wichtiger war für ihn die Wahrnehmung einer bedenklichen Zunahme der jugendlichen Verbrecher in Deutschland, während die Zahl derselben in England abnimmt. Er erblickte den Grund der Abnahme in der mehr freien und gesundheitlichen Jugenderziehung in England und er nahm sich vor, das Wohl der Kinderwelt durch persönliche Fürsorge und Veranstaltung von edleren Erholungen, Spielen und reineren Freuden in der Natur zu fördern.

Die freie Zeit, welche dem Verstorbenen nach seinen richterlichen Berufsarbeiten übrig blieb, wurde von ihm vorzugsweise durch volkswirtschaftliche und gemeinnützige Bestrebungen ausgefüllt. Er beteiligte sich eine Zeit lang als Protokollführer an den Arbeiten des Dresdener „Vereins gegen Armennot", widmete sich jedoch in seinen letzten Lebensjahren ganz besonders dem „Bezirksverein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke" und dem Verein „Volkswohl", sowie der Redaktion der „Social-Korrespondenz" und der Wochenschrift „Volkswohl". Als Schriftführer des Vereins „Volkswohl" arbeitete er nicht nur eifrig an der Begründung von verschiedenen Volksheimen, sondern bewirkte auch durch eine von ihm verfaßte treffliche Denkschrift, daß das Finanzministerium dem Verein „Volkswohl" 23 Hektar des fiskalischen Forstwaldes zur Begründung eines Waldparkes auf 20 Jahre pachtweise überließ. Hier im Walde entwickelte nun Landrichter Böhmert als Vorsteher des Haideparkes sehr bald eine umfassende Thätigkeit, indem er die Erbauung eines Volksheims im Walde mit Kolonnaden, Schutzhütten und zahlreichen Ruhebänken für Erwachsene und die Einzäunung von 12 Waldrevieren mit ebensoviel Schulgärten und Spielplätzen für kleinere Kinder, sowie die Herstellung eines großen Spielplatzes für Knaben und Erwachsene und eines Naturtheaters für Kinder durchsetzte und die Dresdener Kinderfahrten ins Leben rief. Im Interesse dieser Kinderfahrten schuf er eine Organisation von je 100 Ordnungsknaben und Ordnungsmädchen und von Helfern und Helferinnen zur Obhut über die Tausende von Kindern, die wöchentlich 2 oder 3mal in den Wald gefahren wurden, sowie zur Leitung ihrer Spiele, zur Versorgung mit Milch, zur Übung in Knabenhandarbeit, Näharbeit, im Vorlesen, Kränzebinden und endlich auch zu ihrer Vorbildung in den Elementen einer edlen Volksgeselligkeit, in Schauspielkunst, Wettspielen, Musik und Tanz. Das Naturtheater mit seinen Kinderaufführungen wurde sonntäglich oft von Tausenden besucht. Das

Digitized by Google

Büchlein „Die Dresdener Kinderfahrten, ein Beitrag zur Organisation der Volksgeselligkeit“ enthält Näheres über alle diese Veranstaltungen. (48 S. 3 Taf. u. Abbild. 60 Pf. 1896. O. V. Böhmert, Dresden.)

Landrichter Böhmert hoffte, daß schon im nächsten Jahrzehnt Volksparks die Stadt Dresden wie mit einem Kranze nach verschiedenen Himmelsgegenden umgeben würden. Jugendspiele und Kinderfreude, frische Luft und Waldesgrün, Mäßigkeit und Frohsinn sollten vereinigt dazu beitragen, in dem ins Leben gerufenen kleinen Kinderstaate zugleich die Keime für eine spätere edle Volksgeselligkeit in socialem Sinne zu legen.

Ein Hauptverdienst des Verstorbenen war die eigentümlich durchdachte und streng durchgeführte Organisation, welche jedes an seinen Waldfahrten beteiligte Kind mit einer besonderen Fahr- und Kontrollkarte bedachte, und ein jedes einem bestimmten Wagen und einem besonderen Waldreviere mit bestimmten Ordnungsknaben und Ordnungsmädchen zuteilte, welchen letzteren wiederum bei den Fahrten und draußen im Wald feste, statutarisch bestimmte Aufgaben zugewiesen waren. „Die Organisation ist alles“ pflegte er zu sagen. Wenn ihm hinterbracht wurde, daß manche Eltern mit der strengen Organisation unzufrieden seien und daß die Mütter klagten, deren Kinder wegen zu großen Andranges auf die nächste Fahrt vertröstet werden mußten, so antwortete er: „Es ist besser, es treten 100 Mitglieder aus dem Verein aus, weil wir Ordnung halten, als es treten 1000 Mitglieder aus, weil wir keine Ordnung halten.“ Trotz strengen Festhaltens an der Ordnung übte der Verstorbene gegen alle einzelnen Kinder die größte Milde und Nachsicht und suchte sie nur durch Liebe an sich zu fesseln. Gleichzeitig hoffte er, den Zorn oder politische und soziale Unzufriedenheit unbemittelter Eltern durch warme Fürsorge für ihre Kinder zu entwaffnen. Er meinte, daß Strenge wohl in der Schule angebracht sei, daß die Kinder aber in ihrer freien Zeit auch eine gewisse Freiheit genießen sollten. Kamen nun wirkliche Unzuträglichkeiten und Vergehen einzelner Knaben vor, so daß die Vereinsbeamten rieten, räudige Schafe auszuschließen, so pflegte er zu sagen, daß es der Zweck des Vereins „Volkswohl“ sei, irrende Kinder auf den rechten Weg zurückzuführen. „Wenn wir das Kind verstoßen, so wird es ganz sinken!“ so lautete sein Ausspruch in einem schweren Falle, als ein Kind gestohlen hatte. — — Als Richter verlangte er von den Kindern vor allem offenes Eingeständnis, und wenn dies vorhanden war, genügte ihm eine ernste Verwarnung und die Ermahnung, daß verbrecherischen Kindern das Gefängnis und die traurigste

Digitized by Google

Zukunft drohe; dagegen wurde ihnen nichts nachgetragen. Trotz vieler Klagen, die bei solchen Kindermassen unvermeidlich sind, verlor er nie den Mut und das Interesse an seinem großen Unternehmen. Über Undankbare und scheinbar Unverbesserliche äußerte er sich dahin: „Das ist auch so Einer, in dessen Brust zwei Seelen wohnen; es steckt aber doch in jedem Menschen noch ein guter Kern, den man wecken und pflegen muß."

Der Verstorbene, der im 19. Lebensjahre von einer schweren Lungen- und Nierenkrankheit heimgesucht worden war und in Görbersdorf und Davos nur halbe Heilung gefunden hatte, wußte, daß ihm nur ein kurzes Leben beschieden sein werde; aber seine im Grunde heitere und männlich feste Natur ließ sich dadurch nicht beirren, weil er kindlich-fromm geblieben war und sich in seiner schweren Krankheit, als ihm der Tod so nahe getreten war, in seinem Glauben an den lebendigen Gott befestigt hatte. Er klagte beinahe nie über sein Befinden und bemerkte nur gegen solche, die ihm ihre Krankheit und ihr Leid klagten: daß *sein* Leiden ein schwereres sei. Trotzdem verlor er nie den Mut und schreckte vor keinen Schwierigkeiten zurück. Es schien, als wolle er sich durch rüstiges Schaffen vor Grübelei bewahren und als finde er darin seine Hauptfreude. Er liebte sehr den Humor und die feine Satire. Fritz Reuter, Hans Sachs und Gellert waren seine Lieblingslektüre. Im Winter las er gern mit seinen Ordnungsknaben Stücke von Schiller und Hans Sachs, sowie Gellerts Fabeln und Uhlands Gedichte, die später im Naturtheater vorgetragen wurden; und im Sommer arbeitete er mit seinen Knaben oft bis spät abends mit Hacke, Spaten und Schaufel in dem Walde und in den Kindergärten. Dadurch wußte er sich die Herzen der Kinder und Eltern zu gewinnen. Im Verkehr mit seinen Mitmenschen kannte er keinen Ständeunterschied, er speiste sehr gern in den Volksheimen, nicht nur weil er mäßig und ohne Alkohol leben wollte, sondern auch weil er sich mit einfachen Arbeitern besonders gern unterhielt. Er war der Ansicht, daß man mehr „lehren" als „predigen" und besonders durch sein Beispiel und durch den persönlichen Verkehr auf das Volk wirken solle. Er war ein Mensch voller Ideale und doch tüchtig eingreifend ins praktische Leben!

Als Kriminalist neigte sich Landrichter Böhmert derjenigen modernen Richtung zu, welche eine Hauptursache zahlreicher Verbrechen auch in ungünstigen socialen Verhältnissen und in schlechter Erziehung erblickt. Oft pflegte er zu sagen: „Die Menschen würden viel weniger schlecht sein, wenn man sie in günstigere sociale Verhältnisse bringen

Digitized by Google

könnte und wenn wir uns mehr um unsere unbemittelten Volksgenossen bekümmern wollten. Jedermann möchte doch lieber anständig als unanständig durch die Welt kommen!" Er suchte deshalb besonders das Selbstgefühl und Ehrgefühl zu wecken und glaubte, mit den Kindern anfangen zu müssen, während er die Erwachsenen durch eine Reform der Volksgeselligkeit zu gewinnen hoffte.

Alle seine Ideen hat er in zahlreichen größeren und kleineren Aufsätzen unter dem Zeichen k. b. besonders in der Wochenschrift „Volkswohl" näher ausgeführt, welche er vom Oktober 1892 an in Gemeinschaft mit seinem Vater redigierte, ohne sich jedoch als Mitredakteur zu zeichnen. Der Verstorbene fand die Zeit für seine vielseitigen Aufgaben nicht nur, weil ihm seine juristischen Urteile und Berichte und litterarischen Aufsätze schnell und leicht aus der Feder flossen, sondern auch deshalb, weil er meist die Stille des Abends und viele Nachtstunden zu seinen Arbeiten verwendete. Da er die englische, französische und italienische Sprache gut verstand, konnte er den Zustand der öffentlichen Verhältnisse und socialen Neuerungen in den verschiedensten Kulturstaaten aufmerksam verfolgen. Ganz besonders lebhaft beschäftigte ihn in seinem letzten Lebensjahre u. a. auch die Idee, ein „Handbuch für Gemeinnützigkeit" herauszugeben, wofür er mehrere eingehende Pläne entworfen hat, ohne die Verwirklichung zu erleben; dagegen konnte er bis zum Ende des Jahres 1897 litterarisch und praktisch für seine Kindergeselligkeit und für Volks- und Jugendspiele wirken. —

Es mögen schließlich noch zwei den Verstorbenen charakterisierende Abhandlungen in den von Schenckendorff'schen „Jahrbüchern für Volks- und Jugendspiele" erwähnt werden. Die erste erschien im Jahrbuche 1895 unter dem Titel: „Der Dresdner Haidepark, ein Volksspielplatz", und enthielt Schilderungen des von dem Verein „Volkswohl" in Dresden geschaffenen großen Waldparks und der Dresdner Kinderfahrten. Der Schluß dieses Aufsatzes lautet: „Der Verein betrachtet es als einen nicht geringen Vorzug der Haidefahrten, daß die Mädchen vermögenderer Stände hier den Kindern des Volkes näher treten, die Bedürfnisse und Anschauungen der minderbemittelten Volksklassen kennen lernen und an dem socialen Frieden mitarbeiten. Nach der Vesper wird noch das Lagerleben der Kinder — so möchte man diesen Waldaufenthalt beinahe nennen — bis ½7 Uhr fortgesetzt, und dann giebt die Glocke der Sanitätswache das Zeichen zum Aufbruch. Die Hundertschaften sammeln sich langsam;

Digitized by Google

die Reviere leeren sich eins nach dem andern; der Wald wird stiller und stiller. Wenn aber der letzte Kinderzug unter den Bäumen verschwunden und die letzte Kinderstimme verhallt ist, dann erfaßt den Zurückbleibenden oft das Gefühl, als ob der dürftige Kiefernwald dadurch geweiht sei, daß er die Stätte einer großen und reinen Kinderfreude gewesen ist." Solche tief poetische Empfindungen scheinen den früh Verstorbenen oft beglückt und zu seiner Arbeit für die Kinderwelt gestärkt zu haben. Sein letzter Aufsatz im „Jahrbuch für Volks- und Jugendspiele" vom Jahre 1897 ist betitelt: „Der neue Spielplatz am Großen Garten zu Dresden" und hebt das Verdienst des Schöpfers dieses neuen Spielplatzes, Stadtbaurat Klette, hervor, mit dem der Verstorbene eifrig und gern zusammenarbeitete, davon ausgehend, daß er mehr für die Unbemittelten zu sorgen, Stadtbaurat Klette aber mehr die Ansprüche der bemittelten Besucher des Großen Gartens zu befriedigen habe, beide jedoch berufen seien, die Volksgesundheit und Volksgeselligkeit zu fördern. Am Schlusse des Aufsatzes heißt es: „Es steht demnach in Dresden für die nächste Zeit ein Aufschwung der Volks- und Jugendspiele und damit eine Zunahme von Gesundheit und Lebensfreude im Volke zu erwarten. Das Erfreuliche an der Dresdner Bewegung ist, daß neben der Schaffung eines großen städtischen Festspielplatzes die Errichtung von Volksparks mit Spielplätzen in den einzelnen Stadtbezirken einhergeht. Während der städtische Spielplatz am Großen Garten seiner Lage und Einrichtung nach mehr den wohlhabenden Klassen zu gute kommen wird, sind die Volksparks in erster Linie für die unbemittelten Volkskreise bestimmt, und es findet, was für die Heranziehung zu edler Lebensfreude besonders wichtig ist, im Anschluß an diese Volksparks eine eingehende Organisation der Volksgeselligkeit statt. Nur dadurch ist es möglich, daß alle Kräfte im Volk für eine edle Volkserholung gewonnen werden und im wahren Sinne von Volksspielen und Volksfesten gesprochen werden kann." . . . . . „Die Fürsorge für diese wichtige Seite der kommunalen Wohlfahrtspflege wird in den meisten Städten beim Tiefbauamt liegen. In Dresden ist dessen Decernent, Stadtbaurat Klette, der Schöpfer des neuen Spielplatzes im Großen Garten. Möchten auch in anderen Städten die betreffenden Ratsabteilungen dies Gebiet der Wohlfahrtspflege recht eifrig bebauen. Es giebt wohl wenig schönere Erinnerungen an die Wirksamkeit eines Menschen als solche Stätten der Volksfreude und Volksgeselligkeit."

Diese letzten Worte einer seiner letzten Abhandlungen klingen wie

Digitized by Google

eine Vorahnung des Verstorbenen, daß man sich vielleicht auch an seine Wirksamkeit später noch erinnern werde.

Alle, die dem Verstorbenen nahe standen oder befreundet waren, werden bestätigen, daß ihm tiefe und neue Gedanken eigentümlich waren und daß ihn in letzter Zeit namentlich psychiatrische, kriminalistische, religiöse und sociale Probleme beschäftigten. Sein letztes Werk über die Bodenwucherfrage, die er gelöst zu haben hoffte, liegt schon ziemlich fertig vor. Der Verstorbene war ein charakterfester Kämpfer für das, was er für wahr, recht und nützlich hielt; aber er hat sich in diesem Kampfe aufgerieben und mußte sich, wie so viele schwache Sterbliche, damit begnügen, sein Glück im ernsten Ringen zu finden! Er wollte der Sonne der Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschenliebe beherzt entgegenfliegen, hat sich aber dabei die Flügel verbrannt und muß es seinen, mit ihm gemeinsam strebenden Freunden und Zeitgenossen überlassen, mit etwas gesunderen und fester gebauten Flügeln der Sonne wenigstens etwas näher zu kommen, um ihr immer mehr Geheimnisse und Kräfte zur Verbesserung der menschlichen Verhältnisse auf dieser schönen Erde zu entlocken!

Das Leben des Dahingeschiedenen — obwohl es nur kurz war — ist doch zur Reife und Blüte gelangt! Dies bekundete deutlich seine Beerdigung, bei welcher nicht nur Pfarrer Sulze, sondern auch die Herren Kommerzienrat Collenbusch und Dr. med. Meinert, als die beiden Vertreter des Vereins Volkswohl und des Bezirksvereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, die großen Verdienste ihres früh verstorbenen Vorstandsmitgliedes hervorhoben, der so viele ältere Männer beschäme. Auch von einem Knaben seiner Knabenwehr wurde ihm ein rührender Dank in die Gruft nachgerufen und der früh Verklärte mit einem Gärtner verglichen, der die Kinder wie Waldblumen gepflegt habe. Eine dankbare Kinderschar brachte ihm den letzten Gruß vom Haidepark mit den dort gefertigten Waldkränzen, die sie auf sein Grab niederlegten.

Der Verstorbene hat Bäume gepflanzt für ein kommendes Jahrhundert und gute Keime in viele junge Herzen gelegt, welche ihn dafür später segnen und sein Andenken ehren werden; aber auch viele Erwachsene, denen er den Weg zum socialen Frieden und zu einer erhabenen sittlichen Weltanschauung zu ebnen suchte, werden, wie die Glieder einer großen unsichtbaren Volksgemeinde, in dem Streben dieses jugendlichen Kämpfers das Erwachen einer neuen Generation mit idealeren Lebenszielen freudig begrüßen!

Digitized by Google

Lehrlingsarbeit und Lehrlingswesen im Handelsgewerbe.

(Nach statistischen Erhebungen über Zahl, Lehrzeit, Arbeitszeit, Wohnung, Kost und Fortbildung von Kaufmannslehrlingen.)

Von Handelsschullehrer **Oskar Linke.**

Die Litteratur über das kaufmännische Lehrlingswesen ist eine noch ziemlich lückenhafte. Nur selten ist man tiefer dem kaufmännischen Lehrlingswesen nachgegangen. Vielleicht fehlt es an grundlegenden Arbeiten auch deshalb, weil die Lehrlingsfrage erst in der Gegenwart zu einer brennenden geworden ist. Eine ausführliche Arbeit verdanken wir dem Berliner Schulmann Harry Schmitt, der in ganz vorzüglicher Weise in seinen beiden Schriften: „Die kaufmännischen Fortbildungsschulen Berlins“ und „Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen Deutschlands, Berlin 1891 und 1892“, dieser Frage näher trat. Harry Schmitt spricht allerdings nur über das kaufmännische Fortbildungsschulwesen und zeigt auf Grund eines reichen, statistischen Materials, wie viel Schatten hier noch zu finden sei. Vor ihm und nach ihm haben die sächsischen Handelsschuldirektoren, an ihrer Spitze Prof. Dr. Benser, der langjährige, verdienstvolle Leiter der Öffentlichen Handelslehranstalt in Dresden, für diese Sache schon manch' kräftig und wertvoll Wörtlein erschallen lassen. Auch Hochschulprofessoren, wie Bücher und Wilhelm Stieda in Leipzig, sind warm für die Interessen der Kaufmannslehrlinge bezw. Handwerkslehrlinge eingetreten und haben freimütig die oft recht mißlichen Verhältnisse aufgedeckt. Ferner haben die großen kaufmännischen Verbände die Lehrlingsfrage geklärt und in Fluß gebracht; es seien hier nur die drei größten genannt: Der deutsche Verband kaufmännischer Vereine in Frankfurt a. M., der Hamburger Verein für Handlungskommis von 1858 und der Verband deutscher Handlungsgehülfen in

Digitized by Google

Leipzig. Weiter sucht auch der in Braunschweig im Jahre 1895 gegründete deutsche Verband für das kaufmännische Unterrichtswesen nicht nur das höhere und mittlere Bildungswesen des Kaufmannsstandes, sondern auch das kaufmännische Fortbildungsschulwesen und Lehrlingswesen auf eine höhere Stufe zu heben. Die deutsche Reichsregierung hat ebenfalls mit Hand angelegt. Der Reichskanzler beauftragte die Kommission für Arbeiterstatistik durch einen Erlaß vom 3. Juni 1892, sich gutachtlich zu äußern*) „über die Vornahme einer gewisse Verhältnisse im Handelsgewerbe betreffenden Erhebung". Durch die Erhebung soll, wie die jenem Schreiben beigefügte Denkschrift ausführt, klargestellt werden, inwieweit die aus den Kreisen der Handlungsgehülfen laut gewordenen Klagen über ihre Lage begründet sind. Diese Klagen betreffen vorzugsweise die nachteiligen Folgen der in Ladengeschäften gegenwärtig üblichen Arbeitszeit der Handlungsgehülfen und der Handlungslehrlinge, die mangelhafte Ausbildung des Personals, die übergroße Zahl der Lehrlinge im Verhältnis zu der Zahl der Gehülfen (die sogenannte Lehrlingszüchterei) und die zunehmende Verkürzung der vertragsmäßigen Kündigungsfristen. Die Kommission sollte sich ferner gutachtlich darüber äußern, ob dem Verlangen nach einer gesetzlichen Regelung dieser Verhältnisse entsprochen werden könne und müsse. Die Kommission für Arbeiterstatistik befürwortete warm eine solche Erhebung, wünschte sie aber nur ausgedehnt auf diejenigen kaufmännischen Betriebe, welche durch Detailverkauf in Läden der Befriedigung täglicher Bedürfnisse dienen, also auf die Geschäfte, welche sich befassen mit dem Handel von landwirtschaftlichen Produkten, mit Kolonialwaren, Drogen, Delikatessen, mit Tabak und Cigarren, mit Manufaktur- und Schnittwaren, mit Glas-, Thon-, Gummi-, Schuh- und Pelzwaren, mit Hüten, Stöcken, Schirmen, mit Schreibmaterialien." Die zu dieser Erhebung zu verwendenden Fragebogen sollten für die eine Hälfte der Betriebe ausschließlich an Arbeitgeber, für die andere ausschließlich an Arbeitnehmer zur Beantwortung gegeben werden. Man wollte dadurch von vornherein dem Verdachte der Schönfärberei begegnen und erhielt dadurch auch ein gewisses kontrollierendes Moment; 52 % der eingegangenen Fragebogen waren von Arbeitgebern beantwortet und 48 % von Arbeitnehmern. Die Erhebung würde aber bei der großen Anzahl solcher Geschäfte in unserem dicht bevölkerten Vaterland eine allzu umfangreiche geworden sein, des-

*) Erhebung über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe. 1. Teil. Berlin 1893.

Digitized by Google

halb beschränkte man sich in mancher Hinsicht: einmal sollten nur Ladengeschäfte der obenerwähnten Art herangezogen werden, welche ständig mindestens einen Kommis beschäftigen — diese Forderung ist nicht überall erfüllt worden — das andere Mal wollte man nur 10 % dieser Geschäfte berücksichtigen, aber bei der Auswahl dieser 10 % sollten ganz objektiv die verschiedensten deutschen Landesteile, große, mittlere und kleine Städte berücksichtigt werden. Die Erhebung ist also in Form einer Stichprobe geschehen, dadurch hat sie aber an Wert durchaus nicht eingebüßt. Sie fand statt im Oktober des Jahres 1892 und erstreckte sich auch auf die weiblichen kaufmännischen Hülfspersonen, also auch auf die weiblichen Lehrlinge oder Lehrmädchen; letztere sind aber hier nicht berücksichtigt. Auch soll in dieser Arbeit nicht untersucht werden, wie man die vorhandenen und aus dem statistischen Material sich ergebenden Mißstände und Schäden des heutigen kaufmännischen Lehrlingswesens beseitigen oder wenigstens mildern könnte; dies bleibt einer späteren Untersuchung vorbehalten.

Bei der Erhebung wurden ungefähr 10 000 Fragebogen ausgegeben, davon konnten aber aus verschiedenen Gründen nur 8235 zur Bearbeitung vom kaiserlichen statistischen Bureau herangezogen werden.

1. Das Verhältnis der Lehrlinge zu den Gehülfen.

Tabelle I. (Nach der Reichsstatistik von 1892.)

Zahl der Lehrlinge im Verhältnis zu den Gehülfen.

Gruppen der Betriebe.	Von je 100 in den kaufmännischen Betrieben beschäftigten männlichen Personen sind	
	Gehülfen	Lehrlinge
Deutschland	62,1	37,9
Nach Ortsgruppen:		
Großstädte	72,5	27,5
Mittelstädte	57	43
Kleinstädte	55	45
Nach Gebietsgruppen:		
Nordostdeutschland	62,1	37,9
Nordwestdeutschland	63,3	36,7
Mitteldeutschland	57,3	42,7
Süddeutschland	62,9	37,1

Digitized by Google

Gruppen der Betriebe.	Von je 100 in den kaufmännischen Betrieben beschäftigten männlichen Personen sind	
	Gehülfen	Lehrlinge
Nach der Größe der Betriebe:		
Betriebe mit 1 Hülfsperson	79,3	20,7
" " 2 oder 3 Hülfspersonen . . .	55,9	44,1
" " 4—9 Hülfspersonen	57,7	42,3
" " 10—19 Hülfspersonen	68,8	31,2
" " 20 und mehr Hülfspersonen . .	83,8	16,2
Nach Geschäftszweigen:		
mit leichtverderbenden, frischen Nahrungsmitteln	82,1	17,9
" haltbaren Nahrungsmitteln (Kolonialwaren)	55	45
" Tabak und Cigarren	86,2	12,1
" Bekleidungsgegenständen	65,6	34,4
" sonstigen Gebrauchsartikeln	65,1	34,9

Wir erhalten zuerst Aufschluß über die Zahl der Lehrlinge im Verhältnis zu den Gehülfen, und da fand sich, daß unter je 100 männlichen Hülfspersonen in den 8235 gezählten Betrieben 62,1 Gehülfen und 37,9 Lehrlinge waren. Das war die Durchschnittsziffer für Deutschland. Diese Durchschnittsziffer zeigt in den 4 Gebietsgruppen: Nordost-, Nordwest-, Mittel- und Süddeutschland keine wesentlichen Abweichungen. In den Großstädten, das sind Städte über 100 000 Einwohner, verschiebt sich das Verhältnis zu Gunsten der Gehülfen, man trifft hier 72,5 % Gehülfen und 27,5 % Lehrlinge. In den Mittel- und Kleinstädten dagegen — letztere sind Städte unter 20 000 Einwohner — erhöht sich die Prozentzahl der Lehrlinge bedeutend, sie schwillt bis auf 45 % an, daraus ergiebt sich, daß die Großstädte im Gegensatze zu den Mittelstädten und Kleinstädten mehr Gehülfen als Lehrlinge anstellen. In den Großstädten finden wir aber auch bedeutend größere Detail- und Ladengeschäfte, die meistens eine große Anzahl von Kommis benötigen, während der Detailist in den Klein- oder Mittelstädten sich auf 1 oder 2 Gehülfen beschränkt, dafür aber mehr Lehrlinge einstellt. Im Gegensatz zu diesem Ergebnis berichtet Prof. Stieda im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" unter „Lehrlingswesen" von einer in den 90er Jahren stattgefundenen

Digitized by Google

Zählung der Gehülfen und Lehrlinge in den Breslauer Spezereigeschäften, welche von dem Verein der Handlungskommis ausging. Man fand in 296 Spezereigeschäften 247 Kommis und 468 Lehrlinge oder 34,5 % Kommis und 65,5 % Lehrlinge, das sind offenbar sehr ungünstige Verhältnisse, insbesondere für eine Großstadt.

Auch hinsichtlich der Größe der Betriebe findet eine ganz bedeutende Abweichung von der allgemeinen deutschen Durchschnittszahl statt, vergl. Tabelle I. Man ersieht daraus, daß die kleinsten und größten Betriebe die meisten Gehülfen und die wenigsten Lehrlinge haben, und weiter, daß die Anzahl der Lehrlinge im umgekehrten Verhältnisse zur Größe des Geschäftes steht.

Vergleicht man die Anzahl der Gehülfen und Lehrlinge in den einzelnen Geschäftszweigen, siehe Tabelle I, so läßt sich auch hier eine bedeutende Abweichung von der allgemeinen Durchschnittszahl beobachten. Daraus ergiebt sich, daß die Kolonialwarengeschäfte relativ die meisten Lehrlinge — 45 % — beschäftigen, wir werden dadurch an das obenerwähnte ungünstige Verhältnis in den Breslauer Spezereigeschäften erinnert. In Läden mit leicht verderbenden, frischen Nahrungsmitteln und in Tabakläden herrscht ein viel günstigeres Verhältnis, wir finden da nur 17,9 %, im letzteren sogar nur 13,8 % Lehrlinge; die übrigen Geschäftszweige weichen nur wenig von der Durchschnittszahl ab. Wenn man von einer Lehrlingszüchterei spricht, so wird man in allererster Linie an die Kolonial- und Materialwarengeschäfte denken müssen.

Das Verhältnis der Anzahl der Lehrlinge zu den Gehülfen im Handelsgewerbe beleuchtet auch eine Erhebung, die durch die freundliche Bereitwilligkeit der Herren Leiter der Öffentlichen Handelslehranstalten in Dresden, Leipzig und Freiberg im Januar 1898 ermöglicht wurde. Bei dieser Erhebung sind 873 Handlungslehrlinge befragt worden: 523 in Leipzig, 220 in Dresden und 130 in Freiberg, diese Lehrlinge gehören Detail- und Engrosgeschäften aller Branchen an, während die Erhebung von 1892 nur die Ladengeschäfte berücksichtigte, die der Befriedigung täglicher Bedürfnisse dienten. Hinsichtlich der Anzahl der Lehrlinge und Gehülfen sollte nicht allgemein die Anzahl der Lehrlinge im Gegensatz zu den Gehülfen festgestellt werden, das würde kein klares Bild gegeben haben, sondern es sollte gezeigt werden, in welchen Betrieben, ob in Groß-, Mittel- oder Kleinbetrieben, die Lehrlinge lernen, und da ergab sich folgende Zusammenstellung:

Digitized by Google

Tabelle II.

Lehrlinge, auf die nach der Größe geordneten Betriebe verteilt (1898).

(Nach einer Statistik vom Januar 1898 aus Dresden, Leipzig und Freiberg.)

Ort	Anzahl der Lehrlinge	Es lernen in Geschäften											
		ohne Gehülfen		mit 1 Gehülf.		mit 2 od. 3 Geh.		mit 4 bis 9 Geh.		mit 10 bis 19 Geh.		mit 20 u. mehr Geh.	
		absol.	rel. %	absol.	rel. %	absol.	rel. %	absol.	rel. %	absol.	rel. %	absol.	rel. %
Dresden . . .	220	23	10	53	24	70	32	42	19	20	9	12	6
Leipzig	523	24	5	54	10	106	20	165	32	86	16	88	17
Großstädte . .	743	47	6	107	14	176	24	207	28	106	14	100	14
Mittelst. Freiberg	130	56	43	35	27	31	24	7	5	1	1	—	—
Zusammen	873	103	12	142	16	207	24	214	25	107	12	100	11

In den beiden sächsischen Großstädten finden sich 28 % der Lehrlinge in den Betrieben mit 4—9 Gehülfen, 24 % in solchen mit 2 oder 3 Gehülfen, je 14 % in den großen und größten Betrieben und nur 6 % in Betrieben ohne Gehülfen; dabei zeigen die beiden Großstädte ganz bedeutende Unterschiede, so hat Dresden 24 % der Lehrlinge in Geschäften mit 1 Gehülfen, während Leipzig nur 10 % in so kleinen Betrieben aufzuweisen hat; in den größten Betrieben lernen in Leipzig 17 % und in Dresden nur 6 % der Lehrlinge. Die Mittelstadt Freiberg zeigt ein wesentlich anderes Bild, 43 % der Lehrlinge sind in Geschäften ohne Gehülfen untergebracht, 51 % in solchen mit 1—3 Gehülfen und 6% in mittleren und großen Betrieben. Die Ausbildung der Lehrlinge erfolgt also in den beiden Großstädten besonders in den Betrieben mit 2 bis 9 Gehilfen, während sich in der Mittelstadt hauptsächlich die kleinsten und kleinen Geschäfte damit befassen.

In Tabelle III, welche die Anzahl der in einzelnen Geschäften vorhandenen Lehrlinge untersucht, zeigen die relativen Zahlen der beiden Großstädte und der Mittelstadt nur geringe Unterschiede; wir finden, daß 29 bezw. 34 % aller Lehrlinge allein in einem Betriebe lernen, daß 46 bezw. 52 % der Lehrlinge 1 oder 2 Lehrkameraden haben und daß nur ca. 25 bezw. 14 % mit 3 oder mehr Lehrlingen in einem Geschäfte ihre Lehrzeit absolvieren. Diese Zahlen sind unstreitig günstig, sie beweisen, daß man in Sachsen, wenigstens in den

Digitized by Google

Tabelle III.

Anzahl der Lehrlinge in den einzelnen Geschäften, Januar 1898.

Ort	Anzahl der Lehrl.	Es lernen in Geschäften mit							
		1 Lehrling		2 od. 3 Lehrl.		4—9 Lehrl.		10 u. mehr L.	
		absol.	rel. %	absol.	rel. %	absol.	rel. %	absol.	rel. %
Dresden	220	66	30	131	60	21	9	2	1
Leipzig	523	149	28	209	40	13	22	52	10
Großstädte	743	215	29	340	46	134	18	54	7
Mittelstadt Freiberg	130	44	34	68	52	18	14	—	—
Zusammen	873	259	29	408	47	152	18	54	6

mehrgenannten 3 Städten, nicht von einer Lehrlingszüchterei sprechen kann, besonders wenn man diese Tabelle mit der vorigen vergleicht; aus einem solchen Vergleiche würde sich eine bedeutend größere Anzahl von Gehülfen ergeben. Die Anzahl der Gehülfen festzustellen, ist unterblieben, weil die Angabe der Zahl der Gehülfen, besonders in den großen und größten Geschäften, nicht immer auf volle Richtigkeit Anspruch erheben kann. Dagegen ist festgestellt worden, wie oft nur Lehrlinge oder mehr Lehrlinge als Gehülfen, wie oft weniger Lehrlinge als Gehülfen und wie oft die Anzahl der Lehrlinge und Gehülfen in den Betrieben eine gleich hohe ist. Dies stellt folgende Tabelle dar.

Tabelle IV. (1898.)

Ort	Anzahl der Lehrlinge	In Geschäften mit					
		mehr Lehrl. als Gehülfen oder nur mit Lehrl. lernen		mehr Gehülfen als Lehrlingen lernen		gleichviel Lehrl. u. Gehülfen lernen	
		absol.	relat. %	absol.	relat. %	absol.	relat. %
Dresden . . .	220	62	28	99	45	59	27
Leipzig	523	78	15	378	72	67	13
Freiberg . . .	130	91	70	17	13	22	17
Zusammen	873	231	27	494	56	148	17

Es ergiebt sich hieraus, daß 56 % aller Lehrlinge in Geschäften arbeiten und lernen, in denen die Anzahl der Gehülfen größer als die der Lehrlinge ist — in Leipzig sind es sogar 72 % — daß nur

Digitized by Google

27 % der Lehrlinge in Betrieben untergebracht sind, in denen keine Gehülfen oder in denen die Gehülfen in der Minderzahl sind; auch diese Zahlen beweisen wieder, daß in Sachsen, wenigstens in den 3 Städten, von einer Lehrlingszüchterei, von einem Zuviel der Lehrlinge nicht die Rede sein kann.

2. Die Arbeits-, bezw. Ladenzeit der Kaufmannslehrlinge.

An zweiter Stelle ist die Arbeits-, bezw. Ladenzeit der Kaufmannslehrlinge zu erörtern. Die Erhebung von 1892 giebt die tägliche Arbeitszeit einmal einschließlich der Pausen, das andere Mal ausschließlich derselben an. In dieser Aufstellung ist nur auf die tägliche Arbeitszeit abzüglich der Pausen Rücksicht genommen, wenn man sich auch sagen muß, daß diese Pausen in den meisten Geschäften recht zweifelhafter Natur sind, und daß gerade wegen der Art und Weise des Ladengeschäftes die an sich schon kurze Pause noch oft beschnitten wird. Die hier gegebenen Zahlen sind also als die günstigsten zu betrachten, sie beziehen sich auf den Sommer. Um die Zusammenstellung übersichtlicher zu gestalten, ist nur eine dreifache Gruppierung der Anzahl der Arbeitsstunden gewählt worden: bis 12 Stunden, über 12 bis 15 Stunden und mehr als 15 Stunden.

Tabelle V.

Die tägliche Arbeitszeit (1892).

Gruppen der Betriebe	Von je 100 Betrieben findet sich eine tägliche Arbeitszeit von		
	bis 12 Stunden in	über 12 bis 15 Stunden in	mehr als 15 Stunden in
Deutschland	39,4	29,6	31
Nach Gebietsgruppen:			
Nordostdeutschland	22,1	35,8	42,1
Nordwestdeutschland	27,6	43,2	29,2
Mitteldeutschland	28,1	47	24,9
Süddeutschland	56,3	35,8	7,9
Nach Ortsklassen:			
Großstädte	57,4	25,3	17,3
Mittelstädte	31,8	42,7	25,5
Kleinstädte	9,3	43,1	47,6

Digitized by Google

Gruppen der Betriebe	Von je 100 Betrieben findet sich eine tägliche Arbeitszeit von		
	bis 12 Stunden in	über 12 bis 15 Stunden in	mehr als 15 Stunden in
Nach der Größe der Betriebe:			
Betriebe mit 1 Hülfsperson . . .	20,9	39,6	39,5
" " 2 oder 3 Hülfspersonen	21,9	40	38,1
" " 4—9 Hülfspersonen .	39,4	40,6	20
" " 10—19 Hülfspersonen	68,6	28,7	2,5
" " 20 u. mehr Hülfsperf.	78,5	21,5	—
Nach Geschäftszweigen:			
Geschäfte mit frisch. Nahrungsmitteln	12,5	37,5	50
" " haltb. Nahrungsmitteln (Kolonialwaren) . .	7,4	33,5	59,1
" " Tabak und Cigarren .	32,4	52,9	14,7
" " Bekleidungsgegenständ.	45	50,6	4,4
" " sonstigen Gegenständen	60	34,7	5,3

Die gefundenen Zahlen sprechen eine eindringliche Sprache; denn in 31 % aller gezählten Betriebe beträgt die Arbeitszeit mehr als 15 Stunden täglich abzüglich der Pausen. Wie viel Stunden bleiben da dem Lehrlinge für den Schlaf, für die Mahlzeiten, für die Fortbildung und für die Erholung! Manche sind zwar der Meinung, daß die Arbeit eines in einem Ladengeschäfte thätigen Lehrlings eine leichte, oft durch größere Ruhepausen unterbrochene sei, daß Ladenzeit durchaus nicht gleichbedeutend sei mit Arbeitszeit. Andere wieder halten die Beschäftigung eines solchen Lehrlings für eine anstrengende, besonders wenn man das jugendliche Alter berücksichtigt, dem die meisten noch angehören. v. Henzeler sagt von dieser Beschäftigung: „Sie bewegt sich je nach der Art des Geschäftsbetriebes in den verschiedensten Formen der kaufmännischen Thätigkeit; bald muß er Arbeiten erledigen, welche sein Nachdenken oder seine körperliche Kraft in Anspruch nehmen, bald ist seine Beschäftigung mehr mechanischer Art und darnach berechnet, sich durch längere Übung die notwendigen manuellen Fertigkeiten anzueignen."

Es soll nun weiter untersucht werden, ob in den einzelnen Gebietsteilen Deutschlands wesentliche Abweichungen von der oben an-

Digitized by Google

gegebenen allgemeinen Zahl vorkommen, und da zeigt es sich, daß in Nordostdeutschland — dazu gehören die preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg mit Berlin, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen, sowie Anhalt und die beiden Mecklenburg — sogar 42,1 % der Betriebe sich vorfinden, die eine 15- und mehrstündige Arbeitszeit haben; bedeutend günstiger, nämlich mit 24,9 %, steht schon Mitteldeutschland, zu dem das Königreich Sachsen und die acht thüringischen Staaten zu rechnen sind; ganz besonders weist aber Süddeutschland hierin günstige Zahlen auf. Wir finden

56,3 % mit 10—12 Stunden Arbeitszeit,
35,8 % = 12—15 = =
und nur 7,9 % = 15 und mehr Stunden Arbeitszeit.

Zwischen Nordost- und Süddeutschland besteht also eine Differenz hinsichtlich der längsten Arbeitszeit von 34,2 %, oder mit anderen Worten: in Nordostdeutschland findet man die längste Arbeitszeit öfter in 34,2 von 100 Betrieben, als in Süddeutschland. In den Städten ersieht man aus den Zahlen, daß die Häufigkeit der längsten Arbeitszeit im umgekehrten Verhältnis zur Größe der Städte steht,

in den Großstädten sind es 17,3 % der Betriebe mit 15 und mehr Stunden,
in den Mittelstädten sind es 25,5 % der Betriebe mit 15 und mehr Stunden, und
in den Kleinstädten sind es 47,6 % der Betriebe mit 15 und mehr Stunden.

Nun kann man wohl zugeben, daß das Arbeiten in den Großstädten ein intensiveres, anstrengenderes ist, und dadurch erscheinen die hohen Prozentzahlen der Kleinstädte in etwas milderem Lichte. Hinsichtlich der Größe der Betriebe kann man die gleiche Beobachtung machen, wie bei den verschiedenen Städten. Je größer die Betriebe, desto seltener die 15- und mehrstündige Arbeitszeit; in den Betrieben mit 20 und mehr Hülfskräften kommt eine so lange Arbeitszeit überhaupt nicht vor. Den größten Sprung in dieser Reihe weisen die Betriebe mit 10—19 Hülfspersonen auf, es ist sehr interessant zu beobachten, wie die Anstellung von mehr Hülfspersonen gebieterisch die Arbeitszeit herabdrückt; wir finden 78,5 % der Betriebe mit 10 bis 19 Hülfspersonen, welche bis 12 Stunden täglich arbeiten lassen, 10,7 % dieser Betriebe arbeiten sogar nur 10 oder weniger als 10 Stunden. Vergleicht man die Anzahl der täglichen Arbeitsstunden

Digitized by Google

in den einzelnen Geschäftszweigen, so findet man die längste Arbeitszeit in den Nahrungsmittelbranchen, denn 59,1 % der Kolonialwarengeschäfte haben 15 und mehr Stunden tägliche Arbeitszeit, eine viel günstigere zeigt sich schon in Geschäften mit Tabak und Cigarren und die günstigste in Geschäften mit Gebrauchsartikeln, nämlich

bis 12 Stunden = 52,5 %, 12—15 Stunden = 42,6 %, mehr als 15 Stunden = 4,9 %.

Aus der im Januar 1898 angestellten Erhebung ergab sich hinsichtlich der Arbeitszeit folgende Tabelle:

Tabelle VI.

Die tägliche Arbeits-, bezw. Geschäftszeit abzüglich der Pausen (1898).

Ort	Anzahl der Lehrlinge	Es findet sich eine tägliche Arbeits-, bezw. Geschäftszeit abzüglich der Pausen von							
		8—10 Stunden bei		bis 12 Stunden bei		bis 15 Stunden bei		über 15 Stunden bei	
		absol.	relat. %	absol.	relat. %	absol.	relat. %	absol.	relat. %
Dresden	220	40	18	96	44	69	31	15	7
Leipzig	523	231	44	253	49	37	7	2	0
Großstädte	743	271	37	349	47	106	14	17	2
Mittelstadt Freiberg .	130	14	11	57	44	59	45	—	—
Zusammen . . .	873	285	33	406	46	165	19	17	2

Von je 100 Lehrlingen in den drei sächsischen Städten Dresden, Leipzig und Freiberg haben nach obiger Aufstellung abzüglich der Pausen:

33 eine Geschäftszeit von 8—10 Stunden,
46 = = = bis 12 =
19 = = = = 15 =
2 = = = über 15 =

Im Vergleich zu der Erhebung von 1892, wo wir in Mitteldeutschland, das im Verhältnis zu Nordost- und Nordwestdeutschland ziemlich günstige Zahlen aufweist, von je 100 Betrieben

28,1 Betriebe mit bis 12 Stunden,
47 = = = 15 =
24,9 = = über 15 =

Digitized by Google

Geschäftszeit finden, sind die sächsischen Verhältnisse recht günstig. Daß wir hier Lehrlinge und dort Betriebe vor uns haben, hat keinen Einfluß; einen gewissen Einfluß hat aber der Umstand, daß es sich bei der Erhebung von 1898 um Lehrlinge aus allen Branchen handelt. Auffallend sind die bedeutenden Unterschiede zwischen Leipzig und Dresden, letzteres läßt länger arbeiten als die Schwesterstadt, es hat:

18 % der Lehrlinge mit 8—10 Stunden Geschäftszeit im Gegensatz zu Leipzig mit 44 %,

31 % der Lehrlinge mit bis 15 Stunden Geschäftszeit im Gegensatz zu Leipzig mit nur 7 %,

7 % der Lehrlinge mit über 15 Stunden Geschäftszeit im Gegensatz zu Leipzig mit ca. $^1/_2$ %.

Bis 12 Stunden Geschäftszeit hält sich in beiden Städten fast die Wage. Diese Unterschiede lassen sich aber aus den verschiedenen Handelsverhältnissen der beiden Städte erklären: Leipzig hat bedeutend mehr große Geschäfte als Dresden, und wir fanden schon früher, daß die großen und größten Betriebe gebieterisch eine Verkürzung der Geschäftszeit forderten. Diese Beobachtung wird weiter durch folgende Tabelle beleuchtet:

Tabelle VII (1898).

Dauer der Geschäftszeit	Bei den 873 Lehrlingen findet sich in Betrieben mit											
	keinem Gehülfen		1 Gehülfen		2 oder 3 Gehülfen		4—9 Gehülfen		10—19 Gehülfen		20 u. mehr Gehülfen	
	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %
eine 8—10 stündige Geschäftszeit . . .	20	19	33	23	71	34	93	43	31	29	38	38
eine bis 12 stündige Geschäftszeit . . .	34	33	56	40	83	40	109	51	70	65	54	54
eine bis 15 stündige Geschäftszeit . . .	46	45	46	32	48	23	12	6	6	6	8	8
eine mehr als 15 stündige Geschäftszeit .	3	3	7	5	5	3	—	—	—	—	—	—
	103		142		207		214		107		100	

In Tabelle VII ist die Größe der Betriebe und die in denselben beobachtete Geschäftszeit neben einander gestellt. Eine mehr als 15stündige Arbeitszeit findet sich darnach nur in kleinen und kleinsten Geschäften, eine 12- bis 15stündige Geschäftszeit kommt in den großen

Digitized by Google

und größten Betrieben nur selten vor, ca. 7 %, während ungefähr 37 % der letzteren Betriebe die kürzeste Geschäftszeit von 8 bis 10 Stunden haben.

Über den Anfang der Geschäftszeit am Morgen und den Geschäftsschluß am Abend wurde folgendes festgestellt. Es interessieren uns besonders die frühen Anfangs- und die späten Schlußstunden.

Tabelle VIII.

Geschäftsanfang und Geschäftsschluß im Winter nach 1898.

Von 873 Lehrlingen

beginnen früh								schließen abends							
1/2 6		6		1/2 7		7		nach 7 Uhr		vor 9 Uhr		9		1/2 10		10	
abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %
4	0	44	5	74	9	163	19	588	67	699	80	94	11	61	7	19	2

Tabelle VIII zeigt, daß die Thätigkeit des Kaufmannslehrlings früh zu verschiedenen Zeiten beginnt; die Art des Geschäftes — ob Detail- oder Engrosgeschäft, ob dasselbe Nahrungsmittel oder Gebrauchsgegenstände führt — und die Lage des Geschäfts — ob im Stadtinnern oder in den Vorstädten, ob in guter Lage oder in Arbeitervierteln — werden die Anfangs- und Schlußstunden eines Betriebes bestimmen. 67 % der Lehrlinge beginnen nach 7 Uhr früh, d. h. 1/2 8 Uhr und später, 5 % schon 6 Uhr und 4 Lehrlinge bereits 1/2 6 Uhr. Die beiden letzten Anfangszeiten sind für den Winter ziemlich zeitige Stunden, sie mögen aber hier und da durch die Verhältnisse geboten sein. 80 von je 100 Lehrlingen sind abends vor 9 Uhr fertig, d. h. 1/2 9 Uhr und früher, und 20 um 9 und nach 9 Uhr. Auch hier werden oft die Verhältnisse einen so späten Geschäftsschluß fordern, wenn man auch nicht verkennen darf, daß der Kaufmann, besonders der Detaillist, oft seinen Kunden zu sehr entgegenkommt, er sollte daran denken, daß durch gemeinsames Vorgehen das Publikum wohl an eine frühere Ladenschlußstunde zu gewöhnen wäre. Man vergleiche hierzu die Protokolle über die Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik (9. November—20. November 1894) und die Vernehmung von Auskunftspersonen.

Die Geschäftszeit ist hier abzüglich der Mittagspause festgestellt worden. Über diese Pause giebt die Umfrage von 1898 auch Aufschluß und das Ergebnis ist in Tabelle IX zusammengestellt.

Digitized by Google

Tabelle IX.

Mittagspausen nach 1898.

Ort	Anzahl der Lehrl	Keine Pause haben		Es haben eine Mittagspause von									
				½ Stde.		1 Stde.		1½ Stde.		2 Stdn.		2½ Std.	
		abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %
Dresden . .	220	61	28	15	7	33	15	63	29	47	21	1	—
Leipzig . . .	523	10	2	12	2	32	6	181	35	284	54	4	1
Großstädte .	743	71	9	27	4	65	9	244	33	331	44	5	1
Mittelst. Freiberg . . .	130	60	46	1	1	38	29	17	13	14	11	—	—
zusammen .	873	131	15	28	3	103	12	261	30	345	39	5	1

15 von je 100 Lehrl. der befragten Lehrl. haben keine Pause zu Mittag
3 : : 100 : : : : : ½ Std. : : :
12 : : 100 : : : : : 1 : : : :
30 : : 100 : : : : : 1½ : : : :
39 : : 100 : : : : : 2 : : : :
1 : : 100 : : : : hat 2½ : : : :

Die 131 Lehrlinge = 15 % der ersten Gruppe wohnen beim Prinzipal, sie lernen allem Vermuten nach in Detailgeschäften und haben keine Pause. Auch die 28 Lehrlinge mit ½ Stunde Mittagspause haben Kost und Logis bei ihrem Lehrherrn; die weitaus größte Zahl der Lehrlinge, nämlich 69 %, hat eine Mittagspause von 1½ und 2 Stunden, sie haben nicht Kost und Wohnung im Hause des Prinzipals. Bedeutend sind die Unterschiede in den 3 Städten:

Keine Pause findet sich:

In Freiberg . bei 46 % der Lehrlinge
: Dresden . : 28 % : :
: Leipzig nur : 2 % : :

Eine Pause von 2 Stunden dagegen:

In Freiberg . bei 11 % der Lehrlinge
: Dresden . : 21 % : :
: Leipzig . : 54 % : :

Die Mittagspausen sind also in Leipzig am günstigsten; sie lassen sich auf die großen Betriebe, auf die Großstadt an sich und die Einrichtung zurückführen, daß die Lehrlinge, wie es Tabelle XIV zeigen

Digitized by Google

wird, in Leipzig meistens bei den Eltern oder in Pensionen wohnen und nicht bei den Prinzipalen.

3. Dauer der Lehrzeit.

Tabelle X.

Dauer der Lehrzeit nach der Erhebung von 1892.

Gruppen der Betriebe	Von je 100 Betrieben dauert die Lehrzeit		
	bis 2 Jahre	mehr als 2 u. bis 3 Jahre	mehr als 3 Jahre
Deutschland	3,9	55,9	40,2
Nach Gebietsgruppen:			
Nordostdeutschland	1,5	47	51,5
Nordwestdeutschland	4,2	55,4	40,4
Mitteldeutschland	1,2	59	39,8
Süddeutschland	12	80,8	7,2
Nach Ortsklassen:			
Großstädte	5,9	66,5	27,6
Mittelstädte	3	54,4	42,6
Kleinstädte	3,2	50,6	46,2
Nach der Größe der Betriebe:			
Betriebe mit 1 Hilfsperson . . .	8	59,6	32,4
" " 2 od. 3 Hilfspersonen .	3,4	52	44,6
" " 4—9 " .	3	59	38
" " 10—19 " .	7,6	72,3	20,1
" " 20 u. mehr " .	—	82,1	17,9
Nach Geschäftszweigen:			
Geschäfte m. frischen Nahrungsmitteln	8,3	75	16,7
" mit haltbaren Nahrungsmitteln (Kolonialw.) .	2,5	50,9	46,6
" " Tabak u. Cigarren .	5,9	64,7	29,4
" " Bekleidungsgegenständen	5,7	59,2	35,1
" " sonst. Gebrauchsartikeln	3,9	61,9	34,2

Gegen früher ist hinsichtlich der Dauer der Lehrzeit heute eine wesentliche Veränderung eingetreten; 5 und 6 Lehrjahre waren früher durchaus nicht selten, bildeten sogar die Regel, heute sind sie wohl

Digitized by Google

nur noch ganz vereinzelt anzutreffen. Die Erhebung von 1892 liefert nun folgendes Ergebnis für Deutschland:

Bis 2 Jahre Lehrzeit findet sich in 3,9 % der Betriebe
: 3 : : : : : 55,9 % : :
mehr als 3 : : : : : 40,2 % : :

Es ist zu bedauern, daß die Erhebung nicht ausführlicher Auskunft giebt über die Lehrzeit von länger als 3 Jahren. Die Lehrzeit, die am häufigsten angetroffen wird, beträgt bis 3 Jahre; mehr als 3 Jahre kommen aber doch noch in 40,2 % der Betriebe vor. Daß zu dieser Verminderung der Lehrzeit die Einrichtung und der Besuch der Handelsschulen von Einfluß gewesen sind, ist unbestreitbar; besonders sind es die höheren Handelsschulen, deren Abiturienten wohl nie über 3 Jahre lernen, desto häufiger aber mit 2 Jahren fertig werden; und diese kürzere Lehrzeit entspricht durchaus der fachlichen Vorbildung der jungen Leute auf den Handelsschulen. Die Lehrzeit in den verschiedenen Landesteilen weicht wesentlich von den allgemeinen deutschen Durchschnittszahlen ab. Am kürzesten ist die Lehrzeit in Süddeutschland, nur in 7,2 % der Betriebe eine mehr als 3jährige Lehrzeit. Mitteldeutschland und Sachsen, letzteres mit 52 %, zeigen sich einer kürzeren Lehrzeit noch wenig geneigt. Aus der Verteilung der Lehrzeiten auf die Städte ersieht man, daß die Großstädte meist eine kurze Dauer der Lehrzeit vorziehen; nur in je 27,6 % der Betriebe, in Berlin sogar nur in 19,4 %, findet sich die längste Lehrzeit mit mehr als 3 Jahren. Je größer nun ein Betrieb, desto seltener auch die längste Lehrzeit; von je 100 Betrieben mit 10 bis 20 und mehr Hilfspersonen kommt diese längste Lehrzeit nur in ungefähr 19 Betrieben vor. In den einzelnen Geschäftszweigen verlangen die Kolonialwarengeschäfte und nach ihnen auch die Geschäfte mit Gebrauchsartikeln relativ eine lange Lehrzeit. Ein wesentlicher Grund für die Verkürzung der Lehrzeit in der Gegenwart ist neben den Handelsschulen auch die Thatsache, daß die Lehrlinge heute oft außerhalb des Geschäftes, also nicht im Hause des Prinzipals Kost und Wohnung haben. Dadurch wird das Halten von Lehrlingen dem Prinzipal erleichtert und weniger kostspielig, und er kommt den Eltern des Lehrlings, die doch in solchem Falle für Kost und Wohnung sorgen müssen, entgegen, indem er die Lehrzeit kürzt und dadurch dem angehenden Kaufmann früher Gelegenheit verschafft, Geld zu verdienen und für sich zu sorgen. Die Lehrherren gehen sogar noch weiter, sie gewähren den Lehrlingen oft eine Vergütung in Form von Kostgeld-

Digitized by Google

vorschüssen, Taschengeld u. s. w., während sie früher fast ausnahmslos vom Lehrling Lehrgeld beanspruchten. Durch diese Bezahlung seitens des Prinzipals ist aber auch seine Verantwortung dem Lehrling gegenüber, aus ihm einen tüchtigen, wohlunterrichteten Kaufmann zu machen, eine geringere geworden. Auch dadurch, daß der Lehrling jetzt seltener im Hause des Prinzipals Wohnung und Kost hat, daß er weniger mit der Familie des Kaufmanns bekannt wird, während er früher als Familienglied betrachtet wurde, gestaltet sich das Verhältnis zwischen Prinzipal und Lehrling zu einem weniger intimen, zu einem mehr oberflächlichen.

Die Erhebung von 1898 ergab hinsichtlich der Lehrzeit das in Tabelle XI ersichtliche Resultat.

Tabelle XI.

Dauer der Lehrzeit nach der Erhebung von 1898.

Ort	Anzahl der Lehrl.	Es haben eine Lehrzeit von									
		2, $2\frac{1}{2}$ u. $2\frac{3}{4}$ Jahren		3 Jahren		$3\frac{1}{2}$ u. 4 Jahre		mehr als 4 Jahren		unbestimmter Dauer	
		abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %	abs.	rel. %
Dresden	220	3	1	123	56	91	42	1	—	2	1
Leipzig	523	23	4	349	67	144	28	1	—	6	1
Großstädte	743	26	3	472	64	235	32	2	—	8	1
Mittelstadt Freiberg	130	—	—	50	38	79	61	—	—	1	1
Zusammen	873	26	3	522	60	314	36	2		9	1

Eine 2, $2\frac{1}{2}$ und $2\frac{3}{4}$jährige Lehrzeit kommt bei den Schülern der Lehrlingsabteilung der Handelsschulen sehr selten vor; sie findet sich meistens bei jungen Leuten, die eine bessere Bildung erhalten haben, aber nicht auf einer Handelsschule, und die jetzt neben ihrer praktischen Thätigkeit eine theoretische Ausbildung suchen. Bei einer allgemeinen Umfrage würde ein viel günstigeres Ergebnis erzielt werden, da in diesen Gruppen die Lehrlinge meist mitzuzählen wären, die früher eine höhere Handelsschule besucht haben und deshalb weniger Lehrjahre lernen. Eine 3jährige Lehrzeit findet sich:

In Leipzig bei 349 Lehrlingen = 67 %
= Dresden = 123 = = 56 %
= Freiberg = 50 = = 38 %

Digitized by Google

Bei einer $3^1/_2$ und 4jährigen Lehrzeit zeigt sich das Gegenteil:

In Leipzig findet sich dieselbe bei 144 Lehrl. = 28 %
= Dresden = = = = 91 = = 42 %
= Freiberg = = = = 79 = = 61 %

Über 4 Lehrjahre kommen bei 873 Lehrlingen nur 2 mal vor; selten ist auch die Lehrzeit von unbestimmter Dauer zu finden. In den Großstädten mit den großen Geschäften zeigt sich die 3jährige Lehrzeit am häufigsten, während die Mittelstadt mehr zu 4 Jahren neigt. Der Grund für diese Erscheinung liegt mit darin, daß der Lehrling in der Großstadt seltener beim Prinzipal freie Station hat. Das soll Tabelle XII beweisen.

Tabelle XII.

Dauer der Lehrzeit und Kost und Wohnung der Lehrlinge in Dresden, Leipzig und Freiberg.

(Nach 1898.)

Anzahl der Lehrjahre	Anzahl der Lehrlinge, welche Kost und Wohnung haben			
	beim Prinzipal		bei den Eltern oder in Pension	
	absolut	relativ %	absolut	relativ %
2 bis $2^3/_4$ Jahre	—	—	26	4
3 Jahre	70	41	452	65
$3^1/_2$ bis 4 Jahre	101	58	213	30
über 4 Jahre	—	—	2	—
unbestimmte Dauer	2	1	7	1
	173		700	

Von 173 beim Prinzipal wohnenden Lehrlingen haben 70 = 41 % eine Lehrzeit von 3 Jahren, 101 = 58 % eine solche von $3^1/_2$ bis 4 Jahren; unter den 700 bei den Eltern oder in Pension wohnenden Lehrlingen dagegen finden sich 452 = 65 % mit 3jähriger Lehrzeit und nur 213 = 30 % mit $3^1/_2$ bis 4jähriger Lehrzeit. Auch die 26 Lehrlinge mit weniger als 3 Jahren Lehrzeit haben keine freie Station.

Digitized by Google

4. Kost und Wohnung.

Tabelle XIII. (Nach der Reichsstatistik von 1892.)

Kost und Wohnung.

Gruppen der Betriebe	Von je 100 Lehrlingen haben beim Prinzipal			
	Kost und Wohnung	nur Kost	nur Wohnung	weder Kost noch Wohnung
Deutschland	65,6	2,5	0,8	31,1
Nach Gebietsgruppen:				
Nordostdeutschland	69,4	2,8	0,8	27
Nordwestdeutschland	68,4	2,1	0,7	28,8
Mitteldeutschland	63,9	1,5	0,8	33,8
Süddeutschland	47,1	3,2	0,9	48,8
Nach Ortsklassen:				
Großstädte	32,5	2,5	0,8	64,2
Mittelstädte	64,5	3,2	0,9	31,4
Kleinstädte	91,5	1,4	0,9	6,2
Nach d. Größe d. Betriebe:				
Betriebe mit 1 Hülfsperson . .	80,1	2,8	0,3	16,8
" " 2 od. 3 Hülfspersonen	77,6	2,3	0,6	19,5
" " 4—9 " .	60,7	2,9	1,1	35,3
" " 10—19 " .	25,4	2,2	0,5	71,9
" " 20 u. mehr " .	11,9	—	—	88,1
Nach Geschäftszweigen:				
Geschäfte m. frischen Nahrungsmitteln	86,1	5,6	—	8,3
" " haltbaren Nahrungsmitteln (Kolonialw.)	88,7	1	0,6	9,7
" " Tabak u. Cigarren .	45,5	6,8	—	47,7
" " Bekleidungsgegenständen	49,3	4,1	0,9	45,7
" " sonstigen Gebrauchsartikeln	37,9	3	0,9	58,2

Naturgemäß hat die Erhebung des Reichs von 1892 das Hauptgewicht auf die Frage legen müssen: Wird dem Lehrling Kost und Wohnung seitens des Prinzipals gewährt oder nicht? Nebensächlich

Digitized by Google

sind die Untersuchungen, ob nur eins von beiden gewährt wird, also nur Kost oder nur Wohnung. Diese Untersuchungen ergeben nur ganz niedrige relative Zahlen; Kost wird noch öfter allein gewährt als Wohnung. Fast zwei Dritteile der Lehrlinge im Deutschen Reiche, nämlich 65,6 %, haben beim Prinzipal Kost und Wohnung, es herrscht hier also noch die gute alte Sitte; 2,5 % haben nur Kost, 0,8 % nur Wohnung und 31,1 % der Lehrlinge erhalten weder Kost noch Wohnung. Diese Durchschnittszahlen finden sich auch mit nur geringer Abweichung in den einzelnen Gebietsgruppen mit Ausnahme von Sachsen, wo nur 56,7 %, und von Süddeutschland, wo nur 47,1 % der Lehrlinge Kost und Wohnung haben. In Süddeutschland giebt es also mehr Lehrlinge ohne Kost und Wohnung als solche mit freier Station. Ein bedeutender Unterschied zeigt sich auch in den Ortsklassen. In den Großstädten, wo die Haushaltungen und Wohnräume für Lehrlinge sehr kostspielig sind, wo auch für Gelegenheiten zur Unterkunft und Speisung von jungen Leuten mehr gesorgt ist, erhalten nur 32,5 %, in Berlin sogar nur 30 % der Lehrlinge Kost und Wohnung, in Mittelstädten sind es 64,5 % und in Kleinstädten 91,6 %; in den kleinen Städten ist also das frühere patriarchalische Verhältnis zwischen Prinzipal und Lehrling am häufigsten gewahrt. Hinsichtlich der Größe der Betriebe gilt die Regel: Je größer die Betriebe, desto seltener auch Kost und Wohnung im Hause des Prinzipals; wir finden bei Geschäften mit 1 Hülfsperson 80,1 % und bei solchen mit 20 und mehr Hülfspersonen nur 11,9 % der Lehrlinge mit Kost und Wohnung. Die Großbetriebe sind also nur in seltenen Fällen darauf eingerichtet, dem Lehrling freie Station zu gewähren. Die verschiedenen Geschäftszweige beobachten in dieser Frage auch verschiedene Haltung. In der Nahrungsmittelbranche sind es 87 % mit Kost und Wohnung und 13 % ohne dieselben, während die übrigen Geschäftszweige mit je 50 % sich hierin fast die Wage halten.

Nach der Erhebung von 1892 erhalten in Sachsen 56,7 % der Lehrlinge Kost und Wohnung beim Prinzipal, in den deutschen Großstädten und Mittelstädten 32,5 % bezw. 64,5 %. Bei den 873 Lehrlingen, die 1898 befragt wurden, wurden folgende Beobachtungen gemacht: 20 % derselben wohnen beim Prinzipal und 80 % entweder zu Hause oder in Pension. Diese sehr niedrige Prozentzahl für die ersteren ist lediglich Leipzig zu verdanken, in Leipzig finden wir nur 5 % der Lehrlinge in Kost und Wohnung beim Prinzipal. Zwischen Leipzig und Dresden herrscht hierin ein ganz bedeutender Unterschied,

Digitized by Google

Tabelle XIV.

Kost und Wohnung nach 1898.

Ort	Anzahl der Lehrl.	Kost und Wohnung haben					
		beim Prinzipal		nicht beim Prinzipal, sondern			
				bei den Eltern		in Pension	
		absolut	relativ %	absolut	relativ %	absolut	relativ %
Dresden	220	87	39	107	49	26	12
Leipzig	523	24	5	437	83	62	12
Großstädte . . .	743	111	15	544	73	88	12
Mittelstadt Freiberg	130	62	48	55	42	13	10
Zusammen	873	173	20	599	69	101	11

Dresden hat 39 % mit freier Station. Aus diesen verschiedenen Verhältnissen erklärt sich auch der auffallende Unterschied in der Dauer und dem öfteren Vorkommen der Mittagspausen. Auffallend wenige Lehrlinge sind in Pensionen untergebracht. Freibergs Verhältnisse sind der Größe der Stadt entsprechend, 48 % wohnen beim Prinzipal und 52 % erhalten Kost und Wohnung zu Hause.

Tabelle XV (1898).

Kost und Wohnung und Größe der Betriebe.

Größe der Betriebe	Von den Lehrlingen haben Kost u. Wohnung			
	beim Prinzipal		nicht beim Prinzipal	
	absolut	relativ %	absolut	relativ %
Betriebe ohne Gehülfen . . .	50	29	53	7
" mit 1 Gehülfen . . .	47	27	95	14
" " 2 oder 3 Gehülfen	54	31	153	22
" " 4—9 Gehülfen . .	18	10	196	28
" " 10—19 Gehülfen .	3	2	104	15
" " 20 u. mehr Gehülfen	1	1	99	14
	173	100	700	100

Es ist weiter untersucht worden, ob die Größe des Betriebes von Einfluß auf das Wohnungs- und Kostverhältnis der Lehrlinge ist. Das ist der Fall bei den Lehrlingen, die im Hause des Prinzipals Woh-

Digitized by Google

nung und Kost empfangen. Von diesen letzteren lernen allein 87 % in kleinen Geschäften, nur 13 % kommen auf die größeren Geschäfte mit 4 und mehr Gehülfen. Geringer ist der Einfluß auf die nicht beim Prinzipal Wohnenden, nur 7 % dieser Lehrlinge sind in Betrieben ohne Gehülfen thätig. In den übrigen Betrieben ist die Verteilung der Lehrlinge ohne freie Station eine ziemlich gleichmäßige.

5. Lehrgeld und Schulbesuch der Lehrlinge.

Tabelle XVI.

Lehrgeld und Schulbesuch nach 1892.

Gruppen der Betriebe	Von je 100 Betrieben	
	wird Lehrgeld gezahlt in	schicken die Lehrlinge in eine Fachschule
Deutschland	15	30,2
Nach Gebietsgruppen:		
Nordostdeutschland	8,9	19,1
Nordwestdeutschland	12,4	20
Mitteldeutschland	34,8	70,3
Süddeutschland	24,7	57,9
Nach Ortsklassen:		
Großstädte	12	32
Mittelstädte	16,7	34,5
Kleinstädte	13,7	20,3
Nach der Größe der Betriebe:		
Betriebe mit 1 Hülfsperson	16,8	25,6
" " 2 oder 3 Hülfspersonen	14,2	28
" " 4—9 Hülfspersonen	15,7	34,4
" " 10—19 Hülfspersonen	15,6	33,6
" " 20 und mehr Hülfspersonen	14,3	53,6
Nach Geschäftszweigen:		
Betriebe mit frischen Nahrungsmitteln	12,5	20,8
" " haltbaren Nahrungsmitteln (Kolonialwaren)	15,4	29,9
" " Tabak und Cigarren	11,8	29,4
" " Bekleidungsgegenständen	14,2	30,4
" " sonstigen Gebrauchsartikeln	15,7	29,3

Die Neuzeit hat das früher allgemein übliche Lehrgeld in den kaufmännischen Betrieben zum Teil abgeschafft. Der Prinzipal verzichtet auf diese Vergütung, weil der Lehrling seltener im Hause des Prinzipals Kost und Wohnung erhält. Allem Anscheine nach — es

Digitized by Google

läßt sich dies aus der Erhebung nicht herauslesen — wird heute nur dort Lehrgeld gefordert, wo der Lehrling freie Station hat. Es wird im Deutschen Reich nach der Erhebung von 1892 noch Lehrgeld gezahlt in 15 von je 100 Betrieben. Hierunter sind auch die Geschäfte mit gerechnet, in denen je nach Umständen Lehrgeld bezahlt wird oder nicht. Über die Höhe des Lehrgeldes werden keine Angaben gemacht. Auffälligerweise sind Nordost- und Nordwestdeutschland — Gebiete, die einen besonders konservativen Charakter in allen Lehrlingsverhältnissen zur Schau tragen — hier nur mit 8,9 und 12,4 % vertreten; Mittel- und Süddeutschland fordern viel häufiger noch Lehrgeld, ersteres in 34,8 % und letzteres in 24,7 % der Betriebe. In den Ortsklassen, Größenklassen und den verschiedenen Geschäftszweigen zeigen sich nur geringe Unterschiede von der allgemeinen deutschen Durchschnittszahl, nur Berlin hebt sich ab, man fordert hier Lehrgeld nur in 6,7 % der Betriebe. So liegen die Verhältnisse bezüglich des Lehrgeldes in den Ladengeschäften. Die Untersuchung über Lehrgeldverhältnisse bei der 1898er Umfrage ist unterblieben, weil an der etwas heiklen Angelegenheit vielleicht die ganze Umfrage gescheitert wäre.

Auch die Frage, ob der Lehrling eine kaufmännische Fachschule, bezw. Handelsschule besucht, ist in der Erhebung des Reichs von 1892 beantwortet worden. Der Wert einer fachlichen, theoretischen Ausbildung wird allgemein anerkannt, mag dieselbe nun *vor* der Lehrzeit in den höheren Abteilungen oder in den einjährigen Kursen der heutigen höheren Handelslehranstalten oder *während* der Lehrzeit in den Lehrlingsabteilungen der Handelsschulen geschehen. In Sachsen, das 43 Handelsschulen besitzt, strebt fast jede kleinere Stadt darnach, für die Kaufmannslehrlinge eine besondere Abteilung in den staatlichen, obligatorischen Fortbildungsschulen zu schaffen. In ganz Deutschland sind es nach der Erhebung von 1892 noch relativ wenig Betriebe, deren Lehrlinge eine kaufmännische Fachschule besuchen: von je 100 Betrieben schicken im Deutschen Reiche nur 30,2 Betriebe die Lehrlinge in eine Fachschule. Dieses ungünstige Resultat wird lediglich durch die arge Vernachlässigung der Handelsschulfrage in Norddeutschland, im Osten wie im Westen, bedingt; nur ungefähr 20 % der Betriebe gewähren daselbst ihren Lehrlingen die Wohlthaten einer Handelsschule. Sehr günstige Zahlen weisen dagegen Mitteldeutschland mit 70,3 % und Süddeutschland mit 57,9 % auf. Sachsen erreicht die relativ höchste Zahl von 91,7 %. Es ist allgemein bekannt, daß Sachsens Regierung der Pflege und Ausbildung der Fachschulen

Digitized by Google

stets ein reges Interesse und eine kräftige Förderung hat angedeihen lassen, und letztgenannte Zahl ist ein beredtes Zeugnis dafür. Auch der obligatorische Fortbildungsschulbesuch hat in Sachsen günstig eingewirkt. Nach Ortsklassen ist dieser Unterschied kein so bedeutender, nur die Kleinstädte heben sich wesentlich von den Mittel- und Großstädten ab; Kleinstädte 20,3 %, Mittel- und Großstädte ungefähr 33 %, Berlin liefert eine recht niedrige, relative Zahl, nur 27,4 %. In den größten Betrieben wird auch am häufigsten eine Fachschule besucht, von je 100 der größten Geschäfte mit 20 und mehr Hülfspersonen senden 53,6 ihre Lehrlinge in die Fachschule, von je 100 der kleinsten Betriebe nur 25,6. In den großen und größten Betrieben ist die Arbeitszeit keine so lange, als in den kleinen und mittleren Geschäften, es ist also Zeit für den Besuch einer Fachschule vorhanden, und die Gelegenheit, etwas Tüchtiges neben der praktischen Ausbildung zu lernen, wird seitens der Lehrlinge willig und gern ergriffen.

Mit Befriedigung kann man aus der Erhebung ersehen, daß der Fachschulunterricht nur selten an Sonntagen erteilt wird, wie es früher der Fall war; ungefähr 80—90 % der Lehrlinge besuchen die Fachschule an Wochentagen. Leider wird aber oft dieser Unterricht auf den Abend verlegt, auf eine Zeit, wo der Mensch nach angestrengter Tagesarbeit wohl noch kleine mechanische Verrichtungen besorgen kann, nicht aber aufgelegt ist zu angestrengter Geistesarbeit. Die Erhebung hat hierüber keine Auskunft gegeben. Wohl aber geben die schon früher erwähnten kaufmännischen Verbände in einem Berichte an die Kommission für Arbeiterstatistik ihre Beobachtungen und ihre Meinungen kund.*) Der Mannheimer Verband, der zu einer Hälfte aus Prinzipalen und zur anderen aus Gehülfen besteht und weit über 4000 Mitglieder zählt, berichtet: „Dagegen halten wir es für dringend notwendig, eine gesetzliche Bestimmung zu schaffen, wonach jeder Prinzipal verpflichtet ist, seinen Lehrlingen mindestens 3mal wöchentlich je 2 Stunden am Tage zum Besuche einer Fortbildungs- oder Handelsschule freizugeben. Der Tagesunterricht wird mehr Erfolg haben als der Abendunterricht, welcher an abgespannte, schlaftrunkene Schüler erteilt wird und welcher diese mit Rücksicht auf ihr jugendliches Alter viel zu früh des Nachts auf die Straße führt. Die schrankenlose Ausnutzung dieser jugendlichen Personen, wie sie jetzt gestattet und leider vielfach üblich ist, muß als ein schreiender Mißstand bezeichnet werden." Auch

*) Erhebung über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe. 2. Teil, S. 69 u. 70. Berlin 1894.

Digitized by Google

der große Hamburger Verband sagt: „Bekanntlich weist jeder am Tage erteilte Unterricht weit bessere Erfolge auf, als der Abendunterricht.“ Der kaufmännische Verein zu Hanau schreibt: „Nach Geschäftsschluß, am Abend, sind die Leute körperlich abgespannt und für alles Lernen und geistige Arbeit unempfänglich.“ Auch auf den Versammlungen des erst vor einigen Jahren gegründeten deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen ist oft geklagt worden, daß leider noch häufig die Kaufmannslehrlinge erst in später Abendstunde sich ihrer theoretischen Ausbildung in einer Fachschule widmen könnten. Es ist hier nicht der Ort, diese Frage noch weiter auszuführen, hierüber besitzen wir schon sehr ausführliche Arbeiten. Harry Schmitt hat über das Berliner und das deutsche kaufmännische Fortbildungsschulwesen reiches Material veröffentlicht. Außerdem berichtet Handelskammersekretär Dr. Dietrich in Plauen i. V. im Auftrage des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen auf Grund einer Umfrage über das kaufmännische Unterrichtswesen im Königreich Sachsen und in den Thüringischen Staaten.

Aus den vorstehenden Zusammenstellungen lassen sich folgende Hauptergebnisse ableiten:

Die günstigsten Verhältnisse für die Lehrlinge im Handelsgewerbe finden wir:

hinsichtlich der Arbeitszeit in Süddeutschland in den großen und größten Betrieben der großen Städte und zwar in den Betrieben mit Gebrauchsgegenständen;

hinsichtlich der Dauer der Lehrzeit in Süddeutschland in den großen und größten Betrieben der Großstädte;

hinsichtlich der Kost und Wohnung, wenn man auf dem Standpunkt steht, daß das frühere patriarchalische Verhältnis für den Lehrling vorteilhaft ist, in Nordost- und Nordwestdeutschland in den kleinen und kleinsten Nahrungsmittelgeschäften der kleinen Städte;

hinsichtlich des Lehrgeldes in den großen Städten von Nordost- und Nordwestdeutschland, und

hinsichtlich des Schulbesuches in Mittel- und Süddeutschland in den größten Betrieben der Mittelstädte und Großstädte.

Für die Fachbildung der Lehrlinge und für das Handelsschul- und Fortbildungsschulwesen überhaupt ist am besten im Königreich Sachsen gesorgt.

Digitized by Google

Die Erwerbsthätigkeit der Kinder unter 14 Jahren im Deutschen Reich.

Von **Max Schön** in Berlin.

Der Aufbau der deutschen socialen Gesetzgebung auf der Grundlage der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 hat sich in dem seitdem verflossenen Zeitraum von 17 Jahren mit verhältnismäßig großer Schnelligkeit und Intensität vollzogen. Man hat sich nicht damit begnügt, den Schutz der Arbeiter vor Alters-, Krankheits- und Betriebsgefahren in ausreichender Weise auszugestalten, vielmehr hat man auch besonderes Gewicht darauf gelegt, die Schutzbedürftigsten unter den Schutzbedürftigen, nämlich die Kinder und Frauen, vor der gewissenlosen Ausbeutung ihrer Körperkraft und vor etwaigen sittlichen Gefahren, die ihnen in Ausübung angestrengter Erwerbsthätigkeit unter gewissen Betriebsverhältnissen begegnen könnten, gesetzlich sicher zu stellen. Mit allen diesen gesetzlichen Neuerungen, welche zunächst das materielle Wohl der arbeitenden Klassen im Auge haben, wird sich auch die Aufbesserung der moralischen Verhältnisse vollziehen, deren unser Volk noch behufs Erfüllung seiner kulturellen Aufgaben bedarf. Denn die Wechselbeziehung zwischen physischem Wohlbefinden und sittlicher Stellung ist zu intensiv, als daß das eine ohne das andere von wirklicher Dauer sein könnte.

Wo hätte aber die Gesetzgebung in solchem Sinne besser und wirksamer eingreifen können, als auf dem Gebiet der Kinderarbeit? Denn will eine Nation ihren Fortbestand sichern, so kann sie das in erster Linie nur thun durch sorgfältige Pflege des Nachwuchses, dessen Wachstum nicht durch übermäßige Kraftanstrengungen, mit denen naturgemäß auch sittliche Ausschreitungen verbunden werden, verkümmert werden darf. In fortschreitender Erkenntnis dieser Wahr-

Digitized by Google

heit hat die Gesetzgebung seit 66 Jahren, allerdings in früher längeren, in der letzten Zeit kürzeren Zwischenräumen, sich mit der Regelung der Kinderarbeit befaßt. Im Jahr 1832 wurde den Kindern unter 6 Jahren die Fabrikarbeit verboten; dies wurde später auf Kinder unter 9 Jahren ausgedehnt und im Jahr 1854 auf Kinder unter 10 Jahren. Eine Erweiterung dieses Verbots fand alsdann auf Kinder unter 12 Jahren statt. Nach der neuen Fassung der Reichsgewerbeordnung vom 1. Juli 1891 dürfen Kinder unter 13 Jahren überhaupt nicht, solche unter 14 Jahren nur insofern beschäftigt werden, als sie nicht mehr schulpflichtig sind — was in einigen süddeutschen Staaten, z. B. Bayern und Württemberg, der Fall ist. Die Beschäftigung solcher Kinder in den Fabriken darf nur 6 Stunden im Tage währen. Durch Bundesratsbeschlüsse sind indessen für diese letztere Lizenz auch viele Ausnahmen gemacht. So dürfen Kinder unter 14 Jahren in den Cigarrenfabriken nur vom Fabrikherrn unmittelbar beschäftigt werden, nicht aber für Rechnung von Angestellten oder Arbeitern derselben. Die Beschäftigung von Kindern zur Fertigung von sogenannten Präservativs in den Gummiwarenfabriken ist verboten; ferner verbieten die bundesrätlichen Bekanntmachungen die Kinderarbeit in Schleifereien oder Glashütten, in Darren oder Cichorienfabriken, in Walz- und Hammerwerken, in Hechelräumen der Spinnereien, im Transport des Rohmaterials mittels schwerer Wagen, in Zuckerfabriken und Ziegeleien, auch sonst bei anderen gewerblichen Anlagen in Räumen, wo der Betrieb außerordentlich hohe Temperaturgrade erfordert.

Da mit solchen Bestimmungen die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in Fabriken sehr großen Beschränkungen unterworfen ist, verbleibt deren Erwerbsfähigkeit in der Industrie fast lediglich den Kleinbetrieben, event. werden sie in der Industrie mit Ausgeherdiensten und leichten Handlangerarbeiten beschäftigt, falls sie nicht als Lehrlinge in den Handwerkerbetrieb getreten sind.

Die Berufszählung von 1895 hat sich u. a. auch auf das Alter der ortsanwesenden Bevölkerung Deutschlands bezogen, und die Statistik war demnach in der Lage, die erwerbsthätigen Kinder in den einzelnen Berufsarten ihrer Zahl nach festzustellen. Auch konnte diese Feststellung auf die Stellung der Kinder im Beruf erweitert werden. Im allgemeinen ist das Ergebnis folgendes:

Es waren beschäftigt erwerbsthätige Kinder unter 14 Jahren in den Berufsabteilungen:

Digitized by Google

	männl.	weibl.	zusammen	in Prozenten männl.	weibl.	zusammen
A. Landwirtschaft	94 121	41 004	135 125	72,24	48,43	62,86
B. Industrie	30 618	7 649	38 267	23,50	9,03	17,80
C. Handel und Verkehr .	3 506	1 790	5 296	2,69	2,11	2,47
D. Lohnarbeit	325	1 487	1 812	0,25	1,76	0,84
E. Öffentlicher Dienst und freie Berufsarten . .	867	86	953	0,67	0,10	0,44
F. Dienstboten	848	32 653	33 501	0,65	38,57	15,59
Zusammen . .	130 285	84 669	214 954	100	100	100

Von den in der Industrie beschäftigten Kindern sind 392 in selbständiger Stellung und 208 als Angestellte erwerbsthätig. In der Landwirtschaft befinden sich unter den erwerbsthätigen Kindern 8 und im Handel und Verkehr 221 im Angestelltenverhältnis. Das Gros der in den genannten drei Berufsabteilungen erwerbsthätigen Kinder entfällt mithin auf die Arbeiterkategorie. In der Berufsabteilung öffentlicher Dienst und freie Berufsarten sind 536 Kinder als selbständig Erwerbsthätige, 358 in der Stellung als Angestellte, bezw. Gehülfen und nur 59 als Arbeiter vorhanden. Die selbständigen in der Industrie erwerbsthätigen Kinder sind Hausindustrielle der Gruppe Textilindustrie (34 männl. 276 weibl., 310 zusammen), Bekleidung und Reinigung (3 männl. 44 weibl., 47 zusammen), Holz- und Schnitzstoffe (4 männl. 18 weibl., 22 zusammen), Maschinen und Werkzeuge (4 männl. 6 weibl., 10 zusammen), Nahrungs- und Genußmittel (2 weibl.) und Papier (1 weibl.), während die Selbständigen der Berufsabteilung E. (siehe oben) ihrer größten Zahl nach zur Berufsart Musik, Theater, Schaustellungen aller Art gehören. Die „angestellten" Kinder unter 14 Jahren sind in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft als Volontäre thätig. In der Industrie verteilen sich die „angestellten" Kinder unter 14 Jahren auf alle Berufsgruppen und kommen hauptsächlich in der Gruppe Textilindustrie (57), Nahrungs- und Genußmittel (22), Holz- und Schnitzstoffe (22), Bekleidung und Reinigung (27), Metallverarbeitung (21) und Herstellung von Maschinen und Werkzeugen (18) vor. Dieselben sind Volontäre, Lehrlinge in den Betriebscomptoiren, Schreiber ꝛc. Das Handelsgewerbe weist 193 Angestellte unter 14 Jahren auf, welche meist im Waren- und Produktenhandel als Comptoirlehrlinge erwerbsthätig sind. Hat somit die Zahl der „angestellten" Kinder unter 14 Jahren mit der wirklichen Erwerbsthätigkeit nur wenig zu thun, da sie meist noch im Lehrverhältnis stehen und sich erst zum Beruf heranbilden, so trifft

Digitized by Google

dies für die große Zahl der als Arbeiter erwerbsthätigen Kinder schon nicht mehr in diesem Umfange zu. Diese Kinder stehen zum großen Teil in der That in erwerbender Thätigkeit, d. h. sie müssen sich ihren Unterhalt entweder direkt oder zum wenigsten indirekt selbständig erwerben, insofern sie mit ihrem Verdienst einen Anteil der Unterhaltskosten ihrer Familie bestreiten. Insbesondere ist hervorzuheben, daß die Lehrlinge in den Handwerksbetrieben sich bereits vielfach selbst erhalten, indem ihnen für ihre Lehrjahre Kost und Wohnung vom Lehrherrn gewährt wird. Die in dieser Weise erwerbsthätigen Kinder verteilen sich auf die Berufsgruppen folgendermaßen:

	männlich	weiblich	zusammen
I. Landwirtschaft ꝛc.	93 941	40 970	134 911
II. Forstwirtschaft und Fischerei	173	33	206
III. Bergbau, Hüttenwesen	580	128	708
IV. Industrie der Steine und Erden	3 024	478	3 502
V. Metallverarbeitung	4 717	402	5 119
VI. Maschinen, Werkzeuge	1 300	84	1 384
VII. Chemische Industrie	167	56	223
VIII. Forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe ꝛc.	45	20	65
IX. Textilindustrie	2 068	2 469	4 537
X. Papier	380	236	616
XI. Leder	821	41	862
XII. Holz- und Schnitzstoffe	3 230	214	3 444
XIII. Nahrungs- und Genußmittel	4 051	716	4 767
XIV. Bekleidung und Reinigung	4 473	2 121	6 594
XV. Baugewerbe	4 695	222	4 917
XVI. Polygraphische Gewerbe	650	42	692
XVII. Künstlerische Gewerbe	106	10	116
XVIII. Fabrikanten, Gesellen ꝛc. ohne nähere Bezeichnung	64	57	121
XIX. Handelsgewerbe	2 049	726	2 775
XX. Versicherungsgewerbe	2 234	734	2 968
XXI. Verkehrsgewerbe	246	23	269
XXII. Beherbergung und Erquickung	992	1 023	2 015
Dazu die Berufsabteilungen:			
Lohnarbeit, häusliche Dienste	325	1 487	1 812
Öffentlicher Dienst	26	33	59
Dienstboten	848	32 653	33 501

Digitized by Google

Der größte Teil der erwerbsthätigen Kinder entfällt hiernach auf die Landwirtschaft mit 1,65 % sämtlicher landwirtschaftlich Erwerbsthätiger. Es ist Thatsache, daß eine Anzahl derselben, nämlich rund 33 000, ihre Erwerbsthätigkeit im elterlichen Hause ausübt und somit an den Segnungen teilnimmt, welche das Familienleben mit sich bringt. Der größere Prozentsatz dieser Kinder jedoch steht völlig außerhalb jeden familiären Zusammenhangs und ist in der Jetztzeit, da das früher auf dem Lande allerorten übliche patriarchalische Verhältnis doch fast ganz geschwunden, allein auf die Gesellschaft der älteren Knechte und Mägde angewiesen, welche auf die Entwickelung des Charakters des Kindes und auf die sittliche Führung desselben einen nachhaltigen Einfluß hat. Nächst der Landwirtschaft hat die Abteilung Dienstboten die größte Anzahl Kinder aufzuweisen. Hier überwiegt das weibliche Geschlecht bei weitem das männliche, wie das in der Natur der Sache liegt. Die Kinder, welche in solcher Weise thätig sind, leben wenigstens im Familienbann ihrer Dienstherrschaft und stehen insofern besser da, wie die kindlichen „freien" Arbeiter. Sehr hoch ist der Prozentanteil (0,70) der Kinder unter 14 Jahren als Arbeiter in der Berufsgruppe Industrie der Steine und Erden. Der größte Teil der ersteren ist in der Ziegelfabrikation als Handlanger, Ziegelstreicher ꝛc. beschäftigt. In der Gruppe Maschinen und Werkzeuge sind 0,60 % aller Erwerbsthätigen Kinder unter 14 Jahren, darunter Uhrmacher-, Stellmacherlehrlinge. Die Textilindustrie beschäftigt 0,52 % aller Erwerbsthätigen als Arbeiter im Alter unter 14 Jahren, darunter 1137 Kinder in der Spinnerei und 2069 Kinder in der Weberei, von letzteren 647 als hausindustrielle Arbeiter. Sehr stark ist auch der Anteil der jugendlichen Erwerbsthätigen unter 14 Jahren in der Berufsgruppe Nahrungs- und Genußmittel. Hier sind 1919 Lehrlinge in der Bäckerei und 988 solche in der Fleischerei ausschlaggebend. Auch die Tabakfabrikation beschäftigt trotz der Eingangs genannten Beschränkung noch immer 333 männliche und 459 weibliche Kinder unter 14 Jahren. In der Gruppe Bekleidung und Reinigung sind 1223 Näherinnen unter 14 Jahren 1728 männliche und 426 weibliche Schneiderlehrlinge und 2013 Schuhmacherlehrlinge, sowie 447 Barbierlehrlinge in solchem Alter vorhanden. Soziale Bedenken dürften hier hauptsächlich der Beschäftigung der weiblichen Kinder im Alter unter 14 Jahren als Näherinnen zuzuwenden sein, insofern dieselben, wie die Näherinnen überhaupt, vielfach auf Stücklohn arbeiten und demzufolge häufig über die Grenze ihrer

Digitized by Google

Körperkraft angestrengt werden. Das Baugewerbe beschäftigt 2272 Kinder unter 14 Jahren als Maurerhandlanger bezw. -Lehrlinge, 617 in der Zimmerei, 895 in der Stubenmalerei und 565 in der Bauunternehmung. Ganz besonders die letztere und das Maurergewerbe bringen es mit sich, daß die körperlich noch unreifen Kinder den Unbilden der Witterung mehr ausgesetzt sind, wie dies im Interesse ihrer Gesundheit liegt. Die als Arbeiter im Waren- und Produktenhandel beschäftigten 2616 Kinder unter 14 Jahren sind meist Ausläufer, mit den niederen Arbeiten beschäftigte Hausdienergehilfen ꝛc., deren Thätigkeit nicht allzu schwer ist. Ausnahmen kommen immerhin vor, besonders was das Tragen schwerer Packete anbelangt. Durchaus ist die Beschäftigung jugendlicher Personen unter 14 Jahren in der Gruppe Beherbergung und Erquickung zu bemängeln. Zumal für die 1023 in den Schänken und Herbergen vielfach schon mit den Gästen in direkte Berührung kommenden weiblichen Kinder dient diese Beschäftigungsart vielfach als Vorschule zu späterem unmoralischen Lebenswandel, und in mancher Hinsicht sind die in Musik, Theater, Schaustellungen aller Art beschäftigten Kinder, von denen oben bereits die Rede war, diesen hinsichtlich der moralischen Gefahren des Berufs gleichzustellen. Zur Lohnarbeit wechselnder Art und zu häuslichen Dienstleistungen werden 325 Knaben und 1487 Mädchen unter 14 Jahren verwendet. Haben die Kinder in den meisten vorgenannten Berufszweigen wenigstens den einen Vorteil, daß sie, wenn auch zu frühzeitig, auf ihren späteren Lebenserwerb vorbereitet werden, so fehlt dies bei den letzteren vollständig. Ohne spezielle Fachkenntnis heranreifend, haben sie vom Leben nichts anderes zu erwarten, wie dauernde Abhängigkeit im dienenden Verhältnis, wenn sie später nicht vorziehen, ihre Beschäftigung mit der nicht minder aussichtslosen der Fabrikarbeiter zu vertauschen.

Die abstrakte Ziffer derjenigen festzustellen, welche schon im jugendlichen Alter infolge ihres allzu frühen Hinaustretens in das Erwerbsleben körperlich, geistig und moralisch degeneriert sind, läßt sich nicht feststellen. Die Kriminalistik giebt die Zahl der im jugendlichen Alter stehenden von 12 bis 18 Jahren an, welche hier nicht in Vergleich gezogen werden kann, und die Mortalitätsstatistik knüpft ihre Erhebungen nicht an die einzelnen Berufsarten an. Aber die praktischen Erfahrungen sprechen dafür, daß die Kinderarbeit gesetzlich noch weiter zu beschränken sein dürfte, wofür die Erhebungen der 1895er Berufsstatistik wohl sehr wichtiges Material liefern.

Digitized by Google

Die Gehe-Stiftung zu Dresden,

eine Hochschule für staatsbürgerliche Bildung.

Von Dr. Paul Scheven.

Die Regierung des modernen Staates stützt sich nicht mehr lediglich auf die Aktivität ihrer Beamten und die Passivität ihrer Bewohner, sondern auf die freudige Mitarbeit aller Bürger. Die Zeiten des Polizeistaats, in welchen nur kommandiert und pariert wurde, sind unwiederbringlich dahin. Mitraten und Mitthaten ist heute die Losung für die weiten Kreise, die durch das allgemeine gleiche Wahlrecht berufen sind, ihre Stimmen in unseren gesetzgebenden Körperschaften abzugeben. Nicht nur Reich und Staat, sondern auch Gemeinden und Kommunalverbände wenden sich an die Mitwirkung der erwachsenen Männerwelt. Die Rechtspflege ruft auch Laien zur Urteilsfindung in die Gerichtshöfe. Die Reichsgesetzgebung beruft sogar Arbeiter zu öffentlichen Vertrauensämtern als Beisitzer in die Gewerbegerichte, als Leiter und Berater in die Ortskrankenkassen, in die berufsmäßigen Schiedsgerichte und ins Reichsversicherungsamt. Eine weit verzweigte, unser ganzes soziales, politisches und wirtschaftliches Leben durchziehende Vereinsthätigkeit erschließt einem jedem die Möglichkeit, seine Energie im öffentlichen Interesse zu bethätigen. Von der Rednertribüne herab und in der Presse kann jeder Selbstberufene eine Gemeinde um sich scharen, die seinen Ansichten lauscht, und deren Impulsen er Richtung und Kraft zu geben vermag. Segen und Unsegen dieses freien Spiels der Kräfte hängt weniger von den guten und schlimmen Absichten der einzelnen Persönlichkeiten ab, die im öffentlichen Leben stehen, als vielmehr von dem Grade des Verständ-

Digitized by Google

nisses, welches dieselben von den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geschichtlichen Zusammenhängen und den gegenwärtigen Zuständen besitzen. Denn bei allem Widerstreit der Interessen, bei aller Verschiedenheit der Parteistellung der Einzelnen kann man doch von den meisten annehmen, daß sie von ihrem Standpunkt aus das Wohl der Gesamtheit zu vertreten glauben. Aber wo fließt der Born, aus dem man das verlangte, ja ersehnte Verständnis schöpfen könnte? Zeitungen und Flugschriften sind neben der eigenen Beobachtung die einzigen Berater für Tausende strebsamer Männer, denen das wissenschaftliche Quellenstudium verschlossen ist, denen das Material nicht erreichbar oder doch die Methode zu seiner kritischen Benutzung unbekannt ist. Wo sind zuverlässige Wegweiser im Labyrinth der volkswirtschaftlichen, sozialpolitischen, statistischen Litteratur? Mit dieser muß sich notgedrungenermaßen jeder, der Ersprießliches im öffentlichen Leben heute leisten will, bekannt machen. Der Beamte, dessen Thätigkeit häufig auf ein engbegrenztes Ressort beschränkt ist, läuft Gefahr ebenso einseitig zu werden, wie der Geschäftsmann oder der Arbeiter, der nur immer die Interessen seiner Klasse, die Verhältnisse seines Arbeitszweiges vor Augen hat. Dem Einen thut staatsbürgerliche Weiterbildung, dem Anderen staatsbürgerliche Ausbildung not. Die Leidenschaftlichkeit unserer heutigen Interessenkämpfe ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß Anführer und Gefolgschaft die engen Beziehungen zwischen den einzelnen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen nicht zu würdigen wissen. Zum Bewußtsein des Zusammenhanges der Interessen, die sich sehr oft nur scheinbar widersprechen, wird man freilich nicht durch unsere Tagesblätter und Volksversammlungen geführt, sondern nur ernstes und planvolles Arbeiten vermag ihn zu erkennen. Dieses planvolle Arbeiten ist aber für den, dem nicht das Glück einer wissenschaftlichen Ausbildung zuteil geworden ist, nicht nur stets dornenvoll, sondern auch oft erfolglos, da er leicht in falscher Richtung steuert oder auf Irrwege gerät. Der Bildungsdrang unserer nach politischer Reife ringenden Generation bedarf daher sachverständiger Führung. Dank den Anstalten und ihren Gründern, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, diese Lücke, die in unserem nationalen Erziehungswesen immer empfindlicher fühlbar wird, ausfüllen zu helfen!

Die Gehe-Stiftung in Dresden ist eine der wenigen Anstalten ihrer Art, die sich statutenmäßig als Zweck gesetzt haben, „Bildung zu verbreiten in Bezug auf Gegenstände, deren gründliches Verständnis zu gedeihlichem öffentlichen Wirken vonnöten ist.“ Die Mittel, deren

Digitized by Google

sich die Gehestiftung dazu bedient, sind so verschiedenartige, daß wir sie einzeln durchnehmen müssen. Im allgemeinen sei bemerkt, daß eine umfangreiche Bibliothek und ein reich ausgestatteter Lesesaal der öffentlichen Benutzung, abgesehen von einigen Wochen Sommerferien, das ganze Jahr hindurch frei steht. Im Winter finden an 4 Tagen in den Abendstunden, also wenn die Büreaus geschlossen sind und der geschäftliche Verkehr ruht, Vorlesungen statt, die in geschlossenen Cyklen einzelne Gebiete der Rechts- und Staatswissenschaften in akademischer Weise behandeln. Sechs Sonnabendabende werden großen öffentlichen Vorträgen gewidmet und ebensoviele Mittwochabende gehören staatswissenschaftlichen Diskussionen, dem sogen. Praktikum. Die Stiftung ist mit einem zahlreichen Verwaltungspersonal ausgestattet, an dessen Spitze der Geschäftsführer, der zugleich Bibliothekar ist, steht; ferner stehen zwei Dozenten, einer für Rechts- und Verwaltungswissenschaften und einer für die Staatswissenschaften (Volkswirtschaft, Finanzwissenschaft, Sozialpolitik und Statistik) in ihren Diensten. Den beiden zuletzt angeführten Herren liegt zum guten Teil die Abhaltung der Vorlesungen ob, dann aber auch die wissenschaftliche Beratung des in der Gehestiftung verkehrenden Publikums.

Alle Darbietungen sind unentgeltlich und jedermann zugänglich; nur den Frauen sind sie versagt, in der Annahme vielleicht, daß Damenbesuch dem staatswissenschaftlichen Dilettantismus Vorschub leisten könnte. Bevor wir die innere Organisation und die Entwickelungsgeschichte beleuchten und mit einigen Worten der Person des hochherzigen, weitschauenden Gründers gedenken, betrachten wir die Wirksamkeit im einzelnen, um ein Bild von der Großartigkeit des Plans zu gewinnen.

Der Wanderer, der seine Blicke nicht nur auf den Denkmälern der Geschichte und den Werken der Kunst ruhen lassen möchte, sondern sie auch auf die Einrichtungen der Gegenwart zu lenken wünscht, versäume nicht, in Sachsens Hauptstadt den stillen Winkel aufzusuchen, wo die Gehestiftung ihre gastlichen Räume seit dem 10. Januar 1885 geöffnet hat. Im Geist begleite mich der Leser dahin. An der Ausmündung der kleinen Brüdergasse gegenüber der Sophienkirche, absichtlich fern vom großstädtischen, geräuschvollen Verkehr hat sie sich dort in den beiden ersten Stockwerken zur Miete einquartiert. Der erste Saal, den wir betreten, ist vornehmlich der Bücherausgabe bestimmt. Um den lebhaften Bibliothekverkehr würdigen zu können, werfen wir zuerst einen Blick in die weitläufigen Zimmer, wo auf

Digitized by Google

hohen Regalen die Bücherschätze so zweckmäßig geordnet sind, daß binnen wenigen Minuten jeder verlangte alte Foliant, jede dünne Broschüre herausgelangt werden kann. Selten wird man solche reiche, vollständige Bücherei finden, die der staatsbürgerlichen Erziehung dienen soll. Alle ins Gebiet des öffentlichen Lebens einschlagenden Werke, gleichviel ob vergangenen Epochen angehörig oder das Allerneueste in Broschürenform bietend, ob ein kostspieliges vielbändiges Opus, vor dessen Anschaffung selbst mancher Fachgelehrte zurückschreckt, oder ob ein Zehnpfennigheftchen, das dem Arbeiter Belehrung bietet, alles ist vorhanden. Die gedruckten Kataloge führen sowohl die Bestände alphabetisch nach den Verfassern, wie rubriziert nach dem Inhalt auf. Um die fein durchgeführte Gliederung des umfassenden Gebietes zu veranschaulichen, seien die einzelnen Abteilungen angeführt:

A. Politische Hülfswissenschaften.

1. Encyklopädien, Wörterbücher, 2. Bibliographie und Bibliothekkunde, 3. Litteratur und Zeitungswesen, 4. Philosophie, 5. Geschichte, 6. Geographie und Statistik, 7. Bevölkerungswissenschaft, 8. Auswanderung und Kolonieen.

B. Staatswissenschaft.

9. Gesetzsammlungen, 10. Land- und Reichstagsakten, 11. Staatswissenschaftliche Zeitschriften und Sammelwerke, 12. Allgemeine Staats- und Gesellschaftslehre, 13. Rechtswissenschaft, 14. Staatsrecht, 15. Völkerrecht, 16. Praktische Politik, 17. Sozialpolitik, 18. Kirche, Kirchenrecht und Kirchenpolitik.

C. Verwaltung.

19. Allgemeine Verwaltung, 20. Bürger- und Heimatsrecht, 21. Armenwesen, 22. Polizei, 23. Gefängniswesen, 24. Gesundheitswesen, 25. Bau- und Straßenwesen, Städtereinigung, Feuerlöschwesen ꝛc., 26. Bildungswesen, 27. Kriegswesen.

D. Volkswirtschaft.

28. Nationalökonomie, 29. Finanzwesen, 30. Landwirtschaft, Grundeigentum und Grundkredit, 31. Forst- und Jagdwesen, Fischerei, 32. Bergbau, 33. Industrie und Fürsorge für Arbeiter, 34. Handel, Handelspolitik und Zollwesen, 35. Transportwesen, 36. Münzwesen,

Digitized by Google

37. Kredit- und Bankwesen, 38. Börse und Aktienwesen, 39. Versicherungswesen, 40. Sparkassen und Leihhäuser, 41. Genossenschaftswesen, 42. Ausstellungswesen, 43. Konsumtion und häusliche Ökonomie.

Die politischen Hülfswissenschaften umfassen	3 918	Katalognummern
Die Staatswissenschaften	=	14 268	=
Das Verwaltungswesen	=	10 866	=
Die Volkswirtschaft	=	16 527	=

Im Ganzen hatte die Bibliothek am Schluß des Berichtsjahres 1896/97 einen Bestand von 45 579 Werken. Da aber der Strom der Veröffentlichungen immer weiter flutet, so füllen sich auch die Behälter der Bücherei weiter und weiter. Das letzte Betriebsjahr wies eine Vermehrung von 2530 Arbeiten auf, das vorletzte sogar von 2641. Der jährliche Aufwand für die Buchlitteratur beträgt etwa 6500, für die Zeitschriften 2000 Mk.

Doch kehren wir ins Ausgabezimmer zurück, wo sich an jedem Werktag von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, und Montags bis Freitags auch nachmittags von 5—9 Uhr das lesseifrige Publikum einfindet. Der hohe Beamte wie der Gemeindeschüler, der Großkaufmann wie der Arbeiter findet hier passenden Bildungsstoff, denn neben den fachwissenschaftlichen Werken sind Reisebeschreibungen, neben den schwerverdaulichen theoretischen Studien volkstümlich geschriebene Bücher aus allen in Betracht kommenden Gebieten zu haben. Ein Jeder wird in der zuvorkommendsten Weise bei der Auswahl seines Lesestoffes beraten. Will man sich z. B. über die Wohnungsfrage, über die Wahlsysteme orientieren, so liegen bald Stöße der einschlägigen Litteratur vor einem. Keine schwierige Legitimation, keine Kaution, keine Gebühr ist zum Entleihen nötig, nur die Ausfüllung des Scheins. Der Bildungslust — keine Schranke! Vertrauen ist die beste Garantie, das hat sich hier seit den 12 Jahren des Bestehens bewährt. Das anschaulichste Bild, in welchem Umfang die verschiedenen Bevölkerungsschichten die Bibliothek benutzen, geben folgende Zahlen aus dem Bericht des letzten Jahres:

Digitized by Google

	Entleiher	entliehene Bücher	durchschnittl. pro Person entnommen
1. Rentiers und Pensionäre	57	357	6,26
2. Land- und Forstwirte	9	53	5,89
3. Kaufleute	240	1 436	5,98
4. Gewerbtreibende und Arbeitnehmer	223	1 375	6,17
5. Techniker	47	287	6,11
6. Verkehrsbeamte	60	279	4,65
7. Kanzleibeamte	271	1 510	5,57
8. Verwaltungsbeamte	51	319	6,25
9. Richter, Rechtsanwälte u. Referendare	69	508	7,36
10. Ärzte und Apotheker	21	165	7,86
11. Geistliche und Lehrer	142	1 191	8,39
12. Gelehrte und Schriftsteller	72	1 633	22,68
13. Studierende und Schüler	836	6 123	7,32
14. Künstler	12	35	2,92
15. Militärs	19	107	5,63
Summa	2129	15 378	7,22

Die rege Inanspruchnahme der Bücherei durch die jugendlichen Kreise (13), durch Gelehrte und Schriftsteller, durch die in Handel und Industrie Beschäftigten (3 und 4) und durch Geistliche, Lehrer und Kanzleibeamten lassen auf das steigende Interesse dieser Gruppen an öffentlichen Angelegenheiten schließen, wenn auch die Zahlen im Verhältnis zur Größe Dresdens und in anbetracht des Umstandes, daß die Anstalt ihren Wirkungskreis durchaus nicht auf Dresden beschränkt, als noch sehr steigerungsfähig gelten müssen. Immerhin, die steigende Würdigung der Anstalt seitens des Publikums drückt sich in der großen Zunahme der Bücherentleihungen seit Eröffnung aus. Das Jahr 1889/90 weist deren erst 1191 auf, das nächste schon 1796, das Jahr 1890/91 wieder erheblich mehr: 3420, das Jahr 1893/94 sogar 17 089, und das letzte Jahr etwas weniger, wie oben verzeichnet 15 378. Doch ist der Rückgang im Winter 1897/98 bereits wieder eingeholt.

Eine notwendige Ergänzung findet der Lesedurst des für öffentliche Angelegenheiten sich interessierenden Publikums im anstoßenden Lesesaal, den wir jetzt betreten. Eine schön ausgeführte Marmor-

Digitized by Google

büste des Gründers der Stiftung, des Kaufmanns Franz Ludwig Gehe, gereicht dem Raume zum würdigen Schmuck. Auf vier Tafeln sind die Zeitschriften und zwar alle Nummern des laufenden Jahrgangs ausgelegt. Tageszeitungen sind grundsätzlich ausgeschlossen, da sich die Anstalt objektiver Belehrung, nicht politischer Stimmungsmacherei widmet. Auf dem 1. Tisch liegen 39 Zeitschriften, die sich den Staatswissenschaften, der Litteratur und Politik widmen, darunter 3 in französischer, 5 in englischer Sprache. Der 2. Tisch gehört der Gesetzgebung und Verwaltung, die durch 44 deutsche Periodika vertreten ist. Während der Sessionen des Reichstages und des sächsischen Landtages kommen noch die stenographischen Berichte dieser Körperschaften dazu. Auf dem 3. Tisch finden 40 volkswirtschaftliche Blätter, darunter 3 französische, 5 englische und eine italienische ihren Platz. Die 39 periodischen Veröffentlichungen des 4. Tisches befassen sich mit Socialpolitik und Statistik, 3 sind französischen, eine englischen Ursprungs. Auf besonderen Plätzen liegen die neuesten Büchererwerbungen aus. Eine Reihe Nachschlagewerke, Gesetzessammlungen und Atlanten füllen ein ansehnliches Repositorium.

Der gesamte Personenverkehr, soweit er sich auf Bibliothek und Lesezimmer bezieht, ist seit dem Jahre 1886/87, in dem er 1639 Personen betrug, auf 20 527 angeschwollen, was in Anbetracht, daß Sonnabends Nachmittags und Sonntags die Räume geschlossen sind, dem Interesse des Dresdener Publikums ein gutes Zeugnis ausstellt.

Der untere Stock birgt noch den 100 Personen fassenden Saal für Vorlesungen und das Versammlungszimmer für den Stiftungsrat.

Eine Wendeltreppe führt uns in die oberen Räume.

Hier finden sich das Direktorialzimmer, die Sprechzimmer für die beiden fest angestellten Dozenten, ein Arbeitszimmer für solche Besucher, die unter Benutzung der litterarischen Hülfsmittel größere Arbeiten zu bewältigen wünschen.

Dieser Raum enthält außer den sechs bequemen Arbeitsplätzen einen großen Schrank zur Aufnahme von etwa 100 000 Zetteln, in welchem die fortlaufend angefertigten Nachweisungen über die wichtigeren Artikel der gehaltenen Periodika sachlich nach dem Fächerschema der Bibliothek geordnet, untergebracht sind. Ein Kassen- und Verwaltungszimmer und Bücherräume schließen sich noch an.

Die bereits erwähnten Vortragscyclen des Betriebsjahres 1896/97 wurden gebildet aus:

Digitized by Google

I. 10 Vorlesungen über Allgemeine Rechtslehre von Herrn Reg.-Rat Dr. Schanze, dem juristischen Dozenten;

II. 16 Vorlesungen über die Grundbegriffe der Nationalökonomie von Herrn Dr. Wuttke, dem staatswissenschaftlichen Dozenten;

III. 14 Vorlesungen über Völkerrecht von Herrn Reg.-Rat Dr. Schanze;

IV. 8 Vorlesungen über Allgemeine Finanzwissenschaft, mit Ausnahme der Steuerlehre von Herrn Dr. Wuttke;

V. 12 Vorlesungen über Arbeiterversicherung von Herrn Reg.-Rat Wengler aus Leipzig;

VI. 5 Vorlesungen über die Kunst des Städtebaues von Herrn Hofrat Dr. Gurlitt, Prof. an der Kgl. Technischen Hochschule.

Die Besuchsziffer erreichte bei I 965, bei II 1423, bei III 1198, bei IV 626, bei V 972, bei VI 689 Personen, also insgesamt von 5475 Personen. Durchschnittlich wurde also jeder der 83 Vorträge von 90 Personen besucht.

Die Hörer müssen, um das Recht zum Besuch zu erwerben, lediglich sich einschreiben lassen. Eine Gruppierung derselben nach dem Beruf ergiebt eine Beteiligung von: 37 Rentiers und Pensionären, 5 Land- und Forstwirten, 71 Kaufleuten und Fabrikanten, 55 Gewerbetreibenden und Arbeitnehmern, 35 Technikern, 13 Verkehrsbeamten, Kanzlei-, Rechnungs- und Exekutivbeamten, 170 Expedienten, 8 Verwaltungsbeamten, 9 richterlichen Beamten, Rechtsanwälten und Referendaren, 9 Ärzten und Apothekern, 38 Geistlichen und Lehrern, 11 Gelehrten und Schriftstellern, 45 Studierenden und Schülern, 2 Künstlern und 8 Militärs, zusammen von 516 Personen.

Die besonders zahlreiche Beteiligung von Kanzlei-, Rechnungsbeamten u. s. w. rührt daher, daß viele jüngere, im öffentlichen Subalterndienst angestellte Kräfte diese Vorträge zur Vorbereitung zu dem in Sachsen eingeführten Sekretärexamen benutzen.

Im laufenden Berichtsjahr fanden acht Cyclen statt. Herr Dr. Wuttke sprach über die Lehre von den Steuern (durchschnittlich 92 Hörer), über Münz- und Währungspolitik (70 Hörer), Herr Reg.-Rat Dr. Schanze über die Gesetze zum Schutze des redlichen Verkehrs (81 Hörer) über Strafrecht (61 Hörer), Herr Bezirksassessor Frhr. von Welck über die Gewerbegerichte (77 Hörer), Herr Dr. Schulze

Digitized by Google

an der Universität Leipzig über Agrargeschichte und Agrarpolitik (55 Hörer).

In früheren Jahren sind z. B. Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des sächsischen Schul- und Kirchenwesens, Geschichte der sächsischen Steuerpolitik behandelt worden, ferner das Bildungswesen fremder Staaten, die Arbeiterfrage, das Wechselrecht, die Urheberrechte, die Bevölkerungslehre, Armenwesen und Armenpflege, Auswanderung und Kolonialpolitik, Deutschland zur See u. s. w. Da die Zuhörerschaft wechselt, wiederholen sich natürlich einzelne Hauptfächer im Laufe der Zeit, aber doch nur in längeren Perioden als auf Universitäten, wo alljährlich vor einem gänzlich neuen Auditorium das nämliche Kolleg vorgetragen werden kann.

Wenn nun auch die Ausarbeitung der Vorlesungen in der Gehestiftung, die sich an ein zum Teil nicht akademisch vorgebildetes Publikum wenden, von der auf Universitäten üblichen abweicht, so stehen dieselben inhaltlich doch auf genau derselben Höhe, wofür ja schon die Qualifikation der Vortragenden bürgt, die entweder Dozenten von Fach oder hohe Verwaltungsbeamte sind.

An ein größeres Publikum, welches in einzelnen Fällen bis zu 1000 Köpfen anschwillt, wenden sich die allmonatlich an Wintersonnabenden stattfindenden Einzelvorträge, die für Dresden öfters geradezu die Bedeutung von Ereignissen erlangen, denn die Koryphäen der Wissenschaft, wie Sohm, Schmoller, Laband werden zu denselben berufen. Selbst Gelehrte von jenseits der Reichsgrenze, von Österreich und der Schweiz bieten der Zuhörerschaft ihr Bestes. Um die hier behandelten Gebiete zu charakterisieren sei erwähnt, daß Geheimrat Sohm über die Entwickelungsgeschichte des modernen Staates, Geheimrat Schmoller über die großstädtische Wohnungsnot, Dr. Jannasch über die deutsche Handelspolitik gesprochen hat. Seit einigen Jahren werden die Einzelvorträge in Form eines „Jahrbuchs der Gehestiftung" veröffentlicht. Der erste mit einem Stahlstichbildnis des Gründers geschmückte Band enthält die Vorträge über Gesetzgebung und Rechtsstudium der Neuzeit von Prof. Meili-Zürich, die Stellung des modernen Staates zur Religion und Kirche von Prof. Rieker-Leipzig, den gegenwärtigen Stand der Währungsfrage von Prof. Lexis-Göttingen und die Wandelungen der deutschen Reichsverfassung von Prof. Laband-Straßburg. Der zweite, eben erschienene Band bietet folgende Vorträge: Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung von Prof. Wolf, damals in Zürich; Die Entstehung

Digitized by Google

des modernen Japan von Prof. Rathgen-Marburg; einen Überblick über das neue Bürgerliche Gesetzbuch von Prof. Leonhard-Breslau; Die Entwickelung des französischen Kolonialreichs von Prof. Anton-Jena; Der Entwurf des neuen Handelsgesetzbuchs von Prof. Gierke-Berlin; Die Börsenreform von Prof. Lotz-München, und Die erwerbsthätigen Frauen im Deutschen Reich von Dr. Wuttke.

Die Besuchsziffer dieser Vorträge der beiden letzten Jahre erreichte eine Höhe von 2337 resp. 2959, deren berufliche Gliederung folgendes Bild bietet:

	Besuchsziffer 1896/97	1895/96
1. Rentiers, Pensionäre	270	227
2. Land- und Forstwirte	10	7
3. Kaufleute	514	310
4. Gewerbtreibende und Arbeitnehmer	520	578
5. Techniker	65	51
6. Verkehrsbeamte	52	32
7. Kanzlei-, Rechnungs- und Exekutivbeamte Expedienten	571	402
8. Sonstige Verwaltungsbeamte	147	161
9. Richterliche Beamte, Rechtsanwälte und Referendare	219	122
10. Ärzte und Apotheker	56	37
11. Geistliche und Lehrer	175	128
12. Gelehrte und Schriftsteller	84	131
13. Studierende und Schüler	179	109
14. Künstler	18	21
15. Militärs	79	21
Summa	2959	2337

Die sechs Vorträge des Winters 1897 brachten es zusammen auf eine Besuchsziffer von 3873.

Wenden sich die Einzelvorträge an die breite Öffentlichkeit, und werden die hier ausgesprochenen Gedanken wie Samenkörner auf ein weites Feld hingestreut, hoffend, daß eine reiche, wenn auch dem äußeren Auge unsichtbare Ernte aus ihnen hervorsprieße, so wendet sich das Statswissenschaftliche Praktikum dagegen an einen kleinen intimen Kreis regelmäßiger Besucher, der selten ein Dutzend übersteigt und der sich zumeist aus jüngeren Staats- und Kommunal-

Digitized by Google

beamten, Juristen, Geistlichen, einigen Geschäftsleuten und Litteraten zusammensetzt. Eröffnet werden die Abende durch den geschäftsführenden Direktor mit Bemerkungen über die ausgelegten neuen Erscheinungen auf staats- und gesellschaftswissenschaftlichem Gebiete. Dann folgt der Vortrag eines Mitgliedes, an den sich die von einem Dozenten geleitete Debatte schließt. Die Wahl des Themas ist jedem Einzelnen überlassen.

Da aber der Nutzen und die Anregungen, die von der Gehestiftung ausgehen sollen, nicht nur einem Orte, sondern dem ganzen Vaterland zu gute kommen sollen, so versendet nicht nur die Bibliotheksverwaltung in liberalster Weise Bücher nach auswärts, sondern es finden auch mitunter Vortragscyclen seitens der Dozenten der Stiftung in anderen Städten statt, so hat z. B. vor einiger Zeit Herr Reg.-Rat Dr. Schanze eine Reihe Vorträge mit bestem Erfolge über gewerbliches Urheberrecht in Chemnitz gehalten.

Werfen wir nun noch einen Blick auf die Fundamentierung und den inneren Ausbau der Gehestiftung, um zuletzt noch mit einigen Worten des Gründers selbst zu gedenken. Als Leitfaden dazu dient uns das interessante Vorwort zum ersten Band des Jahrbuchs,*) welches der langjährige Freund und Berater des Stifters, der gegenwärtige geschäftsführende Direktor der Gehestiftung, Herr Dr. Th. Petermann, verfaßt hat.

Zur Entfaltung der oben geschilderten reichen Wirksamkeit fließen die nötigen Mittel aus dem Stiftungsfonds von 2 Millionen Mark, welcher eine Rente von ungefähr 70 000 ℳ abwirft, wenn man die Verzinsung zu $3^1/_2$ % berechnet.

Dieser Einnahme steht folgendes Ausgabebudget gegenüber:

Lasten der Stiftung (Leibrenten-Steuern)	ℳ 5 220
Verwaltungskosten (Gehalt, Remunerationen bezw. Diäten für das gesamte Direktions-, Bureau- und Dienstpersonal)	= 14 470
Übertrag	ℳ 19 690

*) Jahrbuch der Gehestiftung. Bd. I. LVII u. 186 S. ℳ 4,—. v. Zahn & Jaensch, Dresden, enthält außer den Vorträgen: Lebensbild des Gründers. Geschichte und revidiertes Statut der Gehestiftung, einen Auszug aus dem Testament des Gründers und eine Aufzählung der Organe der Gehestiftung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung.

Digitized by Google

Übertrag	ℳ 19 690
Kanzleibedürfnisse, Drucksachen, Inserate, Porto . .	= 2 500
Lokal-Miete, Heizung, Beleuchtung u. s. w.	= 7 250
Vortragshonorare und Lehrämter	= 14 000
Bücher, Zeitschriften und Buchbinderkosten	= 10 000
Für den zweiten Stiftungszweck (siehe Statut) und Insgemein	= 9 170
Zur Vermehrung des Stiftungskapitals nach 10 % der disponiblen Reineinnahme	= 6 700
Summa	ℳ 69 310

Die Verwaltung des Stiftsvermögens, die Leitung und Verwaltung der Stiftung, die Festsetzung der Statuten u. s. w. ist dem 10gliedrigen Stiftsrat überlassen, welcher aus seiner Mitte den ersten, stellvertretenden und geschäftsführenden Direktor erwählt, außerdem aber unter dem Vorsitz zweier Mitglieder steht. Der Stiftsrat setzt sich (nach § 9 des Statuts) zusammen aus:

a) dem Vorsitzenden der vier erbländischen kreisständischen Korporationen,
b) den Bürgermeistern von Leipzig und von Dresden,
c) dem Landesältesten der Oberlausitz,
d) dem Ordinarius der Universität Leipzig für praktische Staats- und Cameralwissenschaften,
e) acht durch den Stiftsrat zu Erwählenden, von denen jedenfalls einer kaufmännische Erfahrung haben und einer dem Sachwalterstande angehören soll,
f) dem geschäftsführenden Mitgliede des Direktoriums und
g) zwei Vertretern des Lehrkörpers.

Sämtliche Mitglieder des Stiftsrats müssen im Königreich Sachsen wohnhaft sein.

Der Wunsch, die Stiftung mit möglichst starken Garantieen für die Förderung einer positiv-belehrenden, nicht einer negativ-kritischen Thätigkeit zu umgeben, ließ die obige Zusammensetzung des Stiftsrats, in dem die staatsmännisch-konservativen Elemente überwiegen, rätlich erscheinen.*)

Die Gehestiftung soll laut dem letzten Willen des Gründers einen

*) Über die Einzelbestimmungen hinsichtlich der Organisation und der Befugnisse berichten die 40 Paragraphen des „Revidierten Statuts der Gehe-Stiftung."

Digitized by Google

doppelten Zweck verfolgen. Sie will nicht nur „eine geeignete Vorbereitung und Ausbildung von Männern, welche sich dem Dienste der Gemeinden oder einer anderen öffentlichen Wirksamkeit widmen wollen, unterstützen", sondern sie will auch „Herren, welche ohne die Möglichkeit, für ihr Alter zu sorgen, bezw. mit Hintansetzung eigener Interessen ihr Leben in verdienstlicher Weise dem öffentlichen Wohl geweiht haben, beim Versagen ihrer Kräfte nach Umständen durch Aufnahme in ein zu begründendes Herrenstift — sei es eine Art modernes Prytaneum — oder nach Umständen durch Verleihung von Geldbenefizien vor Bedrängnis bewahren."

Den Gedanken, mit einer Hochschule für staatsbürgerliche Bildung gleichzeitig ein Prytaneum für Männer, die sich in selbstloser Weise um das öffentliche Wohl verdient gemacht haben, zu gründen, hatten die Lebensschicksale des Volkswirts Fr. List, des geistvollen Pioniers des Zollvereins und deutschen Eisenbahnbaues, in Gehe reifen lassen. Vorderhand ist diese Seite der Gehestiftung nur wenig in Wirksamkeit getreten, womit aber in keiner Weise zum Ausdruck gebracht sein soll, daß der Stiftsrat nicht auch nach dieser Richtung hin den Gedanken des Gründers gerecht zu werden sich vorgenommen hätte.

Der liberalen Gesinnung des Gründers ist es übrigens zu danken, daß er seine Schöpfung dadurch vor der Verknöcherung bewahrt hat, in die „Stiftungen" nur allzuleicht verfallen, daß er den Organen der Anstalt in keinerlei Weise den freien Spielraum zu ihrer Bethätigung beschränkt hat, „da veränderte Verhältnisse eine Veränderung in den Vorkehrungen und Einrichtungen bedingen können, welche nötig sind, um die dadurch zu fördernden Zwecke zu erreichen."

Ebensowenig wie Gehe es für gut fand, seine Willensvollstrecker innerhalb eines im voraus bestimmten Schemas festzubannen, ebensowenig war der Gedanke, ein derartiges Werk ins Leben zu rufen, wie durch eine Art Vision über ihn gekommen. Doch um die embryonalen Entwickelungsphasen seines Werkes zu verfolgen, ist es nötig, einen Blick auf das arbeitsvolle, aber reichgesegnete Leben Gehes zu werfen.*)

Franz Ludwig Gehe wurde als Sohn eines Landpfarrers am 7. Mai 1810 in der Nähe von Oschatz geboren, frühzeitig verwaist, nahm sich seiner ein Verwandter, der Hof- und Justizrat Dr. Winckler (Mitglied der Landesregierung) in Dresden, in der liebevollsten Weise

*) Ausführliches über Franz Ludwig Gehe siehe Jahrbuch der G.-St. Bd. I S. IXff. und „Bunte Bilder aus dem Sachsenland" Bd. II S. 63ff.: Franz Ludwig Gehe und die Gehe-Stiftung von W. Ch. Jahn.

Digitized by Google

an. Der wissenschaftlich und politisch angeregte Verkehr, der im Hause seines Pflegevaters herrschte, und eine treffliche humanistische Schulbildung hatten den Knaben mit Kenntnissen und Einsichten ausgestattet, die ihn weit über seine Altersgenossen hoben, als er vierzehnjährig nach Leipzig übersiedelte, um dort in die kaufmännische Lehre zu treten. Ein jugendlich reger Geist mußte damals gerade im Handelsstand reiche Nahrung finden, war es doch die Zeit, als der deutsche Verkehr zuerst seine Schwingen versuchte, als der Zollverein in der Luft lag und als die Lehren Adam Smiths in Deutschland Schule machten. Auch für einen nach Selbständigkeit dürstenden Charakter mußte die kaufmännische Laufbahn verlockend erscheinen. Aus eigener Kraft konnte er hier zu wirtschaftlicher Macht, die er in den Dienst des öffentlichen Interesses zu stellen wünschte, sich emporarbeiten.

Mit bescheidenen Mitteln ausgerüstet, gründete Gehe 1834 gemeinsam mit dem Pharmacenten Schwabe in Dresden eine Drogengroßhandlung. Die weitausschauenden Pläne Gehes, die darauf abzielten, eine großindustrielle Anstalt zu gründen, um die Drogen und pharmaceutischen Rohwaren derartig zu reinigen und zu sortieren, daß der Apotheker sie sofort verwenden könnte, ließen sich freilich noch nicht ausführen. Das Verhältnis beider Teilhaber löste sich wieder auf, doch gelang es Gehes unermüdlichem Fleiß, das Geschäft zu Ansehen und Blüte zu bringen. Nun konnte er auch daran denken, seine überschüssige Arbeitskraft im öffentlichen Leben, zuerst im Stadtverordneten-, dann im Ständesaal zu entfalten. Der Reform des städtischen Finanz- und Verkehrswesens und derjenigen der Zunftverfassung wendete er seine Hauptaufmerksamkeit zu. Seine Bemühungen für die Schaffung von Handelskammern fielen in Preußen auf fruchtbareren Boden als in Sachsen. Dann nahm ihn die Neuordnung der Elbzölle und -Schiffahrt in Anspruch. Mitten aus dieser ersprießlichen volkswirtschaftlichen Wirksamkeit riß ihn die Revolution von 1848, deren Radikalismus ihm, dem Altliberalen, zuwider war. Nach zehnjähriger geschäftlicher Zurückgezogenheit trat Gehe 1860 zuerst wieder an die Öffentlichkeit bei der Beratung des Handelsgesetzbuches, dessen Eisenbahnrecht er den Ansprüchen gemäß, die das öffentliche Interesse an die Verkehrsinstitute zu machen berechtigt war, zweckmäßiger zu formulieren suchte. Das Vertrauen des Handelsstandes berief Gehe wieder in die zweite Kammer, welche damals mit der Einführung der Gewerbefreiheit betraut worden war.

Die Notwendigkeit, dem Verständnis ökonomischer Tagesfragen in

Digitized by Google

weiteren als bloß kaufmännischen Kreisen Eingang zu verschaffen, war ihm bei seinen letzten großenteils erfolglosen Kämpfen klar geworden. Das Eisenbahn- und Zollwesen verlange Leute, die nicht nur büreaukratisch, sondern auch geschäftsmännisch vorgebildet, Handel und Gewerbe aber dafür wieder Männer, die nicht nicht nur die Routine des Comptoirs und die Kenntnis des geschäftlichen Betriebs, sondern auch Einsicht in die Staatsverwaltung besäßen, um öffentliche Angelegenheiten mit Erfolg behandeln zu können. So reifte in Gehe die Idee der Gründung einer „Commercial-Akademie" oder Handelshochschule, wie wir heute sagen würden. Sein Vermögen sollte nach seinem Tode als Stiftungsfonds Verwendung finden. Das Kuratorium sollte gebildet werden aus je einem Kommissar der volkswirtschaftlichen Abteilung des Ministeriums des Innern und der Verwaltungsabteilung des Finanzministeriums, einem Delegierten der Zoll- und Steuerdirektion, einem Delegierten der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, einem Deputierten des Stadtrats, je einem Deputierten der Provinzialhandelskammer und der Ortshandelskorporation, endlich dem Direktor und dem ältesten Lehrer der Anstalt.

Nach diesen Festsetzungen, die ins Jahr 1865 fallen, nahm das Geschäft Gehes Thätigkeit ausschließlich in Anspruch. Durch Eintritt eines wissenschaftlich pharmaceutisch gebildeten Verwandten, des Herrn Dr. R. A. Luboldt, kam der schon vor etwa 30 Jahren gefaßte Plan einer „Drogen-Appreturanstalt" zur Ausführung. Die Kriege von 1866 und 1870/71, die Gründerzeit und der große Krach brachten manche harte Prüfung, aber das Unternehmen gedieh solchergestalt, daß Gehe, als er nach Jahren seinen letzten Willen revidierte, mit Freuden eine Erweiterung seines damals festgesetzten Planes faßte. Ganz besonders ist es den Vorschlägen des langjährigen Freundes Gehes und heutigen geschäftsführenden Direktors der Gehestiftung, Herrn Dr. Petermann, zu danken, daß die Commercial-Akademie zu einer Hochschule für staatsbürgerliche Bildung auswuchs, deren Wirksamkeit ich oben geschildert habe. (Daß der Gedanke der Gründung einer Commercial-Akademie auch heute noch seine volle Berechtigung hat, beweisen die Bemühungen, welche heute dem gleichen Ziele zustreben.)

Am 22. Juni 1882 schloß ein sanfter Tod Gehes Augen zu ewiger Ruhe. Ein Bahnbrecher für die wissenschaftliche Grundlegung seines Gewerbezweiges, war Gehe nicht weniger ein weitschauender Vorkämpfer edlen Bürgersinnes, welcher über sein Grab

Digitized by Google

hinaus auf Generationen segensvoll einwirken wird. Über der Gruft dieses Mannes aus eigener Kraft steht sein Wahlspruch, der gleichzeitig christlichen Sinn und unermüdliches Streben ausdrückt:

Wir sterben, um zu leben.

Nach mannigfachen schwierigen Verhandlungen wurde die Gehestiftung am 10. Januar 1885 feierlich eröffnet. Im Publikum war ob der gewagten Neuerung viel Kopfschütteln gewesen. Noch am letzten Tag vor der Einweihung konnte man die Bemerkung hören: „Wie kann man nur so etwas Unpraktisches unternehmen! Da kommt ja kein Mensch hin!“ Und wenige Tage darauf, als nach Eröffnung der Kurse das hundert Zuhörer fassende Lokal sich als unzureichend erwiesen hatte, hieß es in den Zeitungen: „Wie kann man nur so unzulängliche Vorkehrungen treffen! Das war doch vorauszusehen, daß die Wißbegierigen sich in Schaaren einstellen würden!“

Möge die Schöpfung des schlichten Bürgers als leuchtendes Beispiel unsere Staaten, unsere Gemeinden, unsere Reichen anfeuern zu gleichem Opfersinn!

Gehet hin und thuet das Gleiche!

Digitized by Google

Deutsche Arbeitsstätten in ihrer Fürsorge für das Wohl der Arbeiter.

1. Die Arbeits- und Wohlfahrtseinrichtungen bei den Werften und in der Torpedowerkstatt der Kaiserlichen Marineverwaltung.

Einer Anregung des Reichstagsabgeordneten Roesicke ist es zu verdanken, daß der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, nunmehrige Staatsminister Tirpitz dem letzten Reichstag eine „Statistik über die Arbeitslöhne, die Arbeitszeit und die Arbeitsruhe des in den Marinebetrieben beschäftigten Personals, sowie über die Durchführung der Socialgesetzgebung im Bereiche der Verwaltung der Kaiserlichen Marine und die daselbst vorhandenen Wohlfahrtseinrichtungen" vorgelegt hat (Nr. 55 der Drucksachen des Reichstages, 9. Leg.-Periode, V. Session 1897/98, 35 Seiten). Hinsichtlich der Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen der Kieler Marineanlagen findet der vorgenannte offizielle Bericht eine erwünschte Ergänzung durch die von der Stadt Kiel 1896 herausgegebene Festschrift: „Kiels Einrichtungen für Gesundheitspflege und Unterricht", deren Abschnitt XII eine vom Korvetten-Kapitän Harms abgefaßte Darstellung „der wichtigsten Einrichtungen zur Gesundheitspflege und Wohlfahrt für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft in Kiel und der Torpedowerkstatt in Friedrichsort" enthält. Beide Druckschriften gehören nicht der gewöhnlichen Marktlitteratur an, sie sind zunächst für engere Kreise, erstere für die Mitglieder des Reichstages, letztere für die des „Vereins für öffentliche Gesundheitspflege" bestimmt. Wir erachten es bei der Wichtigkeit der Materie daher für die Aufgabe des „Arbeiterfreund", auch weiteren Kreisen, die berechtigtes Interesse an mustergültigen Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen haben, von den einschlägigen Einrichtungen der größten deutschen Staatswerkstätten eingehendere Kenntnis zu geben.

Digitized by Google

a) Anzahl der Beamten und Arbeiter der Kaiserlichen Marineverwaltung, deren Gehalte, Besoldungen, Löhne und Arbeitszeit.

Das Beamten- und Aufseher-Personal der Kaiserlichen Werften und der Torpedowerkstatt bestand am 30. November 1897 aus 1785 Köpfen und zwar nach den einzelnen Kategorieen aus 226 Beamten der Haupt- und Ressortbüreaus, von welchen 216 bis 8 Stunden, 3 bis 9 Stunden und 7 bis 10 Stunden tägliche Dienstdauer haben; aus 228 Beamten der Betriebsbüreaus, von welchen 198 bis 8 Stunden, 2 bis 9 Stunden, 28 bis 10 Stunden tägliche Dienstzeit haben; aus 239 Beamten der Zeichenbüreaus, von denen 233 bis 8 Stunden und 6 bis 10 Stunden tägliche Dienstzeit haben; aus 103 zum militärischen Aufsichtspersonal gehörigen Personen, von denen 49 bis 8 Stunden und 54 bis 10 Stunden tägliche Dienstzeit haben; aus 299 Werkstattsbetriebs-Personen, von denen 6 bis 8 Stunden, 279 bis 10 Stunden, 13 bis 11 Stunden und 1 bis 12 Stunden tägliche Dienstzeit haben; aus 212 Personen im Außenbetriebe, von denen 3 bis 8 Stunden und 209 bis 10 Stunden tägliche Dienstzeit haben; aus 144 Personen im Magazinbetriebe, von denen 2 bis 8 Stunden und 142 bis 10 Stunden tägliche Dienstzeit haben; aus 85 Personen für Dampffahrzeuge, Docks, Bagger u. s. w., welche eine tägliche Dienstzeit von 9—10 Stunden haben; aus 17 Pförtnern und Wächtern, von denen 2 täglich bis 8 Stunden, 6 bis 10 Stunden, 1 bis 11 Stunden und 8 bis 12 Stunden Dienstzeit haben; aus 97 Hausdienern und Boten, von denen 2 bis 8 Stunden, 2 bis 9 Stunden, 92 bis 10 Stunden und 1 bis 12 Stunden tägliche Dienstzeit haben; aus 76 im Liegerdienst Angestellten, welche eine 10stündige tägliche Dienstzeit haben, jedoch noch weitere 4—5 Stunden täglich auf den ihnen zur Bewachung überwiesenen Schiffen zubringen müssen; aus 4 im Schleusendienst Angestellten mit einer täglichen Dienstzeit von 10—11 Stunden; aus 46 Schutzmannschaften, von denen 1 täglich bis 8 Stunden, 1 bis 9 Stunden, 2 bis 10 Stunden und 42 11—12 Stunden Dienstzeit haben, sowie endlich aus 9 Brücken- und Hülfsbrückenwärtern mit einer täglichen Dienstzeit von 13—14 Stunden. Die Besoldungssätze für die außeretatmäßigen mittleren und unteren Beamten betragen für die Betriebs- und Verwaltungssekretariats-Applikanten 600—1440 Mk., für die technischen Sekretariats-Aspiranten 1500 bis 1800 Mk., für die Lotsen-Aspiranten 900—1100 Mk., für die tech-

Digitized by Google

nischen Hülfsarbeiter 2400—4500 Mk., für die Hülfszeichner 1320 bis 2160 Mk., für die Werk- und Schiffsführer 1500—1980 Mk., für die Hülfsschreiber und Hülfsaufseher 1020—1320 Mk., für die Maschinenwärter und Heizer 1450—1650 Mk., für die Schreiber bei den Fortifikationen 1350—1700 Mk., für die Fortwächter 1200 bis 1320 Mk. und freie Wohnung, für die Hülfsbrückenwärter 990 Mk.

Die Zahl der Arbeiter der Marineverwaltung belief sich am 30. November 1897 auf 13 580, sie bestand aus 11 965 eigentlichen Werftarbeitern bei den Kaiserlichen Werften in Danzig, Kiel und Wilhelmshaven (hierunter 9850 Werkstättenarbeiter, 585 Magazinarbeiter, 1094 Hofarbeiter, 293 Hafenbauarbeiter, 106 Feuerwächter und 37 Schleusenwärter und Arbeiter), aus 823 Torpedowerkstatt-Arbeitern in Friedrichsort, aus 112 Arbeitern in den Bekleidungsämtern (darunter 46 Werkstättenarbeiter, 62 Magazinarbeiter und 4 Hausdiener und Wächter), aus 50 Garnison-Verwaltungsarbeitern, aus 4 Arbeitern und 57 Arbeiterinnen in den Waschanstalten, aus 20 Magazinarbeitern der Verpflegungsämter, aus 5 Arbeitern und 6 Arbeiterinnen in den Lazaretten, aus 343 Arbeitern, 71 Arbeiterinnen und 38 Büreaudienern und Wächtern der Artilleriedepots und aus 81 Arbeitern und 5 Büreaudienern und Wächtern der Minendepots. Von den 13 580 Arbeitern arbeiten 13 387 in 9—10stündigen, 2 in 10—11stündigen, 5 in 11—12stündigen (Wächter), 8 in 13—14stündigen (Schleusenwärter) und 114 in 14—15stündigen Tagesschichten (die letztgenannten 114 sind Feuerwächter bei den Werften, resp. im Artilleriedepot), während 64 Arbeiter regelmäßig in Tag- und Nachtschichten von 8—12 Stunden beschäftigt sind. Im allgemeinen wird in die Arbeitszeit eine Frühstückspause von 15 Minuten eingelegt, welche meist in die Zeit zwischen 8 und 9 Uhr vormittags fällt. In einigen Betrieben besteht außer einer Frühstückspause aus betriebstechnischen Gründen noch eine Nachmittagspause. Für einige Betriebe bestehen keine festen Pausen, es ist dann gestattet, Erfrischungen auf den Arbeitsstellen einzunehmen. Für die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren sind die gesetzmäßigen Pausen festgesetzt. Überstunden werden grundsätzlich möglichst vermieden. Der Sonntagsdienst wird grundsätzlich vermieden und nur angeordnet, wo die Aufrechterhaltung eines geregelten Betriebes bezw. die fortlaufenden Heizungs- und Beleuchtungsarbeiten ihn unbedingt erfordern, oder bei besonders dringender Veranlassung. Hinsichtlich der Arbeitszeit bemerkt noch der Bericht des Staatssekretärs, daß dieselbe im Winter

Digitized by Google

an Arbeitsstellen, in denen der Feuersgefahr oder sonstiger Gründe wegen künstliches Licht nicht verwendet werden darf, rund 8 Wochen nur 9 Stunden, rund 6 Wochen nur 8 Stunden und rund 6 Wochen nur 7 Stunden beträgt. Die Tage- und Stundenlohnempfänger erhalten dann bei 7- und 8stündiger Arbeitszeit eine Winterzulage von 40 Pf. bezw. 20 Pf. für den Tag.

Eine Übersicht über die Tagesbesoldungen und Löhne der Gehülfen, Hülfsbediensteten und Arbeiter der Marineverwaltung ermittelt die Lohnbeträge in der Weise, daß die an die einzelnen Dienstgruppen im I. Halbjahr 1897/98 überhaupt gezahlten Lohnbeträge durch die Gesamtzahl der geleisteten Tagewerke geteilt sind. Sie ergeben daher den wirklichen, in einem Tagewerke von den Arbeitern durchschnittlich erzielten Verdienst. Akkordverdienst und Verdienst für etwa geleistete Überstundenarbeit ist mit eingerechnet. Außer Betracht geblieben sind etwa bezogene Krankengelder, sowie andererseits die am Arbeitslohn gekürzten Beiträge für die Krankenkassen und die Alters- und Invalidenversicherung. Das 300fache der Durchschnittssätze ergiebt den Jahresverdienst der einzelnen Arbeiter- 2c. Klassen.

Die so ermittelten Lohndurchschnittssätze für ein Tagewerk stellen sich für die einzelnen Arbeiter- 2c. Kategorieen, wie folgt:

Ausrüstungs- und Hafenbauhandwerker (Takler, Segelmacher, See- und Zimmerleute, Schleusenarbeiter, Maurer u. s. w.) Mk. 3,50;

Schiffsbauhandwerker (Schiffsbauer, Schiffszimmerleute, Schmiede, Schlosser, Tischler, Maler u. s. w.) Mk. 4,26;

Maschinen- und Torpedohandwerker (Maschinenbauer, Former, Kesselschmiede, Kupferschmiede, Metalldreher u. s. w.) Mk. 4,62;

Maschinenwärter, Kesselwärter, Heizer Mk. 3,53;

Wächter, Boten, Büreau- und Hausdiener Mk. 3,35;

Schreibkräfte (Hülfsarbeiter, Werkstattsmagazingehülfen, Lohnschreiber, Drucker u. s. w.) Mk. 3,83;

Handlanger Mk. 2,90;

Lehrlinge und Jungen Mk. 1,30;

Arbeiterinnen (Wäscherinnen, Flickerinnen) Mk. 2,16.

Digitized by Google

b) Krankenkassen, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter der Kaiserlichen Marineverwaltung.

Bei der Kaiserlichen Marine bestehen 3 Betriebskrankenkassen: die Betriebskrankenkasse der Marinestation der Ostsee, die der Nordsee und die der Kaiserlichen Werft Danzig. Zusammen genommen hatten durchschnittlich diese Kassen im Jahre 1896 eine Mitgliederzahl von 14 326 (darunter 43 freiwillige Mitglieder), eine Zahl, die sich mit der Gesamtzahl der Arbeiter ungefähr deckt. Die Erkrankungsfälle im Jahre 1896 betrugen 5813 (41 auf je 100 Mitglieder) mit 121 036 Krankheitstagen (für ein Mitglied durchschnittlich 8 Tage, für jeden Erkrankungsfall durchschnittlich 20,8 Tage). Die Zahl der Sterbefälle belief sich auf 132 (0,92 auf je 100 Mitglieder). Die Gesamteinnahmen der Krankenkassen pro 1896 beliefen sich auf 596 349,27 Mk., darunter 354 397,85 Mk. Beiträge der versicherungspflichtigen Mitglieder und 177 260,25 Mk. der Marineverwaltung. Die Gesamtausgaben der 3 Krankenkassen beliefen sich pro 1896 auf 550 145,72 Mk., darunter 96 101,01 Mk. für ärztliche Behandlung, 102 439,13 Mk. für Arzneien und sonstige Heilmittel, 180 228,30 Mk. für Krankengeld an Mitglieder, 6200,01 Mk. für Krankengeld an Angehörige, 11 295,55 Mk. für Wöchnerinnenunterstützungen, 38 069,22 Mk. für Sterbegelder, 36 138,50 Mk. für Verpflegungskosten in Krankenanstalten, 5 483,93 Mk. für Verwaltungsausgaben u. s. w. Die Krankenkassen der Marineverwaltung beanspruchen durchschnittlich einen Mitgliedsbeitrag von jährlich 24,74 Mk. und gewähren dafür ein Krankengeld in Höhe von 50—66⅔ pCt. des Tagelohns bei einer Beschäftigungsdauer des Versicherten bis zu 2 Jahren während 13 Wochen, bei einer Beschäftigungsdauer von 2—4 Jahren während 26 Wochen, von 4—6 Jahren während 39 Wochen und von über 6 Jahren während 52 Wochen. Die Familienangehörigen erhalten bei Erkrankungen freie ärztliche Behandlung, in Kiel und Wilhelmshaven auch freie Arznei und sonstige Heilmittel für die Dauer von 13 Wochen. Die Verwaltungskosten der Kassen werden von der Marineverwaltung bestritten. — Außerdem gewähren die Betriebskrankenkassen noch ¼ des durchschnittlichen Tagelohns an im Krankenhaus verpflegte Mitglieder, Wöchnerinnenunterstützungen an weibliche Mitglieder in Höhe des halben Tagelohnes auf 6 Wochen, an Ehefrauen der Mitglieder auf 14 Tage, pro Tag 1 Mk., Sterbegeld für Mitglieder mit dem 40fachen Betrage

Digitized by Google

des Tagelohns im Höchstbetrage von 80 Mk., sowie für Ehefrauen von Mitgliedern zu $^2/_3$ des vorgedachten Betrags und für Kinder bis zum Höchstbetrage von 30 Mk. — Beim Jahresabschluß 1896 hatten die 3 Krankenkassen ein Vermögen von 524 814,30 Mk.

Die Unfallversicherung der Marineverwaltung umfaßte im Jahre 1896 auf den 3 Werften Danzig, Kiel und Wilhelmshaven 14 282 Personen und erforderte einen Aufwand von 103 196,60 Mk. Die Zahl der Verletzten, für welche Entschädigungen festgestellt sind, betrug Ende 1896 354, von denen 79 im Jahre 1896 hinzugekommen waren. Von den Ausgaben 1896 entfallen auf Kosten des Heilverfahrens an 20 Personen 1623,53 Mk., Renten an 317 Verletzte 79 357,55 Mk., Beerdigungskosten für 8 Personen 838,69 Mk., Renten an 35 Witwen Getöteter 7045,90 Mk., Abfindung an 1 Witwe bei Wiederverheiratung 535,95 Mk., Renten an 81 Kinder Getöteter 9852,76 Mk., Renten an 10 Angehörige in Krankenhäuser untergebrachter Verletzter 559,98 Mk., Kur- und Verpflegungskosten für 13 Verletzte 1087,20 Mk., schiedsgerichtliche und andere Kosten 1596,04 Mk., allgemeine Verwaltungskosten 698,95 Mk.

Die Beiträge der Marineverwaltung für die Durchführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes beliefen sich im Etatsjahr 1896/97 auf 95 885,33 Mk.

c. Die Unterstützungs-, Hülfs- und Darlehnstassen der Marinearbeiter.

Die „Marinearbeiter-Unterstützungskassen", von denen bei jeder Werft (Kiel, Danzig, Wilhelmshaven) eine besteht, gewähren Unterstützungen in Fällen wirklicher Not und Hülfsbedürftigkeit an Arbeiter während ihrer Beschäftigung durch einmalige Unterstützungen bis zum Betrage von 100 Mk. (im Laufe des Rechnungsjahres höchstens zweimal an ein und dieselbe Person), als Invalidenunterstützung an Werkführer und Arbeiter, welche das 60. Lebensjahr erreicht, nach ihrer Entlassung, und zwar an laufender, bei einem Dienstalter bis 20 Jahren, an Werkführer monatlich 50 Mk., pro Jahr steigend um 3 Mk. monatlich, an Arbeiter bei gleicher Dienstaltersgrenze von monatlich 18—30 Mk. (je nach der Höhe des bezogenen Tagelohnes), pro Jahr steigend um 0,80—1,50 Mk. monatlich, an einmaliger bis zur Höhe von je 200 Mk. an solche Arbeiter und Werkführer, welche bei ihrer Entlassung hinsichtlich des Lebensalters und der Dienstzeit die vorgenannten Bedingungen nicht

Digitized by Google

erfüllen, als Witwenunterstützungen von mindestens 9 Mk. monatlich und endlich als Erziehungsbeihülfe von 3—6 Mk. monatlich für jedes Kind. Von den gewährten laufenden Invalidenunterstützungen, Witwenunterstützungen und Kindererziehungsbeihülfen werden die gesetzlich etwa zustehenden Renten ꝛc. in Abzug gebracht. Der Fonds der Unterstützungskasse wird gebildet durch Abführung eines vom Reichsmarineamt festgesetzten Prozentsatzes, der höchstens $2^1/_2$ pCt. der Remunerationen und Löhne der Werkführer, Arbeiter und Arbeiterinnen betragen darf, außerdem fließen der Kasse die Strafgelder, unerhobene Löhne, Geschenke und freiwillige Beiträge zu. Über die eingehenden Unterstützungsanträge werden die von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählten Vertrauensmänner gehört. Über einmalige Unterstützungen entscheidet — mit geringen Einschränkungen — der Oberwerftdirektor, über laufende der Staatssekretär des Reichsmarineamts. Von der Wirksamkeit der Unterstützungskassen wird man sich ein Bild machen, wenn man aus den der Denkschrift des Staatssekretärs beigegebenen 5 Tabellen zusammenrechnet, daß die Höhe der 1896 verausgabten Unterstützungsgelder sich auf 303 567,51 Mk. belief, von welcher Summe 215 151,51 Mk. auf laufende Unterstützungen an 1513 Erwachsene und Kinder und 87 425 Mk. an einmalige Unterstützungen an 1537 Personen entfiel. An den laufenden Unterstützungen partizipierten am Schluß des Etatsjahres 1896/97 296 Invaliden mit einem Gesamtbetrage von 79 291,32 Mk., also durchschnittlich für den einzelnen Fall mit 294,76 Mk., 635 Witwen mit einem Gesamtbetrage von 101 011,35 Mk., durchschnittlich pro Fall 159,07 Mk., 609 Waisen und Doppelwaisen (in 294 Familien untergebracht) mit einem Gesamtbetrage von 34 848,84 Mk., durchschnittlich pro Kind 57,22 Mk. Einmalige Unterstützungen waren im Jahre 1896 gewährt worden an 1257 aktive Arbeiter im Gesamtbetrage von 35 925 Mk., durchschnittlich pro Mann 28,58 Mk., an 89 Invaliden im Gesamtbetrage von 11 920 Mk., durchschnittlich 133,93 Mk., an 191 Witwen im Gesamtbetrage von 23 690 Mk., durchschnittlich 108,32 Mk. und außerdem an die beiden letztgenannten Kategorieen Weihnachtsunterstützungen im Gesamtbetrage von 18 890 Mk., durchschnittlich für den Fall 20,90 Mk.

Eine besondere Hülfskasse der Kaiserlichen Torpedowerkstatt in Friedrichsort ist 1892 für einmalige Unterstützungen und für Darlehne gegründet worden. Die Mittel dieser Hilfskasse wurden dadurch gebildet, daß die Arbeiter bis zu $^1/_4$ pCt. ihres Lohnes

Digitized by Google

in die Kasse einzahlen, die Torpedowerkstatt zahlt ebensoviel, als alle Arbeiter. Außerdem fließen der Kasse Strafgelder, nicht erhobene Löhne ꝛc. zu. Die Leitung der Kasse wird von 3 Vertretern der Torpedowerkstatt und von 4 vom Arbeiterausschuß gewählten Arbeitern geführt. In den 5 Jahren des Bestehens der Kasse sind rund 16 400 Mk. an Unterstützungen, rund 56 400 Mk. an Darlehen und 2400 Mk. für Krankenpflege (eine Krankenpflegerin für die in Friedrichsort und Umgegend vorhandenen Arbeiter wird aus den Mitteln der Hülfskasse besoldet) verausgabt worden. Eine weitere Darlehnskasse ist auf der Kaiserlichen Werft Kiel dadurch eingerichtet, daß aus dem Kantinefonds Arbeiter einen unverzinslichen Vorschuß in Höhe bis zu 50 Mk. erhalten können, der von ihnen in kleinen Raten — meist 2 Mk. alle 14 Tage — zurückgezahlt wird. Im Jahre 1896 sind 19 679 Mk. ausgeliehen worden. Die Benutzung der Pfandhäuser ist durch die Darlehnskassen wesentlich eingeschränkt worden.

d. Arbeiterwohnungen. Verpachtung von Kleingärten an Arbeiter.

Fiskalische Arbeiterwohnungen befinden sich in Wilhelmshaven, in Bant bei Wilhelmshaven und in Friedrichsort. Im Stadtgebiet Wilhelmshaven erbaute die Marineverwaltung 56 Häuser mit 440 Wohnungen, während in Bant 246 Einzelhäuser (229 mit je 2 und 17 mit je 4 Wohnungen) mit 526 Wohnungen errichtet wurden. Alle Wohnungen enthalten mindestens Stube, Kammer, Küche und Nebengelaß, die meisten enthalten noch eine Badestube. Mit Ausnahme von 6 in Wilhelmshaven liegenden, 24 Wohnungen enthaltenden Häusern ist sämtlichen Wohnungen ein Stück Gartenland zugeteilt. Die bauliche Instandhaltung der Wohnungen ist Sache des Hafenbauressorts. 68 Wohnungen sind an Beamte, meist Werkführer und Schutzleute, 895 an Arbeiterfamilien vermietet, sodaß etwa $^1/_6$ der Gesamtzahl der Arbeiter der Nordseestation fiskalische Wohnungen innehaben. 2 Wohnungen werden für Bureauzwecke verwendet. Da die Mietspreise in Wilhelmshaven von 8,75 bis 15 Mk., in Bant von 6,25 bis 12,50 Mk. monatlich betragen, auch größere Wohnungen Gelegenheit zur Aufnahme von Einlogierern (178 im Jahre 1896), sowie die Oberstuben der Wohnhäuser in Bant an kleine Familien (an 22 im Jahre 1896) in Aftermiete gegeben werden können, so kann man sich nicht darüber verwundern, daß der Bericht des Staats-

Digitized by Google

sekretärs erwähnt, daß „die Wohnungen fortdauernd stets alle besetzt sind".

In Friedrichsort, welches eine reine Marinekolonie bildet und deshalb nur wenige Privatbauten und geringe Wohngelegenheit für die Arbeiter bietet, wurde zunächst 1887 eine alte Kaserne für Arbeiterwohnungen umgebaut, seit 1891/92 jedoch eine richtige Arbeiterkolonie „Prieser Höhe" errichtet. Diese Kolonie besteht zur Zeit aus 40 Häusern mit zusammen 112 Wohnungen. Die Häuser respektive Wohnungen sind nach den der oben erwähnten „Festschrift" beigegebenen Tafeln außerordentlich zweckmäßig eingerichtet. 48 Wohnungen haben 5 Räume, 12 Wohnungen 4 und 52 Wohnungen 3 Räume einschließlich der Küche. Jede Wohnung hat eigenen Eingang, Abort, Boden- und Kellerraum, einen Stall für Brennmaterial und einen für Kleinvieh und ca. 250 qm Gartenland. Zu je 2 Wohnungen gehört eine Waschküche. Von den größeren Wohnungen kann eine, den Familienräumen ferner liegende Stube an je einen Einlogierer vermietet werden. Für die 5räumigen Wohnungen ist monatlich 16 Mk., für die 4räumigen 14 Mk. und für die 3räumigen 12 Mk. Miete zu entrichten. Aus der Mitte der Bewohner der Kolonie, die bei der steten Nachfrage nach Wohnungen notwendig vergrößert werden muß, werden Hausmeister gewählt, die für die Ordnung zu sorgen haben.

Hinsichtlich der Wohnungsfrage ist noch zu erwähnen, daß auf der Werft zu Wilhelmshaven sich eine Baracke, die sogenannte „Werftbude" befindet, in welcher 80, früher 100, verheiratete Arbeiter, deren Familien in den umliegenden Dörfern wohnen, in 4 Sälen Unterkommen finden. Diese Baracke ist stets voll belegt. Die Leute halten sich einen Koch und bestreiten alle Wirtschaftsausgaben gemeinsam. Alle 14 Tage nach der Lohnzahlung wird Abrechnung gehalten. Für jeden Raum ist ein Ältester vorhanden, der für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgt. Im Jahre 1896/97 beliefen sich die durchschnittlichen Tageskosten für Essen, 3 mal täglich Kaffee, Heizung, Beleuchtung u. s. w. auf 0,47 Mk. für den Mann. Zum Sonntag fahren die Leute sämtlich zu ihren Familien.

Von den dem Marinefiskus gehörigen unbenutzten geeigneten Ländereien verpachtet die Wilhelmshavener Werftverwaltung Parzellen von etwa je 400 qm an Werftarbeiter für Gartenkulturzwecke. Die Pacht beträgt jährlich 1 Pfg. pro Quadratmeter. Die Parzellen dürfen nur von den Selbstpächtern zum Gemüse- und Gartenbau

Digitized by Google

verwendet werden. Im Etatsjahr 1896/97 waren 83 Parzellen verpachtet

e. Speiseanstalten. Kantinen. Getränke-Verabreichung. Konsumanstalten. Sparanstalten. Kohlenbeschaffung.

Speiseanstalten, die von Vorständen, zu denen die Arbeiterausschüsse Vertreter wählen, geleitet werden und unter der Oberaufsicht der betreffenden Direktionen stehen, befinden sich in Danzig, Kiel, Wilhelmshaven und Friedrichsort. Die große Frequenz der Anstalten beweist, daß sie ihre Aufgabe: den Arbeitern kräftiges nahrhaftes Essen sowie Getränke — jedoch keine Spirituosen — für mäßige Preise bieten, erfüllen. Für mitgebrachtes Essen sind Wärmeöfen — für Kaffee auch Wärmevorrichtungen in den Werkstätten — vorhanden. Die Preise der Speisen und Getränke werden von der Werftverwaltung festgesetzt und zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Neu eintretenden mittellosen Arbeitern werden vorschußweise Speisemarken verabfolgt. Die Speiseanstalt Danzig ist verpachtet, die Pachtsumme dient zur Ausführung von Wohlfahrtseinrichtungen. Zeitungen, sowie Kataloge zu Volksbibliotheken liegen im Speisesaal aus. Die Speiseanstalt Kiel ist dem Wirt unentgeltlich überwiesen, sie wird täglich von ca. 400 Arbeitern besucht. Eine gute Portion Essen, bestehend in Suppe, Fleisch, Gemüse und Kartoffeln kostet 33 Pfg., ohne Suppe 25 Pfg., Kaffee und Milch die Portion 5 Pfg. In der Speiseanstalt Wilhelmshaven wird Mittagessen für 30 Pfg. und 50 Pfg. verausgabt. Frequenz 1896/97 durchschnittlich täglich 105 Personen, 345 Personen haben in der Anstalt mitgebrachtes Essen verzehrt. In der Speiseanstalt des Hauses „Erholung" in der Kolonie „Prieser Höhe" bei Friedrichsort werden (1896 durchschnittlich täglich 103) Mittagsportionen von 25—50 Pfg. verabfolgt. In einem besonderen Speisesaal im Eingangsgebäude der Torpedowerkstatt können 150 Personen ihr dortselbst erwärmtes, mitgebrachtes Essen verzehren. Der Saal ist stets voll besetzt.

Kantinen befinden sich in Danzig, Kiel, Wilhelmshaven und Friedrichsort. Die Kantinen sollen den Arbeitern ermöglichen, zur Frühstückszeit, über Mittag und abends gute Eßwaaren und Getränke — Spirituosen ausgeschlossen — billig zu erhalten. Auch über die Kantinen führt die betreffende Werftdirektion die Oberaufsicht, sie werden von einem Vorstand, in dem auch der Arbeiterausschuß vertreten ist, verwaltet oder verpachtet, die Pächter müssen außer der

Digitized by Google

Pacht für jede Flasche verkauften Bieres 1,2 (für Einfach) respektive 1,5 Pfg. (für Lagerbier) zahlen. Die Kieler Kantine ist zu einer Konsumanstalt erweitert. Zur Frühstücks- und Vesperzeit sind besondere, bequem gelegene Verkaufsstellen eröffnet. Die Überschüsse der Kantine werden ausschließlich für Arbeiterwohlfahrtszwecke, speziell für die Anschaffung guter Unterhaltungslektüre, verwendet.

Erfrischende Getränke werden im Sommer durch Wasser mit Zusatz von Citronensäure beschafft.

Konsumanstalten befinden sich in Danzig, Kiel und Friedrichsort. Die Aufsicht und Verwaltung wird in gleicher Weise wie bei den Speiseanstalten und Kantinen betrieben. Die Verabreichung der Waren erfolgt nur gegen Barzahlung. Die Wirksamkeit der Anstalten ist eine verschiedene. In Danzig beschränkt sich letztere auf den Verkauf von Kaffee, Reis, Erbsen, Speck, Kaffeeschrot, Tabak und Cigarren, die im Arbeiterspeisesaale von einem vom Wohlfahrtsausschuß dazu erwählten Arbeiter verkauft werden. Im Jahre 1896/97 betrug die Verkaufssumme gegen 3000 Mk. In Kiel ist die Konsumanstalt zu einer wirklichen Musteranstalt dieser Art ausgebildet. Der Wohlfahrtsausschuß der Kantine verfügt über die erheblichen Überschüsse zu Wohlfahrtszwecken. Der Ausschuß besteht aus 10 älteren Arbeitern, die von ihren wahlberechtigten d. h. mindestens 3 Jahre auf der Werft beschäftigten Mitarbeitern frei gewählt sind. Die Leitung der Verhandlungen des Ausschusses ist einem technischen Direktor der Werft übertragen, der jedoch kein Stimmrecht besitzt und nur die Aufgabe hat, die Wünsche der Arbeiter zu hören und über die Ausführbarkeit derselben mit ihnen zu beraten. Auf Wunsch und unter ständiger Mitwirkung dieses Wohlfahrtsausschusses sind seit 1891 (siehe „Festschrift" S. 217 ff) eine Darlehnskasse (s. oben!), eine Arbeiterbibliothek, Näh- und Handarbeitsstube, Unterstützungskasse für Schulbücherbeschaffung und Konfirmandenausstattung, Werft-Frauenverein, Auskunftsstelle für juristischen Rat, ein großer Arbeiterpark, ein Erholungshaus mit Turnhalle, ein Spielplatz für Lehrlinge und Kinder, ein Werftarbeiter-Musikkorps, eine Vermittelungsstelle für Frauenbeschäftigung u. s. w. geschaffen, respektive wesentlich gefördert worden. Auf einzelne dieser Anstalten kommen wir unten zurück. Außer den Verkaufsstellen für fertig zubereitete Kantinenwaren (Butterbrot, Wurst, Braunbier, Lagerbier, Kaffee) auf der Werft, unterhält die Konsumanstalt in Kiel, Ellerbeck und Gaarden Kolonial-, sowie Manufakturwaren- und Wäschegeschäfte. In letzteren

Digitized by Google

werden 30 Werftarbeiterwitwen und Frauen von Werftarbeitern mit Näharbeiten beschäftigt. In Friedrichsort ist die Konsumanstalt (das Warenhaus) nach dem „Lageplan" der Festschrift (S. 219) am östlichen Rande der Kolonie „Prieser Höhe" errichtet und als „Konsum-Sparanstalt" am 4. Oktober 1893 eröffnet worden. Neben den Konsumzwecken ist die Anstalt der Förderung des Sparsinnes der Torpedowerkstatt-Angehörigen gewidmet. Letztere Absicht wird dadurch erreicht, daß Konsumenten, welche ein tägliches Einkommen von 3 Mk. und darüber haben, monatlich 1 Mk., Konsumenten, die weniger Einkommen haben, monatlich 0,50 Mk. zu sparen haben und daß ihnen, sobald der Reservefonds die nötige Höhe erreicht haben wird, 50 pCt. des Gewinnes der Anstalt zugeschrieben und in Sparkassenbücher der Kieler Spar- und Leihkasse eingezahlt werden. 1896 betrug die Zahl der Mitglieder rund 200. 974 Mk. wurden als Gewinnanteil ausgezahlt, im ganzen wurden rund 3000 Mk. gespart. Die übrigen 50 pCt. des Gewinnes fließen in einen besonderen Fonds, welcher im ausschließlichen Interesse der Arbeiter der Torpedowerkstatt unter Leitung des Direktors und des Vorstandes der Konsumanstalt, dem 3 gewählte Arbeiter angehören, verwendet wird. Der Bericht des Staatssekretärs erwähnt, daß die Konsumanstalt sehr beliebt ist. „Sie kommt in erster Linie den Bewohnern der Kolonie „„Prieser Höhe"" zu gute, indirekt haben auch andere Personen Vorteile von ihr, weil sie als Preisregulator wirkt." — Eine weitere Spargelegenheit befindet sich auf der Kaiserlichen Werft in Danzig, woselbst eine Zweigstelle der Kreissparkasse „Danziger Höhe" errichtet worden ist, welche von einem Stadtmissionar verwaltet wird und die an den Lohnzahlungstagen entgegengenommenen Einlagen mit 3 pCt. verzinst. Von der Wirksamkeit dieser Kasse nimmt die Arbeitsbehörde keine Kenntnis.

Kohlenbeschaffung zu thunlichst billigen Preisen wird in Kiel durch Bereithaltung auf einem eigenen Lagerplatz durch die Kantinenverwaltung (1897 in den Monaten August und September ca. 600 t Stück- und Nußkohlen zum Preise von 0,80 Mk. für den Centner) erleichtert, in Wilhelmshaven wird der Winterbedarf an Kohlen durch eine gemeinsame Kohlenspar- respektive Sammelkasse (1896 wurden 950 t zum Preise von 17 655 Mk. beschafft) bewirkt. In Friedrichsort beschafft der Kantinenausschuß Kohlen und Holz (1896/97 : 1050 t Steinkohlen, 45 t Koks und 55 cbm Brennholz, bei einer Teilnehmerzahl von 354). Die Bezahlung findet durch Lohnabzüge in Raten statt, derart, daß die letzte Zahlung spätestens am 1. Mai des folgenden Jahres erfolgt sein muß.

Digitized by Google

f. Kinderbewahranstalten.

Sämtliche drei Werften besitzen Kinderbewahranstalten, von denen jedoch nur eine und zwar diejenige in Bant bei Wilhelmshaven ganz aus marinefiskalischen Mitteln erbaut und aus solchen und dem Schulgelde (monatlich 50 Pfennig bei einem Besuch von durchschnittlich 180 Kindern) unterhalten wird. Die Warteschule der Kieler Werft ist vom Marine-Werft-Frauenverein ins Leben gerufen und wird von Mitteln desselben und vom Schulgelde (monatlich 40—60 Pfennig, bei einem Besuch von durchschnittlich 120 Kindern) unterhalten. Die kaiserliche Werft Danzig hat eine Beaufsichtigung und Pflege der kleinen Kinder ihrer Arbeiter dadurch erreicht, daß dieselbe dem in Danzig und Langfuhr bestehenden „Verein zur Errichtung und Erhaltung von Kleinkinderbewahranstalten" eine Summe von 1000 Mark unter der Bedingung überwiesen hat, daß diejenigen Kinder von Werftarbeitern, welche die Anstalt besuchen, Anspruch auf unentgeltliche Teilnahme an allen für die Kinder vorgesehenen Einrichtungen haben.

g. Körper- und Gesundheitspflege.

Brausebäder und Wannenbäder für die Arbeiter befinden sich auf sämtlichen Werften sowie in Friedrichsort, ebenso werden im Sommer Seebäder, in Danzig durch Verabreichung von Fahrbillets zu ermäßigtem Preise für die Seebäder in Neufahrwasser oder Weichselmünde, in Kiel durch Errichtung eines zur unentgeltlichen Benutzung gebotenen Badeflosses für Schwimmer und Nichtschwimmer mit unentgeltlicher Beförderung der in Kiel wohnenden Benutzer, in Wilhelmshaven durch Verabreichung von Badekarten zum halben Preise für die Seebadeanstalten in Bant, in Friedrichsort durch unentgeltliche Benutzung der Seebadeanstalt (verbunden mit unentgeltlichem Schwimmunterricht für Kinder), geboten. Die Badeanlagen erfreuen sich einer regen Benutzung. Nach dem Bericht des Staatssekretärs wurden 1896/97 in Danzig 2000 Badekarten für Brausebäder des städtischen Volksbrausebades an die Werftarbeiter unentgeltlich verabfolgt, in Kiel wurden in der Werft-Badeanstalt (Brausebad 5 Pf., Wannenbad 10 Pf.) durchschnittlich täglich 18 Wannen- und 11 Brausebäder verabfolgt, in der Wilhelmshavener Werft-Warmbadeanstalt wurden 1896 8822 Bäder genommen, welche dort unentgeltlich verabreicht werden. Die die Einnahmen weit überragenden Ausgaben für die verschiedenen Badeanstalten werden teils aus fiskalischen Mitteln, teils aus den

Digitized by Google

Überschüssen der Kantinen-Verwaltungen bestritten. Waschein-richtungen, welche gern benutzt werden, sind sowohl in allen geschlossenen Werkstätten als auch nach Möglichkeit für äußere Betriebe angebracht. Zur Aufbewahrung der abgelegten Kleidungsstücke sind in allen technischen Instituten der Marine eine entsprechende Anzahl Aufbewahrungsräume und Schränke aufgestellt; an Arbeiter welche vorzugsweise mit schmutzigen Arbeiten beschäftigt werden, sowie in Gießereien, werden besondere Arbeitsanzüge verausgabt. — Verbandstationen, d. h. Räume für Anlegung von Notverbänden, mit Verbandmaterial ausgestattet, sind bei allen technischen Instituten vorgesehen. Ebenso ist ein Teil des Personals im Samariterdienst ausgebildet. Alljährlich werden neue Samariterkurse und Wiederholungskurse abgehalten. Auch bei kleineren, unbedeutend erscheinenden Verletzungen befolgen die Arbeiter mehr und mehr die gutgemeinte Vorschrift, sich in den Verbandstationen sachgemäß verbinden zu lassen. — Ein Werftkrankenhaus, welches auch die Angehörigen der Arbeiter aufnimmt, befindet sich in Wilhelmshaven. Das Krankenhaus kann 32 Personen, die Isolierbaracke 20 Personen aufnehmen. Außer dem leitenden Arzt sind 5 Pflegeschwestern angestellt. An Krankenpflegekosten werden für den Tag und Kopf für Mitglieder der Betriebskrankenkasse 1,50 Mark, für Angehörige 1,10—1,30 Mark erhoben. Im Betriebsjahre 1896/97 wurden im Krankenhause 234 Männer, 39 Frauen und 57 Kinder mit zusammen 9719 Behandlungstagen untergebracht. Das Krankenhaus wird erweitert. Gemeindeschwestern zur Ausübung der Kranken- und Wöchnerinnenpflege wirken in Bant und Friedrichsort; im übrigen wird diese Pflege von den Marine-Frauen-Vereinen in Danzig, Kiel und Wilhelmshaven bewirkt.

h. Bildungswesen und Geistespflege, Erholung und Geselligkeit.

Für den Fortbildungsunterricht der Lehrlinge zahlt der Marinefiskus das Schulgeld resp. leistet Beiträge zu den Unterhaltungskosten der Schulen, auf der Torpedowerkstatt in Friedrichsort ist eine eigene Fortbildungsschule eingerichtet. — Durch die Überschüsse der Kantinenfonds sind in Danzig, Kiel, Bant und Wilhelmshaven Bibliotheken für die Arbeiter errichtet, von denen die in Bant mit 800 Werken und 920 Bänden die umfangreichste ist. In Friedrichsort ist auf Kosten des Reichs-Marine-Amtes eine Bibliothek mit 1500

Digitized by Google

Bänden errichtet. Die Benutzung der Bibliotheken ist stark, in Friedrichsort werden wöchentlich im Sommer etwa 250, im Winter 400 Bände ausgeliehen, im letzten Jahre wurden dortselbst 16 000 Bände gewechselt. Das uns vorliegende gedruckte „Bücherverzeichnis der Unterhaltungs-Bibliothek der Kaiserlichen Torpedowerkstatt zu Friedrichsort" ist zweckmäßig nach Materien geordnet. — Eine Handarbeitsschule für 8—14 Jahre alte Töchter von Werftarbeitern befindet sich in Kiel, in dieser wird an zwei Nachmittagen der Woche 60—80 Kindern ein zweistündiger Unterricht durch 2 Lehrerinnen erteilt. Das Schulgeld beträgt vierteljährlich 1 Mark, für Unbemittelte weniger oder nichts. — Die Pflege von Jugend- und Volksspielen für Lehrlinge wird an den Sonntagen vom Frühjahr bis zum Herbst in Danzig, Kiel und Friedrichsort an geeigneten, eigens dazu erworbenen Plätzen und unter fachmännischer Leitung betrieben. Am Schlusse der Spielperioden werden Wettspiele mit Aussetzung von Prämien veranstaltet. Aus den Mitteln des Kantinenfonds hat die Kaiserliche Werft in Kiel ein 11 Hektar großes Grundstück sich erworben und dasselbe zu einem Park eingerichtet. Der Arbeiterpark liegt auf einer Anhöhe, die eine prächtige Aussicht auf den Hafen gewährt. Ein künstlich angelegter Teich giebt im Winter Gelegenheit zum Schlittschuhlauf. Der Bau eines Erholungshauses soll demnächst unter Mitwirkung eines aus Vertretern der Arbeiter gebildeten Wohlfahrtsausschusses in Angriff genommen werden. In diesem Park befindet sich auch der 10 000 Quadratmeter große Spielplatz für die Jugendspiele, welche oft durch die aus der Musikschule der Werftarbeiter herausgebildete 50 Mann starke Kapelle ergänzt und animiert werden. Festlichkeiten werden in harmonischer Weise öfter im Arbeiterpark abgehalten. Auch in Friedrichsort giebt es ein „Haus Erholung", welches in der Kolonie „Prieser Höhe" gelegen, die oben beschriebene Speiseanstalt, Lesezimmer und Kegelbahn enthält und in der Nähe des gemeinsamen Gartens, in welchem sich der Spiel- und Turnplatz befindet, liegt. Noch ist zu erwähnen, daß der Förderung des Bildungswesens durch Errichtung von Auskunftsstellen mit Hülfe für schriftliche Arbeiten und Festsetzung von Sprechstunden auf den verschiedenen Werften gedient ist und daß in Kiel die Werftdirektion mit einem Rechtsanwalt ein Abkommen getroffen hat, den Arbeitern Rechtsschutz durch Raterteilung in bestimmten Sprechstunden, zweimal wöchentlich, zu erteilen. Die Besprechung kostet 1 Mark, davon zahlt 50 Pfennig der Arbeiter, 50 Pfennig der Kantinenfonds. Diese Einrichtung hat

Digitized by Google

sich bewährt, zur gerichtlichen Klage kommt es selten. — Auch ein Treuelohn ist bei den Kaiserlichen Werften eingeführt; so erhielten am 15. Februar d. J. fünf und am 8. März d. J. zwei Arbeiter, welche auf eine 25jährige treue Arbeitszeit auf der Kieler Werft zurückblicken konnten, je ein Sparkassenbuch mit einer Einlage von 100 Mark ausgehändigt. — Ein Altersheim soll in Kiel nach Vollendung des oben erwähnten Erholungshauses errichtet werden.

Nach den vorstehend skizzierten weitgehenden Maßregeln für das körperliche und geistige Wohl der Marine-Arbeiter, welche dadurch noch mehr Wert erhalten, daß die ins Leben gerufenen Institutionen nicht ausschließlich aus den den Marinebehörden zur Verfügung gestellten öffentlichen Mitteln, sondern in vielen Teilen aus den ersparten Überschüssen der Arbeiterkantinen 2c., also aus den eigenen Ersparnissen der Arbeiter entstanden sind und weiter sich entwickeln, kann man wohl behaupten, daß es der Kaiserlichen Marine-Verwaltung gelungen ist, sich zu einer Musteranstalt in der Arbeiterfürsorge zu entwickeln.

P. Schmidt.

Digitized by Google

Der deutsche Schreiberstand.

Eine sociale Betrachtung von A. Ziesche-Kiel.

I. Die allgemeine Lage.

Während für die Verbesserung der Lage der Arbeiter, für Erhöhung der Gehalte der Lehrer, der Postunterbeamten u. s. w., schon so manche Lanze gebrochen worden ist, hat der Schreiberstand in den socialen Kämpfen der Gegenwart nur verschwindend wenige Fürsprecher gefunden, obgleich sich in demselben ein Stück sociale Not findet, welches leider bisher beinahe unbeachtet blieb.

In jüngster Zeit hat der preußische Justizminister an die Präsidenten der Oberlandesgerichte einen Erlaß gerichtet, welcher erfreulicherweise zeigt, daß die sociale Lage des Schreiberstandes bereits an maßgebender Stelle ein Interesse findet. In dem Erlaß wird folgendes angeführt:

„Seit Jahren werden von den Vertretern der sogenannten Büreauangestellten — der in den Büreaus von Rechtsanwälten, Notaren, Gerichtsvollziehern u. s. w. auf Grund privatrechtlichen Vertrages beschäftigten Personen — Klagen über ihre Berufsverhältnisse geführt. Dabei ist insbesondere hervorgehoben worden, daß die Angestellten beim Mangel entsprechender gesetzlicher Bestimmungen zwar ihrerseits in der Regel an eine monatliche oder noch längere Kündigungsfrist gebunden seien, selbst aber jederzeit ohne Kündigung entlassen werden könnten. Hierdurch gerieten sie angesichts der Gefahr, jeden Tag brotlos werden zu können, in ein entwürdigendes Abhängigkeitsverhältnis. Ferner wird behauptet, die Besoldung der Büreauangestellten sei vielfach, auch wenn diese bereits in vorgerückterem Lebensalter ständen, zum Lebensunterhalt ganz unzulänglich, die Arbeitszeit sei übermäßig lang. Sonntagsarbeit bilde die Regel und in vielen Fällen müsse durch Nebenarbeit, die zu Hause gefertigt werde, auf Kosten der Gesundheit die unzureichende Besoldung ergänzt werden. Auch würden für die in Rede stehende Beschäftigung, da der Andrang befähigter Söhne armer Eltern zu dem Schreiberberuf sehr groß sei, in besonders großer Zahl jugendliche Personen als Lehrlinge angenommen, diese aber

Digitized by Google

würden dann ausgenutzt, schlecht bezahlt und, wenn sie in ein Alter gelangt seien, das höhere Ansprüche an Besoldung berechtigt erscheinen lasse, entlassen, um durch neue Lehrlinge ersetzt zu werden. Wenn auch die Klagen vielfach übertrieben und jedenfalls nicht für das ganze Staatsgebiet in vollem Umfange zutreffend sein werden, so mögen doch die Berufsverhältnisse der Büreauangestellten an größeren Orten in mancher Beziehung zu wünschen übrig lassen. Soweit dies der Fall, wird die Frage zu erwägen sein, ob sich eine Besserung der bezeichneten Verhältnisse ohne Beschreitung der Gesetzgebung herbeiführen läßt."

Durch die Initiative, welche sich in diesem Erlaß kundgiebt, wird sicherlich der preußische Justizminister sich den Dank Tausender von Schreibern erwerben. Da jedoch im besagten Erlaß bemerkt wird, daß die Klagen vielfach übertrieben sein werden, ist es wohl angebracht, die Lage des deutschen Schreiberstandes näher zu betrachten.

Gleichwie in allen Berufsarten, so zeigt sich auch im Schreiberstande heutzutage eine Überfüllung, ja dieselbe ist weit bedeutender als in allen anderen Berufen. Es läßt sich dies aus den zahllosen Meldungen bei Ausschreibung von Schreiberstellen ermessen und aus den vielen Fällen, in denen Nebenbeschäftigung in schriftlichen Arbeiten angeboten wird. Viele wollen durch diese Gelegenheit ihre geringen Einnahmen vergrößern. Und wie verschwindend gering sind doch die Erfolge!

Hier nur zwei Beispiele von den vielen Fällen, welche recht deutlich die Überfüllung im Schreiberstande darlegen: Vor einigen Jahren war in einer Leipziger Zeitung folgendes Inserat zu lesen: „Adressenschreiber gesucht, 60 000 Adressen zu schreiben. Offerten mit Ansprüchen u. s. w." Wie der Ausschreiber dieser Annonce später mitteilte, hatten sich über 150 Bewerber gemeldet. Die Ansprüche waren sehr verschieden. 2,50 Mk., 2 Mk., ja sogar 1,80 Mk. wurden für das Schreiben von 1000 Stück Adressen gefordert. Ein Bewerber aber setzte seinem Angebote die Krone auf, indem er sich erbot, die Adressen für 10 pCt. niedrigeren Preis als der Mindestfordernde zu schreiben.

Wenn man bedenkt, daß für Adressenschreiben in günstigen Fällen 25 Pf. pro 100 Stück bezahlt werden und zu dieser Arbeit mehr als eine Stunde gebraucht wird, soll die Arbeit halbwegs ordentlich gemacht werden, so kann man ermessen, welcher kärgliche Lohn im Schreiberberuf gezahlt wird. Man muß sich nur wundern, daß es genugsam verheiratete Männer giebt, die froh sind, solches Einkommen zu erhaschen. Und warum? Doch nur weil Frau und Kinder Brot brauchen.

Digitized by Google

Nun noch ein anderes Bild. Vor kurzem wurde in einer Universitätsstadt jemand zur Abschrift einer wissenschaftlichen Arbeit gesucht. Sehr gute Handschrift war Bedingung. Nicht weniger als 174 Angebote gingen ein. Unter den Bewerbern befanden sich stellungslose Kaufleute, Schreiber, mehrere Damen und sogar einige Studenten. Und wieviel betrug der Lohn? 25 Pf. für 4 Seiten schön und fehlerfrei geschrieben nach dem engsten Linienblatt.

Die vorstehenden Beispiele zeigen wohl zur Genüge, daß im Schreiberstande eine ganz enorme Überfüllung herrscht; sie zeigen aber auch, wie durch diese Überfüllung und die dadurch hervorgerufene bittere Not die Arbeitslöhne herabgedrückt werden. In manchen Fällen sind es wahre Hungerlöhne, oft geringer als die der gewöhnlichen Lohnarbeiter.

Man sehe nur in die Büreaus der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher, der Versicherungsgesellschaften ꝛc., welche ihren Schreibern oft nur einen Monatsgehalt von 50 Mk, in Großstädten 60 Mk. zahlen. Und dabei ist die Arbeitszeit sehr lang. Aber trotz der schlechten Bezahlung herrscht ein übergroßer Andrang. Von zwei zu zwei Jahren giebts eine Zulage von 10 Pf. täglich. Oft sind es nicht etwa junge Leute, die diese „hohe" Gage beziehen, sondern verheiratete Männer mit mehreren Kindern. In einem Strafprozeß gegen einen Berliner Büreauvorsteher eines Rechtsanwalts wurde ermittelt, daß derselbe nur 900 Mk. pro Jahr bezog, obwohl er Weib und Kind zu ernähren und des Rechtsanwalts Kasse zu verwalten hatte.

Es dürfte aus all diesen Beispielen zur Genüge erhellen, daß die Löhne der meisten Schreiber unzureichende sind.

Bei solchen geringen Löhnen sind diese gezwungen, zumal wenn sie Familie zu ernähren haben und womöglich die Eltern unterstützen müssen, Nebenbeschäftigung zu suchen, um einigermaßen bestehen zu können. Und Nebenbeschäftigungen giebts ja so viele! Man lese nur immer die verlockenden Anerbieten in den Tageszeitungen. 1500, 2000 ja sogar 3600 Mk. jährlich Nebenverdienst. Muß da nicht manchem armen Schreiber ein Schwindelanfall erfassen? Das ist ja mehr als in 2, 3 ja 4 Jahren überhaupt verdient wird! Aber wenn wir uns diese Nebenerwerbsquellen näher ansehen, so erblickt man weiter nichts als eitel Dunst, und der hohe Verdienst verschwindet fast gänzlich, auch stellen sich bei Übernahme solchen Nebenerwerbes nur gar zu oft Unannehmlichkeiten ein.

Wollte man sich z. B. mit dem Vertrieb von Prämienloosen be-

Digitized by Google

fassen — wofür ja ein ungewöhnlich hoher Verdienst angepriesen wird, — so ist es leicht möglich, daß bei diesem Schwindel der Schreiber mit dem Strafgesetz in Berührung kommt. Oder versucht man Abschlüsse für allerhand Versicherungen in Bekanntenkreisen zu erzielen, womöglich gar an Familien Kakao und Thee oder vielleicht Hamburger und Bremer Cigarren und auch Greizer und Geraer Kleiderstoffe zu vertreiben, so kommt man zu der Überzeugung, daß Gewinn aus alledem nicht zu holen ist, wohl aber wird man binnen kurzem von Freunden und Bekannten vorsichtigerweise gemieden. Schließlich wollen wir die allerhand schriftlichen Nebenarbeiten, als da sind Arbeiten für Gewerbetreibende, Korrespondenzen für Auskunftsbüreaus, Adressenschreiben und dergleichen mehr, nicht vergessen. Glückt es einem oder dem anderen, trotz des reichlichen Angebots von Arbeitskräften, eine derartige, weniger bedenkliche Beschäftigung während der freien Zeit in schriftlichen Arbeiten zu erhalten, so muß er oft bis tief in die sinkende Nacht hineinsitzen und bei spärlicher Beleuchtung mit der Feder kratzen, das ist fürwahr kein beneidenswertes Loos. Solches Arbeiten schadet dem Augenlicht und wirkt beeinträchtigend auf das Nervensystem. Es ist auch ganz natürlich, daß bei anstrengender Nebenbeschäftigung die Kräfte des Schreibers erlahmen und dann seine Arbeitgeber unzufrieden mit ihm werden, so daß die Entlassung aus seiner Stellung die unausbleibliche Folge ist. So ergeht es unzähligen Schreibern, bis sie endlich dauernd ausruhen von ihrem Schreiberelend.

Nun kann zwar nicht geleugnet werden, daß hier und dort edelgesinnte Menschenfreunde sich finden, welche sich die Besserung und Hebung der Lage der um Lohn arbeitenden Klassen als Ziel gesteckt haben; es kann aber auch nicht in Abrede gestellt werden, daß sich dies in der Hauptsache nur auf physisch Arbeitende erstreckt, während die meist geistig arbeitenden Schreiber in zahlreichen Fällen pekuniär schlechter gestellt sind, als gewöhnliche Arbeiter.

Der Hauptgrund der ungünstigen Belohnung der Schreiber ist die ganz bedeutende Überfüllung des Schreiberstandes. Da ist es wohl angebracht, nachzuforschen, woher diese kommt.

Drei Hauptursachen sind es, welche entscheidend einwirken.

Zunächst die Bestimmungen über die Besetzung von Büreaubeamtenstellen mit Militäranwärtern. Es soll hier durchaus nicht dagegen agitiert werden, denn das wäre vergebliche Mühe. Wir wollen nur untersuchen, wie die Überfüllung im Schreiberstand dadurch teil-

Digitized by Google

weise mit hervorgerufen wird. Stets warten Tausende von Militäranwärtern auf freiwerdende Stellen. Nur ein geringer Teil kann untergebracht werden. Einige Tausende sind es ferner, die jährlich ihre zwölfjährige Dienstzeit vollenden und ihrer Einstellung in den Civildienst entgegensehen. Die Folge ist, daß immer mehr Stellen, die bisher von Civilanwärtern besetzt waren, für erstere freigegeben werden müssen, ja in neuester Zeit sind sogar Bestimmungen getroffen, daß die Hülfsschreiberstellen bei Behörden den Militäranwärtern vorbehalten werden müssen. Aus diesen Thatsachen geht aber auch gleichzeitig hervor, daß die Aussichten für Militäranwärter nicht gar zu rosige zu nennen sind.

Sodann wirkt auf die Überfüllung im Schreiberstande recht wesentlich der Umstand, daß jährlich eine verhältnismäßig große Zahl junger Leute nach Verlassen der Schule den Schreiberberuf erlernt. Viele derselben knüpfen daran die schönsten Hoffnungen, um später desto enttäuschter zu sein, wenn sie sehen, welches ungeheure Angebot von Schreibern vorhanden ist. Nur wenigen ist es beschieden, später eine auskömmliche Stellung zu erlangen. Zuerst sind die jungen Leute und auch die Eltern zu kurzsichtig, wenn nicht gar verblendet. So manche Mutter, die ihrem Söhnchen seine Zukunft behaglicher zu gestalten wünscht, führt ihren Liebling dem Schreibfache zu. Da braucht er ja keine gewöhnlichen, keine groben und schmutzigen Arbeiten zu verrichten. Das Muttersöhnchen geht immer nett und sauber, mit Kragen und Manschetten, hat auch eine weniger rauhe Behandlung und braucht sich nicht so zu quälen. Das ist doch etwas ganz anderes, als wenn z. B. der Schlosser- oder Schmiedelehrling des Abends von der Arbeit heimkehrt. Wollten doch die Eltern, namentlich die Mütter, bedenken: „Arbeit schändet nicht.“ Die strenge Zucht beim Lehrmeister schadet nicht. Nein, sie nützt! Der einfachste Handwerker, der es ja vielleicht in seiner Lehrzeit schlechter gehabt hat, als der Schreiberlehrling, ist später besser daran, denn vor allem ist sein Körper nicht siech und gebrochen, und wenn er dann ein Stück Welt durchwandert hat und bemüht war, etwas Tüchtiges zu lernen, so findet er immer ein lohnenderes Brot als der Schreiber. Und ein Mann, der aus harter Schule hervorgeht, ist mehr als der Schreiber gefeit gegen die vielen Anfechtungen des Lebens. Er hat das Arbeiten gelernt. Ist in seinem erlernten Beruf einmal die Arbeit flau, so ist er imstande, diese und jene Lohnarbeit zu verrichten. Den Schreiber wird man dagegen in diesem Falle fragen: „Was kannst du denn arbeiten?“ Viel zu spät

Digitized by Google

kommt dann die Einsicht, daß der Mann im schlichten Arbeitergewand, der Mann mit schwieliger Faust sich leichter durchs Leben schlägt als ein Schreiber.

Aber noch ein anderer Umstand giebt oft den Ausschlag, den Sohn Schreiber werden zu lassen: Er verdient sich doch auch bald etwas. Da kommt denn der Knabe in das Büreau eines Rechtsanwalts, eines Gerichtsvollziehers oder sonst irgend wohin und ist froh, wenn er ein bescheidenes Plätzchen findet, wo er für wenige Pfennige seine spärlichen Kenntnisse verwerten kann. Seine Annahme ist immer eine Art von Wohlthätigkeit und diese haftet dem Verhältnis für alle Zeiten an und drückt den Lohn dauernd herab. Und auch wenn er sich im Laufe der Jahre Routine und Sicherheit erworben hat, so wird er nur einen kärglichen Monatslohn erhalten. Sind nun noch Eltern und Geschwister von diesem Lohn zu ernähren, was ja nicht selten ist, dann zeigt sich's, welch' bitterer Trugschluß in dieser Berufswahl liegt.

Nach all' diesen Thatsachen, welche auf eigener Kenntnis der Verhältnisse beruhen, bedarf es wohl kaum noch einer Warnung vor dem Schreiberberuf. Man lasse diesen Beruf den armen kränklichen und schwächlichen Jünglingen, die für harte Arbeit nicht taugen. Wer gesund ist, suche seine Existenz auf gesunderer Grundlage, auch wenn er in der harten Lehrzeit die Zähne etwas zusammenbeißen muß. Die harten Lehrjahre tragen immer noch ihre Zinsen.

Wir kommen nun zum dritten und hauptsächlichsten Grund der Überfüllung im Schreiberstande. Das ist das Hineindrängen von Kaufleuten, Lehrern, Buchhaltern, pensionierten Beamten und allerlei anderen Existenzen in diesen Beruf. Alle Berufsarten, wenn sie in ihrem Metier nicht mehr fortkönnen, versuchen als letztes Mittel eine Schreiberstelle zu erhalten, natürlich unter Herabdrückung des Lohnes. Wie oft geschieht es auch, daß Leute mit etwas Vermögen, z. B. Rentiers, frühere Gutspächter u. a. m. sich um eine Schreiberstelle bewerben. Sie wollen sich dadurch noch eine kleine Einnahme, wohl auch gar Zeitvertreib, verschaffen und bieten ihre Arbeitskraft für einen gar niedrigen Preis an. Der Schreiberstand ist, kurz gesagt, eben das Reservoir aller abgesprungenen Berufskreise. Aber auch Frauen und Mädchen bereiten dem Schreiberstande eine fühlbare Konkurrenz. In diesen erhalten die Arbeitgeber so billige Arbeitskräfte, daß die weibliche Arbeit vielfach in ungehöriger Weise in Anspruch genommen wird. Andererseits jedoch machen es auch die Erwerbsverhältnisse

Digitized by Google

notwendig, daß die Frauen Beschäftigung suchen müssen, um ihre eigene Existenz oder diejenige einer Familie ganz oder teilweise sicherzustellen. Hieraus ergeben sich jedoch tieftraurige Folgen, denn die Frau wird dem Hauswesen, das junge Mädchen ihren Vorbereitungen für ein solches entzogen. Die unausbleibliche und natürliche Folge solcher Zustände ist ein Herabsinken und Herabdrücken der Löhne im Schreiberstande.

II. Wie kann sich der Schreiberstand heben?

Die Handwerker und Arbeiter heben manchmal ihre Lage durch Streiks. Die Vorbedingung zu Streiks ist aber eine Organisation der Berufe. Eine solche hat der Schreiberstand jedoch nicht aufzuweisen. Darum ertönt auch oft von gewisser Seite der Ruf: „Organisiert Euch!“ Aber der Schreiberstand hüte sich vor falschen Freunden und Ratgebern, welche Organisationen zu völlig unzulässigen Zwecken mißbrauchen wollen! Eine Vereinigung des Schreiberstandes müßte sich von jeder politischen Richtung und von der durchaus haltlosen Anschauung freihalten, daß sie grundsätzlich den Kampf gegen den Arbeitgeber und das Kapital führen müßte. Die Vereinigung ist voll in ihrem Rechte, wenn sie für Mitglieder, die etwas besonderes erlernt haben, gewisse feststehende Minimallöhne anstrebt, ohne dabei den tüchtigeren Kräften unter sich die Lohngrenze nach oben abzusperren. Etwaige Streiks würden im Schreiberstande eben wegen des dann erfolgenden Hineindrängens fast aller anderen Berufskreise ohne Erfolg sein.

Die organisierten Schreibervereine sollten die Stellung des Schreiberstandes vor allem durch berufsmäßige Ausbildung für bestimmte Fächer kennzeichnen; sie sollten bemüht sein, auf die Bestimmung einer gerechten Lohnhöhe für größere Leistungen, längere Dienstzeit und für das Aufsteigen zu verantwortlichen Stellungen einzuwirken und in speziellen Fällen an den Gerechtigkeitssinn und die Einsicht der Arbeitgeber und ihr Solidaritätsgefühl appellieren. Ferner sollten sie aus sich heraus eine Hebung der wirtschaftlichen Lage erstreben, z. B. durch Errichtung von Hülfs- und Sparkassen für Fälle der Not, durch Arbeitslosen-Versicherung, durch Verbesserung der Wohnungszustände u. a. m. Viele dieser Verbesserungen würden sich in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern durchführen lassen.

Der Schreiberstand hat Vorbilder an verschiedenen deutschen Beamtenvereinen („Deutscher Privat-Beamten-Verein,“ Sitz Magde-

Digitized by Google

burg), sowie an den Gewerkvereinen der Kaufleute. Sehen wir uns z. B. den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein der Kaufleute an. Derselbe besitzt jetzt an 49 Orten 58 Ortsvereine. In Berlin allein bestehen 8. Was leistet derselbe? Dieser Gewerkverein zahlt an Arbeitslosenunterstützung bei einem wöchentlichen Beitrag von 20 Pf., wofür jedoch auch noch andere Vergünstigungen und Vorteile geboten werden, nach einjähriger Mitgliedschaft von der 3. Woche der Stellenlosigkeit ab 13 Wochen lang à Woche 7 Mk. Nach Aussteuerung aus der Krankenkasse werden ebenfalls 13 Wochen lang pro Woche 7 Mk. gezahlt. Außerdem besteht in diesem Gewerkverein noch eine freiwillige Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und werden hier nach ein- bezw. zweijähriger Mitgliedschaft bei monatlichen Beiträgen von 1 Mk. bezw. 1,50 Mk. für 3 bezw. 6 Monate im Jahre pro Monat 30 und 45 Mk. Unterstützung gezahlt. — Sind das nicht schätzbare Hülfen, welche von den Mitgliedern und deren Familien Not und Demütigung abwenden? Aber solche Erfolge werden nur durch Eintracht erreicht, welche auch die sichere Bürgschaft für weitere Fortschritte ist.

Ferner lassen sich in größeren Orten Einrichtungen treffen, um Aufträge für Verrichtung schriftlicher Arbeiten vorübergehender Art entgegenzunehmen und dieselben arbeitslosen Kollegen zu übertragen. In Leipzig besteht bereits eine „Schreibstube", wo zu gunsten Arbeitsloser schriftliche Arbeiten übernommen werden. Diese Einrichtung ist vom Verein für innere Mission ins Leben gerufen.

Das Hauptmittel zur Verbesserung der Lage des Schreiberstandes ist eine gute, allgemeine und berufliche Fortbildung. Die Schreiber müssen sich vor allem in ihrem Berufe vervollkommenen, um auf Grund größerer Leistungsfähigkeit eine bessere materielle Stellung zu finden. Eine oder zwei Stunden des Tages genügen zur weiteren Ausbildung und es tritt dann auch keine Überarbeitung ein. Aber jetzt sind es nur wenige Schreiberlehrlinge, welche ihre weitere Ausbildung durch Besuch der Handels- und Gewerbeschulen erstreben. Die Besucher solcher Institute rekrutieren sich, wie alljährlich ziffernmäßig nachgewiesen wird, in der Hauptsache aus Angehörigen des Handels- und Handwerkerstandes, nur seltener aus dem Schreiberpersonal. Es ist dies umsomehr zu bedauern, als die Unterrichtsgegenstände, wie z. B. Deutsch, Schreiben, Rechnen, Englisch, Französisch, Buchführung und Stenographie auch für die Schreiber von unberechenbarer Tragweite sind. Wie oft liest man jetzt bei Stellenangeboten diese oder jene Vorbedingung! Sprachkenntnisse und Stenographie ermöglichen

Digitized by Google

es vielleicht hier und da als Dolmetscher oder Stenograph eine gut bezahlte Stellung zu erringen. Überhaupt kann es niemand wissen, in welche Lebenslagen ihn einmal das Schicksal wirft. Ein Mann, der nicht einseitig, sondern vielseitig ausgebildet ist, wird eher eine gut bezahlte Stellung finden, als der einfache Schreiber, und er wird sich dieselbe auch eben durch seine Kenntnisse erhalten.

Wenn der gesamte Schreiberstand sich mehr Kenntnisse aneignet, wenn er sich fort- und weiterbildet, dann vermag er auch die gefährlichste Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Die Arbeitgeber werden dann zweifellos die gelernten Schreiber viel eher in Stellung nehmen und behalten und auch besser bezahlen, als die aus anderen Berufsarten sich in den Schreiberstand hineindrängenden Elemente.

Digitized by Google

II. Handfertigkeit und Hausfleiß.

Das Programm der Lehrerbildungsanstalt pro 1898

kann als ein besonders reichhaltiges und interessantes bezeichnet werden. Wenngleich dasselbe bei Erscheinen dieses Heftes schon bis zur Hälfte abgewickelt sein wird, so erscheint es doch von Wichtigkeit, auf die Organisation der noch bevorstehenden 3 Kurse hinzuweisen.

Für den Centralkursus, welcher vom 18. Juli bis 13. August stattfindet, gilt folgendes Programm:

I. Materialienkunde, Arbeits- und Konstruktionslehre.
   1. Vorstufe des Arbeitsunterrichts, 2. Papparbeit, 3. Hobelbankarbeit und Geräteschnitzerei, 4. Holzschnitzerei, 5. Metallarbeit, 6. Glasbearbeitung.

II. Werkzeugkunde.

III. Formenlehre der verschiedenen Techniken des Handarbeits-Unterrichts.

IV. Methodik des Arbeitsunterrichts.

Der zweite Sommerkursus wird am 1. August früh 8 Uhr eröffnet und am 3. September mittags 12 Uhr geschlossen. Für den Herbstkursus findet die Eröffnung am 5. September und der Schluß am 8. Oktober statt. Den Teilnehmern stehen je nach ihren Wünschen und Bedürfnissen folgende Fächer zur Wahl: Unterweisung in den Arbeiten der Vorstufe des Handfertigkeitsunterrichts, in der Papparbeit, Hobelbankarbeit, ländlichen Holzarbeit, Holzschnitzerei, Metallarbeit, ländlichen Metallarbeit, im Formen von Thon und Plastilina (Modellieren), im Obst- und Gartenbau und in der beim Herstellen von physikalischen Apparaten notwendigen Glasbearbeitung.

Die einzelnen Unterrichts-Abteilungen stehen unter der Leitung der bewährten Lehrkräfte der Anstalt, die Gesamtleitung führt im

Digitized by Google

Auftrage des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit der Direktor der Anstalt Dr. W. Götze.

Neben den technischen Lehrgängen in Papp-, Hobelbank- und Metallarbeit finden auch solche Kurse statt, welche den Lehrern Gelegenheit geben, die Handarbeit mit Rücksicht auf die Herstellung von Anschauungsmitteln und Apparaten für den naturkundlichen, geographischen, mathematischen und physikalischen Unterricht praktisch auszuüben zu lernen. Auch in diesen Lehrgängen wird die Einübung der Technik der Papp-, Hobelbank- und Metallarbeit erstrebt, so daß die Herstellung von physikalischen ꝛc. Apparaten nicht ausschließlich das Ziel bildet, sondern auch die methodische Übung im Gebrauch der wichtigsten Werkzeuge. Bei der Wahl eines der ebengenannten drei Fächer ist in der Anmeldung anzugeben, ob sie sich auf den rein technischen Handfertigkeitsunterricht beziehen soll, oder ob der Teilnehmer den Lehrgang des betreffenden Faches für Schulhandfertigkeit durchmachen will.

Ergänzend tritt zu diesen Lehrgängen, namentlich mit Rücksicht auf die Papp- und die Metallarbeit, ein kurzer Unterricht in der Glasbearbeitung hinzu. Diese bildet kein besonderes Unterrichtsfach, sondern sie hat nur die Bedeutung einer leicht zu erlernenden, aber für den gedachten Zweck notwendigen Hülfstechnik.

Außer der, auch schon im Vorjahre den Besuchern der Lehrerbildungsanstalt gebotenen Gelegenheit, die Volks- und Jugendspiele im Freien praktisch kennen zu lernen, soll in den kommenden Herbstferien versucht werden, einen zehntägigen Kursus für Schulaufsichtsbeamte, Mitglieder von Erziehungsbehörden, Leiter gemeinnütziger, wohlthätiger Anstalten u. s. w. einzurichten, nicht nur, um dem Bedürfnis derselben nach Information auf unserem Unterrichtsgebiete entgegenzukommen, sondern auch, um die Einsichtnahme in die Ziele und das Wesen des Handfertigkeitsunterricht in den maßgebenden Kreisen zu erleichtern. Im wesentlichen soll er informierende Vorträge theoretischen und praktischen Inhalts, sowie Lehrproben bieten. Außerdem sollen den Herren Teilnehmern die Werkstätten zum Hospitieren, sowie die Bibliothek, Vorlagen- und Modellsammlung der Anstalt offen stehen, auch soll ihnen, wenn sie es wünschen, Gelegenheit gegeben werden, sich im Gebrauch der Werkzeuge zur Herstellung einfacher Arbeiten oder von Unterrichtsmodellen selbst zu üben. Die Beteiligung an diesem Informationskursus wird kostenfrei sein. —

Digitized by Google

Die Honorar- und sonstigen Teilnahme-Bedingungen sind wie bisher in dem vom Direktor der Anstalt, Dr. W. Götze, Leipzig, Scharnhorststraße 25, zu beziehenden Programm detailliert mitgeteilt.

Neuere Thatsachen auf dem Gebiete der Handfertigkeits- und Hausfleißbestrebungen.

† **August Abrahamson**, der Gründer des 1872 errichteten, weltbekannten Handarbeitsseminars in Nääs bei Gothenburg in Schweden, wo sich alljährlich eine Anzahl Lehrer und Lehrerinnen aus aller Herren Länder zusammenfinden, um hier ihren Handfertigkeitsunterricht zu erhalten, am 20. Dezember 1817 zu Karlskrona geboren, zuerst Kaufmann, als welcher er zu großer Wohlhabenheit gelangte, seit 1870 eifriger, bis zu seinem Lebensende unermüdlicher Förderer der Handfertigkeitssache für Knaben und Mädchen, sowie des jetzt von seinem Neffen Otto Salomon trefflich geleiteten Seminars der schwedischen Handarbeitsmethode, † am 6. Mai in Nääs.

Der XIV. Kongreß des deutschen Vereins für Knabenhandarbeit wird nicht, wie erst beabsichtigt, in Karlsruhe, sondern am 1. und 2. Oktober in Dresden tagen.

Eine Erweiterung des Gesamtausschusses des deutschen Vereins für Knabenhandarbeit, und zwar von 40 auf 80 Mitglieder, ist in der Sitzung des Vorstandes am 20. und 21. November v. J. in Görlitz beschlossen worden. In diesem erweiterten Ausschuß sollen drei Abteilungen gebildet werden, nämlich:

1. eine ethisch-pädagogische Abteilung, Vorsitzende Geh. Regierungs- u. Oberschulrat Rümelin-Dessau und Direktor Dr. Götze-Leipzig;
2. eine sociale und volkswirtschaftliche Abteilung, Vorsitzende Direktor Roeggerath-Hirschberg und Landesrat Schmedding-Münster, und
3. eine hygienische Abteilung, welche zugleich hervorragende Männer aus der Samariterbewegung heranzuziehen hat, Vorsitzender Direktor Dr. Götze, sowie ein später noch zu wählender Hygieniker.

Digitized by Google

In der diesjährigen **Hauptversammlung des sächsischen Landesverbandes zur Förderung des Handfertigkeitsunterrichts**, welche am 12. April in Zittau stattfand, wurden folgende öffentlichen Vorträge abgehalten: Direktor Dr. Götze-Leipzig über: „Der gegenwärtige Stand des Handfertigkeitsunterrichts"; Lehrer F. Lindemann-Leipzig über: „Der Handfertigkeitsunterricht, eine Einführung in das Abc der Kunst"; Lehrer Böttger-Leipzig über: „Der Handfertigkeitsunterricht in der Schwachsinnigenschule."

Neuere Litteratur über Handfertigkeit, Hausfleiß, Kinderbeschäftigung rc.

Anleitung zum Verfertigen v. Festschmuck f. verschiedene Gelegenheiten in Kindergarten u. Haus. 8 lith. Taf. m. Text. gr. 8. (8 S.) Wien, A. Pichlers Wwe. & Sohn. ℳ —,50.

Bächtold, M., Gärtn. Wanderlehr., Das Kindergärtchen. Kurze Anleitg. zur richt. Anlage u Pflege e. Gärtchens f. die Jugend. 12. (40 S.) Zürich, K. Henckell & Co. ℳ —,40.

Barnett, P. A., M. A. late Principal of the Isleworth Training College for Schoolmasters, formerly Professor of English in Firth (University) College, Sheffield; Teaching and Organisation. With Special Reference to Secondary Schools. London, Longmans, Green & Co. 8. (XX + 420.) 6 s. 6 d.

Bondy, Ottilie, Die Beschäftigung des Kindes. Leitfaden f. junge Mütter zum Umgange m. ihren Kindern. 8. (IV, 111 S. m. Fig.) Wien, Gesellschaft f. graph. Industrie. ℳ 1,50.

Branchitsch, Mary v., Neue Vorlagen für Kerbschnitzerei (6 braune Tafeln u. 6 Pausen). (Heft 16 der „Neue Vorlagen f. Malerei, sowie für Brand-, Kerb- u. Lederschnittarbeiten".) gr. Fol. Halle, G. A. Noll. ℳ 6,—.

Cronberger, Bernhard, Der Schulgarten des In- u. Auslandes. Mit 8 Gartenplänen. Frankfurt a. M., A. Blazek jun. (176 S.) ℳ 2,80.

Frenkel, Lehrer **R.,** Vorlagen für Hobelbankarbeiten u. Querschnitt-Verzierung. Ein methodisch geordneter Lehrgang. (20 photolith. Tafeln mit 1 Bl. Text.) Heft I der „Lehrmittel für den Handfertigkeits-Unterricht". Berlin, Siemenroth & Troschel. In Mappe. ℳ 5,—.

Götze, W., Dir. d. Lehrerbildungsanstalt f. Knabenhandarbeit zu Leipzig, Normallehrgang für die Kerbschnitzerei. In Verbindung mit Dir. d. k. Kunstgewerbemuseums zu Berlin D. P. Jessen u. den Lehrern R. Dietz-Freiendiez, R. Frenkel-Berlin, P. Neumann-Görlitz, R. Parthum-Glauchau, im Auftrage des deutschen Vereins f. Knabenhandarbeit herausgegeben. Gezeichnet vom Zeichenlehrer F. Lindemann-Leipzig. Leipzig, Selbstverlag des „Deutschen Vereins". gr. Fol. (6 S. Text u. 13 Blatt Zeichnungen.)

Digitized by Google

Götze, W., Die häusliche Handarbeit. I. Dresdener Volksschriften Nr. 2. Dresden N., O. V. Böhmert. ℳ —,10. (18 S.)

Graberg, Friedrich, Die Erziehung in Schule u. Werkstätte, i. Zusammenhang m. d. Geschichte d. Arbeit, psychol. begr. ℳ 1,60.

Grunow, C., Kerbschnitt-Vorlagen. 12 Taf. in Lichtdruck. 2. Abdr. (4 S. Text.) (I. Abt. der „Vorlagen für den Handfertigkeits-Unterricht".) Leipzig, Seemann & Co. ℳ 8,—.

Handarbeiten nach Froebelschen Grundsätzen f. Kindergärten, Elementarschulen u. Familien, zusammengestellt u. gezeichnet v. Kindergärtnerinnen der Stadt Zürich. Hrsg. v. dem Vorstande des städt. Schulwesens. 8 Hefte. qu. 4. Zürich, Hofer & Co. in Komm. ℳ 3,50. 1. Bauen m. Würfeln. (4 Taf. m. 1 Bl. Text.) — 2. Bauen m. Längetafeln. (4 Taf. m. 1 Bl. Text.) — 3. Bauen m. Würfeln u. Längetafeln. (4 Taf. m. 1 Bl. Text.) — 4. Bauen m. geteilten Würfeln. (4 Taf. m. 1 Bl. Text.) — 5. Legen m. Täfelchen. (4 farb. Taf. m. 1 Bl. Text.) — 6. Legen m. Stäbchen. (8 Taf. m. 1 Bl. Text.) — 7. 8. Flechten. 2 Serien. (8 u. 9 farb. Taf. m. je 1 Bl. Text.)

Handbuch des Münchener Knabenhorts. München, Th. L. Jungs Verlagsbuchhandlung. ℳ —,50.

Hillardt-Stenzinger, Gabriele, Sem.-Arbeitslehrerin, Methodik des Handarbeits-Unterrichtes f. Lehrerinnen-Bildungsanstalten u. zur Fortbildung f. Arbeitslehrerinnen an Volks- u. Bürgerschulen. Mit 270 Abbildgn. 4. Aufl. Mit e. Anh. üb. den Handarbeits-Unterricht der Blinden. Von Lehrerin Abteilungs-Leiterin Anna Spolz. gr. 8. (VII, 391 S.) Wien, A. Pichlers Wwe. & Sohn. ℳ 6,—; geb. ℳ 6,40.

Humbert, Therese, Neue Vorlagen für Holzbrand u. Kerbschnitzerei. (6 Taf.) (X. Serie der „Neuen Holzbrand-Vorlagen".) Berlin, W. Schultz-Engelhard. gr. Fol. ℳ 3,—.

Klump, Marie, Dir.-Gehülfin, Lehrstoff f. den Handarbeitsunterricht im Lehrerinnen-Seminar. Mit e. Vorwort v. Dir. Dr. R. Rehorn. gr. 8. (XIII, 34 S. m. 1 Taf.) Frankfurt a. M., M. Diesterweg. ℳ —,50.

Kupferschmid, Dr. med. **Adalbert,** Theoretisch-praktische Anleitung zur Erhaltung und Ausbildung einer vollkommenen Finger- und Handfertigkeit (Cheiropädie). Berlin, Max Richter, Wienerstr. 14. ℳ 2,50.

Laubsägearbeiten, Einfache. Nr. 3. qu. 4. (12 Taf.) München, Mey & Widmayer, Verl. ℳ —,60.

Liebhaber-Künste. Zeitschrift f. häusl. Kunst. Red.: R. Frhr. v. Seydlitz. München, R. Oldenbourg. Separathefte à ℳ 3,—.

Monkswell, Lord. Reformatory and industrial schools. (Fortnightly Review, The, February 1897.)

Moser, Kunstgewerbeschuldir. **Ferd.,** Pflanzenornamente f. Holztechniker. Entwürfe f. Schnitzarbeiten u. f. Intarsia. 2 Teile. Berlin, Heßling. ℳ 18—.

Musterblätter f. Laubsäge, Schnitz- u. Einlegearbeiten. Nr. 1—1175. Lith. gr. Fol. München, Mey & Widmayers Verl. à ℳ —,15.

Notch cut designs. Nr. 3. qu. 4. (12 Taf.) München, Mey & Widmayer, Verl. ℳ —,60.

Digitized by Google

Normallehrgang für die Kerbschnitzerei s. Götze.

— für den Papparbeitsunterricht. Aufgestellt von Dir. Dr. Götze-Leipzig, Lehrer Groppler-Berlin, Dir. Dr. Jessen-Berlin, Lehrer Kahl-Görlitz, Lehrer Emil Mayer-Dresden. Herausgegeben im Auftrage des deutschen Vereins f. Knabenhandarbeit. 13 photolithographische Vorlegeblätter in Querfolio, gezeichnet von F. Lindemann, mit 15 Seiten beschreibenden Text. Leipzig, Verlag des „Deutschen Vereins". *M* 3,75.

Pawelka, Marie, Vorlagen f. den Handarbeitsunterricht. 1. Tl.: 12 Vorlagen f. das Musterhäkeln (f. die Hand der Kinder). qu. gr. 8. Mit Erläuterg. Fol. (1 Bl.) Bielitz, W. Fröhlich. *M* —,60.

Pratt Institute Monthly, April 1898: Manual-Training Number. Brooklyn, N. Y., Pratt Institute. (32 p.)

Reformatory and industrial schools Committee. Report to the Secretary of State for the home department of the Department Committee. Vol. I. Report and appendices. London, Eyre and Spottiswoode, 1896. 3:3.

Schnitzarbeiten aus den Kinderhorten zu Frankfurt a. M. 22 Lichtdrucke auf 12 Tafeln nebst Vorwort u. Erklärung. Frankfurt a. M. *M* 3,—.

Stobbe, Sem.-Vorsteherin **U.,** Regelverzeichnis f. den Handarbeitsunterricht. Für den Gebrauch in Schulen entworfen. 3. Aufl. gr. 8. (64 S. m. 5 Taf.) Leipzig, Hoffmann & Ohnstein. Kart. *M* —,80.

Tappe, Lehrer **Fr.,** Wie erzieht man die Schüler durch den Unterricht zur Selbstthätigkeit? 2. Aufl. Minden, Hufeland. (51 S.) *M* —,80.

Wilsdorf, Schuldir. **Osk.,** Eine Musterstätte des Volksschulgartens. 8. (34 S.) Dresden, A. Köhler. *M* —,50.

Digitized by Google

III. Vierteljahrs-Chronik.

Wirtschaftlich-soziale Umschau.

(April bis Juni.)

Dresden, Ende Juni 1898.

Als wichtigstes Ereignis des verflossenen Vierteljahres ist für Deutschland der Ausfall der Reichstagswahlen vom 16. resp. 24. Juni zu bezeichnen. Das Endergebnis zeigt keine sehr erhebliche Verschiebung in der Stärke der Parteien gegenüber der Gestaltung am Schlusse des vorigen Reichstags, während sich im Vergleich mit dem Bestande der Parteien bei der Wahl von 1893 allerdings eine etwas größere Veränderung zeigt. Das endgültige Ergebnis stellt sich im Vergleich mit dem Bestande am 1. Februar 1898 und bei Beginn des Reichstags von 1893 im Wesentlichen wie folgt:

Parteien	gewählt 1898	Bestand a. 1. Februar 1898	Bestand b. der Wahl von 1893
Konservative	62	64	72
Deutsche Reichspartei . .	20	23	28
Antisemiten	12	12	16
Centrum	103	97	96
Nationalliberale	49	49	53
Freisinnige Volkspartei . .	30	28	24
Freisinnige Vereinigung .	14	12	14
Deutsche Volkspartei . .	8	12	11
Socialdemokratie	56	48	44
Polen	14	20	19
Welfen	9	7	7
Elsässer	10	9	8
Bayerischer Bauernbund .	4	4	4
Dänen	1	1	1
Wilde	5	9	0

Digitized by Google

Die konservativen Parteien erscheinen etwas geschwächt, die liberalen Parteien nur wenig verstärkt auf dem Plane. Das Centrum hat seine bisherige Stellung noch weiter befestigt. Die erheblichste Verstärkung hat zwar die Socialdemokratie aufzuweisen, aber auch diese Partei hat den Wechsel der Zeitströmungen erfahren, da sie zwar 21 Sitze neugewonnen, aber auch 13 Sitze verloren, und in der Reichshauptstadt, die sie ganz erobern zu können hoffte, sogar 2 Sitze eingebüßt hat. — Es ist für eine wissenschaftliche Zeitschrift noch nicht genügendes Material vorhanden, um wahlpsychologische Erwägungen anzustellen, weil sich die Verhältnisse in jedem einzelnen Wahlbezirk je nach der Persönlichkeit der aufgestellten Kandidaten und der vorhergegangenen Verständigung oder Entzweiung der Hauptparteien auch verschieden und zuweilen ganz eigentümlich gestaltet haben, um mehr der einen oder anderen Partei zum Siege zu verhelfen. — Im Allgemeinen scheinen in den Massen bis weit hinauf in die mittleren und sogar höherstehenden Klassen tiefgehende Befürchtungen geherrscht zu haben, daß die sog. Sammlungspolitik rückwärts gewendeten agrarischen Sonderinteressen und der Verteuerungspolitik dienen werde. An vielen Orten ist die Socialdemokratie als die schroffste oppositionelle Partei dadurch nur gestärkt worden. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit bleiben, die Socialdemokratie nicht mit äußeren kleinlichen Gewaltmitteln und polizeilichen Drohungen, sondern durch gleichmäßige gerechte Behandlung und sociale Reformen innerlich zu überwinden und berechtigte Beschwerden des Standes der Lohnarbeiter abzustellen, um schwankende und unzufriedene Elemente, welche die Reaktion befürchten, durch eine einheitliche entschlossene Förderung des Gemeinwohls für die bürgerliche Ordnung zurückzugewinnen. — Nicht eine „Politik der materiellen Interessen", sondern nur die entschlossene Förderung ideeller Interessen wird den Klassenkampf mildern. Möchten sich im neuen deutschen Reichstage trotz der Zersplitterung in zahlreiche Parteien recht viele Männer zusammenfinden, welche auf einer sicheren, friedlichen, versöhnlichen Mittellinie vorwärtsschreiten und der Gewalt und dem Zwang, sowie der Verhetzung und Verbissenheit entgegentreten und bei der doch so vielfach bedrohten Lage des Vaterlandes alle tüchtigen Volkskräfte einheitlich zusammenfassen, damit das deutsche Volk nicht nur auf politischem, sondern namentlich auch auf kulturellem und rein menschlichem Gebiete anderen Nationen ein gutes Beispiel geben kann!

Bei einem Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse des verflossenen Vierteljahres ist vor allem der Ausbruch des spanisch-

Digitized by Google

amerikanischen Krieges und sein hemmender Einfluß auf die wirtschaftlichen und Handelsverhältnisse Deutschlands zu erwähnen. Das Ausbleiben resp. die Zurücknahme geschäftlicher Aufträge aus Nordamerika machte sich in der Textilindustrie besonders fühlbar, während andererseits die Montan-, die Maschinen- und Schiffsbauindustrie und das Schiffsverkehrsgewerbe anscheinend keine Einbuße durch den Krieg erlitten haben und gegenwärtig mit erheblichen Aufträgen versehen sind. Für die in naher Zukunft notwendig werdende Neuformierung der Zolltarife ist die offiziöse Erklärung des Reichsamtes des Innern von Wichtigkeit, daß die an dasselbe zurückgelangten produktions-statistischen Fragebogen nicht bloß ein zuverlässiges Zahlenmaterial zusammengebracht haben, sondern daß diese Auskunfterteilungen auch ein übersichtliches Bild über die wirtschaftspolitischen Anschauungen der verschiedensten Gewerbetreibenden betreffs der Behandlung ihres Berufszweiges gewähren werden. Es ist jedoch im höchsten Grade wünschenswert, daß nicht bloß das Interesse der Produzenten, sondern auch dasjenige der Konsumenten bei dem Abschluß von Handelsverträgen kräftig vertreten und gewahrt werde. Einen wesentlich klärenden Überblick über einzelne industrielle Branchen und die in ihr obwaltenden Arbeiterverhältnisse darf man auch von den andauernden Erhebungen und Vernehmungen der „Kommission für Arbeitsstatistik" erwarten, welche neuerdings ihre Arbeiten auf das Gastwirtsgewerbe erstreckt, die Vorarbeiten für Erhebungen über die Sonntagsarbeit im Binnenschiffahrts- und Flößereigewerbe begonnen und jene über die Arbeitszeit in Getreidemühlen beendet hat.

Von ganz wesentlichem Einfluß auf die Bereicherung der Kenntnisse über die Lage der Arbeiter, sowie über die Wirkung der socialpolitischen Gesetze sind die Berichte der Gewerberäte für 1897, welche von allen Staaten mit Ausnahme Preußens bis Ende Juni erschienen sind. Veranlaßt durch eine Anregung des Reichstages hatte das Reichsamt des Innern die Aufsichtsbeamten beauftragt, für 1897 eine besondere Erhebung über die eventl. Notwendigkeit der Einführung eines sanitären Maximalarbeitstages auszuführen. Während der badische Berichterstatter, der bekannte Socialpolitiker Wörishoffer, für eine größere Anzahl Arbeitsbranchen die Einführung eines Maximalarbeitstages aus sanitären Gründen für notwendig erachtet, spricht sich in den übrigen Berichten nur vereinzelt dieser Wunsch aus. Ohne auf eine nähere Prüfung und Stellungnahme zu dieser Frage hier einzugehen, möchten wir nur hervorheben, daß bei dem Studium der Berichte die

Digitized by Google

große allgemeine Hingabe der deutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten an ihre oft sehr schwierigen Amtsaufgaben immer wieder zu Tage tritt, und daß dieses Aufgehen in ihrer Arbeit, welches sich nicht auf die eigenen Beobachtungen beschränkt, sondern kontrollierende und fachgemäße Gutachten von Gemeindeverwaltungen, Krankenkassen, Ärzten und anderen Seiten einzuholen für nötig erachtet, nicht genug Anerkennung finden kann. Daß auch die Arbeitgeber überwiegend in den Aufsichtsbeamten nicht ihre Gegner, sondern berufsmäßige Vertrauenspersonen, Vermittler und Förderer gemeinnütziger Einrichtungen erblicken, geht am besten aus der stetigen Vermehrung von Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen hervor, von denen auch die jüngst erschienenen Berichte zahlreiche Fälle aufführen. Die andauernde Steigerung der Neigung, durch freiwillige Entschließungen das Loos der Arbeiter und ihrer Angehörigen zu mildern, zeigt auch im vorliegenden Heft unsere „Ehrentafel", und wenn der „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen" den Beschluß gefaßt hat (siehe „Innere Angelegenheiten"), eine Ausdehnung der Registrierung solcher freiwilligen Spenden für Arbeiterwohlfahrts- und sonstige gemeinnützige Zwecke zu fördern, so können wir unsere „Umschau" mit der Hoffnung schließen, daß eine in solchem Sinne erlassene öffentliche Aufforderung für eine weitere Ausdehnung menschenfreundlicher Gesinnung und werkthätiger Nächstenliebe gewiß gute Früchte bringen wird!

Berichte und Notizen.

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Ein Centralverband für die Gesamtinteressen der Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist in Berlin für ganz Deutschland begründet worden. Der Verband hat sich folgende Ziele gesteckt: Erleichterung des Verkehrs zwischen Kapital und Industrie im allgemeinen; Erteilung von Rat und Auskunft in Angelegenheiten der Gesellschaften mit beschränkter Haftung; Schaffung einer Centralstelle für den Verkehr in Anteilen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung; Prüfung und Nachweisung von Wertobjekten für die Gründung neuer Gesellschaften sowie von Projekten zur Vergrößerung bereits bestehender Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Der 15. Verbandstag der landwirthschaftlichen Konsumvereine fand am 10. Mai in Karlsruhe statt. Nach dem Jahresbericht gehören dem Verband 400 Genossenschaften mit 23 000 Mitgliedern an. Der Kassenumsatz betrug

Digitized by Google

im vergangenen Jahre über 3 Millionen Mark, der Bankverkehr über 1,3 Millionen Mark, der Wert der vermittelten Waren 1 262 000 Mk. Es wurden Beschlüsse gefaßt gegen den Bezug von Thomasmehl und für Prozeßführung mit der Fabrikantenvereinigung in Bezug auf Vertragserfüllung. Warm empfohlen wurde die Bildung von Genossenschaften für den Tabaksverkauf.

Der 2. Verbandstag der Baugenossenschaften Deutschlands wurde am 9. Mai in Hamburg durch den Landrat Berthold-Blumenthal eröffnet. Der Vorsitzende widmete zunächst dem verstorbenen verdienstvollen Begründer des Verbandes, Baumeister Wohlgemuth-Berlin, einen warmen Nachruf. Im Namen des Senats begrüßte Dr. Hachmann die Versammlung, indem er angesichts der Hamburger Verhältnisse die Sympathie für die genossenschaftlichen Bestrebungen des Verbandes in der Lösung der Kleinwohnungsfrage hervorhob. Bei den Beratungen über den ersten Punkt der Tagesordnung: Staatshülfe oder Selbsthülfe bei Beschaffung der Hypotheken? berichtete u. A. Verbandsanwalt Dr. Crüger-Berlin, daß nach seinen Erfahrungen es sich der hohen Zinsen wegen nicht empfehle, die Gelder von Lebensversicherungsgesellschaften in Anspruch zu nehmen. Schließlich wurde ein Antrag aus Breslau angenommen, welcher eine Kommission beauftragt, mit Finanzinstituten in Verbindung zu treten, um mit diesen gegebenenfalls Vereinbarungen von Hypothekendarlehen an die dem Verbande angehörenden Genossenschaften zu treffen. Es wird alsdann als Sitz des Verbandes Berlin bestimmt. Zu Vorstandsmitgliedern werden die Herren Direktor Schrader-Berlin, Andresen-Hamburg und Landrat Berthold-Blumenthal gewählt. Als nächsten Versammlungsort wählte man Berlin. Beim folgenden Punkt der Tagesordnung: Mitteilungen aus den einzelnen Vereinen, liegt zunächst der folgende Antrag aus Hamburg vor: „Der Bau- und Sparverein zu Hamburg beantragt die Einsetzung einer Kommission mit dem Auftrage: 1. Vorschläge zu machen, in welcher Weise die von den einzelnen Vereinen gemachten Erfahrungen für die Mitglieder des Verbandes am besten nutzbringend gemacht werden können und 2. die Grundlage für eine gemeinsame übersichtliche, gleichmäßige Statistik aller auf das Rendiment der Bauten bezüglichen Momente auszuarbeiten." Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. In der freien Besprechung weist zunächst Direktor Schrader-Berlin darauf hin, daß es notwendig sei, die Häuser so zu bauen, daß sie nicht wie Arbeiterwohnungen aussehen, sondern den Eindruck einer besseren Klasse machen. Wenn die Häuser besser ausgestattet seien, dann werde es auch gelingen, die Arbeiter zur besseren Benutzung der Wohnungen zu erziehen. Andresen-Hamburg weist auf die guten Erfahrungen hin, die der dortige Verein mit der Errichtung einer gemeinschaftlichen Badeanstalt auf seinem Grundstück gemacht hat und die er den anderen Vereinen zur Nachahmung empfiehlt.

Der Verein deutscher Banken hielt Ende Mai in Essen seine Jahresversammlung ab. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete das Thema: Verlängerung des Privilegs der Reichsbank, über welches Dr. jur. Endemann referierte. Die Versammlung faßte einstimmig folgende Resolution: „Der Fortbestand der Reichsbank in ihrer gegenwärtigen Organisation als Regulator des gesamten Geldumlaufs liegt im Interesse des Reiches und im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse, während die Verstaatlichung der Reichsbank schwerste Gefahren für alle Erwerbsstände nach sich ziehen würde."

Digitized by Google

Eine Allgemeine Konferenz der deutschen Seestädte betr. die Unhaltbarkeit der Viehsperren fand am 4. Mai in Hamburg unter Leitung des Vorsitzenden der Schlächterinnungen der Seestädte, Ernst Klinge-Hamburg statt. Es wurde zunächst eine Resolution angenommen, welche auf Grund der amtlichen Erhebungen über den Fleischkonsum konstatiert, „daß eine Deckung des Gesamtbedarfs an Fleischnahrung in Deutschland ausschließlich von der deutschen Landwirtschaft nicht erwartet werden könne", ferner faßte die Versammlung den Beschluß, daß „die Einfuhr lebenden Viehes vom volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Standpunkt der Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren unter allen Umständen vorzuziehen sei" und daß hinsichtlich der Einfuhr folgende Forderungen nötig seien:

1. Die Einfuhr von Wurst und Büchsenfleisch aus dem Auslande ist zu verbieten.

2. Die Einfuhr von Fleisch, Speck und Schinken, die mit Borsäure, Salicylsäure, Formalin und anderen chemischen Präparaten behandelt sind, ist zu verbieten.

3. Schmalz darf nur als reines Schmalzerzeugnis vom Schwein (ohne jeden Zusatz) eingeführt werden.

4. Beschränkende Maßnahmen gegen die Einfuhr frischen Fleisches sind durch das Reichsgesetz für alle Stadt- und Landgemeinden gleichmäßig zu erlassen.

Die Frage: „Welche Schädigungen haben die erlassenen Viehsperren und Erschwerungsmaßregeln der Vieheinfuhr dem Handel, der Schiffahrt und den Stadtgemeinden der Seestädte zugefügt?" beantwortete die Versammlung dahin:

„Die Viehsperren schließen nicht nur eine Schädigung des Schlachtergewerbes, sondern auch eine Beschränkung der nationalen Arbeit in sich."

und endlich die Frage:

„Welchen Wert hat die Tuberkulin-Impfung von Rindern, welche zum Zwecke der sofortigen Schlachtung eingeführt werden?" dahin:

„Die Tuberkulin-Impfung an Tieren, welche zum Zwecke der sofortigen Schlachtung eingeführt werden, ist als zwecklose Maßnahme abzuschaffen. Alles aus dem Auslande einzuführende Schlachtvieh ist an dem Einfuhrplatze in öffentlichen Schlachthäusern zu schlachten, und das Fleisch daselbst nach den bestehenden Bestimmungen der Fleischbeschau zu unterziehen."

Der 3. Verbandstag des deutsch-österreichisch-ungarischen Verbandes für Binnenschiffahrt fand vom 1. bis 3. Juni zu Nürnberg in Anwesenheit des Prinzen Ludwig von Bayern und unter Vorsitz des Nürnberger Bürgermeister Dr. v. Schuh statt. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Normalmessungen für Kanäle und den Normal-Binnenschiffstyp für die Verbandsländer. In der zweiten Sitzung sprach Verbandssekretär Dr. Zöpfl aus Nürnberg über die finanzielle Behandlung der Verkehrsmittel; er befürwortete bei den Eisenbahnen, Posten, Telegraphen und Kanälen Entwicklung zum Prinzip des Entgelts, d. h. der Deckung der Eigenkosten der Verkehrsanstalten, dagegen bei den Landstraßen und natürlichen Wasserstraßen, seien sie reguliert oder kanalisiert, das Prinzip der Unentgeltlichkeit. Prof. Dr. Lotz aus München erörterte die neuesten Argumente für Abgaben auf den natürlichen Wasserstraßen, und kam dabei zu dem Ergebnis, daß möglichste Erhaltung der jetzigen Abgabenfreiheit auf den Wasserstraßen anzustreben sei, weil sonst die Gefahr nahe liegt, daß dem Arbeiter das Brot, dem Unternehmer die Kohle künstlich teurer gemacht

Digitized by Google

wird. Außer über technische Themata referierten dann noch Schiffahrts-Oberinspektor v. Kenessey aus Budapest und Regierungsrat Schromm aus Wien über die Frage der gesetzlichen Regelung der Nachtruhe im Schiffahrtsgewerbe. Der Antrag der beiden Referenten, eine gesetzliche Regelung der Nachtruhe im Binnenschiffahrtsgewerbe für unangebracht und gefährlich, für eine unberechenbare Schädigung der Interessen des Schiffahrtsbetriebes, der Industrie und des Handels zu erklären, fand einstimmige Annahme.

Die Generalversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller fand unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrat Meyer-Hannover am 4. April in Berlin statt. Den Jahresbericht erstattete der Landtagsabgeordnete Bueck. Derselbe erhielt hierbei zunächst die Zustimmung der Versammlung zur Ablehnung des Vorschlages, der Verein möge der „Industria", Aktiengesellschaft zur Versicherung gegen Verluste durch Arbeitseinstellungen, beitreten, sodann stimmte die Versammlung dem Vorschlag des Referenten, eine gleichmäßige Tarifierung aller für den Schiffsbau verwendeten Eisengattungen zu erstreben, zu. Den Aufschwung der Eisenindustrie führte Redner in der Hauptsache auf die erhebliche Steigerung des einheimischen Bedarfs zurück, teilte bei einem Rückblick auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des vergangenen Jahres die Gründe der Berufung eines wirtschaftlichen Ausschusses mit und bedauerte die Etablierung einer privaten Centralstelle für Vorbereitung der Handelsverträge, weil dadurch Verwirrung unter den Industriellen gestiftet werde. Bei der Besprechung der Mängel der Verkehrsverhältnisse beklagte Redner es lebhaft, daß ein Teil der Landwirtschaft sich gegen den Bau von Schiffahrtskanälen erkläre und kam schließlich auf die Beendigung des englischen Maschinenbauerstreiks, welcher mit der Niederlage der Arbeiter geendet und entschieden habe, daß die Arbeitgeber Herren in ihren Fabriken bleiben. Die Kosten des Streiks belaufen sich auf fast 206 Mill. Mark für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wobei über 90 Millionen auf die Arbeiter entfallen. (Lebhafter Beifall.) Nach kurzer Debatte berichtete Herr Bueck über die Beschickung der Pariser Weltausstellung seitens der deutschen Industrie. Auf Grund von Mitteilungen des Reichskommissars teilte Herr Bueck mit, daß ein Projekt für eine Kollektivausstellung der Hütten- und Walzwerkindustrie zweckentsprechend erst werde angefertigt werden können, nachdem ungefähr festgestellt ist, welche Fabriken geneigt sind, sich an einer solchen Kollektivausstellung zu beteiligen und welche hauptsächlichsten Ausstellungsstücke von jeder dieser Fabriken zu erwarten sein möchten. Im Großen und Ganzen ergab die Diskussion, daß eine große Neigung zur Beschickung der Ausstellung bei den deutschen Eisenindustriellen überhaupt nicht besteht und daß namentlich für eine Kollektivausstellung sich besonders große Schwierigkeiten ergeben dürften.

Neue wirtschaftliche Vereinigungen der deutschen Montanindustrie wurden gegründet: Am 28. März zu Frankfurt a. M. unter Vorsitz des Kommerzienrates Ernst Schieß-Düsseldorf ein „Verein deutscher Werkzeug-Maschinenfabriken" mit besonderer Rücksicht auf die zweckmäßige Vertretung dieser Industrie bei den Vorberatungen für den Abschluß von Handelsverträgen, ferner am 24. April zu Mainz ein „Verband deutscher Eisenwarenhändler" unter Leitung des bisherigen Präses des süddeutschen Verbandes P. Schmahl. Die nächstjährige Generalversammlung des letztgenannten Vereins findet in Würzburg statt.

Digitized by Google

Die diesjährige Generalversammlung des Vereins deutscher Spediteure wurde am 23. Mai unter dem Vorsitze von Moritz Merfeld-Leipzig in Hamburg eröffnet. Die Versammlung sprach sich, namentlich nach einem Referat des Rechtsanwalt Barth, entschieden gegen die angebliche Wiedereinführung der Staffeltarife und für Aufrechterhaltung des Sammelladungsverkehrs aus. Die nächste Generalversammlung findet in Leipzig statt.

Der Centralverein deutscher Wollwaren-Fabrikanten hielt am 16. Mai in Krimmitschau seine 33. Delegiertenversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht über das Jahr 1897 ist von allgemeinem Interesse, daß sich in Skandinavien die Wollmarenindustrie mehr und mehr selbständig macht, sodaß dort der Absatz deutscher Waren zurückgeht; auch Italien kommt immer weniger als Absatzgebiet in Betracht; sogar Bulgarien stellt sich immer mehr auf eigene Füße, sodaß die deutsche Industrie ernstlich auf andere Absatzgebiete bedacht sein muß.

Der Centralverein der deutschen Lederindustrie hielt am 12. April zu Frankfurt a. M. seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach dem vom Generalsekretär R. Krause aus Berlin erstatteten Jahresbericht entwickelte sich recht günstig die vom Centralverein geschaffene deutsche Versuchsanstalt für Lederindustrie zu Freiberg i. S., an der auch die deutschen Heeresverwaltungen ein Interesse haben. Die in Aussicht genommenen Unterrichtskurse für die Offiziere der Bekleidungsämter sollen Mitte des laufenden Jahres dort beginnen. Eingehende Erörterung fand in der Versammlung die vom Reichsamt des Innern in Aussicht genommene Produktionsstatistik. Auch wurde die Nothwendigkeit einer Ermäßigung der Eisenbahnfrachtsätze für das wichtigste Rohmaterial der Gerberei, die rohen Häute und Felle, von allen Seiten betont. Schließlich hielt Dr. Paeßler, der Vorstand der deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie, einen Vortrag über Gerbmaterialien.

Der Internationale Kongreß für Zollgesetzgebung und Reglementierung der Arbeit wird unter dem Ehrenvorsitz des belgischen Ministers de Smet de Naeyer vom 12.—18. September in Antwerpen tagen.

Der Internationale Kongreß zum Schutze industriellen Eigentums wurde am 2. Juni in London mit dem Vorsitz des Chemikers Sir Henry Roscoe eröffnet. Es hatten sich Delegierte aus Deutschland, Österreich und Frankreich eingefunden. Der deutsche Delegierte Julius von Schütz hielt eine Vorlesung über die Wirkung der verschiedenen Arten der Patentverleihung in Deutschland.

Ausstellungswesen. Eine Ausstellung der Sammlung von Warenmustern aller Art, welche die im vorigen Jahre von der Reichsregierung nach Ostasien entsandte Kommission zusammengebracht hatte, soll, veranstaltet vom Reichsamt des Innern, in Berlin und in anderen großen Städten des Reichs stattfinden.

Die vorjährige Allgemeine Ausstellung für Nahrungsmittel in Berlin konnte einen Überschuß von 9727 Mk. für wohlthätige Zwecke überweisen.

Eine Ausstellung für Volksernährung und Gesundheitspflege findet vom 10. September bis 20. Oktober d. J. in Hamburg statt. Für Kinderhygiene wird eine besondere Gruppe eingerichtet.

Die vorjährige Internationale Kochkunstausstellung in Wien erzielte einen Reingewinn für Wohlthätigkeitszwecke in Höhe von 22300 Fl.

Digitized by Google

Eine Ausstellung von Jünglingsvereinslitteratur soll gelegentlich der vom 6. bis 10. Juli in Basel tagenden 14. Internationalen Konferenz der Komitees der Jünglingsvereine dort veranstaltet werden.

Sociales.

Gemeinnützige Vereinigungen und Versammlungen. Der IX Internationale Kongreß für Hygiene und Demographie wurde unter reger Beteiligung, auch seitens Deutschlands, am 15. April in Madrid eröffnet. Von den vielen daselbst gehaltenen Vorträgen und Diskussionen wollen wir nur folgende, weitere Kreise interessierende Hauptpunkte erwähnen. Professor Finkler-Bonn sprach über die Erschließung neuer billiger Hülfsquellen zur Volksernährung, unter Darlegung seiner 15jährigen Untersuchungen über eine zweckmäßigere und billigere Zuführung von Eiweißsubstanzen zur Nahrung. Durch die Mithülfe des Mitgliedes des Preußischen Herrenhauses Grafen v. Douglas und des Regierungsassessors Dr. Freiherr v. Bodenhausen wird die Errichtung einer Fabrik im größeren Styl stattfinden, in welcher die betreffende Erfindung des Prof. Finkler, Herstellung von Leguminosetafeln mit Zusatz von künstlichem Eiweiß („Tropon"), verwertet werden soll. — Der Direktor des Pariser statistischen Amtes, Professor Bertillon resumierte in einem längeren Vortrag seine Untersuchungen über Zwillingsgeburten und kam zur Feststellung des Satzes, daß, je älter eine Frau sei, desto mehr Aussicht habe sie, Zwillinge zu gebären. — Prof. Dr. Muñoz-Madrid sowie Stabsarzt Dr. Pannwitz-Berlin traten in ihren Vorträgen über die Lungentuberkulose für die Errichtung von Lungenheilstätten für Unbemittelte ein, ersterer forderte auch solche Heilstätten für Soldaten und Kinder. — Den Ausführungen des Prof. Dr. Mayet vom Kais. statistischen Amt in Berlin über die bedenklichen Folgen des Heiratens unter Blutsverwandten stehen Ausführungen des Direktor des Kgl. Preußischen statistischen Bureaus in Berlin, Geheimrat Bleuck entgegen. Bleuck weist u. a. darauf hin, daß z. B. bei den Pharaonen die Verbindungen zwischen Blutsverwandten nicht zu Entartung oder Degeneration geführt hätten. Auch heute finden wir noch genug Gegenbeweise für den viel verfochtenen Satz von der Gefährlichkeit der Heiraten unter Blutsverwandten; in den kleinen Fischerdörfern, die zum Teil vollständig abgelegen sind, wird das Heiraten unter Blutsverwandten als etwas ganz Selbstverständliches betrachtet und auch bei diesen Menschen lassen sich keinerlei nachteilige Folgen wahrnehmen. Sie sind körperlich und geistig durchaus normal, ja, sogar meistens von einer außerordentlich kräftigen Konstitution und Langlebigkeit. Heiraten unter Blutsverwandten, so erklärt Geheimrat Bleuck, haben nur dann Erkrankungen der Nachkommen zur Folge, wenn eines der beiden Eltern, oder vielleicht gar Beide, selbst krank sind. Bezüglich des Vorschlages Mayet's, betreffs statistischer Erhebungen über die Ursache der Anomalien und Erkrankungen in den Taubstummen-, Blindenanstalten u. s. w. kam es in der Sitzung zu keiner Beschlußfassung. — In der Sektion für Städtehygiene sprach man sich unter dem Vorsitz des Berliner Privatdozenten Dr. Weyl für die Abfuhr des Hausmülls in staubdichten Behältern und die Verbrennung desselben, sowie für die Straßenreinigung durch kombinierte Kehr- und Sprengwagen aus. Von besonderem Interesse waren die Erörterungen des Kongresses über die Arbeiterwohnungsfrage, deren Förderung insbesondere von den Vertretern Deutschlands unter Be-

Digitized by Google

leuchtung des gegenwärtigen Standes dieser Frage als notwendig betont wurde. — In der Sektion für Demographie hielt Geheimrat Blenck dem berühmten Statistiker Ernst Engel einen warmen Nachruf und schilderte in einem längeren Vortrage die Arbeiten und Aufgaben des Kgl. Preuß. statistischen Bureaus innerhalb der Zeitperiode 1885—1896.

Ein Verband der deutschen Wohlfahrtsvereine ist am 14. Mai in Berlin gegründet worden. Die Vertreter von etwa 40 der größten und ältesten deutschen gemeinnützigen Vereine waren versammelt, etwa 30 Vereine erklärten sofort ihren Zutritt zum neuen Verbande, der voraussichtlich zur gegenseitigen Anregung und zur Förderung einer rationellen ausgedehnten Wohlfahrtspflege in Deutschland segensreich wirken wird. Die angenommenen Satzungen des neuen Verbandes lauten: § 1. Der Verband deutscher Wohlfahrtsvereine tritt zusammen, um die gemeinsamen Interessen der ihm angeschlossenen gemeinnützigen Wohlthätigkeits- und Fürsorgevereine und -Anstalten zu fördern und zwar zunächst durch periodisch wiederkehrende Beratungen (Konferenzen) ihrer Vertreter. § 2. Gegenstände der Beratung und nach Umständen der Bethätigung werden sein: 1. Zusammenstellung und Veröffentlichung der von den in § 1 bezeichneten Vereinen jährlich abzuhaltenden Versammlungen nach Ort, Zeit und dem hauptsächlichen Inhalt der Tagesordnung, 2. Sammlung, Ordnung und Veröffentlichung von Angaben über die im Reiche bestehenden gemeinnützigen Wohlthätigkeits- und Fürsorgevereine und -Anstalten (Bestandsaufnahme), 3. Erteilung von Auskunft aus dem so gewonnenen Material, soweit das Bedürfnis nicht durch bestehende Einrichtungen gedeckt ist, 4. Anregung zu engerem Zusammenwirken der unter 2 bezeichneten verwandten Vereine und Anstalten in Gemeinde, Bezirk und Reich, sowie zur Ausfüllung von Lücken auf dem der Pflege zugänglichen Gebiet durch Bildung neuer oder Erweiterung vorhandener bezüglicher Einrichtungen. § 3. Mitglieder des Verbandes sind außer den Vereinen, Behörden und Körperschaften, welche in der konstituierenden Konferenz ihren Beitritt erklären, diejenigen, welche ihm auf Einladung des Komitees des Verbandes (§ 4) nachträglich beitreten. § 4. Die Geschäfte des Verbandes besorgt bis auf weiteres die Centralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen in Berlin. Sie delegiert dafür drei Mitglieder ihres Vorstandes, sowie ihren Geschäftsführer, welche mit drei von der Verbandskonferenz für je ein Jahr gewählten Mitgliedern bis zur nächsten Konferenz das Komitee des Verbandes bilden. Dasselbe giebt sich seine Geschäftsordnung.

Die diesjährige deutsche Lehrerversammlung wurde in der Pfingstwoche in Breslau mit ca. 4000 Teilnehmern abgehalten. Die Festrede über das 50jährige Bestehen der deutschen Lehrerversammlung hielt Oberlehrer Gärtner-München. Von den drei weiteren größeren Verhandlungen ist die auf Grund eines Vortrages des Lehrer Fechner-Berlin am 31. Mai über die Frage: „In welcher Richtung und in welchem Umfange wird die Jugenderziehung durch die gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit geschädigt?“ hervorzuheben. Die Frage wurde dahin beantwortet, daß nach den vorliegenden statistischen Aufnahmen durchschnittlich jedes achte Schulkind gegen Lohn beschäftigt ist, von den 8 Millionen Volksschülern, die es in Deutschland giebt, also 1 Million, und daß durch diese Beschäftigung in sehr vielen Fällen die geistige Entwickelung, die körperliche Gesundheit und die Sittlichkeit der Kinder geschädigt wird. Gefordert

Digitized by Google

wird deswegen ein Verbot jeder Kinderbeschäftigung, durch die der Schulunterricht beeinträchtigt wird, ferner ein Verbot jeder Lohnarbeit im Alter unter 12 Jahren, sowie bei allen Kindern am Morgen vor der Schule, nach 6 Uhr abends, an Sonntagen, gegen Stücklohn und jede Doppelbeschäftigung. Gänzliches Verbot wird verlangt für Hausieren, Beschäftigung in Wirtshäusern, bei Schaustellungen und bei Treibjagden.

Der IX. evangelisch-sociale Kongreß wurde unter dem Vorsitze des Landesökonomierat Nobbe-Berlin am 2. Juni in Berlin eröffnet. Nach Erstattung des Jahresberichtes durch den Generalsekretär Völter referierte Privatdozent Lic. Lezius-Greifswald über „die Stellung Luthers zu den socialen Fragen seiner Zeit", worauf folgender Antrag von der Versammlung angenommen wurde: 1. „Der Kongreß dankt dem Referenten für seine objektiven und geschichtstreuen Darstellungen der Anschauungen Luthers über die socialen Fragen seiner Zeit und erkennt als bedeutungsvolles Ergebnis dieser Darstellung die prinzipielle und feste Unterscheidung zwischen dem Evangelium mit seinen ewigen Gütern und den staatlichen und wirtschaftlichen Ordnungen an. 2. Wenn Luther für diese, unter Ablehnung revolutionären Umsturzes, eine vertrauensvolle Anerkennung der geschichtlich gegebenen Mächte als Pflicht anerkannte, so zeigte er andrerseits, wie die Kirche und die weltliche Obrigkeit in den Schranken ihres Berufes das Volksleben mit den Kräften der Billigkeit, der Zucht, des Rechtes und der Bruderliebe zu durchdringen habe. 3. Daß wir heute auf socialsittlichem Boden zum Teil anders gestaltete und höhere Aufgaben im Rahmen eines nationalen Staatswesens erfüllen dürfen, verdanken wir nicht zum mindesten der unvergleichlichen Kraft, mit der Luther in seiner Zeit den monarchischen Sinn gestärkt, das Pflichtgefühl der Machthaber erweckt, das Ideal des dienenden Herrschertums aufgestellt und den thatkräftigen Gemeinsinn aller Stände belebt hat."

Hierauf sprach Professor Dr. Stieda-Leipzig über geschichtliche, gegenwärtige und zukünftige Arbeiterorganisationen. Er faßte seine Ausführungen in folgende Leitsätze: „1. Die kaiserlichen Erlasse von 1890 leisten für den weiteren Ausbau der Socialreform Gewähr. 2. Die Arbeiterausschüsse, obschon sie eine Vorstufe bei der Arbeiterorganisation sein könnten, haben sich in der Praxis nicht bewährt. Sie werden in ihrer gegenwärtigen Zusammenstellung und mit ihren gegenwärtigen Kompetenzen wohl in Zukunft für die Gestaltung des Arbeitsvertrags keine nennenswerte Bedeutung erlangen können. 3. Daher ist eine freie selbständige Organisation der Arbeiter in eigenen Vereinen und ihre gesetzliche Anerkennung nicht zu entbehren. Die heutige Rechtsunsicherheit für alle Vereine mit idealen Zwecken beeinträchtigt ihre Wirksamkeit. 4. Die Arbeitervereine sind zunächst keine Kampfesorganisationen mit politischen Tendenzen. Sie verfolgen vielmehr ernste wirtschaftliche und sociale Aufgaben. Jedenfalls sind sie das einzige wirksame Mittel der Arbeiter, den Arbeitsvertrag ihrerseits zu beeinflussen. 5. Nicht minder notwendig sind Arbeiterkammern, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche und Meinungen direkt den Staatsbehörden vortragen zu können. Die Novelle zur Gewerbeordnung, die die Bildung von Innungen begünstigt und nur den korporellen Handwerkern die Teilnahme an der zu errichtenden Handwerkskammer zugesteht, erkennt die Bedeutung der Organisation im heutigen Wirtschaftsleben an. Ihrem Grundgedanken entsprechend ist auch für die Arbeiter eine gesetzliche Vertretung zu fordern." Nach eingehender Debatte über diese Sätze fand

Digitized by Google

schließlich folgender Antrag Annahme: „Der Kongreß dankt dem Referenten für seine Ausführungen und erblickt in dessen Thesen den präzisen und erweiterten Ausdruck der bereits auf früheren Kongressen betonten Überzeugung, daß das berechtigte Streben der Arbeiter nach socialer Hebung eine Sicherung ihrer Interessen durch gesetzlich anerkannte Gewerkschaftsvereine, sowie eine Beseitigung der Rechtsunsicherheit aller Vereine mit idealen Zwecken erfordert. Der Kongreß erblickt in derartigen Arbeiterorganisationen zwar kein sociales All-Heilmittel und verkennt auch die Bedeutung der dagegen geltend gemachten wirtschaftlichen Bedenken nicht, hält sie aber doch für erstrebenswert, weil er von ihnen eine erziehliche, das sittliche Gemeinschaftsleben und den freien Staatssinn der Arbeiterschaft fördernde Einwirkung erwartet."

Endlich nahm der Kongreß nach einem Vortrage des Pfarrers D. Rade-Frankfurt a. M. über „Die religiös-ethische Gedankenwelt unserer Industriearbeiter" folgende Resolution an: „Der evangelisch-sociale Kongreß ist mit dem Referenten eins in der herzlichen Achtung vor dem geistigen Streben und Ringen, das den besseren Teil unserer Industriearbeiterschaft kennzeichnet. Er erkennt mit Schmerz ihre weitgehende innere Abwendung von der heutigen Kirche, verzichtet aber keineswegs auf die Hoffnung, daß auch die heute von der Socialdemokratie geleitete Arbeiterschaft und das Christentum sich wieder finden werden. Diese Hoffnung stützt sich 1. auf das Ansehen, das die Person Jesu Christi bis tief in die socialdemokratische Partei hinein genießt; 2. auf die bedeutsame Stellung, welche die Ideen der Gerechtigkeit und Nächstenliebe auch in der socialdemokratischen Lebensanschauung einnehmen; 3. auf die damit zusammenhängende Thatsache, daß die Kritik sich viel weniger gegen den Inhalt der christlichen Moral als gegen die schlechte Befolgung durch die Christen richtet; 4. auf das innige Verhältnis, das trotz jahrzehntelanger Arbeit der Socialdemokratie viele wackere und gebildete Arbeiter zum Christentum noch innehaben oder wiedergewonnen haben. Der evangelisch-sociale Kongreß will angesichts dieses Thatbestandes ein Sammelort derjenigen evangelischen Christen sein und bleiben, die an der Wiedergewinnung auch der socialdemokratischen Arbeiterschaft für das Christentum trotz der ablehnenden Haltung ihrer öffentlichen Wortführer und unbeschadet des notwendigen Austrags der politischen Gegensätze festhalten. Der Kongreß hält es für die dringende Pflicht der Kirche, den Schein zu zerstören, als ob der christliche Glaube dem energischen Bildungsstreben der Arbeiterkreise feindlich sei, und alles zu thun, um die Wahrheit des Evangeliums in ihrer Unabhängigkeit von jeglicher, sei es antiker oder moderner Naturanschauung zur Geltung zu bringen. Der Christentumsverkündigung aber darf in ihrer Eigenart nichts abgebrochen werden; im Gegenteil, je ernster, lebendiger und wahrhaftiger sie im Geiste Jesu Christi geschieht, desto sicherer wird sie auch auf die moderne Arbeiterschaft ihre Wirkung thun."

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat nach dem Bericht über das Rechnungsjahr 1897/98, welcher der am 7. Juni in Köln am Rhein abgehaltenen Jahresversammlung des Gesellschafts-Ausschusses vorgelegt worden ist, im letzten Rechnungsjahre 60 Menschenleben aus Seenot gerettet. Die Zahl der seit der Begründung der Gesellschaft durch deren Gerätschaften geretteten Personen ist damit auf 2114 gestiegen. Aus der Laeis-Stiftung wurden für 98 auf hoher See gerettete Menschenleben Prämien im Betrage von 2775 Mk. einschließlich des Geldwerts der Medaillen verteilt. Die Zahl der Rettungsstationen

Digitized by Google

beträgt heute 116, zwei mehr als im letzten Jahre. Hinzugekommen sind: die Doppelstation Tenkitten im Bezirksverein Königsberg i. Pr., und die mit einem Eisboot ausgerüstete Station Munkmarsch auf Sylt. Von den Stationen befinden sich 72 an der Ostsee, 44 an der Nordsee. 52 sind Doppelstationen, ausgerüstet mit Boot und Raketenapparat; 48 Boots- und 16 Raketenstationen. Die Gesamteinnahme belief sich auf 298 054 Mk., die Gesamtausgabe auf 203 640 Mk. Der Unterstützungsfonds beträgt 97 891 Mk. Die Unterstützungen sind zum ersten Male im laufenden Rechnungsjahre bewilligt worden. Die Ehrengabe von 400 Mk. hat Kapitän Eugen Cronmeyer, Führer des hamburgischen Dampfers „Polaria", für die Rettung der aus 12 Personen bestehenden Besatzung der norwegischen Bark „Lyna" erhalten. Den Preis von 200 Mk. hat die Rettungsmannschaft von Warnemünde für die Rettung der aus 5 Personen bestehenden Besatzung des deutschen Schleppdampfers „Ihehoe", Kapitän Schröder, und der aus 4 Personen bestehenden Besatzung des deutschen Leichterfahrzeuges „Hansa", Schiffer Bröhan, erhalten. Herr Emile Robin hat der Gesellschaft als sechste Stiftung ein Kapital von 6000 Mk. überwiesen, dessen Aufkünfte im Betrage von 200 Mk. jährlich als „Belohnung für Kindesliebe" der Tochter eines der Bootsleute der Gesellschaft verliehen werden soll. Die von dem Generalmajor Ernst Bartels und seiner Gemahlin gestiftete Doppelstation Tenkitten ist dem Betriebe übergeben worden. Die Stifter haben auch die den Kostenanschlag von 15 000 Mk. übersteigenden Kosten im Betrage von 5380 Mk. der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

Die 28. Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung fand am 21. und 22. Mai in Danzig, unter dem Vorsitze des Abgeordneten Rickert, statt. Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren nicht unerhebliche Fortschritte gemacht. Sie hat insbesondere die Begründung und Vergrößerung der Volksbibliotheken in ärmeren Gemeinden in wachsendem Maße unterstützt. Aus den auf den Versammlungen erstatteten Berichten ergiebt sich, daß der Etat der Gesellschaft in den Ausgaben von 43 300 Mk. (1896) auf 47 100 (1897) gestiegen ist und eine weitere erhebliche Steigerung im laufenden Jahre bevorsteht. Die Mitgliederzahl hat sich von 3990 (1896) auf 4431 (1897) und 4553 zur Zeit erhöht. Die körperschaftlichen Mitglieder (1896: 1042, 1897: 1172 und 1267 im April d. J.) haben besonders stark zugenommen. In demselben Maße sind auch die Leistungen der Gesellschaft gestiegen. Ein zusammenfassender Nachweis liegt leider nicht vor, da die 12 Verbände und 13 Zweigvereine in ihren Veranstaltungen ganz selbständig sind. Die Centralstelle in Berlin, die nur über 60 pCt. der Einnahmen verfügt und hierfür in erster Linie die nicht unerheblichen Kosten zu decken hat, welche die Verwaltung, die Herausgabe der Zeitschrift der Gesellschaft, Hauptversammlungen und Verbandstage verursachen, konnte daneben auch manche Bildungsbedürfnisse unmittelbar befriedigen. Um die weitere Verbreitung der Volksunterhaltungsabende zu fördern, erschien eine bereits in 6000 Exemplaren verbreitete Schrift über „Die Volksunterhaltungsabende nach Bedeutung, Entwickelung und Einrichtung" in neuer Ausgabe. Ferner erließ die Gesellschaft in Gemeinschaft mit dem Deutschen Lehrerverein ein Preisausschreiben für neue, zeitgemäße Volksschullehrpläne, auf das 16 Arbeiten eingegangen sind. Von den Wanderrednern der Gesellschaft sind in allen Teilen des Reiches 160 Vorträge (1896: 127) gehalten worden. Die Begründung von Volksbibliotheken wurde durch unentgeltliche Hergabe von 9972 Büchern unterstützt. Von 1892—1897 hat

Digitized by Google

die Zentralstelle 29 266 Bücher unentgeltlich verabfolgt und dadurch 252 Volksbibliotheken neu begründet (1897 allein 96) und 472 Bibliotheken unterstützt (1897: 59). Von diesen Bibliotheken befinden sich 253 auf dem platten Lande. Am größten scheint das Bedürfnis nach guten Büchern in den östlichen Provinzen zu sein. Von den 253 ländlichen Bibliotheken entfallen auf Brandenburg 64 und auf Pommern 53.

Generalsekretär J. Tews-Berlin hielt dann einen Vortrag über: „Umfassende Organisationen". Die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen gipfeln in folgenden Vorschlägen: Gut eingerichtete Volksbibliotheken sind in allen größeren und kleineren Ortschaften ein dringendes Bedürfnis. In organischer Verbindung damit sollten wenigstens in allen größeren und mittleren Ortschaften Lesehallen errichtet werden, in denen in erster Linie Tageszeitungen, Zeitschriften und Nachschlagewerke vorhanden sind. Die allgemeine Einrichtung guter Volksbibliotheken und Lesehallen wird am schnellsten erreicht werden, wenn die Gemeinden und die für Hebung der Volksbildung interessirten freien Vereinigungen Hand in Hand mit einander arbeiten, und der Staat im Bedürfnisfalle mit Unterstützungen eintritt u. s. w. Oberbürgermeister Bräsicke-Bromberg berichtet insbesondere über seine Erfolge bei der Errichtung einer Volksbibliothek mit Lesehalle in Bromberg. Auf eine Aufforderung aus der Bevölkerung wurde die Volksbibliothek aus den Ueberschüssen der Unterhaltungsabende ins Leben gerufen und durch Schenkungen zunächst auf 1000, dann auf 2000 Bände gebracht. Die Stadt unterstützte die Bibliothek durch freies Lokal und freie Heizung. Bürgermeister Brinckmann-Königsberg ist dafür, daß die Gemeinden die Volksbibliotheken übernehmen und diese Pflicht nicht Vereinen überlassen. Für Volksbibliotheken und Lesehallen müßten die schönsten städtischen Gebäude bestimmt sein. Oberpräsident v. Goßler bemerkt, daß auch die landwirtschaftlichen Vereine der Provinz sehr gut in der Lage seien, Bibliotheken einzurichten. Kenntnisse, insbesondere naturwissenschaftliche, seien für den Landmann dringend nothwendig. Ebenso vermisse er in den Katalogen technische und gewerbliche Schriften, die das wirtschaftliche Leben anregen. Redner weist dann besonders auf die Thätigkeit der inneren Mission und der Geistlichen und Lehrer hin und berichtet über Erfahrungen mit einer Bibliothek an seinem eigenem Gute. Das Verlangen nach guten Büchern sei groß. In Naumburg habe er gesehen, wie eine große Bibliothek durch Bücherschenkungen errichtet werden könne. Es sei deswegen allen Vereinen die Sammlung von Büchern auf diesem Wege dringend zu empfehlen. Stadtrat Ehlers-Danzig wünscht, daß man sich nicht auf Staats- und Gemeindehülfe verlassen, sondern der Privatthätigkeit den nötigen Raum lassen solle. In Danzig seien die Volksbibliotheken durch eine Stiftung ins Leben gerufen und im wesentlichen auch bisher unterhalten worden. Dr. Jeßner-Königsberg betont, die Anregungen müßten aus dem Volke heraus kommen, und schildert die Begründung der Lesehalle in Königsberg, wobei Vertreter aller politischen Parteien zusammengewirkt haben. Redner empfiehlt dasselbe Vorgehen an allen Orten. Ein zweiter Vortrag in der Versammlung vom Rektor Dr. Schmeil-Magdeburg behandelte die Pflege des Natursinns bei der Jugend und im Walde. Der Redner wies in schlagendster Weise nach, daß das schöne Vätererbe des Natursinns bei unserer städtischen, insbesondere der großstädtischen Bevölkerung im Absterben begriffen ist, und forderte auf Grund dieser Wahrnehmung eine Reihe von praktischen Maßnahmen. Das Hinausführen der

Digitized by Google

Schuljugend in die freie Natur zu Zwecken des Unterrichts und der Erholung, Verbilligung der Sonntagsausflüge, Anlage von Schulgärten und Baumalleen in den Straßen, Blumenpflege durch Schulkinder und Verbreitung von naturkundlichen Schriften durch die Jugend- und Volksbibliotheken. Das Hauptgewicht legt Redner aber auf einen naturkundlichen Unterricht, der das einzelne Naturwesen in seinem Wechselverhältnis zur Umgebung darstellt und damit das Naturleben als das wichtigste Moment erfaßt. Für den Lehrerstand wird eine gesteigerte naturwissenschaftliche Bildung verlangt. Hierauf spricht Schuldirektor Pache-Leipzig über den gegenwärtigen Stand des Fortbildungsschulwesens in den deutschen Staaten und die Maßnahmen zur weiteren Förderung desselben. Er legt folgende Leitsätze vor: I. Es ist dringend geboten, auf die Landesgesetzgebung behufs Einführung des Fortbildungsschulzwanges für beide Geschlechter einzuwirken. Für Preußen dürfte sich empfehlen, die Einführung des Fortbildungsschulzwanges der Beschlußfassung der Provinziallandtage zu überweisen. Die der Gesellschaft angehörenden Einzelvereine werden ersucht, in diesem Sinne zu wirken. II. Der Unterricht aller Fortbildungsschulen hat sich an das Berufsleben der Schüler anzuschließen. Die Ausbildung der Fortbildungsschullehrer ist zweckentsprechend zu fördern. III. Das um die Volksbildung hochverdiente freie Fortbildungsschulwesen soll in der Gestalt der Berufsschule mit umfassenderen Zielen und der eigentlichen Fachschule erhalten und weiter verbreitet werden. Oberbürgermeister Delbrück ist nicht für die Einführung des Fortbildungsschulzwanges durch die Provinziallandtage, sondern für den Zwang in dem bisher in Preußen zulässigen Umfange durch Ortsstatut. Die eine freiwillige Schule Besuchenden müßten von dem Besuch der Zwangsschule entbunden werden. Direktor Pache zieht seinen zweiten Leitsatz zurück. Er ist aufgestellt worden in Rücksicht auf Wünsche, die im Westen des Staates bestehen. Im übrigen ist die Versammlung mit seinen Vorschlägen einverstanden. Als letzter Redner spricht Abg. Rickert über „Stiftungen für Bildungs- und Unterrichtszwecke". Eine Zusammenstellung der sämtlichen Stiftungen dieser Art existirt in Preußen nicht. Aus den vom Kultusministerium gegebenen Zusammenstellungen ergiebt sich, daß für Bildungszwecke nur verhältnismäßig geringe Mittel gestiftet werden. Der Redner macht nähere Mitteilung über das der Gesellschaft von dem verstorbenen Paul de Cuvry zugeflossene große Vermögen zur Förderung ihrer Zwecke, über die Gehe-Stiftung in Dresden, über das Rudolf Mossesche Erziehungshaus in Wilmersdorf bei Berlin. Bei Hannover besteht eine ähnliche landwirtschaftliche Anstalt dieser Art. Abg. Rickert schließt mit der Bitte, der Gesellschaft Mitteilungen über ähnliche Stiftungen zugehen zu lassen, die als schöne Beispiele opferwilligen Bürgersinns veröffentlicht werden sollen. Die Versammlung wird dann geschlossen.

Die diesjährige Hauptversammlung des deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine tagte am 6. und 7. Juni in Hamburg unter dem Vorsitz von C. A. Schäfer-Frankfurt a. M. Nach dem Jahresberichte ist die Zahl der Mitglieder der Verbandsvereine von 116 626 auf 121 218 angewachsen und zwar befinden sich darunter 25 311 Prinzipale, 89 379 Handlungsgehülfen, 4718 Lehrlinge und 1810 Nichtkaufleute. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Frage der Regelung der Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe und der Errichtung von Schiedsgerichten zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Anstellungsverhältnis und nahm eine Reihe dazu gestellter Anträge an auf eine für

Digitized by Google

die Angestellten günstigere Regelung der Arbeitszeit und auf Errichtung von kaufmännischen Schiedsgerichten im Anschluß an die ordentlichen und nicht an die Gewerbegerichte. Den folgenden Gegenstand bildete die praktische Ausbildung der Handlungslehrlinge und die sich dadurch ergebenden Anforderungen an die Gesetzgebung. Hierzu wurde ein Antrag angenommen, der einen schriftlichen Lehrvertrag obligatorisch machen, die Heranziehung von Handlungslehrlingen zu nicht zum Handelsgewerbe gehörenden Dienstleistungen verbieten und die Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden festsetzen will. Sodann wurde ein Antrag auf Abänderung der Prüfungsordnung für die Berechtigung zum einjährigfreiwilligen Militärdienst angenommen, wonach bei der freiwilligen Prüfung der jungen Kaufleute eine tüchtige Ausbildung in den kaufmännischen Berufsfächern als Ersatz für allgemeinbildende Unterrichtsgegenstände zuzulassen ist. Ferner trat die Versammlung noch für die möglichst weitgehende Bestellung von Konkursverwaltern aus dem Kaufmannsstande ein, und beschäftigte sich in ihrer Schlußsitzung mit den Fragen der Versicherung gegen Stellenlosigkeit, bei welcher die Staatshülfe als unangebracht bezeichnet und die Organisation einer Berufsgenossenschaft empfohlen wurde, sowie mit der Forderung einer Nachweisung der männlichen und weiblichen Handlungsgehülfen bei der nächsten Gewerbezählung.

Der Verbandstag des deutschen Vortragsverbandes wurde in Verbindung mit dem Verbandstag der deutschen kaufmännischen Vereine am 6. u. 7. Juni unter dem Vorsitz von Edmund Lotz-Coburg in Hamburg abgehalten. Der 1876 gegründete Verband umfaßt zur Zeit 216 Vereine mit 138 310 Mitgliedern. In der Hauptsache wurde die Rednerliste für 1898/99 festgestellt. Diese Liste weist die Anzahl von 40 hervorragenden deutschen Rednern und 10 Rezitatoren auf. Die nächste Versammlung findet 1899 in Eisenach statt.

Der Verband deutscher Handlungsgehülfen hielt am 17. April zu Leipzig seine 16. ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem letzten Geschäfts- und Rechenschaftsbericht hat sich die Zahl der Mitglieder 1897 von 45 355 auf 47 208 erhöht, die sich auf 316 Kreisvereine verteilen. Für das in Niederschlema bei Aue im sächsischen Erzgebirge zu errichtende Genesungsheim sind bis jetzt 67 117 Mk. freiwillige Beiträge eingegangen. Der Vertreter von Frankfurt a. M. überbrachte für das zweite, im Taunus zu errichtende Genesungsheim 1500 Mk., von denen 300 Mk. die Handelskammer zu Frankfurt a. M. beigesteuert hat. Das Gesamtvermögen des Verbandes beträgt 1 057 326 Mk., der Rechnungsüberschuß des letzten Jahres 20 040 Mk.

Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands, der seinen Hauptsitz in Leipzig hat, im ganzen Reich aber Sektionen aufweist, hat seinen dreizehnten Rechenschaftsbericht für das Verwaltungsjahr 1897 herausgegeben, aus dem wir Folgendes mitteilen wollen: Der Vermögensbestand weist diesmal einen Zuwachs von 190 434,15 Mk. auf, so daß der Verband insgesamt ein Vermögen von 1 164 131,10 Mk. besitzt, welches in Effekten und Hypotheken angelegt ist. Der Witwen- und Waisenfonds beträgt 683 961,31 Mk. Es wurden im Berichtsjahr 143 Witwen und acht Waisen unterstützt. Der allgemeine Unterstützungsfonds, aus welchem Krankenunterstützung und Notstandsunterstützung gewährt wird, belief sich auf 246 299,51 Mk., an Unterstützungen wurden gezahlt 19 226 37 Mk. Seit dem Bestehen des Verbandes sind aus diesem Fonds 136 129,57 Mk. gezahlt. Der

Digitized by Google

Altersversorgungsfonds stieg auf 147 672,84 Mk., der Kriegsreservefonds auf 17 449,83 Mk., auch der Grundstücksfonds erfuhr Vermehrung. Die Mitgliederzahl ist um 520 gewachsen und beträgt 7995 stiftende, außerordentliche und ordentliche Mitglieder (7407). Sektionen zählt der Verband in Deutschland 67. In der Stellenvermittelung machte sich diesmal ein regerer Verkehr geltend. Rechtsrat wurde in 742 Fällen mündlich und schriftlich durch den Syndikus des Verbandes erteilt, auch entwickelte der Verband als Schiedsamt zwischen Prinzipalen und Angestellten eine erfolgreiche Thätigkeit.

Der Generalversammlung des Vaterländischen Frauenvereins, die am 31. März zu Berlin stattfand, wohnte im Auftrage der deutschen Kaiserin Prinzessin Friedrich Leopold bei. Den Vorsitz führte Präsident Graf Hue de Grais. Den Jahresbericht erstattete der Schriftführer Geh. Rat v. Roux. Danach sind insgesamt 188 574 Mk. und bedeutende Bestände von Kleidungsstücken für die Überschwemmten beim Hauptvorstand eingegangen. Der Verein hat im Vorjahre mit erheblichem Aufwand die in Ostpreußen aufgetretene Augenkrankheit die Granulose zu bekämpfen gesucht und ist in Vorbereitung eines Kriegsfalles bemüht gewesen, die Zahl der Berufskrankenpflegerinnen zu erhöhen und einen Stamm geschulter freiwilliger Krankenpflegerinnen zu beschaffen. Die Zahl der dem Vaterländischen Frauenverein angeschlossenen Vereine ist im letzten Jahre von 847 auf 867, die Zahl der Mitglieder von 140 470 auf 150 919 gestiegen. Die Gesamteinnahmen bezifferten sich auf 2 465 164, die Gesamtausgaben auf 2 030 293 Mark; das Gesamtvermögen an Kapital, Grundstücken und Inventar beläuft sich auf 8 729 267 Mk.

Preisausschreiben. Der Somzée-Preis von 25 000 Frcs. ist von dem Schiedsgericht der vorjährigen Brüsseler Ausstellung dem Maschinen-Ingenieur Joseph François in Seraing für einen Bohrapparat zuerkannt worden, der die Anwendung von Sprengstoffen im Bergbau überflüssig machen soll. François hat an der Erfindung 25 Jahre gearbeitet. — Der Berliner Tierschutzverein zur Bekämpfung der Tierquälerei im Deutschen Reiche hatte im Mai 1896 ein Preisausschreiben für Lehrer erlassen über das Thema: „Die entsittlichende Wirkung der Tierquälerei, ihr schädlicher Einfluß auf das Zusammenleben der Menschen und ihre Bekämpfung durch die Schule im Anschluß an den bestehenden Lehrplan, sowie durch Einwirkung des Lehrers auch auf die Erwachsenen in der Gemeinde." Auf dieses Preisausschreiben waren am 1. August 1897 162 Arbeiten eingelaufen, wovon der Arbeit des Herrn Philipp Klenk in Mainz von sämmtlichen Preisrichtern einstimmig der 1. Preis von 300 Mk. zuerkannt wurde. — Der Alldeutsche Verband (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Lützow-Straße 85b) veröffentlicht in Gemeinschaft mit der Verlagsbuchhandlung von J. F. Lehmann in München ein Preisausschreiben für vaterländische Jugendschriften, die in den Herzen der Jugend Liebe zu Kaiser und Reich und zum deutschen Volke wecken sollen. Die Aufgabe kann in Form einer Erzählung, in Lebensbildern, in einer geschichtlichen Darstellung, in Prosa oder in Gedichtform gelöst werden. Drei Preise in Höhe von 2000, 1500 und 1200 Mk. sind ausgesetzt, und können die nicht preisgekrönten Arbeiten zum Preise von 800 Mk., oder zu 60 Mk. für den Druckbogen erworben werden. Höchster zulässiger Umfang: 20 Bogen im Format der Alldeutschen Flugschriften. Letzter Einlieferungstermin: 1. April 1899. — Die

Digitized by Google

Zeitschrift „Schuh und Leder“ (Berlin) veröffentlicht ein Preisausschreiben über die Frage: „Wie ist die Arbeitervermittelung für die Schuh- und Lederindustrie zur Förderung des socialen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten zu organisiren?“ Der Preis beträgt 1000 Mk. — Das Preisgericht der „Bluntschli-Stiftung“ hat für die vierte Preisaufgabe: „Staatsbankrott und internationales Recht“ einstimmig den Preis von 2500 Frcs. zwischen der italienischen und einer deutschen Bearbeitung geteilt; Verfasser der ersteren ist der Advokat und Professor Giulio Diena in Bologna, nunmehr Universitätsprofessor in Siena, Verfasser der zweiten Dr. jur. Karl Pflug in Nürnberg. Das von der juristischen Fakultät München vorgeschlagene Thema der fünften Preisaufgabe lautet: „Die Natur der völkerrechtlichen Abhängigkeitsverhältnisse unter Staaten, geschichtlich und dogmatisch.“ Der Preis beträgt 2500 Franken; die Arbeit muß bis 1. Juli 1900 an den Geh. Hofrat Dr. Pemsel in München abgeliefert werden, der auch die näheren Bedingungen mitteilt. — Der „Verein zur Ermunterung des Gewerbegeistes in Böhmen“ hat ein Preisausschreiben erlassen für Erfindungen, die für den Gewerbetrieb von Nutzen sind, um 1. dem Handwerke und der Hausindustrie Kenntnis von neuen, besonders von Bearbeitungs- und Hülfsmaschinen und Werkzeugen zu verschaffen, und 2. dadurch die Einführung neuer, noch nicht allgemein ausgeübter Erwerbszweige anzuregen. Der erste Preis beträgt 1000 Kronen. Die weiteren Preise bestehen in Geldbeträgen, Ehrendiplomen, Silber- und Bronze-Medaillen und ehrenden Anerkennungsschreiben und werden nach dem Verhältnis der einlaufenden Anmeldungen bestimmt. — Einen Preis von 1000 Mk. setzt das Königlich sächsische Bergamt zu Freiburg i. S. auf die Erlangung einer Vorrichtung aus, die das harte Aufsetzen der Förderschalen in den Schächten verhütet. Bewerbungen um den Preis sind bis 1. Dezember d. J. portofrei bei dem genannten Bergamt einzureichen. — Die Norddeutsche Edel- und Unedelmetallindustrie-Berufsgenossenschaft, Berlin SW., Kochstr. 30, setzt 1000 Mk. als Preis aus für eine Vorrichtung oder Angabe einer Arbeitsweise (oder Verfahrens), durch welche Fingerverletzungen bei dem Arbeiten an Exzenter-, Kurbel-, Friktions- und Spindelpressen, Roßwerken, sowie auch an Fallhämmern und ähnlichen Maschinen mit stoßendem Gang unmöglich gemacht werden. (Näheres hierüber siehe „Zeitschr. der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen“ 1898 Nr. 6.)

Eine Preisausschreibung für eine volkstümlich geschriebene Erzählung, welche sich zur Propaganda für die Enthaltsamkeit von geistigen Getränken eignet, ist von dem Alkoholgegnerbund (Internationaler Verein zur Bekämpfung des Alkoholgenusses) eröffnet worden. Dabei gelten folgende Bestimmungen: 1. Die Erzählung soll den Umfang von vier Druckbogen (Oktavformat) nicht überschreiten. 2. Der Termin der Einsendung schließt mit dem 30. September d. J. 3. Es gelangen ein bis zwei (oder mehrere) Preise zur Verteilung, im Gesamtbetrage von 500 Franken. 4. Die prämiierten Manuskripte gehen in das Eigentum des Alkoholgegnerbundes über, der darüber freies Verfügungsrecht erhält. Die nicht prämierten werden zurückgesandt. 5. Das Preisgericht besteht aus folgenden drei Herren: Civilgerichtspräsident Prof. Dr. C. Ch. Burckhardt, Redakteur Hermann Stegemann, Dr. Adolf Vögtlin, sämtlich in Basel. 6. Manuskripte, die zur Beurteilung zugelassen werden sollen, sind mit einem Motto versehen spätestens bis zum 30. September 1898 an Herrn Direktor E. Blocher in Neue Welt bei

Digitized by Google

Basel einzusenden. — Name und Adresse des Verfassers sollen in einem dem Manuskripte beizulegenden und mit dem entsprechenden Motto versehenen, verschlossenen Kouvert enthalten sein.

Arbeiterfrage.

Die 7. Konferenz der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen wurde am 16. und 17. Mai in Berlin unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Dr. Herzog abgehalten. Ueber den ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Die Wohlfahrtspflege im Kreise" lag das Referat des am Erscheinen behinderten Referenten Landrat Siegert-Uslar gedruckt vor. Dasselbe zeichnet ein lebendiges Bild der Notwendigkeit und der Schwierigkeiten der Wohlfahrtspflege, betont mit Recht ihre durchaus individuelle Gestaltung. Als Helfer können wirken der Landrat, bei dem so wie so die Fäden zusammenlaufen, der Pastor und Lehrer, die Beamten, alle Gebildeten im Kreise und besonders die Frauen, deren Mitarbeit für gewisse Zweige geradezu unentbehrlich ist Eine Übersicht über die Hauptgebiete zeigt, wie viel noch gethan werden kann. Da ist das Verkehrswesen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften (z. B. für Milch, Eier und Obstverwertung), die Spar- und Darlehnskassen u. a m.; da sind die sanitären Bestrebungen; wichtig aber vor allem die Förderung des Geistes- und Gemütslebens durch Vorträge, Volksbibliotheken und — last not least — durch die obligatorische Fortbildungsschule. Der Korreferent Pastor Apel aus Odagsen (Hannover) stellte sich auf denselben Standpunkt, betonte aber besonders, indem er zugleich die Bedeutung der Darlehnskassen und der Versicherungsgesetzgebung vom sittlichen Gesichtspunkte aus hervorhob, die geistige Wohlfahrtspflege und verlangte eine lebendige Mitarbeit auch der Kirchgemeinden. Besonders sei die Krankenpflege auf dem platten Lande sehr notwendig und die Anstellung einer ausgebildeten Pflegerin, aber nicht aus demselben Orte, nicht zu umgehen, wenn auch vielleicht durch mehrere Gemeinden zusammen. Der Referent wünschte aufs dringendste die obligatorische Fortbildungsschule, damit sie durch Geschichte und Nationallitteratur einen idealen Sinn wecken helfe, und empfahl Volksbibliotheken, wie überhaupt durch eine systematische Kolportage im Kreise eine weite Verbreitung guter Volksbücher erreicht werden könne. Den Spinnstuben stand er geteilten Herzens gegenüber, drang aber auf Familienabende mit Vorträgen und Musik, weniger mit Theateraufführungen, die die Einbildung der Spielenden zu sehr steigerten. Die anderen Vorträge behandelten Einzelfragen aus diesem Gebiete. Landrat Berthold aus Blumenthal führte über die Wohnungsfrage aus, daß in seinem Kreise an der Nordsee die Arbeiter auch unter den schlechten Wohnungen nicht litten, dagegen müssen sich, wo die Industrie rasch viele Arbeiter ansammle, gemeinnützige Baugenossenschaften bilden aus den Fabrikanten und Arbeitern, denen öffentlicher Kredit, besonders auch der der Versicherungsanstalten zur Verfügung stehen müsse und stehe. Regierungsrat Seidel behandelte das Sparkassenwesen sehr gründlich. Er fand die jetzige Organisation der Kreissparkassen noch ungenügend und wünschte, wenn er auch die Postsparkassen nicht empfahl, die Poststellen sollten Spargelder für die Sparkassen annehmen und dahin befördern, zugleich aber den Übertragbarkeitsverkehr einführen. Das sei ohne Nachteil möglich. Besonders betonte der Referent den Wert der Schulsparkassen, für den schon ihre rasche Entwickelung spreche; 1896 allein eine Zunahme um 144 Kassen mit 38 353 Sparern. Sehr wichtig und zutreffend war

Digitized by Google

noch die Forderung, die Sparkassen sollten der klein- und mittelbäuerlichen Schicht Kredit gewähren, Real- und Personalkredit, und sie besonders zur Amortisierung ihrer Hypotheken erziehen. Landrat Heydweiler aus Altena i. W. forderte in seinem Referate über Kranken- und Rekonvaleszentenpflege neben der Aufklärung über infektiöse Krankheiten und ihre Erkennungszeichen Krankenhäuser und Rekonvaleszentenheime. Auch müßte man auf Grund des Gesetzes mehr für Familienunterstützungen sorgen. Für skrophulöse Kinder empfahl er dringend Soolbäder und Ferienkolonieen. Dekan a. D. Müller aus Runkel schilderte die dortige Haushaltungsschule, die sehr günstige Resultate erziele, und forderte deren Errichtung in allen Kreisen, aber so, daß gerade die Töchter der kleinsten und ärmsten Leute, die es am nötigsten haben, sie besuchen können. In der angeregten Diskussion betonte u. a. der Vertreter des Kultusministeriums das ideale Ziel der Volksschule, er könne aber die Frage, ob die Regierung eine obligatorische Fortbildungsschule erstrebe, nicht bestimmt beantworten. Hoffentlich ist die bejahende That ein Erfolg der Konferenz. — Beim zweiten Thema, individuelle Hygieine des Arbeiters, sprach Dr. Albrecht aus Groß-Lichterfelde über das Allgemeine. Er betonte die große, praktische Wichtigkeit der Sache und wies darauf hin, wie die Unternehmer gesetzlich verpflichtet seien: 1. alle Schädlichkeiten, besonders Verschlechterung der Luft, zu beseitigen, 2. ausreichenden Schutz gegen Verletzungen zu gewähren, 3. den Arbeiter gegen Schädlichkeiten des Betriebes möglichst widerstandsfähig zu machen. Trockener Staub ist das Schlimmste. Daher kann die Forderung regelmäßigen Staubwischens, Aufstellung von Waschgefäßen und Spucknäpfen, sowie Lieferung von Handtüchern nicht dringend genug erhoben werden. Besonders schlimm steht es mit den Aborten. Auch besondere Eßräume sind nötig, sowie gutes Wasser und geeignete Ersatzgetränke an Stelle von Alkohol. Der zweite Referent, Baurat Herzberg aus Berlin, verbreitete sich in sehr anschaulicher Weise über die einzelnen Badesysteme und empfahl als bestes die neuen Brausen, die, mit zwei Röhren ausgestattet, Kopf wie Unterleib treffen. Die Diskussion erklärte sich mit den Ausführungen ganz einverstanden und bedauerte den passiven Widerstand, den die Arbeiter vielfach entgegensetzen. Allseitig betonte man die Notwendigkeit, alkoholische Getränke durch Arbeitsordnung auszuschließen. Korvettenkapitän Harms erzählte von den guten Erfolgen in den Marinewerkstätten und wünschte bessere Ersatzgetränke.

Der 12. ordentliche Berufsgenossenschaftstag wurde am 29. März zu Berlin abgehalten. Direktor Schlesinger in Berlin sprach über die Frage der Gewährung von Bedarfszuschüssen an in stationärer Behandlung befindliche Verletzte. Ferner gelangten folgende Resolutionen zur Annahme: 1. „Der Verband wolle den Reichskanzler ersuchen, dahin zu wirken, daß bei einer Abänderung des Patentgesetzes durch Zusatz zu § 5 Abs. 2 den Berufsgenossenschaften Befugnis erteilt werde, im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt Patente auf Vorrichtungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter von dem Patentinhaber zu erwerben gegen angemessene Vergütung, die, in Ermangelung einer Verständigung, im Rechtswege festzusetzen ist." — 2. „Der Verband wolle seinen zugehörigen Genossenschaften empfehlen, durch übereinstimmenden Beschluß der Genossenschaftsversammlungen sich dahin zu einigen, daß sie bei Übernahme eines einzelnen mit Entschädigungsansprüchen belasteten Betriebes keinen Anspruch auf Überweisung eines Teiles des Reservefonds und des sonstigen Vermögens der überweisenden

Digitized by Google

Genossenschaft, gemäß § 32 des Unfallversicherungsgesetzes, erheben wollen, sofern die letztere sich verpflichtet hat, gegebenenfalls nach demselben Grundgesetz zu verfahren."

Die XI. Generalversammlung des Vereins anhaltischer Arbeitgeber fand am 1. April zu Dessau unter dem Vorsitz des Geheimrat Dr. Oechelhäuser statt. Der Verein zählt gegenwärtig 53 Firmen, welche 8455 Arbeiter beschäftigen, als Mitglieder. Die Vereinsleitung ist fortgesetzt bemüht, den Mitgliedern weitere Anregungen für zweckdienliche Wohlfahrtseinrichtungen zu geben. In der Generalversammlung wurden die Erfahrungen über die verschiedenen Institutionen ausgetauscht, insbesondere fanden die Durchführungen des Direktors der anhaltischen Blei- und Silberwerke, Dr Foehr, hinsichtlich der Diakonissenpflege in Dessau allseitige Anerkennung.

Der 13. Verbandstag der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine fand Ende Mai in Magdeburg statt. Ein Antrag des Verbands-Anwalt Dr. Max Hirsch, fand Annahme. Derselbe protestierte gegen jede Beeinträchtigung des Arbeiterkoalitionsrechts und forderte als unentbehrliches Mittel zur Abwehr von Druck und Elend sowie zur Herbeiführung besserer Zustände für die Arbeitermassen die vollste Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, sowie die Rechtsfähigkeit der Arbeiterberufsvereine durch lediglich gerichtliche Eintragung. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit der Rückwirkung der Zoll- und Handelsvertragspolitik auf die Arbeiter und beschloß, an die gesetzgebenden Körperschaften die Forderung zu stellen, die Handelsvertragspolitik ohne Erhöhung der Getreidezölle aufrecht zu erhalten und jede Störung derselben entschieden zurückzuweisen. Betreffs der Arbeitslosenunterstützung fand die Ansicht der Referenten Zustimmung, die die Frage lediglich durch die Berufsorganisationen gelöst wissen wollten. Weitere Verhandlungsgegenstände waren die Berufsorganisationen der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter. Hinsichtlich der Frage: „Wie stellen sich die deutschen Gewerkvereine zu den Arbeitseinstellungen?" befürwortete der Verbandsanwalt folgende Beschlüsse, welche von der Versammlung angenommen wurden: „1. Eine Petition bei dem neuen Reichstage um Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes einzureichen, mit der Bitte, daß die Gewerbegerichte für alle Orte bezw. Bezirke mit entwickeltem Gewerbebetriebe obligatorisch eingeführt und verpflichtet werden, auch ohne Anrufung der Parteien bei jeder größeren Arbeitsdifferenz Einigungsversuche zu machen; 2. den Gewerkvereinen und Ortsvereinen dringend zu empfehlen, daß sie bei allen Arbeitsdifferenzen einen festen, selbständigen Kurs einhalten, der darin gipfelt, daß die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse thatkräftig und ausdauernd erstrebt, hierzu aber unter allen Umständen zuerst der Weg der Verständigung und Einigung beschritten und erst bei Erfolglosigkeit aller friedlichen Versuche und bei Vorhandensein günstiger Aussichten und genügender Mittel in den Ausstand eingetreten wird In dieser Weise hat die Organisation der Gewerkvereine auch bei der Beteiligung mit anders oder nicht geordneten Arbeitern zu handeln und sich niemals willenlos fortreißen zu lassen. Dem Generalrat ist sofort bei jeder auftauchenden Differenz wahrheitsgemäße und genaue Mitteilung zu machen und der Rat bezw. die Anweisung desselben einzuholen. Die Anweisung des Generalrats ist streng zu befolgen." — Die von Dr. Max Hirsch und Karl Goldschmidt herausgegebene „Arbeitsstatistik" (Berlin 1898, Selbstverlag des Verbandes der deutschen Gewerkvereine, 3 Mk.) enthält eine Fülle wichtiger Ermittelungen und verdient daher eingehende Beachtung.

Digitized by Google

Der deutsche Schuhmacherkongreß war im Mai in Mainz versammelt, auf dem auch über die Ausstände des letzten Jahres verhandelt wurde. Von Oktober 1896 bis März 1898 wurden 52 Ausstände im Schuhmachergewerbe beim Hauptvorstand der Organisation angemeldet. Die Kosten betrugen 147 000 Mk. Die meisten Ausstände verliefen ungünstig für die Arbeiter. Auf Antrag der Berliner Delegierten wurde eine Erhöhung der Beiträge zum Streikfonds ins Auge gefaßt.

Totenschau.

Baensch, Otto, Wirkl. Geh. Oberbaurat, der Erbauer des Kaiser Wilhelm-Kanals, nachdem derselbe bereits seit 1872 als vortragender Rat im Preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten gewirkt, und als solcher die Korrektion der Elbe, die Deich-, Strand- und Hafenbauten in Schleswig-Holstein, die Kanalisation des Mains und die Korrektion des Rheins zwischen Mainz und Bingen leitete, am 6. Juni 1825 zu Zeitz geboren, † zu Berlin am 6. April.

Bellamy, Edward, amerikanischer utopistischer Schriftsteller, berühmt geworden durch sein 1888 erschienenes Buch: „Looking backward" (deutsch unter dem Titel: „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000), geboren am 29. März 1850 im Staate Massachusets, † am 21. Mai zu New-York.

Böhmert, Dr. jur. Karl, Landrichter, Vorstandsmitglied und Förderer der großen gemeinnützigen Vereine „Volkswohl" und „Bezirksverein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke" in Dresden; Mitglied des ehemaligen Dresdener „Komitee für Volkswohl", das die Volksunterhaltungsabende ins Leben rief, Schöpfer des „Dresdener Haideparkes" und Organisator der Dresdener Kinderfahrten und der an diese sich anschließenden planmäßigen Beschäftigung und Bildung eines großen Teiles der großstädtischen Jugend, Verfasser einer Anzahl Aufsätze und Schriften über die erwähnten gemeinnützigen Bestrebungen, sowie über Kriminalstatistik und sonstige sociale Fragen (siehe auch „Arbeiterfreund" Jahrgänge 1889 und 1890), Mitredakteur der „Socialkorrespondenz" und der Wochenschrift „Volkswohl", geboren 17. August 1862 zu Bremen, † am 8. Juni zu Dresden.

Gladstone, William Ewart, berühmter englischer Staatsmann und Führer der Liberalen, der in den letzten fünfzig Jahren zu wiederholten malen lange Zeit an der Spitze liberaler Ministerien gestanden und einen weitreichenden Einfluß auf die innere und äußere Politik seines Vaterlandes ausgeübt hat, am 29. Dezember 1809 zu Liverpool geboren, † in Havarden am 19 Mai.

Hauser, Robert, Kommerzienrat, Chef der Firma P. G. Hauser's Söhne in Köln a. Rh., stellvertretender Vorsitzender der Kölner Handelskammer, Mitglied der Rheinschiffahrtskommission, Vorsitzender der Preußisch-rheinischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der Feuerversicherungsgesellschaft „Colonia" und anderer hervorragender Unternehmungen, auch durch eine großartige gemeinnützige Thätigkeit um seine Vaterstadt Köln verdient, seit 1873 Mitglied des „Centralvereins", † daselbst am 1. April im 61. Lebensjahre.

Poppe, Oskar, Kommerzienrat, Inhaber der Firma Poppe & Wirth in Berlin, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Rixdorfer Linoleum-Fabrik, seit 1886 Mitglied des Centralvereins, starb dortselbst vor kurzem im Alter von 70 Jahren.

Digitized by Google

Ehren-Tafel.

Der König von Sachsen empfing anläßlich seines 70. Geburtstages und 25jährigen Regierungsjubiläums am 23. April eine Deputation von Bürgermeistern des sächsischen Gemeindetages unter Führung des Oberbürgermeisters Beutler-Dresden, die dem König eine Urkunde über 516 einzelne Stiftungen mit einem Gesamtkapital von rund 4 780 000 Mk. zu wohlthätigen Zwecken verschiedenster Art überreichte.

Kommerzienrat Georg Adler in Buchholz i. S. (siehe „Totenschau" S. 126) vermachte testamentarisch der Stadt Buchholz für verschiedene Wohlthätigkeitszwecke den Betrag von 26 000 Mk.

Ernst Borsig in Berlin stiftete anläßlich seiner Hochzeit seinen Angestellten zu Wohlfahrtszwecken den Betrag von 100 000 Mk.

Dem Armenunterstützungsverein in Danzig wurden Legate von 100 000 Mk. und 150 000 Mk. überwiesen, welche Beträge wahrscheinlich zur Verbesserung der dortigen Kleinwohnungsverhältnisse Verwendung finden dürften.

Die deutsche Jutespinnerei und Weberei in Meißen stiftete anläßlich ihrer 25jährigen Geschäftsjubelfeier den Betrag von 10 000 Mk. zur Förderung des dortigen Kleingewerbes.

Die Witwe des weil. Fabrikbesitzers Elbers in Hagen i. W. stiftete der Arbeiterkasse der Hagener Textilindustrie den Betrag von 10 000 Mk.

Ziegeleibesitzer Dörfelt in Hohenstein stiftete 46 000 Mk. für Verschönerungszwecke und Armenunterstützung der Stadt.

Kommerzienrat Eugen Esche in Chemnitz hat aus Anlaß seiner 25jährigen Wirksamkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrates des Gersdorfer Steinkohlenbauvereins zu Gunsten der Werksarbeiter eine Stiftung von 10 000 Mk. errichtet.

Dem Personal der Eschebach'schen Werke in Dresden wurde am Vorabend des Geburtstages des Königs von Sachsen ein Betrag von 25 000 Mk. als Geschenk überwiesen.

Die Direktion der A.-G. vormals Eckold & Kießling in Leitershain i. S. überwies dem Personal vom Reingewinn des verflossenen Geschäftsjahres den Betrag von 5000 Mk.

Hoflieferant Fleischermeister A. Hefter in Berlin stiftete anläßlich seines 70. Geburtstages den Betrag von 20 000 Mk. für verarmte Schlächtermeister und Gesellen, sowie 5000 Mk. für die Armen Berlins.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Konsul und Senator Hollesen in Rendsburg stiftete testamentarisch zu Gunsten des dortigen Bürgerhospitals den Betrag von 50 000 Mk.

Dr. med. Horack in Dresden vermachte der dortigen Königl. Blindenanstalt als Beihülfe für erwerbsschwache Blinden den Betrag von 10 000 Mk.

Fabrikbesitzer Konrad Krahnen in Krefeld stiftete anläßlich seiner goldenen Hochzeit für hülfsbedürftige Arbeiter der Fabriken Krahne & Gobbers den Betrag von 50 000 Mk.

Geh. Kommerzienrat Krupp in Essen stiftete 20 000 Mk. für das dortige Nernst'sche chemisch-physikalische Institut.

Der Leipziger Diakonissenanstalt wurden von einem ungenannt sein wollenden Bürger der Betrag von 100 000 Mk. zum Bau eines Krankenhauses überwiesen.

Der Badebesitzer Lenoir in Meran, Tirol, vermachte seiner Vaterstadt Kassel zu seinen früheren Schenkungen den Betrag von ca. 500 000 Gulden, meistens für Stipendien an Waisen für Studien-, Lehr- und Ausstattungszwecke. Das nunmehrige Stiftungsvermögen der „Lenoir'schen Stiftung zur Erziehung von Waisen" in Kassel beläuft sich auf 3 638 000 Mk.

Der Cigarrenfabrikant Konsul Karl Leoni in Mannheim hat seinen früheren Stiftungen für Arbeiter eine solche für Handlungsbeflissene im Betrage von 35 000 Mk. hinzugefügt.

Der Rentner Chr. H. Lüders in Hamburg vermachte mehreren dortigen Unterstützungsanstalten namhafte Summen, sowie der dortigen Kunsthalle den Betrag von 250 000 Mk.

Der Rentner, frühere Kaufmann Lührs in Hamburg vermachte sein ca. 1 000 000 Mk. betragendes Vermögen den verschiedenen Wohlthätigkeits- 2c. Anstalten Hamburgs.

Schiffskapitän Matzen in Flensburg vermachte der Jürgensbyer Schule in Flensburg 10 000 Mk. zur Beispeisung armer Schulkinder im Winter.

Fabrikbesitzer Arno Meister und Stadtrat Moritz Meister in Chemnitz stifteten der Schulgemeinde dortselbst für Schulzwecke den Betrag von 10 000 Mk.

Brauereibesitzer Wilhelm Meyer in Stettin vermachte der Stadt Stettin einen Betrag von 300 000 Mk. zum Bau eines städtischen Museums.

Die Wittwe des Kapitäns v. Nyegaard in Altona, welche bereits eine Stiftung von 1 000 000 Mk. für ein Heim für allein-

Digitized by Google

Ehrentafel.

stehende Damen der gebildeten Stände gespendet hatte, vermachte dem Altonaer Christianeum einen Stipendienfonds von ca. 60 000 Mk.

Die Rheinische Gummi- und Celluloidfabrik in Mannheim schenkte anläßlich ihres 25jährigen Bestehens ihren Arbeitern Sparkassenbücher mit Einlagen von 10—500 Mk., im Gesamtbetrage von 65 000 Mk. Die ältesten Arbeiter erhielten außer dem Höchstbetrage noch goldene resp. silberne Uhren mit goldenen resp. silbernen Ketten.

Schneidemühlenbesitzer Gebr. Saran in Potsdam stifteten den Betrag von 100 000 Mk. für eine Pensionskasse, welche den Arbeitern der Firma nach 25jähriger Dienstzeit eine Pension von 75 % ihres Lohnes und den Wittwen ehemaliger Arbeiter die Hälfte der für die Männer vorgesehenen Sätze gewährt.

Der bisherige Besitzer des vegetarischen Familienheims am Schlachtensee bei Berlin, Securius, schenkte dieses Heim nebst einem Betriebskapital von 200 000 Mk. dem Vegetarierbund zu Leipzig

Freiherr von Seebach in Erfurt vermachte testamentarisch dem Johanniterorden den Betrag von 200 000 Mk., für welche eine Heilanstalt für Lungenkranke im Steigerwald bei Erfurt errichtet werden soll.

Schwabach, verwittwete Frau Kommerzienrat, in Berlin, stiftete zum Andenken an ihren am 23. Februar d. J. verstorbenen Gemahl (siehe Totenschau S. 128) die Summe von 100 000 Mk. zur Verteilung an verschämte Bedürftige in Berlin.

Kommerzienrat Karl Spindler, Inhaber der bekannten Färberei- und Waschfirma W. Spindler in Cöpenick stiftete zum 25jährigen Bestehen seiner Fabrik in Spindlersfeld 50 000 Mk. dem Invalidenfonds und 10 000 Mk. der Krankenkasse seiner Fabrik. Ferner wurde jedem Arbeiter für jedes Dienstjahr 1 Mk. bis zum Höchstbetrage von 25 Mk. bewilligt.

Fabrikbesitzer Strauß in Remse i. S. stiftete dem dortigen Militärverein den Betrag von 5000 Mk. zur Unterstützung bedürftiger Kameraden.

Fabrikbesitzer Toelle sen. in Niederschlema i. S. spendete dem Fonds für Kirchenbau daselbst 6000 Mk.

Großhändler Tornlund in Upsala in Schweden vermachte für Wohlthätigkeitszwecke 295 000 Kr. und der Stadt Upsala für Verschönerungszwecke über 400 000 Kr.

Fabrikbesitzer Ernst Wentzel sen. in Leugenfeld stiftete anläßlich seines 50jährigen Geschäftsjubiläums 20 000 Mk. für verschiedene Wohlthätigkeitszwecke.

Digitized by Google

IV. Innere Angelegenheiten des Central-Vereins.

Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses.

Berlin, den 7. Mai 1898, Leipzigerstr. 3 (im Herrenhause).

(Protokoll-Auszug.)

Anwesend: a) Vom Vorstande: Dr. Herzog, Vorsitzender; Dr. Neumann, Dr. Rösing, Dr. Schmoller, B. Weisbach, Dr. Zacher; b) vom Ausschuß: Jeffen, Knebel-Köln, Kohlert, Dr. Post; c) der Vereinssekretär Rüdiger.

Entschuldigt: Dr. Böhmert-Dresden, Dr. Genfel-Leipzig, Herrfurth, Kalle-Wiesbaden, Lent, Mugdan, Graf Pilati-Lüneburg, von Schlittgen-Kotzenau, K. Schrader, Sombart-Magdeburg, Spindler, Dr. v. Studnitz.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 7¼ Uhr und macht folgende Mitteilungen:

I. 1. Sämtliche von der ordentlichen allgemeinen Versammlung der Mitglieder am 3. Dezember v. J. in den Vorstand und Ausschuß gewählten Mitglieder haben die Wahl angenommen.

2. Es sind 25 Jahre verflossen, seit Herr Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Victor Böhmert in Dresden die Redaktion des publicistischen Organs des Centralvereins, des „Arbeiterfreundes", und Herr Leonhard Simion in Berlin den Druck und Verlag desselben übernommen haben. Herr Dr. Böhmert habe seines Amtes mit tiefem umfassendem Verständnis der Aufgabe und mit nie ermüdendem Eifer, wie nur die Begeisterung für ein hohes Ideal ihn wecken und erhalten könne, gewaltet; Herr Simion andererseits habe nicht nur die vertragsmäßigen Verpflichtungen mit Pünktlichkeit und Treue erfüllt, sondern auch darüber hinaus, mit Rücksicht auf den guten Zweck, den Wünschen der Redaktion ein stets freundliches Entgegenkommen gezeigt.

Die Versammlung ist einmütig in der Anerkennung der Verdienste der beiden Herren um den Centralverein und beschließt, denselben diese Anerkennung mit dem Ausdrucke des Dankes schriftlich auszusprechen. —

3. Vom Vorstande des Berliner Spar- und Bauvereins und von der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur sind Dankschreiben für die aus der Bernstein-Stiftung gewährten Zuwendungen eingegangen. —

Digitized by Google

4. Durch die unter dankenswerter Beteiligung von Vereins-Mitgliedern stattgefundene Versendung von Beitritts-Einladungen hat der Centralverein 103 neue Mitglieder gewonnen. Die Liste derselben ist im ersten Hefte des diesjährigen „Arbeiterfreund" veröffentlicht worden. —

5. Die seit der letzten Sitzung eingegangenen Drucksachen werden zur Kenntnisnahme vorgelegt. —

II. Die ordentliche allgemeine Versammlung der Mitglieder hatte die Wahl von zwei Mitgliedern des Berliner Ausschusses dem Vorstand und Ausschuß überlassen. Es wurden einige Herren genannt, welche wegen Annahme der Wahl befragt werden und im Zustimmungsfalle als gewählt gelten sollen. —

III. Zur Prüfung der Jahresrechnung für 1897 und der Kasse wurden die Herren Kommerzienrat Spindler und Landesökonomierat Nobbe gewählt. —

IV. Die weitere Verhandlung über die Frage der Einführung des Haushaltungs-Unterrichts wurde vertagt, weil Vorsitzender und Referent der betreffenden Kommission verhindert sind, der heutigen Sitzung beizuwohnen. —

V. Die von der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen angestrebte Verbindung der gemeinnützigen Vereine (siehe Protokokoll vom 29. 10. 1897, „Arbeiterfreund" 1897 Seite 477) ist so weit vorgeschritten, daß die Gründung eines Verbandes deutscher Wohlfahrtsvereine in einer am 14. Mai d. J. stattfindenden Konferenz in Aussicht genommen ist. In derselben soll das Verbandsstatut beraten werden. Der vorliegende Entwurf desselben lautet:

„Verband deutscher Wohlfahrtsvereine.

§ 1. Der Verband deutscher Wohlfahrtsvereine tritt zusammen, um die gemeinsamen Interessen der ihm angeschlossenen gemeinnützigen Wohlthätigkeits- und Fürsorge-Vereine und -Anstalten zu fördern und zwar zunächst durch periodisch wiederkehrende Berathungen (Konferenzen) ihrer Vertreter.

§ 2. Gegenstände der Beratung und nach Umständen der Bethätigung werden sein:

1. Zusammenstellung und Veröffentlichung der von den in § 1 bezeichneten Vereinen jährlich abzuhaltenden Versammlungen nach Ort, Zeit und dem hauptsächlichen Inhalt der Tagesordnung;
2. Sammlung, Ordnung und Veröffentlichung von Angaben über die im Reiche bestehenden gemeinnützigen Wohlthätigkeits- und Fürsorge-Vereine und -Anstalten (Bestandsaufnahme);
3. Erteilung von Auskunft aus dem so gewonnenen Material, soweit das Bedürfnis nicht durch bestehende Einrichtungen gedeckt ist;
4. Anregung zu engerem Zusammenwirken der unter 2 bezeichneten verwandten Vereine und Anstalten in Gemeinde, Bezirk und Reich,

Digitized by Google

sowie zur Ausfüllung von Lücken auf dem der Pflege zugänglichen Gebiet durch Bildung neuer oder Erweiterung vorhandener bezüglicher Einrichtungen.

§ 3. Mitglieder des Verbandes sind außer den Vereinen, Behörden und Körperschaften, welche in der konstituierenden Konferenz ihren Beitritt erklären, diejenigen, welche ihm auf Einladung des Komitees des Verbandes (§ 4) nachträglich beitreten.

§ 4. Die Geschäfte des Verbandes besorgt bis auf weiteres die Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen in Berlin. Sie delegiert dafür 3 Mitglieder ihres Vorstandes, sowie ihren Geschäftsführer, welche mit 3 von der Verbandskonferenz für je 1 Jahr gewählten Mitgliedern bis zur nächsten Konferenz das Komitee des Verbandes bilden. Dasselbe giebt sich seine Geschäftsordnung." *)

*) Der Entwurf ist in der Versammlung am 14. Mai unverändert mit folgendem Zusatz zu § 4 angenommen worden:

„Für Angelegenheiten, deren gemeinschaftliche Bearbeitung in Angriff genommen werden soll, kann das Komitee Sachverständige kooptieren oder besondere Kommissionen bilden."

Ihren Beitritt zu dem Verbande haben die nachstehenden Vereine erklärt, die mit * bezeichneten unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer Vorstände:

Allgemeine Sittlichkeitskonferenz.
„Arbeiterwohl", Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde.
Bergischer Verein für Gemeinwohl.
Berg- und Hüttenmännischer Verein, Kattowitz.
„Charitas", Verband für das katholische Deutschland.
Centralausschuß für die innere Mission.
*Centralausschuß zur Förderung der Jugend- und Volksspiele in Deutschland.
Centralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz.
Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins in Württemberg.
Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen.
Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen.
Centralvorstand deutscher Arbeiterkolonieen.
„Concordia", Verein zur Förderung des Wohles der Arbeiter.
Deutscher Herbergsverein.
Deutscher Sparkassenverband.
Deutscher Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit.
Deutscher Verein für Knabenhandarbeit.
Deutscher Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke.
Evangelischer Arbeiterverein.
Evangelischer Diakonieverein.
Evangelisch-socialer Kongreß.
Freie kirchlich-sociale Konferenz.
Freiwilliger Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen.

Digitized by Google

Ferner soll in der Konferenz des Verbandes über die im § 2 des Statuts unter Nr. 2 empfohlene Bestandsaufnahme der gemeinnützigen Wohlfahrts- und Fürsorge-Vereine und -Anstalten beraten werden. Diese Bestandsaufnahme, für welche in den Vorbesprechungen zunächst nur ein abgegrenzter Teil des deutschen Reichs, nämlich die Provinz Hannover, als Versuchsfeld ins Auge gefaßt ist, um später eventuell auf das ganze Reich ausgedehnt zu werden, wird als eine unerläßliche Grundlage zur Förderung des Zusammenwirkens der gemeinnützigen Vereine erachtet. Da der Centralverein diese Förderung als eine der dringendsten Aufgaben in sein Programm vom Jahre 1895 aufgenommen hat, so wird er eine führende Stellung bei dem Unternehmen beanspruchen.

In der Diskussion wurden der Umfang und der Nutzen dieser statistischen Erhebung, die Mittel und Wege zu ihrer Durchführung, die Bearbeitung und die Veröffentlichung des Ergebnisses des Näheren besprochen.

Als Beihülfe zu den Kosten dieses Unternehmens wurde ein Betrag bis zu 1500 Mk. aus den bereiten Mitteln des Centralvereins zur Verfügung gestellt und der Vorsitzende ermächtigt, in der Verbandskonferenz entsprechende Erklärungen abzugeben.

Als Vertreter des Centralvereins in der Verbandskonferenz wurden neben dem Vorsitzenden die Herren Dr. Rösing und Dr. Zacher gewählt. —

Es lagen ferner Programme der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen für die am 15. Mai stattfindende Delegierten-Versammlung und für die auf den 16. und 17. Mai angesetzte Konferenz der Mitglieder der Centralstelle vor. Zur Teilnahme an diesen Versammlungen wurden der Vorsitzende und Herr Weisbach gewählt. —

Gehe-Stiftung, Dresden.
Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands.
Gesamtverband deutscher Verpflegungsstationen.
Institut für Gemeinwohl, Frankfurt a. M.
Katholische Arbeitervereine.
Linksrheinischer Verein für Gemeinwohl.
Rheinisch-Westfälische Gefängnisgesellschaft.
*Vaterländischer Frauenverein.
*Verband der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene.
Verband der evangelischen Jungfrauenvereine Deutschlands.
*Verband deutscher Arbeitsnachweise.
Verband deutscher Krankenpflegeanstalten.
Verein zur Fürsorge für die weibliche Jugend, Berlin.
Verein für Socialpolitik.
Verein für Gemeinwohl, Reuß.
Verein zur Förderung des Wohles der Arbeiter im Kreise Waldenburg i. Schl.
Verein zur Besserung entlassener Strafgefangener, Berlin.

Digitized by Google

Im Laufe der Besprechung wurde noch als wünschenswert bezeichnet, daß die zerstreuten Nachrichten über Schenkungen, Stiftungen, Vermächtnisse und sonstige Widmungen für Wohlfahrts- und andere gemeinnützige Einrichtungen, wie sie z. B. im „Arbeiterfreund" unter dem Abschnitt „Ehrentafel" erscheinen, periodisch zusammengestellt und die Zusammenstellungen veröffentlicht werden, von der Ansicht ausgehend, daß erst durch eine Sammlung und Ordnung dieser Mitteilungen in Verbindung mit anderem Material eine Einsicht in den Umfang und die Bedeutung der auf Liberalität beruhenden Aufwendungen gewonnen wird. Diese Anregung wurde beifällig aufgenommen und es soll dieserhalb mit der Redaktion des „Arbeiterfreund" verhandelt werden. —

Schluß der Sitzung 8 Uhr 50 Min.

v. w. o

Dr. Herzog,	Dr. Rösing,	Rüdiger,
Vorsitzender.	Schriftführer.	Sekretär.

Digitized by Google

I. Abhandlungen.

Vereinigungen von Eisenbahnbediensteten.

Von Eisenbahn-Direktor de Terra.

Von dem in der gesamten Arbeiterschaft immer stärker hervortretenden Streben nach einem planmäßigen Zusammenschließen zu kraftvollen Vereinigungen, die den Arbeiterstand insbesondere durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gegenseitige Unterstützung zu heben suchen, haben, wie vom Verfasser in der „Zeitung des Vereins d. Eisenbahn-Verw." kürzlich ausgeführt worden ist, auch die Arbeiter in den verschiedenen Zweigen des — meist staatlichen — Eisenbahndienstes nicht unberührt bleiben können. Begreiflicherweise hat die Sozialdemokratie es sich angelegen sein lassen, dieses erwachende Solidaritätsgefühl und die daraus fließenden Bestrebungen für ihre eigenen Zwecke, zur Mehrung ihres Ansehens und ihrer Macht nutzbar zu machen. Während ihr dies in dem benachbarten Österreich in einem Maße gelungen ist, das die neuen Eisenbahnvereinigungen sehr bald in ausgesprochenen Gegensatz zu der Staatsgewalt im allgemeinen wie zu der für den Eisenbahndienst unbedingt notwendigen Disziplin im besonderen bringen und deshalb frühzeitig zu ihrer Auflösung führen mußte, haben sich die deutschen Eisenbahner den an sie herantretenden Lockungen im allgemeinen unzugänglich gezeigt. Sie haben damit eine Einsicht und ein Verständnis für ihre wahren Interessen bekundet, die ihnen die Sympathieen nicht nur ihrer vorgesetzten Behörden, sondern auch weiterer Kreise sichern.

In beiden Ländern ist bei den auf Besserung ihrer Lage gerichteten Bestrebungen der Arbeiter eine bedauerliche Erscheinung zu Tage getreten, die auf den Weg zur Erreichung der gesteckten Ziele nicht ohne Einfluß bleiben konnte: ein Mangel an ausreichendem

Digitized by Google

Vertrauen zu den Vorgesetzten und ihrem guten Willen, berechtigten Forderungen zur Anerkennung und Verwirklichung zu verhelfen.

Bezeichnend sowohl für den in der Arbeiterschaft herrschenden Geist, als auch für ihre ganze Lage ist der Umstand, daß ihre Forderungen im allgemeinen weniger einer Kürzung der Arbeitszeit galten, sondern überwiegend auf eine — meist mäßige, den gesteigerten Ansprüchen des wirtschaftlichen Lebens entsprechende — Erhöhung ihrer Lohnbezüge und vielfach namentlich auch auf eine freundlichere, wohlwollendere Behandlung durch die unmittelbaren Vorgesetzten gerichtet waren.

Was den ersten Punkt anlangt, so ist durch die Ende vorigen Jahres für die preußischen Staatsbahnen neu herausgegebenen „Vorschriften über die planmäßige Inanspruchnahme und Ruhe des Eisenbahnbetriebspersonals", die auch für die Hilfsbediensteten und (Rangier-) Arbeiter Geltung haben, dafür gesorgt, daß an das normale Leistungsvermögen des Personals keine übertriebenen Anforderungen gestellt werden.

Erhöhungen der Lohnbezüge sind inzwischen in großem Umfange bereits eingetreten oder stehen noch bevor, und es ist nicht zu leugnen, daß die Bestrebungen der Arbeiter selbst, ihre Lage zu verbessern, einen hervorragenden Anteil daran haben, sei es auch nur dadurch, daß sie die Aufmerksamkeit der vorgesetzten Behörden auf das Mißverhältnis hingelenkt haben, daß bis dahin zwischen den bewilligten Lohnsätzen und dem zur Ernährung einer Familie unter den heutigen Verhältnissen erforderlichen Mindesteinkommen stellenweise bestand.

Je länger, je mehr ist man zu der Einsicht gekommen, daß es nicht die Aufgabe einer staatlichen Verwaltung sein kann und darf, mit möglichst niedrigen Löhnen zu arbeiten, nur um privaten Unternehmern nicht die Arbeitskräfte zu verteuern oder gar, um übel angebrachte Ersparnisse zu erzielen, sondern das es für sie vor allem darauf ankommt, sich dauernd ein tüchtiges, leistungsfähiges und namentlich auch zufriedenes Arbeiterpersonal zu sichern.

Dazu bedarf es aber außer einer den humanen Anschauungen unserer Zeit entsprechenden Bemessung der Arbeitsdauer und einer ausreichenden, mit den Jahren steigenden Löhnung auch einer eben diesen selben Anschauungen entsprechenden Behandlung der Arbeiter. Eine solche erheischt nicht allein die Fernhaltung jeder unnötigen Schroffheit und Härte und vor allem die Vermeidung jeder Ungerechtigkeit, für die auch der einfachste Arbeiter eine sehr feine und leicht

Digitized by Google

verletzte Empfindung zu haben pflegt; sie umfaßt auch eine persönliche Anteilnahme und Fürsorge für den Arbeiter in Beziehung auf sein leibliches und geistiges Wohlergehen. Durch eine verständige und wohlmeinende Einwirkung auf die Arbeiter, der sie sich in den seltensten Fällen unzugänglich zeigen werden, ließe sich z. B. die auch unter ihnen leider stark verbreitete Trunksucht erfolgreich bekämpfen, zumal, wenn dafür gesorgt wird:

1. daß die Arbeiter vor dem Anreiz zum Alkoholgenuß nach Möglichkeit bewahrt bleiben,
2. daß ihr Erfrischungs- oder Erwärmungsbedürfnis durch andere, zweckmäßige Mittel befriedigt wird.

Um dies zu erreichen, werden die Arbeiter u. a., soweit möglich, gegen ungünstige Witterungseinflüsse zu schützen sein, unter denen sie gar oft, in Ermangelung eines anderen und besseren Wissens, zu dem — vorübergehend — das Gefühl der Wärme und der Erfrischung hervorrufenden Alkoholgenuß greifen. Hierbei sind namentlich die durch ihren Dienst auf beständigen Aufenthalt im Freien angewiesenen Strecken- und auch Rangierarbeiter ins Auge zu fassen. Schon jetzt wird von einigen wohlmeinenden Vorgesetzten (Inspektionsvorständen) in dieser Beziehung ein sehr anerkennens- und nachahmenswertes Beispiel gegeben. Einmal durch Fürsorge für geeignete Aufenthaltsräume, die Schutz gegen die Unbilden der Witterung bieten und den Arbeitern während der Ruhepausen Gelegenheit geben, ihre Mahlzeiten in geschützten und bei Kälte erwärmten Räumen einzunehmen, auch Speisen und Getränke (Kaffee) zu wärmen oder zuzubereiten. Wo das, wie bei den Streckenarbeitern, nicht in feststehenden Räumen (Buden) geschehen kann, läßt es sich — mit geringen Kosten — durch Beschaffung leicht transportabler Zelte und Kochöfen ermöglichen, die bei den Arbeiten auf der Strecke mitgeführt werden. Sodann hat sich, zu gleichem Zweck, die Beschaffung kurzer, bei der Arbeit wenig hinderlicher Regenmäntel und regendichter Mützen nach Art der bekannten „Südwester" von gummiertem Stoff als überaus nützlich erwiesen, die (auf Kosten der Arbeiter) zu mäßigem Preise zu beschaffen sind und bei den Arbeitern sehr bald großen Anklang gefunden haben.

Für den Bereich der preußischen Staatsbahnverwaltung sind vor einiger Zeit dankenswerte Verbesserungen der Übernachtungsräume für das Fahrpersonal angeordnet. Der Luftraum für das einzelne

Digitized by Google

Bett ist auf mindestens 15 cbm festgesetzt. Auch für zweckmäßige und ausreichende Lüftung und Heizung wie für Sicherung einer ausgiebigen Befriedigung des Ruhebedürfnisses bei Anlage der Schlafräume ist Sorge getragen.

Ein die Fürsorge für die Eisenbahnbediensteten in den Dienstpausen betreffender Erlaß ist im vierten Vierteljahrsheft des Jahrgangs 1897 dieser Zeitschrift (S. 381 ff.) mitgeteilt worden.

Im Anschluß an diese Anordnungen soll neuerdings geprüft werden, „ob es nicht im Interesse der Bediensteten liegt, in den Aufenthaltsräumen oder an einer sonst geeigneten Stelle der Bahnhöfe Kantinen einzurichten, in denen gegen mäßigen Preis gute Speisen und Getränke, auch Bier — jedoch unter grundsätzlichem Ausschluß sonstiger Spiritnosen — feilgeboten werden. Es kommen dabei hauptsächlich solche Stationen in Betracht, auf denen Bedienstete in größerer Zahl regelmäßig zu längerem Aufenthalt außerhalb ihrer Häuslichkeit genötigt und auf den Besuch der Bahnhofswirtschaften oder nahe gelegener Schänken zur Befriedigung ihrer leiblichen Bedürfnisse angewiesen sind. Derartige Einrichtungen sollen indes nicht allein dem außerhalb der Heimat thätigen Personal dienen, sondern, soweit ein Bedürfnis dafür besteht, auch den an ihrem Wohnort beschäftigten Bediensteten. Besonders in den Werkstattsbetrieben, aber auch auf großen Stationen mit zahlreichem Personal kann im wirtschaftlichen Interesse der Bediensteten die Einrichtung von Speiseanstalten und Erholungsräumen erwünscht sein."

Der Verfasser glaubt nicht fehlzugehen, wenn er diese überaus dankenswerte Anordnung als einen — ihm höchst erfreulichen — Erfolg seiner in der „Ztg. des Vereins D. E. V." gegebenen Anregungen betrachtet.

Diese Anregungen erstreckten sich weiterhin auch auf die Behandlung der Bediensteten durch die Vorgesetzten. Die Herstellung und Erhaltung eines richtigen, von herzlichem Wohlwollen und Anteil an dem Ergehen der Untergebenen auf der einen und unbedingtem Vertrauen zu der Einsicht und der wohlmeinenden Gesinnung der Vorgesetzten auf der anderen Seite, getragenen Verhältnisses zwischen beiden Teilen ist von so großem unschätzbaren Werte für das Gedeihen jeder Verwaltung, namentlich der Eisenbahnverwaltung, deren Leistungen von einem einmütigen und arbeitsfreudigen Zusammenwirken aller einzelnen Teile in ganz besonders hohem Maße abhängig

Digitized by Google

sind, daß es gestattet sein mag, die betreffenden Ausführungen hier nachstehend wiederzugeben:

Die wachsende Einsicht, daß es im Interesse der Verwaltung, des Dienstes unerläßlich ist, auch den rein menschlichen Beziehungen der Vorgesetzten zu den untergebenen Beamten und Arbeitern eine umfassendere Berücksichtigung und Pflege zuzuwenden, als sie ihnen bisher zu teil geworden ist, hat bei den preußischen Staatsbahnen, wohl hauptsächlich infolge einer überaus dankenswerten Anregung der leitenden Stelle, neuerdings verschiedentlich zu sehr erfreulichen Versuchen geführt, bei den Beamten und Arbeitern durch außerdienstliche (gesellige) Vereinigungen, namentlich aus Anlaß vaterländischer Gedenktage, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, des gemeinsamen Schaffens an einem großen Ganzen, des gemeinsamen Strebens nach großen Zielen, zu wecken und zu kräftigen. Der bisher damit erzielte Erfolg wird hoffentlich bewirken, daß auf dem unter so günstigen Anzeichen betretenen Wege rüstig weiter geschritten wird. Wie sich mit geringen Mitteln sehr Befriedigendes erreichen läßt und die damit verbundene Mühe sich reichlich lohnt, ist aus dem nachahmenswerten Vorgehen der Werkstätteninspektionen in Posen und Guben ersichtlich. Dem von Posen gegebenen Beispiel folgend, hat der Vorstand der Werkstätteninspektion Guben im Herbst v. J. für die ihm unterstellten Arbeiter und deren Familien Unterhaltungsabende eingerichtet, die monatlich einmal an Sonntagen in Räumen stattfinden, die von dem betreffenden Wirt unentgeltlich dafür hergegeben werden. Jeder derartige Abend beginnt gewöhnlich (um 4 Uhr) mit einem allgemein verständlichen belehrenden Vortrag (z. B. über Krankenpflege, Anwendung der Elektrizität im täglichen Leben, Kapital und Arbeit und dergl. mehr). Hieran schließen sich dann weitere, unterhaltende (gesangliche oder deklamatorische) Vorträge und den Beschluß bildet zuweilen (bei Beginn und am Ende der Winterzeit) ein zwangloses Tänzchen, das spätestens um 11 Uhr sein Ende findet. Ein Eintrittsgeld von 10 Pfg. für jeden unverheirateten Arbeiter und jede Familie dient teils der Beschaffung einer Bibliothek, teils zu Unterstützungen in besonderen Notfällen.

Während des Sommerhalbjahres werden diese Unterhaltungsabende, die sehr viel Anklang gefunden haben, ausgesetzt, doch ist für den Sommer ein gemeinsamer Ausflug in die nähere Umgebung, selbstverständlich mit Spiel und Tanz, in Aussicht genommen. Die Kosten für die Teilnehmer sind (bei Kaffee, Bier und mitgebrachten

Digitized by Google

Mundvorräten) sehr gering. Um so größer ist der Genuß, den sie daran finden. Die ihnen bisher ungewohnte Erscheinung, daß ihre Vorgesetzten an ihren Vergnügungen teilnehmen, übrigens ohne in die Leitung anders als beratend und helfend einzugreifen, hat die Unterhaltung nicht im geringsten störend beeinflußt. Die anfängliche Scheu war schnell überwunden. Die Leute erkannten sehr bald dankbar die dem ganzen Vorgehen zu Grunde liegende wohlwollende Absicht, durch die ihnen, mit verhältnismäßig einfachen Mitteln, eine Reihe genußreicher Abende mit harmlosen Vergnügungen bereitet und sie in engere Verbindung miteinander gebracht wurden. Das Gefühl kameradschaftlicher Zusammengehörigkeit wird dadurch bei ihnen in nicht geringem Maße belebt, und das wird ihnen auch in wirtschaftlicher Beziehung von Nutzen sein, wenn sie dadurch veranlaßt werden, sich zu gemeinsamer Beschaffung der hauptsächlichsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Mehl, Zucker, Kaffee u. a. m. zusammenzuthun.

Das sicherste Mittel, die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter in materieller wie in ideeller Beziehung in die richtigen Bahnen zu lenken und darin zu erhalten, ist und bleibt, ihnen volles Vertrauen zu der Einsicht und dem Wohlwollen ihrer Vorgesetzten einzuflößen. Bei dem im allgemeinen vortrefflichen Geist, der unsere Beamten- und Arbeiterschaft beseelt, ist dies bei einigem guten Willen auf Seiten der Vorgesetzten leichter, als viele glauben mögen, die es noch nicht versucht haben. Die besonders häufig in Norddeutschland anzutreffende, schon viel beklagte „Unnahbarkeit" der Vorgesetzten in und außer Dienst muß schwinden. Jeder Vorgesetzte muß sich daran gewöhnen, in seinem Untergebenen, auch dem einfachsten Arbeiter, sofern er seine Schuldigkeit thut, nicht bloß das brauchbare Werkzeug, sondern auch den pflichttreuen Mitarbeiter und Menschen zu schätzen. Er darf deshalb im Verkehr mit ihm namentlich auch nicht die Höflichkeitsformen außer acht lassen, die im gewöhnlichen Leben üblich sind. Gerade das ist ein leider allzu oft vernachlässigtes Gebot nicht allein des natürlichen Taktes, sondern auch der einfachen Klugheit. Die meisten, die den ehrerbietigen Gruß eines untergebenen Beamten oder Arbeiters kaum beachten oder höchstens mit einem nachlässigen Kopfnicken erwidern, sind sich wohl kaum bewußt, wie tief die sich darin ausdrückende, wenn auch nur scheinbare Mißachtung von den Betroffenen oft empfunden wird. Es fehlt ihnen das Verständnis dafür, welch hohen Wert der Untergebene gerade solchen an sich gering-

Digitized by Google

fügigen Äußerlichkeiten beilegt, weil er daraus, meist nicht mit Unrecht, tiefere Schlüsse zieht.

Unter den neuerdings geschaffenen Arbeiterorganisationen verdient der „bayerische Eisenbahner-Verband" in erster Linie Beachtung, schon deshalb, weil er die erste einheitlich organisierte, ein ganzes Staatsgebiet umfassende Vereinigung ist, die hauptsächlich von Arbeitern zur Wahrnehmung ihrer Interessen begründet, daneben allerdings auch einen Teil der aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen oder noch im Arbeiterverhältnis stehenden (Hilfs-) Unterbeamten umfaßt. Daß seine Begründung nicht frei von unliebsamen Begleiterscheinungen, wie namentlich einer unerwünschten Vermengung mit politischen Interessen geblieben ist, kann seine Bedeutung nicht schmälern, zumal er sich seitdem, wie von maßgebender Seite anerkannt wird, in jeder Beziehung einer völlig einwandfreien Haltung befleißigt hat.

Dem vorliegenden ersten Rechenschaftsbericht (für 1897) entnehmen wir folgendes:

Zu Weihnachten 1896 traten in Regensburg 17 Eisenbahner aus allen größeren Stationen Bayerns zu einem Delegiertentage der bayerischen Eisenbahner zusammen. Schon längere Zeit zuvor hatte der frühere Eisenbahnarbeiter Moritz Schmid in den größeren Städten Bayerns Eisenbahner-Versammlungen abgehalten, an anderen Orten hatten auf seine Bitte Freunde der Eisenbahner solche Versammlungen einberufen. In diesen Versammlungen wurde die Frage einer Organisation der bayerischen Eisenbahner besprochen. Der Gedanke fand unter den Eisenbahn-Bediensteten und -Arbeitern freudige Aufnahme. In allen Versammlungen wurden Eisenbahner als Vertreter für den Delegiertentag nach Regensburg gewählt. Hier wurde einstimmig die Gründung eines bayerischen Eisenbahner-Verbandes beschlossen und ein Statut angenommen, das bis zur nächsten Generalversammlung in Kraft bleiben sollte. Das Ziel, das sich die Gründer des Verbandes stellten, war: „eine Verbesserung der Lage der Eisenbahn-Bediensteten und -Arbeiter auf dem Boden der bestehenden Staatsverfassung und mit allen gesetzlichen Mitteln herbeizuführen. Der Verband sollte sich um religiöse und politische Streitfragen nicht kümmern und alle Eisenbahn-Bediensteten und -Arbeiter in seine Reihen aufnehmen, die mit treuer Pflichterfüllung das zielbewußte Streben verbinden, ihre materielle und geistige Lage zu verbessern."

Nachdem in Regensburg der Verband gegründet war, entfalteten

Digitized by Google

die Eisenbahner an allen Orten Bayerns eine rege Agitation. Viele Freunde standen ihnen mit Rat und That zur Seite, so daß Ende 1897 der bayerische Eisenbahner-Verband 48 Obmannschaften mit 9500 (jetzt über 10 000) Mitgliedern zählte.

Daß der Verband, sobald er in die Öffentlichkeit trat, von verschiedenen Seiten nicht mit besonders freundlichen Augen betrachtet werden würde, hatten die Gründer des Verbandes schon in Regensburg vorausgesehen. „Es sind dem Verbande die Anfeindungen nicht überraschend gekommen, befremdet hat ihn nur das Eine, daß ihm selbst Leute, die auf staatserhaltendem Boden zu stehen behaupten, feindlich gegenübertraten."

Es gab also für den Verband wenig Freunde. Auch Kämpfe im Innern blieben ihm in der ersten Zeit nicht erspart. Der Verband hat sich aber weder durch Gunst, noch durch Mißgunst von seinem Wege ablenken lassen. Als die Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen einzelne Paragraphen des Verbandsstatuts beanstandete und von deren Änderung den Fortbestand des Verbandes abhängig machte, wurden auf der Generalversammlung in München zu Ostern 1897 die Statuten entsprechend geändert. Dem Rate, der von sozialistischer Seite gegeben wurde, sich gegen den Willen der Generaldirektion aufzulehnen, ist der Verband schon deswegen nicht gefolgt, weil es gegen seine Grundsätze gewesen wäre und weil manche der beanstandeten Punkte auch in seinem Interesse abgeändert werden mußten, da bei Beratung des Statuts in Regensburg einige wichtige Kategoricen nicht vertreten und bei Feststellung des Statuts ihre Bedürfnisse unberücksichtigt geblieben waren.

Die Aufgabe, die sich der bayerische Eisenbahner-Verband gestellt hat, ist im § 2 des Verbandsstatuts, wie folgt, bezeichnet:

Der Zweck des Verbandes ist: a) die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, b) Hebung des Standesbewußtseins, Pflege der geistigen Ausbildung und des geselligen Verkehrs der Mitglieder, c) Schaffung von Unterstützungskassen.

„Es wäre unbillig, im ersten Jahre des Bestehens eines Vereins Großes von ihm zu verlangen. Der Verein hatte genug zu thun, um nur überall festen Boden zu fassen. Es war eine große Arbeit, die der Vorstand, die Obmänner und Vertrauensmänner zu tragen hatten, bis sie den Verband auf nahezu 10 000 Mitglieder brachten." Trotzdem ist die praktische Arbeit zur Verbesserung der Lage des

Digitized by Google

bayerischen Eisenbahner-Personals nicht liegen geblieben. Auf der Generalversammlung zu Ostern 1897 war beschlossen worden, es solle der Verband eine Petition um Lohnerhöhung an den Landtag richten und zugleich um eine Vermehrung der status-(etats-)mäßigen Stellen nachsuchen. Die Obmänner erklärten sich auf der Generalversammlung für befriedigt, wenn nur etwas, und sei es auch nur eine kleine Aufbesserung der schlechtesten Löhne, erreicht würde. Um die Lohnpetition ausreichend begründen zu können, wurden über 10 000 Fragebogen unter dem Eisenbahnpersonal verbreitet. Über 4000 Fragebogen sind ausgefüllt dem Sekretär des Verbandes eingeliefert worden. Dieses Material ist vom Verbandssekretär zu einer 52 Seiten umfassenden Broschüre verarbeitet worden, die der Kgl. Staatsregierung, dem Landtag und der Kgl. Generaldirektion unterbreitet wurde. „Die Erfolge, die der bayerische Eisenbahner-Verband durch seine Thätigkeit erreichte, sind um so bedeutungsvoller und gewichtiger, als sie nicht annähernd erhofft und erwartet wurden. Der Verband hat durch seine Broschüre die Aufmerksamkeit der Kgl. Regierung und der Parteien des Landtages auf die Wünsche und Beschwerden des Eisenbahn-Personals gelenkt. Die Parteien haben Anträge zu Gunsten der Eisenbahner im Landtag gestellt, die Kgl. Regierung machte im Finanzausschuß und im Plenum weitgehende Zusagen. Alles das wäre sicher nicht geschehen, wenn nicht der bayerische Eisenbahner-Verband durch seine Thätigkeit den Ansporn hierzu gegeben hätte. Der moralische Erfolg des bayerischen Eisenbahner-Verbandes im Landtage kann nicht hoch genug angeschlagen werden." Der materielle Nutzen, den die Landtagsverhandlungen dem Eisenbahn-Personal brachten, ist sehr bedeutend. „Es muß besonders der Kgl. Staatsregierung der Dank des Eisenbahn-Tagelohn-Personals ausgedrückt werden," so heißt es in dem Rechenschaftsbericht, „für das große Entgegenkommen, für die vielen Zugeständnisse, die gemacht wurden und die bei vollständiger Ausführung die Lage des Tagelohn-Personals bedeutend verbessern."*) Die inzwischen durchgeführten Verbesserungen werden dann im einzelnen aufgeführt.**)

Es handelt sich dabei nicht allein um Aufnahme einer großen

*) Hierzu muß bemerkt werden, daß nach authentischen Mitteilungen mindestens ein großer Teil der erreichten Verbesserungen schon beschlossene Sache war, ehe die darauf abzielenden, immerhin anerkennenswerten Bestrebungen des Eisenbahner-Verbandes einsetzten.

**) Vergl. hierzu Nr. 35 der „Sozialen Praxis" von 1898.

Digitized by Google

Anzahl von Tagelohnbediensteten (über 3000) in den Status (Etat), um beträchtliche Erhöhungen der den Bediensteten (auch den Arbeitern), wie ihren Witwen und Waisen zustehenden Pensionsbezüge, um eine den veränderten Lebensverhältnissen entsprechende Aufbesserung der Löhne, sondern u. a. auch um Gewährung eines jährlichen Urlaubs von 3 Tagen ohne Lohnabzug für die Hilfsbediensteten, die ständigen Arbeiter, die dauernd beschäftigten Bahnunterhaltungsarbeiter und die Werkstättenarbeiter, für diese nach dreijähriger Beschäftigung.

Eine ausreichende Kontrolle der erlassenen Vorschriften über Arbeitszeit und Lohn, sowie die Errichtung von Arbeiterausschüssen und „pünktliche Lohnzahlung" ist zugesichert worden.

Das Bestreben, die für die Arbeiter meist mit großen Nachteilen verbundene monatliche Lohnzahlung für das Tagelohn-Personal abzuschaffen, ist indes nur an drei Orten von Erfolg gewesen. Verschiedentlich hatte sich das Tagelohn-Personal durch Unterschrift mit der monatlichen Lohnzahlung einverstanden erklärt (!).

Die Verbandsleitung hat sich nicht damit begnügt, nur zu petitionieren, auch die Selbsthilfe wurde geübt, soweit es bei einem so jungen Verein möglich ist. Durch den Beitritt zum Volksbüreau in München ist den Mitgliedern unentgeltlicher Rechtsschutz gesichert.

In Klagesachen, Erbschafts- und Steuersachen, in Hypotheken-, Subhastationssachen, in Verlassenschafts-, Pflegeschafts-, Heimats-, Verehelichungs- und Militärsachen, in Pensions-, Unfall-, Invaliden- und Altersrentensachen u. s. w. erhält jedes Mitglied durch das Volksbüreau unentgeltlich Rat und Auskunft. Für die nötigen Schriftstücke, Eingaben, Petitionen, Beschwerden u. s. w. wird eine Schreibgebühr von 25 Pfg. erhoben. Auswärtige Mitglieder haben bei einer Anfrage dem Briefe eine 10 Pfg.-Marke beizufügen. Ist ein Schriftstück erforderlich, so sind für Schreibgebühr und Porto 45 Pfg. beizulegen.

Das Volksbüreau war für die Mitglieder des Verbandes von größtem Nutzen. Das zeigt schon die rege Benutzung des Büreaus. In der Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1897, also innerhalb 8 Monaten, hat das Volksbüreau an die Verbandsmitglieder 1622 Aufschlüsse erteilt und 547 Schriftstücke angefertigt.

Die Gründung einer Kranken-, Invaliden- und Sterbe-Unterstützungskasse wurde auf der Generalversammlung zu Ostern 1897 beschlossen, sie ist auch mit Genehmigung der Königl. Regierung am 1. Oktober 1897 ins Leben getreten. Die Kasse zählt jetzt bereits nahezu 3000 Mitglieder.

Digitized by Google

Die Kasse gewährt im Krankheitsfalle von der 13. Woche ab eine tägliche Unterstützung von 1 Mk. auf die Dauer von 150 Tagen, bei gänzlicher, erwiesener Erwerbsunfähigkeit eine Unterstützung von soviel mal 5 Pfg., als männliche Mitglieder, und im Todesfall soviel mal 5 Pfg. als männliche und weibliche Mitglieder der Unterstützungskasse angehören.

Der Verwaltungsbeitrag beträgt jährlich 20 Pfg., für Statuten und Aufnahmeurkunde sind 20 Pfg. und für den einzelnen Unterstützungsfall 5 Pfg. zu entrichten; es werden jedoch immer sechs Unterstützungsbeiträge zusammen erhoben.

„Mit dem, was der bayerische Eisenbahner-Verband im ersten Jahre seines Bestehens geleistet und erreicht hat, können die Mitglieder sich wohl für befriedigt erklären. Mehr zu leisten war schon wegen der beschränkten Geldmittel nicht möglich. Der Verband wird auch ferner die Hände nicht in den Schoß legen, sondern tüchtig fortarbeiten."

Die Gründung eines Vereins ist naturgemäß mit großen Kosten verknüpft, besonders bei einem Verband von der Ausdehnung und Mitgliederzahl, deren sich der bayerische Eisenbahner-Verband schon jetzt zu erfreuen hat. Die Einnahmen waren dagegen verhältnißmäßig gering, zumal da im ersten Jahre etwa die Hälfte der Mitglieder erst im zweiten Halbjahr dem Verbande beigetreten ist, von ihnen somit der geringe Monatsbeitrag von 5 Pfg. auch nur für diese Zeit eingezogen werden konnte. Die Kosten der Gründung u. s. w. sind durch Geldspenden von Freunden des Verbandes, darunter 1000 Mk. von einem ungenannten Wohlthäter, gedeckt worden.

Die Abrechnung der Verbandskasse für 1897 schließt mit einer Gesamtausgabe von 5559,13 Mk. ab, der eine Einnahme von 6411 Mark 94 Pfg. gegenüberstand. Ohne die dem Verband zugewendeten Schenkungen hätte sich also ein erheblicher Fehlbetrag ergeben. Angesichts dieser Sachlage ist der diesjährigen Generalversammlung eine Erhöhung des Mitgliederbeitrages von 5 auf 10 Pfg. für den Monat vorgeschlagen worden.

In der auf Grund der ausgefüllt eingegangenen Fragebogen entstandenen schon erwähnten Schrift über „Die Lage der Tagelohn-Bediensteten und Arbeiter an der königl. bayerischen Staatsbahn" wird die Zahl der bei der genannten Bahn angestellten Beamten und statusmäßigen Bediensteten auf etwa 20 000 angegeben. In den Centralwerkstätten sind etwa 4300 Arbeiter und außerdem im Staatsbahnbetrieb etwa 16 700 Tagelohn-Bedienstete und Arbeiter beschäftigt.

Zum Beweise dafür, daß der bisherige Tagelohn der bayerischen

Staatseisenbahn-Bediensteten und Arbeiter (in der Großstadt im Durchschnitt 2,40 bis 2,80 Mk., in einer Mittelstadt 2,20 bis 2,60 Mk., in einem kleinen Orte 2,00 bis 2,40 Mk.) bei dem heutigen Stande der Wohnungs- und Lebensmittelpreise nicht ausreicht, um selbst die anspruchsloseste Lebenshaltung zu ermöglichen, werden drei von Eisenbahnern eingesandte Haushaltungsbudgets mitgeteilt, aus einer Großstadt, einer Mittelstadt und einem Dorfe, denen noch das Budget eines Junggesellen in einer Großstadt beigefügt ist. Die Aufstellungen beschränken sich auf die unbedingt notwendigen Ausgaben.

I. Budget.

Ausgaben einer Arbeiterfamilie in einer Großstadt.

(Familie mit 3 Kindern im Alter von 4, 5 u. 9 Jahren.)

Ausgaben:	pro Tag, Mk.	pro Monat, Mk.	pro Jahr. Mk.
Wohnung mit 2 Zimmern	—	14,—	168,—
Für Frühstück, Malzkaffee ohne Brod . (Malzkaffee 5 Pfg., Zucker und Surrogat 10 Pfg., 1 Liter Milch 20 Pfg.)	—,35	10,50	127,75
Mittagessen . . . . . $^1/_2$ Pfund Rindfleisch und Suppenbein 35 Pfg., Suppen-Einlage [Reis, Gries, Gerste, Erbsen ꝛc.] 10 Pfg., Kartoffelgemüse: (15 Pfg. Kartoffel, 10 Pfg. Fett, Mehl und sonstige Zuthaten).	,70	21,—	255,50
Abendessen, wie Frühstück	—,35	10,50	127,75
Brod für den ganzen Tag, zu Frühstück, 9 Uhr Brodzeit, Mittag, Nachmittag und Abend 2 Pfund zu 15 Pfg. . . .	—,30	9,—	109,50
Für Kleidung, Schuhe und Wäsche . .	—	3,—	36,—
Für Seife, Soda, Zündhölzer, Salz, Essig, Gewürz, Wichse ꝛc.	—	2,50	30,—
Für Feuerung und Licht	—	5,—	60,—
Abzug f. d. obligatorische Krankenversicherung pro Woche 38 Pfg. f. d. obligat. Arbeiter-Pensionskasse A. . „ „ 12 „ f. d. obligat. Arbeiter-Pensionskasse B. . „ „ 21 „			
Zusammen pro Woche 71 Pfg.		2,84	36,90
Für Staats- und Gemeindesteuern . .	—	—,50	6,—
		Insgesamt: 78,84	957,40

Die Ausgaben betragen unter Hinzurechnung eines kleinen Betrages für außerordentliche Ausgaben 1000 Mk. pro Jahr.

Digitized by Google

II. Budget.

Ausgaben einer Arbeiterfamilie in einer Mittelstadt.

(Familie mit 3 Kindern im Alter von 3, 4 und 7 Jahren.)

Ausgaben:	pro Tag, Mk.	pro Monat, Mk.	pro Jahr. Mk.
Wohnung mit 2 Zimmern	—	8,—	96,—
Für Frühstück, Milchsuppe mit Schwarzbrod (2 Liter Milch à 14 Pfg.) . .	—,28	8,40	102,20
Für Mittagessen, Kartoffelsuppe, Reis in der Milch . . . . . (1 Pfd. Reis 25 Pfg., 2 Liter Magermilch 12 Pfg., Zuthaten, als Schmalz und Zucker 10 Pfg., Kartoffel 10 Pfg., Mehl und Fett 10 Pfg.)	—,67	20,10	244,55
Abendessen, Sauerkraut mit Kartoffel . (Kraut 10 Pfg., Fett und Mehl 5 Pfg., Kartoffel 15 Pfg.)	—,30	9,—	109,50
Brod für den ganzen Tag, 2 Pfd. à 14 Pfg.	—,28	8,40	102,20
Für Kleider, Schuhe u. Wäsche (die Kinder gehen im Sommer barfuß)	—	2,50	30,—
Für Seife, Soda, Essig, Öl, Salz, Gewürz, Wichse, Zündhölzer, Faden u. s. w.	—	2,50	30,—
Für Feuerung und Licht	—	4,—	48,—
Abzug f. d. obligatorische Krankenversicherung pro Woche 28 Pfg. f. d. obligat. Arbeiter-Pensionskasse A. . „ „ 12 „ f. d. obligat. Arbeiter-Pensionskasse B. . „ „ 21 „			
Zusammen pro Woche 61 Pfg.		2,44	31,72
Für Staats- und Gemeindesteuern . .	—	—,33	4,—
	Insgesamt:	65,67	798,17

Die Ausgaben betragen unter Hinzurechnung eines kleinen Betrages für außerordentliche Ausgaben 850 Mk. pro Jahr.

III. Budget.

Ausgaben einer Arbeiterfamilie in einem kleinen Orte.

(Familie mit 3 Kindern im Alter von 3, 5 u. 8 Jahren.)

Ausgaben:	pro Tag, Mk.	pro Monat, Mk.	pro Jahr. Mk.
Wohnung mit 2 Zimmern	—	5,—	60,
Frühstück, Brennsuppe mit Kartoffeln . (Fett und Mehl 10 Pfg., 1 Ei 4 Pfg., Kartoffel 10 Pfg.)	—,24	7,20	87,60
Übertrag:	—	12,20	147,60

Digitized by Google

Übertrag:	—	12,20	147,60
Mittagessen, Kartoffelnudel mit Kraut . (Kartoffel 20 Pfg., Mehl 10 Pfg., Fett 20 Pfg., Kraut 10 Pfg.)	—,60	18,—	219,—
Abendessen, Mehlsuppe (1/2 Pfund Mehl 9 Pfg., 2 Eier 8 Pfg., Schmalz 10 Pfg.)	—,27	8,10	98,55
Schwarzbrod, 2 1/2 Pfd. zu 13 Pfg. . .	—,33	9,90	120,45
Für Kleider, Schuhe und Wäsche . . .	—	2,50	30,—
Für Seife, Soda, Essig, Salz, Öl, Gewürz, Wichse, Zündhölzer, Faden u.s.w.	—	2,50	30,—
Für Feuerung und Licht	—	4,—	48,—
Abzug f. d. obligatorische Krankenversicherung pro Woche 28 Pfg. f. d. obligat. Arbeiter-Pensionskasse A. . " " 12 " f. d. obligat. Arbeiter-Pensionskasse B. . " " 21 "			
Zusammen pro Woche 61 Pfg.		2,44	31,72
Für Staats- und Gemeindesteuern . .	—	—,25	3,—
	Insgesamt: 59,89		728,32

Die Ausgaben betragen unter Hinzurechnung eines kleinen Betrages für außerordentliche Ausgaben 780 Mk. pro Jahr.

(Für geistige Getränke, Tabak, Zeitungen und für Vergnügungen ist bei vorstehenden Budgets nichts gerechnet.)

IV. Budget.

Ausgaben eines Junggesellen in einer Großstadt.

Ausgaben:	pro Tag, Mk.	pro Monat, Mk.	pro Jahr. Mk.
Schlafgeld pro Woche Mk. 1,80 . .	—	7,20	86,40
Frühstück, Kaffee und 2 Brode bei der Hauswirtin	—,18	5,40	65,70
Brodzeit, 1/2 Liter Bier mit Brod und 10 Pfg. Käse oder Lunge	—,25	7,50	91,25
Mittags, Essen im Wirtshaus, Rindfleisch mit Suppe und Salat . . .	—,40	12,—	146,—
1/2 Liter Bier mit Brod	—,15	4,50	54,65
Abends, Kaffee und 2 Brode . . .	—,18	5,40	65,70
Für Reinigung und Ausbesserung der Wäsche	—	2,50	30,—
Taschengeld, jeden Sonn- und Feiertag Mk. 1,50, durchschnittlich 5 Tage pro Monat	—	7,50	90,—
Übertrag:	—	52,—	629,70

Digitized by Google

Übertrag:	—	52,—	629,70
Für Neuanschaffung von Kleidung, Schuhen, Wäsche	—	3,50	42,—
Abzug für die obligatorische Krankenversicherung pro Woche 28 Pfg.			
f. d. obligat. Arbeiter-Pensionskasse A. . „ „ 12 „			
f. d. obligat. Arbeiter-Pensionskasse B. . „ „ 21 „			
zusammen pro Woche 61 Pfg.		2,44	31,72
Für Staats- und Gemeindesteuern . .	—	—,33	4,—
Insgesamt		58,27	707,42

Die Ausgaben betragen in runder Summe 710 Mk. pro Jahr.

Auffällig müssen bei einer einheitlich geleiteten Verwaltung die augenscheinlich nicht durchweg allein in den voneinander abweichenden örtlichen Verhältnissen begründeten Verschiedenartigkeiten in der Behandlung der Arbeiter erscheinen. Die verschiedene Lohnzahlung, ein- und zweimal im Monat, wurde schon erwähnt. Von ungleich größerer Bedeutung ist, daß in einigen Bezirken im Sommer wie im Winter der gleiche Lohn gezahlt wird, in anderen nicht, an einzelnen Stellen nicht bloß die jüngeren, sondern auch ältere Arbeiter im Winter zeitweise feiern müssen, während an anderen Stellen derartige Arbeitspausen nicht eintreten.

Die Arbeitszeit der Bahnunterhaltungsarbeiter dauert im Sommer von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einstündiger Mittagspause und einer je ½stündigen Pause vor- und nachmittags. Um zur Arbeitsstätte zu gelangen, müssen die Arbeiter aber oft weite Wege zurücklegen. In einem Falle sind sie durch ungünstige Zugverbindung genötigt, während 10 Monaten im Jahre täglich um 4 Uhr morgens von Hause aufzubrechen, wohin sie erst abends 8 Uhr zurückgelangen können. (S. 12/13.)

Ähnliche Verhältnisse kommen auch bei anderen Arbeiter-Kategorieen vor, insbesondere auch bei den Ablöswärtern (Hilfsweichenstellern), die stellenweise einen 16—18stündigen Dienst, bei unverhältnismäßig geringer Löhnung zu versehen haben. (S. 15.)

Das Kohlenladen ist auf einzelnen Bahnhöfen zu bestimmten Akkordsätzen an Unternehmer vergeben, die die Arbeiter bei geringer Löhnung übermäßig ausnutzen, eine Erfahrung, die übrigens überall mit dem verwerflichen System der Zwischenunternehmer (Schwitz-

meister) gemacht worden ist. Die Arbeiter erstreben deshalb Übernahme des Kohlenladegeschäfts in eigene Regie, wie es an verschiedenen Stellen schon geschehen ist.

Außer den bei dem oft schwierigen und anstrengenden Dienst besonders häufigen Erkrankungen kommen beim Bahnpersonal bekanntlich auch Unfälle in großer Zahl vor.

Aus der Statistik der Arbeiter-Pensionskasse Abteil. B ergiebt sich, daß von den Mitgliedern der Pensionskasse, die in den Jahren von 1891—1895 wegen Erwerbsunfähigkeit abgingen, 25 % in den Genuß von Unfallrenten getreten sind. „Die Ursache der vielen Erkrankungsfälle und der häufigen Unfälle dürfte wohl auch auf die mitunter sehr lange Arbeitszeit zu setzen sein. Auch die Zeitzerstückelung, die den Mann nur selten zu einer vollen Ruhe kommen läßt, wirkt ebenso schädlich, wie lange Arbeitszeit. Durch eine zweckmäßigere Einteilung der Dienstzeit könnte die große Häufigkeit der Erkrankungen und der Unfälle wohl etwas reduziert werden."

Daß es dem Vorstande des bayerischen Eisenbahner-Verbandes mit seinen vorher erwähnten Worten Ernst ist, er werde tüchtig fortarbeiten, hat er u. a. damit bewiesen, daß neuerdings beschlossen worden ist, dem Landtag eine Petition um Erbauung von Dienst- und Arbeiterwohnungen zu unterbreiten.*) Um diese Petition gehörig begründen zu können, ist der Verbandssekretär beauftragt, einen Fragebogen auszuarbeiten und das Ergebnis der Erhebungen dem Landtag in Form einer Broschüre zu unterbreiten. Der Verband will aber auch Selbsthilfe üben. Vor einiger Zeit schon wurde die Gründung einer Eisenbahner-Kolonie in München angeregt. Der Verbandssekretär wurde mit der Bildung einer Genossenschaft betraut, die eine Eisenbahnerkolonie gründen soll, um den Eisenbahnern gute und preiswerte Wohnungen zu verschaffen und sie den Mietzinssteigerungen zu entziehen. Eine Spar- und Darlehnskasse soll dafür sorgen, daß die Mitglieder und deren Familienglieder auch die kleinsten Beträge bis zu 10 Pfg. herunter sparen können und daß im Bedarfsfalle die Sparer auch Darlehen zu niederem Zinsfuß erhalten, die sie in Raten wieder abzahlen können. So ist der Verband bestrebt, seinen Mitgliedern in jeder Hinsicht von Nutzen zu sein.

*) Neueren Nachrichten zufolge sind von der Verwaltung bereits umfassende Schritte in dieser Richtung unternommen. (Von der Kgl. Sächsischen Staatsbahnverwaltung sind bereits Arbeiterwohnungen mit den von dem Landtag hierzu bewilligten Mitteln von 3 000 000 Mk. errichtet. Anm. d. Red.)

Digitized by Google

Vom 1. Oktober an wird ein eigenes Verbandsorgan, „Der Eisenbahner", erscheinen, das den Zusammenhang der Mitglieder fördern und durch gute Aufsätze den Mitgliedern zur Belehrung dienen soll. Mit der Errichtung einer Verbandsbibliothek ist bereits begonnen; es werden jährlich mehrere hundert Mark dafür ausgegeben werden. Im Herbst beabsichtigt der Verband eigene Unterrichtskurse für seine Mitglieder einzuführen. Das schon erwähnte Volksbüreau, das den Verbandsmitgliedern unentgeltlich Rat und Auskunft erteilt und für eine geringe Gebühr Schriftstücke anfertigt, ist andauernd fleißig benutzt worden. Die Unterstützungskasse zählt neuerdings bereits nahezu 3000 Mitglieder und hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens für 5 verstorbene Mitglieder über 500 Mk. Unterstützung ausgezahlt. So entwickelt sich, wie der Münchener „Arbeiter" schreibt, der als „staatsgefährlich" und „gemeingefährlich" bezeichnete bayerische Eisenbahner-Verband in der schönsten Weise, „er ist ein Segen für die Mitglieder, nicht minder aber auch für den Staat selbst; sind doch über 10 000 Eisenbahner der sozialistischen Agitation entzogen worden."

Diese Mitteilungen werden zur Genüge den hohen Wert erkennen lassen, den eine enge Vereinigung der Eisenbahnbediensteten zu festen einheitlich organisierten Verbänden nicht allein für die Bediensteten selber, sondern auch für die Eisenbahnverwaltungen hat: für jene durch Kräftigung des Bewußtseins ihrer Zusammengehörigkeit, Stärkung des kameradschaftlichen Sinnes, zielbewußte Pflege und Förderung ihrer wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Interessen, kurz der edelsten Triebe der menschlichen Natur; für diese durch näheres Vertrautwerden mit den Bedürfnissen und Wünschen der Bediensteten und Herstellung einer innigeren Verbindung mit ihnen, die den eigenen Aufgaben und Zielen nur von Nutzen sein kann. Jene Bedürfnisse und Wünsche werden dadurch am sichersten in den Grenzen des jeweils Möglichen und Erreichbaren erhalten werden können. Und allen die Interessen der Disziplin und der öffentlichen Wohlfahrt gefährdenden Begleiterscheinungen, wie sie bei der Begründung des bayerischen Eisenbahner-Verbandes zu Tage getreten sind, wird am ehesten vorgebeugt werden können, wo die Verwaltungen den auf solchen Zusammenschluß gerichteten Bestrebungen keinerlei Schwierigkeiten bereiten, sondern — im wohlverstandenen eigenen Interesse und dem der Bediensteten — nur darauf bedacht sind, sie in die vorher angedeuteten Bahnen zu lenken und darin zu erhalten. Diese Be-

Digitized by Google

strebungen sind in unserer ganzen wirtschaftlichen Entwickelung, wie in unseren vorgeschrittenen Anschauungen von Menschenrecht und Menschenwürde allzu tief begründet, als daß es möglich wäre, sie gewaltsam zu unterdrücken, ohne das Gegenteil von dem zu erreichen, was durch ein solches Vorgehen bezweckt werden könnte.

Auch abgesehen von den vorher erwähnten Vereinigungen engerer Kreise fehlt es innerhalb der preußischen Staatsbahnverwaltung nicht an Beweisen für die Richtigkeit dieser Auffassung. Erst jüngst ist in der „Zeitschrift der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen" (Nr. 10) von dem Eisenbahn-Direktions-Präsidenten Ulrich in Cassel über einen durchaus gelungenen Versuch berichtet worden, aus der Verwaltung heraus und ohne eine Anregung der nächstbeteiligten Kreise abzuwarten, durch Bildung von alle Beamte und Arbeiter umfassenden Vereinigungen das einmütige Zusammenwirken ihrer verschiedenen Klassen zu fördern, das Bewußtsein einer Gemeinsamkeit ihrer Interessen zu wecken und zu pflegen und „eine Annäherung der verschiedenen Beamten- und Arbeiterklassen durch Beteiligung an gemeinsamen Zielen und Einrichtungen herbeizuführen."

Am 1. Januar 1897 ist in Kassel ein solcher Eisenbahnverein, zunächst für die an diesem Orte selbst beschäftigten Beamten und Arbeiter, etwas über 2100, ins Leben getreten. Mit ihm folgende Einrichtungen:

1. Ein Vereinsbeirat, der den Vereinsmitgliedern sowie deren Hinterbliebenen in allen rechtlich oder wirtschaftlich schwierigen Fragen Rat erteilt. Ausgeschlossen sind nur dienstliche Angelegenheiten, die sich nach den bestehenden dienstlichen Vorschriften regeln. Zur Erteilung des Rates ist ein Ausschuß von drei Beamten bestellt. Der Rat kann persönlich oder durch Vertrauensmänner ohne Nennung des Namens der Ratsuchenden eingeholt werden.
2. Eine Vereinsbibliothek und Lesezimmer. Auch hierfür besteht ein Ausschuß.
3. Gemeinsame gesellige Vergnügungen, für die gleichfalls ein Ausschuß eingesetzt ist.
4. Eine Spar- und Darlehnskasse, die als besondere Genossenschaft mit beschränkter Haftung nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889 am 1. April 1897 ins Leben getreten ist.

Digitized by Google

5. Außerdem besteht in Kassel schon seit längeren Jahren ein Eisenbahnhaushaltsverein (Konsumverein), der völlig selbständig ist, aber in den Rahmen der Vereinseinrichtungen fällt.

Grundsatz des Vereins ist, daß in ihm alle gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. Da die Zahl der teilnehmenden Beamten und Arbeiter nahezu gleich ist, so sind die Stellen des Vorstandes sowie der Ausschüsse mit Ausnahme des Vereinsbeirats gleichmäßig zur Hälfte mit Beamten und zur Hälfte mit Arbeitern besetzt. Dieser Grundsatz und die möglichste Heranziehung aller, auch der schon bestehenden Einzelvereine zu den Zwecken des Vereins hat sich durchaus bewährt. Die Zwecke des Vereins sind nach den Satzungen lediglich gemeinnütziger und geselliger Art; andere Zwecke, insbesondere politische und religiöse, sind ausgeschlossen. Der Beitrag beträgt für das Jahr 1 Mk. und wird mit 50 Pf. am 1. Januar und 1. Juli eingezogen.

Nachdem mit dem 31. Dezember 1897 das erste Geschäftsjahr abgelaufen war, konnte in der statutenmäßig im April stattfindenden Generalversammlung über die Entwickelung des Vereins im allgemeinen nur günstiges berichtet werden. Die Zahl der Mitglieder ist im Berichtsjahr von rund 1400 auf rund 1800 gestiegen. Da nach den Satzungen nur ständige Arbeiter, d. h. solche, die mindestens ein Jahr bei der Staatseisenbahnverwaltung thätig sind, zur Teilnahme an dem Verein zugelassen werden, so sind nahezu sämtliche in Kassel stationierten Beamten und beitrittsfähigen Arbeiter Mitglieder des Vereins geworden.

Der Vereinsbeirat ist vielfach in Anspruch genommen worden.

Die Vereinsbibliothek, die mit etwa 300 Bänden eröffnet wurde, ist durch Ankäufe und Geschenke auf 1005 Bände, 177 Hefte und 148 Photographieen maschineller Anlagen gebracht worden. Die Benutzung war im Verhältnis zu dem schwachen, erst im zweiten Halbjahr stärker vermehrten Bestande verhältnismäßig groß, indem 4104 Bände und 170 Hefte ausgeliehen wurden. Das Lesezimmer des Vereins ist dagegen nur schwach besucht worden. Die Ursache ist wohl, daß es im Bahnhof belegen und an Wochentagen nur abends von 7—10 Uhr offen ist, so daß die meist weit vom Bahnhof wohnenden Vereinsmitglieder sich scheuten, nach beendetem Dienst sich nochmals zum Bahnhof zu begeben.

Die geselligen Vereinigungen fanden im Winter an zwei Abenden in dem größten vorhandenen Saale statt und waren von den Vereins-

Digitized by Google

mitgliedern und ihren Familien so stark besucht, daß es stellenweise an Raum mangelte. Es wurden hauptsächlich musikalische und theatralische Aufführungen, und zwar durchweg von Vereinsmitgliedern geboten, die großen Beifall fanden und zeigten, daß der Verein unter seinen Mitgliedern künstlerische Talente aller Art hat. Fast noch stärker war die Teilnahme an den beiden Sommerausflügen, die nach einem nahegelegenen schönen Punkte mit Sonderzügen stattfanden, deren kostenfreie Stellung für die Vereinsmitglieder und ihre Familien der Herr Minister in dankenswerter Weise bewilligt hatte.

Die wichtigste unter den Einrichtungen des Vereins ist indes wohl die Spar- und Darlehnskasse. Bei den ihrer Begründung vorausgehenden Verhandlungen stellte sich heraus, daß wohl ein lebhaftes Bedürfnis dafür bestand, daß aber die üblichen Grundlagen genossenschaftlicher Darlehnskassen mit größeren Geschäftsanteilen und Sicherheitsleistung bei Gewährung von Darlehen hier nicht anwendbar seien. Die bei weitem größte Zahl der Mitglieder des Eisenbahnvereins besteht aus Arbeitern und Unterbeamten. Bei ihnen ist zwar häufig ein Kreditbedürfnis vorhanden, aber eine sehr geringe Möglichkeit, es zu befriedigen. Eigentum von größerem Wert, das zur Sicherheit dienen könnte, besitzen nur wenige, die meisten nur die notwendigsten Hausgeräte. Wenn diese Leute in Not geraten, finden sie deshalb selten jemand, der ihnen bares Geld leiht. Ihr einziger Ausweg ist, irgend entbehrliche Kleider und Möbel beim Pfandleiher zu versetzen oder bei dem Krämer, Bäcker u. s. w. Schulden zu machen. Beides ist natürlich sehr mißlich. Sie müssen nicht nur hohe Zinsen zahlen, sondern sind auch häufig gezwungen, schlechte Ware zu hohen Preisen bei ihren Gläubigern zu nehmen. Selten gelingt es ihnen, sich von den Schulden wieder zu befreien. Häufig haben solche Schulden die Zerrüttung des ganzen Haushalts zur Folge und oft wird nicht nur die Dienstfreudigkeit, sondern auch die Dienstfähigkeit des betreffenden Bediensteten empfindlich darunter leiden, indem der Gedanke an die Schulden und die Angst vor finanziellem Ruin die notwendige Aufmerksamkeit auf den Dienst vermindert, bisweilen auch zum Trunk verleitet, um das häusliche Elend zu vergessen.

Nirgends wohl ist das Kreditbedürfnis größer als bei den Arbeitern und Unterbeamten, und nirgends ist weniger dafür gesorgt. Während dem Mittelstand durch Sparkassen und Kreditvereine verschiedenster Art, den Bauern durch landwirtschaftliche Darlehnskassen ein Kredit vermittelt wird, fehlt für die Arbeiter im allgemeinen jede Gelegenheit

Digitized by Google

dazu aus dem einfachen Grunde, weil sie keine Sicherheit bieten können und im allgemeinen ohne solche Kredit nicht zu haben ist. Außer der Wohnungsfrage, so heißt es in den betreffenden Mitteilungen, giebt es wohl kaum eine andere Frage, die von solcher Wichtigkeit für die Hebung der unteren Stände ist, wie die Schaffung von Kredit. Kann der durch irgend welche Umstände in Not geratene Arbeiter eine kleine Summe Geld zu mäßigem Zins und mit ratenweiser Abtragung erhalten, so kann er seinen Haushalt ordnungsmäßig fortführen und seine Schulden allmählich tilgen. Im anderen Falle treten fast stets die oben geschilderten traurigen Folgen ein.

Bei Erwägung der Mittel, das Kreditbedürfnis der unteren Bediensteten und Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung zu befriedigen, kam man zu dem Ergebnis, ähnlich wie bei den gemeinnützigen Bauvereinen durch die Vereinigung einer großen Zahl von Mitgliedern die zur Gründung einer Kreditgenossenschaft nötigen Mittel aufzubringen, die Möglichkeit der Beteiligung durch ratenweise Einzahlung eines nur geringen Geschäftsanteils auch dem Unbemitteltsten zu ermöglichen und den Kredit ohne jede Sicherheit zu gewähren. Letzteres erschien deshalb zweckmäßig, weil thatsächlich nur in den seltensten Fällen von den Darlehnsnehmern eine wirkliche Sicherheit geboten werden kann, eine Sicherheit durch Bürgschaft eines andern Arbeiters oder Unterbeamten in den meisten Fällen aber keine Sicherheit ist und ihre Inanspruchnahme in der Regel nur dazu führt, einen weiteren Haushalt dem wirtschaftlichen Ruin zu überliefern. Man verhehlte sich nicht die Gefahren, die der Genossenschaft hiermit drohten, glaubte sie aber übernehmen zu müssen, um den Zweck, den man verfolgte, zu erreichen. Als Sicherungsmittel dient lediglich, daß der Vorstand der Genossenschaft bei jedem Darlehn die Persönlichkeit des Darlehnsnehmers, die Ursache der Notlage und die Möglichkeit der Rückzahlung prüft und daß außerdem die Höchstsumme des Darlehns auf 100 Mk. beschränkt ist. Die Höhe der Geschäftsanteile, von denen jeder Genossenschafter mindestens einen übernehmen muß, beträgt 10 Mk., die in monatlichen Raten von 50 Pfg. eingezahlt werden können. Die Höchstdividende für die Geschäftsanteile ist auf $3^1/_2$ %, der Zinsfuß für Darlehen auf 4 % festgesetzt, Spareinlagen werden bis zu 100 Mk. mit $3^1/_4$ % verzinst, für höhere Beträge wird der Zinsfuß besonders vereinbart.

Bei der Gründung der Kasse wurde den Mitgliedern von vornherein erklärt, daß die Einrichtung der Kasse auf dieser Grundlage

Digitized by Google

lediglich als ein Versuch anzusehen sei, der nur gelingen könne, wenn jedes Mitglied der Kasse es als seine Ehrenpflicht ansehe, die gewährten Darlehen pünktlich zurückzuzahlen und sich immer zu vergegenwärtigen, daß er seine Kollegen und Kameraden schädige, wenn er dies nicht thue.

Bis jetzt hat sich dieses Vertrauen in die Ehrenhaftigkeit der Kassenmitglieder glänzend bewährt und die Kasse sich überraschend entwickelt. Bei Gründung traten der Kasse 407 Mitglieder bei. Diese Zahl stieg bis Ende 1897 auf rund 600 Mitglieder. Nachdem vom 1. Januar d. J. ab die Kasse auf die Bezirke der Betriebsinspektionen Cassel 1, 2 und 3, auch soweit sie außerhalb Cassel liegen, ausgedehnt worden, ist bis zum 1. April die Zahl der Mitglieder auf nahezu 900 gestiegen. Das Geschäftsanteilkonto betrug Ende März dieses Jahres 6938,20 Mk. Von 50 Mitgliedern sind 82 Geschäftsanteile über die Zahl von einem Geschäftsanteil übernommen. Spareinlagen sind gleichfalls in erheblichem Umfange gemacht, der Bestand betrug Ende März d. J. 5364 Mk. Am lebhaftesten hat sich, wie zu erwarten war, der Umsatz bei dem Darlehnskonto gestaltet. Vom 1. April 1897 bis Ende März 1898 wurden Darlehen im Gesamtbetrage von 24 344 Mark gewährt, darunter Darlehen im Betrage von 100 Mk. in 181 Fällen, im Betrage von 50—90 Mk. in 86 Fällen, unter 50 Mk. in 30 Fällen. Von dieser Summe sind 11 123,67 Mk. abgetragen und stehen noch aus 13 220 Mark. Die Rückzahlungen sind mit verschwindenden Ausnahmen pünktlich erfolgt, nennenswerte Verluste sind nicht zu befürchten. Der Gesamtumsatz stellte sich Ende März d. J. in Einnahme auf 32 962,77 Mk., in Ausgabe auf 32 778,89 Mk., der bare Kassenbestand auf 183,88 Mk. Das Vermögen beträgt 13 407,46 Mk., die Schuld 13 035 Mk., der Gewinn 371,64 Mk. nach Rücklage von 468 Mk. in den Reservefonds und 265,49 Mk. in den Hilfsreservefonds. Aus dem Gewinn kann eine ausreichende Dividende für die Geschäftsanteile gezahlt werden.

Es ist in Aussicht genommen, die Kasse auf den ganzen Direktionsbezirk auszudehnen, doch kann dies mit Rücksicht auf die meist nur ratenweise Einzahlung der Geschäftsantheile nur allmählich geschehen, um nicht die Leistungsfähigkeit der Kasse zu gefährden. Schon jetzt war die Kasse oft nicht in der Lage, alle an sie gestellten Anforderungen an Darlehen zu befriedigen, sie konnte nur durch zeitweilige größere Einlagen einzelner Mitglieder leistungsfähig erhalten werden.

Auch die allmähliche Ausdehnung des Eisenbahnvereins und seiner Einrichtungen auf den ganzen Direktionsbezirk ist in Aussicht ge-

Digitized by Google

nommen, und soll noch im Laufe dieses Jahres damit begonnen werden.

Vom Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten ist den Präsidenten der übrigen Königlichen Eisenbahn-Direktionen von der Gründung des Casseler Eisenbahnvereins und den von ihm getroffenen Einrichtungen Mitteilung gemacht und ein gleiches Vorgehen für ihre Bezirke empfohlen. Es sind auch bereits derartige Vereine in verschiedenen Eisenbahndirektionsbezirken gegründet, in anderen in Vorbereitung begriffen. „Wenn es gelänge, die 3—400 000 Beamten und Arbeiter der preußischen Staatsbahnverwaltung in solchen Eisenbahnvereinen zu sammeln, so würde das voraussichtlich von segensreichen Folgen sowohl für die Beamten und Arbeiter als auch für die Eisenbahnverwaltung sein."

Diese Bestätigung der hier dargelegten und schon früher an anderen Stellen vertretenen Auffassung berechtigt zu der Hoffnung, daß auch in der preußischen Staatsbahnverwaltung die Erkenntnis von dem Nutzen festgefügter, Beamte und Arbeiter umfassenden Organisationen immer mehr an Boden gewinnen und daß man auf dem erfolgreich betretenen Wege rüstig vorwärts schreiten wird zum Nutzen für Tausende von Beamten und Arbeitern, für die Verwaltung und die allgemeine Wohlfahrt.

Digitized by Google

Die neue deutsche Auswanderungspolitik
in ihrer Beziehung zur Arbeiterfrage und Socialgesetzgebung.

Von M. H. Klöffel-Dresden.*)

Das neue deutsche Reichsgesetz über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897, welches mit dem 1. April 1898 in Kraft getreten ist, wurde schon seit einer Reihe von Jahren als ein notwendiges Bedürfnis zum Ausbau unserer socialen Gesetzgebung hingestellt.

Wenn wir einen Blick auf die gesamte bisherige Auswanderung aus Deutschland werfen, so finden wir unter Zugrundelegung der Löhrschen Berechnung, daß allein in den 65 Jahren von 1815 bis 1880 etwa vier Millionen Deutsche ausgewandert sind. Bekanntlich ist aber der großen Auswanderungsperiode unseres 19. Jahrhunderts schon eine frühere im 18. Jahrhundert vorangegangen. Die Auswanderung von Deutschen begann schon im Jahre 1682, als Pistorius von Frankfurt aus die erste Gesellschaft deutscher Emigranten nach Pennsylvanien führte.

*) Die Redaktion veröffentlicht den nachstehenden Aufsatz, weil nach ihrer Ansicht die Auswanderungsfrage mit der Arbeiterfrage und mit der ganzen socialen Frage im engsten Zusammenhange steht. Jeder Unbemittelte hat in der ungehinderten Bewegung von Ort zu Ort oder in der Freiheit, zu- und auszuwandern, eines der wichtigsten Mittel, seine mißliche Lage zu verbessern. So lange die Erde noch Raum bietet für viele Millionen und das Menschengeschlecht noch auf Jahrhunderte hinaus eine weit größere Fülle von Gütern des Bodens und Gewerbfleißes zu produzieren und auszutauschen vermag, braucht uns um das Schicksal der Völker nicht bange zu sein. Die Auswanderung ist, abgesehen von ihrer kulturhistorischen Bedeutung, auch ein wichtiges Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern, um die Verschiedenheiten der Löhne und Lebenshaltung diesseits und jenseits des Ozeans miteinander auszugleichen und allerlei Schwierigkeiten eines zu regen Zusammenlebens in dichtbevölkerten Ländern zu überwinden. Wir tragen allerdings Bedenken, bestimmte Ziele der Auswanderung besonders zu empfehlen, und die Auswanderungsfrage mit der deutschen Kolonialfrage in allzunahe Beziehungen zu bringen, da das Wohl der Wegziehenden doch in erster Linie stehen muß, da ferner die Per-

Digitized by Google

Was den Umfang der deutschen Auswanderung in den letzten 10 Jahren von 1885 bis 1895 anlangt, so geben die amtlichen Erhebungen hierüber folgenden Aufschluß.

Es sind Deutsche aus dem Reichsgebiete nach überseeischen Plätzen ausgewandert:

über	in den Jahren					
	1885	1886	1887	1888	1889	1890
Bremen . . .	52 328	40 224	55 290	52 974	48 972	48 080
Hamburg . .	35 335	25 714	22 648	25 402	22 963	24 907
andere deutsche Häfen (meist Stettin) . .	1 237	709	1 535	2 295	2 166	1 833
Antwerpen . .	14 742	10 040	16 132	14 057	12 657	13 765
Rotterdam .	3 596	3 188	2 700	2 062	2 316	1 868
Amsterdam .			1 407	1 725	1 185	1 472
französ. Häfen (meist Havre)	2 881	3 350	5 075	5 436	5 773	5 178
zusammen:	110 119	83 225	104 787	103 951	96 032	97 103

über	in den Jahren				
	1891	1892	1893	1894	1895
Bremen	59 673	59 897	39 852	17 269	15 160
Hamburg	31 581	28 072	30 510	16 297	13 997
andere deutsche Häfen (meist Stettin) . .	1 891	2 214	646	—	69
Antwerpen	19 069	17 554	11 532	4 158	4 924
Rotterdam	2 392	3 553	1 738	1 332	1 315
Amsterdam	786	918	180	122	92
französ. Häfen (meist Havre)	4 697	4 131	3 219	1 786	1 941
zusammen:	120 089	116 339	87 677	40 964	37 498

---

sönlichkeiten der auswandernden Personen, ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Charaktereigenschaften viel zu verschieden sind und da bei der Wahl des Auswanderungszieles in den meisten Fällen teils Gesundheit, Beruf, Alter, Geschlecht und Vermögen, teils vorangegangene Verwandte und Freunde, teils Wünsche und Interessen von zurückbleibenden Familienangehörigen oder besondere Neigungen und Eigenschaften der Auswanderer berücksichtigt werden müssen. Abgesehen von diesem belanglosen Bedenken halten wir die Ausführungen des Verfassers und seine Beleuchtung des neuen deutschen Auswanderungsgesetzes für sehr beachtenswert und möchten mit ihm Gewicht darauf legen, daß große vaterländische Korporationen durch persönlichen Rat, Belehrung, Warnung und finanzielle Förderung den Auswanderern schon auf der Reise und noch mehr drüben im Auslande viele nützliche Dienste leisten und in mannigfaltiger Weise überseeischen deutschen Niederlassungen zu rascherem Gedeihen verhelfen können. — Die Redaktion.

Digitized by Google

Davon gingen, abgesehen von französischen Häfen, für welche vollständige Nachweisungen nicht vorliegen,

nach	in den Jahren					
Amerika:	1885	1886	1887	1888	1889	1890
Verein. Staaten	102 224	75 591	95 976	94 364	84 424	85 112
Brit. Nordamerika	692	330	270	199	88	307
Brasilien	1 713	2 045	1 152	1 129	2 412	4 096
anderen Teilen von Amerika	1 639	1 068	1 285	1 723	2 155	1 300
Afrika	294	191	302	331	422	471
Asien	72	116	227	230	262	165
Australien	604	534	500	539	496	474

nach	in den Jahren				
Amerika:	1891	1892	1893	1894	1895
Verein. Staaten	108 611	107 803	75 102	34 210	30 692
Brit. Nordamerika	976	1 577	6 136	1 490	1 100
Brasilien	3 710	779	1 169	1 283	1 340
anderen Teilen v. Amerika	961	1 077	1 058	1 059	1 194
Afrika	599	476	586	760	886
Asien	97	120	146	151	134
Australien	438	376	261	225	211

Außerdem wählte alljährlich eine bedeutende Zahl von fremdländischen Staatsangehörigen, namentlich aus Österreich-Ungarn und Rußland, zur Erreichung ihres Auswanderungsziels den Weg über deutsche Häfen.

Es gingen fremdländische Auswanderer

über	in den Jahren					
	1885	1886	1887	1888	1889	1890
Bremen	31 645	36 585	44 186	42 526	55 093	93 345
Hamburg	34 068	62 919	48 359	63 081	51 285	74 421
andere deutsche Häfen (meist Stettin)	534	323	444	779	430	705
zusammen	66 247	99 827	92 989	106 386	106 808	168 471

über	in den Jahren				
	1891	1892	1893	1894	1895
Bremen	80 148	69 521	69 548	30 230	53 832
Hamburg	112 658	80 676	28 362	22 530	41 100
andere deutsche Häfen (meist Stettin)	3 274	1 215	378	—	142
zusammen	196 080	151 412	98 288	52 760	95 074

Digitized by Google

Nach dem neuesten Berichte der Reichskommissare für das Auswanderungswesen, der jetzt für das Jahr 1897 vorliegt, ergiebt sich ein stetes Sinken der Auswanderungsziffer Deutschlands. Im Jahre 1893 belief sich die Zahl der deutschen Auswanderer, die über deutsche Häfen befördert wurden, noch auf 71 000. Im Jahre 1894 sank sie auf rund 33 500, 1895 auf 29 200, 1896 auf 25 771 und im vergangenen Jahre betrug sie nur 18 801. Den ungeheuren Abstand dieser Ziffer von denen der früheren Jahre erkennt man, wenn man die Ziffer des Jahres 1881 mit rund 184 000 daneben stellt.

Aus dem steten Sinken der Auswanderungsziffer Deutschlands könnte man auf eine fortschreitende Besserung in der wirtschaftlichen Lage des Reichs schließen, zumal wenn man die Beteiligung der verschiedenen Berufe an der Auswanderung ins Auge faßt. Indessen ist ein solcher Schluß nur mit Vorsicht aufzunehmen, weil mindestens in dem gleichen Maße wie die Verhältnisse im eigenen Lande die Lage der Bestimmungsländer für die Auswanderungsziffer mitbestimmend ist.

Der Landwirtschaft gehörten 1895 8,5 % Deutsche der Auswanderer an, 1896 10,8 % und 1897 10,5 %. Auf die Industrie entfielen 1895 18,8 %, 1896 18,1 % und 1897 rund 14 %. Die Lohnarbeiter waren 1895 mit 28,1 %, 1896 mit 22,1 % und 1897 mit 16 % beteiligt. Während demnach die Beteiligung der Landwirtschaft seit dem Vorjahre zum mindesten nicht gestiegen ist, hat die der Industrie und der Lohnarbeiter seit 1895 einen zum Teil nicht unwesentlichen Rückgang erfahren. Wenn andererseits der Anteil des Handels- und Verkehrsgewerbes von 11,4 auf 13,7 bezw. 16 % im Jahre 1897 gestiegen ist, so kann das als eine natürliche Folge der Ausdehnung unseres Exporthandels, die mehr deutsche Agenten im Auslande erfordert, angesehen werden.

Über die Höhe der Summen, die uns jedes Jahr verloren gehen, sind die Ansichten unserer Statistiker geteilt. Professor Bein nimmt an, daß jeder deutsche Auswanderer an Unterhalt und Erziehung die Summe von 1000 Mk. gekostet hat, und daß er durchschnittlich eine Summe von 300 Mk. mitnimmt. Dr. Kapp rechnet 600 Mk. für Erziehungskosten und 450 Mk. Reisegeld.

Eine Berechnung von dem früheren Direktor des kaiserl. Statistischen Amts in Berlin, Dr. Becker, setzt die Höhe des auswandernden Kapitals auf 350 Mk. pro Kopf fest. Dr. Becker geht von der Ansicht aus, daß der Wert des Durchschnittsmenschen für den Staat identisch sei mit dem Verluste, den er beim Ausscheiden des-

Digitized by Google

selben aus der Staatsbevölkerung, sei es durch Auswanderung oder Tod, erleidet. Dieser Verlust bestehe nicht in dem, was er bislang an Unterhalt und Erziehung gekostet oder was er geleistet habe, sondern in dem Überschuß seiner künftigen Leistungen über seinen künftigen Bedarf, gerade so, wie man den Gebrauchs- oder Nutzungswert eines Gegenstandes nicht nach dem bemesse, was seine Hervorbringung oder Herstellung gekostet oder was er bisher genutzt habe, sondern nach dem Nutzen, den man sich von ihm verspreche. Den Kapitalwert, den die Auswanderer als Produzenten und Konsumenten für die Zurückbleibenden repräsentieren, berechnet er jährlich auf 800 bis 900 Mk. Danach würden 100 000 Auswanderer jährlich 35 Millionen Mark mitnehmen, und der jährliche Verlust an Kapitalwert für die Zurückbleibenden würde auf 80 bis 90 Millionen Mark zu schätzen sein. —

Das mit dem 1. April 1898 in Kraft getretene deutsche Reichsgesetz über das Auswanderungswesen unterscheidet unter den bei der Beförderung von Auswanderern mitwirkenden Personen zwei Kategorien: diejenigen, welche die Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern betreiben (Unternehmer) und diejenigen, welche diese Beförderung vermitteln (Agenten). Beide Kategorien von Personen, auf welche die Gewerbeordnung nach § 6 derselben keine Anwendung findet, sind mit Rücksicht auf die Eigenartigkeit ihres Geschäftsbetriebes und dessen Eingreifen in wichtige öffentliche Interessen in dem Gesetze von dem Grundsatze der Gewerbefreiheit ausgenommen und der Konzessionspflicht, sowie der staatlichen Beaufsichtigung unterworfen.

Darüber, wer als Auswanderer anzusehen ist, enthält sich das Gesetz einer ausdrücklichen Erklärung. Hiernach wird diese Frage nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu entscheiden sein. In England und Belgien gilt diejenige Person als Auswanderer, welche nicht über ein gewisses Fahrgeld bezahlt. Im Sinne des deutschen Auswanderungsgesetzes ist aber weder jede im Zwischendeck reisende Person ohne weiteres als Auswanderer anzusehen, noch verliert ein Auswanderer dadurch seine Eigenschaft als solcher, daß er in der Kajüte reist. Jedenfalls fällt die Beförderung von Reisenden, welche, wenn auch für längere Zeit, sich nach außerdeutschen Ländern begeben, nicht unter den Geschäftsbetrieb des Unternehmers im Sinne des Gesetzes. Die bloße Beförderung von Auswanderern begründet jedoch für sich allein noch nicht die Konzessionspflicht; Voraussetzung für letztere ist vielmehr das den Charakter des Geschäftsmäßigen in sich tragende „Betreiben" dieser Beförderung.

Digitized by Google

Die Beförderung von Auswanderern darf nur auf Grund eines vorher abgeschlossenen schriftlichen Vertrages erfolgen. Jede Beschränkung der Auswanderer in der Wahl ihres Aufenthaltsortes oder ihrer Beschäftigung im Bestimmungslande ist verboten. Von der Beförderung ausgeschlossen sind Wehrpflichtige vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 25. Lebensjahre, wenn sie nicht eine Entlassungsurkunde oder ein entsprechendes Zeugniß der Ersatzkommission beibringen; ferner Personen, deren Verhaftung oder Festnahme von einer Gerichts- oder Polizeibehörde angeordnet ist; endlich Reichsangehörige, für welche fremde Regierungen, Kolonialgesellschaften u. s. w. den Beförderungspreis ganz oder teilweise bezahlen oder Vorschüsse leisten. Im letzteren Falle kann der Reichskanzler jedoch Ausnahmen zulassen. Bei der überseeischen Auswanderung nach außereuropäischen Ländern gelten als Auswandererschiffe alle nach außereuropäischen Häfen bestimmten Seeschiffe, mit denen, abgesehen von den Kajütpassagieren, mindestens 25 Reisende befördert werden sollen. Der Gesundheitszustand der Auswanderer und der Schiffsbesatzung wird vor Abgang des Schiffes ärztlich untersucht, ebenso unterliegt das Schiff einer amtlichen Untersuchung über seine Seetüchtigkeit, Einrichtung, Ausrüstung und Verproviantierung. Für alle diese Eigenschaften des Auswandererschiffes ist der Unternehmer haftbar, neben ihm auch der Führer des Schiffes. Falls das Schiff durch einen Seeunfall oder sonst an der Fortsetzung der Reise verhindert, oder zu einer längeren Unterbrechung genötigt wird, ist der Unternehmer verpflichtet, den Auswanderern angemessene Unterkunft und Verpflegung zu gewähren und für thunlichste Beschleunigung des Weitertransportes nach dem Bestimmungsorte Sorge zu tragen. Dem Reichskanzler steht bei Ausübung seiner Befugnisse im Auswanderungswesen ein sachverständiger Beirat zur Seite, bestehend aus einem vom Kaiser zu ernennenden Vorsitzenden und wenigstens 14 vom Bundesrate zu wählenden Mitgliedern.

Die Ueberwachung des Auswanderungswesens an den Hafenplätzen, für welche Unternehmer zugelassen sind, liegt in den Händen von Auswanderungsbehörden, die von den Landesregierungen bestellt werden. In den Hafenorten übt der Reichskanzler die Aufsicht durch von ihm bestellte Kommissare aus, deren Obliegenheiten im Auslande von den Behörden des Reiches event. unter Zuziehung besonderer Kommissare als Hülfsbeamte wahrgenommen werden.

Das neue Gesetz will keine Kodifikation des bisher der Landes-

Digitized by Google

gesetzgebung überlassenen Auswanderungsrechtes sein, sondern es will, gestützt auf die durch Art. 4 der Reichsverfassung geschaffene Zuständigkeit durch Reichsgesetz eine neue Grundlage für eine neue deutsche Auswanderungspolitik bilden, die sich in bewußter Weise von einer Reihe bisher festgehaltener Grundsätze lossagt.*)

Der Hauptzweck des Gesetzes geht dahin, den deutschen Auswandererstrom möglichst in Verbindung mit der Heimat zu erhalten oder wenigstens in ihm das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Vaterlande fortdauernd zu beleben. Der größte Teil der deutschen Auswanderer begiebt sich, wie die obige Statistik zeigt, noch immer nach den Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl sich die Erwerbsverhältnisse dort mittlerweile wesentlich verschoben haben. Daß hier das Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem Vaterlande trotz mancher erfreulicher Ausnahmen im allgemeinen mehr oder weniger schnell abstirbt, ist bekannt. Es wird deshalb, wenn im Rahmen des erwähnten Zweckes des Auswanderungsgesetzes gearbeitet werden soll, zunächst darauf ankommen, für den jetzt gegenüber den Vorjahren erheblich verringerten deutschen Auswandererstrom Siedelungsgebiete zu finden, welche mit den nordamerikanischen Staaten in Wettbewerb treten können. Versuche nach dieser Richtung sollen jetzt unternommen werden; es sind dafür Gelder in den neuen Reichshaushalt-Etat eingestellt. Unter den allgemeinen Fonds des Auswärtigen Amtes ist der zu Kommissionskosten um ein Drittel seines Betrages erhöht worden, weil die Reichsregierung unter anderem auch zur Besichtigung von Ansiedelungsterrains zunächst nach Südbrasilien besondere Sachverständige entsenden will. Dadurch, daß man „zunächst" Südbrasilien berücksichtigen will, ist angedeutet, daß die Reichsregierung die Untersuchungen auch auf andere Gebiete erstrecken wird. Es kann nicht geleugnet werden, daß sich mit dem Betreten dieser Bahn für die deutsche Auswanderung der Zukunft ganz andere Aussichten eröffnen als bisher. Die Behörden werden allerdings nicht so weit gehen können, die Auswanderung nach einem bestimmten Gebiet zu empfehlen. Dadurch aber, daß völlig sachliche Darstellungen der Lebens- und Erwerbsverhältnisse einzelner zur Ansiedelung geeigneter Gebiete über See verbreitet werden, wird der Auswandererstrom sich in bestimmte Richtungen lenken lassen. Man wird andere Ziele als die nordamerikanischen Staaten aufsuchen und vor allen Dingen

*) Vergl. Klöffel, Deutsches Auswanderungsgesetz, Leipzig bei Roßberg 1898.

Digitized by Google

werden die Massen der Auswanderer mehr als bisher zusammengehalten werden und sich das Heimatsgefühl leichter erhalten können.

Auch in den Motiven zum Auswanderungsgesetz wird anerkannt, daß die deutsche Auswanderung, so lange noch nicht die deutschen Schutzgebiete für ländliche Ansiedelungen in größerem Maßstabe in Betracht kommen, ihr Augenmerk vorzugsweise auf Südamerika zu richten haben werde, und daß man daher Südbrasilien und gewisse Teile der La Platastaaten als das Auswanderungsziel der Zukunft bezeichnen dürfe.

Eine wichtige Aufgabe bleibt hier die gewissenhafte und erschöpfende Auskunftserteilung an Auswanderer. Letztere gehören ja meist den mittleren und unteren Volksklassen an, denen Mittel und Wege fehlen, sich über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse fremder Länder zu unterrichten.

Die Reichsregierung hat die Errichtung einer centralen Auskunftsstelle im Gesetz zwar nicht vorgesehen, sie verkannte aber keineswegs die Berechtigung des Verlangens, daß dem Auswanderer die Möglichkeit verläßlicher Auskunftserteilung gegeben sein muß, und will nur die Einrichtung des Auskunftswesens, wie bisher, der administrativen Handhabung überlassen. Der Ausbau des staatlichen Auskunftsdienstes kann daher jederzeit durch Einstellung von Mitteln in den Etat erfolgen. Die bisher gegebene Stelle hierfür war das Auswärtige Amt in Berlin. Daneben wirkten die auf Anregung der deutschen Kolonialgesellschaft in's Leben getretenen Auskunftsstellen in Berlin und Dresden.*)

---

*) In Hamburg und Bremen bestanden bereits staatliche Auskunftsämter für Auswanderer. Dieselben sind der Behörde für das Auswanderungswesen unterstellt und haben die Aufgabe, den Auswanderern auf deren Wunsch alle ihnen dienlichen Nachweisungen zu geben und dieselben vor Nachteilen und Übervorteilungen zu schützen. Das Auskunftsamt („Nachweisungsbüreau") besteht aus einem Vorstand, einem Assisteuten und dem erforderlichen Büreaupersonal. Ein Mitglied der Behörde für das Auswanderungswesen ist mit der speziellen Aufsicht über das „Nachweisungsbüreau" beauftragt. Da die das Auswanderungswesen regelnden Partikulargesetze nur insoweit als aufgehoben zu betrachten sind, als sie den Bestimmungen des Reichsgesetzes und den Ausführungs-Verordnungen widersprechen, so bestehen die beiden Nachweisungsbüreaus in Hamburg und Bremen auch weiterhin. Der Leiter des Nachweisungsbüreaus für Auswanderer in Bremen, Großkaufmann Reck, ist gegenwärtig Mitglied des Beirates für das Auswanderungswesen in Berlin.

Digitized by Google

Ueber die Thätigkeit der Dresdener Auskunftsstelle, die seit 1892 besteht und von einem Staatsbeamten geleitet wird, sei mitgeteilt, daß dieselbe vom Januar 1893 bis Dezember 1896 von 577 Personen schriftlich und mindestens von einer gleich großen Anzahl Interessenten mündlich in Anspruch genommen worden ist. Unter den schriftlichen Anfragen befanden sich 132 von Handwerkern, 90 von Handarbeitern, 131 von Landwirten, 183 von Kaufleuten und Beamten und 41 von Gelehrten und Offizieren. Unter den mündlich Anfragenden befanden sich ebenfalls Leute aus den verschiedensten Berufen. Es waren Gelehrte, Künstler, Kaufleute und Handwerker ebenso vertreten, wie Studenten, Gymnasiasten, Real- und Fortbildungsschüler. Die Auskünfte erfolgten kostenlos für die Anfragenden; sie erstreckten sich zumeist auf südafrikanische Länder, zum geringeren Teil auf Nord- und Südamerika, Asien und Australien. Der Anfragende erhielt Auskunft über das Klima, den Arbeitsmarkt, die Preis- und Absatzverhältnisse, über die „einzuschlagende" Reiseroute und endlich über deutsche Ansiedelungsgesellschaften, denen er sich anvertrauen kann.

Der Leiter der Auskunftsstelle hat im allgemeinen den Grundsatz befolgt, weder für noch gegen die Auswanderung zu raten, sondern nur eine erschöpfende Auskunft über alle den Auswanderer interessierende Dinge zu erteilen. Da jedoch die Behandlung der Anfragenden eine individuelle sein mußte, so wurden, bei augenscheinlich ernsthaften Absichten der Interessenten, Vorfragen nach Alter, Vermögen- und Familienverhältnissen, sowie nach dem Grunde der Auswanderung gestellt. Der Leiter der Auskunftsstelle betrachtete sich als freundschaftlicher Berater der Interessenten, ging auf alle Verhältnisse der letzteren ein und gab oft ein und demselben Fragesteller Gelegenheit zu mehrmaligen Aussprachen.

Das Ergebniß dieser Thätigkeit war, daß die Anfragenden, mit nur geringer Ausnahme, von der Auswanderung überhaupt absahen, daß zehn Personen das deutsche Schutzgebiet in Südwest-Afrika und fünf Personen Transvaal bezw. die Kapkolonie als Ziel der Niederlassung wählten.

Mit den ausgewanderten Personen suchte der Leiter in steter Verbindung zu bleiben und gab ihnen Gelegenheit, ihre Bedürfnisse beim Mutterlande zu decken.

Eine weitere Aufgabe erblickte die Dresdener Auskunftsstelle endlich darin, die Agitation von fremden Auswanderungsagenten zu überwachen, deren Agitationsmaterial unter der Hand herbeizuziehen

Digitized by Google

und nach Befinden in der Tagespresse Warnungen und Belehrungen darüber zu geben. — Allein die Auskunftserteilung wird sich in Zukunft nicht darauf beschränken dürfen, unmittelbar an Auswanderungslustige eine Darstellung der Lebens- und Erwerbsverhältnisse der zur Ansiedelung geeigneten Gebiete zu geben, sondern sie wird auch mittelbar aufklärend zu wirken haben durch öffentliche Vorträge in Arbeiterkreisen und durch Veröffentlichungen in den von Arbeitern gelesenen Tageszeitungen. Ferner sollten von Zeit zu Zeit in den Fortbildungsschulen, in den oberen Klassen der Realschulen, der Gymnasien, der Handelsschulen entsprechende Vorträge über die klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Schutzgebiete und der mit Deutschen hervorragend besiedelten überseeischen Länder gehalten werden. Ja, es würde von großem Nutzen sein, wenn an unsern deutschen Universitäten und technischen Hochschulen mit den Vorlesungen über Geographie auch solche über Kolonialwissenschaft gehalten würden. In Österreich ist man bekanntlich zur Gründung einer Akademie für Kolonialwissenschaften verschritten. In Paris besteht eine Kolonialschule, die kürzlich Ferienkurse für Ausländer errichtete. In Süddeutschland plant man von privater Seite die Errichtung einer Kolonialschule. Die neu gegründete Handelshochschule in Leipzig wird wahrscheinlich ebenfalls Gelegenheit zum Studium dieses Zweiges geben. Auf diese Weise wird nach und nach in alle Schichten der Bevölkerung ein besseres Verständnis für die Verhältnisse in überseeischen Ländern hineingetragen und sicher auch ein größeres Interesse für die Kolonien geweckt werden.

Was nun Südbrasilien als Ziel der deutschen Auswanderung anlangt, so ist zunächst hervorzuheben, daß in den letzten Jahrzehnten der Zuzug deutscher Kolonisten aus Europa sehr schwach gewesen ist und zwar deshalb, weil die brasilianische Regierung wohl die Einwanderung von Plantagearbeitern, nicht aber die Kolonisation, d. h. die Vermehrung des freien Bauernstandes begünstigt hat, und weil ferner die brasilianische Pflanzerpolitik das vorhandene Deutschtum und seine Sprachgebiete dadurch an der weiteren Ausbreitung zu hindern versuchte, daß sie systematisch italienische Ansiedelungen dazwischen und dahinter legte.

Die deutsche Reichsregierung wird daher nur diejenigen Staaten Brasiliens als geeignete Ziele für die Auswanderung bezeichnen können, in denen das Deutschtum in größeren kompakten Massen beisammen sitzt, wie in Paraná, Santa Catharina und besonders in

Digitized by Google

Rio Grande do Sul, wo der Hauptteil des Deutschtums eine einzige Region von der Ausdehnung des Königreichs Sachsen bildet. In Rio Grande do Sul ist es nach den Berichten von Carl von Koseritz*) bisher noch jedem arbeitsamen und mäßigen Menschen gelungen, schnell Grundeigentümer zu werden und in gute Verhältnisse zu kommen. Wenn vom Auswanderer auch nur sehr selten große Vermögen dort erworben werden können, so kann er doch auf eine sorgenfreie Lage ohne jeden materiellen Mangel rechnen und auf die Aussicht, seinen Kindern ein Stück Land als freies Eigentum zu hinterlassen.

Jeder Tagelöhner und unbemittelte Landarbeiter, der in Deutschland mit seiner Familie ein kümmerliches Dasein fristet und wenig besser steht als die ehemaligen leibeigenen Bauern, kann es wagen, nach Südbrasilien zu gehen. Fabrikarbeiter sollten sich eine Auswanderung dorthin schon reiflicher überlegen. Dagegen ist dem kleinen bemittelten Landwirt, der freies Eigentum im Vaterland besitzt, eine Auswanderung überhaupt zu widerraten, weil geringe Geldmittel fast immer in überseeischen Ländern verloren gehen. Der reichlicher bemittelte Landwirt, der aus irgend welchem Grunde gezwungen ist, das Vaterland zu verlassen, kann bei einem vernünftigen Wirtschaftsbetriebe schnell vorwärts kommen. Ein ebenso günstiges Feld bietet Südbrasilien dem deutschen Handwerker. Fast alle Handwerke, die der Natur des Landes entsprechen, sind lohnend, sobald keine Überfüllung eintritt. Der Ursprung manches bedeutenden Kaufmannshauses in Südbrasilien ist in der bescheidenen Werkstätte des Handwerkers zu suchen!

Im Staate Santa Catharina hat sich die aus dem „Kolonisationsverein von 1849" hervorgegangene „Hanseatische Kolonisations-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg" die Aufgabe gestellt, ein Gebiet, größer als das Großherzogtum Oldenburg, mit etwa 1000 Ansiedlern oder 400 Familien im Jahre zu besetzen, während sich in Hamburg eine „Deutsch-Südamerikanische Gesellschaft" mit dem Zwecke gebildet hat, eine von der Regierung des Staates Rio Grande do Sul erworbene Eisenbahn- und Landkonzession auszunutzen und die im Umfange von 1 645 400 ha vorhandenen fruchtbaren Ländereien mit deutschen Einwanderern zu besiedeln.

*) Vergl. Jannasch, Ratschläge für Auswanderer nach Südbrasilien. Berlin, Allgem. Verl. Agentur.

Digitized by Google

Die La Plataländer, welche im Verein mit den südlichen Provinzen des ungeheuren brasilianischen Reiches den ganzen östlich von dem gewaltigen Andengebirge und südlich vom Wendekreis des Steinbocks belegenen Teil des südamerikanischen Kontinents einnahmen, haben sich in neuerer Zeit in der Weltwirtschaft einen nicht unbedeutenden Platz erobert. In ihnen fand bisher vorwiegend englisches und französisches Kapital eine mehr oder weniger vorteilhafte Anlage und es wandte sich nach ihnen ein großer Strom von europäischen Auswanderern, hauptsächlich Italiener, Spanier, Franzosen, Engländer, Schweizer 2c.

Deutsches Kapital als Betriebskapital von Geschäften, Import-, Export- und Produktengeschäften 2c. ist dort allerdings auch schon zu einem bedeutenden Betrage vertreten, aber deutsche Einwanderung, d. h. ein nennenswerter Zuzug deutscher Arbeiter und Bauern fand bisher nicht statt. Derjenige Teil des La Platagebietes, in welchem sowohl Kapital als auch Intelligenz und Arbeitskraft die meiste Aussicht auf eine vielseitige Verwendung und lohnende Verwertung haben, ist das untere La Platagebiet: die argentinischen Provinzen Buenos Ayres, Santa Fé und Entre Rios, sowie der Freistaat Uruguay. Nur dieses Gebiet kann für größere Mengen europäischer Einwanderer vorläufig in Betracht kommen.

Im allgemeinen darf ein Ansiedler in jenen Ländern seine Existenz nicht allein auf den Ackerbau basieren, weil die Erträge wegen häufiger Plagen des Klimas wie der Tierwelt zu unsichere und die Arbeitslöhne im Vergleich zu anderen Ländern zu hohe sind. Wenn aber die Kolonisten nur für den inländischen Konsum produzieren, erzielen sie durchschnittlich gute Preise und können zu Wohlstand kommen. Es haben die Ackerbaukolonieen in der Provinz Santa Fé in verhältnismäßig kurzer Zeit eine bedeutende Ausdehnung erlangt. Man kann indes behaupten, daß von dem Zeitpunkte an, in welchem das La Platagebiet begonnen hat, bedeutend mehr Getreide zu produzieren als es konsumiert und daher zum Export gezwungen ist, das Zeitalter der Ackerbaukolonieen vorüber ist. Der Kolonist oder bäuerliche Ansiedler wird jetzt Ackerbau und möglichst intensiv betriebene Viehzucht miteinander verbinden müssen.

Eine Hauptbedingung bleibt, daß nur für den Absatz der Produkte günstig gelegene Ländereien ins Auge gefaßt werden. Man wird also nicht die absolute, sondern die relative Billigkeit der Ländereien zu berücksichtigen haben.

Digitized by Google

Das Kapital, mit welchem ein Ansiedler seine auf großbäuerlichen Betrieb berechnete Wirtschaft beginnt, würde sich in der Annahme, daß eine Siedelungsgesellschaft auf die gelieferten Gegenstände, Vieh ꝛc., Ankauf, Verluste, Risiko 15 % schlägt, auf 2700 Pes. = rund 11 000 Mk. belaufen.

Für die der Gesellschaft schuldigen Gelder würde der Ansiedler 8 % auf Vieh und Gerät und auf die Konzession 5 % in den ersten 6 Jahren, 6 % in den nächsten 3 Jahren und 7 % in den folgenden Jahren bezahlen.

Hat der Kolonist in 11—12 Jahren seine Schulden nicht abgetragen, so werden ihm höhere Zinsen berechnet.

Wir stützen uns hier auf die Angaben, wie sie C. G. E. Schultze, der aus eigener Anschauung die La Plataländer kennt, in seiner Broschüre „Der rationelle Estanziabetrieb im unteren La Platagebiet" giebt. Der Verfasser empfiehlt eine allmähliche Umwandlung des bisherigen extensiven Betriebes in einen mit bäuerlichen Ansiedelungen verbundenen und eine höhere Rentabilität verbürgenden intensiven Betrieb.

Über den Ertrag der Wirtschaft eines Bauern ohne eigenes Kapital und eines solchen mit 400 Pes. (1 Pes. = 4,40 Mk.) giebt Schultze verschiedene interessante Notizen. —

Die Besiedelung der deutschen Schutzgebiete ist in dem Gesetz über das Auswanderungswesen außer Betracht gelassen worden. Es ist hierfür die Auffassung maßgebend gewesen, daß dies einem besonderen Gesetze vorbehalten bleiben müsse. Nach der Erklärung des Vertreters der verbündeten Regierungen im Reichstag vom 16. März 1897 sind Auswanderung und Besiedelung der Schutzgebiete vom gesetzgeberischen Standpunkt aus verschieden zu behandeln. Die Auswanderung darf zwar nicht verhindert, aber auch nicht gefördert werden. Die Ansiedelung in den Schutzgebieten muß dagegen, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind, nach jeder Richtung hin gefördert werden, selbst durch legale Werbemaßregeln.

Aufgabe der Auskunftsstellen wird es natürlich bleiben, den Auswanderungslustigen auch über die wirtschaftlichen Verhältnisse in den deutschen Schutzgebieten und über die dort zur Ansiedelung geeigneten Ländereien zu unterrichten.

In einer von der „Vereinigung für Auswanderungsfragen" in Hannover kürzlich veranstalteten Auswanderungs-Konferenz wurde die Frage der Ansiedelung deutscher Bauern in unseren Schutzgebieten

Digitized by Google

besprochen und der größere Teil von Deutsch-Südwest-Afrika, wie mehrere Teile Deutsch-Ostafrika's hierzu für geeignet erklärt.

In Damaraland, dem mittleren Teil des südwestafrikanischen Schutzgebietes, ist die „Siedelungsgesellschaft für Deutsch-Südwest-Afrika" bereits für eine Besiedelung mit deutschen Viehzüchtern thätig. Aber auch im nördlichen Hereroland sind ungeheure Landstriche vorhanden, die sich zu einer agrarischen Kolonisation eignen. In Deutsch-Ost-Afrika würden die Hochländer des Schutzgebietes, insbesondere West-Usambara und die Uhehe-Hochebene für eine Besiedelung mit deutschen Landwirten in Frage kommen. —

Die obigen Ausführungen kurz zusammengefaßt, soll also die erstrebte Einwirkung auf die Bewegung der deutschen Auswanderung künftig auf zwei Wegen erreicht werden: einmal dadurch, daß die Reichsregierung bei der Erteilung spezialisierter Unternehmer-Konzessionen zielbewußt verfährt, daß sie die Verhältnisse der zum Ziele genommenen Ansiedelungsterrains vorher genau prüft und dabei die Kopfzahl und die Kategorieen von Auswanderern berücksichtigt, um Katastrophen vorzubeugen, wie solche sich häufig aus einer, die Grenzen der vorläufigen Aufnahmefähigkeit einer Ansiedelung übersteigenden Anzahl von Ankömmlingen oder aus dem Zuflusse nicht verwertbarer Kategorieen von Ansiedlern ergeben haben — und andererseits durch einen organisierten staatlichen Auskunftsdienst, um völlig sachliche Darstellungen der Lebens- und Erwerbsverhältnisse einzelner zur Ansiedelung geeigneter Gebiete verbreiten zu können.

Digitized by Google

Fürst Bismarck und die Arbeiterfrage.

Von Prof. Viktor Böhmert.

Mit Fürst Bismarck ist der deutschen Nation am 30. Juli d. J. eine Heldenseele und staatsmännische Größe entrissen worden, wie sie in jedem Jahrhundert einem Volke nur einmal beschieden zu werden scheint. Was Friedrich der Große für Preußen gewesen ist, das ist Fürst Bismarck für Deutschland geworden: der staatsmännische Schöpfer des Deutschen Reichs und der Hauptbegründer von Deutschlands Macht, Einheit und Einfluß in der Welt. Friedrich der Große war zugleich Feldherr und Staatsmann, der gegen eine Welt von Feinden sein kleines Land erfolgreich zu verteidigen, zu vergrößern und zu regieren wußte, wie nach ihm Napoleon für Frankreich der siegreiche Feldherr und Staatsmann wurde, welcher sein Land aus dem Chaos der Revolution wieder zu einem machtvollen Einheitsstaate mit weltgebietender Stellung in Europa emporzuheben verstand. Fürst Bismarck war nur Staatsmann und kein Feldherr; aber er wußte als Staatsmann zu rechter Zeit auch den Kriegsmann zu spielen, er zog selbst mit in den für Preußens Zukunft wichtigen Krieg gegen Österreich und in den für Deutschlands Weltstellung entscheidenden Kampf gegen Napoleon III. Bismarck wich seinem kriegerischen Monarchen und den Feldherren desselben nicht von der Seite, um eine wahrhaft staatsmännische Benutzung der Siege sowohl für Preußen wie für ganz Deutschland zu sichern. Das 19. Jahrhundert hat außer Bismarck noch einen großen deutschen Staatsmann von ähnlicher Energie und Größe gehabt: den Freiherrn von Stein, der Preußen am Anfange des Jahrhunderts innerlich wieder neu zu gestalten und zu kräftigen und auf seine große Rolle in den deutschen Befreiungskriegen vorzubereiten wußte und es verstand, sogar als Flüchtling und Verbannter aus Preußen, fast ganz Europa zum Sturze der Welt-

Digitized by Google

herrschaft Napoleons zu vereinigen; aber weder Freiherr von Stein noch der siegreiche Blücher besaßen soviel Einfluß auf die gegen Napoleon I. verbündeten Monarchen und Feldherren, um eine staatsmännische Benutzung der Siege in den deutschen Befreiungskriegen herbeizuführen. Das preußische und das deutsche Volk wurden von dem Wiener Kongreß um die Frucht ihrer glorreichen Kämpfe gebracht. Es kam hinzu, daß Preußen doch zur Zeit des Wiener Kongresses noch zu klein und von den Anstrengungen des Riesenkampfes gegen Frankreich noch zu geschwächt war, um sich gegen das weit größere Österreich und gegen die ränkevolle Staatskunst Metternichs an der Spitze der deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten erfolgreich zu behaupten. Preußen mußte sich erst auf seine welthistorische deutsche Aufgabe innerlich vorbereiten. Es geschah dies am wirksamsten dadurch, daß es materiell und volkswirtschaftlich durch den von ihm begründeten Zollverein nach und nach mit allen nichtösterreichischen deutschen Staaten zu einem Bunde mit gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zusammenwuchs, der schon damals seine Unzertrennlichkeit bewies, als Preußen im Jahre 1861 zuerst selbständig mit Frankreich einen Handelsvertrag verabredet und sich dem System der westeuropäischen Handelsverträge angeschlossen hatte, wogegen die süddeutschen Staaten sich vergeblich aufzulehnen suchten, weil Preußen gleichzeitig den immer nur auf 12 Jahre abgeschlossenen Zollverein kündigte. Das Deutsche Reich ist in Wahrheit aus dem Zollverein hervorgegangen, die materielle Einigung hat der politischen Einigung vorgearbeitet. Ehe es noch einen deutschen Reichstag gab, war das deutsche Volk durch das Zollparlament wenigstens in handelspolitischer Hinsicht auch parlamentarisch zusammengefügt. Aber jeder Deutsche hatte das Gefühl, daß dies nur ein halber nationaler Fortschritt sei und daß die eigentliche politische Einigung nachfolgen müsse, um der deutschen Nation eine Weltstellung im Rate der übrigen Völker zu verschaffen. Fürst Bismarck war die kraftvolle staatsmännische Persönlichkeit, welche, als die Zeit für das preußische und deutsche Volk erfüllt war, sowohl die kriegerische Macht Preußens als auch die nationalen Strömungen im deutschen Volke und die für uns günstigen Weltverhältnisse mit unvergleichlicher diplomatischer Klugheit energisch benutzte, um Deutschland endlich in den Sattel zu heben und um in Mitteleuropa ein neues Reich zu begründen, welches zugleich ein Hort des Weltfriedens werden sollte. Die Staatskunst Bismarcks bestand besonders darin, daß er zuerst die Auseinandersetzung mit Österreich

Digitized by Google

und den deutschen Mittelstaaten durch das wohlgeschulte tapfere Heer Preußens ohne Einschreiten Frankreichs rasch zu bewerkstelligen und jede Demütigung und Verkleinerung Österreichs, Sachsens und der süddeutschen Staaten maßvoll zu vermeiden wußte, um vielmehr künftige Bündnisse für den unvermeidlich erscheinenden Hauptkampf gegen Frankreich vorzubereiten. Es gelang Fürst Bismarck, auch mit Frankreich rasch ohne das Einschreiten fremder Mächte zu einem für Deutschland günstigen Friedensabschluß zu kommen. Er war glücklicher, als der große italienische Staatsmann Cavour, welcher mit ungleich mehr inneren und äußeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, um die Einheit Italiens zu stande zu bringen. Cavour hatte dem Kaiser Napoleon Nizza und Savoyen opfern müssen. Fürst Bismarck brauchte kein Stück deutschen Landes preiszugeben. Sein Hauptglück war, daß er einen preußischen Monarchen fand, der selbst den soldatischen Mut und den Patriotismus hatte, eventuell für Preußen und Deutschland seinen Thron zu opfern und der, dem diplomatischen und staatsmännischen Genie des Fürsten Bismarck vertrauend, trotz seines Alters den deutsch-nationalen Ideen sich zuneigte und die Pläne seines Reichskanzlers warm unterstützte.

Fürst Bismarck wurde aber nicht nur der Mittelpunkt und Halt und die feste Säule für die im blutigen Kriege mit Frankreich geeinigten deutschen Stämme, sondern er wurde auch der Begründer der deutschen Verfassung und der kräftige Förderer zweckmäßiger innerer Einrichtungen des deutschen Bundesstaates, während er zugleich das Amt des ehrlichen Maklers übernahm, um zwischen Rußland, England und der Türkei Frieden zu stiften und den Weltfrieden zu sichern, welcher nicht nur dem deutschen Volke eine von Jahr zu Jahr wachsende wirtschaftliche Blüte verschafft, sondern auch den Aufschwung der übrigen Völker und die ganze Weltkultur gefördert hat.

Fürst Bismarcks Tod ist daher auch von anderen Völkern als ein schwerer Verlust empfunden worden. Dies beweisen zahlreiche öffentliche Kundgebungen von Angehörigen fremder Nationen, an deren Sympathie wir oft mit Unrecht zweifeln. Am 31. Juli d. J. hat der Archidiakonus von London in der Kathedrale von St. Paul in seiner Predigt folgende, auf den Tod des Fürsten Bismarck bezügliche Worte in seine Predigt eingeflochten: „Ich möchte ein Wort der Sympathie an unsere deutschen Stammesbrüder in dem großen deutschen Vaterlande über den Tod ihres erlauchtesten Staatsmannes richten. Vielleicht ist es notwendig, selbst Deutscher zu sein, wenn man die Thätig-

Digitized by Google

keit des Verstorbenen richtig würdigen will. Auf alle Fälle können wir aber die Klarheit seiner Ziele, die Festigkeit seiner Absichten, den entschlossenen Willen, den unerschrockenen Mut, seine unermeßlichen Fähigkeiten und seinen unbezähmbaren Patriotismus würdigen. Die Einigkeit Deutschlands ist eine Thatsache, auf die wir mit ungemischter Freude blicken. Sie war der Lebenswunsch unseres fernblickenden und hochherzigen Prinzgemahls. — Der Gründer des Deutschen Reiches ist nun todt und es ist ein schlagendes Beispiel für die Macht des Todes, auszugleichen und zu versöhnen, daß die beiden hervorragendsten Persönlichkeiten der deutschen und englischen Politik während der letzten Hälfte des Jahrhunderts, Bismarck und Gladstone, die so durchaus ungleich in ihren Ideen, ihrem Charakter und ihrer Karrière waren, in demselben Viertel des Jahres in den großen Tempel des Schweigens eingegangen sind. Was in den Werken beider gut war, wird zweifellos für jede der beiden großen Nationen Früchte tragen. Wir sehen den Fortschritt des Deutschen Reiches mit herzlichem Wohlwollen. Kein anderes Land, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, steht uns in der Religion, im Blute, in der Civilisation und in unserer Häuslichkeit so nahe wie Deutschland. Philosophie, Dichtkunst, Litteratur und Musik sind das gemeinsame Eigentum der beiden Rassen. — Angesichts so mächtiger Verwandtschaftsbande und gemeinsamer Interessen müssen kleinliche kommerzielle Eifersüchteleien als unbedeutend angesehen werden. Wenn es wahr ist, daß christliche Nationen wie christliche Individuen jede der anderen Gutes wünschen, und jede der anderen Kummer und Freuden teilen soll, dann sind wir berechtigt, den Hintritt einer majestätischen und hervorragenden deutschen Persönlichkeit zum Gegenstande des Ausdruckes unserer Liebe und Achtung für das deutsche Volk zu machen. Möge Gott das deutsche Vaterland segnen!"

Während die Presse aller Länder in den beiden letzten Monaten vorzugsweise Bismarcks politische Weltstellung und seine unvergleichlichen nationalen Thaten hervorgehoben hat, ist es die besondere Aufgabe des „Arbeiterfreund", auch seine Verdienste für die Arbeiterwelt in das rechte Licht zu stellen. Die Arbeitermassen sind, wie alle übrigen Volksklassen, in ihrem Erwerb von dem Weltfrieden und von einer gesicherten Stellung ihres Staats gegen Vergewaltigung und Bedrohung durch äußere Feinde abhängig. Vor dem Auftreten Bismarcks spielte Deutschland als solches, soweit es durch den Bundestag in Frankfurt vertreten war, eine geradezu erbärmliche Rolle. Deutschland war ein

Digitized by Google

geographischer Begriff. Von einem Einflusse der deutschen Mittel- und Kleinstaaten auf die europäischen Geschicke war keine Rede, ebensowenig von einem Einflusse des deutschen Volkes, weil es kein deutsches Parlament gab, wo die Vertreter Deutschlands ebenso wie diejenigen Englands und Frankreichs ihre Stimme erheben und für die Interessen ihres gemeinsamen Vaterlandes öffentlich auftreten konnten. Man blickte vor Bismarck auch in Deutschland nicht etwa nach Frankfurt, sondern nach Paris, um das politische Wetter zu erraten. Jeder Neujahrsempfang Napoleons III. war ein Ereignis für Europa. Von den Launen des französischen Herrschers oder der beweglichen französischen Nation und ihrer Nationalversammlung schienen auch die Geschicke Deutschlands abzuhängen; jedenfalls widerstrebte man in Frankreich einer Einigung der deutschen Stämme. Nur die Zwietracht, Zersplitterung und Machtlosigkeit Deutschlands schien die Franzosen befriedigen zu können. Der preußische Sieg von Sadowa erhitzte sie so, daß nur der rasche Friedensschluß Preußens mit Österreich das Einschreiten Frankreichs verhindern konnte. Es war dies nicht nur ein unwürdiger, sondern auch ein ganz unsicherer und gefährdeter Zustand für das ganze deutsche Erwerbsleben. Mit dem Eintreten Deutschlands in das europäische Völkerkonzert ist das frühere Übergewicht des unruhigen Frankreich beseitigt. Das ist für Frankreich selbst, das früher wenigstens alle 20 Jahre einer Umwälzung seiner eigenen Staatsform zu bedürfen schien, ein Glück, noch mehr aber für alle übrigen europäischen Staaten, zumal da Kaiser Wilhelm I. versprochen hatte, nicht ein Mehrer des Reiches nach außen durch kriegerische Eroberungen und Bedrohungen werden zu wollen, sondern nur ein Mehrer der Wohlfahrt des Reiches im Innern. Dieses Versprechen ist bisher gehalten worden. Deutschland ist durch Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck wirklich ein Hort des Weltfriedens geworden. Der besonders durch Deutschland mit erhaltene Weltfrieden und das Gefühl der Sicherheit nach außen, welches die deutschen Staatsangehörigen und die mit ihnen befreundeten Kulturvölker gegenwärtig haben, ist nun für die Belebung der Unternehmungslust, des Erfindungsgeistes, der Produktion und Konsumtion, für die Steigerung der Einfuhren und Ausfuhren und für den Aufschwung des ganzen Weltverkehrs von höchster Bedeutung gewesen. Die arbeitenden Klassen haben dadurch beinahe überall ihre Lage verbessern können. Die Löhne sind in der Mehrzahl der Erwerbszweige gestiegen und die Arbeitszeit ist verringert. Die Behandlung der Arbeiter und des Gesindes ist weit

Digitized by Google

milder, gerechter und rücksichtsvoller geworden; ihr Leben, ihre Gesundheit, ihr Alter wird mehr beschützt und gesichert. Das Kapital hat sich vermehrt und ist auch den Unbemittelten durch das Sinken des Zinsfußes zugänglicher geworden. Die Einkommens- und Vermögenssteuern werden immer mehr auf die Schultern der reicheren Klassen verteilt. Die Wohlfahrtseinrichtungen zu Gunsten der unbemittelten Klassen werden überall vermehrt und die Fortschritte der Bildung und allgemeinen Kultur unter die Massen des Volkes immer weiter verbreitet. Es sind dies lauter Errungenschaften und Fortschritte, welche nicht nur die deutsche Nation, sondern viele mit Deutschland befreundete Kulturvölker der nach Begründung des deutschen Reichs eingetretenen allgemeinen Beruhigung und der Zurückweisung der französischen Herrschaftsgelüste verdanken. Diese Beruhigung Europas ist ein Hauptverdienst des Fürsten Bismarck, wofür ihm alle Arbeiter in erster Linie zu Dank verpflichtet sind.

Fürst Bismarck hat auch selbst seine Thätigkeit nach außen, seinen Einfluß auf die Weltpolitik immer für seine wichtigste Aufgabe gehalten. Er hat dies gerade in seinen letzten Reden in der Reichstagssession 1888—89 deutlich ausgesprochen, so z. B. in der Rede am 29. März 1889, in welcher er in der zweiten Beratung über den „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung“ zwar sich sein Verdienst um die Arbeiter-Versicherungsfrage nicht schmälern lassen wollte und äußerte: „Ich darf mir die erste Urheberschaft der ganzen socialen Politik vindizieren einschließlich des letzten Abschlusses davon, der uns jetzt beschäftigt“, wo er jedoch gleichzeitig das Verdienst seines Kollegen Herrn von Boetticher neidlos anerkannte mit den Worten: „Ich hätte das, was er in dieser Sache gethan und geleistet hat, selbst nicht leisten können, auch selbst wenn ich in der Möglichkeit gewesen wäre, mich ausschließlich dieser Angelegenheit zu widmen.“ Am bemerkenswertesten waren in dieser Rede jedoch folgende Äußerungen: „Wenn ich die Aufgabe eines auswärtigen Ministers eines großen Landes, und auch nur die noch zur Zufriedenheit leiste auf meine alten Tage, dann werde ich immer noch das Werk eines Mannes thun, das in anderen Ländern als ein volles Manneswerk gilt (lebhaftes Bravo) und ein dankenswertes Werk. Wenn es mir gelingt, dabei in Einigkeit mit allen verbündeten Regierungen und mit Seiner Majestät dem Kaiser, im Genusse des Vertrauens der fremden Regierungen, unsere auswärtige Politik weiter zu führen, so sehe ich das einstweilen für meine erste, für meine primo

Digitized by Google

loco Pflicht an. In allen anderen Beziehungen bin ich leichter ersetzbar. Die Summe von Vertrauen und Erfahrungen, die ich aber in etwa 30 Jahren auswärtiger Politik mir habe erwerben können, die kann ich nicht vererben und die kann ich nicht übertragen."

Es waren dies stolze und wohl berechtigte Worte, die vielleicht in der Erwartung ausgesprochen waren, daß es ihm vergönnt sein werde, wenigstens die auswärtigen Angelegenheiten noch jahrelang und bis an das Ende seiner Tage zu leiten. Es sollte anders kommen! Das Tragische in dem Leben dieses größten preußischen und deutschen Ministers des Auswärtigen liegt gerade darin, daß es nicht Fragen seines eigentlichen Hauptfaches, sondern Fragen der inneren Politik waren, an denen seine Staatskunst gescheitert ist, oder die wenigstens seinen Sturz mit verschuldet haben. Fürst Bismarck war so lange am größten und erfolgreichsten, als er sich mit der Leitung der äußeren Politik und dem Ausbau der politischen Verfassung, zuerst des Norddeutschen Bundes, dann des Deutschen Reiches begnügte und für die innere Politik nur die großen friedlichen und freiheitlichen Gesichtspunkte als Richtschnur hinstellte. Es gehört zu Bismarcks größten und klügsten staatsmännischen Thaten in der inneren Politik, daß er, abweichend von den in hohen Militärkreisen bestehenden Anschauungen nach Erreichung seiner Hauptziele, versöhnlich der preußischen Volksvertretung entgegenkam und bei derselben in der am 5. August 1866 eröffneten Session Indemnität für alle seit Beginn des Konflikts ohne Landtagsbewilligung verwendeten Beträge beantragte. Infolge dessen trennte sich ein großer Teil der früheren Opposition Bismarcks als „nationalliberale" Partei von der Fortschrittspartei und genehmigte die Indemnität, bewilligte außerordentliche Kredite für Heer und Marine und wirkte bei der Einverleibung der annektierten Länder und bei der Begründung der norddeutschen Bundesverfassung mit. Wie Bismarcks äußere Politik gegenüber Österreich und Süddeutschland durchaus maßvoll war und ein künftiges Zusammenwirken weitausblickend vorbereitete, so suchte sich Fürst Bismarck auch für seine innere Politik eine mit ihm einträchtig zusammenwirkende Volksvertretung zu sichern. Und er erreichte diesen Zweck durch ein Zusammengehen mit der durch seine staatsmännische Weisheit mit geschaffenen und lange Zeit maßgebenden nationalliberalen Partei. Es kam die Zeit einer wirklich bahnbrechenden Reformthätigkeit auf fast allen Gebieten der inneren Politik, in der Gewerbe- und Handelspolitik, im Armen- und Unterstützungswesen, im Postwesen, Geld-, Münz- und Bankwesen, im

Digitized by Google

Maß- und Gewichtswesen, im Genossenschaftswesen und auf den verschiedensten Gebieten der Gesetzgebung. Es war dies 1866 bis 1876. In dieser Zeit überließ Fürst Bismarck die Leitung der inneren deutschen Angelegenheiten seinem treuen Mitarbeiter Delbrück fast ausschließlich. Delbrück war nichts weniger als ein radikaler Freihändler, sondern vertrat nur die guten altpreußischen Traditionen aus den Zeiten des Zollvereins, mit welchem Preußens und Deutschlands Industrie und Handel ganz allmählich groß geworden waren.

Die Zeit von 1866—1876 war zugleich die Zeit der größten inneren Wohlstandsentwickelung der zuerst im Zollparlament und dann im deutschen Reichstage geeinigten deutschen Stämme. Die Statistik der Löhne und noch mehr der Sparkassen sowie der ganzen Konsumtion und der Einkommensteuern beweist das Aufblühen der deutschen Volkswirtschaft von 1866—1876. Die Überspannung des Unternehmungsgeistes und der Spekulation, welche durch die neugewonnene Sicherheit des Erwerbslebens und durch den Zufluß der Milliarden aus Frankreich jedenfalls mit veranlaßt war, bewirkte eine Krisis, für welche man besonders die neue volkswirtschaftliche Gesetzgebung verantwortlich zu machen suchte. Innerhalb des deutschen Reichstags bildete sich eine volkswirtschaftliche Vereinigung von Industriellen und Landwirten, welche vor allem die bereits beschlossene Aufhebung der Eisenzölle bekämpfte und überhaupt eine Änderung des Zolltarifs in schutzzöllnerischer Richtung anstrebte. Dieser Vereinigung lieh Fürst Bismarck sein Ohr und seinen Einfluß, während er zugleich den Ankauf und die Verwaltung der deutschen Eisenbahnen und die Einführung des Tabakmonopols anstrebte. Delbrück legte infolgedessen die Leitung des Reichsamts des Innern nieder und mit Delbrück scheint der gute Stern für die Leitung der inneren deutschen Wirtschaftspolitik von Fürst Bismarck gewichen zu sein. Die Änderung der Wirtschaftspolitik bewirkte eine Trennung und Schwächung derjenigen Parteien, auf welche sich Bismarck bis dahin vorzugsweise gestützt hatte und trieb einen Keil in die Parteien. Fürst Bismarck wurde selbst Handelsminister, scheint jedoch von dieser Thätigkeit nicht besonders befriedigt worden zu sein. Er verlor die ihm früher zur Verfügung stehende sichere Majorität, scheiterte mit seinen Plänen in betreff der Reichseisenbahnen und des Tabakmonopols und der Tabakbesteuerung, setzte zwar die Einführung der Getreidezölle und ihre wiederholte Erhöhung durch, verlor aber dadurch auch das Vertrauen von vielen Arbeiterfreunden und von Männern verschiedener anderer

Digitized by Google

Parteien. Man wird erst das Erscheinen der Memoiren des Fürsten Bismarck abwarten müssen, um verschiedene anfechtbare Schritte und Maßregeln seiner inneren Politik gerechter beurteilen zu können. Jedenfalls verwickelte sich Fürst Bismarck gerade durch seine innere Wirtschaftspolitik in manche Widersprüche und erschwerte sich die Gesamtleitung des von ihm begründeten Reichs. Die Getreidezölle wurden unter ihm von 50 Pfennigen pro Doppelcentner auf 5 Mark erhöht und einer der ersten Schritte seines Nachfolgers Caprivi war, sie wieder herabzusetzen, um den Zollkrieg mit Rußland zu beendigen und neue Handelsverträge mit einer Reihe befreundeter Staaten abschließen zu können.

Wenn nun aber auch die im Vorstehenden beleuchtete Änderung der deutschen Wirtschaftspolitik und insbesondere die Einführung der Getreidezölle das Verhältnis des Fürsten Bismarck zu den arbeitenden Klassen etwas beeinträchtigt hat, so wird trotzdem Fürst Bismarck in der Geschichte auch als ein Hauptförderer des Arbeiterwohls dastehen. Seine ganz besonderen bahnbrechenden Verdienste um die Arbeiterwelt bestehen vorzugsweise darin, daß er ihr auf politischem Gebiete das allgemeine Wahlrecht gegeben und auf socialem Gebiet für sie die Arbeiterschutz- und Arbeiter-Versicherungsgesetze durchgesetzt und den Gedanken eines Rechts auf Arbeit zuerst kühn verteidigt hat. Fürst Bismarck hat damit thatsächlich auch die Arbeiter in den politischen Sattel gehoben, so daß sie nunmehr lernen müssen, auch in politischen und volkswirtschaftlichen Dingen selbst zu denken, selbst zu prüfen und das Beste zu behalten. Bismarcks heftigste Gegner würden ohne ihn in solcher Anzahl garnicht in den Reichstag gekommen sein.

Es mag wahr sein, daß Fürst Bismarck vielleicht noch weit mehr für die Welt hätte leisten können, wenn er in der inneren Politik ebenso groß und erfahren und ebenso weit- und tiefblickend gewesen wäre wie in der äußeren Politik. Wer alle Maßregeln Bismarcks billigen und in allen seinen Schritten nur Weisheit, Stärke und Licht erblicken will, reizt zum Widerspruche. Aber wer die seit 1876 eingeschlagene Richtung seiner inneren Politik nicht teilt, oder den Kulturkampf und das Socialistengesetz, welches große Teile des deutschen Volkes zu Märtyrern machte und von ihnen als Härte empfunden wurde, nicht billigt, darf deshalb der Hauptverdienste nicht uneingedenk sein, welche sich Bismarck um die ganze Welt erworben hat. Alle vielleicht noch bekannt werdenden Irrtümer und Schwächen Bismarcks

Digitized by Google

werden der Größe dieses deutschen Staatsmannes nur geringen Abbruch thun, weil man ihn alles in allem nehmen und seine ganze mächtige Persönlichkeit in Anschlag bringen muß, um seine Erscheinung in der Geschichte recht zu würdigen.

Was insbesondere Bismarcks Stellung zu den Arbeitern betrifft, so verwahrte er sich stets dagegen, einer besonderen Klasse oder Partei besonders dienen zu wollen. In der Reichstagssession von 1884/85 äußerte er am 9. Mai 1885: „Ich stehe weder auf seiten der Arbeitgeber noch der Arbeiter, ich stehe auf seiten der Nation und ihres wirtschaftlichen Gedeihens und thue, was ich nach bestem Ermessen ohne Popularitätssucht nach der einen oder anderen Seite glaube verantworten und mit der Unterschrift meines Namens decken zu können".

Dagegen fühlte er sich verpflichtet, gerade die Schwachen besonders mit zu schützen. Er bemerkte in einer Rede über die Ausbildung der Fabrikgesetzgebung vom 9. Januar 1882: „Es gehört zu den Traditionen der Dynastie, der ich diene, sich der Schwachen im wirtschaftlichen Kampfe anzunehmen. Friedrich der Große sagt schon: je serai le roi des gueux, und er hat es nach seiner Art durchgeführt, in strenger Gerechtigkeit gegen Hoch und Gering nach der Art, wie es seine Zeit mit sich brachte". —

Besonders beachtenswert ist Bismarcks am 9. Mai 1884 gehaltene Rede über das Recht auf Arbeit, in welcher er u. a. bemerkte: „Ja ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, so lange ich auf diesem Platz sein werde. Ich befinde mich dabei nicht auf dem Boden des Socialismus, der erst mit dem Ministerium Bismarck seinen Anfang genommen haben soll, sondern auf dem Boden des preußischen Landrechts. Im 19. Titel des zweiten Teils des Landrechts steht geschrieben: „Den Staaten kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch von anderen Privatpersonen, welche nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können (Zuruf links: Armenpflege!). Warten Sie doch ab. Sie kennen also das Landrecht gar nicht, sonst würden Sie wissen, daß hier noch ein zweiter Paragraph ist. Das Landrecht ist ein sehr nützliches Studium. Sie sind ja meist Juristen, aber ich empfehle es Ihnen doch. Also im § 2 ist gesagt: „Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden."

Digitized by Google

Fürst Bismarck vergaß bei der von ihm gewiß ernst gemeinten Berufung auf sein preußisches Landrecht, daß Bestimmungen, welche schon im 18. Jahrhundert in einem halb socialistischen und absolutisch regierten Kleinstaate kaum durchführbar waren, für die verwickelten industriellen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts sich noch viel weniger eignen. Der Staat kann wohl ein Recht auf Unterstützung, aber kein Recht auf Arbeit zugestehen, weil er, ohne die Produktion selbst in seine Hand zu nehmen, keine neuen Erwerbszweige und Stellungen für arbeitslose Massen aus dem Boden stampfen kann und es den Einzelnen selbst überlassen muß, für Fälle der Arbeitslosigkeit zu sparen, sich einzuschränken, oder zu versichern, oder andere Arbeitsplätze und andere Gelegenheiten zum Unterkommen aufzusuchen. Die amtliche Armenpflege oder gemeinnützige Vereine und private Barmherzigkeit einzelner Personen können wohl Notarbeit und vorübergehende Beschäftigung bieten und den Arbeitsnachweis besser als bisher organisieren, werden aber ebensowenig wie der Staat in kritischen Zeiten, wo Arbeitsprodukte überhaupt wertlos oder schwer verkäuflich sind, arbeitslose Massen dauernd zu normalen Löhnen beschäftigen können. Mit Recht bemerkt auch Professor Schmoller in seinen „Briefen über Bismarcks volkswirtschaftliche und socialpolitische Stellung und Bedeutung“ (Sociale Praxis vom 15. 9. 98): „Wer heute mit dem Recht auf Arbeit halbwegs ernst machen will, muß ein gut Teil unserer wirtschaftlichen Freiheit, die Bismarck auch damals sehr hochhielt, opfern, muß den Arbeitsnachweis, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und derartiges staatlich ausbilden, kurz, muß den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend große organisatorische Veränderungen vornehmen, welche die halbe Volkswirtschaft umbilden. An Derartiges dachte Bismarck offenbar 1884 bei seiner bekannten Rede nicht. Deshalb war aber auch seine Anerkennung des Rechts auf Arbeit nur ein hölzernes Schüreisen: er dokumentierte damit nur seinen guten socialen Willen und sein sociales Pflichtbewußtsein — Eigenschaften, die immer bei ihm vorhanden waren.“

In der That liegt Bismarcks Größe nicht nur in seinem socialen Pflichtgefühl, sondern in seiner Gesinnung überhaupt, und vor allem in seiner Liebe zur Arbeit selbst. Bismarck war auch in seiner Stellung zur Arbeiterfrage besonders deshalb groß und bahnbrechend, weil er selbst als Staatsmann unermüdlich gearbeitet hat. Es kommt auch auf die Methode des Arbeitens viel an. Wer sich über die Methode seines staatsmännischen Schaffens am Tage und in der Nacht

Digitized by Google

informieren will, muß die kleine Schrift seines Staatssekretärs Christoph von Tiedemann lesen, „Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck“ (Leipzig, Verlag von S. Hirzel, 1898). Auch das, was Aegidi im Deutschen Wochenblatt vom 8. Juli 1898 über sein Arbeiten mit Bismarck in der Nacht schreibt, ist lehrreich. Für Bismarck gab es als Staatsmann kein langes „Genießen“ und „Festefeiern“, sondern nur „Arbeiten“ für die Welt mit einer unvergleichlichen Thatkraft, ohne welche z. B. auch das gewaltige Werk der Arbeiterversicherung wohl schwerlich zu Stande gekommen wäre. —

Bismarck selbst legte in der Arbeiterfrage besonderen Wert darauf, daß der Mensch dem Menschen näher trete. Wie er selbst seinen Reitknecht vom Ertrinken gerettet hatte und auf die dafür erhaltene Rettungsmedaille besonders stolz war, so äußerte er noch in seiner letzten Vermahnung und Rede über die Altersversicherung am 18. Mai 1889: „Im Osten sucht der Arbeiter noch jetzt in seinem Arbeitgeber mehr als den Mann, der nur Lohn für seine Arbeitsleistung zahlt; er sieht in ihm seinen Helfer in der Not und seinen Fürsorger“.

Ein Hauptverdienst Bismarcks auf dem Gebiete der Arbeiterfrage scheint uns endlich darin zu liegen, daß er der Mitwelt und Nachwelt ein leuchtendes persönliches Beispiel als treuer Ehegatte und Familienvater, als würdiger Diener seines Fürsten und eifriger Arbeiter für das Wohl seines Volkes gegeben hat. Die großen Versuchungen, welche an jeden Staatsmann herantreten, haben ihn nicht verlockt. Er entsagte am liebsten dem Glanz und dem Schimmer, um in seiner Häuslichkeit zu arbeiten. Die Liebe zur Natur und zum Walde hat ihn bis in sein hohes Greisenalter frisch erhalten, und im deutschen Walde wollte er begraben sein, um auszuruhen von dem Kampfe ums Dasein, von der Arbeit für sein deutsches Volk! Ehre seinem Andenken!

Digitized by Google

Deutsche Arbeitstätten in ihrer Fürsorge für das Wohl ihrer Arbeiter.

Nr. 2. Seidenfabrik Gütermann & Co. in Waldkirch-Gutach in Baden.

Von Max May.

Zu den von den Wasserkräften des Schwarzwaldes und der arbeitsamen Bevölkerung seiner Thäler angelockten Industrie-Unternehmungen gehört auch dieses Etablissement, das im Jahre 1867 begründet wurde, bald nicht nur mit Wasserkraft, sondern auch mit Dampfkraft arbeitete und Filialen im nahegelegenen Elzach, aber auch in Perosa-Argentina (Italien) und in Wien besitzt.

Insgesamt beschäftigt die Firma etwa 1000 Arbeiter.

Die neuen Fabrikgebäude tragen in hervorragender Weise der Arbeiterhygiene und dem Arbeiterschutz Rechnung. Die Ventilation wird zweckmäßig durch eine unter den Fabriksälen rasch dahinfließende Wasserleitung unterstützt. Die Beleuchtung der Fabrikräume ist eine vorzügliche.

In Gutach selbst errichtete die Fabrik 8 mit Gärtchen versehene Arbeiterhäuser mit 78 Wohnungen, je 2—3 Zimmer nebst Küche, Speicher und Keller enthaltend, 3 Beamten- und Meister-Wohnhäuser mit 15 Wohnungen und ein Logierhaus für ledige Personen mit 15 eingerichteten Zimmern.

Eine Wasserleitung hat die Firma herstellen lassen, so daß jede Wohnung gutes Quellwasser aus Hochdruckleitung in der Küche besitzt.

Die Arbeiterwohnungen sind zum Preise von Mk. 8 bis Mk. 10 pro Monat vermietet; die Meisterwohnungen, die etwas geräumiger

Digitized by Google

und besser ausgestattet sind, kosten zwischen Mk. 12 und Mk. 20 monatlichen Zins.

Die Zimmer im Logierhaus sind je für eine Person eingerichtet. Die Miete beträgt einschließlich der Bedienung im Monat Mk. 6. Im Logierhaus ist auch volle Pension zu haben, für welche eine Mark pro Tag berechnet wird.

Diese Pension steht in Verbindung mit der Speiseanstalt für Arbeiter, in welcher zur Zeit dieser Aufzeichnung (August 1898) 54 Personen beköstigt werden.

Es wird daselbst verabreicht

zum Frühstück: Milchkaffee und Brot,
„ Mittag: Suppe, Fleisch, Gemüse und Brot,
„ Vesper: Brot,
„ Abend: Suppe mit Brot.

Dreimal in der Woche kann statt Fleisch auch eine Mehlspeise genommen werden und kostet dann die tägliche Verpflegung 20 Pfg. weniger. Für Nichtlogierende beträgt der Preis für die Tagesmahlzeit der Speiseanstalt 70 Pfg.

Milch aus der eigenen Milchwirtschaft wird sowohl an die Arbeiterfamilien, als auch an Einzelne zum Preis von 13⅓ Pfg. per Liter abgegeben.

Das Badehaus steht allen Arbeitern zur Verfügung, das Waschhaus den in den Häusern der Firma wohnenden sämtlichen Familien.

Für die Kinder der Arbeiter und Meister ist ein von einer geprüften Kindergärtnerin geleiteter Kindergarten eingerichtet, welcher dermalen von 50 Kindern besucht wird. Bei günstigem Wetter werden die Kinder auf einem Spielplatz am Waldessaum beschäftigt.

An den Kindergartensaal schließen sich Musik- und Lese-Zimmer mit einer größeren Bücherssammlung an, für alle Arbeiter und deren Angehörige benutzbar.

Neben der gesetzlichen Betriebskrankenkasse besteht noch eine Kasse für Krankenpflege, zu welcher der Beitritt bei geringer Beitragszahlung freiwillig ist.

Die Firma hat ferner zur Erinnerung an ihren verstorbenen Begründer ein Krankenhaus „Marxhaus“ mit allen Bequemlichkeiten und den neuesten Hilfseinrichtungen errichten lassen, in welchem sowohl die Arbeiter als deren Angehörige vom Kassenarzt behandelt und von eigens angestellten barmherzigen Schwestern gepflegt werden.

Digitized by Google

Die vorzügliche Lage des Krankenhauses am Bergwald macht den Aufenthalt in demselben den Rekonvalescenten besonders angenehm und sein Äußeres und seine Lage gewähren dem des Weges kommenden Fremden den Eindruck, als ob es ein Herrschaftssitz sei.

Feste Verpflichtungen bestehen bezüglich der Aufnahme in das Krankenhaus nicht, so daß die Inhaber der Firma oder ihre Vertreter in geeigneten Fällen Kranke, die sich unwürdig zeigen, auf häusliche Pflege und Behandlung auf Grund des Krankenkassenstatuts zu verweisen vermögen.

Eine Sparkasseneinrichtung für die Arbeiter ist auch vorhanden. Daß zwischen Arbeitgeber und Arbeitern ein gutes Einvernehmen besteht, scheint aus der Erklärung hervorzugehen, daß die Firma die Herstellung weiterer Wohlfahrtseinrichtungen für die Zukunft in Aussicht genommen hat.

Digitized by Google

II. Materialien
für praktische Versuche zur Lösung der Arbeiterfrage.

Nr. 1—5. Neuere Forderungen und Bethätigungen in der Kleinwohnungsfrage.

Von P. Schmidt.

I.

Seit Jahren bildet die Kleinwohnungsfrage ein stehendes Thema in den öffentlichen Erörterungen. Aber die letzten Jahre zeigen in der Entwickelung dieser Frage ein unverkennbares Hinneigen zur praktischen Bethätigung, eine allgemeine Überzeugung, daß nunmehr der Worte genug gewechselt sind und daß die Ära der frischen fröhlichen That angebrochen ist. Diese erfreuliche Erscheinung kann selbst die kürzlich (am 4. August in Wiesbaden) beschlossene Resolution des Verbandstages der Haus- und städtischen Grundbesitzervereine Deutschlands, daß „eine Wohnungsnot in den Städten nicht bestehe", nicht verdunkeln, denn wir sind der Meinung, daß die Thatsache einer intensiven Kleinwohnungsnot nicht nur in den Großstädten, sondern auch in fast allen Mittelstädten, ja in zahlreichen Kleinstädten und Dorfgemeinden so evident ist, daß eine Beschönigung oder ein Hinwegleugnen dieser Thatsache nur eigennützigen Motiven entspringen kann. Zudem beabsichtigen wir nicht uns an dieser Stelle in theoretischen Erörterungen zu ergehen, wir wollen vielmehr versuchen, durch ein Resumé der in neuester Zeit gegebenen Anregungen und der thatsächlich eingetretenen Förderungen in der Lösung der Kleinwohnungsfrage anspornend für weitere Kreise zu wirken. Wir sprechen absichtlich von der „Kleinwohnungs"-, nicht von der „Arbeiter"-Wohnungsfrage. Eine „Arbeiter"-Wohnungsfrage kann entstehen, wenn urplötzlich, durch Neugründung industrieller Etablissements ein kleiner Ort oder eine nur mit ländlichen Bauten versehene Gegend eine

Digitized by Google

größere Zahl Arbeiter und Arbeiterfamilien wohnlich aufnehmen muß. Die „Kleinwohnungs"-Frage dagegen ist vorhanden, wenn es dauernd schwer fällt, daß Arbeiter, Handwerker, Unterbeamte und sonstige kleine Leute für etwa den sechsten bis fünften Teil ihres Einkommens eine menschenwürdige Wohnung erlangen können. Daß diese Not, auch wenn der Begriff „menschenwürdig" auf das äußerste Maß beschränkt wird, eine weit verbreitete, ja zur Zeit fast eine allgemeine ist, wird niemand leugnen wollen. In den Großstädten und den dicht bevölkerten Industrieorten ist sie eine brennende. In Berlin und Breslau z. B. haben über 50 pCt. sämtlicher Wohnungen nur ein einziges heizbares Zimmer, so daß in diesen und gewiß in gleichem Verhältnis auch in vielen anderen Großstädten über die Hälfte der Einwohner in der Wohnungsfrage wirklich Mangel leiden. Nach der letztjährigen Erhebung des Verbandes der deutschen Gewerkvereine (1)*) ist allerdings auch heute noch in manchen deutschen Städten eine Kleinwohnung in dem oben angegebenen Verhältnis zum Einkommen zu ermieten, allein diese „Wohnungen" bestehen fast durchweg aus je 2 Räumen, d. h. nur aus Stube und Küche. Wenn man bedenkt, daß notgedrungen in einer solchen Stube, von außerordentlichen Zufällen, als Krankheit, Siechtum, Todesfall, Besuch ganz abgesehen, sämtliche Verrichtungen der oft zahlreichen Arbeiterfamilie ausgeübt werden, d. h. daß in dieser Stube gewohnt, geschlafen, gearbeitet, gegessen, gelernt werden muß, denn die „Küche" muß doch notwendigerweise alles an Gerät, Handwerkzeug, Kleidern, Vorräten ꝛc. vorhandene aufnehmen, so kann eine zweiräumige Wohnung wenigstens als Familienwohnung nicht bezeichnet werden. Sobald jedoch die Wünsche des Arbeiters über eine zweiräumige Wohnung hinausgehen, so wird nach der Statistik der Gewerkvereine, die die Jahreseinkünfte und die Mieten der Gewerkvereinsmitglieder von mehreren hundert deutschen Orten zusammenstellt, das Verhältnis der Miete zum Einkommen ein erheblich höheres und die Belastung des Budgets des Arbeiters durch die Miete eine immer drückendere. Beispielsweise gehen nach Angabe der Maschinenbauer in Karlsruhe 30 pCt., in Liegnitz 33 pCt. und in Mannheim 36½ pCt., nach Angabe der Bauhandwerker in Charlottenburg 33 pCt. des Lohnes für Miete drauf. Eine Wohnung von drei Räumen beansprucht nach Angaben

*) In der Anlage Nr. 1 sind die Quellen in fortlaufender Nummer aufgeführt.

Digitized by Google

des Gewerkvereins der Maschinenbauer vom Lohne in Dresden I 25,2 pCt., in Gleiwitz 26,2 pCt., in Düsseldorf III 24 pCt., in Hagen 26,3 pCt., in St. Johann fast 23 pCt., in Leopoldshall 16 pCt., in Elbing 21 pCt., in Guben 20 pCt., in Hörde 17 pCt., in Schönsee i. Westpr. 29 pCt., in Schweidnitz über 26 pCt., in Spandau 20 pCt., in Lauban 17,7 pCt., in Insterburg fast 22 pCt. u. s. w. Die Maschinenbauer sind in ihrer Gesamtheit zu den bestbezahlten Arbeitern zu rechnen. Die Statistik der übrigen Gewerkvereine widerspricht dem vorstehenden Ergebnis nicht, so daß man den Schluß ziehen kann, daß im allgemeinen eine Arbeiterfamilie, wenn sie mehr als zwei Wohnräume haben will, ein Fünftel bis ein Drittel des Lohnes für Miete auszugeben hat.

Diese für die weniger bemittelten Volksklassen ungünstigen Wohnungsverhältnisse, werden dadurch noch finanziell belastender, daß die ungünstigen hygienischen Verhältnisse kleinster und kleiner Wohnungen oft Krankheit und Siechtum einzelner Familienmitglieder herbeiführen. Da die Zahl der kleinen Wohnungen und dadurch die Auswahl für den Wohnungssucher verhältnismäßig immer beschränkter wird, je mehr die Gesamtausdehnung des Ortes zunimmt, so ist es selbstverständlich, daß auch die miserabelsten „Wohnungen" ihre Mieter finden und daß demzufolge allerdings im Hinblick auf den Säckel des städtischen Hausbesitzers für diesen eine „Wohnungsnot" nicht existiert.

Um das Bild der Kleinwohnungsnot zu vollenden, kann man darauf hinweisen, daß es auch an modernen Troglodyten in Deutschland nicht fehlt. Das Bestehen einer ganzen Kolonie von Menschen bewohnter Erdhöhlen wurde bei Argenau in Posen durch den Kreiswundarzt Dr. Ascher in Bomst konstatiert, dessen Erhebungen über die ländlichen Wohnverhältnisse in Preußen kürzlich durch die „Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen" (2) veröffentlicht worden sind. In einer solchen Erdhütte wohnen nicht nur bis zu 10 Menschen, sondern es ist darin rechts ein Eckchen für das Schwein, links ein Eckchen für die Ziegen abgegrenzt. . . . . Sogar in Schleswig-Holstein, in der Umgegend von Kaltenkirchen bei Segeberg giebt es wohnlich eingerichtete Erdhütten ehemaliger Kohlenbrenner, von denen einzelne ganze Familien noch beherbergen. Nach den „Altonaer Nachrichten" vom 14. September 1898 ist allerdings nunmehr dieser Herrlichkeit ein Ende bereitet, da die zuständige Behörde eine Entfernung resp. Zerstörung sämtlicher Erdhütten bis zum 1. Oktober angeordnet hat.

Digitized by Google

Angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Kleinwohnungsnot erscheint es ohne Zweifel notwendig, daß sowohl Gemeinden, Genossenschaften, Vereine und Private als auch der Staat selbst sich die Herbeiführung besserer Wohnverhältnisse für die unteren Klassen angelegen sein lassen. Das Eingreifen des Staates erscheint um so berechtigter, als es sich bei der Besserung der Kleinwohnungsverhältnisse um eine eminent moralische Frage handelt. Der hochverdiente Philanthrop Pastor v. Bodelschwingh bemerkt mit Recht (3): „Dürftige Nahrung und Kleidung macht doch den Menschen nicht notwendig schlecht, aber eine Wohnung, in der ein gesittetes Familienleben nicht aufgerichtet oder nicht behauptet werden kann, wirkt unwiderstehlich entsittlichend auf die Volksseele ein." — Und noch ein Motiv für das Eingreifen des Staates in der Kleinwohnungsfrage berührt v. Bodelschwingh, indem er auf die Schwächung der Wehrkraft hinweist, die notwendigerweise durch die „ungerechte Verteilung und völlig unsinnige Entziehung von Luft und Licht" auf die Gesundheit des Volkes und die männliche Jugend ausgeübt wird. Die Wünsche hinsichtlich der Abgrenzung der staatlichen und behördlichen Thätigkeit in dieser Frage gehen freilich sehr weit auseinander. Wir wollen zunächst einen Überblick geben, was in dieser Richtung im Auslande und im Deutschen Reiche geschehen und angeregt worden ist.

I. Die staatliche und verwaltungsbehördliche Fürsorge in der Wohnungsfrage.

a) Ausland.

Bevor wir die staatliche Wohnungsfürsorge innerhalb des Deutschen Reiches behandeln, wollen wir darauf hinweisen, daß bereits in England, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich und Dänemark zum Teil mit nennenswertem Erfolge die Kleinwohnungsfürsorge durch gesetzliche Maßnahmen gefördert worden ist. In Schweden ist eine Wohnungskontrolle durch gemeinsame Maßregeln von Staat und Kommune eingeführt, in Holland steht ein staatlicher Eingriff in die Wohnungsfrage bevor, da die junge Königin Wilhelmina in ihrer Thronrede zur Eröffnung der Generalstaaten am 20. September cr. eine bezügliche Gesetzesvorlage ankündigte. — In England giebt es nach der Denkschrift des Mannheimer Oberbürgermeisters Beck (4) nicht weniger als 13 Gesetze — Wernich (5) führt sogar über 20 einschlägige Gesetze auf — zur Regelung der Woh-

Digitized by Google

nungsverhältnisse, deren erstes in das Jahr 1851 und deren letztes in das Jahr 1890 fällt. Das letzterwähnte — Housing of the working classes Act 1890 — behandelt in seinem ersten Teil die Sanierung ungesunder Quartiere in Städten. Das Parlament muß die Vorschläge zur Beseitigung ganzer Häusergruppen, welche den notwendigen hygienischen Anforderungen nicht mehr entsprechen, genehmigen. Die zum Zwecke des Niederlegens und Wiederaufbaues nötigen Anleihen müssen binnen 50 Jahre getilgt sein, der Zinsfuß — gegenwärtig 3⅛ pCt. — wird vom Parlament festgesetzt*). Der zweite Teil hat die Sanierung von Einzelhäusern zum Gegenstand. Der dritte Teil behandelt die Arbeiterwohnungen speziell die ländlichen Arbeiterhäuser, für welche der Staat Baugelder zu 3⅛ pCt. hergiebt und eine Reihe Erleichterungen in der Herstellung derselben verschafft. Durch die früheren Gesetze sind auch den Kleinwohnungen Steuerver-

*) Wer sich über die großartigen praktischen Wirkungen dieses Gesetzes in England und Schottland Information holen will, findet solche in dem Reisebericht von Olshausen und Reincke (6), der durch Pläne ergänzt wird. Über das neueste auf dem gedachten Gesetze basirende Arbeiterwohnungsprojekt, dem größten, das jemals eine Gemeindeverwaltung durchgeführt hat, berichtet nach der englischen Zeitung „London" der „Fränkische Kurier" vom 3. September cr. folgendes: „Der Grafschaftsrat für Shoreditch und Bethal-Green (Distrikt London) bringt folgendes Arbeiterwohnungsprojekt zur Ausführung: Zusammen wurden 15 Acres eines elenden Wohndistrikts freigelegt mit einem Kostenaufwande von 230 890 Pfund. Die Pflasterung und der Centralgarten erforderten weitere 50 000 Pfund. Der Generalplan ist vortrefflich. Sieben breite Straßen gehen von einem Mittelpunkt aus, der in einen hübschen erhöhten Garten umgewandelt ist. Drei weitere öffentliche Gärten sind noch in dem Bezirk. Es wurden nicht weniger als 5719 Personen delogirt, und die Neubauten sollten nur Raum für 4700 schaffen. Thatsächlich sind in dem Bezirk und der anliegenden Goldschmiederuhe Wohnungen für 5524 Personen vorhanden, dazu 18 Läden und 77 Werkstätten. Die Bewohner sind in 1069 Wohnungen untergebracht, 5,168 Köpfe pro Wohnung. Nur 15 Wohnungen haben lediglich Einen Raum, 541 haben zwei, 400 drei und 103 vier Räume. Die Wohnstuben haben im Durchschnitt 144 und 160 Quadratfuß, die Schlafzimmer 96 und 100. Es giebt keine besseren Arbeiterwohnungen in London. Licht und Luft ist reichlich vorhanden, über das von der Bauordnung vorgeschriebene Maß hinaus. Fast von jedem Zimmer hat man einen netten Anblick, und die Hauptstraßen sind 50—60 Fuß breit. In den Häuserblocks fehlen die Waschküchen, dagegen ist eine Centralwäscherei, gut ausgerüstet mit maschinellen Vorrichtungen, erbaut. Hinter ihr steht eine Badeanstalt und über ihr sind Klubräume für die Bewohner des Viertels. Im Laufe des Baues sind die Kosten für Materialien und die Löhne nicht unbeträchtlich gestiegen. Man hofft trotzdem, daß das Anlagekapital sich mit 3 pCt. verzinsen und innerhalb 52—60 Jahren amortisieren lassen werde."

Digitized by Google

günstigungen eingeräumt, infolgedessen zur Zeit rund $4^1/_2$ Millionen Wohnungen, d. i. 80 pCt. aller Mietwohnungen überhaupt, völlige Steuerfreiheit genießen. Die vierte Abteilung enthält weitere Ergänzungsbestimmungen; die fünfte und sechste beziehen sich auf Schottland und Irland. — In Belgien gewährt ein Gesetz von 1862 für kleine Wohnungen Steuererleichterungen, ein solches vom 20. Juni 1867 den gemeinnützigen Aktiengesellschaften Stempelfreiheit, sowie einen 8jährigen Steuererlaß. Das Gesetz vom 9. August 1890 — nach seinem in der Förderung der sozialen Verhältnisse Belgiens hochverdienten Urheber Beernaertsches Gesetz genannt — ist dadurch von weitgehendster Förderung für die Errichtung von Arbeiterwohnungen geworden, daß es nicht nur in jedem Arrondissement „Comités de patronage" zur Förderung des Baues solcher Wohnungen errichtete und den Wohnungen im Mietswerte von unter 102 Frcs. (in Gemeinden unter 30 000 Einw.) resp. von unter 132 Frcs. (in Gemeinden über 60 000 Einwohner) Steuerfreiheit gewährte, sondern daß es die Mittel der Staatlichen Spar- und Altersrentenkasse diesen Unternehmungen für billige Darlehen zur Verfügung stellte. Nach der „Sozialen Praxis" (Nr. 19 des Jahrgangs 1897/98) hatte die belgische Staatssparkasse bis Ende 1896 etwa 15 Millionen Mark, größtenteils zu $2^1/_2$ pCt., an Wohnungs- und Kreditgesellschaften behufs Erbauung von Arbeiterwohnungen ausgeliehen. Auf der kürzlich, vom 15.—17. Juli in Brüssel abgehaltenen Arbeiterwohnungskonferenz konnte der Ministerpräsident Smet de Naeyer die Thatsache feststellen, daß mittels des Beernaertschen Gesetzes bereits jetzt — also innerhalb weniger Jahre — 13 000 Arbeiterhäuser, welche grundsätzlich nur als Einfamilienhäuser hergestellt werden, unter leichten Zahlungsbedingungen an Arbeiterfamilien zum Eigenbesitz, unter Ausschluß des Vermietrechts, abgegeben worden seien. Der Ministerpräsident kündigte bei dieser Gelegenheit eine demnächstige weitere Gesetzvorlage an, welche den Erwerb sogen. Arbeiterwohnungen auch kleinen kaufmännischen und gewerblichen Angestellten gestatten und die Erhaltung des Hauses als Familienbesitz bei Sterbefällen sichern soll. — In Frankreich gehen die Gesetze zur Erleichterung der Beschaffung von Kleinwohnungen bis zum Jahre 1850 zurück. Das Gesetz vom 22. April 1850 — welches auch für Elsaß-Lothringen gilt — giebt den Gemeinden die Wohnungskontrolle in die Hand und ermöglicht die Abänderung resp. Beseitigung ungesunder Wohnungen. Durch ein Gesetz von 1852 gab die Regierung 10 Mill. Frcs. zum Bauen

Digitized by Google

von Arbeiterwohnungen her. In Paris wurde ein Logierhaus für Arbeiter zum Preise von 1 200 000 Frcs. auf Staatskosten gebaut. Das Gesetz vom 30. November 1894 gewährt gemeinnützigen Baugesellschaften auf 5 Jahre Steuerfreiheit, nach Maßgabe der Einwohnerzahl der betr. Gemeinden innerhalb einer Mieteskala von 109—412 Frcs., es erläßt diesen Gesellschaften die Stempelgebühren u. s. w. und gestattet nicht nur den Stiftungen und Sparkassen den fünften Teil ihres Stammvermögens und ihres Reservefonds für Kleinwohnungen (also nicht nur für Arbeiterwohnungen) hypothekarisch billig herzugeben, sondern überläßt es auch den Lebensversicherungsgesellschaften mit den Erbauern oder Erwerbern solcher billiger Häuser derartig abzuschließen, daß die Gesellschaft bei eintretendem Todesfall des Versicherungsnehmers die Zahlung der noch nicht entrichteten Amortisationsraten übernimmt. Der Urheber dieses Gesetzes der habitation à bon marché ist der frühere Minister Jules Siegfried, der dem vorerwähnten Arbeiterwohnungskongreß in Brüssel gleichfalls beiwohnte (8). Eine staatliche Centralbehörde für den Bau billiger Wohnungen hat alle bezüglichen Verordnungen zu erlassen und mit allen einschlägigen Fragen sich zu befassen. — Weiter noch als in Belgien und Frankreich geht die staatliche Förderung der Kleinwohnungsfrage in Luxemburg. Der Gesetzentwurf vom 22. Januar 1898 (Verfasser hat nicht ermitteln können, ob der Entwurf inzwischen, unabgeändert, zum Gesetz geworden ist) gestattet nicht nur den unter Staatsgarantie stehenden Sparkassen einen Teil ihrer Einlage als Darlehen zur Errichtung von Wohnungen für Arbeiter, Handwerker, Bauern, Angestellte 2c. zu vergeben (ausgeschlossen sind nur solche Personen, welche bereits ein Haus besitzen oder mehr als 25 Frcs. direkte Staatssteuer bezahlen), sondern er stellt alljährlich 100 000 Frcs. aus allgemeinen Staatsmitteln der Sache zur Verfügung. Diese Summe kann Verwendung finden zur Tilgung eines Teiles der von den Darlehnsentnehmern zu zahlenden Zinsen, zur Zahlung eines Teiles der Lebensversicherungsprämien der darlehnsnehmenden Arbeiter, eines Teiles des Kaufpreises der Häuser oder zu Prämien für gute Hausverwalter. Das Gesetz gewährt außerdem, analog den vorerwähnten Gesetzen in Belgien und Frankreich, Steuer- und Stempelerlasse. — In Österreich gewährt das Gesetz vom 25. März 1880 für alle Neu-, An- und Umbauten zur Gewinnung von Kleinwohnungen zwölf Jahre Steuerfreiheit. Durch das „Gesetz vom 9. Februar 1892 zur Förderung der Errichtung von Arbeiterhäusern" sind Wohnungen, welche

Digitized by Google

innerhalb 10 Jahre von da ab durch Gemeinde, gemeinnützige Baugesellschaften, Baugenossenschaften und Arbeitgeber ausschließlich zur Vermietung an Arbeiter erbaut werden, von der Mietwertsteuer und den übrigen Gebäudeabgaben auf 24 Jahre befreit, insofern der Provinziallandtag seinerseits auf die Provinzialsteuer verzichtet. Das Gesetz schreibt außerdem vor: Die Gebäude dürfen Kellerwohnungen nicht enthalten. Die Einzimmerwohnungen müssen mindestens 15 qm und nicht über 30 qm Bodenfläche haben, mehrzimmerige mindestens 40 qm und nicht über 75 qm. Das Maximum des jährlichen Mietzinses soll pro Quadratmeter betragen in Wien 1,75 fl., in Städten mit über 10 000 Einwohnern 1,15 fl., im übrigen 0,80 fl. — Eine weitere staatliche Fürsorge für Errichtung von Kleinwohnungen ist in Österreich dadurch eingetreten, daß das Ministerium des Innern der Niederösterreichischen Unfallversicherungs-Anstalt im Prinzip die Verwendung eines Teiles des Anstaltsvermögens zur Durchführung eines soeben beschlossenen Projektes zum Eigenbau von Arbeiterhäusern in Floridsdorf und mehreren Wiener Bezirken gestattet hat. Die Anstalt will zunächst einen Baugrund bei Floridsdorf von 21 950 qm erwerben und dortselbst 1899 und 1900 33 Häuser erbauen. — In Dänemark besteht durch Gesetz vom Jahre 1873 Steuerfreiheit für Wohnungen bis zu 31,5 qm Bodenfläche. — Hinsichtlich der oben skizzirten Kleinwohnungs-Gesetzgebungen in England, Belgien und Frankreich ist nicht zu übersehen, daß die Wohnungskontrolle wesentlich in den Händen der Lokalbehörden liegt und daß, wie der auf dem Gebiete der Kleinwohnungsfrage kundige Beigeordnete Lübke-Elberfeld (8) bemerkt, deshalb diese wichtige Seite der Wohnungsfrage in den erwähnten Ländern ohne nennenswerten Erfolg geblieben ist.

b. Im deutschen Reiche.

In der staatlichen Fürsorge für die Kleinwohnungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht lassen wir den Staat als Arbeitgeber einstweilen unberücksichtigt und registrieren hier nur einesteils die in der Neuzeit hervortretenden Meinungen und Bestrebungen für allgemeine staatliche Förderung dieser Frage und anderenteils diejenigen thatsächlichen Bestimmungen, welche das Reich und die einzelnen deutschen Staaten und Verwaltungsbehörden zur Linderung der Kleinwohnungsnot getroffen haben.

Schon 1887 hatte der jetzige preußische Finanzminister Dr. v. Miquél

Digitized by Google

— als damaliger Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. auf Grund der Ergebnisse der Untersuchungen des „Vereins für Socialpolitik" (9) den Erlaß eines Reichswohnungsgesetzes als notwendig bezeichnet und zwei Jahre später — einen Entwurf reichsgesetzlicher Vorschriften zum Schutze gesunden Wohnens veröffentlicht (10). Auch sein Nachfolger Oberbürgermeister Adickes hat einen Gesetzentwurf für staatlichen Eingriff in die Regelung der städtischen Bauordnungen ausgearbeitet und sich in hervorragender Weise mit dieser Frage beschäftigt (11). Von Frankfurt a. M. her kommt auch gegenwärtig der erste beachtenswerte Anstoß für eine staatliche Reform in dieser Frage, indem der im dortigen „Bureau für Gemeinwohl" wirkende Dr. von Mangoldt, nach voraufgegangenen verdienstlichen Erörterungen der nächstliegenden gesetzlichen Maßnahmen in der Wohnungsfrage (12) einen Verein „Reichswohnungsgesetz" gegründet hat. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß auch andere hervorragende Theoretiker und Praktiker bereits eingehend die reichsgesetzliche Regelung der Frage erörtert hatten. Als zu weitgehend in dieser Richtung haben wir (Arbfrd. 1896 S. 218, 1897 S. 153) die Schäffle-Lechlerschen (13) Pläne bezeichnet, welche neben der Schaffung großer Beamtengruppen eine Übernahme des Zinsrisikos für den Aufwand Hunderter von Millionen an Baukapital vom Staate fordern. Als weit sachlicher und maßvoller sind die von Landesrat Brandts in Düsseldorf auf Veranlassung des katholischen Vereins „Arbeiterwohl" (M.-Gladbach) aufgestellten Forderungen für die Mitwirkung des Staates in der Kleinwohnungsfrage zu bezeichnen (14). Brandts wünscht, in Analogie der preußischen Generalkommissionen und Rentenbanken für die Ausführung des preußischen Rentengutsgesetzes vom 7. Juli 1891, staatliche „Generalkommissionen für städtischen Grundbesitz und Baubänke" (15) zur Organisation und Förderung des Baues von Kleinwohnungen, sowie gesetzliche Feststellung der für die hygienische Wohnungskontrolle nötigen Maßregeln, sein Hauptziel ist ein Ersatz des Massenmietshauses durch das Einzelwohnhaus, ermöglicht durch entsprechende gesetzgeberische Einwirkung auf die städtischen Bauordnungen (16). Immerhin sind die Fragen hinsichtlich der von Brandts gewünschten Behördenorganisation noch ziemlich unklar, während der von v. Mangoldt gegründete Verein „Reichswohnungsgesetz" sich in seinen Zielen bestimmter ausdrückt. Als die hauptsächlichsten Aufgaben, welche durch die Reichsgesetzgebung zu lösen wären, bezeichnet das Statut des gedachten Vereins die folgenden:

Digitized by Google

a) Beseitigung der allerschlechtesten Wohnungen und der ungesunden Stadtteile durch Wohnungsuntersuchung, Wohnungsinspektion und Zonenenteignung für bebautes Gelände.
b) Reform der Bauweise mittels Revision der Bauordnungen und Bebauungspläne.
c) Ergänzende Produktion kleiner Wohnungen durch die Gemeinden, Genossenschaften und private Unternehmer; Heranziehung des Staatskredites.
d) Beschaffung billigen Baulandes durch die Thätigkeit des Staates und der Gemeinden in dieser Richtung; Reform des Enteignungsrechtes.
e) Reform des Lokal- und Vorortverkehrs.
f) Reform des Mietrechtes u. a.
g) Schaffung besonderer Organe für die Wohnungsreform wie Generalkommissionen für Wohnungswesen, Baubanken, besondere gewählte Ausschüsse je für den Bezirk einer Generalkommission, Reichswohnungsamt als Centralstelle für das ganze Reich.

Die Zuständigkeit des Reichs resp. der Reichsgesetzgebung, Anordnungen auf dem Gebiete der Wohnungsreform zu treffen, leitet Dr. v. Mangoldt und mit diesem auch Professor Dr. Albrecht aus Art. 4, 15 der Reichsverfassung, welche dem Reiche die Medizinalpolizei zubilligt, ab, allerdings fügt Albrecht hinzu (17): „Gegen eine reichsgesetzliche Regelung der Frage wird indessen nicht ohne Berechtigung eingewandt, daß die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten sowohl, wie in den verschiedenen Bezirken derartig verschieden sind, daß die Schwierigkeiten einer für alle Teile gemeinsamen Regelung der Frage unüberwindliche seien." Diese letzte Auffassung scheint auch die Mitte September d. J. in Köln abgehaltene 23. Versammlung des „Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege" beherrscht zu haben, denn dieselbe faßte hinsichtlich des Punktes 6 ihrer Tagesordnung: „Über die regelmäßige Wohnungsbeaufsichtigung und die behördliche Organisation derselben" einstimmig folgende Resolution:

„Der deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege hält eine regelmäßig durchgeführte Wohnungsbeaufsichtigung im Deutschen Reich für ein dringendes Bedürfnis, verspricht sich jedoch zur Zeit keinen Erfolg von erneuten Anträgen auf reichsgesetzliche Regelung dieser Frage und empfiehlt deshalb in erster Reihe, sofern die Verhältnisse eine einheitliche Regelung für das Staatsgebiet ermöglichen,

Digitized by Google

den Erlaß von Landesgesetzen. In der Ermangelung dieser wird ortspolizeiliche Regelung für die einzelnen Gemeinden und, soweit auch diese nicht in ausreichendem Maße durchgeführt werden sollte, Regelung durch allgemeine polizeiliche Verordnungen der höheren Verwaltungsbehörden für geboten gehalten.

Die Versammlung beauftragt den Ausschuß, in diesem Sinne bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden."

Schon aus der Fassung dieser Resolution geht hervor, daß der Verein, den man doch wohl in der hygienischen Seite der Wohnungsfrage als einen kompetenten Faktor betrachten darf, bereits früher die Regelung dieser Seite der Frage reichsgesetzlich gewünscht hat. Es sei daran erinnert, daß der Verein bereits vor 10 Jahren in der Versammlung zu Frankfurt a. M. behördliche Wohnungskontrolle verlangte, daß Stadtrat Kalle in der Braunschweiger Versammlung „Gesundheitsräte" und „Wohnungsinspektoren" wünschte und daß in der Leipziger Versammlung des Vereins 1891 derselbe sich dahin aussprach, daß „die gesetzgeberische oder polizeiliche Regelung der Wohnungsbenutzung eine sanitäre Notwendigkeit sei, er empfehle zur Handhabung der sanitären Wohnungspolizei die Errichtung örtlicher Wohnungsämter mit näher abzugrenzenden Kompetenzen" (18).

Von volkswirtschaftlichen Vereinigungen stellt u. a. auch der „Bund der deutschen Bodenreformer" (19) folgende Forderung auf: III 2 „Erlaß eines Wohnungsgesetzes, das die spekulative und übermäßige Ausnutzung des Bodens verhindert und Wohnräume ausschließt, die in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung gerechten Anforderungen nicht entsprechen".

Wenn demnach auch eine umfassende reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens noch im Stadium der Erörterung sich befindet, so ist doch auf dem Gebiete der Arbeiterwohnungsfrage eine wichtige Maßnahme des Reiches insofern zu verzeichnen, als das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 den Versicherungsanstalten gestattet, ein Viertel ihres Vermögens in Grundstücken anzulegen. (Nach dem, dem Reichstag am 17. November 1896 vorgelegten, jedoch unerledigt gebliebenen Gesetzentwurf zur Revision dieses Gesetzes sollte neben anderen Reformvorschlägen, sogar die Hälfte des Vermögens in dieser Weise verwendet werden können.) Die erwähnte Vorschrift ermöglicht die Verwendung von Geldern dieser Anstalten zur Beförderung des Baues von Arbeiterwohnungen. Nach dem „Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamtes für 1897" sind

Digitized by Google

bis 31. Dezember 1897 von den Versicherungsanstalten 21 411 639,46 Mark für den Bau von Arbeiterwohnungen verwendet worden (1896 nur erst 12 086 764,52 Mk.). Die Frage, ob es den Versicherungsanstalten möglich wäre, durch direkte eigene Thätigkeit noch intensiver an der Lösung der Arbeiterwohnungsfrage mitzuwirken, findet durch eine von von Bodelschwingh vorgenommene Umfrage interessantes Material. Die meisten Versicherungsanstalten bestreiten auf Grund der gegenwärtigen Gesetzgebung die Möglichkeit, selber Arbeiterwohnungen aus ihren Geldmitteln zu errichten, während ihr damaliger oberster Chef, Staatssekretär Minister v. Böttticher in einer Zuschrift an von Bodelschwingh(20) diese Möglichkeit schon nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung bejaht, indem er u. a. schreibt:

„In Ihren weitergehenden Vorschlägen, welche vor allem auf eine selbstthätige Mitwirkung der Versicherungsanstalten beim Aufsuchen geeigneter Anlagewerte der bezeichneten Art, auf einen umfangreichen Ankauf eigener Grundstücke, sowie auf den Bau von Arbeiterwohnungen für eigene Rechnung der Anstalten abzielen, darf ich Folgendes ergebenst bemerken: Schon gegenwärtig steht den Versicherungsanstalten, wie dies auch in meinem Schreiben vom 28. Mai 1892 — II 1364 — hervorgehoben ist, das Recht zu, für ihre Rechnung Arbeiterwohnungen zu bauen oder zu erwerben. In wieweit aber die einzelnen Anstalten von dieser Befugnis Gebrauch machen wollen, wird, da ein Vorgehen auf diesem Gebiet mit der eigentlichen Aufgabe der Anstalten offenbar nicht unmittelbar zusammenhängt, auch in Zukunft ihrem verständigen Ermessen überlassen bleiben müssen, und es würde sich nicht wohl rechtfertigen lassen, ihnen im Wege der Gesetzgebung ein entsprechendes Vorgehen zur Pflicht zu machen ....."

Jedenfalls wäre es im höchsten Grade unrecht, wenn man nicht schon der jetzigen Wirksamkeit der Versicherungsanstalten zur Linderung der Kleinwohnungsnot die höchste Anerkennung zollen würde, sie haben in der That durch leichtere Kreditbeschaffung ein großes Hemmis für die gemeinnützige und genossenschaftliche Thätigkeit in der Kleinwohnungsfrage beseitigt und den Mut für ein energischeres Vorgehen auf diesem Gebiete wesentlich gehoben. Daß das Ziel der Mithülfe der staatlichen Alters- und Invaliditätsanstalten an der Förderung der Kleinwohnungsfrage auf verschiedene Weise zu erreichen gesucht wird, beweisen die einzelnen Bestimmungen für die Darlehnsbewilligungen (21). Wir teilen in den Anlagen Nr. 2 u. 3 die bezüglichen Bestimmungen der Landesanstalten Hannover (22) und Schleswig-Holstein (23) mit, aus denen diese Abweichungen recht deutlich hervorgehen. Von besonderem Interesse erscheint es, daß die Anstalt Schleswig-Holstein für Darlehnsgewährungen die Forderung aufstellt: „daß die

Digitized by Google

Zahl und Beschaffenheit der Räume billigen Anforderungen in Beziehung auf Gesundheit und Sittlichkeit entsprechen," daß daher jede Wohnung „um bei heranwachsenden Kindern die aus sittlichen Gründen gebotene Trennung der Geschlechter vornehmen zu können, außer zwei Stuben von ausreichender Größe, mindestens noch eine mit einem Fenster versehene Kammer mit gut verschalter und verputzter Dachseite enthalten muß." Diese Fürsorge der Anstalt Schleswig-Holstein in der hygienisch-sittlichen Seite der Wohnungsfrage wird dadurch noch thatsächlich erhöht, daß ein Mitglied des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt, Herr Landesversicherungsrat Hansen-Kiel, unermüdlich bestrebt ist, durch Schrift, Wort und That zur Ausbreitung der Kleinwohnungsreform in seiner engeren Heimat beizutragen. Die hannoversche Anstalt, welche relativ den größten Betrag — Ende 1897: 5 449 639 Mk. 57 Pf. — für Arbeiterwohnungsbauten hergeliehen hat, ist gleichfalls bemüht, sowohl den Einzelmitgliedern, als den betr. Genossenschaften mit Rat und That zur Hand zu gehen. — Die Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen behält sich bei Beleihungen für Arbeiterwohnungszwecke kontraktlich die Kontrolle darüber vor, daß das beliehene Gebäude auch zu den ursprünglich angegebenen Zwecken, also insbesondere zu „Arbeiter"wohnungen, weiter benutzt wird (24). Ob es den Versicherungsanstalten bei gegebenen Verhältnissen auch gelingen wird, noch auf anderen Gebieten im Sinne der Förderung der Kleinwohnungsfrage zu wirken, z. B. durch Herstellung von Altenheimen für Veteranen der Arbeit, bleibt abzuwarten. Jedenfalls gewährt es dem Verfasser Befriedigung, daß sein in diesem Sinne in dieser Zeitschrift („Arbeiterfreund" 1895, S. 46 ff.) gemachter Vorschlag im Weyl'schen „Handbuch der Hygiene"(25) als im Interesse der Versicherungsanstalten liegend bezeichnet worden ist.

Wenn die gesetzgeberische Thätigkeit der Reichsregierung in der Kleinwohnungsfrage sich zur Zeit auf die vorskizzierten Wirkungen der Invaliditäts- und Altersversicherung beschränkt, so haben doch einzelne Bundesstaaten und Regierungsbezirke im Laufe der letzten Jahre (ältere Verordnungen, die polizeiliche Kontrolle der Wohnungen betreffend, lassen wir hier unberücksichtigt) Gesetze, Verordnungen und Anregungen gegeben, die in ihren Wirkungen auf die Abschwächung der Wohnungsnot nicht zu unterschätzen sind. Die nachfolgend angeführten Gesetze und Verordnungen dürften als die wesentlichsten der in Betracht kommenden anzusehen sein.

Digitized by Google

Königreich Preußen. Daß im Königreich Preußen die Landesgesetzgebung der Polizei die Befugnis giebt, die gesundheitliche Wohnungskontrolle auszuüben, wird auf § 12, Tit. 17, Teil 2 des Allgemeinen Landrechts rechtlich begründet (26). Die Regierungen von Düsseldorf und Arnsberg haben bereits 1879 auf Grund des vorerwähnten § 12 des Landrechts Vorschriften über die zu benutzenden Wohnungen veranlaßt. Als Muster einer derartigen Verfügung gilt die vom Präsidenten des Regierungsbezirks Düsseldorf erlassene Verordnung vom 31. Mai 1893 betreffend die Beschaffenheit und Benutzung von Wohnungen, welche in Anlage Nr. 4 abgedruckt ist. Eine Ergänzungsverordnung hierzu ist am 1. Mai 1898 erlassen worden, nach welcher niemand — sei er Besitzer oder Mieter — ohne polizeiliche Genehmigung in Wohnungen einziehen darf, die von der Ortspolizeibehörde als ungeeignet oder überfüllt bezeichnet worden sind (27). Nach dem Referat des Beigeordneten Marx-Düsseldorf auf der Kölner Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege am 16. September 1898 hat sich diese Verordnung als sehr wirkungsvoll erwiesen. „Düsseldorf zähle rund 200 000 Einwohner und habe in ca. 10 000 Häusern etwa 37 000 Haushaltungen. Zur Auffindung der Mängel in den Wohnungen wurden die 36 Revierpolizei-Sergeanten verwendet, welche sonst nur inneren Dienst versehen. Dieselben beanstandeten in $2^1/_2$ Monaten 587 Wohnungen, welche dann von einem städtischen Bauneister in etwa 6 Wochen besichtigt wurden. Durch diesen wurden dann die Vorschriften erlassen, welche er zur Abbestellung der Mängel erforderlich hielt. Dies hatte die Wirkung, daß 480 Wohnungen innerhalb 4 Wochen entsprechend geändert wurden und nur 107 beanstandet blieben." Ähnliche Verordnungen sind für die Regierungsbezirke Oppeln und Liegnitz erlassen worden. — Die staatliche Gebäudesteuer ist in Preußen 1895 in Wegfall gekommen und den Gemeinden überlassen worden. Die Hoffnungen, die sich an diesen Vorgang hinsichtlich der Wirkung auf die Wohnungsverhältnisse der kleinen Leute knüpften, scheinen nicht in Erfüllung gegangen zu sein (28). — Das preußische Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 gewährt hinsichtlich der Kleinwohnungen folgende Befreiung: I. Absch. § 5: „Von der Errichtung der Stempelsteuer sind befreit: g) Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften von beschränkter Haftung, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, unbemittelten Familien gesunde und zweckmäßig ein-

Digitized by Google

gerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen und deren Statut die an die Gesellschafter zu verteilende Dividende auf höchstens vier Prozent ihrer Anteile beschränkt, auch den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichert, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt. . . .

In den Fällen zu d bis g erstreckt sich die Stempelsteuerbefreiung nur auf inländische Anstalten, Stiftungen, Vereine u. s. w. Die Befreiung kann jedoch auch ausländischen Anstalten, Stiftungen und Vereinen gewährt werden, wenn der auswärtige Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht übt" (29).

Königreich Sachsen. Über die Verwendung von Mitteln der Versicherungsanstalt des Königreichs Sachsen für Beleihung von Arbeiterwohnungen gemäß § 129, 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 hat das Ministerium des Innern unterm 22. Februar 1893 und 25. Februar 1893 Verfügungen erlassen. — Von großer Wichtigkeit für die Gestaltung der Wohnverhältnisse der weniger bemittelten Klassen sind die Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 13. Juli 1896 und vom 30. September 1896 (30), deren letzte als Anlage Nr. 5 abgedruckt ist. Schon ein flüchtiger Blick auf diese Verordnung zeigt, in welch' eingehendem Maße die Grundsätze, nach welchen bei der Erlassung der örtlichen Bauordnungen und bei dem Vollzug der Polizeiaufsicht über das Bauen, das Mietwohnungs- und Schlafstellenwesen verfahren werden soll, normiert worden sind. Die Befürchtung, daß der im letzten Landtag sich geltend machende Petitionssturm gegen diese Verordnungen seitens der Architektenvereine u. s. w. eine Abschwächung der Verordnung herbeiführen werde, scheint bis jetzt nicht begründet zu sein, denn das Ministerium des Innern hat soeben einen „Entwurf zu einer Orts-Bauordnung" veröffentlicht (31), der auf vorgenannten Verordnungen beruht. Inzwischen hat freilich auch der „Landesverein der Hausbesitzer des Königreichs Sachsen" in seiner am 21. August zu Bautzen abgehaltenen Jahresversammlung oppositionelle Stellung zu den oben aufgeführten Verordnungen gefaßt und es bleibt abzuwarten, ob derselbe, der sich zu einem „Verband sächsischer Hausbesitzervereine" umbilden will, mit seinen derzeitigen 14 671 Mitgliedern eine erfolgreiche Bewegung gegen die gedachten Bestimmungen, die andererseits von den Mietervereinen energisch verteidigt werden (32), erzielen wird.

Digitized by Google

Jedenfalls kann man behaupten, daß bei Durchführung der Verordnungen vom 13. Juli und vom 30. September 1896, sowie bei Zugrundelegung des ministeriellen Entwurfes für zukünftige Ortsbauordnungen, das Königreich Sachsen so gut als im Besitze eines Landesgesetzes wäre, das wirklich segensreich auf dem Gebiete der Klein-Wohnungsreform wirken müßte.

Königreich Württemberg. Das Gesetz vom 6. Oktober 1872, welches für das ganze Königreich geltende baupolizeiliche Bestimmungen erläßt, ist durch einen von der württembergischen Abgeordnetenkammer Ende 1897 angenommenen Artikel des Polizeistrafrechts dahin erweitert worden, daß Hauseigentümer, Arbeitgeber und Dienstherren mit 150 Mk. Geldstrafe oder Haft bedroht werden, „wenn sie der ergangenen polizeilichen Aufforderung zur Beseitigung erheblicher, die Gesundheit oder die Sittlichkeit gefährdender Mißstände in den von ihnen vermieteten oder Arbeitern, Lehrlingen oder Dienstboten zum Aufenhalt oder zum Schlafen angewiesenen Räumlichkeiten binnen angemessener, in der Aufforderung zu bezeichnender Frist nicht nachkommen, oder solche Räumlichkeiten dem polizeilichen Verbot zuwider weiter benutzen lassen“ (33).

Großherzogtum Baden. Auf Grund des Gesetzes vom 27. Juni 1874 hat Baden neuerdings durch Einfügung des § 116 in das Landes-Polizeistrafgesetzbuch die Wohnungsinspektion gesetzlich geregelt (34). Hiernach hat die Polizei die Befugnis, die Wohnungen zu untersuchen und bei solchen, die durch ihre bauliche Beschaffenheit, durch den Mangel an Luft und Licht, durch Feuchtigkeit oder durch Einwirkung von Ausdünstungen die Gesundheit der Bewohner gefährden, durch die Bezirksräte die Beseitigung der Übelstände herbeizuführen, eventuell die weitere Benutzung zu untersagen.

Großherzogtum Hessen. Das Wohnungsinspektionsgesetz vom 1. Juli 1893 erstreckt sich auf die polizeiliche Beaufsichtigung der Mietwohnungen und Schlafstellen. Es enthält einen Anzeigezwang der Vermieter von Wohnungen mit weniger als 4 Räumen, das Recht der Behörde, das Vermieten von gesundheitsschädlichen Wohnungen zu untersagen bezw. nur nach Beseitigung von Mißständen zu gestatten und Vorschriften über das Mindestmaß von Luftraum für jede Person (35). Die wohlthätige Wirkung des Gesetzes auf die Armenwohnungen wird bestätigt (36). Nach dem Referat des Oberbürgermeisters Dr. Gaßner-Mainz auf dem jüngsten Gesundheitspflege-

Digitized by Google

kongreß haben die Beamten in den vier verflossenen Jahren 6049 Besichtigungen vorgenommen, wovon 4531 auf Mietwohnungen, 604 auf Schlafstellen und 904 auf Schlafräume fielen. — Ein weiteres Gesetz vom 9. Juni 1894 gewährt gemeinnützigen, auf die Errichtung von Wohnungen für Unbemittelte gerichteten Unternehmungen Befreiungen von Gerichtsgebühren und Stempel.

Freistaat Hamburg. Mit dem Gesetz betreffend die Wohnungspflege vom 8. Juni 1898 (37) ist Hamburg der erste deutsche Staat geworden, der durch Gesetz eine dauernde Wohnungsinspektion durch eine eigene Behörde: „Behörde für Wohnungspflege" ausübt. Die wohlgemeinten schärferen Bestimmungen des Senats-Entwurfs vom 5. März 1897 (38) sind leider sehr erheblich in den Verhandlungen mit der Bürgerschaft abgeschwächt worden, nachdem vorher der von dem Senat vom 12. Mai 1893, also bald nach den Verheerungen durch die Cholera, vorgelegte betr. Entwurf gänzlich von der Bürgerschaft verworfen worden war. Immerhin ist das Gesetz nach 5 Jahren einer Revision zu unterziehen (§ 18) und man darf hoffen, daß alsdann Unzureichendes durch Besseres ersetzt werden wird. Da das Gesetz nach Aussage des Referenten über dasselbe auf dem Kölner Gesundheitspflegekongreß, des Medizinalrat Dr. Reincke-Hamburg (39), eine Organisation der Wohnungspflege einführt, die den „typischen Charakter hamburgischer Verwaltungsart" trägt, nämlich eine Organisation, die auf dem Laienelement (81 gewählte Wohnungspfleger) aufgebaut ist, so wird es in anderen Staaten und Städten, wo man für diese Angelegenheit mehr die Beamten heranzieht, wenig Nachahmung finden können. Wir beschränken uns hier auf die Mitteilung der §§ 11 (welcher nach dem Entwurf die gesamten Mietwohnungen umfassen sollte, nach dem Gesetz aber nur noch die Schlafstellen betrifft), 13 und 14.

§ 11. Allgemeine Bestimmungen für Wohnungen. 1. Alle Wohnungen müssen in ausreichender Weise durch Tageslicht erhellt und mit Vorrichtungen zur Zuführung frischer Luft versehen sein.

2. Schlafräume, welche an Aftermieter oder Einlogierer abgegeben, oder an Dienstboten, Arbeiter und Gewerbegehülfen des Haushaltungsvorstandes überwiesen werden, müssen für jedes Kind unter 15 Jahren mindestens 5 cbm und für jede ältere Person mindestens 10 cbm Luftraum haben. Bei Feststellung der Mindestforderung an Luftraum dürfen den Schlafräumen benachbarte, mit diesen in direkter Verbindung stehende Nebenräume, und zwar auch diesem Erfordernis entsprechende, zu der Wohnung gehörige Korridore u. s. w., sofern dieselben den Benutzern der Schlafräume zur unbehinderten Verfügung stehen, in Anrechnung gebracht werden.

Digitized by Google

Bezüglich des Luftraumes kann die Behörde für Wohnungspflege Ausnahmen gestatten.

3. Wenn sich aus dem Zusammenwohnen mehrerer Familien in einer nur für eine Familie errichteten Wohnung sanitäre oder sittliche Mißstände ergeben, ist die Behörde für Wohnungspflege befugt, eine bauliche Teilung oder eine zweckentsprechende Veränderung der Wohnung anzuordnen.

4. Der Vermieter hat dafür zu sorgen, daß den Bewohnern der Mietwohnungen eine genügende Anzahl mit Dunstabzug versehener Aborte zur Verfügung steht.

5. Die Organe der Wohnungspflege haben nach billigem Ermessen zu entscheiden, ob den vorstehenden Bestimmungen im einzelnen Falle genügt ist, und erforderlichenfalls entsprechende Anordnungen zu treffen.

§ 13. Aftermietung. Die Aftermietung einzelner Teile einer Mietwohnung ist nur gestattet, sofern:

a) Dem Aftermieter mindestens ein verschließbarer und heizbarer, am direkten Licht liegender Raum zur ausschließlichen Benutzung verbleibt und

b) sowohl in Bezug auf die dem Aftermieter verbleibenden, als auch in Bezug auf die dem Aftermieter zugewiesenen Räume den durch § 11 bestimmten Mindestanforderungen an Luftraum für Schlafräume genügt ist.

§ 14. Einlogierer. Die Aufnahme von Einlogierern, Schlafburschen und Schlafmädchen ist nur gestattet, sofern den im § 11 getroffenen Bestimmungen über die Mindestanforderungen an Luftraum genügt ist und die nachfolgenden Bestimmungen gewissenhaft beobachtet werden:

a) Erwachsene Einlogierer verschiedenen Geschlechts, ausgenommen Ehepaare, dürfen nicht in einem und demselben Raume untergebracht werden, sind vielmehr nach dem Geschlecht zu trennen. Die Aufnahme derartiger Personen in die Schlafzimmer der Familie ist nur insofern erlaubt, als auch dabei die Trennung nach dem Geschlecht beachtet wird.

b) Jedem Einlogierer ist ein eigenes Bett zur Verfügung zu stellen, welches täglich in Ordnung zu bringen und sauber zu unterhalten ist.

c) Der Quartiergeber hat die mit Einlogierern belegten Räume thunlichst täglich 1 bis 2 Stunden zu lüften, dieselben täglich besenrein zu halten, die Fußböden mindestens einmal wöchentlich zu scheuern und die Räume jährlich zweimal, thunlichst nach Entfernung sämtlichen Mobiliars, von Grund aus reinigen zu lassen.

Anlagen.

Nr. 1. Neuere, in den vorstehenden Ausführungen benutzte Litteratur und Quellen über die Kleinwohnungsfrage.

(Vergleiche auch Abschnitt X der „Bibliographie" dieser Zeitschrift.)

1. **Arbeitsstatistik** der deutschen Gewerkvereine pro 1897. Berlin, Selbstverlag des Verbandes d. d. G. 1898.

2. **Aschер,** Die ländlichen Arbeiter-Wohnungen in Preußen. Berlin, Heymann 1897, S. 37.

Digitized by Google

3. **Verwaltungsbericht** des deutschen Vereins „Arbeiterheim" pro 1897. Bielefeld 1897, S. 4.
4. **Beck,** Oberbürgermeister der Hauptstadt Mannheim, Die Wohnungsfrage mit besonderer Berücksichtigung der Mannheimer Verhältnisse. Mannheim 1897.
5. **Wernich,** Dr. **A.,** Reg.- u. Medizinalrat in Berlin, Gesetze, Verordnungen u. s. w., betreffend billige Wohnungen. Bd. IV des Weylschen „Handbuch der Hygiene", S. 917 ff.
6. **Über Wohnungspflege** in England u. Schottland. Ein Reisebericht von H. Olshausen, Baupolizeiinspektor, u. Dr. J. J. Reincke, Medizinalrat in Hamburg. Mit zehn Tafeln. Braunschweig, Vieweg & Sohn 1897.
7. Siehe **Wernich** a. a. O., S. 893 ff., woselbst der dem französischen Gesetze vom 30. November 1894 zugrunde liegende Siegfriedsche Entwurf wörtlich mitgeteilt ist. — „Arbeiterwohl" 1896, Heft 8: „Die neueren Bestrebungen in der Wohnungsfrage in Belgien und Frankreich. — Karl Bücher, Die belgische Socialgesetzgebung u. das Arbeiterwohnhausgesetz in Brauns „Archiv für sociale Gesetzgebung u. Statistik, Bd. IV S. 18 ff.
8. **Lübke,** Beigeordneter in Elberfeld, Die Arbeiterwohnungsfrage im In- und Auslande. „Gemeinwohl", Elberfeld 1897. 10. Jg. Heft 3/4.
9. **Schriften des Vereins für Socialpolitik,** Leipzig, Duncker & Humblot.
10. **Vierteljahrsschrift** für öffentliche Gesundheitspflege, Bd. XXI S. 9 ff. (1889). — Der von der 15. Jahresversammlung des deutschen Vereins f. öff. Gesundheitspflege am 14.—17. September 1889 zu Straßburg i. E. beratene und einstimmig angenommene, von Miquel und einer besonderen Kommission ausgearbeitete „Entwurf für reichsgesetzliche Vorschriften zum Schutz des gesunden Wohnens" ist vollständig abgedruckt im „Arbeiterfreund" 1889, S. 396—399.
11. **Bericht** über die 18. Versammlung des D. Vereins f. öff. Gesundheitspflege zu Würzburg 1893. Braunschweig 1894, S. 1—47.
12. **„Sociale Praxis",** Leipzig, Duncker & Humblot 1897/8, Nr. 9 u. a.
13. **Schäffle, Alb.** u. **Paul Lechler,** Neue Beiträge zur nationalen Wohnungsreform. Zweite Aufl. Berlin, Ernst Hofmann & Co. 1897 (S. 48 ff.), sowie frühere Schriften von Lechler-Schäffle und von Lechler über „Nationale Wohnungsreform".
14. **„Arbeiterwohl"** Köln, Bachem, 1897, Heft 4/5.
15. **Ausführliche Beleuchtung** der gedachten Wirksamkeit der „Generalkommission" giebt Stadtverordneter Roll-Erfurt in seinem Vortrage: „Ein Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage" im „Evangelischen Arbeiterboten", Hattingen (Ruhr) 1898, Nr. 50 bis 57.
16. **Eingehende Würdigung** der Brandtschen Vorschläge, siehe „Sociale Praxis" 1897/98, Nr. 30 u. 31.
17. **Technisches Gemeindeblatt,** herausgegeben von Prof. Dr. Albrecht, 1898, Nr. 9 ff.
18. Siehe die **Berichte** über die Verhandlungen des Vereins. Braunschweig, Vieweg & Sohn.
19. Bundesvorsitzender **Adolf Damaschke,** Herausgeber der „Deutschen Volksstimme", Berlin N., Arkonaplatz 8.
20. **Bericht** des Vereins „Arbeiterheim" pro 1897, S. 6—10.

Digitized by Google

21. Ein **Vergleich** der Anforderungen und Voraussetzungen der deutschen Versicherungsanstalten an ihre Kreditnehmer für den Bau von Arbeiterwohnungen ist ermöglicht durch die Schrift Nr. 5 der „Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen": Die Beschaffung von Geldmitteln für Baugenossenschaften, Berlin, Karl Heymann 1895, welche in ihren Anlagen die betr. „Bedingungen" der Versicherungsanstalten von Hannover, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Pommern, Königreich Sachsen, Baden, Braunschweig, Hessen, sowie ferner den Vertrag, betr. die Beleihung der Wohnhäuser des Harburger Bauvereins durch die Versicherungsanstalt Hannover und die Bedingungen der Badischen Versicherungsanstalt zur Gewährung von Darlehen zum Kauf oder Bau von Arbeiterwohnungen in der Stadt Lahr veröffentlicht. — Eine von der Versicherungsanstalt Hannover veranstaltete Erhebung am 1. Januar 1896 stellte fest (Amtliche Mitteilungen 1896, Nr. 6 S. 5), daß von den 31 Versicherungsanstalten 10 auch Gelder an einzelne Arbeiter zum Bau eines Hauses verleihen, meistens zahlen diese $^1/_4$—$^1/_2$ pCt. Zinsen mehr, als die betr. Genossenschaften.
22. **Amtliche Nachrichten** der Invaliditäts- u. Altersversicherungsanstalt Hannover, Jg. 3 (1893) Nr. 6.
23. **Mitgeteilt** in den Schleswig-Holsteinischen Provinzialblättern.
24. **Amtsblatt** der Versicherungsanstalt f. d. Kgr. Sachsen 1892, S. 111 ff.
25. a. a. O. Bd. IV S. 912.
26. Oberbürgermeister **Zweigert** in seinem Referat auf der Leipziger Versammlung des D. V. f. öff. Gesundheitspflege. Deutsche Vierteljahrsschr. 2c. XXIV, Heft 1.
27. **„Sociale Praxis"** Nr. 38 vom 23. Juni 1898.
28. **Brandts, Franz,** Stadtverordneter, Wie wirkt die Gebäudesteuer auf die Wohnungsverhältnisse der unteren Volksklassen? Ein Beitrag zur Wohnungsfrage. München-Gladbach 1897.
29. Daß das **Preußische Rentengutsgesetz vom 7. Juli 1891** einer staatlichen Förderung der Kleinwohnungsfrage gleichkommt, beweisen die Versuche des Gutsbesitzers Reckleben-Westerholz (Arbfrd. 1898 S. 125 u. 1897 S. 242) und der Eisenbahnarbeiter in Bromberg (Arbfrd. 1897 S. 243). Vergl. auch: Waldhecker, Die preußische Rentengutsgesetzgebung, Göttingen 1896. — Sohnrey, Wohlfahrtspflege auf dem Lande, T. I, Berlin 1896. — v. d. Goltz, Die sociale Bedeutung der Rentengutsgesetzgebung, „Das Land" 1895, Nr. 24.
30. **Sächsisches Wochenblatt,** Leipzig 1896, S. 198 u. S. 235 ff.
31. **Entwurf** zu einer Ortsbauordnung. Im Königlichen Ministerium des Innern bearbeitet. Dresden, Druck u. Verlag der Kommingschen Buchdruckerei. ℳ 2.50.
32. **Mitteilungen** des Allgemeinen Mietbewohnervereins zu Dresden 1898, Nr. 3 u. folg.
33. **„Sociale Praxis"** 1897/98, Nr. 10.
34. **„Gemeinwohl"** 1897/98, S. 56 u. Schönbergs Handbuch 4. Aufl., Bd. II, 2 S. 122. — In dem Jahresbericht des Badischen Ministeriums des Innern für 1884—1888, Mannheim 1889, sind die innerhalb des genannten Zeit-

Digitized by Google

raums erzielten Erfolge der Wohnungsaufsicht eingehender dargestellt, vergl. auch den analogen Bericht pro 1889—96, Bd. I, Karlsruhe 1897, S. 198 u. 199.

35. Vollständiger Abdruck des **Gesetzes** siehe: Zeitschrift der Centralst. f. Arb.-Wohlfahrtseinrichtungen, Jg. 1897, S. 206 ff.
36. **„Sociale Praxis"** 1897/98, Nr. 30.
37. Vollständiger Abdruck des **Gesetzes** siehe: „Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik", XIII. Bd. S. 181—186. Einleitung von Dr. Arthur Berthold-Berlin.
38. Vollständiger Abdruck des **Entwurfs** siehe: Zeitschrift d. Centralst. f. Arb.-W.-E. 1897, S. 203 ff.
39. Von Interesse ist, daß Medizinalrat Dr. **Reincke**-Hamburg einen „Leitfaden für Wohnungspfleger" ausgearbeitet hat, der demnächst erscheinen wird.

Nr. 2. Grundsätze der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Hannover für Darlehen an Versicherte zum Bau von Arbeiterwohnungen.

(Quelle: Amtliche Nachrichten der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Hannover, Jahrg. 3 (1893) Nr. 6, S. 30—31.)

Die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Hannover stellt zwar die zur Beförderung des Baues von Arbeiterwohnungen verfügbaren Kapitalien in erster Linie genossenschaftlichen Vereinigungen von Versicherten zur Verfügung, sie gewährt jedoch auch einzelnen Versicherten Darlehen zum Neubau von Arbeiterwohnungen unter folgenden Bedingungen:

1. Der Darlehnsnehmer muß Versicherter der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Hannover sein.

2. Das Darlehn wird nur für Neubauten gewährt; die Versicherungsanstalt übernimmt daher z. B. nicht Hypotheken, die auf älteren Häusern bereits ruhen und deren Umleihung zur Erlangung eines niedrigeren Zinsfußes gewünscht wird.

3. In den Orten, für die eine mit der Versicherungsanstalt zum Zwecke des Neubaues von Arbeiterwohnungen bereits in Verbindung getretene Genossenschaft besteht, werden in der Regel Darlehen an einzelne Versicherte nicht gewährt.

4. Das Darlehn wird nur zur ersten Hypothek und nur bis zur Hälfte des Wertes des Grund und Bodens und der darauf errichteten Gebäude gewährt.

Zur Ermittelung des Gebäudewertes dient der Versicherungsschein der landschaftlichen Brandkasse zu Hannover, der Werth des Grund und Bodens wird durch den Kaufvertrag, durch eine Bescheinigung der unteren Verwaltungsbehörde (Landrat, Magistrat), oder durch Schätzung Sachverständiger nachgewiesen.

5. Das Darlehn ist mit 3½ % jährlich zu verzinsen. Die Zinsen sind vierteljährlich postnumerando am Quartalsersten portofrei an die Kasse der Versicherungsanstalt in Hannover einzusenden.

6. Eine Tilgung des Kapitals durch im Voraus bestimmte regelmäßig mit den Zinsen zu zahlende Abträge findet nicht statt; die Versicherungsanstalt ist jedoch bereit, bei jeder Zinszahlung auch Abschlagszahlungen in Beträgen, die mindestens 100 Mk. betragen müssen, anzunehmen. Über solche Abschlagszahlungen werden von

Digitized by Google

der Versicherungsanstalt Quittungen erteilt; eine Löschung der Hypothek kann erst nach vollständiger Rückzahlung des Kapitals gefordert werden.

7. Das Darlehn ist nach einer beiden Teilen jederzeit freistehenden halbjährigen Kündigung zurückzuzahlen; für die Gläubigerin ist jedoch während der nächsten zehn auf die Zahlung des Darlehns folgenden Jahre die Kündigungsbefugnis ausgeschlossen, wenn und solange

a) die Zinsen innerhalb 14 Tagen nach dem Fälligkeitstermine gezahlt werden,
b) das für das Darlehn verpfändete Grundstück den Eigentümer nicht wechselt,
c) die Gebäude in der landschaftlichen Brandkasse in Hannover versichert bleiben,
d) die Gebäude in ihren wesentlichen Teilen nicht ihrer Bestimmung zu Arbeiterwohnungen entzogen werden.

Wird eine dieser 4 Bedingungen nicht erfüllt, so ist das Darlehn sofort und ohne Kündigung zur Rückzahlung fällig.

8. Die Auszahlung des Darlehns kann erst nach Eintragung der Hypothek in das Grundbuch und Aushändigung des Hypothekenbriefes an die Versicherungsanstalt verlangt werden.

9 Die vorstehend unter Nr. 5 und 7 aufgeführten Bedingungen sind in das Grundbuch einzutragen; bei Aufnahme der Schuld- und Hypothekenurkunde, welche in der Regel ohne Mitwirkung der Versicherungsanstalt erfolgen kann, sind diese Grundsätze daher dem Amtsgerichte vorzulegen.

Der Antrag auf Gewährung eines Darlehns wird dadurch gestellt, daß das nachstehende Formular, welches von dem Kontrollbeamten des Bezirks, oder direkt vom Vorstande zu beziehen ist, ausgefüllt, unterschrieben und mit den darunter bezeichneten Urkunden an den Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Hannover eingesandt wird. Eine Abschrift des Antrages erhält der Antragsteller, wenn das Darlehn bewilligt wird, zurückgesandt.

Antrag
auf Gewährung eines Darlehns zum Bau von Arbeiterwohnungen.

Name des Antragstellers:
Wohnort: Kreis:
Beruf des Antragstellers:
Lebensalter des Antragstellers:
Antragsteller ist Versicherter bei der Versicherungsanstalt Hannover laut Quittungskarte Nr.
Das Haus soll gebaut werden in:
Das Grundstück hat eine Größe von:
liegt (Lage im Orte anzugeben):
hat einen Wert von Mk.
Der Kostenanschlag für das Gebäude beträgt Mark
Das Darlehn soll betragen Mark
Das Darlehn wird voraussichtlich zu zahlen sein am:

Ort: , den ten 189

Unterschrift:
(Stand):

Digitized by Google

Diesem Antrage sind beigefügt:
(Nicht Zutreffendes zu durchstreichen.)

1. Kaufvertrag,
2. Katasterauszug,
3. Ein unbeglaubigter Grundbuch-Auszug,
4. Quittungskarte Nr. ,
5. Bauzeichnungen,
6. Sonstige auf das Grundstück oder den Bau Bezug habende Urkunden.

Die Veröffentlichung vorstehender Grundsätze ist durch zahlreiche an den Vorstand ergangene Anfragen veranlaßt, die bereits in einer Reihe von Fällen zur Bewilligung von Darlehen geführt haben. Wir entnehmen daraus, daß es manchen Versicherten möglich ist, mit unserer Hülfe, die wir gern gewähren, auch ohne Anschluß an eine Genossenschaft, sich ein eigenes Heim zu gründen und anderen Arbeitsgenossen durch Gewährung einer billigen und guten Mietwohnung in seinem Hause zu helfen. Weit mehr jedoch als dem einzelnen Versicherten, können wir den Genossenschaften entgegenkommen, weil diese eine größere Sicherheit als es der Einzelne vermag, sowohl für das Kapital selbst als für die Erfüllung des Zwecks, dem das Darlehn dienen soll, bieten. Wir wollen daher nicht unterlassen, auch an dieser Stelle zur Bildung von Genossenschaften Versicherter zum Bau von Arbeiterwohnungen zu ermuntern.

Wir sind gern bereit, bei Bildung solcher Genossenschaften mit Rat und That zur Hand zu gehen.

Nr. 3. Allgemeine Grundsätze des Vorstandes der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Schleswig-Holstein betr. die Gewährung von Darlehen zum Zweck der Förderung gemeinnütziger, auf die Herstellung geeigneter Arbeiterwohnungen und Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen gerichteter Bestrebungen.

§ 1. Nur Gemeinden, Korporationen, milde Stiftungen mit Korporationsrechten, gemeinnützige Baugesellschaften, sowie öffentliche Sparkassen innerhalb des Bezirks der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Schleswig-Holstein (Provinz Schleswig-Holstein, Kreis Herzogtum Lauenburg, Gemeinde Helgoland und das Fürstentum Lübeck) können die Bewilligung von Darlehen gewärtigen.

Einzelnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie sonstigen Unternehmern, gewährt die Versicherungsanstalt Darlehen nicht.

§ 2. Von den unter 1 bezeichneten Organen ausgehende Bauunternehmungen können für die Bewilligung von Darlehen nur dann in Betracht kommen, wenn sie unter Ausschluß jeglicher auf Erzielung pekuniären Nebengewinns gerichteter Absichten lediglich gemeinnützige, in erster Reihe dem Wohle des im Sinne des Reichsgesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 versicherungspflichtigen bezw. versicherungsberechtigten Arbeiterstandes dienende Zwecke verfolgen.

§ 3. Die zu errichtenden bezw. zu beleihenden Gebäude müssen einerseits durch Belegenheit und bauliche Solidität für die Sicherheit der Darlehen hinreichende Gewähr bieten, andererseits aber auch durch die Zahl und Beschaffenheit der Räume billigen Anforderungen in Beziehung auf Gesundheit und Sittlichkeit entsprechen.

Digitized by Google

Jede Wohnung muß daher, um bei heranwachsenden Kindern die aus sittlichen Gründen gebotene Trennung der Geschlechter vornehmen zu können, außer zwei Stuben von ausreichender Größe, mindestens noch eine mit einem Fenster versehene Kammer mit gut verschalter und verputzter Dachseite enthalten.

Die Baulichkeiten und Grundstücke müssen in ordnungsmäßigem Zustande erhalten werden. Erhebliche Verschlechterungen der Grundstücke, welche die Sicherheit der Gläubigerin gefährden, berechtigen dieselbe, ihre Befriedigung vor der Verfallzeit zu fordern. Bauliche Veränderungen bedürfen vor ihrer Ausführung der Genehmigung der Versicherungsanstalt.

§ 4. Ohne Zustimmung der Versicherungsanstalt dürfen die Darlehensempfänger die beliehenen Grundstücke nicht veräußern.

Die Mietpreise sind für dieselben nicht höher anzusetzen, als unter Berücksichtigung der gemeinnützigen Tendenz des Unternehmens für eine angemessene Verzinsung und Amortisation des Baukapitals und für Instandhaltung der Grundstücke geboten erscheint.

§ 5. Die Darlehensempfänger (§ 1) sind verpflichtet, der Versicherungsanstalt alle für erforderlich erachteten Auskünfte zu erteilen, die Besichtigung der Baulichkeiten und Grundstücke jederzeit zu gestatten und ihre Satzungen, Jahresberichte und Abrechnungen mitzuteilen, damit die Versicherungsanstalt jederzeit in der Lage ist, zu prüfen, ob und inwieweit der Schuldner seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Die Versicherungsanstalt nimmt für sich das Recht in Anspruch, Baugenossenschaften als Mitglied beizutreten.

Den Anträgen auf Gewährung von Darlehen sind stets die Kaufverträge, Bau- und Situationspläne, sowie die Kostenanschläge behufs bautechnischer Prüfung beizufügen.

§ 6. Die Darlehen werden nur gegen an erster Stelle einzutragende Hypothek und im Betrage von höchstens $^2/_3$ ($66^2/_3$ pCt.) des Bau- und Platzwertes gewährt.

Indessen wird, wenn es sich um Anleihen an Gemeinden handelt, nach Umständen über die bezeichnete Höchstgrenze der Beleihung bis zu 75 pCt. hinausgegangen werden. Zur Ermittelung des Gebäudewertes dient das Brandversicherungsbuch der Landesbrandkasse zu Kiel, bei welcher die Gebäude versichert sein müssen, der Wert des Grund und Bodens wird durch den Kaufvertrag, durch eine Bescheinigung der unteren Verwaltungsbehörde (Landrat, Magistrat, Ortspolizeibehörde), oder durch Schätzung Sachverständiger unter Bescheinigung der Richtigkeit derselben seitens der Ortsbehörde oder gerichtliche Taration nachgewiesen.

Die Darlehen werden regelmäßig erst nach Fertigstellung der Gebäude und erfolgter Ein- und Abschätzung ausgezahlt. Indessen wird unter Umständen die Versicherungsanstalt auf Antrag auch Ratenzahlungen vor diesem Zeitpunkt gewähren, und zwar nach denselben Grundsätzen, nach welchen seitens der Landesbrandkasse die Auszahlung der Brandentschädigungsbeträge erfolgt, nämlich und zwar unter der Voraussetzung einer vorläufigen Einschätzung zur Brandversicherung gemäß § 23 des Statuts vom 10. November 1884 in drei gleichen Raten, die erste, wenn der Aufbau der Mauern begonnen hat, die zweite, wenn das Gebäude unter Dach gebracht ist, und die dritte, wenn es vollendet und endgültig eingeschätzt ist.

Digitized by Google

§ 7. Die Darlehen sind in der Regel mit 3 pCt. jährlich, nach Umständen höher zu verzinsen und zunächst bis zur Tilgung des über die pupillarische Sicherheitsgrenze hinausgehenden Betrages derselben dergestalt zu amortisieren, daß nach von der Versicherungsanstalt aufzustellenden Tilgungsplänen alljährlich mindestens $4^1/_2$ pCt. des ursprünglichen Darlehensbetrages in Halbjahrsbeträgen von mindestens $2^1/_4$ pCt. an die Versicherungsanstalt eingezahlt werden, von welchen 3 pCt. als Zinsen für die laufende Schuld, der Rest als Amortisation verrechnet wird.

Die Versicherungsanstalt behält sich das Recht vor, eine weitergehende Amortisation zu verlangen und halbjährlich zu kündigen, wird aber voraussichtlich von demselben nur dann Gebrauch machen, wenn nach dem Ermessen des Vorstandes die Bedingungen, unter welchen die Darlehen gewährt sind, nicht ausreichend erfüllt werden oder die Sicherheit der Darlehen gefährdet erscheint.

Der Schuldner kann nach vorgängiger, mindestens einmonatlicher Kündigung jederzeit zum 1. und 15. eines Monats größere durch 1000 Mk teilbare Abträge leisten oder das ganze Kapital zurückzahlen. Die zurückgezahlten Beträge fallen mit dem Rückzahlungstage aus der Verzinsung.

Darlehen können regelmäßig nur um die Mitte des Monats zwischen dem 13. und 15. (also nicht zum Beginn des Monats) abgegeben werden und, wenn die Versicherungsanstalt in zeitweiliger Ermangelung eigener disponibler Mittel auf Wunsch des Darlehnsnehmers den erbetenen Betrag selbst anleihen muß, nur gegen Erstattung der von der Versicherungsanstalt selbst zu zahlenden höheren Zinsen bis dahin, daß die Anstalt den angeliehenen Darlehnsbetrag aus eigenen Beständen zurückzuzahlen in der Lage ist.

§ 8. Alle mit der Darlehensgewährung, Verzinsung, Tilgung und Rückzahlung verbundenen Kosten trägt der Schuldner.

§ 9. Durch hypothekarische Eintragung in das Grundbuch auf die zu verpfändenden Grundstücke ist, soweit angängig, Sicherheit für die Innehaltung der vereinbarten Bedingungen zu leisten.

Kiel, den 1. Juli 1898.

Der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Schleswig-Holstein.

Nr. 4. Polizei-Verordnung des Regierungspräsidenten von Düsseldorf über die Beschaffenheit und Benutzung von Wohnungen, vom 21. November 1895.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird mit Zustimmung des Bezirks-Ausschusses für die Kreise Düsseldorf Stadt und Land, Barmen, Mettmann, Lennep, Solingen, Remscheid, Crefeld Stadt und Land, M.-Gladbach und Gladbach*) folgende Polizeiverordnung erlassen:

*) Durch Verfügung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom 1. Oktober 1898 ist diese Polizeiverordnung nunmehr auf den ganzen Bezirk ausgedehnt worden.

Digitized by Google

§ 1. Niemand darf ohne vorherige Genehmigung der Ortspolizeibehörde in Wohnungen, welche sich in von 2 oder mehr Familien bewohnten oder zum Bewohnen durch 2 oder mehr Familien bestimmten Häusern befinden, selbst als Eigentümer oder Besitzer einziehen oder eine Familie zur Miete oder Aftermiete aufnehmen, sobald diese Wohnungen polizeilich als zum Bewohnen ungeeignet (§ 2) oder als überfüllt (§ 3) bezeichnet worden sind.

§ 2. Als zum Bewohnen ungeeignet können von der Ortspolizeibehörde diejenigen Wohnungen bezeichnet werden, welche nachstehenden Anforderungen nicht entsprechen.

1. Alle Schlafräume müssen mit einer Thür verschließbar und mindestens mit einem unmittelbar ins Freie führenden aufschließbaren Fenster versehen sein, dessen Größe nicht geringer als der 12. Teil der Fußbodenfläche sein darf.

   In den bei Erlaß dieser Verordnung bestehenden Wohnungen sollen ausnahmsweise Fenster genügen, welche nur die Größe von wenigstens den 15. Teil der Fußbodenfläche erreichen.

2. Speicherräume sind nur als Schlafräume zulässig, wenn sie vollständig verputzte oder mit Holz verkleidete Wände haben.

   Bei Speicherräumen mit abgeschrägten Decken kann die Ortsbehörde das Mindestmaß der Fensterfläche dem durch die Abschrägung der Decke verringerten Luftraum entsprechend bis auf $^1/_{20}$ der Fußbodenfläche herabsetzen.

3. Der Fußboden der Schlafräume muß durch gute und dauerhafte Holzdielung oder anderweite zweckmäßige Vorrichtung (Estrich, Plattenbelag u. s. w.) vom Erdboden getrennt sein.

4. Die Schlafräume dürfen nicht mit Abtritten in offener Verbindung stehen.

5. Bei jedem Hause muß mindestens ein direkt zugänglicher, verschließbarer, allen Bewohnern des Hauses zur Benutzung freistehender Abort vorhanden sein.

6. Eine genügende Versorgung der Bewohner mit gesundem Wasser muß vorgesehen sein.

§ 3. Als überfüllt können von der Ortspolizeibehörde diejenigen Wohnungen bezeichnet werden, welche nachstehenden Anforderungen nicht entsprechen:

1. Die Schlafräume einer jeden Wohnung müssen für jede zur Haushaltung gehörige, über 10 Jahre alte Person mindestens 10 cbm Luftraum, für jedes Kind unter 10 Jahren mindestens 5 cbm Luftraum enthalten. Kinder, welche das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bleiben außer Betracht.

2. Die Schlafräume müssen derart beschaffen sein, daß die ledigen, über 14 Jahre alten Personen nach dem Geschlechte getrennt in besonderen Räumen oder Abschlägen schlafen können, und daß jedes Ehepaar für sich und seine noch nicht 14jährigen Kinder einen besonderen Schlafraum oder doch einen besonderen Abschlag im Schlafraum besitzt.

§ 4. Abweichungen von den vorstehend in den §§ 2 und 3 aufgestellten Anforderungen kann die Ortspolizeibehörde in besonders gearteten Fällen gestatten.

Digitized by Google

§ 5. Jede Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mk., im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 6. Diese Polizeiverordnung tritt für diejenigen Wohnungen, welche nach Veröffentlichung der Verordnung zum ersten Mal bezogen werden, am 1. Mai 1896, für alle übrigen Wohnungen am 1. Mai 1897 in Kraft.

Düsseldorf, den 21. November 1895.

Der Regierungspräsident:
Freiherr von der Recke.

Nr. 5. Verordnung des königlich sächsischen Ministeriums des Innern, Bebauungspläne und Bauvorschriften betr. vom 30. September 1896.

Die stete Zunahme der Bevölkerung in vielen Städten und auch in manchen, namentlich industriellen Landgemeinden macht es den Baupolizeibehörden zur Pflicht, der baulichen Entwickelung der Gemeinden und der hiermit im engsten Zusammenhange stehenden Gestaltung der Wohnungsverhältnisse namentlich der weniger bemittelten Volksschichten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es läßt sich nicht verkennen, daß sich gerade in dieser Hinsicht vielfach Zustände herausgebildet haben, die vom Standpunkte der öffentlichen Wohlfahrt nicht als erwünscht bezeichnet werden können. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der weniger bemittelten Volkskreise ist namentlich in den größeren Städten genötigt, in Wohnungen zu leben, die im Keller- oder Dachgeschoß oder an schmalen, düsteren Höfen liegen und Licht und Luft nur in ganz ungenügendem Maße besitzen. Zu dieser schon an sich gesundheitsschädlichen Beschaffenheit der Wohnungen kommen die mannigfachen Nachteile hinzu, die das dichte Zusammendrängen zahlreicher Menschen aller Altersstufen in den meist engen Räumen der großen Mietskasernen zur fast notwendigen Folge hat. Wenn man ferner berücksichtigt, daß die fortgesetzte gegenseitige Berührung auf den gemeinsamen Höfen, Treppen, Gängen und Vorsälen Zwistigkeiten und Unfrieden unter diesen zahlreichen Personen fast unvermeidlich mit sich bringt, daß in solchen Massenwohnungen die Mietsverträge und Hausordnungen meist sehr weitgehende und deshalb drückend empfundene Bestimmungen enthalten, so läßt sich nicht verkennen, daß diese Wohnverhältnisse dringend der Besserung bedürfen. Das erscheint um so notwendiger, als der Mangel eines, wenn auch bescheidenen, aber doch behaglichen und freundlichen Heims die Entwickelung eines gesunden Familienlebens nahezu unmöglich macht und die in weiten Volksschichten herrschende Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen nicht zum geringsten Teile darauf zurückzuführen ist, daß es in großen Städten den weniger Bemittelten jetzt vielfach nicht möglich ist, sich aus ihren Arbeitseinkommen eine auch nur einigermaßen angenehme Häuslichkeit zu beschaffen.

Eine der wesentlichsten Ursachen dieser gesundheitlich und socialpolitisch gleich bedenklichen Wohnungszustände bildet die vielfach übliche, unangemessen starke bauliche Ausnützung des Grund und Bodens.

Die Baupolizeibehörden werden daher ihr Augenmerk darauf zu richten haben, soweit als möglich zu verhüten, daß die Miethskasernen, die Dach-, Keller- und Hinterwohnungen, die schmalen Höfe städtischer Innenbezirke nicht auf ländliche Gemeinden und auf Ortsteile verpflanzt werden, die erst im Entstehen begriffen sind, ferner aber auch alle sonstigen Maßnahmen zu treffen haben, die geeignet erscheinen,

Digitized by Google

den weniger Bemittelten möglichst gesunde Wohnungen zu verschaffen. Zu dem Ende wird es sich namentlich empfehlen, in dem Umfange der zulässigen baulichen Ausnutzung eine angemessene Beschränkung eintreten zu lassen, wobei allerdings gleichzeitig auch dafür gesorgt werden müßte, daß einerseits die sogenannten Anliegerleistungen (Beschaffung und Herstellung der Straßen nebst Schleußen) den öffentlichen Bedürfnissen entsprechend abgestuft und auf das Maß des hiernach wirklich Notwendigen beschränkt werden, andererseits aber den Grundstücksbesitzern die Füglichkeit zu einer wirklich zweckmäßigen Bebauung ihres Areals geboten wird. Alsdann wird es auch — und dies muß als das zweite, volkswirtschaftlich und social nicht minder wichtige Ziel aller derartiger Bestrebungen bezeichnet werden — dem weniger Bemittelten unter Umständen wieder eher möglich werden, sich ein eigenes Heim zu erwerben, sich und seinen Angehörigen ein bescheidenes Familienhaus zu erbauen.

Die Baupolizeibehörden werden es aber ferner auch als ihre Aufgabe zu betrachten haben, dort, wo in bereits bebauten Ortsteilen Mißstände oben erwähnter Art vorhanden sind, auf eine allmähliche Besserung der bestehenden Verhältnisse hinzuwirken. Wenn auch hier mit thunlichster Schonung berechtigter Interessen vorgegangen werden muß, so darf doch nicht außer Acht gelassen werden, daß das öffentliche Wohl höher steht als das private Interesse, und daß die Beseitigung vorgefundener Mängel nur durchführbar ist, wenn dem Einzelnen gewisse Opfer zum Besten der Allgemeinheit auferlegt werden.

Die Füglichkeit, in der angedeuteten Richtung wirksam einzugreifen, bietet sich den Baupolizeibehörden — abgesehen von der Entschließung auf einzelne Baugesuche — namentlich dann, wenn es sich um Aufstellung neuer oder Umarbeitung älterer Bebauungspläne und um Erlaß von Ortsbauordnungen oder Bauvorschriften handelt.

Das Ministerium des Innern hat es daher für zweckmäßig erachtet, nach Gehör des Landes-Medizinalkollegiums diejenigen Grundsätze, welche hierbei vor allen Dingen beachtenswert scheinen, besonders hervorzuheben.

I.

Der Bebauungsplan einer Gemeinde bildet die Grundlage ihrer gesamten baulichen Entwickelung; seine zweckmäßige Gestaltung und die Beobachtung der sanitären Anforderungen bei seiner Aufstellung sind daher von weittragender Bedeutung für die Zukunft eines Gemeinwesens.

In dieser Beziehung kommt zunächst in Betracht, daß die Straßen eine zweckmäßige Lage und Richtung erhalten. Besonders wichtig für die Gesundheit einer Wohnung ist deren Zugängigkeit für die Sonnenstrahlen. Es muß daher den Wohngebäuden thunlichst eine solche Stellung gegeben werden, daß ihnen nicht nur an der Vorder-, sondern auch an der Rückseite direktes Sonnenlicht zugeführt wird, denn nach den Höfen liegen in der Regel diejenigen Räume, in denen sich, wie z. B. in Schlafzimmern, die Menschen am längsten aufhalten. Zu diesem Behufe empfiehlt es sich, namentlich die Straßen für geschlossene Bauweise in der Richtung von Nordost nach Südwest oder von Nordwest nach Südost anzulegen. Selbstverständlich werden bei Aufstellung von Bebauungsplänen für die Festsetzung der Straßenzüge die besonderen örtlichen Verhältnisse und die Bedürfnisse des Verkehrs in erster Linie maßgebend sein müssen; erfahrungsgemäß wird aber auch da, wo

Digitized by Google

solche Interessen nicht vorwiegen, diese hygienische Forderung nicht genügend beachtet.

Ferner ist darauf Wert zu legen, daß in den Bebauungsplänen — namentlich solchen für größere Orte — freie Plätze zu gärtnerischen Anlagen in ausreichender Zahl und Größe, sowie Vorgärten vor den Häusern und Baumpflanzungen auf breiten Straßen vorgesehen werden.

Als ein Mangel vieler Bauplätze muß es bezeichnet werden, daß für die einzelnen Baublöcke im allgemeinen zu große und zu tiefe Flächen vorgesehen sind. Für Ortsteile, die entweder zur Anlage von Fabriken oder zur Bebauung mit Landhäusern (Villen im eigentlichen Sinne des Wortes im Gegensatze zu freistehenden Mietshäusern) bestimmt sind, erscheinen tiefe Baublöcke angemessen, wo aber diese Voraussetzungen nicht zutreffen, werden die Grundstücksbesitzer hierdurch nur zu einer umfänglichen Bebauung des Hinterlandes gedrängt. Denn nur wenige von ihnen werden in der Lage und gewillt sein, ausgedehnte und wertvolle Hinterlandflächen dauernd bloß als Garten oder als Hof- und Wirtschaftsräume zu verwenden.

Ferner wird bei Bemessung der Straßenbreiten oftmals zu sehr schablonenmäßig verfahren, ohne die künftige Zweckbestimmung der einzelnen Straßenzüge genügend zu berücksichtigen, infolgedessen aber vielfach über das Maß des wirklich Notwendigen und Zweckmäßigen hinausgegangen. Straßen, die ihrer örtlichen Lage und Richtung nach zur Vermittelung eines stärkeren Verkehrs bestimmt sind, müssen selbstverständlich eine dementsprechende größere Breite erhalten. Bei Straßen dagegen, die nur die notwendige Verbindung zwischen den Hauptverkehrsadern herstellen oder die in der Hauptsache nur von den Bewohnern der anliegenden Häuser benutzt werden (sogen. Wohnstraßen), können — zumal bei gleichzeitiger Planung von Vorgärten und kurzen Straßenzügen — erheblich geringere Anforderungen an die Breite der Fahr- und Fußwege gestellt werden. Auf diese Unterscheidung muß deshalb besonderer Wert gelegt werden, weil die Anordnung zu breiter Straßen die Anliegerleistungen und hierdurch die Baukosten unnötig erhöht, ferner weil die Straßenbreite in erster Linie für die zulässige Gebäudehöhe maßgebend ist. Eine unrichtige Bemessung der Breitenverhältnisse führt daher meist dazu, daß den Grundstücksbesitzern einerseits aus ästhetischen Rücksichten — niedrige Häuser an breiten Straßen sehen nicht schön aus — andererseits als Gegenleistung für die ihnen hinsichtlich der Arealbeschaffung angesonnenen Opfer eine intensivere Bebauung des Grund und Bodens gestattet wird. Dies hat aber wegen der regelmäßig hiermit verknüpften Steigerung der Bodenpreise eine Verteuerung der Wohnungsmieten oder eine Verschlechterung der Wohnverhältnisse fast notwendig zur Folge.

Bei Entwerfung von Bebauungsplänen werden daher künftig die vorstehend angedeuteten Gesichtspunkte mit in Betracht zu ziehen sein. Um aber dem Ministerium des Innern die Möglichkeit zu verschaffen, bei Prüfung der ihm zur Genehmigung vorgelegten Pläne beurteilen zu können, ob dies in ausreichender Weise geschehen ist, wird den Entwürfen eine genaue Darlegung der in Betracht kommenden örtlichen Verhältnisse und eine nähere Begründung der Planung beizufügen sein. Auch wird es sich unter Umständen empfehlen, um spätere Weiterungen zu vermeiden, die Zeichnungen nebst Erläuterungen noch vor ihrer öffentlichen Auslegung dem Ministerium des Innern zur vorläufigen Prüfung einzureichen.

Digitized by Google

II.

Die Anordnung verschiedener Straßenbreiten ermöglicht zugleich eine entsprechende Abstufung der Vorschriften über die Herstellung der Straßen.

Selbstverständlich müssen diejenigen, welche einen starken Verkehr zu vermitteln haben, in Bezug auf Bauart und Beschaffenheit des zu verwendenden Materials weitgehenden Anforderungen genügen. Dagegen liegt kein Bedürfnis vor, für Neben- und Wohnstraßen eine gleich kostspielige Befestigung der Fahr- und Fußwege zu verlangen. Derartige Erleichterungen werden dadurch, daß sie den Bauaufwand ermäßigen, ebenfalls dazu beitragen, die Beschaffung guter und billiger Wohnungen zu fördern.

Vom Standpunkte der Wohlfahrtspolizeipflege wird im übrigen darauf zu achten sein, daß zur Aufschüttung von Straßen und Baugründen keinesfalls faulende oder fäulnisfähige Stoffe benutzt werden, und daß Grundstücke, auf denen Ablagerungen solcher Stoffe, namentlich von Kehricht, Wirtschaftsabfällen und dergl. stattgefunden haben, vor der Bebauung zu reinigen sind, dafern diese Stoffe ihre fäulnisfähige Eigenschaft zur betreffenden Zeit noch nicht verloren haben.

III.

Über den Umfang der zulässigen baulichen Ausnutzung des Grund und Bodens in Bezug auf Bauweise, Bebauungsfähigkeit der Grundstücke, Errichtung von Hinter- und Seitengebäuden und Gebäudehöhe enthalten die meisten Ortsbauordnungen und Bauregulative nur unzulängliche Bestimmungen. Der hauptsächlichste Mangel aller dieser Vorschriften liegt aber darin, daß sie sich in der Regel gleichmäßig sowohl auf die Innenbezirke beziehen als auch auf das Außengelände, welches noch in der baulichen Entwickelung begriffen ist, bez. der Bebauung überhaupt erst erschlossen werden soll.

Dies muß offenbar zu unbefriedigenden und auf die Dauer unhaltbaren Zuständen führen. Denn Beschränkungen in der baulichen Ausnutzung des Grund und Bodens, die für erst werdendes Bauland vollkommen unbedenklich und angemessen erscheinen, sind nicht ohne weiteres auch in den älteren Ortsteilen anwendbar, weil hier mit bestehenden Verhältnissen gerechnet werden muß, die sich nur allmählich umgestalten lassen. Umgekehrt werden Vorschriften, die den Zuständen angepaßt sind, wie sie im Ortsinneren herrschen, für Außenbezirke meist vollständig ungenügend sein und zur Folge haben, daß alle die Mißstände, welche sich dort im Laufe der Zeit entwickelt haben, nun auch auf die neu entstehenden Ortsteile verpflanzt werden.

Die zu erlassenden Bauvorschriften können daher ihren Zweck — die Interessen des Grundbesitzes mit den Anforderungen der öffentlichen Wohlfahrt thunlichst in Einklang zu bringen — nur dann erreichen, wenn sie den Unterschied, der zwischen Innen- und äußeren Bezirken in natürlicher und wirtschaftlicher Hinsicht besteht, gebührend berücksichtigen und demnach für die hieraus sich ergebenden einzelnen Zonen gesonderte Bestimmungen treffen.

Bei Feststellung dieser Zonen werden zunächst diejenigen Ortsteile zu bestimmen sein, wo es nur im beschränkten Umfange möglich ist, die im Laufe der Zeit durch zu große Hanshöhen und zu dichte Bebauung der Höfe entstandenen ungünstigen Wohnungsverhältnisse wesentlich zu verbessern, ohne gleichzeitig umfängliche Straßenverbreiterungen und -durchbrüche vorzunehmen. Dann wird eine

Digitized by Google

Zone kommen, die zwar noch nicht so dicht wie das Ortsinnere bebaut ist, wo aber doch entsprechende Vorschriften zur Einschränkung der zu weit gehenden baulichen Ausnützung des Grund und Bodens sowohl nach der Fläche, als nach der Höhe angezeigt erscheinen, um eine günstigere Gestaltung der Wohnungszustände herbeizuführen. Hieran endlich werden sich die eigentlichen Außenbezirke anschließen, die noch in den Anfängen der baulichen Entwickelung stehen oder der Bebauung überhaupt erst erschlossen werden sollen. Alle diese Zonen sind nicht etwa als concentrische Ringe zu denken, sondern den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend abzustufen. Wo eine solche Einteilung der Gemeindeflur in verschiedene äußerlich abgegrenzte Baubezirke aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen ungeeignet sein sollte, läßt sich eine sachgemäße Abstufung der Bauvorschriften auch dadurch ermöglichen, daß unterschieden wird zwischen bereits bebauten Straßen, ferner solchen, die nur vereinzelt mit Häusern besetzt sind, endlich den noch ganz unbebauten und den erst künftig geplanten Straßen.

Bei Regelung dieser Fragen werden die Baupolizeibehörden namentlich folgenden Punkten ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden haben:

1. Bauweise.

In ländlichen Gemeinden möchte in der Regel an freistehender Bauweise festgehalten werden. Für Stadtgemeinden und städtisch entwickelte Landgemeinden ist mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Geschäfts- und Verkehrslebens die geschlossene Bauweise zwar nicht zu umgehen, sie wird aber auf das Maß des hiernach Notwendigen zu beschränken sein. In der Regel wird es sich empfehlen, die Bebauung so anzuordnen, daß sie von innen nach den äußeren Bezirken fortschreitend sich weiträumiger gestaltet.

Innerhalb bebauter Ortsteile wird dies meist nur dadurch erreicht werden können, daß man für solche Straßenzüge, an denen bereits freistehend gebaut ist, die Beibehaltung dieser Bauart durch ausdrückliche Vorschrift auch für die Zukunft sicher stellt. Wenn es sich dagegen um Gelände handelt, welches der Bebauung erst erschlossen werden soll, wird es zweckmäßig sein, von vornherein die Baublöcke zu bestimmen, welche offen und welche geschlossen zu bebauen sind. Ob von jenen wiederum einzelne für eigentliche Villenanlagen im Gegensatze zu freistehenden Mietshäusern, ferner ob einzelne Baublöcke oder ganze Stadtteile ausschließlich für Errichtung von Wohnhäusern oder von Fabriken vorbehalten bleiben sollen, richtet sich nach den örtlichen Bedürfnissen.

Der Abstand von der seitlichen Nachbargrenze, der bei freistehender Bauweise einzuhalten ist, muß in einem angemessenen Verhältnisse zur Gebäudehöhe stehen und wird daher in der Regel nicht unter zwei Drittel der Hauptfirsthöhe betragen dürfen. Größere Entfernungen werden für Villen i. e. S. und ferner für Doppel- und Gruppenhäuser vorzuschreiben sein. Der hiernach verbleibende Zwischenraum wird — abgesehen von Veranden, Freitreppen und ähnlichen Anbauten, sowie von kleinen Gartenhäuschen, sofern derartige Baulichkeiten sich in bestimmten Grenzen halten — nicht überbaut werden dürfen.

2. Bebauungsfähigkeit der Grundstücke und Hofräume.

a) Eine zu dichte Bebauung wird sich mit Erfolg verhindern lassen, wenn ein bestimmter Bruchteil der Gesamtfläche jedes einzelnen Grundstücks von der Bebauung überhaupt ausgeschlossen wird. Selbstverständlich darf nach Bebauung eines

Digitized by Google

Grundstücks dieses Verhältnis auch nicht durch etwaige spätere Abtrennungen wieder verändert werden. Ebenso dürfen unbebaute Flächen, die nach Lage und Gestalt für Erhellung und Lüftung der Gebäude ohne Nutzen sind, bei der Berechnung nicht berücksichtigt werden.

Wenn bei Regelung dieser Frage für bereits bestehende Ortsteile auch mit Vorsicht und thunlichster Rücksichtnahme auf die Besitzer bebauter Grundstücke vorgegangen werden muß, so dürfen doch die hiermit verbundenen Schwierigkeiten nicht davon abhalten, auf eine Besserung der Wohnverhältnisse im Ortsinnern durch allmähliche Beseitigung vorhandener Übelstände hinzuwirken. Es wird daher auch hier die Bebauungsfähigkeit des Grund und Bodens angemessen zu beschränken, jedoch zugleich Vorkehrung zu treffen sein, daß bisher weniger dicht bebaute Grundstücke nun nicht etwa gleichfalls bis zum festgesetzten Höchstmaß überbaut werden können. Denn wäre dies die Folge, so würden derartige Bestimmungen ihren Zweck völlig verfehlen und den bestehenden Zustand statt zu verbessern, nur verschlechtern.

In Bezug auf die Bebauungsfähigkeit der Grundstücke im inneren Stadtbezirke bestimmt z. B. die Bauordnung für Altona (vom 15. November 1892), daß die Grundfläche im allgemeinen nur bis zu drei Viertel, bei Anlage von Etagehäusern, d. s. Häuser, in denen sich mehr als zwei selbständige Wohnungen in verschiedenen Stockwerken befinden, nur bis zu zwei Drittel, und wenn Hinterwohnungen eingerichtet werden sollen, nur bis zur Hälfte bebaut werden darf. Außerdem ist die Baupolizeibehörde berechtigt, bei erheblichen Veränderungsbauten an vorhandenen Gebäuden zu verlangen, daß gleichzeitig die an sich nicht berührten älteren Gebäudeteile, soweit sie den Vorschriften der Bauordnung nicht entsprechen, mit diesen in Einklang gebracht werden.

In den äußeren Bezirken, nach Befinden auch für noch unbebaute Flächen im Ortsinnern, wird es in der Regel keinem Bedenken unterliegen, die Grenze der Bebaubarkeit eines Grundstücks ausschließlich den Rücksichten und Bedürfnissen der öffentlichen Wohlfahrt entsprechend festzusetzen, wie dies z. B. in der Banpolizeiordnung für die Vororte von Berlin (vom 5. Dezember 1892), ferner in den Bauordnungen für Breslau (5. Dezember 1892) und Altona der Fall ist, wo verlangt wird, daß unter Umständen bis zu sieben Zehntel der gesamten Grundfläche unbebaut bleiben muß.

b) Von dem nach Vorstehendem unbebaubaren Raume muß eine genügend große Fläche als Hof oder Garten unmittelbar hinter jedem Vordergebäude liegen. Ihre Tiefe wird sich sachgemäß nach der Höhe des Vorderhauses richten und deshalb je nach Lage der Grundstücke (ob im Innen- oder einem äußeren Bezirke) und nach ihrer Bebauung (ob geschlossen oder offen) auf wenigstens zwei Drittel bis volle oder anderthalbfache Hauptsimshöhe des Vorderhauses festzusetzen sein. Wo freistehende Bauweise mit Vorgärten angeordnet ist, kann nach Befinden die Tiefe des Vorgartenlandes wenigstens zum Teil auf die Mindestgröße des Hofes in Anrechnung kommen.

Recht zweckmäßig erscheint es auch, die Größe des Hofraumes entweder nach dem Flächeninhalt oder nach der Zahl der auf dem betreffenden Grundstück befindlichen Wohnungen zu bemessen. So schreibt beispielsweise die Altonaer Bauordnung vor, daß bei Errichtung von Häusern, in denen sich mehr als zwei selbständige Wohnungen in verschiedenen Stockwerken befinden oder die Hinterwohnungen ent-

Digitized by Google

halten, für jede anzulegende Wohnung im inneren Stadtbezirke wenigstens 15 qm, in den Vororten bezw. Außenbezirken aber 40–100 qm der Bodenfläche unbebaut bleiben müssen.

3. Nebengebäude.

a) Nebengebäude — mit Ausnahme kleiner Wirtschaftsgebäude, die als Schuppen, Waschhaus, Stall, als Kutscher-, Hausmanns- oder Gärtnerwohnung dienen — werden in der Regel nur dort zuzulassen sein, wo gewerbliche Anlagen errichtet werden dürfen.

b) Um zu verhüten, daß sich innerhalb der einzelnen Baublöcke geschlossene Reihen von Nebengebäuden bilden, wird vorzuschreiben sein, daß sie entweder mit Einhaltung eines angemessenen Abstandes von der hinteren Grundstücksgrenze entlang der seitlichen Nachbargrenze zu errichten sind, oder daß ihre Giebel von letzterer mindestens einen Abstand erhalten, wie er für freistehende Vordergebäude vorgeschrieben ist.

c) Die Entfernung zwischen Neben- und Vordergebäude soll wenigstens der Höhe des letzteren — von der Sohle des Hofes bis zur Hauptsimsoberkante gemessen — gleichkommen. Wenn jedoch die Nebengebäude zur Aufnahme von Fabrikbetrieben bestimmt sind, wird in der Regel die Einhaltung eines größeren Abstandes zu verlangen sein. Hierbei empfiehlt es sich jedoch ausdrücklich festzusetzen, daß bei Vorderhäusern, die niedriger sind, als die baupolizeilichen Vorschriften an sich gestatten, nicht das thatsächliche, sondern das zulässige Höhenmaß der Berechnung zu Grunde zu legen ist. Der vorgeschriebene Zwischenraum zwischen Vorder- und Nebengebäude darf selbstverständlich nicht überbaut werden, auch nicht durch die im Absatz a erwähnten kleinen Wirtschafts- und diesen ähnlichen Gebäude. Wo die Höhe der Hauptgebäude bauordnungsmäßig auf Erd- und ein Obergeschoß beschränkt ist, würden obige Entfernungsmaße nicht genügen, um eine befriedigende Gestaltung der Licht- und Luftverhältnisse zu sichern. In solchen Fällen wird ein Abstand von etwa 9—12 m zu verlangen sein.

Bei offener Bauweise werden Nebengebäude, welche an der seitlichen Nachbargrenze stehen (z. vergl. jedoch Ziffer 1, Abs. 3 a. E.) und die vom Giebel des Vorderhauses gegebene Flucht nicht überschreiten, bis auf etwa 3–5 m an letzteres herangerückt werden können.

Wenn mehrere Nebengebäude auf einem Grundstück errichtet werden, so muß wenigstens vor der Hauptfront eines jeden eine unbebaute Fläche liegen, welche obigen Anforderungen entspricht.

Recht beachtenswert erscheint die Regelung dieser Frage z. B. in der Baupolizeiordnung für die Vororte Berlins. Hier wird verlangt, daß in Baublöcken, die nicht zur Anlage von Landhäusern vorbehalten sind, bei Errichtung von Seiten- oder Mittelflügeln zwischen diesen, dem Vorderhause und der Nachbargrenze sich überall ein Kreis eintragen lassen muß, dessen Durchmesser der größten Höhe der umgebenden Gebäude gleichkommt, wenigstens aber 12 m beträgt; wird ein Querflügel (Hinterhaus) eingebaut, so hat der Kreis zwischen ihm und dem Vordergebäude einen Durchmesser von wenigstens 15 m und, wenn der Querflügel durch einen Seitenflügel mit dem Vorderhause verbunden wird, einen Durchmesser von wenigstens 18 m zu erhalten.

d) Kommen Nebengebäude nicht unmittelbar an die Nachbargrenze zu stehen, so wird zu verlangen sein, daß auch auf ihrer Rückseite nach der Nachbargrenze zu

Digitized by Google

ein unbebauter Hof vorhanden ist, dessen räumlicher Umfang sich nach den allgemeinen Grundsätzen über Hoftiefe zu richten hat, dafern das betreffende Nebengebäude nach dem Nachbargrundstück Fenster erhalten soll; anderenfalls wird der Grenzabstand geringer bemessen werden können.

e) Nebengebäude dürfen die Vordergebäude keinesfalls überragen und sollen — von öffentlichen Gebäuden und Fabrikanlagen abgesehen — nur aus Erd- und einem Obergeschoß mit einer Firsthöhe von nicht über 9 m bestehen. Ebenso wird ihre grundräumliche Ausdehnung angemessen zu beschränken sein. Werden Nebengebäude in den bemerkten Ausnahmefällen höher aufgeführt, so müssen selbstverständlich die einzuhaltenden Abstände angemessen vergrößert werden.

f) Bei den oben erwähnten kleinen Wirtschaftsgebäuden wird man sich in der Regel, sofern deren Höhe auf ein bestimmtes Maß — etwa 4 m — beschränkt bleibt, mit einem geringeren Abstand — etwa 6 m — vom Vorderhause begnügen können.

g) Da die ungesunden Wohnungsverhältnisse, deren Beseitigung angestrebt werden muß, zum großen Teil auf die Art und Weise der Hof- und Hinterlandsbebauung zurückzuführen sind, wie sie in den älteren Ortsteilen vielfach vorzukommen pflegt, so wird die Frage, welche Anordnungen zu treffen sind, um den vorhandenen Übelständen soweit als irgend möglich abzuhelfen, und in welchem Umfange zu diesem Behufe obige Grundsätze auch bereits bebauten Grundstücken gegenüber Anwendung finden sollen, eingehend zu prüfen und ganz besonders sorgfältig zu regeln sein. Selbstverständlich müssen auch diese Vorschriften eine Fassung erhalten, daß eine Verschlechterung bestehender Verhältnisse in dem oben Ziffer 2 unter a) angegebenen Sinne hierbei ausgeschlossen erscheint.

4. Höhe der Vordergebäude.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die Höhe der Vordergebäude die zwischen den Baufluchtlinien gemessene Straßenbreite keinesfalls überschreiten soll. In den äußeren Bezirken wird man dieses Höhenmaß sogar unbedenklich auf zwei Drittel der Straßenbreite beschränken können. Außerdem wird jedoch noch ein gewisses Höchstmaß festzusetzen sein, über welches hinaus auch bei größerer Straßenbreite nicht gebaut werden darf.

Um den eigenartigen Charakter der ländlichen Gemeinden und kleinen Städte thunlichst zu erhalten, empfiehlt es sich, hier — abgesehen von öffentlichen Gebäuden, sowie von Fabriken, Lagerhäusern und anderen nicht zu Wohnzwecken dienenden Gebäuden, deren Höhe sich jedoch im übrigen nach den für den betreffenden Ortsteil geltenden Bestimmungen richten muß — in der Regel nur Gebäude zuzulassen, die aus nicht mehr als zwei Geschossen (Erd- und Obergeschoß) und unter Umständen noch aus Dachausbau bestehen. Aber auch für größere Städte und städtisch entwickelte Landgemeinden wird die Zahl der Geschosse in der Regel auf drei zu beschränken und nur ausnahmsweise bei besonders breit angelegten Verkehrs- und Geschäftsstraßen oder an öffentlichen Plätzen der Aufbau eines vierten Geschosses zu gestatten sein. Hierbei ist unter „Geschoß“ stets auch das Erdgeschoß mit zu verstehen. Aufbauten über dem Dache werden nur dann nicht der Gebäudehöhe zuzurechnen und als volles Geschoß zu behandeln sein, wenn sie entweder hinter einer unter 45 Grad gegen den Horizont geneigten Ebene zurückbleiben oder insgesamt nicht mehr als etwa ein Drittel der Gebäudelänge einnehmen.

Digitized by Google

Da Dachwohnungen nicht als wünschenswert bezeichnet werden können, wird im allgemeinen Dachausbau nur insoweit zuzulassen sein, als er durch architektonische Rücksichten bedingt ist und die hierdurch gewonnenen Räume lediglich als Nebengelaß für die in den anderen Stockwerken vorhandenen Wohnungen Verwendung finden.

Die Höhe der Gebäude steht namentlich in älteren Stadtteilen vielfach in erheblichem Mißverhältnisse zur Straßenbreite. Um auch hier eine allmähliche Besserung anzubahnen, erscheint es notwendig, für die engeren Straßen, sofern nicht durch Aufstellung neuer Baufluchtlinien ihre Verbreiterung in Aussicht genommen werden kann, eine angemessene Beschränkung der Bauhöhe eintreten zu lassen und den Wiederaufbau in der früheren Weise nur dann zu gestatten, wenn sich hierdurch im Vergleiche zum alten Bestande im übrigen ein wesentlicher Fortschritt ergiebt. In dieser Beziehung bestimmt z. B. die Breslauer Ortsbauordnung, daß Gebäude, deren Höhe die einfache Straßenbreite übersteigt, keinesfalls höher als zeither, im übrigen aber nur in einer der $1^1/_4$fachen Straßenbreite entsprechenden Höhe umbez. neu aufgebaut werden dürfen.

5. Anlage der Wohnungen.

Wenn durch Beachtung der vorstehend angegebenen Grundsätze auch sehr wichtige äußere Vorbedingungen für die Anlage gesunder Wohnräume geschaffen werden, so macht sich doch, um eine durchgreifende Besserung der allgemeinen Wohnverhältnisse der weniger bemittelten Volkskreise herbeizuführen, noch eine Reihe weiterer Maßnahmen erforderlich.

a) In erster Linie kommt es aus den bereits eingangs angedeuteten Gründen darauf an, das Entstehen neuer Mietskasernen, obschon sie nicht in allen Fällen ganz ausgeschlossen werden können, doch soweit es eben möglich ist, zu verhindern.

Es erscheint deshalb geboten, geeignete Vorschriften zu erlassen, welche, von besonderen Ausnahmefällen abgesehen, nicht nur die Errichtung von Mietshäusern in ungewöhnlich großer, räumlicher Ausdehnung mit vielen kleinen Wohnungen ausschließen, sondern auch die in einem Stockwerke zulässige Zahl der letzteren angemessen beschränken. Zu diesem Behufe empfiehlt es sich auch, für die Frontlänge und die Tiefe der Wohngebäude ein bestimmtes Maß festzusetzen (etwa 15 : 13), welches in der Regel nicht überschritten werden darf.

b) Ganz besonders wichtig erscheint aber eine sachgemäße polizeiliche Regelung und eine strenge Überwachung des Schlafstellenwesens, um eine unvernünftige Ausnutzung und unangemessene Überfüllung der Räume durch Vermieten als Schlafstellen und dergl. zu verhüten.

c) Eine Familienwohnung soll in der Regel mindestens aus einem gut beheizbaren Wohn-, einem Schlafraum und womöglich einer Küche, sowie aus dem nötigen Gelaß zur Aufbewahrung von Gerätschaften, Holz u. s. w. bestehen. Wohn- und Schlafraum müssen zusammen wenigstens 30 qm Grundfläche haben und ebenso wie die Küche mit beweglichen Fenstern versehen sein. Die Gesamtfläche der Wohn- und Schlafraumfenster soll wenigstens ein Zwölftel der Grundfläche beider Räume betragen. Die Fenster sollen unmittelbar ins Freie führen und zwar wenigstens eins davon nach der Straße, die übrigen

Digitized by Google

aber nach einem den Anforderungen unter Ziffer 2 Abs. b bez. Ziffer 3 Abs. c entsprechenden Hofe. Auch erscheint es wünschenswert, daß jede Wohnung wenigstens zwei sich gegenüber liegende Fenster hat, um eine gründliche Lüftung der Räume zu ermöglichen. Endlich wird darauf zu achten sein, daß thunlichst jede Familienwohnung je einen besonderen Abort erhält und daß auch die Abtrittsanlagen mit genügend hellen, unmittelbar ins Freie führenden, beweglichen Fenstern versehen sind.

d) Als überfüllt ist eine Wohnung anzusehen, wenn sie nicht für jede erwachsene Person wenigstens 20 und für jedes Kind wenigstens 10 cbm Luftraum bietet. Es wird daher in solchen Fällen nach Befinden eine Leerstellung der betreffenden Räume zu verlangen sein. Obschon die Wohlfahrtspolizeibehörde auch jetzt schon zu einem derartigen Einschreiten unter Umständen befugt sein würde, empfiehlt es sich doch, eine hierauf bezügliche ausdrückliche Bestimmung in die Ortsbauordnungen aufzunehmen.

Da die vorstehend unter c) und d) angegebenen Raumgrößen nur das Mindestmaß des Wünschenswerten enthalten, so wird in jedem Falle eingehend zu prüfen sein, ob die örtlichen Verhältnisse nicht gestatten, in dieser Hinsicht noch weitergehende Anforderungen an die räumliche Beschaffenheit von Familienwohnungen zu stellen.

e) In Nebengebäuden, sofern sie nicht bei freistehender Bauweise an der seitlichen Nachbargrenze errichtet werden, sollen Wohnungen überhaupt nicht eingebaut werden. Ebenso werden sie im Kellergeschosse grundsätzlich auszuschließen und höchstens für freistehende Häuser als Hausmanns-, Gärtner- oder Kutscherwohnung zuzulassen sein.

Die Kreishauptmannschaften werden veranlaßt, die Baupolizeibehörden entsprechend anzuweisen, ihnen auch zur Pflicht zu machen, bei Entschließung auf die einzelnen Baugesuche künftig die vorstehend angegebenen Grundsätze sich, soweit angänglich, zur Richtschnur zu nehmen.

Im übrigen behält sich das Ministerium vor, in den vorstehenden Grundsätzen je nach den Erfahrungen, die sich bei ihrer Anwendung ergeben, unter Umständen die erforderlichen Änderungen eintreten zu lassen.

Die Bezirksärzte sind vom Inhalte dieser Verordnung gleichfalls in Kenntnis zu setzen.

Dresden, den 30. September 1886.

Ministerium des Innern.
von Metzsch.

Digitized by Google

III. Vierteljahrs-Chronik.

Wirtschaftlich-soziale Umschau.

(Juli—September.)

Dresden, Anfang Oktober 1898.

Das verflossene Vierteljahr bleibt gekennzeichnet durch den tiefen Schmerz, der die deutsche Nation seit der Nachricht von dem am 30. Juli erfolgten Tode des Fürsten Bismarck bewegt hat. Es ist an einer anderen Stelle dieses Heftes versucht worden, darüber zu berichten, was Fürst Bismarck nicht nur für sein deutsches Vaterland und für die Arbeiterwelt, sondern auch für andere Kulturstaaten geleistet hat. Noch ein zweiter tiefschmerzlicher Trauerfall fällt in die Zeit des letzten Vierteljahrs: die am 10. September zu Genf erfolgte entsetzliche Ermordung der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich durch einen fanatischen Anarchisten Namens Luccheni. Attentate auf gekrönte Häupter und leitende politische Persönlichkeiten sind ja leider in der Gegenwart nicht selten, allein der Fall, daß eine wehrlose Frau, die nie in ihrem Leben eine politische Rolle gespielt und in ihrer hohen Stellung viel zur Hülfe und Linderung menschlichen Elends beigetragen hat, das Opfer einer bestialischen Rohheit werden mußte, hat die allgemeine Empörung über das Verbrechen und das Mitgefühl mit dem greisen, hartgeprüften österreichischen Kaiser nur erhöhen können. Die Tendenz des „Anarchismus der That", Personen zu morden, nur weil sie begütert und hervorragend sind, ist durch den Mörder in cynischer Offenheit eingestanden worden. Es ist erklärlich, daß wie bei ähnlichen Mordanfällen auch angesichts des Genfer Mordes ernstliche Erwägungen zur energischen Bekämpfung des Anarchismus in den Vordergrund treten und das Interesse der Öffentlichkeit in Anspruch nehmen. Man wird jedoch solche, Gott sei

Digitized by Google

Dank, doch vereinzelten Ausfälle bestialischer Rohheit nur durch eine allgemeine Beteiligung aller Volksklassen an allen Bestrebungen für Bildung, Gesittung und Veredelung der Gemüter abwenden können. Insbesondere wird man in allen Kulturstaaten auch bemüht sein müssen, die Unsicherheit des äußeren Friedens zu beseitigen, die Lasten zur Erhaltung und stetigen Erweiterung der militärischen Sicherheit den unbemittelten Klassen abzunehmen und namentlich auch sich elternloser Waisen und verwahrloster Kinder, wie der Mörder Luccheni eines war, anzunehmen, um sie vor Unzufriedenheit und Grübelei über die socialen Übelstände zu bewahren und zu nützlichen gesitteten Menschen zu erziehen. Für diese Bildungszwecke, für Erziehung der Jugend und für Fortbildung der Erwachsenen, Emporhebung ihrer Gemüter zum Genuß der Natur, zur Veredelung der Erholungen und zur Förderung aller Mäßigkeits-, Enthaltsamkeits- und Sittlichkeitsbestrebungen der Gegenwart sollte jeder Staat und jeder Privatmann weit mehr opfern als man gewöhnlich für nötig hält. Eine Aussicht auf einen Umschwung in der Richtung auf Verbesserung und Veredelung der Volkssitten und Verhinderung von Gewaltthaten bietet vielleicht der Erlaß des russischen Kaisers vom 24. August d. J., welcher „die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und eine mögliche Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen" erstreben und anregen will und zu den wichtigsten Ereignissen unserer Berichtsperiode zu zählen ist. Das vom russischen auswärtigen Minister Graf Murawjew allen in Petersburg akkreditierten auswärtigen Vertretern überreichte Schreiben lautet:

„Die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und eine mögliche Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen, welche auf allen Nationen lasten, stellen sich in der gegenwärtigen Lage der ganzen Welt als ein Ideal dar, auf das die Bemühungen aller Regierungen gerichtet sein müßten. Das humane und hochherzige Streben Sr. Majestät des Kaisers, meines erhabenen Herrn, ist ganz dieser Aufgabe gewidmet. In der Überzeugung, daß dieses erhabene Endziel den wesentlichsten Interessen und den berechtigten Wünschen aller Mächte entspricht, glaubt die kaiserliche Regierung, daß der gegenwärtige Augenblick äußerst günstig dazu sei, auf dem Wege internationaler Beratung die wirksamsten Mittel zu suchen, um allen Völkern die Wohlthaten wahren und dauernden Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwickelung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen. Im Verlaufe der letzten zwanzig

Digitized by Google

Jahre hat der Wunsch nach einer allgemeinen Beruhigung in dem Empfinden der zivilisierten Nationen besonders festen Fuß gefaßt. Die Erhaltung des Friedens ist als Endziel der internationalen Politik aufgestellt worden. Im Namen des Friedens haben große Staaten mächtige Bündnisse mit einander geschlossen. Um den Frieden besser zu wahren, haben sie in bisher unbekanntem Grade ihre Militärmacht entwickelt und fahren fort, sie zu verstärken, ohne vor irgend einem Opfer zurückzuschrecken. Alle ihre Bemühungen haben dennoch noch nicht das segensreiche Ergebnis der ersehnten Friedensstiftung zeitigen können. Da die finanziellen Lasten eine steigende Richtung verfolgen und die Volkswohlfahrt an ihrer Wurzel treffen, so werden die geistigen und physischen Kräfte der Völker, die Arbeit und das Kapital zum großen Teile von ihrer natürlichen Bestimmung abgelenkt und in unproduktiver Weise aufgezehrt. Hunderte von Millionen werden aufgewendet, um furchtbare Zerstörungsmaschinen zu beschaffen, die heute als das letzte Wort der Wissenschaft betrachtet werden und schon morgen dazu verurteilt sind, jeden Wert zu verlieren infolge irgend einer neuen Entdeckung auf diesem Gebiete. Die nationale Kultur, der wirtschaftliche Fortschritt, die Erzeugung von Werten sehen sich in ihrer Entwickelung gelähmt und irregeführt. Daher entsprechen in dem Maße, wie die Rüstungen einer jeden Macht anwachsen, diese immer weniger und weniger dem Zweck, den sich die betreffende Regierung gesetzt hat. Die wirtschaftlichen Krisen sind zum großen Teil hervorgerufen durch das System der Rüstungen bis aufs Äußerste, und die ständige Gefahr, welche in dieser Kriegsstoffansammlung ruht, machen die Armeen unserer Tage zu einer erdrückenden Last, welche die Völker mehr und mehr nur mit Mühe tragen können.

Es ist deshalb klar, daß, wenn diese Lage sich noch weiter so hinzieht, sie in verhängnisvoller Weise zu eben der Katastrophe führen würde, welche man zu vermeiden wünscht und deren Schrecken jeden Menschen schon beim bloßen Gedanken schaudern machen. Diesen unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen und die Mittel zu suchen, dem Unheil vorzubeugen, das die ganze Welt bedroht, das ist die höchste Pflicht, welche sich heutzutage allen Staaten aufzwingt.

Durchdrungen von diesem Gefühl, hat Se. Majestät geruht, mir zu befehlen, allen Regierungen, deren Vertreter am kaiserlichen Hof akkredirt sind, den Zusammentritt einer Konferenz

Digitized by Google

vorzuschlagen, welche sich mit dieser ernsten Frage zu beschäftigen hätte. Diese Konferenz würde mit Gottes Hülfe ein günstiges Vorzeichen des kommenden Jahrhunderts sein. Sie würde in einem mächtigen Bündel die Bestrebungen aller Staaten vereinigen, welche aufrichtig darum bemüht sind, den großen Gedanken des Weltfriedens triumphieren zu lassen über alle Elemente des Unfriedens und der Zwietracht. Sie würde zugleich ihr Zusammengehen besiegeln durch eine solidarische Weihe der Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit, auf denen die Sicherheit der Staaten und die Wohlfahrt der Völker beruhen."

Was die allgemeine wirtschaftliche Lage anlangt, so ist dieselbe durch die inzwischen erfolgte Beendigung des spanisch-amerikanischen Krieges neu gefestigt worden. Für Spanien werden die unglücklichen Folgen des Krieges sich hauptsächlich durch den Verlust der großen westindischen Kolonieen fühlbar machen, man kann jedoch der Hoffnung Raum geben, daß gerade der Verlust von Kuba und wahrscheinlich auch des größten Teiles der Philippinen, deren Verwaltung dem Mutterlande andauernd große finanzielle Opfer auferlegte, nunmehr der spanischen Regierung die Möglichkeit einer sorgfältigeren Pflege der wirtschaftlichen Verhältnisse des kontinentalen Besitzes und der Befestigung des erschütterten Kredits gewähren wird. Wenn auch die deutsche Ausfuhrindustrie durch den spanisch-amerikanischen Krieg nicht unberührt geblieben ist, so sind diese geschäftlichen Beeinträchtigungen doch glücklicherweise hinter den Befürchtungen zurückgeblieben. Gegenwärtig sind Hauptindustrieen Deutschlands, namentlich die Eisen- und Maschinenindustrie, die Elektrotechnik, die chemische Industrie u. a. stark beschäftigt und immer noch im Aufschwung begriffen. In der Textilindustrie allerdings macht sich in manchen Branchen eine fühlbare Stockung geltend. Das Bauhandwerk und alle mit ihm zusammenhängenden Gewerbe haben reichlich zu thun und die Löhne der Arbeiter sind durchweg als gute zu bezeichnen. Daß die deutschen Großindustriellen auch — wie die nachfolgenden Berichte und Notizen, vor allem die „Ehrentafel", beweisen — in guten Zeiten darauf bedacht sind, ihren Beamten und Arbeitern eine bessere Zukunft zu sichern, kann den Menschenfreund nur mit Befriedigung erfüllen. Es fehlt nicht an Anzeichen, daß selbst die großen Opfer, die die obligatorische Arbeiterversicherung von den Arbeitgebern fordert, die Willigkeit in der Arbeiterfürsorge nicht geschwächt haben. Es sind schon erhebliche Zahlen, mit denen die

Digitized by Google

Abschlüsse der einzelnen Arbeiterversicherungskategorieen hervortreten können und es muß eine gerechte Befriedigung erwecken, daß nunmehr auch England, Frankreich, Italien, Schweden und andere Länder die deutsche Arbeiterversicherung sich als Vorbild für ähnliche eigene Institutionen nehmen; allein es darf der Blick für das, was in dieser Richtung noch zu thun übrig bleibt, dadurch nicht geschwächt werden. Wir denken hier vor allem an eine der notwendigsten Aufgaben der Fürsorge für den kleinen Mann: an die Lösung der Wohnungsfrage. Wenn auch die Mittel der Invaliditäts- und Altersversicherung erfreulicher Weise schon in bedeutender Höhe der Förderung von Arbeiterwohnungen zufließen — bis Ende 1897 ein Betrag von 21 411 639 Mk. —, so darf man doch nicht außer Acht lassen, daß diese Frage, die von hervorragenden Socialpolitikern für brennender gehalten wird als die ganze Lohn- und Versicherungsfrage, sich auch für Deutschland immer mehr zuspitzt. Daß die Zufriedenheit der unteren Klassen durch eine menschenwürdigere Gestaltung der Wohnungsverhältnisse gefördert werden kann, ist unzweifelhaft, da zahlreiche andere Übelstände dem Wohnungselend entspringen. Hier gilt es den Hebel anzusetzen! Die Selbsthülfe, welche gerade in der Wohnungsfrage sich in neuester Zeit erfreulich entwickelt, kann allein die Frage nicht lösen, hier muß endlich auch vom Staat und von den Gemeinden energisch eingegriffen werden, wie das in England, Belgien, Frankreich bereits längst mit gutem Erfolg geschehen ist. Auch die junge Königin Wilhelmina von Holland hat in ihrer ersten Thronrede sofort den wundesten Punkt in der socialen Lage berührt und durch das erste Parlament ihrer Regierung ein Gesetz zur Besserung der Wohnverhältnisse der unteren Klassen angekündigt. Möge die Kommission für Arbeitsstatistik ihre ursprüngliche Rührigkeit in einer Untersuchung der Wohnverhältnisse der unteren Klassen wiederfinden, um Unterlagen zu schaffen für die Richtung, in welcher Staat, Gemeinde, Gesellschaften und Private gemeinsam dem hohen Ziele der Verbesserung der Kleinwohnungsfrage zustreben können!

Digitized by Google

Berichte und Notizen.

(Abgeschlossen am 15. September.)

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Der 7. Internationale Binnenschiffahrtskongreß wurde am 25. Juli in Brüssel, unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung, mit einer Begrüßung des belgischen Ministers der öffentlichen Arbeiten de Bruyn, unter dem Vorsitz des Präsidenten Helleputte, eröffnet. Deutschland war durch den Direktor des Preuß. Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, Geh. Oberregierungsrat Schultz, vertreten, derselbe schilderte, was Deutschland und speziell Preußen für den Wasserbau bisher gethan und was weiter geplant sei. Insbesondere erörterte er die Notwendigkeit des Dortmund-Rheinkanals und des Mittellandkanals, indem er die Solidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft betonte. Übrigens machte der Redner die wichtige Mitteilung, daß die preußische Regierung in der nächsten Landtagssession 400 Mill. M. für neue Kanalbauten fordern werde. Hierauf begannen die fachlichen Sektionsberatungen. Am 29. beendete der Kongreß die Arbeiten der Abteilungen. Der nächste Internationale Binnenschiffahrtskongreß findet 1900 in Paris statt.

Die diesjährige Hauptversammlung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft wurde am 29. Juni in Danzig unter dem Vorsitze ihres Präsidenten Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg eröffnet. In der am 28. Juni abgehaltenen Vorstandssitzung erstattete Herzog Johann Albrecht in ausführlicher Weise den Thätigkeitsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr, die Hauptversammlung eröffnete derselbe mit einem die Vereinsziele beleuchtenden längeren Vortrage. In der Vorstandssitzung wurde ein Ausschußantrag auf eine gesetzliche Bestimmung, daß großjährige Deutsche, welche auf Grund eigenen Antrages eine fremdländische Staatsangehörigkeit erwerben und sich zehn Jahre lang im Auslande aufhalten, die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, abgelehnt und dafür der Antrag des Präsidenten angenommen: „ein Deutscher verliert die deutsche Reichsangehörigkeit nur auf eigenen Antrag". Für eine im kolonialen Interesse auszurüstende Handelsexpedition in das Hinterland von Kamerun wurde unter der Bedingung, daß die Kolonialgesellschaft die Aufsicht über die Ausführung dieser Expedition sich vorbehalte, eine Beihülfe von 25000 Mk. bewilligt. Es wurde ferner beschlossen, Anträge an die Reichsregierung auf Weiterbau der Usambara-Eisenbahn, auf Erleichterungen in der Erfüllung der Wehrpflicht von in den Kolonien sich aufhaltenden wehrpflichtigen Reichsangehörigen, sowie auf Regelung der Abgrenzungen der Togo-Kolonie zu richten. Ferner beschloß die Versammlung, daß die Abteilung Berlin eine Stellenvermittelung für aus den Schutzgebieten heimkehrende Unteroffiziere und Mannschaften errichten solle. Die Wichtigkeit der deutschen Kolonialbestrebungen wurden später beim Festmahl insbesondere durch den Oberpräsidenten von Goßler und durch von Bennigsen in längeren Reden beleuchtet. Die Mitgliederzahl der D. K.-G. ist auf 25800 gestiegen. Die nächste Vorstandssitzung findet im Herbst d. J. in Breslau statt.

Digitized by Google

Der 24. deutsche Juristentag, welcher vom 11.—14. September in Posen tagte, hat außer Beschlüssen rein juristischen Inhaltes auch solche gefaßt, die das wirtschaftliche Gebiet berühren. Hierhin gehört der auf Antrag des Geh. Justizrat Prof. Dr. Brunner gefaßte Beschluß über den Schutz der Bauhandwerker, welcher also lautet:

1. „Es empfiehlt sich zum Schutze der Baugläubiger in Neubaubezirken die Bauerlaubnis von der Eintragung eines Bauvermerks in das Grundbuch abhängig zu machen, an den die Sicherung der Bauforderungen zu knüpfen ist.

2. Sind die Verträge mit den Bauhandwerkern und Arbeitern nicht im Namen oder für Rechnung des Bauherrn geschlossen, so können jene durch wirksame Anmeldung ihrer Ansprüche ein Pfandrecht an den angemeldeten Bauforderungen des Vormanns erwerben."

Die diesjährige Hauptversammlung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wurde anläßlich der landwirtschaftlichen Ausstellung am 2. Juli in Dresden unter dem Vorsitze des diesjährigen Präsidenten der Gesellschaft, Prinzen Friedrich August von Sachsen abgehalten. Nach dem Bericht des Schatzmeisters der Gesellschaft, Ökonomierat Poppendorff-Berlin, belief sich der Rechnungsabschluß für 1897 an Aktiven und Passiven auf 1107106 Mk. Das Vermögen der Gesellschaft beträgt 993987 Mk., der Gewinn 80337 Mk. Für das Jahr 1. Oktober 1898 bis 30. September 1899 hat der Großherzog von Hessen das Präsidium der Gesellschaft übernommen. Die nächstjährige Wanderausstellung findet in Frankfurt a. M., 1900 in Posen, 1901 in Halle a. S. statt. Der Vorsitzende des Direktoriums v. Arnim-Criewen gedachte des 25jährigen Jubiläums des Geh. Ökon.-Rats Prof. Dr. v. Langsdorff als Generalsekretärs des sächsischen Landeskulturamts und seines hervorragenden Anteils an dem Gelingen der gegenwärtigen Ausstellung. Dem Jubilar wurde die Mitgliedschaft der Gesellschaft auf Lebenszeit verliehen, ihm auch eine vergrößerte Nachbildung der großen Denkmünze der Gesellschaft für treue Mitarbeit überreicht. Schließlich hielt Prof. v. Langsdorff einen Vortrag über die Entwickelung der Landwirtschaft im Königreich Sachsen in den letzten zwölf Jahren.

Die 49. Versammlung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen, welche vom 30. August bis 1. September in München unter dem Vorsitz des Präsidenten Wirkl. Geh. O.-R.-R. Kraunold-Berlin abgehalten wurde, entrollte ein Bild von der großartigen Entwickelung des deutschen Eisenbahnwesens Von den weitere Kreise interessierenden Beschlüssen erwähnen wir folgende: „Den Eisenbahnverwaltungen wird dringend empfohlen, alle Submissionen, sowie deren Ergebnisse in der Vereinszeitschrift zu veröffentlichen"; Preisausschreiben sollen in bisheriger Höhe vom Verein ausgeschrieben werden, es sollen jedoch fortan „Preise für Erfindungen und Verbesserungen nur dem Erfinder, nicht aber Demjenigen, der die Erfindung oder Verbesserung zum Zwecke der Verwertung erworben hat, und für litterarische Arbeiten nur dem Autor, nicht aber dem Herausgeber eines Sammelwerkes" zuerkannt werden; die Bestimmungen über die Ausgabe von zusammenstellbaren Fahrscheinheften sollen bis zum Jahre 1900 verlängert werden. Die nächste Versammlung soll 1900 in Straßburg i. E. stattfinden.

Der 39. Genossenschaftstag des allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften fand am 25. August und den folgenden Tagen in Neustadt a. H. unter zahlreicher Beteiligung statt. Nach

Digitized by Google

dem Bericht des Anwalts Dr. Crüger-Charlottenburg bestanden am 10. April in Deutschland 10259 Kreditgenossenschaften, 73 gewerbliche und 1167 landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften, 30 gewerbliche und 455 landwirtschaftliche Werkgenossenschaften, 70 gewerbliche und 83 landwirtschaftliche Magazingenossenschaften, 179 gewerbliche und 1932 landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften, 233 Genossenschaften verschiedener Art, 1396 Konsumvereine und 192 Baugenossenschaften. Die Sitzung der Kreditvereine erklärte das vielfach hervorgetretene Bestreben, Kreditgenossenschaften in der Hauptsache auf Bankkredit hin zu begründen und den Geschäftsbetrieb wesentlich auf Bankkredit zu erweitern, für unvereinbar mit der gesunden Entwicklung der Kreditgenossenschaften und weiter als Bedingung für dieselbe Beschaffung von regelmäßig zur Verfügung stehendem Betriebskapital und Benutzung des Bankkredits nur zur Deckung des vorübergehenden Kreditbedürfnisses. Ferner wurde beschlossen, der Agitation für Gründung von Kreditgenossenschaften einzelner Berufsarten entgegenzutreten, wo das Kreditbedürfnis dieser Berufsstände durch die bestehenden Kreditgenossenschaften in ausreichender Weise befriedigt wird. Schließlich wurde den Kreditgenossenschaften empfohlen, bei Einräumung eines Kontokorrentkredits durch Abschluß eines Kreditvertrags und eine dem Rechtsverhältnis entsprechende Beurkundung der Sicherstellung die beiderseitigen Rechte und Pflichten zu ordnen. Die Sektion für Konsumvereine empfahl den Unterverbänden Maßregeln zur Prüfung der von den Konsumvereinen geführten Waren auf ihre Preiswürdigkeit und sorgfältige Marken- und Wareninventur im Lager der Konsumvereine, faßte auch Beschlüsse hinsichtlich der Anstellung der Lagerhalter und der strengen und andauernden Kontrolle der Geschäftsführung des Lagerhalters durch Vorstand und Aufsichtsrat.

Der 14. Verbandstag der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands wurde unter dem Ehrenvorsitz des Präsidenten des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Innern, Geheimrat Dr. Eisenlohr, am 27. August in Karlsruhe eröffnet. Nach dem Geschäftsbericht, den der Anwalt Geh R.-R. Haas-Offenbach erstattete, ist die Zahl aller eingetragenen Genossenschaften in Deutschland von 14200 auf 15600 gestiegen, die der landwirtschaftlichen von 10669 auf 11854 oder auf 76 pCt von allen. Unter den landwirtschaftlichen Genossenschaften sind allein 8451 Spar- und Darlehnskassen, ferner 1040 Bezugs- und Absatz-, 1716 Molkerei- und 647 andere Genossenschaften in 38 verschiedenen Branchen. Dazu kommen noch 800 freie Genossenschaften, zumeist für Einkaufszwecke. Von den 37 Revisionsverbänden ländlicher Genossenschaften in Deutschland gehören 26 dem Allgemeinen Verbande an, von den 53 Centralgenossenschaften 36. Dem Allgemeinen Verbande der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften gehören im Ganzen 6061 Einzelgenossenschaften, nämlich 3720 Spar- und Darlehnskassen, 1258 Bezugs- und Absatzvereine, 897 Molkereien und 186 sonstige Genossenschaften an, gegen das Vorjahr ein Zuwachs von 1702 Genossenschaften. Die Centralkassen des Allgemeinen Verbandes hatten 1897 einen Umschlag von 405 Mill. Mk., die anderer Provinzial- und Landesverbände von 140, des Neuwieder Verbandes von 270 Mill. Mk. Der Gesamtumsatz war 1894: 265, 1896: 451 und ist 1897 bereits 818 Mill. Mk. Das Betriebskapital betrug 82 Mill. Mk., die Haftsumme 54 Mill. Mark. Die Genossenschaften hatten Ende 1897 bei ihren Centralkassen 65 Mill. Mk. entnommen und 44 Mill. Mk. eingelegt. Im Allgemeinen Verband allein wurden

Digitized by Google

1897: 79 Mill. Mk an die Genossenschaften ausgezahlt, dagegen 85 Mill. Mk. von ihnen eingezahlt. Zu den Referaten und Diskussionen sprach man sich für Schaffung einer besonderen Centralgenossenschaftskasse und gegen die Preußische Centralgenossenschaftskasse und deren fiskalisches Vorgehen aus. Direktor Biernatzki in Kiel gelangte nach ausführlichem Referat zur Bejahung der Frage, daß die Anstellung eines Generalrevisors für die Centralkassen des Allgemeinen Verbandes erwünscht sei. Die Versammlung nahm folgende Resolution in dieser Frage an: „1. Da die Revisoren der Landesverbände vielfach in nahen Beziehungen zu den Leitungen der Centralgenossenschaften stehen, ist es erwünscht, daß die Revision durch andere Revisoren ausgeführt werde. 2. Die gegenseitige Aushülfe nachbarlicher Landesverbände bei der Revision ihrer Centralgenossenschaften kann nicht immer erreicht werden und genügen. 3. Deshalb erscheint die Anstellung eines Generalrevisors des Allgemeinen Verbandes für die Revision der Centralkassen erwünscht. 4. Es kommt hinzu, daß durch eine derartige Einrichtung vermieden werden kann, daß mit der Preußischen Centralgenossenschaftskasse in Verbindung stehende Centralkassen durch Staatsbeamte revidiert werden, welchen vielleicht das Wesen des genossenschaftlichen Geschäftsverkehrs nicht in gleicher Weise geläufig ist, wie einer im genossenschaftlichen Leben stehenden Persönlichkeit." Ferner wurde zu derselben Frage ein Antrag des Direktors Schmitt auf Vornahme einleitender Schritte zur Begründung einer deutschen Centralgenossenschaftskasse angenommen

Hinsichtlich der Organisation des Butterabsatzes in Deutschland wurde folgende Resolution angenommen: „Es ist wünschenswert, in allen Provinzen bezw. Ländern Butter-Verkaufsverbände zu begründen." — Mit der Abfassung eines Geschichtswerkes über das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen wurde der Anwalt Haas-Offenbach betraut. — Über die sogen. „freien Genossenschaften" referierte Landgerichtsrat Dr. Meisel-Darmstadt. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: „1. Die mit Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900 eintretende wesentliche Verschlechterung der Rechtsstellung der sogen. freien Genossenschaften: Molkereien, Zuchtgenossenschaften u. s. w. zwingt dieselben, sich einer der bestehenden reichsgesetzlichen Formen der Vergesellschaftung anzupassen. 2. Am meisten geeignet erscheint für diese Erwerbsvereine die Form der eingetragenen Genossenschaft nach dem Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889. 3. Es kann daher den erwähnten Genossenschaften nur dringend die Unterstellung unter das Genossenschaftsgesetz empfohlen werden." — Die Versammlung beschloß ferner, den Revisionsverbänden zu empfehlen, vom 1. Januar 1900 ab die Rechtsfähigkeit durch entsprechende Abänderung ihrer Statuten sich zu erwerben. — Mit dem Vorgehen des Bundes der Landwirte gegenüber den Thomasphosphatfabriken und der Einschränkung des Verbrauchs von Thomasmehl bis zu erfolgter Ausgleichung der schwebenden Differenzen erklärte sich die Versammlung einverstanden. — Der nächste Verbandstag findet in Breslau statt.

Ein Centralverein der deutschen Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist in Berlin Anfang Juni gegründet worden. Aus der vom Centralverein veröffentlichten Statistik ist zu ersehen, daß bis zum 15. Februar d. J. in Deutschland handelsgerichtlich eingetragen waren 1839 Gesellschaften mit beschränkter Haftung, mit einem Gesellschaftskapital von 692 546 300 Mk.

Digitized by Google

Der 14. deutsche Gewerbekammertag trat am 12. September in Würzburg zusammen. Es wurde zunächst beschlossen, durch eine besondere Kommission ein Normalstatut für Handwerkerkammern, der Handwerksnovelle vom 26. Juli 1897 entsprechend, aufstellen zu lassen. Hinsichtlich der Frage der Zwangsinnungen wurde gegen die Stimmen der Gewerbekammern Augsburg, Bayreuth und Nürnberg und unter Enthaltung der Abstimmung seitens der Pfälzischen Gewerbekammer, der Antrag der Lübecker H.-K., der für die Errichtung der Zwangsinnungen eintrat, angenommen. Hierauf fand ein Antrag der Leipziger Kammer, daß auch diejenigen Groß-Fabrikbetriebe, welche sich mit der Herstellung handwerksmäßiger Arbeiten befassen, Lehrlinge halten und anleiten und gewerbsüblich ausgebildete Gesellen beschäftigen, gleichfalls dem Innungszwange zu unterwerfen seien, Annahme. Ein Antrag des Dr. Hampke, der über die Hebung des Handwerkerstandes auf Grund österreichischer Erfahrungen berichtete, daß die neuen Handwerkerkammern insbesondere zur Errichtung von gewerblichen Auskunftsstellen, zur Anschaffung von Kleinkraftmaschinen, zur Errichtung von Meisterkursen u. s. w. zur Verfügung stehen möchten, fand einstimmige Annahme. Auf Antrag der Handelskammer Chemnitz wurde das Fortbestehen des Gewerbekammertages bis zum Eintritt der Wirksamkeit der neuen Handwerkerkammern beschlossen. Abgelehnt wurde ein Antrag der Gewerbekammer Würzburg, durch gesetzliche Umsatzsteuern, Personalsteuern ꝛc. den Warenhäusern, Konsumvereinen und Filialgeschäften entgegenzutreten.

Der 7. Verbandstag der deutschen Gewerbevereine wurde am 28. August in Erfurt eröffnet. Nach dem vom Direktor Spatz-Köln erstatteten Jahresbericht umfaßt der Verband zur Zeit 580 Vereine. Für die Einführung einer progressiven Umsatzsteuer der großen Warenbazare trat Rechtsanwalt Schneider-Karlsruhe in längerem Referat ein, womit die Versammlung sich einverstanden erklärte. Justizrat Müller-Köln referierte über den Reichsgesetzentwurf betreffend die Sicherung der Bauforderungen, wobei er die Schaffung einer Bauhypothek für gedachten Zweck als unzweckmäßig, dagegen die Forderung einer Sicherheitsleistung des Bauherrn für den Fall, daß Bedenken gegen dessen Zahlungsfähigkeit vorliegen, als wünschenswert bezeichnete. Aus den weiteren Referaten und Diskussionen ging hervor, daß im allgemeinen in den kleineren Städten regeres Interesse für die Förderung der gewerblichen Organisation herrsche, als in den Großstädten, und daß insbesondere in Süddeutschland die zünftlerischen Bestrebungen nach wie vor wenig Anklang fänden. Als Ort des nächstjährigen Kongresses wurde Köln gewählt.

Der 20. Verbandstag der Haus- und städtischen Grundbesitzervereine Deutschlands wurde am 4. August in Wiesbaden von dem Verbandsvorsitzenden, Oberlehrer Prof. Dr. Glatzel-Berlin, eröffnet. Aus den Verhandlungen des Verbandes ist dessen Stellungnahme zu der Kleinwohnungsfrage besonders erwähnenswert. Es wurden in dieser Beziehung folgende Beschlüsse angenommen: Antrag des Rentiers Wobbe-Königsberg: „1. Eine Unterstützung der Baugenossenschaften und Baugesellschaften aus Reichs-, Staats- oder Kommunalmitteln ist, zumal Baugenossenschaften nachweislich nicht in der Lage sind, bessere und billigere Wohnungen als Privathausbesitzer vorzuhalten, abgesehen von den zu 2 gedachten Ausnahmefällen, zu versagen, denn I. das Wohnungsbedürfnis für ein-

Digitized by Google

zelne Klassen der Bevölkerung durch Gewährung solcher Mittel gänzlich zu decken, würde zur Zerstörung der Wirtschaftsordnung führen, die teilweise Gewährung aber würde die Zufriedenheit der betreffenden Klassen nicht vermehren, sondern vermindern und die Begehrlichkeit anderer Klassen nähren. Aus der Gewährung der Unterstützung aber würde auf eine Pflicht zu dieser Gewährung gefolgert werden. II. Die vorübergehende Unterstützung würde den Hausbesitzern eine ihre Existenz bedrohende Konkurrenz schaffen. Die Fonds, aus welchen die Unterstützung gewährt werden könnte, sind zu einem nicht unerheblichen Teile von den Hausbesitzern aufgebracht. Es verstößt gegen Recht und Billigkeit, Gelder, welche von einzelnen Klassen der Bevölkerung erhoben werden, zu Zwecken zu verwenden, welche zu einer Schädigung der betreffenden Klassen führen. 2. Nur insoweit die private Bauthätigkeit infolge Eintritts außergewöhnlicher Ereignisse den Bedarf an Wohnungen nicht deckt, erscheint eine Unterstützung von öffentlicher Seite zulässig. 3. Wenn aber, entgegen den unter Nr. 1 und 2 aufgestellten Leitsätzen, dennoch eine Unterstützung gewährt werden soll, so soll dieselbe jedem gegeben werden, welcher Arbeiter-Wohnungen nach besonders vom Staate zu gebenden Normen errichten will." Ferner: Antrag Rechtsanwalt Dr. Eppstein-Breslau: „Der Verbandstag kann nicht anerkennen, daß, von vereinzelten Fällen abgesehen, eine Wohnungsnot in den Städten besteht." Dieser letzte Beschluß muß auf gut vorbereiteten Unterlagen beruhen, denn ein Antrag des Vereins Erfurt: „In allen Städten des Deutschen Reichs, in denen es durchführbar ist, eine Statistik: in welchem Umfange thatsächlich eine Wohnungsnot bestehe und wodurch diese veranlaßt sei," wurde in der Diskussion als durchaus unnötig bezeichnet und darauf denn auch von dem Antragsteller zurückgezogen. — Von weiteren Beschlüssen sind noch hervorzuheben: „Der Verbandstag stimmt dem Gesetzentwurfe der Reichsregierung, betreffend die Sicherung der Bauforderungen in seinen Grundzügen zu, bezeichnet es aber als notwendig, daß 1. die Forderungen der Lieferanten, 2. die Forderungen dritter Personen, die mit dem Eigentümer in keiner Verbindung stehen, in dem Gesetze Berücksichtigung finden." — Weiter gelangte folgende, von Rechtsanwalt Dr. Baumert beantragte Erklärung zur Annahme: „Die Gründung städtischer Pfandbriefämter nach dem Vorbild der preußischen Landschaften ist geeignet, den Grundkredit der städtischen Hausbesitzer auf eine sichere Grundlage zu stellen. Der Vorstand des Centralverbandes wird beauftragt, zunächst bei dem preußischen Staatsministerium für Errichtung derartiger Pfandbriefämter vorstellig zu werden." — Hinsichtlich der Frage der Feuerversicherung sprach sich der Verband für die Verstaatlichung des gesamten Feuerversicherungswesens aus.

Der 7. deutsche Fischereitag begann am 18. August in Schwerin unter dem Vorsitze des Fürsten Hatzfeldt-Trachenberg und im Beisein des Herzogsregenten seine Beratungen. Der erste Gegenstand der Tagesordnung: Einführung eines Fischzolles für nach Deutschland gesandte Fische, führte zum Beschluß, zunächst zwei die Frage klärende Enqueten zu veranstalten und deren Ergebnisse abzuwarten. Ein von den Professoren Hulwa und Weigell bearbeiteter „Entwurf zu einer Verordnung über die Abführung von Schmutzstoffen in die Gewässer" wurde eingehend beraten. — Außerdem wurde eine Anzahl Fachthemata eingehend erörtert. Die nächstjährige Tagung findet in Weimar statt.

Digitized by Google

Der 2. Verbandstag deutscher Milchhändler fand vom 8.—10. September in Hamburg statt. Es wurde beschlossen, eine Petition an den Reichstag zu richten, die den Verkauf der Milch am Sonntage von morgens 2 Uhr bis mittags 2 Uhr ohne Unterbrechung gestatte. Ferner sollen mit allen Mitteln die den Milchhandel schädigenden Gebräuche der Rabattspar-, Konsum- und Beamtenvereine bekämpft werden. Der Verbandstag sprach die Forderung einer öffentlichen Marktmilchkontrolle durch Sachverständige, nicht durch die Angestellten der Lokalbehörden, aus, verlangte eine Reform der bisherigen Polizeiverordnungen, betreffend den Verkehr mit Milch, sowie endlich eine Verbesserung der Versandtverhältnisse der Milch mittels der Eisenbahn. Der nächstjährige Verbandstag findet in Düsseldorf statt.

Der deutsche Tabakverein hielt am 3. Juli in München seine Generalversammlung ab. Dem Verein gehören zur Zeit 1400 Cigarren-, Cigarretten- und Rohtabakfirmen an. Über die Lage des deutschen Tabakbaues referierte Stadtrat Hirschhorn-Mannheim. Nach einer im Auftrage des Staatssekretärs des Innern, Grafen v. Posadowsky, vom Verein aufgestellten Produktionsstatistik für das deutsche Tabakgewerbe wurden 1897 im Deutschen Reich hergestellt: $6^1/_2$ Millionen Cigarren zum Fakturenwert von 250 Mill. Mk., $1^1/_{10}$ Milliarden Cigarretten im Werte von 11 Mill. Mk., 270 000 Doppelcentner Rauchtabak für 40 Mill. Mk., 42 500 Doppelcentner Kautabak für 13 175 000 Mk. und 41 500 Doppelcentner Schnupftabak im Werte von 10 821 000 Mk. Zu diesen Fabrikaten wurden 815 000 Doppelcentner Rohtabak verwendet.

Fachverbände. Der 21. deutsche Fleischerverbandstag zu Hannover (Juni) sprach sich in großer Mehrheit, auf Antrag von Böhme-Magdeburg-Buckau für freie Vereinigung und gegen die Zwangsinnung aus, beschloß beim Reichskanzleramt dahin zu petitionieren, daß das Reichsgesundheitsamt feststellen möge, welche der seither gebräuchlichen Konservierungsmittel zur Konservierung von Fleisch, insbesondere als Zusatz zu Hackfleisch zulässig sind, und sprach sich für eine gesetzliche Besteuerung der Konsumvereine aus. — Der 13. deutsche Schlossertag zu Eisenach (Juni) bewilligte 1000 Mk. zur Unterstützung der deutschen Schlosserschule zu Roßwein i. S., sprach sich für Bildung von Zwangsinnungen und den Anschluß an gut fundierte Kreditgenossenschaften und für Bildung eigener Genossenschaften aus. — Der 13. Delegiertentag des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister zu Breslau beschloß die Bildung eines Arbeitgeberverbandes, sowie die Einreichung einer Petition, daß am Aufbringen der Geldmittel für eine eventuelle staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit die Arbeitgeber nicht beteiligt werden und daß eine Verschmelzung dieser Versicherungsart mit der Unfallversicherung nicht stattfinde. Die Versammlung sprach sich außerdem für Einführung des Befähigungsnachweises, sowie für Einreichung einer Petition dahin aus, daß in den §§ 222 und 230 des Strafgesetzbuches für das Vergehen der fahrlässigen Tötung oder Körperverletzung die Festungshaft neben der Gefängnisstrafe wahlweise zugelassen werde. — Der 7. Verbandstag deutscher Schuhmacher-Innungen zu Berlin und der 14. Verbandstag der Bäckerinnungen zu Fürstenwalde (Juni) sprachen sich gleichfalls für Zwangsinnungen, letzterer jedoch aus fachtechnischen Gründen gegen den Befähigungsnachweis aus. — Die 26. Generalversammlung des

Digitized by Google

Verbandes deutscher Müller in München (Juli) sprach sich für eine staffelförmige Umsatzsteuer für Getreidemühlen und für die Errichtung von Thalsperren durch den Staat aus.

Ausstellungswesen. Nach endgiltiger Feststellung beläuft sich das Defizit der vorjährigen Leipziger Ausstellung auf 700 000 Mk. Ein Drittel des gezeichneten Garantiefonds muß eingezogen werden. — Die Allgemeine deutsche Kochkunst- und Nahrungsmittelausstellung, welche vom 26.—31. Oktober cr. in Hannover abgehalten wird, soll um eine Gruppe „Hygiene" erweitert werden. — Eine große Industrie- und Gewerbeausstellung für Rheinland und Westfalen soll 1902 in Düsseldorf stattfinden. — Eine internationale Gartenbauausstellung findet vom 5.—15 Mai 1899 in Petersburg statt.

Socials.

Gemeinnützige Vereinigungen und Versammlungen. Die 23. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege wurde am 14. September in Köln a. Rh., gleichzeitig als 25jährige Jubelfeier des Bestehens dieses eminent gemeinnützigen Vereins, unter dem Vorsitz des Oberbürgermeister Fuß-Kiel eröffnet. Im Hinblick auf die später im Druck erscheinenden ausführlichen Vereinsverhandlungen, erwähnen wir hier nur folgende unseren Leserkreis interessierende Vorgänge: Geh. Baurat Stübben-Köln berührte in seinem Vortrage über „Bauhygienische Fortschritte und Bestrebungen in Köln" auch die kommunale Wohnungsfürsorge, nach welcher die Errichtung von Wohnhäusern für Arbeiter in städtischen Betrieben angestrebt werde, wenngleich auch die Versuche der Stadtbehörden, selbst eine große gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft ins Leben zu rufen, leider gescheitert seien. — In seinem Vortrage und den Leitsätzen über die öffentliche Gesundheitspflege im Eisenbahnbetriebe betonte Bahnarzt Dr. Blume-Philippsburg auch die Wichtigkeit der allgemeinen Fürsorge für das Personal und die Arbeiter der Eisenbahnen in gesundheitlicher Beziehung, sowie der Wohlfahrtseinrichtungen für die Beamten und Arbeiter. — Über die regelmäßige Wohnungsbeaufsichtigung und die behördliche Organisation derselben referierten Medizinalrat Dr. Reincke-Hamburg, Oberbürgermeister Dr. Gaßner-Mainz und Beigeordneter Marr-Düsseldorf. Nach sehr eingehender Diskussion, auf welche wir, wie auch auf den Inhalt der Hauptreden über diesen Gegenstand an anderer Stelle des vorliegenden Heftes zurückkommen, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Der d. V. f. ö. G. hält eine regelmäßig durchgeführte Wohnungsbeaufsichtigung im Deutschen Reich für ein dringendes Bedürfnis, verspricht sich jedoch zur Zeit keinen Erfolg von erneuten Anträgen auf reichsgesetzliche Regelung dieser Frage und empfiehlt deshalb in erster Reihe, sofern die Verhältnisse eine einheitliche Regelung für das Staatsgebiet ermöglichen, den Erlaß von Landesgesetzen. In der Ermangelung dieser wird ortspolizeiliche Regelung für die einzelnen Gemeinden und, soweit auch diese nicht in ausreichendem Maße durchgeführt werden sollte, Regelung durch allgemeine polizeiliche Verordnungen der höheren Verwaltungsbehörden für geboten gehalten. Die Versammlung beauftragt den Ausschuß, in diesem Sinne bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden." — Die Versammlung war von 187 Vereinsmitgliedern besucht, hiernach die stärkste von allen bisher stattgefundenen.

Digitized by Google

Die Jahresversammlung des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke wurde am 26. und 27. Juli unter Leitung des Vereinsvorsitzenden Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim in Heidelberg abgehalten. Das diesjährige Hauptthema war: Die Trinksitten der besitzenden und gebildeten Stände, über welches Professor Dr. Theobald Ziegler-Straßburg und Schriftsteller Otto v. Leixner-Berlin referierten. Ersterer machte auf die starken Widersprüche zwischen akademischer Freiheit und Trinkzwang und ebenso zwischen Studentenehre und Trunkenheit in geistvoller Weise aufmerksam und wies darauf hin, daß vor allem das Elternhaus selbst zur richtigen Erziehung und Leitung der studierenden Söhne sich reformieren und eine gründliche Umgestaltung der gesellschaftlichen Sitten unserer besitzenden und gebildeten Stände erfolgen müsse. Letzterer behandelte den Gegenstand in sowohl geistvoll-witziger, als auch in ernster Weise und erklärte unter Vorführung eigener Erlebnisse an Studienkollegen es für eine nationale Pflicht, Sünde zu nennen, was Sünde sei, und dafür zu sorgen, daß unsere deutsche Jugend gesund, mäßig und rein heranwachse, weil nur ein gesundes Geschlecht für den Fortbestand des Vaterlandes und für das Wachstum seiner Macht und seines Ansehens Gewähr biete. Ausführungen des Professor Kraepelin, Direktor der Heidelberger Irrenanstalt, über die psychischen Wirkungen der geistigen Getränke, über welche er seit 16 Jahren Untersuchungen und Aufzeichnungen mache, ergänzten die vorerwähnten beiden Vorträge. Die Verdienste des Vorsitzenden des Vereins, Oberbürgermeister Struckmann, und des Schriftführers Dr. Bode um die günstige finanzielle Gestaltung der Vereinsleitung und um die rührige aufopfernde Thätigkeit in der Erweiterung und Festigung der Vereinswirksamkeit wurden von der zahlreich besuchten Versammlung gebührend anerkannt. (Ausführliche Berichte bringen die vom Verein herausgegebenen „Mäßigkeitsblätter".)

Der 3. Kongreß für Volks- und Jugendspiele wurde unter dem Vorsitz des für die Sache unermüdlich thätigen Abg. v. Schenckendorff am 2. und 3. Juli in Bonn abgehalten. Mit einem Rückblick auf die erfolgreiche Thätigkeit des Centralausschusses, dessen Wirken am besten in dem vorzüglich redigierten „Jahrbuch für Volks- und Jugendspiele", siebenter Jahrgang 1898, herausgegeben von E. v. Schenckendorff u. Dr. med. F. A. Schmidt, Leipzig, Voigtländer, illustriert wird, eröffnete der Vorsitzende die Versammlung. Die Ausführungen des Oberlehrers Wickenhagen-Neudsburg und des Professors Raydt-Leipzig über den obligatorischen Besuch der Jugendspiele an den höheren Lehranstalten und die dritte Turnstunde riefen eine längere Erörterung hervor, in der wertvolle Erfahrungen auf diesem Gebiete ausgetauscht wurden. Die Ansicht der Versammlung ging dahin, daß die Einrichtung von Schulspielen anzustreben und deren Besuch obligatorisch zu machen sei. Prof. Dr. Kruse-Bonn hielt einen durch statistische Tafeln unterstützten Vortrag über den Einfluß des städtischen Lebens auf die Volksgesundheit. Über Ferienspiele der Mädchen sprachen die Lehrerin Fräulein Thurm-Crefeld und Turninspektor Hermann-Braunschweig. Spielvorführungen und eine Ausstellung von Spielgeräten ergänzten das Programm.

Die Versammlung des Verbandes deutscher Gefangenenschutzvereine fand vom 5—7. September in München unter dem Vorsitz des Finanzrat Fuchs-Karlsruhe statt. Die Versammlung faßte hinsichtlich seiner Stellung zu der, 1895 von Sachsen angeregten, dann von fast allen deutschen Staaten nachgeahmten Einrichtung des Strafaufschubes, eventl. bis zum Ablauf der Verjährungszeit, für erstmalig bestrafte Personen, folgenden Beschluß:

Digitized by Google

„1. Der Verband der deutschen Schutzvereine für entlassene Gefangene erblickt in der Neuerung des bedingten Strafaufschubs ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des Überhandnehmens des jugendlichen Verbrechertums. 2. Aus diesem Grunde erachtet er es als eine den Gefangenen-Schutzvereinen zufallende Aufgabe, das betreffende Vorgehen des Staates nach besten Kräften zu unterstützen." — Über das Thema: „Übernahme der Polizeiaufsicht durch die Schutzvereine für entlassene Gefangene" beschloß man, daß eine Vereinsfürsorge in diesem Sinne nur über vorläufig Entlassene, resp. in besonders gearteten Fällen zweckdienlich sei und daß während der Dauer dieser Aufsicht durch die Vereinsorgane eine kontrollierende Thätigkeit der Polizei ungeeignet erscheine. — Gegenüber den vielfach hervorgehobenen Mißerfolgen der Gefangenenfürsorge, welche eine Ausscheidung der als unverbesserlich erkannten Verbrecher von der Fürsorge als opportun erscheinen ließen, wurde vom Berliner Delegierten Bischof hervorgehoben, daß von den dortigen Pfleglingen selbst 95 000 Mk. Vereinsauslagen zurückerstattet worden seien und daß 60 pCt. der Pfleglinge als gerettet betrachtet werden könnten.

Christliche Jugendvereinigungen tagten: In der zweiten Augustwoche die 8. Studentenkonferenz zur Vertiefung christlichen Lebens und zur Anregung christlicher Werke unter der studierenden Jugend in Eisenach unter dem Vorsitze des Grafen E. v. Pückler-Berlin. — Am 30. August die 3 Generalversammlung der katholischen Jugendvereinigungen Deutschlands in Würzburg unter dem Vorsitz des Pfarrers Friesenegger-Augsburg. — Vom 9. bis 12. Juli der 14. Weltkongreß der Jünglingsvereine in Basel.

Preisausschreiben. Die Industrielle Gesellschaft in Mülhausen i. E. hat das Verzeichnis der in der Generalversammlung vom 25. Mai cr. ausgeschriebenen Preisaufgaben für das Jahr 1899 veröffentlicht, sie giebt dasselbe auf Verlangen beim Sekretariat gratis ab. Termin der Einsendung der Preisarbeiten: 15. Februar 1899. — Die belgische Regierung schreibt einen Preis von 50 000 Frcs. für die Erfindung einer ungefährlichen Zündmasse ohne Phosphor aus. Der Wettbewerb ist ein internationaler. Die Masse soll widerstandsfähig gegen Stoß und Reibung sein und bei der Herstellung keine Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter bringen. Bewerbungen sind einzusenden bis 1. Januar 1899 direkt oder an ein belgisches Konsulat. — Der Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen setzt alle 4 Jahre, hiernach auch im laufenden Jahre, Preise aus im Gesamtbetrage von 30 000 Mk. für wichtige Erfindungen und Verbesserungen im Eisenbahnwesen. Diesmal werden Preise ausgeschrieben für Erfindungen und Verbesserungen in den baulichen und mechanischen Einrichtungen der Eisenbahnen, für Erfindungen und Verbesserungen an den Betriebsmitteln oder an ihrer Unterhaltung, ferner für Erfindungen und Verbesserungen in Bezug auf die Verwaltung und den Betrieb der Eisenbahnen und die Eisenbahnstatistik, sowie für hervorragende schriftstellerische Arbeiten im Eisenbahnwesen. — Der Pariser Finanzmann Herr Osiris hat einen Preis von 100 000 Frcs. für die beste Schrift auf künstlerischem, industriellem oder humanitärem Gebiet ausgesetzt, die anläßlich der Weltausstellung 1900 erscheinen soll. Herr Osiris hat zum Preisrichter das Syndikat der Pariser Presse bestimmt und diesem die Summe von 100 000 Frcs. bereits übergeben. — Das französische Schiffahrtssyndikat „Syndicat maritime de France" in Paris hat aus Anlaß der „Bourgogne"-Katastrophe und in Erkenntnis der Unzu-

Digitized by Google

länglichkeit der sowohl in Frankreich als im Auslande zur Verhinderung derartiger Unglücksfälle zur Zeit üblichen Mittel und Wege die Veranstaltung eines internationalen Wettbewerbs behufs Verhinderung von Schiffskatastrophen beschlossen. Die Höhe der Preise wird im Oktober mitgeteilt werden. Einreichungstermin der Denkschriften u. s. w. (auch deutsch geschriebene) bis 31. Dezember d. J. an die Geschäftsstelle des Syndikats, Rue de l'Arcade 16, Paris. — Die süddeutsche Edel- und Unedel-Berufsgenossenschaft (Stuttgart, Schillerstraße 27) hat gleichwie die norddeutsche gleiche Genossenschaft (siehe „Arbeiterfreund" S. 244) einen Preis von 1000 Mk. für geeignete Schutzvorrichtungen gegen Fingerverletzungen ausgeschrieben. — Der Hamburger Bau- und Sparverein hat Preise im Gesamtbetrage von 2000 Mk. für zweckentsprechende Bauprojekte für Kleinwohnungen ausgeschrieben. — Die Preisausschreiben des Deutschen Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke sind unter reger Beteiligung verlaufen. Über die Frage der Heilung und Entmündigung von Trinkern konnten 5 Schriften mit Preisen bedacht werden. Den ersten Preis von 500 Mk. erhielt die Arbeit des Dr. med. Colla, Schriftführer des Stettiner Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, Besitzer des Sanatoriums „Finkenwalde". Bei dem gleichfalls erledigten Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für geschmackvolle und billige Trinkbrunnen konnten drei Preise in gleicher Höhe von Rulberger-München, Hasenohr-Dresden und Kleinhempel-Dresden verliehen werden. Acht weitere Entwürfe wurden vom Verein angekauft. — Die Redaktion der weitverbreiteten Zeitschrift „Die Arbeitsstube" (Leipzig) hat 8 Preise für weibliche Handarbeiten ausgeschrieben.

Arbeiterfrage.

Vereine und Versammlungen in der Arbeiterfrage. Der 7. Allgemeine deutsche Bergmannstag, d. i. die Wanderversammlung der deutschen Staats- und Privatbergbeamten, fand am 30. und 31. August in München statt. Wenngleich diese Körperschaft sich fast ausschließlich mit technischen Fragen beschäftigte, so verdienen aus den ausführlichen Verhandlungen doch zwei Punkte, die die Arbeiterfrage berühren, hier hervorgehoben zu werden. Der technische Direktor der Kohlenwerke der Oberbayerischen Aktiengesellschaft, Hertle, sprach über die in Oberbayern vorkommenden Kohlenlager und deren Ausbeutung und legte namentlich dar, daß die oberbayerische Kohle durchgängig eine sehr marktfähige Ware sei. Was die Löhne der Arbeiter anlangt, so traf im Jahre 1897 auf den Kopf ein Tagesverdienst von 3,25 Mk. oder abzüglich der jugendlichen Arbeiter ein Verdienst von 3,45 Mk. Ein Drittel der Arbeiter verdiente im Durchschnitt 5—6 Mk., ein Drittel den Durchschnittssatz und ein Drittel ging unter den Durchschnittssatz herab bis zu 2,50 Mk. Ein Fünftel der Arbeiter sind Besitzer kleiner Anwesen mit landwirtschaftlichem Betrieb. Im allgemeinen könne trotz der Bemühungen, Unzufriedenheit in die oberbayerischen Belegschaften hineinzutragen, von einem zufriedenen und seßhaften Arbeiterstande gesprochen werden, der der Verwaltung wenig Anlaß zu Klagen gebe. — Der andere Punkt betraf Mustereinrichtungen für Abwehr von Schlagwettern. Bergrevierinspektor Röhner-Karwin besprach eingehend die im Bergwerksrevier Ostra-Karwin eingeführten Maßregeln zur Verhütung von Schlagwetterunfällen, sowie die für den Fall des Eintrittes von Schlagwettern getroffenen Vorkehrungen zur Rettung der Verunglückten. Aus dem Vortrage ging zur Evidenz hervor, daß im genannten Reviere für die Vorbeugung von Unglücksfällen und die

Digitized by Google

Rettung Verunglückter alle Vorkehrungen getroffen sind, die auf Grund der Erfahrungen des Bergbaues und der Resultate der ärztlichen Wissenschaft denkbar sind. Die dort von der Berghauptmannschaft erlassenen Instruktionen dürften bald auch in der deutschen Montagegesetzgebung berücksichtigt werden. Unter anderem empfahl der Vortragende besonders, immer einen genügenden Vorrat von Sauerstoff bereit zu halten, da gerade mit der Anwendung von Sauerstoff schon in vielen Fällen Menschenleben gerettet wurden. — Der 8. Bergmannstag findet 1901 in Dortmund statt.

Eine allgemeine Arbeitsnachweiskonferenz fand auf Einberufung durch den Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona am 5. September in Leipzig statt, welche von etwa 100 Industriellen und Handwerkern, sowie von Verbandsvertretern, darunter die des Centralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen, des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller u. a. besucht war. Dr. Martens, Generalsekretär des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona, referierte über „Geschichtliches vom Arbeitsnachweis" und stellte als Arbeitsnachweisfaktoren hin: 1. die gewerbsmäßige Stellenvermittelung; 2. die Arbeitnehmer; 3. gemeinnützige Vereine und Gesellschaften mit oder ohne Verbindung mit Behörden und öffentlichen Körperschaften; 4. die Arbeitgeber. Die Arbeitgeber bildeten nach Dr. Martens ein neues zukunftsreiches Entwickelungselement in der Geschichte des Arbeitsnachweises, nur ihnen dürfte, soll nicht die Industrie und das ganze Gewerbsleben Schaden leiden, die so viele und weitgehende Spezialkenntnisse und Spezialrücksichten erfordernde Auswahl und Beschaffung von Arbeitskräften anvertraut werden. — Der Sekretär des Verbandes der deutschen Eisenindustrie und Vorsteher des Arbeitsnachweises, Thielkow-Hamburg, sprach über „Verwaltungsprinzipien und Verwaltungspraxis beim Arbeitsnachweis", schilderte eingehend die nötigen technischen Einrichtungen und empfahl mit Nachdruck die nötige obligatorische Benutzung des Arbeitsnachweises von seiten der Vereinsmitglieder. — Hauptmann a. D. Kleffel sprach über die „erzieherischen Wirkungen des Arbeitsnachweises", der Sekretär der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten, Nasse, betonte die Notwendigkeit des Anschlusses der Kleinmeister an die Vereinigungen und Arbeitsnachweise der Arbeitgeber. Nach lebhafter Debatte fand folgende Resolution Annahme: „Die Versammlung spricht ihre Überzeugung dahin aus, daß im Interesse des Groß- und Kleingewerbes der Arbeitsnachweis von den Arbeitgebern zu organisieren und zu handhaben ist."

Der 2. Kongreß der Hafenarbeiter, Binnenschiffer, Flößer, Flußmaschinisten und anderer am Wasser beschäftigten Personen Deutschlands tagte vom 17.—19. Juli in Hamburg. Die Centralisation aller einschlagenden Branchen, behufs gemeinschaftlicher Förderung der Interessen, wurde als notwendig bezeichnet, ebenso die Einführung staatlicher Hafeninspektoren durch Reichsgesetz. Ein weiterer Beschluß erklärte es für durchaus erforderlich, daß die Gemeinden den Arbeitern unentgeltlich Räume zur Verfügung stellen, in denen diese den mannigfachen Bedürfnissen des Hafenbetriebs entsprechende Arbeitsnachweise errichten können. Über das Unfallversicherungsgesetz sprach Abg. Molkenbuhr, dessen Reformvorschläge von der Versammlung gutgeheißen wurden. Annahme fand auch die Resolution des früheren Abg. Legien, betreffs Unterstellung der Hafenarbeiter unter die Gewerbegerichte, und die Resolution des Hafenarbeiters Will, betreffs der Aufnahme früherer Streikbrecher in die Organisationen. Daran schloß sich die

5. Generalversammlung des Centralverbandes der Hafenarbeiter Deutschlands, welcher Verband jetzt 9988 Mitglieder zählt, die sich auf 40 Mitgliedschaften in 24 Orten verteilen. Die Versammlung nahm ein neues Streikreglement an, wonach Streiks nur in Mitgliederversammlungen mit Zweidrittelmajorität beschlossen werden dürfen.

Ein Allgemeiner deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Kongreß tagte im August in Mannheim. Derselbe war von Delegierten aus 39 Städten besucht und nahm folgende Resolution an: „Der Kongreß erklärt: Die vom Bundesrat am 31. Mai 1897 erlassene Verordnung, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kleider- und Wäschekonfektion den §§ 135—139 der Gewerbeordnung unterstellt, hat sich als verfehlt erwiesen. Häufig sind die durch Verordnung betroffenen Arbeiter aus den Werkstätten entfernt und zur Heimarbeit getrieben worden. Der Kongreß erwartet, daß endlich Regierung und Gesetzgebung die schon lange versprochene Beseitigung der schreiendsten Übelstände in der Schneiderei, Wäsche- und Kleider-Konfektionsindustrie herbeiführen. Um einen wirksamen Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen genannter Kategorie zu erzielen, hält der Kongreß die Durchführung der auf dem Eisenacher Kongreß aufgestellten Forderungen für notwendig. Ferner haben die Kollegen und Kolleginnen für die Beseitigung der Heimarbeit und die Errichtung von Betriebswerkstätten seitens der Unternehmer, wie für Einführung fester Lohntarife mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wirken."

Eine Konferenz von Vertretern der socialdemokratischen Presse fand am 8 September in Gotha statt. Es wurde folgende Resolution beschlossen: „In Erwägung, daß die staatliche Arbeiterversicherung von Jahr zu Jahr sich zu Ungunsten der Arbeiter gestaltet, daß ferner die Gewerkschaftsbewegung geeignet ist, die auf diesem Gebiete notwendige Abwehr zu übernehmen, beschließt die Konferenz, dem nächsten Gewerkschaftskongreß den Antrag zu unterbreiten, die Generalkommission zu beauftragen, ihr Thätigkeitsgebiet auch auf die staatliche Arbeiterversicherung und den gesetzlichen Arbeiterschutz auszudehnen und einer Verschlechterung dieser Gesetze energisch entgegenzutreten."

Die Delegiertenversammlung des Centralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich wurde am 12. September in Weimar unter Leitung des Kommerzienrats Dr. Schwabe-Leipzig abgehalten. Erschienen waren 60 Delegierte für 32 Kassen mit 852 219 Mitgliedern. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: A. Krankenversicherungsgesetz: 1. Es soll die Versicherungspflicht auf das Hausgesinde, alle Handlungsgehülfen, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und die staatlichen Lohnarbeiter (Kopisten rc.) ausgedehnt werden. 2. Die Zulässigkeit der Befreiung von der Versicherungspflicht ist zu beseitigen. 3. Alle zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit unbedingt nötigen Heilmittel sind zu gewähren. 4. In Erwägung zu ziehen ist ein Vorgehen gegen die Praxis vieler Arbeitgeber, welche, um sich der Beitragspflicht zu entziehen, die zu engagierenden Arbeiter zum Beitritte zu einer freien Hülfskasse verpflichten. 5. Die Gleichstellung der Gemeindekrankenversicherung mit den Ortskrankenkassen hinsichtlich der Leistungen ist anzustreben. 6. Als höchste Instanz in Rechtsstreitigkeiten der Krankenkassen will man das Reichsversicherungsamt bestellt sehen. 7. Die Haftbarkeit der Arbeitgeber soll auch auf solche Fälle ausgedehnt werden, bei denen der Kasse ein Nachteil infolge der verspäteten Abmeldung entstanden ist. 8. Auf thunlichste Beseitigung der Betriebs-, Innungs- und Fabrik-Krankenkassen, sowie der freien Hülfs-

Digitized by Google

kassen soll hingewirkt werden, damit die Ortskrankenkassen ohne Konkurrenz bleiben. 9. Die thunlichste Verschmelzung aller an demselben Orte bestehenden Kassen in eine einheitliche Kasse ist in die Wege zu leiten. — B. Invaliditäts- und Alters-versicherungs-Gesetz: Die Versicherungsanstalten sollen aufgefordert werden, Heil stätten für Lungentuberkulose auf eigene Rechnung zu bauen und zu unterhalten, um der Familie des Patienten die Krankengelder zuwenden zu können. — C. Unfallversicherungsgesetz: Den Zeugen bei Unfallversicherungen sind Gebühren zu gewähren. — D. Verschiedenes: 1. Im Prinzip wurde nach langer Debatte und Erörterung aller Schwierigkeiten die Verstaatlichung der Apotheken für sehr wünschenswert erklärt, zunächst aber die Zulassung von Kassenapotheken gefordert. 2. Man billigte das Bestreben, alle Gebiete des staatlichen Versicherungswesens zu centralisieren. 3. Nicht gutgeheißen wurde das Verlangen, den nicht mehr arbeitenden Invaliden-Rentuern, die freiwillige Mitglieder der Krankenkassen geblieben sind, nur freie ärztliche Behandlung und Medizin, aber kein Krankengeld zu gewähren. — Leipzig wurde auch für die nächsten drei Jahre zum Vororte gewählt. — Die 1899er Hauptversammlung soll in Hannover stattfinden.

Der 9. Internationale Bergarbeiterkongreß wurde am 1. August in Wien eröffnet. Unter den 60 Delegierten befanden sich 32 Engländer und 19 Österreicher, Deutsche waren nicht anwesend. Die Resolutionen sprachen sich aus für den Achtstundentag, die Haftbarkeit der Arbeitgeber, über die Arbeitslosigkeit, die Überproduktion, die Invaliden- und Krankenkassen, die Grubeninspektion und für die Nationalisierung sämtlicher Bergwerke.

Totenschau.

Fürst von Bismarck, Otto Eduard Leopold, Begründer und erster Kanzler des Deutschen Reichs, geboren am 1. April 1815 zu Schönhausen a./E., 1847 auf dem vereinigten preußischen Landtag Führer der äußersten Rechten, 1850 Mitglied des Unionsparlaments zu Erfurt, 1851—1859 preußischer Gesandter am Deutschen Bundestag, 1859 bis Frühjahr 1862 preußischer Gesandter in St. Petersburg, 1862 in Paris, am 24. September 1862 preußischer Ministerpräsident, seit 8. Oktober 1862 auch Minister des Auswärtigen, gewann 1864 Österreich zu gemeinsamem Vorgehen in Schleswig-Holstein, Begründer des Norddeutschen Bundes, brachte Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Kassel, Nassau, Frankfurt a. M. an Preußen, am 14. Juli 1867 Kanzler des Norddeutschen Bundes, seit 1871 des Deutschen Reichs, führte seit 1872 den sog. „Kulturkampf", inaugurierte 1878 die Schutzzollpolitik, nahm 1880 die socialpolitische Gesetzgebung in Angriff, führte 1884 Deutschland in die Reihe der Kolonialmächte ein, legte am 16. März 1890 alle seine Ämter nieder und zog sich auf seinen Besitz Friedrichsruh im Sachsenwalde zurück. Bismarck wurde am 16. September 1865 in den Grafenstand, am 21. März 1871 in den Fürstenstand erhoben, war seit 1. Juli 1876 Mitglied des preußischen Herrenhauses, seit 20. März 1890 Herzog von Lauenburg, † am 30. Juli zu Friedrichsruh. Eine Würdigung des Fürsten Bismarck hinsichtlich seiner Stellung zur Arbeiterfrage finden die Leser in den „Abhandlungen" des vorliegenden Heftes.

Bielschowsky, Adolf, einer der hervorragendsten Mühlenindustriellen Deutschlands, dessen Wirken bahnbrechend für diese Industrie geworden ist, † in Breslau Mitte Juli.

Digitized by Google

Engels, Otto, Weingroßhändler in Köln, Vorsitzender einer großen Anzahl gemeinnütziger Anstalten, besonderer Förderer der Ferienkolonieen, † am 18. August in Godesberg a. Rh.

Fischer, Albert, Verwaltungsdirektor des großen Friedrichs-Waisenhauses in Berlin, sehr verdient um die Reform der Waisenpflege, † 28. August zu Berlin im 68. Lebensjahre.

Frendenberg, Karl, Geh. Kommerzienrat in Weinheim, seit 1865 Mitglied des Centralvereins, dessen Wohlfahrtseinrichtungen für seine Arbeiter im „Arbeiterfreund" 1890 S. 85 näher beschrieben sind, † am 2. August dortselbst.

Frühauf, Dr. Karl Julius, in den sechsziger Jahren Professor der Nationalökonomie am Polytechnikum in Riga, dann als volkswirtschaftlicher Schriftsteller in Berlin, u. a. auch durch eine Reihe von Abhandlungen am „Arbeiterfreund" (in den Jahrgängen 1867—1877) thätig, 1874—1878 nationalliberaler Abgeordneter des sächsischen Wahlkreises Löbau, am 4. Mai 1829 zu Eybau geboren, † in Berlin am 27. Juni.

Fürst, Dr. Heinrich, Landgerichtsarzt a. D., rührig Förderer von Wohlfahrtseinrichtungen, Mitbegründer und Sekretär des Vereins für Arbeiterkolonieen im Kgr. Bayern, † am 12. August in Schweinfurt im Alter von 62 Jahren.

Knies, Dr. Karl, bedeutender Nationalökonom der historischen Schule, Reformator des badischen Schulwesens als Direktor des Oberschulrats, seit 1865 Professor der Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg. 1882 Vicepräsident der badischen Ersten Kammer, 1821 zu Marburg geboren, Verfasser von: Die Statistik als selbständige Wissenschaft. Kassel 1850. — Die politische Ökonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode, 2. Aufl. Braunschweig 1883. — Geld und Kredit, 2 Bde. 2. Aufl. Berlin 1885. — Karl Friedrichs von Baden brieflicher Verkehr mit Mirabeau und du Pont, 2 Bde. Heidelberg 1892 —, sowie von kleineren Schriften und Aufsätzen über Verkehrs-, finanzpolitische und andere wirtschaftliche Fragen, † in Heidelberg am 3. August.

Krafft-Grether, Ernst Friedrich, Geh. Kommerzienrat, Fabrikbesitzer und Landwirt in St. Blasien, Schwarzwald, früher nationalliberaler Abgeordneter und Mitglied der ersten badischen Kammer, seit 1872 Mitglied des Centralvereins, am 18. Mai 1825 geb., † in St. Blasien am 10. Juli.

Langheinrich, Ernst, Chef der Webereifirma Gg. Langheinrich in Schlitz (Hessen), hochverdient um das Wiederaufleben der Industrie des Schlitzer Landes, seit 1883 Mitglied des Centralvereins, ein eifriger Förderer der Wohlfahrt seiner Arbeiter, †, wie uns verspätet bekannt wird, am 23. Februar dortselbst.

Merz, Anton, Kommerzienrat in Greiz, verdient um die Einführung und Erweiterung der mechanischen Weberei dortselbst, von 1878—1881 deutsch-konservativer Reichstagsabgeordneter, † am 10. Juni auf seinem Rittergut Langhennersdorf in Sachsen, im 66. Lebensjahre.

Schmidt-Warneck, Prof. Dr. Friedr., Verfasser sociologischer Schriften als: Prinzip der politischen Gleichberechtigung und die modernen Emanzipationsfragen, 1882; Die Sociologie Fichtes, 1884; Die Notwendigkeit einer socialpolitischen Propädeutik, 2. Aufl., 1885; Die Volksseele und die politische Erziehung der Nation, 1893; geb. in Kurland am 5. Dezember 1831, † in Stuttgart am 28. Juni.

Digitized by Google

Ehren-Tafel.

Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein begründete anläßlich seiner Vermählung für seine 1000 Beamten, Domestiken und Arbeiter in Primkenau eine Pensions- und Witwen-Unterstützungskasse.

Fünf Großindustrielle in Bamberg haben aus Anlaß ihrer Ernennung zu Kommerzienräten 40 000 Mk. zu gemeinnützigen Zwecken gespendet.

Behr, Karl, Inhaber der Trikotwarenfabrik C. F. Behr in Balingen, überwies anläßlich des 25jährigen Geschäftsjubiläums der Stadt für gemeinnützige Zwecke 10 000 Mk., der Stadtkirche 3000 Mk., der Feuerwehr 1000 Mk. In der Form letztwilliger Verfügung vermachte Herr Behr der Stadt Balingen für Wohlfahrtseinrichtungen, in erster Linie für die Arbeiterschaft und die Jugend, 100 000 Mk.

Baron, Prof., weiland Rechtslehrer der Universität Bonn, vermachte der Stadt Berlin testamentarisch den Betrag von 470 000 Mark zur Errichtung eines vegetarischen Kinderheims.

Frau Blees, Witwe des Werkmeisters Blees in Aachen, fügte testamentarisch dem von ihrem verstorbenen Gatten der Stadt Aachen früher gestifteten Kapital von 200 000 Mk. weitere 100 000 Mk. zur Förderung künstlicher Zwecke hinzu.

Böddinghaus, Adolf, Großindustrieller in Elberfeld, überwies anläßlich seiner Silberhochzeit der Arbeiterunterstützungskasse der Firma den Betrag von 20 000 Mk.

Die Braunschweigische A.-G. für Jute- und Flachs-Industrie bestimmte am Schlusse ihres 30. Geschäftsjahres 60 000 Mk. Gratifikationen an die Arbeiter, 12 000 Mk. Gratifikationen an die Werksbeamten, 3000 Mk. für humanitäre Anstalten, 10 000 Mk. Zuweisung an den Arbeiter-Unterstützungsfonds in Vechelde, 30 000 Mk. zur Errichtung einer Beamten-Unterstützungskasse daselbst.

Colzmann & Seiffert in Langenberg stifteten anläßlich des 25jährigen Bestehens ihres Etablissements den Betrag von 50 000 Mk. zur Errichtung einer Unterstützungskasse für ihre Arbeiter.

Graf Guido Henkel v. Donnersmark überwies als „Guido-Stiftung" den Betrag von 1 000 000 Mk. zu Wohlfahrtszwecken für die Arbeiter.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Ebeling, Rentier, früher Industrieller in Altona, hat für Armenzwecke 10 000 Mk. der Stadt Altona vermacht.

Die Eßlinger Maschinenfabrik bewilligte in ihrer jüngsten Generalversammlung den Betrag von 90 000 Mk. zu Gunsten der Angestellten und Arbeiter der Fabrik.

Freudenberg, Karl, in Weinheim (siehe Arbeiterfreund 1890 S. 85 ff.), vermachte testamentarisch der Arbeiterunterstützungskasse der Firma den Betrag von 50 000 Mk. Die Kasse hat nunmehr seitens der Firma im Ganzen den Betrag von 150 000 Mk. erhalten.

Die Gesellschaft freiwilliger Arbeiterfreunde zu Kiel bestimmte den anläßlich ihres im Jahre 1893 gefeierten 100jährigen Jubiläums begründeten Fonds von 60 000 Mk. zur Erweiterung des Altenheims „Kaiser-Wilhelm-Stift".

Die Gesellschaft für Gasindustrie in Augsburg überwies in ihrer jüngst abgehaltenen Generalversammlung dem Unterstützungsfonds ihrer Beamten und Arbeiter den Betrag von 15 000 Mk.

Gläntzel, Gattin des verstorbenen Herrn Paul G., Inhaber der Firma Wex & Söhne in Chemnitz, überwies zum Andenken an den Entschlafenen dem Unterstützungsverein für Kaufleute in Chemnitz den Betrag von 10 000 Mk.

Hagen, Stadtrat in Freienwalde a. O., vermachte zur Errichtung eines Altenheims für ehemalige Handwerker und Kaufleute den Betrag von 100 000 Mk.

Heuschel, Frau Kommerzienrat in Kassel, hat anläßlich der Vermählung ihres Sohnes 200 000 Mk. zu gleichen Teilen für die Witwenkassen der Beamten und Arbeiter ihrer Lokomotivfabrik gestiftet.

„Hermania", chemische Fabrik in Schönebeck, erweiterte anläßlich ihres 100jährigen Bestehens den Betrag der Arbeiter-Unterstützungskasse ihrer Fabrik von 19 800 auf 50 000 Mk.

Hertel, Seniorchef der Firma Heinrich Christian H. in Waldenburg, überwies anläßlich seiner Ernennung zum Kommerzienrat seinen Arbeitern den Betrag von 15 000 Mk.

Die Erben des verstorbenen Großindustriellen, Kommerzienrat Humbser in Fürth übergaben der Stadt den Betrag von 50 000 Mk. für eine Wohlthätigkeitsstiftung.

Köln-Rotweiler Pulverfabriken haben anläßlich der Feier des 25jährigen Bestehens zur Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse den Betrag von 500 000 Mk. überwiesen und stifteten außerdem für eine Prämienkasse für Jubilare und Arbeiter den Be-

Digitized by Google

Ehrentafel.

trag von 170 000 Mk. Ferner wurde seitens des Vorstandes und Aufsichtsrates eine Arbeiterunterstützungskasse mit einem Grundkapital von 100 000 Mk., zu 5 pCt. von der Gesellschaft verzinslich, errichtet.

Koppe, Kommerzienrat in Charlottenburg, spendete testamentarisch den Armen der Stadt Kirchberg i. S. den Betrag von 2000 Mk.

Langheinrich, Chef der Weberei L. in Schlitz, bestimmte testamentarisch, daß seinen sämtlichen Angestellten und Arbeitern je 10 pCt. ihres Jahreseinkommens als Geschenk überwiesen werde.

Löwe, Ludwig, Aktiengesellschaft in Berlin, überwies in der jüngsten Generalversammlung der „Ludwig-Löwe-Stiftung" den Betrag von 50 000 Mk.

Lummer, Heinrich, ehemaliger Großindustrieller in Gera, überwies der Stadt den Betrag von 155 000 Mk. zur Errichtung einer Frauenherberge, für Krankenpflege und Schülerstipendien.

Maaß, Justizrat, Generaldirektor der Zinkhütte in Dortmund, fügte dem von der Verwaltung gestifteten Grundstock für eine Werks-Beamten-Pensionskasse den Betrag von 120 000 Mk. hinzu.

Manskopf, Gustav D., Privatier in Frankfurt a. M., überwies der Stadtverwaltung den Betrag von 250 000 Mk. zur Errichtung eines Altenheims für unbemittelte, schwächliche Männer und Frauen.

Manz, Großindustrieller in Bamberg, stiftete anläßlich seiner Ernennung zum Kommerzienrat 5000 Mk. als Fonds für eine Altersversicherungskasse und 1000 Mk. zur Verteilung an seine Arbeiter.

Obermayer, Ludwig und Franziska, Mühlenbesitzers-Eheleute in München, kauften für den Preis von 180 000 Mk. das Bad „Georgenschwaige", um es der Stadtgemeinde als Geschenk zu überweisen.

Oelbermann, Frau, bedachte die hauptsächlichsten gemeinnützigen Vereine in Köln a. Rh. mit Schenkungen im Gesamtbetrage von 250 000 Mk. zum Andenken an ihren verstorbenen Gemahl und ihren gleichfalls verstorbenen Sohn.

Preßler, Frau, verwitwete Finanzvermessungs-Direktor in Dresden, vermachte 150 000 Mk. zum Besten unbemittelter älterer Jungfrauen, 270 000 Mk. für verschämte Arme und Hülfsbedürftige, 10 000 Mk. für eine Freistelle im Frauenhospital, 15 000 Mk. dem Asyl für obdachlose Männer und 3000 Mk. der Königl. Blindenanstalt der Stadt Dresden.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Reichardt, Frau Dr., verw. Kommerzienrat, überwies der Direktion der Dessauer Zuckerfabrik den Betrag von 10000 Mk. zur Verteilung an hülfsbedürftige Arbeiter.

Reischel, Handelsschuldirektor in München, vermachte zur Förderung der weiblichen Erwerbsthätigkeit der Stadt den Betrag von 35000 Mk. für Prämien an die 5 ersten Schülerinnen des ersten Kurses der dortigen weiblichen Handelsschule.

Rosbach, Frau Baurat, Prof., in Leipzig, spendete 100000 Mk. für Errichtung von Arbeiterwohnungen im Osten der Stadt.

Seiffert s. Colzmann.

Stoehr, Kommerzienrat, Großindustrieller in Leipzig, schenkte der Kinderbewahranstalt in Kleinzschocher den Betrag von 10000 Mk.

Strauß, Abraham, Ingenieur in Dürkheim, vermachte 20000 Mk. für Ausbildung der Söhne und Töchter von Bahnwärtern.

Uebel, Stadtrat, Großindustrieller in Plauen i. V., überwies der von ihm in seiner Vaterstadt Reßschkau begründeten Kinderbewahranstalt einen weiteren Betrag von 13000 Mk.

Wieprecht, Moritz, Buchdruckereibesitzer in Plauen i. V. stiftete anläßlich des 100jährigen Bestehens des von ihm verlegten „Vogtl. Anzeigers" den Betrag von 10000 Mk. für eine Unterstützungskasse des Druckereipersonals.

Ziese, Direktor der Schichauwerft in Elbing, errichtete einen Fonds von 100000 Mk. zur Unterstützung hülfsbedürftiger Arbeiter.

Anmerkung. Bei dem erfreulichen stetigen Wachsen der „Ehrentafel" sehen wir uns aus Raummangel genötigt, für die Folge die außerdeutschen Stiftungen und Geschenke für die Arbeiterwohlfahrt resp. von Arbeitgebern und deren Angehörigen nicht mehr an dieser Stelle zu registriren, diese Fälle werden jedoch im Organ des Centralvereins „Volkswohl" (Dresden-N., Kurfürstenstraße 5) auch weiterhin, soweit sie zu unserer Kenntnis gelangen, mitgeteilt werden.

D. Red. des „Arbeiterfreund".

Digitized by Google

I. Abhandlungen.

Zum 80. Geburtstage eines treuen Vereinsgenossen.

Von Prof. Dr. Böhmert.

Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen zählt nur wenige Mitglieder, die in den beiden letzten Jahrzehnten so eifrig an der Begründung und Förderung wichtiger Vereinsschöpfungen mitbeteiligt gewesen sind und namentlich an den drei Organen des Centralvereins: „Arbeiterfreund", „Socialkorrespondenz" und „Volkswohl" so fleißig mitgearbeitet haben, wie der in Meran weilende frühere Leipziger Verlagsbuchhändler Adolf Gumprecht, der nunmehr das hohe Lebensalter von 80 Jahren erreicht hat. Es ist uns eine angenehme Pflicht, dem treuen Freunde auch in dieser Zeitschrift herzliche Glückwünsche und Worte des Dankes für sein selbstloses Wirken und für zahlreiche wertvolle Anregungen und Arbeiten zu widmen.

Adolf Gumprecht wurde in Erfurt am 7. Dezember 1818 geboren, hat in Erfurt zuerst das Gymnasium und dann ein Handelsinstitut besucht, und ist nur kurze Zeit in Magdeburg in einer kaufmännischen Lehre gewesen, welche er verließ, um sich in seinem Drange nach dem Idealen lieber dem Buchhandel und litterarischen Beschäftigungen zu widmen. Seine weiteren Lebensstationen waren zunächst Leipzig in den Jahren 41 und 42, dann Mainz, Breslau und Berlin, wo er sich 1844 bis 1846 etablierte. In Berlin wurde ihm die Gerhardsche Buchhandlung in Danzig zum Mitkauf angeboten, welche er zugleich mit dem Verlag und der Redaktion der Danziger Zeitung übernahm. Nach dreijähriger Thätigkeit als Verleger und Censor der Danziger Zeitung kehrte er im Jahre 1849 wieder nach Berlin zurück, wo er für die Deutsche Reform das Feuilleton und den

Digitized by Google

englischen Artikel redigierte und für den Staatsanzeiger litterarische und Theaterkritiken schrieb. Nach mehreren Jahren zog es ihn wieder nach der Stadt des deutschen Buchhandels. Er wurde 1853 in Leipzig zuerst Sekretär der litterarischen Sektion des Österreichischen Lloyd und übernahm dann den Schlodtmannschen Verlag, den er durch verschiedene neue Verlagsartikel bereicherte. In Leipzig weilte Gumprecht beruflich am längsten, von 1853—1869, hier verkehrte er mit einem geistig angeregten Kreise von Buchhändlern, Kaufleuten, Gelehrten und Schriftstellern, unter denen hier nur Gustav Freytag, Mathy, Fechner, O. Jahn genannt werden mögen. Nach dem Verkauf seines Verlagsgeschäfts an seinen ältesten Freund, den noch jetzt lebenden, ebenfalls 80 Jahre alten Buchhändler Hässel, hat Gumprecht nach der Genesung von einem schweren Nervenleiden zur Kräftigung seiner noch lange Zeit angegriffenen Gesundheit zuerst abwechselnd in Nizza, Wiesbaden und Stuttgart gelebt, bis er in Meran das für ihn geeignete Klima fand. Vom Jahre 1874 an hat er dann in Meran seinen dauernden Wohnsitz aufgeschlagen und von dort aus an allerlei kulturellen Bestrebungen litterarisch und praktisch mitgewirkt. In den Sommermonaten hat er von 1874 an 16 Jahre lang meist deutsche Luftkurorte zur Erholung benutzt oder seine deutschen Angehörigen und Freunde besucht und sich an Kongressen und Versammlungen für gemeinnützige Zwecke betheiligt. Erst in den letzten 8 Jahren hat er sich meist auf den Besuch von Luftkurorten in Tirol beschränkt. — Gumprecht ist unverheiratet geblieben und lebt seit 1891 mit seinem jetzt 75 Jahre alten Bruder Otto, dem bekannten Musikschriftsteller, in Meran zusammen.

Auf litterarischem Gebiete ist Gumprecht vorzugsweise für Fragen der Gesundheitspflege und der geistigen, sittlichen und religiösen Volkserziehung thätig gewesen. Als größere Schriften erschienen von ihm: eine kürzlich in 4. Auflage herausgegebene „Reiseschule“ mit trefflichen Winken und Ratschlägen, wie man vernünftig und nützlich für Körper, Geist und Gemüt reisen und Bäder oder klimatische Kurorte recht benutzen soll, ferner die weitverbreitete Agitationsschrift „Wider den Trunk“, herausgegeben auf Veranlassung des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, und endlich „Aus den Lebenserfahrungen eines Siebzigers“ Diese Schrift ist 1891 in Gotha anonym bei Friedrich Andreas Perthes erschienen und in weiteren Auflagen mit einem Vorwort des Herrn Pastor v. Bodelschwingh in Bielefeld versehen worden.

Digitized by Google

Alle seine größeren Abhandlungen aus den beiden letzten Jahrzehnten hat Gumprecht meist in der Zeitschrift des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, Der „Arbeiterfreund", veröffentlicht. Es erschien von ihm u. a. bereits im Jahrgang 1879 die Abhandlung: „Der Kampf gegen den Alkoholismus", worin Gumprecht das bahnbrechende klassische Werk von Dr. A. Baer: „Der Alkoholismus, seine Verbreitung und seine Wirkung auf den individuellen und socialen Organismus, sowie die Mittel ihn zu bekämpfen", zuerst in weiten Volkskreisen bekannt machte und die im Jahre 1882 erfolgte Begründung des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke vorbereiten half. Es folgten dann weitere Arbeiten unter folgenden Titeln: im Jahrg. 1882: „Der deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke" und im Jahrg. 1883: „Trunksuchtsbekämpfung in Schweden, Norwegen und den Niederlanden", ferner 1882: „Zwanzig Vorschriften der Hygiene und Lebensklugheit", sodann Jahrg. 1882: „Zur Moralstatistik", 1883: „Die Arbeiterfrage im Kaufmannsstande" und „Arbeitsgelegenheit durch Wald-, Moor- und Heidekultur". Seit 1880 erschienen ferner mehrere Abhandlungen über Vereins- und Armenwesen, über Armenerziehung, Waisen- und Rettungsanstalten, über Zwangserziehung, Asyl für Fallsüchtige u. s. w., ferner 1886: „Besprechung gewerkvereinlicher Litteratur", „Die Ritter der Arbeit und die Arbeiterlage in Amerika" und „Die Maximalarbeitszeit", 1887: „Die Arbeiterwohnungsfrage", 1888: „Die Gefängnisarbeit", 1890: „Maßregeln zur Erreichung gesunden Wohnens".

Durch alle Schriften Gumprechts zieht sich wie ein roter Faden der Zweck, die Leser zu einer harmonischen Weltanschauung zu erziehen und ihnen auch für Körperleiden vor allem „die Seelenhygiene", und eine „grundsätzliche Lebensführung" zu empfehlen. Man soll Ärger und Langeweile von sich fernhalten. „Als Gesetz werde festgehalten: den ersten Regungen der Schwäche widerstehe!" Es ist aber nie zu spät sich zu bessern. „Nicht das Objektive, nicht die große Welt um uns herum, sondern die kleine in uns ist das Entscheidende für Glück und Unglück. Und das standhafte Bemühen, keine Trübung in uns aufkommen zu lassen, schafft nicht bloß die kleinen Leiden beiseite, es stärkt auch im großen Lebenskampf, ist ein Gewinn an Arbeitskraft, an Ruhe und Glücksgefühl" . . . . . „Wir sollen jedoch in beglückenden inneren Vorgängen nie eigene Willensstärke sehen, sondern ein Geschenk der ewigen Liebe." . . . „Von Dichtern, auch von ungläubigen, hat schon oft verlautet, bei ihrem Schaffen sei ihnen

Digitized by Google

so zu mute, als ob dieses nicht aus ihrem Geist hervorgehe, nichts Gemachtes, Erdachtes, sondern Eingebung, Inspiration sei. Dieser Gedanke wird aber leider zu selten ausgedacht." Wiederholt hebt Gumprecht die Notwendigkeit des Leids und der Leidensschule hervor. Auch die bittersten Heimsuchungen dürfen uns nicht irre machen an dem Erzieher des Menschengeschlechts. „Die Menschheit ist nicht eine zusammenhangslose Menge von Einzelmenschen, sondern ein großer Organismus, in welchem jedes Glied nach seiner Art eine Bestimmung fürs Ganze hat, auch mit seinen Schmerzen." —

Gumprecht betrachtet sowohl den Prof. Hilty in Bern wie auch den Pastor v. Bodelschwingh in Bielefeld als seine Lehrer; aber er steht auch den Ansichten des verstorbenen Theologen Müllensiefen (vgl. „Andachten" von Müllensiefen), ferner dem Prof. Lic. theol. Bornemann (vgl. Zu Freiheit und Frieden. Religiöse Reden von Bornemann) und dem Pastor O. Funcke in Bremen gläubig nahe; ferner hat er auch das Buch „Undogmatisches Christentum" des freisinnigen Theologen Dreyer aufmerksam studiert und mit dem Prof. v. Schulte in Bonn, dem bekannten Kirchenrechtslehrer und Führer des Altkatholizismus, sowie mit dem Katholiken Oskar v. Redwitz, dem Verfasser von „Amaranth", in Meran intim verkehrt. Überhaupt liegt in Gumprechts Natur der Drang, die verschiedensten Standpunkte verstehen und würdigen zu lernen und sich auch noch in seinem 80. Jahre mit philosophischen und religiösen Zweifeln herumzuschlagen, wodurch er seine Geisteskräfte übt, stärkt und frisch erhält. Er hat neben einer ideal gläubigen und empfindsamen Natur auch einen weltmännisch freien, realistischen und humoristischen Zug sich bewahrt. Dies macht ihn duldsam gegen Andersdenkende der verschiedensten Konfessionen und Religionen, welche in Meran, dem Zufluchtsort von Kranken aller Welttheile, zusammenströmen. Gumprecht weiß katholische und jüdische Frömmigkeit ebenso gut wie protestantischen Glaubensmut und Freisinn zu schätzen, er kommt deshalb auch mit den katholischen Meranern sehr gut aus, weil man weiß, daß er mit reiner Gesinnung und ohne egoistische Nebengedanken seine Umgebung gern heiter und zufrieden stimmen und das Wohl von Meran fördern möchte. Er ringt für sich und für andere nach innerem Frieden nach dem biblischen Worte: „Das Reich Gottes ist inwendig in Euch!" Er denkt aber auch im Sinne des Goetheschen Wahlspruchs: „Das schönste Glück des denkenden

Digitized by Google

Menschen ist, das Erforschliche erforscht zu haben und das Unerforschliche ruhig zu verehren." Vor allem aber handelt Gumprecht nach dem Rate seines dahingeschiedenen lieben Freundes Prof. Rudolf Gneist: „Besitz und Bildung sind uns nicht bloß zu eigenem Genuß verliehen, sondern vor allem legen sie uns Pflichten auf gegenüber der Gesamtheit."

Wer mit Gumprecht näher bekannt ist, findet in ihm einen rücksichtsvollen und zuverlässigen Freund, der alles Kleinliche und Unedle von sich fern hält und nur das Ideale und Gemeinnützige zu fördern sucht. Er besitzt den echten Humor, sich über seine eigenen Schwächen lustig zu machen und die Irrthümer und Fehler Anderer zwar fein herauszufinden, aber mild zu beurtheilen. Er verfolgt seine Ziele mit Bescheidenheit und Zurückhaltung der eigenen Persönlichkeit, aber mit Klarheit und Festigkeit. Er hat durch seine Zähigkeit Vieles durchgesetzt, weil er immer bereit war, für die Durchführung seiner Pläne auch selbst unermüdlich und opferwillig mit zu arbeiten.

Im Jahre 1877 entwickelte Adolf Gumprecht eine ganz besonders hervorragende Thätigkeit, um den Centralverein zur Herausgabe einer „Socialkorrespondenz" zu veranlassen, welche die Zeitungspresse in Deutschland, Österreich und der Schweiz wöchentlich zweimal mit Artikeln über sociale Fragen zum Zweck der Volksbelehrung und der Verbesserung der socialen Zustände versorgen sollte. Es gelang Gumprecht, zuerst den Präsidenten des Centralvereins Prof. Gneist und sodann den Redakteur des Arbeiterfreund für den Plan zu gewinnen, welchem der Vorstand und Ausschuß des Centralvereins in den Sitzungen vom 28. Februar 1877 und 26. April 1877 zustimmte. Das im Jahrgang 1877 des „Arbeiterfreund" abgedruckte Protokoll des vereinigten Vorstandes und Ausschusses enthält auf S. 356 u. a. folgende Bemerkung: „Der Vorsitzende fand sich veranlaßt, dem anwesenden Herrn Gumprecht, der für das Zustandekommen der Korrespondenz ein so großes Interesse bekundet und sich so große Verdienste darum erworben hat, besonderen Dank zu votieren, dem die Versammlung mit Einhelligkeit beitrat."

Die Redaktion der Socialkorrespondenz, welche in den ersten Jahren von dem Redakteur des Arbeiterfreund und dem Assessor Dr. v. Studnitz im Bunde mit Gumprecht herausgegeben wurde, betonte von vornherein: „daß sie sich keineswegs in Polemik gegen socialistische Trugschlüsse und Ausschreitungen erschöpfen, sondern eine

Digitized by Google

durchaus praktische Richtung einschlagen und zur Förderung des socialen Friedens sich vorzugsweise mit positiven Wahrheiten und Lehren aus dem täglichen Erwerbsleben des Inlandes und Auslandes beschäftigen wolle. Es sollen dabei auch alle ehrlichen Bestrebungen der Gegner ohne vorgefaßte Meinung geprüft und jedes Körnlein Wahrheit, jeder erfüllbare Wunsch und nachahmenswerte Versuch zur Förderung des Arbeiterwohls zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden." —

Die Socialkorrespondenz hat sich nach dem Erlaß des Socialistengesetzes mehr und mehr zu einem vorzugsweise gemeinnützigen Organ entwickelt, sie erscheint noch heute zweimal die Woche nur für Zeitungen und einmal als „Wochenschrift „Volkswohl". Allgemeine Ausgabe der „Socialkorrespondenz". Organ des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Dresden, Verlag von O. V. Böhmert". Gumprecht hat der Socialkorrespondenz nunmehr 22 Jahre als Berater und Mitarbeiter aufs treueste beigestanden und ist in den ersten 15 Jahren regelmäßig persönlich zur Besprechung der Redaktionsangelegenheiten in Dresden erschienen. Er sieht sein Werk gedeihen, da die in der Socialkorrespondenz erscheinenden Artikel namentlich von der deutschen Lokalpresse fleißig abgedruckt werden und, soweit sie Artikel über Armenwesen und Wohlthätigkeit enthalten, zugleich in einer Monatsschrift unter dem Titel „Der Helfer" erscheinen, während die Artikel über hygienische Fragen als Monatsschrift unter dem Titel „Volksgesundheit" und die Artikel über Volkserziehung, Volkserholungen, Kinderspiele, Kinderfürsorge, gemeinnütziges Vereinswesen als Monatsschrift unter dem Titel „Volksgeselligkeit" herausgegeben werden. Die Socialkorrespondenz hat von Anfang an den Abdruck ihrer Artikel den Zeitungen „ohne Quellenangabe" gestattet, weil der Centralverein und die Herausgeber mit ihrem Unternehmen keine Erwerbszwecke verfolgen, sondern nur eine Verbreitung ihrer Ideen erstreben. — Gumprecht hat das ganze Unternehmen in diesem Geiste ins Leben gerufen und es 22 Jahre lang in dieser Richtung mitgeleitet.

Nachdem wir im vorstehenden die litterarische Thätigkeit Gumprechts beleuchtet haben, wollen wir weiter erwähnen, daß er zur praktischen Ausführung seiner Ideen verschiedene Vereine und gemeinnützige Anstalten teils mitbegründet, teils durch persönliche Teilnahme an Kongressen sowie durch Geldmittel, Schriften und Zeitungsartikel wesentlich gefördert hat. Ganz besonders hat er

Digitized by Google

den deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke durch seine Schriften und Artikel vorbereitet und nach erfolgter Gründung immer kräftig unterstützt. Nicht minder opferwillig hat er seit Jahrzehnten dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen seine Dienste geleistet.

Endlich hat Gumprecht auch in seinem gegenwärtigen Wohnort Meran eine reichgesegnete praktische Wirksamkeit entfaltet. Der Pfarrer der evangelischen Gemeinde von Meran schreibt über ihn: „Herrn Gumprechts Verdienste um unsere Gemeinde sind sehr groß. Er ist der treue Seelsorger, der seit Jahren besser und wirkungsvoller als je ein Pastor es thun kann, in unaufdringlicher feiner Weise, fern von jedem Bekehrungseifer, sehr Vielen das erlösende Wort zu sagen versteht, das den tiefsten Schaden ihrer Seele, die Armut an Gott, aufdeckt. Er hat unseren Kirchen- und Pfarrhausbau in treuester Weise gefördert. Er ist jahrelanges Mitglied unseres Presbyteriums, unserer Armenkommission und kennt die wirksame dauernde Hülfe. Er hat mit unermüdlicher Arbeit besonders in letzter Zeit unsere Unterrichts- und Erziehungsanstalt gefördert. Um den Kurort hat er durch manche heilsame Anregung namentlich hygienisch große Verdienste, so daß man ihn „einen guten Engel des Platzes" nennen hört." —

Nach den Versicherungen seines Bruders Otto verdankt Gumprecht seine geistige Frische besonders seiner fortgesetzten schriftstellerischen Thätigkeit und seiner praktischen Beteiligung an allerlei gemeinnützigen Bestrebungen. Wir möchten als weitere Ursachen des hohen rüstigen Alters des Jubilars seine mäßige gesunde Lebensweise, seine harmonische Weltanschauung und sein freudiges Gottvertrauen hervorheben. Wer in seinem 80. Lebensjahre noch in so freudiger Stimmung gemeinnützig wirken kann, wie Adolf Gumprecht, den darf man wohl in Wahrheit „glücklich" nennen!

Nachschrift. Nach den der Redaktion aus Meran zugegangenen Briefen ist der achtzigste Geburtstag Gumprechts am 7. Dezember 1898 in Meran in sinniger Weise von der evangelischen Kirchen- und Schulgemeinde gefeiert worden. „Die Vorsteher der Kirchengemeinde überbrachten dem Jubilar die Glückwünsche der Gemeinde in seiner Wohnung und holten ihn im Wagen nach der von dem Jubilar besonders treu gepflegten Unterrichts- und Erziehungsanstalt ab, in welcher die

Digitized by Google

festlich gekleideten Kinder mit den Lehrern, dem Pfarrer und der Pensionatsvorsteherin den treuen Freund empfingen. Ein Chorgesang „Lobe den Herrn" eröffnete die Feier. Pfarrer Dr. Selle hielt eine warme Ansprache, in welcher er bat, den Jubilar als „einen gesegneten Mann" bezeichnen zu dürfen, wenn schon dessen stiller und bescheidener Sinn jede Ehrung ablehne. Er schilderte die Wirksamkeit, welche der Jubilar nicht nur im Kurorte Meran, sondern auch weit darüber hinaus durch sein geschriebenes und lebendiges Wort und seine Mitarbeit an den großen gesundheitlichen, socialen und ethischen Aufgaben der Gegenwart und durch den Eindruck seiner Persönlichkeit entfaltet habe. Weitere Ansprachen hielten der Direktor Wachowski im Namen des Lehrkörpers der Schule und eine Abordnung des evangelischen Männerklubs. Sodann erfolgte eine Überreichung der Festgaben, bestehend in einer Dank- und Ehrenadresse der Gemeinde, einem Album mit einer langen Reihe von Photographien auswärtiger und Meraner Freunde und mit einer zweiten Sammlung von handschriftlichen Glückwünschen, Denksprüchen und Gedanken zahlreicher auswärtiger und Meraner Freunde. Große Freude bereitete auch die Mitteilung, daß auf Veranlassung des Pastor v. Bodelschwingh und einiger anderer Freunde in Dresden und Leipzig ein Grundstock zu einer Gumprecht-Stiftung für die evangelische Schule in Meran gelegt worden sei, der jetzt die Höhe von 700 Mark erreicht habe. Nach herzlichen Dankesworten des Jubilars, der durch alle ihm zu teil gewordenen Ehrungen völlig überrascht worden war, schloß die erhebende Feier mit einigen Deklamationen von Schülern und Schülerinnen und weiteren Chorgesängen."

Die Redaktion des „Arbeiterfreund" möchte schließlich auch die Mitglieder des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen und alle Freunde Gumprechts und seiner Bestrebungen auf die zu Ehren des Jubilars begründete „Gumprecht-Stiftung" aufmerksam machen, welche in Meran dauernden Segen für Erziehungszwecke stiften und die Erinnerung an das menschenfreundliche Wirken des Jubilars auch auf fernere Geschlechter fortpflanzen soll. Wer den Jubilar ehren und sein Werk fördern will, kann dies dadurch thun, daß er einen, wenn auch noch so bescheidenen Beitrag für die „Gumprecht-Stiftung" an Herrn Pfarrer Dr. Selle in Meran (Tirol) einsendet. Mögen dem würdigen Jubilar in Freude an dieser Stiftung und in rüstiger Schaffenslust noch viele glückliche Lebensjahre beschieden sein!

Digitized by Google

Internationale Ehrung eines deutschen Ingenieurs.

Von Prof. Dr. **Böhmert.**

Die technischen Wissenschaften haben nicht nur die Gestalt der Erde verändern helfen und die verschiedenen Weltteile einander näher gebracht, sondern auch den darauf wohnenden Menschen allmählich bessere Lebensbedingungen geschaffen. Die Lösung der unsere Zeit so tief bewegenden Arbeiterfrage ist neben einer volkswirtschaftlichen und volkserzieherischen Aufgabe vor allem auch eine technische Angelegenheit geworden. Sie erfordert in erster Linie eine Vermehrung der Güter und bessere Ausnutzung der vorhandenen Natur-, Arbeits- und Kapitalkräfte, sowie eine Verminderung der harten körperlichen Arbeitslast und langen Arbeitszeit, damit Geist und Gemüt der Menschen höher entwickelt werden können. In zweiter Linie wird man auch eine gerechtere Verteilung der Güter und zweckmäßigere wirtschaftspolitische Einrichtungen anstreben müssen. Die Hauptfortschritte auf socialem Gebiete lassen sich jedoch überall nur im friedlichen Bunde und Wetteifer mit den Technikern und Unternehmern durchführen. — An den Errungenschaften der modernen Technik sind alle Völker beteiligt. Jede Nation stellt auch ihre besonderen großen Theoretiker und Praktiker, welche sich internationaler Würdigung und Ehrung erfreuen. Am 20. November d. J. ist ein großer englischer Ingenieur John Fowler im 82. Lebensjahre gestorben. Alle Weltteile ehren das Andenken dieses berühmten Mannes, der zahlreiche englische Eisenbahnlinien herstellte und die ersten Londoner Untergrundbahnen sowie die berühmte Forthbrücke erbaute, der auf die Entwickelung Ägyptens in technischen Fragen mächtigen Einfluß ausübte, dessen Rat die indische Regierung bestimmte, in dem Kampfe um die Spurweite die

Digitized by Google

Meterspur einzuführen und auf eine gleichmäßige Spurweite für das ganze indische Bahnnetz hinzuarbeiten, der endlich auch in der Konstruktion von Lokomotiven namentlich für die Untergrundbahnen Großes geleistet hat.

Der Monat November des Jahres 1898, welcher die Erinnerung an die Triumphe der englischen Ingenieurkunst und an einen ihrer Hauptvertreter erneut hat, ist auch Zeuge der internationalen Ehrung eines noch lebenden und wissenschaftlich thätigen deutschen Ingenieurs gewesen, der als Lehrer, Erfinder, Schriftsteller und Organisator weit über die Grenzen seiner deutschen Heimat hinaus gewirkt und die Ingenieurwissenschaften sowie die mathematische Statistik und das ganze technische Hochschulwesen in hervorragender Weise gefördert hat. Dieser um das Erwerbsleben und Bildungswesen seiner Zeit hochverdiente deutsche Ingenieur ist der Geh. Rat Prof. Dr. Gustav Zeuner in Dresden, dessen 70. Geburtstag von seinen in der ganzen Welt zerstreuten ehemaligen Schülern in würdigster Weise durch eine Zeuner-Stiftung gefeiert worden ist, für welche nach dem Bekanntwerden eines in deutschen, schweizerischen und österreichischen Blättern veröffentlichten Rundschreibens schon in wenigen Wochen über 13 000 Mk. eingegangen waren.

Gustav Zeuner wurde am 30. November 1828 in Chemnitz geboren, studierte von 1848—1851 an der Bergakademie in Freiberg, setzte seine Studien in Paris fort und begründete nach seiner Rückkehr die Zeitschrift „Civilingenieur", welche er bis 1857 geleitet hat. Bei Errichtung des eidgenössischen Polytechnikums wurde er 1855 als Professor der technischen Mechanik und theoretischen Maschinenlehre nach Zürich berufen. Von 1859 an war er stellvertretender Direktor und von 1865—1867 Direktor des Züricher Polytechnikums. Nachdem er eine Reihe von Berufungen nach Karlsruhe, Wien, München und Aachen ausgeschlagen hatte, folgte er im Jahre 1871 einem Rufe nach seiner sächsischen Heimat als Direktor der Bergakademie in Freiberg. Im Jahre 1873 wurde er zum Direktor und Professor für technische Mechanik und theoretische Maschinenlehre am Dresdener Polytechnikum ernannt.

Zeuner hat sich dem Gebiet der Lehrthätigkeit 42 Jahre lang von 1855—1897 mit voller Frische des Geistes gewidmet. Alle seine Schüler sind darin einig, daß er es wie kaum ein Zweiter verstanden hat, seine Zuhörer zu begeistern und zu fördern. „Zeuner war der geborene Professor" — so schreibt ein aus seiner Schule hervorgegan-

Digitized by Google

gener bedeutender Lehrer. „Mit unübertrefflicher Klarheit und Anschaulichkeit wußte er in schlichtem, ungekünsteltem Vortrag ein Problem allseitig zu entwickeln, in der knappsten und elegantesten Form mathematisch einzukleiden und, unterstützt durch die ungemeine Lebhaftigkeit und Beweglichkeit seines Wesens den Eindruck hervorzurufen, als ob er eben jetzt im Augenblick des Vortrags die Lösung gefunden hätte. Unter seiner Behandlung verschwanden die Schwierigkeiten, alles wurde einfach und leicht verständlich, es war jedesmal wie eine Neuschöpfung des betreffenden Kapitels; kein Wunder, daß seine Schüler begeistert an seinen Lippen hingen, besonders da, wo er über seine eigenen Untersuchungen vortrug." — Ein anderer Zuhörer schreibt von ihm: „Schon in Zeuners Vorlesungen über die technische Mechanik gewann der junge Studierende ein ideales Bild über den Zusammenhang und die Wechselwirkung der Naturkräfte, nicht in der starren Form nackter Thatsachen, sondern belebt durch formvollendeten Vortrag und zahlreiche Beispiele aus der uns umgebenden Welt, von der einfachen Billardkugel bei der Lehre vom Stoß bis zur Bewegung unserer Himmelskörper bei den Kepplerschen Gesetzen. Durch alle Vorträge leuchtete das Bestreben, einen wissenschaftlich denkenden Geist in den Schülern zu erziehen, ihnen die idealen Ziele seiner Lebensstellung bewußt zu machen."

Während Zeuners Lehrbegabung zunächst nur dem engeren Kreise seiner Schüler zu gute kam, zog er von Anfang an durch seine gedruckten wissenschaftlichen Arbeiten die Blicke der ganzen technischen Welt auf sich. Die in rascher Folge erscheinenden Werke Zeuners legen ein glänzendes Zeugnis ab für seine hervorragende Fähigkeit, die verschiedensten technisch-wissenschaftlichen Fragen in einer Weise zu behandeln, welche neben der Theorie auch die Praxis zu ihrem vollen Rechte kommen ließ.

Zeuners Hauptverdienste und folgenreichste Arbeiten und Erfindungen liegen auf dem Gebiete der Wärmelehre, der Hydraulik und der Dampfmaschinensteuerung. Er brachte Klarheit und System in das schwierige Gebiet der Steuerungen durch das im Jahre 1856 von ihm erfundene „Zeunersche Diagramm". In einer Neujahrsnacht, als er in trautem Gespräche mit seiner Lebensgefährtin des Augenblicks harrte, wo Glockenton — vom Züricher See her — das neue Jahr begrüßen sollte, zirkelten seine Finger Figuren auf ein Blatt. Ein Gedankenblitz — und die konstruktive Lösung des Schieberdiagramms war gefunden!

Digitized by Google

Die „Schweizerische Bauzeitung", welche ihre Nummer vom 26. November 1898 mit Zeuners Bildnis ziert und ihn als eine Zierde des eidgenössischen Polytechnikums feiert, welches einen nicht geringen Teil seines Ruhmes und Ansehens auf Zeuners Wirksamkeit mit zurückführen könne, hebt mit Recht hervor, daß auf schweizerischem Boden auch die ersten bahnbrechenden schriftstellerischen Arbeiten Zeuners entstanden sind. „Schon in den Jahren 1856 und 1857 — so schreibt sie — erschienen im „Civilingenieur" zwei Arbeiten über Lokomotivsteuerungen und im ersten Band der „Schweizerischen polytechnischen Zeitschrift" 1856 eine Arbeit über die Stephensonsche Koulisse. Schon diese Erstlingsarbeiten wurden von der Praxis sehr günstig aufgenommen, weil darin ein neues, sehr einfaches und durchsichtiges Verfahren angegeben war, um auf graphischem Wege die Dampfverteilung durch Schieber zu studieren. In rascher Weiterführung des fruchtbaren Grundgedankens entwickelte sich hieraus das im Jahr 1857 in erster, 1888 in fünfter, wesentlich erweiterter Auflage erschienene Buch „Die Schiebersteuerungen", welches, bald ins Französische und Englische übersetzt, den Namen des Verfassers in weitesten Kreisen bekannt machte." — Ebenso bedeutungsvoll wurden die im Jahr 1859 von Zeuner in erster Auflage herausgegebenen „Grundzüge der Wärmetheorie". Zeuner folgte mit dieser Schrift der Ansicht Redtenbachers, welcher ihm in jenen Jahren einmal schrieb: „ich halte es von nun an für lohnender, sich über die Wärme den Kopf zu zerbrechen." Sein Werk vermittelte dem schaffenden Techniker in übersichtlicher Weise die früher zerstreuten Forschungen über den Zusammenhang zwischen Wärme und Arbeit und über die Theorie der Dämpfe. Es gelang Zeuner, in rastloser fortwährender Verbesserung, Erweiterung und Vertiefung nach und nach ein Werk zu schaffen, welches von 11 Bogen der ersten Auflage auf deren 63 angewachsen ist und als „Technische Thermodynamik" zum eisernen Bestand der Fachbibliothek des Maschineningenieurs gehört, dem es eine Fülle von Belehrung und Anregung in den mit der Anwendung der Wärmetheorie zusammenhängenden Fragen gewährt. Ja noch mehr — Zeuners „Technische Thermodynamik" ist — wie die Schweizerische Bauzeitung dies weiter ausführt — für alle litterarische Forscherarbeit in dieser Richtung „grundlegend und bahnbrechend geworden und hat unmittelbar befruchtend auf die technische Entwickelung einzelner Gebiete des Maschinenwesens gewirkt."

Zeuners Wirken hat sich über die Technik noch weit hinaus er-

Digitized by Google

streckt und ist auch auf dem statistischen Gebiete bahnbrechend gewesen. Zeuner betonte schon im Jahre 1869 in seinen „Abhandlungen aus der mathematischen Statistik“: „daß in der Statistik im Verein mit der Analysis eine Wissenschaft erblühen wird, welche, wie keine andere auf die Mathematik begründete, selbst Astronomie, Mechanik, Physik nicht ausgenommen, den größten Einfluß auf die Entwickelung der Kultur üben wird“. In seinen späteren, in der Zeitschrift des königl. sächs. statist. Büreaus veröffentlichten Arbeiten suchte Zeuner „die Statistik zu einer Messungsdisziplin im Dienste der Gesellschaftswissenschaft, gewidmet dem Studium der realen Verhältnisse, zu erheben“ und begründete die Überzeugung: „daß der Volkswirtschaftslehre noch reicher Gewinn erblühen wird, wenn in ihr die Mittel, über welche die Mathematik verfügt, allgemeinere Anwendung und Verwendung finden“. — Die praktische Anwendung von Zeuners Studien über die mathematische Statistik erfolgte in seinen Vorlesungen über das Versicherungswesen, wodurch Zeuner auch wichtige Beiträge zur Socialwissenschaft und zur Lösung der Arbeiterfrage geliefert und es wohl verdient hat, auch in dem „Arbeiterfreund“ als Förderer des Arbeiterwohls gefeiert zu werden.

Es bleibt uns endlich noch übrig, besonders hervorzuheben, daß Zeuner neben seiner umfassenden Thätigkeit als Lehrer und Schriftsteller sich auch um die Organisation und Verwaltung des technischen Unterrichtswesens der Gegenwart bleibende Verdienste erworben hat. Nachdem Zeuner von 1855—1871 an der Einrichtung der mechanisch-technischen Abteilung des eidgenössischen Polytechnikums sowie an den gesamten Verwaltungsangelegenheiten dieser Anstalt von Anfang an den thätigsten und lebhaftesten Anteil genommen hatte, wurde ihm vom Jahre 1871 an die wichtige Aufgabe gestellt, zuerst die Freiberger Bergakademie neu zu gestalten und vom Jahre 1873 an auch dem Dresdener Polytechnikum eine neue Verfassung zu geben und dasselbe zum Range einer technischen Hochschule zu erheben. Unter ihm wurde zu der bereits bestehenden Ingenieurabteilung, mechanischen Abteilung und chemischen Abteilung noch eine Hochbauabteilung und eine elektrotechnische Sektion der mechanischen Abteilung begründet und die allgemeine Abteilung für Mathematik und Naturwissenschaften und für allgemeine Wissenschaften (Philosophie und Pädagogik, Volkswirtschaftslehre, Verwaltungsrecht, allgemeine Geschichte, Kunstgeschichte, Litteraturgeschichte, Geographie und neuere Sprachen) bedeutend erweitert. Zum Zweck der Neugestaltung des technischen Hochschul-

Digitized by Google

wesens begründete Zeuner als Direktor in Dresden verschiedene neue Professuren, um die jungen Techniker mit einer gründlichen theoretischen Ausbildung auszurüsten und sie nicht nur in die alles wissenschaftliche Wirken durchdringenden reinen Geisteswissenschaften einzuweihen, sondern ihnen auch die Pflege der Litteratur und Kunst, der Geschichte und Geographie, und das Studium der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften und der neueren Sprachen zu ermöglichen.

Zeuners ehemalige Hörer haben überall, wo er wirkte, dankbar anerkannt, daß er alles, was die technische Wissenschaft als Stoff bietet, geistig zu durchdringen und in dem Wechsel der Erscheinungen das Bleibende und Grundlegende hervorzuheben und so einen wirklich wissenschaftlichen Geist zu erziehen suchte. Das Rundschreiben an Zeuners ehemalige Hörer giebt den Gefühlen der Dankbarkeit für Zeuners Leistungen einen lebendigen Ausdruck in den Worten: „Wie viele Männer unserer schaffensfreudigen Gegenwart verdanken ihre praktischen Erfolge und lohnenden Stellungen zu einem nicht geringen Teile den wissenschaftlichen Lehren, welche Zeuner ihnen einst entweder persönlich in lichtvollen Vorträgen oder in seinen Schriften zur eigenen freien Verwendung selbstlos mitteilte! Sie alle werden gern etwas von ihrem Überflusse opfern, um eine Stiftung begründen zu helfen, über deren Bestimmung dem Jubilar die Entscheidung überlassen werden soll."

Viele Hunderte von dankbaren Schülern haben der Aufforderung Folge geleistet, welche von München und Dresden aus von seiten der verschiedenen Ingenieur- und Architektenvereine ergangen war, um Zeuners 70. Geburtstag würdig zu feiern. Verschiedene Schüler und Deputationen von Vereinen waren zum Teil aus weiter Ferne herbeigekommen, um dem Jubilar eine Sammlung von Photographieen ehemaliger Zuhörer und den Grundstock einer Zeuner-Stiftung zu überreichen, welche am Geburtstage selbst bereits den Betrag von 16 500 Mk. erreicht hatte, über deren Verwendung dem Jubilar die nähere Bestimmung überlassen wurde. In den Ansprachen am Geburtstagsmorgen und in einem abendlichen Zusammensein mit den fremden Gästen kam nicht nur der wärmste Dank aller ehemaligen Schüler, sondern auch der innige Wunsch zum lebhaften Ausdruck, daß es dem Jubilar vergönnt sein möge, im wohlverdienten Ruhestande sich nun der Wissenschaft weiter erfolgreich zu widmen und der modernen Technik im neuen Jahrhundert noch weitere unvergängliche Dienste zu leisten!

Digitized by Google

Das sächsische Fachschulwesen
und die Dresdener Ausstellung der gewerblichen Unterrichtsanstalten Sachsens.

Von Dr. Paul Scheven.

Die Entwickelung der produktiven Kräfte und die Entfaltung schlummernder Fähigkeiten ist die Aufgabe, welcher sich die gewerbliche Unterrichtspolitik Sachsens im Bunde mit den Gewerbetreibenden erfolgreich widmet. Der dabei beobachtete finanzpolitische Grundsatz, in der Regel nur da Staatsunterstützung zu gewähren, wo die Privatinitiative durch Opferwilligkeit ihr Interesse an der Sache bekundet, verhütet unzweckmäßige Verwendung der Mittel. Dabei ist noch in keiner Weise ausgeschlossen, daß im Fall offenbaren Unvermögens oder da, wo es sich um öffentliche oder vorwiegend künstlerische Interessen handelt, der Staat die Gesamtlast auf sich nimmt, wie es z. B. bei den Klöppelschulen, den Spielwarenschulen, bei den Schiffer-, Kunstgewerbe- und einigen Baugewerkenschulen und den drei Kunstgewerbeschulen der Fall ist.

Kein Staat, etwa mit Ausnahme von Österreich und der Schweiz, vermag sich eines so reich entwickelten und so planvoll geleiteten gewerblichen Unterrichtswesens zu rühmen wie Sachsen. Diese Erkenntnis drängte sich dem sachkundigen Besucher unwillkürlich auf bei Gelegenheit der Ausstellung der gewerblichen Unterrichtsanstalten, welche in Dresden im Oktober 1898 stattgefunden hat.

Vor Besprechung der Ausstellung ist ein Blick auf das gewerbliche Unterrichtswesen Sachsens nötig. In der auf der Ausstellung gebotenen Einschränkung entfallen aus dem Rahmen die technische Hochschule zu Dresden, die Bergakademie zu Freiberg, die Forstakademie Tharandt, die Handelshochschule zu Leipzig, die landwirthschaftlichen

Digitized by Google

Lehranstalten und Gartenbauschulen; sie dienen im weiteren Sinne ja ebenfalls der gewerblichen Ausbildung, hier soll aber dieselbe im engeren Sinne gefaßt werden, also beschränkt auf Industrie, Handel und Verkehr und auch da nur, soweit als dieselbe nicht von rein wissenschaftlichen Anstalten erteilt wird.

Der ganze Organismus des gewerblichen Unterrichtswesens gliedert sich 1. in Vollschulen, welche ihre Schüler während einer gewissen Zeit (mitunter bis zu 3 Jahren), völlig in Anspruch nehmen; 2. in eigentliche Fortbildungsschulen, welche jungen Leuten neben ihrer Berufsthätigkeit noch besondere künstlerische, technische oder kaufmännische Fertigkeiten beizubringen streben, und endlich 3. in Veranstaltungen, welche gewerblichen Unterricht neben dem Volksschulbesuch bieten. Zu den Anstalten erster Art zählen die drei Kunstgewerbeschulen mit der Dresdener Vorschule, die großen Fachschulen, die höheren Web- und Wirkereischulen, sieben Baugewerken- und Ingenieurschulen und eine Reihe Handelslehranstalten. Zu den Anstalten der zweiten Gattung gehören die sogen. „Fach- und Fortbildungsschulen", die gewerblichen Zeichen- und Fortbildungsschulen, die Berg- und Schifferschulen, die kleineren Web- und Wirkschulen, die Posamentierschulen und Heizerschulen. Außerdem sind mit den meisten Vollschulen Fortbildungsschulen in Form von Abend- und Sonntagskursen verbunden. In Gegenden des Erzgebirges empfangen Kinder neben dem Elementarunterricht noch Unterweisung im Klöppeln, Strohflechten, gewerblichen Zeichnen und in einzelnen Arbeiten der Spielwarenherstellungen.

Von dieser breiten Grundlage aus ist es möglich, den mannigfach abgestuften Bedürfnissen der gewerblich arbeitenden Bevölkerung in entsprechender Weise entgegenzukommen.

Die durch ein Gesetz von 1873 in Sachsen eingeführte Fortbildungsschulpflicht gab auch der fachmäßigen Ausbildung einen neuen Impuls, denn die strebsameren Elemente suchen eben stets über das Niveau sich zu erheben, und diese füllten nun die strenger beruflich zugeschnittenen „Fach- und Fortbildungsschulen". Ein besonderes Gesetz von 1880 regelt die Verhältnisse der gewerblichen Schulen.

Die folgende Liste giebt den Stand des gewerblichen Unterrichts im Schuljahr 1897/98 nach Maßgabe des „offiziellen Führers durch die Ausstellung" an. Die Anstalten sind in große Gruppen möglichst übereinstimmend mit genannter Quelle zusammengefaßt, nur sind dieselben etwas vermehrt, um einzelne besonders geartete Gewerbe hervortreten zu lassen.

Digitized by Google

	Die	Anstalten*) besaßen	Lehrkräfte:**)	Tages- u. Abend-schüler:
1.	3	Kunstgewerbeschulen***)	68	931
2.	2	Gewerbeschulen	67	2063
3.	2	Ingenieurschulen	47	1364
4.	7	Baugewerkenschulen	75	1007
5.	6	Tagesfachschulen für verschiedene Gewerbe (außer Textilschulen)	44	366
6.	37	Gewerbliche Fach- und Fortbildungsschulen†)	148	2407
7.	14	Gewerbl. Zeichenunterrichts- u. Volksschulen	16	436
8.	3	Schulen f. Bau v. Musikinstrumenten	21	363
9.	1	Lehranstalt für Hand- u. Preßvergoldung	3	40
10.	2	Drogistenfachschulen	12	222
11.	2	Fach- und Fortbildungsschulen für Gastwirte	11	202
12.	5	Zuschneideschulen	20	609
13.	25	Web-, Wirk- und Posamentierschulen	148	2200
14.	14	Gewerbl. Lehranstalten für Frauen u. Mädchen	93	1513
15a.	1	Spitzenklöppel-Musterschule	1	15
15b.	28	gewöhnl. Klöppelschulen	29	1241
16.	3	Strohflechtschulen	5	224
17.	11	gewerbl. Zeichenschulen	34	790
18.	32	gew. Fortbildungsschulen	271	7966
19.	43	Handelslehranstalten	281	5125
20.	2	Bergschulen	10	131
21.	7	Schifferschulen	21	156
	251	Schulen mit	1395 Lehrkr. u.	29371 Schülern.

*) Die Zahl der Anstalten stimmt mit dem Führer nicht ganz überein, da dort einige Anstalten in mehrere Schulen zerlegt sind, auch hatte eine im Katalog aufgeführte Schule nicht ausgestellt.

**) Sowohl ausschließlich als im Nebenamt beschäftigte.

***) Dresden mit Vorschule, Leipzig u. Industriesch. in Plauen.

†) Darunter für Tischler 7, Schmiede 4, Schneider, Barbiere und Friseure, Maler je 3, Buchdrucker und Buchbinder je 2, Steinmetzen, Schornsteinfeger, Konditoren, Fleischer, Klempner, Tapezierer je 1.

Digitized by Google

Die örtliche Verbreitung der Schulen richtet sich nach dem gewerblichen Charakter der Gegend. In den Großstädten haben die Kunstgewerbeschulen, die Handelslehranstalten, die reichgegliederten Gewerbeschulen ihren natürlichen Boden. Die Baugewerkenschulen sind nicht nur in den maßgebenden Städten, sondern auch in bescheidenen Mittelstädten zu finden. Die kleineren Handels- und Fachschulen haben sich in Städten jeglichen Charakters entwickelt und beweisen das Bildungsbedürfnis der sächsischen Handwerker und Kaufleute. Die großen Fachschulen lassen sich im Centrum der betreffenden Industrie nieder, gleichviel ob der Ort sonst von Bedeutung ist, z. B. die Uhrmacherschule in Glashütte, die Klöppelmusterschule in Schneeberg. Chemnitz mit seiner weiteren Umgegend und die Oberlausitz sind die Sitze der Web- und Wirkschulen. Die entlegeneren Orte des Erzgebirges besitzen Posamentier-, Klöppel-, Strohflecht-, Spielwaren- oder Musikinstrumentenschulen. Der Elbe entlang haben sich die Schifferschulen niedergelassen.

Wie dicht besetzt Sachsen mit gewerblichen Lehranstalten ist, ersieht man daraus, daß sich in Dresden 31, in Leipzig 17, in Chemnitz 16, in Zwickau 7 befinden. In kleineren Orten, wie z. B. Schneeberg, Meißen trifft man 5, in Freiberg, Glauchau, Mittweida, Plauen 4 solcher Schulen an. Im ganzen verteilen sich die 251 gewerblichen Lehranstalten, die auf der Dresdener Ausstellung im Oktober 1898 vertreten waren, auf 122 Orte.

Die Quellen, aus denen die Unterhaltsmittel der Schulen fließen, sind (soweit sie nicht reine Privatschulen sind) fünferlei Art, wie nebenstehende Tabelle (S. 387) über 238 im Jahr 1893/94 vorhandene Lehranstalten zeigt.

Der Gesamtaufwand der 238 Lehranstalten (nach dem Bestande von 1894) betrug in diesem Jahr 1 668 195 Mk. Fast die Hälfte (795 454 Mk.) wird gedeckt durch das Schul- und Eintrittsgeld. Bei den Fach- und gewerblichen Fortbildungsschulen, den Handelsschulen und Lehranstalten fürs weibliche Geschlecht fließt ein überwiegender Teil aus dieser Quelle. Interessentenverbände (Fachschulvereine, gewerbliche und kaufmännische Korporationen ꝛc.) steuern im Durchschnitt nur gegen 6 pCt. zu den Gesamtkosten; aus Gemeindemitteln rühren etwa $8^1/_3$ pCt. her und der Staat gewährt einen Zuschuß von ca. 30 pCt. zu den Gesamtkosten des gewerblichen Unterrichts.

Die höhere Webschule in Chemnitz erhebt von Deutschen 270 Mk., von Ausländern 450 Mk., die Wirkschule in Limbach von Sachsen

Digitized by Google

Der Aufwand, den der gewerbliche Unterricht im Jahre 1893/94 erforderte, stellt sich nach den einzelnen Schulgattungen gegliedert folgendermaßen dar laut Bericht der Ministerien von 1897:

		Durch:					
		Eintritts- und Schulgeld.	Interessenvereine und Private.	Gemeindebeschuß.	Staatszuschuß.	Sonstige Einnahmen, auch Erlös aus Schülerarbeiten.	Gesammtaufwand.
		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
3	Kunstgewerbeschulen (Dresden, Leipzig, Plauen)	25 961	—	—	307 700	1 609	335 270
2	städtische Gewerbeschulen	18 040	—	65 075	—	—	83 115
5	königl. Baugewerkenschulen	16 800	—	—	94 257	—	111 057
64	Fach- (Tages- und Fortbildungsschulen)	106 000	24 000	19 000	54 000	34 291	237 291
27	Web-, Wirk- und Posamentenschulen	34 245	18 500	21 000	45 100	11 316	130 161
7	Schifferschulen	354	—	—	1 710	—	2 064
2	Bergschulen	—	7 240	600	15 418	—	23 258
30	gewerbl. Fortbildungsschulen	97 900	11 939	13 710	19 118	—	142 667
9	gewerbl. Zeichensch.	2 378	880	1 750	4 750	—	9 758
18	gewerbl. Lehranstalt für Mädch. u. Frauen	68 874	4 073	4 104	10 844	—	87 895
27	Klöppelschulen (ohne Musterschule)	2 696	—	2 593	15 625	—	20 916
3	Strohflechtschulen	—	—	586	1 350	453	2 389
41	Handelsschulen	422 204	31 600	14 250	14 300	—	482 354
238	Lehranstalten	795 454	98 232	142 668	584 172	47 669	1 668 195

Die Kosten des zu Lasten des Staats an einer Reihe erzgebirgischer Volksschulen erteilten gewerblichen Zeichenunterrichts und die Aufwendungen der Heizerschulen und für die Heizerkurse sind nicht genannt; ebensowenig die für die Lehrschmiede an der tierärztlichen Hochschule.

Die „technischen Staatslehranstalten zu Chemnitz“ erforderten bei einer Schulgeldeinnahme von 54 760 Mk. einen Staatszuschuß von 218 713 Mk., die technische Hochschule bei einer Einnahme von 30 297 Mk. seitens der Studierenden einen Staatszuschuß von 355 342 Mk.

180 Mk., von anderen Deutschen 300 Mk., von Ausländern 600 Mk. Die Uhrmacherschule in Glashütte dementsprechend ein jährliches Schulgeld von 120, 150 und 216 Mk.

In Ansehung des Gebotenen sind diese Sätze mäßig zu nennen. Die kleinen gewerblichen Fachschulen berechnen jährliche Schulgeldsätze

Digitized by Google

von 3—30 Mk. Ersterer gilt z. B. von einzelnen Schneiderlehrlings- und Barbierschulen, letzterer von der Dresdener Malerfachschule. Die Industrieschule in Olbernhau verlangt nur ein Eintrittsgeld von 1 Mk. Einzelne Schulen gewähren aber gänzlich unentgeltlichen Unterricht, so die staatlichen Spielwaren- und Bergschulen, auch die Spitzenklöppelmusterschule und die kommunalen Strohflechtschulen, während die gewöhnlichen Klöppelschulen eine wöchentliche Unterrichtsgebühr von 5 Pf. berechnen, dafür aber die gelieferte Arbeit bezahlen, bezw. gutschreiben. Auf diese Weise hatte sich bis zum Jahresschluß 1893/94 in den 27 Klöppelschulen ein Sparfonds von 23 160 Mk. angesammelt; auf den einzelnen Schüler durchschnittlich 20 Mk. 3 Pf.

Um nun diesen weitausgreifenden Organismus von Lehranstalten mit einheitlichem Geist zu beleben und jedes Glied zweckentsprechend wirken zu lassen, ist ein besonderer Aufsichtsapparat geschaffen. Die Kunstgewerbeschulen und die auf der Ausstellung nicht vertretenen „technischen Staatslehranstalten in Chemnitz" unterstehen direkt dem Ministerium des Innern, während die technische Hochschule zum Departement des Kultusministeriums gehört. Für die Klöppelschulen ist ein besonderer Klöppelschulinspektor bestellt, für alle übrigen gewerblichen Schulen ist seit 1884 ein Gewerbeschulinspektor ernannt, der unmittelbar unter dem Ministerium des Innern steht. Diesem waren Ende 1896 241 Schulen zugewiesen, mit denen er in unausgesetzter beratender und kontrollierender Verbindung steht. Lehrpläne und Lehrgänge werden unter seiner Beihilfe festgestellt. Jährlich nimmt er etwa 120—140 Revisionen vor. Bei seinen Reisen hat er zu prüfen, ob und wo die Errichtung neuer gewerblicher Schulen angezeigt ist, ob bestehende sich überlebt haben oder reorganisationsbedürftig sind, ob die Staatsunterstützung richtig bemessen und angewandt ist ꝛc. Außerdem ist er Mitglied des Prüfungsausschusses für Zeichenlehrer. Die wachsende Zahl der Anstalten hat seit 1894 es nötig gemacht, dem Gewerbeschulinspektor für einzelne Schulen noch besondere Hülfskräfte an die Seite zu geben. Die Organisation der Ausstellung, zu deren Betrachtung wir nach diesem Überblick schreiten, war im besonderen das Werk des Gewerbeschulinspektors, Herrn Gewerberat Enke.

Alles war übersichtlich und geschmackvoll geordnet, und jede Schule, jeder Gewerbszweig kam nach dem Maß seiner Wichtigkeit zur Geltung. Deutlich trat in der ganzen Organisation die Absicht hervor, nicht der Schaulust der Menge, sondern dem Orientierungs- und Belehrungsbedürfnis der Aufsichtsbehörden, Vorstände und Lehrer zu dienen.

Digitized by Google

Gleichzeitig sollte die Ausstellung aber auch das Interesse der weitesten Kreise an der gewerblichen Ausbildung erhöhen. Eine jede Schule war vertreten durch Serien der Schülerarbeiten, die den Lehrgang jedes einzelnen Faches zur Anschauung brachten. Hefte, Zeichnungen, praktische Arbeiten, soweit dieselben in den Rahmen des Unterrichtsstoffes fallen, waren auf Tischen oder in Glasschränken ausgelegt, bezw. an den Scheidewänden befestigt. Auf den Zeichenbogen waren Name, Beruf und Geburtsjahr des Schülers, auf den Heften und praktischen Arbeiten noch die Zeit seines Eintritts in die Lehranstalt und die Klasse, in der die betreffende Arbeit entstanden war, auch die Censur des Lehrers verzeichnet. Während die Zeichnungen die Leistungen eines der besten Schüler waren, lagen in den schriftlichen Arbeiten auch diejenigen eines mittleren und eines noch den Anforderungen genügenden schwachen Schülers vor. Durch die knappe Vorbereitungszeit war verhindert worden, besondere Ausstellungsarbeiten zu schaffen. Es waren alles normale Schülerarbeiten aus dem Jahre 1897/98. Ausnahmen waren besonders kenntlich gemacht. Neben den Schülerarbeiten waren vielfach auch Lehrerarbeiten (Entwürfe, Lehrmittel, Lehrgänge) vertreten, die den vollgültigen Beweis erbrachten, daß die Lehrer nicht nur mit der gewerblichen Praxis in unausgesetzter Fühlung stehen und so die Veränderungen in den Ansprüchen der Kunden belauschen, sondern auch dafür, daß sie als berufene Berater die Industrie auch jenseits der Schulräume fördern. Soweit thunlich, waren auch die Lehrmittel der Schulen zur Anschauung gebracht, besonders durch wohlgeordnete Sammlungen von Rohstoffen, von Fabrikaten in den verschiedenen Stadien ihrer Entstehung und durch mannigfache Abbildungen.

In Einzelheiten einzudringen mangelt es hier an Raum, nur einige Bemerkungen über eine Schulgattung seien gestattet, die für Sachsen seit langer Zeit charakteristisch ist. Es sind dies die Lehrwerkstätten. Sie treten auch verbunden mit den großen Fachschulen, den Fach- und Fortbildungsschulen auf, z. B. mit den staatlichen Spielwarenschulen, dann aber auch ganz losgelöst von dem theoretischen Unterricht in den Klöppel- und Strohflechtschulen. Eng sich anschmiegend an den theoretisch-künstlerischen Unterricht treten sie dann wieder bei den Kunstgewerbeschulen auf.

Die Erkenntnis, daß weder die Werkstatt des Meisters noch die Fabrik heute dem Nachwuchs eine genügende Lehre angedeihen lassen können, führte zur schulmäßigen Ausbildung zuerst in den Textil-

Digitized by Google

industrien. Unter den 28 Klöppelschulen, die von Schulkindern (1218 Mädchen und 23 Knaben) besucht werden, finden wir die schon 1810 gegründete zu Schneeberg und manche andere aus dem zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts vertreten. In Schneeberg wurde 1878 noch die Spitzenklöppel-Musterschule errichtet. Diese soll innerhalb der Spitzenindustrie eine führende Stellung einnehmen und dient als Institut zur Ausbildung der Lehrerinnen. Zeichnen sich alle Klöppelschulen durch wohldurchdachten, anfangs den zarten Fingerchen ihrer kleinen Schülerinnen angepaßten Lehrgang aus, so erheben sich die Leistungen der letztgenannten Schule im Laufe des vierjährigen Unterrichts bis zu den herrlichsten „echten Brüsseler", den genähten Points. In geistiger Verbindung mit der Musterschule steht die Schneeberger Gewerbezeichenschule, welche u. a. Spitzenzeichnungen, Klöppelbriefe (Patronen) und Musterentwürfe ausstellte. Die Erhaltung der erzgebirgischen Spitzenerzeugung ist durch den reichlichen Besuch der gut geleiteten Schulen gewährleistet. Es wäre nur zu wünschen, daß diese vornehmste aller Textilhandarbeiten neben den Parvenütechniken wieder mehr zur Geltung käme und den ausführenden Händen durch eine zweckmäßigere Organisation des Absatzes reichlicherer Verdienst zuflösse.

Die Weberei, welche von allen Handwerken am ehesten den Wettbewerb der Maschine zu fühlen bekam, dachte auch schon zeitig an die Errichtung von Fachschulen. Unter den 23 in der Dresdener Ausstellung vertretenen Web- und Wirkschulen hätten 4 bereits das 60jährige, 17 das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens feiern können. 5 sind volle Tagesschulen (Chemnitz, Großschönau, Seifhennersdorf, Werdau, Limbach; letztere für Wirkerei), 21 sind Abend- bezw. Sonntagsschulen. Die gebotene Beschränkung auf gewisse Gebiete der Weberei oder Wirkerei trat auf der Ausstellung deutlich zu tage. Großschönau bevorzugt: Tischzeugdecken, Schleifenstoffe; Meerane: leichte Frauenkleiderstoffe; Werdau: schwere Herrenbuckskins; Kamenz: Tuche. Nur Chemnitz sucht das Gesamtgebiet der Weberei möglichst lückenlos zu bieten. Auch für die im Erzgebirge betriebene Posamentenindustrie ist bereits 1859 von der Stadtgemeinde Buchholz eine Posamentierschule ins Leben gerufen worden, die in der Schwesterstadt Annaberg und in Ehrenfriedersdorf Nachahmung gefunden hat. Die zur Schau gestellten Arbeiten ließen ein verständnisvolles Fortschreiten mit der Mode und Mechanik erkennen. Es kommt hier weniger darauf an, absolut Schönes zu schaffen, als darauf, dem herrschenden Geschmack

Digitized by Google

sich mit Anmut anzuschmiegen. Die Arbeiten der Industrieschule zu Plauen ragen wie die der Spitzenindustrie in das Gebiet des Kunstgewerbes hinein. Daher hatte diese Anstalt ihren Platz auch neben den Kunstgewerbeschulen angewiesen erhalten. Ihre durch Farben- und Formenpracht hervorragenden Leistungen in Blumenstudien, in stilisierten Pflanzenmotiven für Dekorationsstoffe, in Mustern herrlicher schwerer Portièren-, Möbel- und schleierartig leichter Gardinenstoffe sollten ihr auch den Namen einer „Kunstschule für Textilindustrie" eintragen!

Wenn nun auch die für den Export besonders schwerwiegenden Textilindustrieen mit Fachschulen vorzugsweise bedacht sind, so begegnen uns doch auch solche Schulen in anderen Gewerbszweigen reichlich. Bezeichnend ist, daß diese Anstalten sich durchweg nicht als „sächsische", sondern als „deutsche" bezeichnen: die deutsche Müllerschule (Dippoldiswalde), die deutsche Blecharbeiterschule (Aue im Erzgeb.), die deutsche Gerberschule (Freiberg), die deutsche Uhrmacherschule (Glashütte), die deutsche Schlosserschule (Roßwein), die deutsche Fachschule für Drechsler und Bildschnitzer (Leipzig). Der Grund dafür ist, daß die Unternehmer meistens große, übers ganze Reich sich erstreckende Vereine oder Verbände sind, aber auch eine Stadtgemeinde (Dippoldiswalde ist Eigentümerin der Müllerschule) und eine Innung (Leipziger Lohgerberinnung ist Mitbesitzerin der Gerberschule zu Freiberg) fehlen nicht. Diese Schulen hatten, abgesehen von ihrem theoretischen Unterricht und dem überall sorgfältig gepflegten Freihand- und Werkzeichnen in besonders instruktiver Weise ihre praktischen Unterweisungen durch reichhaltige Rohstoffsammlungen und vorzügliche Werkstattarbeiten der Schüler veranschaulicht. Die Blecharbeiterschule wies vom einfachen geometrischen Körper bis zur stilvoll getriebenen Kupferkanne den Stufengang auf, ebenso die ganze Serie der Blechdruckarbeiten und die Installationsübungen zur Anlage elektrischer Leitungen. Die deutsche Schlosserschule in Roßwein, erst seit 4 Jahren eröffnet, zeigte neben den eigentlichen Schlosserarbeiten, die etwas in den Hintergrund traten, vorzügliche Kunstschmiedestücke auf; sowohl in der Durchsteck- wie in der Treibarbeit war der ganze Lehrgang da. U. a. zwei Wandarme, einer streng romanisch, der andere in reicher Renaissance, und ein in der Technik naturalistisch gut durchgeführter Bilderrahmen aus sich verschlingendem Eichen- und Lorbeerast. Das künstlerisch dankbare Ätzverfahren wird gleichfalls gelehrt. Auch in dieser Schule wird die Elektrotechnik, soweit angemessen, geübt. Die deutsche

Digitized by Google

Uhrmacherschule in Glashütte, die man ebensogut Hochschule für Präzisionsmechanik nennen könnte, veranschaulicht in Glaskästen die Lehrgänge ihres 4jährigen Kursus, welcher die gesamte Präzisionsuhrmacherei, elektrotechnische Feinmechanik und die Anfertigung der Uhrmacherwerkzeuge umfaßt. Welche Summe wissenschaftlicher Erkenntnis, übersetzt in technisches Können, vereinigte diese aristokratischste aller Fachschulen auf der 5 Quadratmeter Grund- und 8 Quadratmeter Wandfläche! Ein Verdienst vorzüglich ihres Leiters, des hervorragenden Präzisionsuhrmachers Direktor Straßer. Die deutsche Drechsler- und Schnitzerschule in Leipzig sucht der arg bedrängten Drechslerei nicht eigentlich neue Bahnen zu weisen, als vielmehr die alten früher gewandelten wieder gangbar zu machen. Gab es doch eine Zeit, in der gar manche Fürsten dieser Beschäftigung als sinnreichem Zeitvertreib sich widmeten. Wie zierlich der Drechsler seine Erzeugnisse zu gestalten weiß, zeigten die anmutigen Etagèren, ein Spinnrad und einzelne Stücke der Kunst- und Passigdreherei. Die Schnitzerei wird als Flächenverzierung und statuarische Kunst betrieben. Die wieder in Aufnahme gekommene Ledertreib- oder Punzarbeit wird ebenfalls geübt. Das weite Arbeitsgebiet dieser Schule wird gut veranschaulicht durch die Rohstoffsammlung, wo neben den verschiedensten Holz-, Knochen-, Bein- und Hornarten u. a. noch Schildpatt, Meerschaum und Bernstein vertreten sind. Die deutsche Müllerschule in Dippoldiswalde, die über eine nach neuestem System eingerichtete große Lehrmühle verfügt, konnte naturgemäß dem nicht fachmännisch geschulten Auge wenig bieten. Die Gerberschule brachte die chemische Technologie ihres Gebietes gut zur Anschauung und führte die verschiedensten Ledergattungen, die ihrer Lehrgerberei entstammen, roh gegerbt und bezw. gefärbt vor. Die bereits 1850 durch eine Genossenschaft gegründete deutsche Bekleidungsakademie gehört ebenfalls zu den Tagesschulen. Ihre „männliche" Abtheilung brachte Schnittmuster zu Herrenanzügen, ihre „weibliche" solche für Damengarderobe und Wäsche zur Ausstellung.

Einen besonderen Reiz auf alle Besucher übten die Schulen der Spielwarenindustrie aus. Erinnern ihre Schaustellungen uns einerseits an die eigene spielfrohe Kindheit, so deuten sie andererseits doch auch hin auf die technischen, künstlerischen und pädagogischen Fortschritte auf diesem Gebiet. An schön geformtem, harmonisch gefärbtem Spielzeug soll das Kind das ABC des Geschmacks lernen. Die Grünhainicher Fachgewerbeschule für Spielwarenarbeiter pflegt

besonders die architektonische Richtung (Puppenstuben, Burgen, Theater, Häuschen, Baukästen), die Seiffener Schule die figurale Richtung (menschliche Gestalten und solche aus dem Tier- und Pflanzenreich aus Holz und Papiermaché, geschnitzt, gedreht und gepreßt). Die Grünhainicher Schule ist vor allem auch ein Pionier der Technik, wie die Blockintarsien beweisen, die in dünne Fourniere zerlegt, im Nu Kästchen in niedliche Häuser oder Tafeln in Damenbretter zu verwandeln vermögen. Ebenso wird die Kunst-Intarsia geübt und dann die von Indien übernommene Metallmosaikarbeit, welche auf schwarzpolirtem Holzgrund vermittelst Kupfer, Zinn und Beineinlage überraschend schöne Effekte mit verhältnismäßig geringer Arbeit hervorzubringen vermag. Was in dieser Art geleistet werden kann, zeigte ein schwarzes Wandbrett mit fein geführter Arabeske aus Kupfer- und Zinneinlage. Gröbere Drechslerwaren weisen auch die Spielwarenschulen und die Dreherschule zu Pobershau auf. 17 Volksschulen im Bezirk der Spielwarenindustrie stellten sorgfältige Zeichnungen der Vorbereitungskurse für die beiden eben genannten Fachgewerbeschulen aus. 49 Schulen, welche von kaufmännischen und gewerblichen Korporationen ins Leben gerufen worden sind, unter denen sich die deutsche Gerberschule, 7 Handelsschulen, 6 Webschulen, 1 Posamentierschule, 2 Baugewerkenschulen, 5 gewerbliche Zeichenschulen und 28 Abend- und Sonntagsfachschulen befinden, waren vertreten. Hervorragendes leisten selbst in Mittelstädten besonders die Fachschulen für solche Gewerbe, denen durch die Natur ihres Betriebes der Wettbewerb der Maschine erspart bleibt, so z. B. die Maler-, Tapezier- und Friseurschulen und die Dresdener Fachschule der Konditoren-Kreisinnung, aus deren Lehrgang neben den Zeichnungen die praktischen Arbeiten auffielen. Aber auch kleinstädtische Innungsschulen hatten gut ausgestellt, so z. B. die der Meißener Tischler und Schmiede. Einzelne Innungen hatten in sehr angezeigter Weise den Schularbeiten noch die Gesellenstücke der Lehrlingsprüfungen beigefügt, so die Dresdener Klempner (Kannen und Kassetten) und die Chemnitzer Buchbinder. Es war augenscheinlich, daß eine ganze Anzahl freiwilliger Innungen unter dem wohlthätigen Einfluß der staatlichen Organe ihrer Aufgabe bezüglich der Lehrlingsausbildung nach Kräften gerecht zu werden suchen.

Eine Verschwisterung der Technik mit der Kunst stellen vor allem die Arbeiten der Kunstgewerbeschulen dar, freilich liegt hier weniger die Stärke in den direkt verwendbaren Arbeiten als in den Entwürfen für Möbel, Plafond- und Wandmalerei und Kunstgerät. Der Lehrgang

Digitized by Google

in Ciselier- und Treibarbeiten für Bronze und Edelmetall verdiente ebenso wie die unter Klausur entstandenen Entwürfe vollste Aufmerksamkeit. Die Vorschule der Kunstgewerbeschule hat sich allmählich ganz zu einer Vorbereitungsanstalt künftiger Zeichenlehrer entwickelt; auch sie war mit ihren Lehrgängen vertreten. Die Leipziger Kunstgewerbeschule pflegt den örtlichen Verhältnissen angemessen besonders die Illustrationstechniken: Holzschnitt und Kupferstich, Kupferplattenätzung, die photochemischen und photomechanischen Verfahren, die Buchornamentik u. s. w., aber auch die anderen kunstgewerblichen Zweige werden gelehrt, sogar die Glasmalerei, wie einige ausgestellte Fenster bewiesen. Die Baugewerken- und gewerblichen Zeichenschulen fielen naturgemäß durch ihre Leistungen auf dem Gebiet des technischen und des Freihandzeichnens ins Auge. Die Schifferschulen, gewerblichen Fortbildungsschulen und Handelslehranstalten gewährten durch die schriftlichen Schülerarbeiten und einige Lehrmittel ein klares Bild des dort dargebotenen Lernstoffes.

Ohne über den Rahmen der Ausstellung wesentlich hinauszugreifen, hätte man noch eine Reihe anderer Anstalten in denselben aufnehmen können, so z. B. die technischen Staatslehranstalten zu Chemnitz, die Klassen für gewerbliche Handfertigkeit der Blinden- und Taubstummenanstalten und die Schule für Hufbeschlag, welche der Tierärztlichen Hochschule angegliedert ist.

Andere Veranstaltungen, wie die 3 Heizerschulen (2 in Leipzig und eine in Chemnitz) und die an 27 anderen Orten regelmäßig abgehaltenen Heizerkurse, die 1893 von 4312 Arbeitern besucht wurden, boten zur Beteiligung an der Ausstellung keine Gelegenheit.

Sind auch Staat, Gemeinde und industrielle Verbände, teils einzeln, teils in Verbindung mit einander, die Schöpfer und Erhalter der meisten Schulen, so erfüllt es doch mit Genugthuung, daß auch einzelne Arbeitervereine Lehrkurse abhalten. Auch ist es bemerkenswert, daß von Seiten einzelner Privatpersonen (abgesehen von den verschiedenen Zuschneiderschulen) größere technische Lehranstalten ins Leben gerufen worden sind. So das bekannte Technikum in Mittweida, die Zwickauer Ingenieurschule, 2 Baugewerkenschulen und die Lehranstalt für Hand- und Preßvergoldung und Marmorierschnitt von H. Kullmann in Glauchau. Letztere hatte eine reiche Auslese von Arbeiten der Buchbinderkunst ausgelegt, z. T. Schüler-, z. T. Lehrerarbeiten. Die Lederpunztechnik hat auch dort eine Pflanzstätte.

Zur fachmännischen Prüfung der ausgestellten Arbeiten war

Digitized by Google

vom Ministerium des Innern hauptsächlich aus Schulleitern und Lehrern eine aus mehreren Sektionen zusammengesetzte Beurteilungskommission eingesetzt worden, deren allgemeine Gutachten zur Veröffentlichung bestimmt sind, deren Specialurteile über die einzelnen Schulen aber natürlich als interne Angelegenheiten behandelt werden. Als Richtschnur sollte der Kommission dienen: keine Jagd auf Mängel zu veranstalten, sondern auch gebührende Anerkennung zu zollen. Zu begrüßen ist, daß man von einer Prämiierung sowohl der Schulen als einzelner Arbeiten Abstand genommen hat, da es fast unausführbar ist, allen möglichen Nebenumständen gerecht zu werden.

Die letzte ähnliche Ausstellung hatte 1888 stattgefunden, die nächste dürfte wieder in 10 Jahren, also 1908 in Aussicht genommen werden. Möchte bis dahin das gewerbliche Unterrichtswesen Sachsens weiter sich entfalten! Fast fällt es schwer, auf auszufüllende Lücken hinzuweisen. Wünschenswert wären aber doch noch 3 große mit Lehrwerkstätten ausgerüstete Fachschulen, deren Mangel in Deutschland schwer empfunden wird: eine Schule 1. für Tischlerei und verwandte Verfahren z. B. für Modelltischlerei, Holzinstrumentenbau 2c., 2. für Maschinenschlosserei, 3. für Schuhmacherei und Lederverarbeitung. — Sehr schätzenswert ist es, daß die vornehmen künstlerischen Techniker des Treibens und Ciselirens, des Kupferstichs 2c. wieder eine Heimstätte in verschiedenen Schulen gefunden haben, vielleicht könnte auch eine Kunstgewerbeschule den Versuch machen, zwei edle Techniken wieder zu beleben, die in der Roccocozeit blühten, die Emaillemalerei und die Kunst der sogenannten angetragenen Stickarbeit, zur Ausschmückung der Innenräume.

Die Ausstellung, das Spiegelbild des gesammten sächsischen gewerblichen Unterrichtswesens, hinterließ den erhebenden Eindruck, daß hier ein Staat in Verbindung mit Bürgertum und Arbeiterschaft rüstig und erfolgreich um seine Stellung im Gebiet der industriellen Produktion kämpft. Eine weise Regierung, die die rechten Leute an den rechten Platz zu stellen weiß, eine nicht ermüdende, nach klaren Zielen strebende Lehrerschaft und eine reich begabte emsige Arbeiterschaft, der die meisten der Schüler angehören, sie sind neben dem intelligenten Unternehmertum die beste Bürgschaft für die Zukunft des sächsischen Gewerbfleißes!

Digitized by Google

Der Gemeinnützige Bauverein zu Dresden,

dem der „Arbeiterfreund“ bereits in den Jahrgängen 1891, 1892 und 1897 drei längere Abhandlungen — im erstgenannten Jahrgang mit Ansichten und Plänen seiner erbauten Häuser — gewidmet hat, besteht nunmehr 12 Jahre. Die von diesem Vereine auf der Friedrichstraße zu Dresden errichtete erste Gruppe der neun großen vierstöckigen Doppelhäuser wurde am 1. Oktober 1888 bezogen, es war demnach seit dem Bezuge dieser Wohnungen am diesjährigen 1. Oktober ein zehnjähriger Zeitraum verflossen. Wie die Bewohner dieser Häuser nun bereits im Jahre 1893 schon den fünfjährigen Bezugstermin mit einer gemeinsamen Festlichkeit begangen hatten — vergl. Arbeiterfreund vom Jahre 1897 S. 359 —, so waren dieselben auch jetzt übereingekommen, den zehnjährigen Bezugstag wiederum durch eine solche Festfeier zu verherrlichen. Nicht die moderne Sucht, Jubiläen zu begehen, war hier die Triebfeder, vielmehr entsprang der Gedanke den dankbaren Herzen der durch ihre vorteilhaften Wohnungen außerordentlich zufrieden gestellten Bewohner, und deshalb verdient die Ausführung dieses Gedankens wohl auch an dieser Stelle wiederum eine kurze Erwähnung.

Nachdem sich ein Komitee gebildet hatte, ward beschlossen, am 21. Oktober in einem großen Saale nahe der Vereinshäuser ein Konzert mit anschließendem Tanzvergnügen abzuhalten. Um dieser Feier die rechte Weihe zu geben, waren hierzu auch die Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder mit ihren Frauen eingeladen worden. Der große, schöne Saal war fast überfüllt, so zahlreich hatten sich die Festteilnehmer eingefunden.

Das Musikchor des Garde-Reiterregiments leitete durch exakte Aufführung der v. Weberschen Jubelouvertüre das Fest ein; hierauf folgte ein von einem Bewohner verfaßter und von dessen Tochter aus-

Digitized by Google

drucksvoll vorgetragener Festprolog, welcher die schönen, edlen Ziele des Vereins feierte. Ein weiterer Bewohner führte in knappen Zügen die Geschichte des so segensreich wirkenden Vereins vor und schloß, dankbaren Gedenkens, mit einem dreifachen Hoch auf die Gründer und Leiter des Vereins. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, der königliche Baurat und Stadtrat Br. Adam, gab in zündender, humoristischer Rede seiner Freude Ausdruck über den guten Geist und die Eintracht, die unter den zahlreichen, den verschiedensten Lebensstellungen angehörigen Bewohnern der Vereinshäuser von Anfang bis jetzt geherrscht und schloß mit dem Wunsche, es möge dies gute Einvernehmen auch für die Zukunft bestehen bleiben.

Weitere Konzert- und humoristische Vorträge trugen zur Unterhaltung der Festgäste bei; auch war eine Gabenlotterie mit zahlreichen Gewinnen mit dem Feste verbunden, deren Lose so flotten Absatz fanden, daß sie alsbald ausverkauft hatte. Weiter war eine Saalpost mit Beamten, Briefkasten und einem kostümierten Briefträger arrangiert, die viel benutzt, großen Anklang fand. Dem Konzerte folgte ein lebhaftes Tanzfest. Der ganze Verlauf des Festabends aber ließ erneut erkennen, daß Eintracht und Zufriedenheit unter den Vereinsmitgliedern eine gute Stätte gefunden und daß die Bewohner der Vereinshäuser allesamt dankbaren Herzens der großen Wohlthat gedenken und dieselbe zu schätzen verstehen, die ihnen der Gemeinnützige Bauverein durch Schaffung so guter und dabei doch so billiger Wohnungen hat zuteil werden lassen.

Verfasser schließt gleichfalls mit dem Wunsche, es möge sich das gute Einvernehmen dieser zahlreichen — über 200 — Familien untereinander auch in Zukunft bewähren und dem falschen Vorurteile gegen das Kasernierungssystem — was sich leider in den Großstädten auch in Zukunft nicht vermeiden lassen wird, will man gute und dabei billige Wohnungen schaffen — entgegentreten.

Im Anschlusse hieran möge in Kürze noch einiges über die weitere Thätigkeit dieses Bauvereins seit der letzten Veröffentlichung Platz finden. Das im „Arbeiterfreund“ 1897 S. 359 ff. erwähnte Bauprojekt im nahen Löbtau konnte, nachdem die so lange verweigerte Baugenehmigung endlich erreicht war, zur ersehnten Ausführung gelangen.

Digitized by Google

Kurz nach Neujahr begann man mit dem Grundgraben, am 5. März fand feierliche Grundsteinlegung statt, und schon Ende April konnte der Dachstuhl aufgesetzt werden. Bereits am 15. September war der Bau fertig und die sämtlich vermieteten Wohnungen wurden am 1. Oktober bezogen. Die sehr ansehnliche, freistehende Häusergruppe besteht aus drei Wohnhäusern mit zwei rechts und links angebauten Seitenflügeln, welche im Parterre, in 1., 2. Etage und in der Mansarde 41 Familienwohnungen enthält, wovon die größere Zahl aus Stube, Kammer, Küche und Vorsaal, eine kleinere Anzahl aber aus 2 Stuben, 2 resp. 1 Kammer, Küche und Vorsaal besteht. Die Mietspreise sind je nach Größe auf 176 bis 320 Mk. festgestellt. Ein hübscher, 6 Meter tiefer Vordergarten an der breiten Lindenstraße erhöht die Ansehnlichkeit des Vereinshauses ungemein.

Dresden, Dezember 1898. Hermann Förster.

Digitized by Google

Das Pariser Museum für Arbeiterwohlfahrt und Volkswirtschaft.

Von **Leopold Katscher.**

Am 20. März 1892 wurde in der Pariser rue de Lutèce, im Gebäude der Industrie-Syndikatskammer ein „musée-bibliothèque de la participation aux bénéfices, des associations coopératives de production et des syndicats professionels“ feierlich eröffnet. Diese Sammlung war aus den Sektionen II und III der Weltausstellung von 1889 hervorgegangen, deren Objekte von den Ausstellern dem Staat überlassen worden waren, um dann dritthalb Jahre lang in leeren Stallungen zu schlummern, bis der „Verein zum praktischen Studium der Gewinnbeteiligung“ von der Regierung die Erlaubnis erhielt, dieselben ans Licht zu ziehen und dauernd nutzbar zu machen. Die neue Anstalt unterstand der von dem genannten Verein ins Leben gerufenen „Museums- und Bibliotheksgesellschaft“. Ihre Tragweite und ihren Zweck glaube ich am besten durch einen Auszug aus dem Rundschreiben darzuthun, das die Gründer und die Leiter bald nach der Eröffnung an „Gewinnbeteiligungsfirmen, Geschäftshäuser mit Wohlfahrtseinrichtungen für Angestellte, Genossenschaften, Gewerkvereine, socialpolitische Gesellschaften und Schriftsteller richteten:

„..... Dank dem Entgegenkommen aller beteiligten Faktoren — Firmen, Vereine, Genossenschaften — haben wir das Museum einrichten und der öffentlichen Benutzung übergeben können. Wollen Sie die Güte haben, uns die Vervollständigung unserer Sammlungen und des von uns geplanten Fachkatalogs dadurch zu erleichtern, daß Sie uns möglichst bald Ihre Statuten, Reglements und Jahresberichte, sowie irgend welche andere einschlägige Veröffentlichungen zusenden.

Digitized by Google

Wir werden alles unserer Bücherei einverleiben, katalogisieren und durch unseren Bibliothekar allen Interessenten an Ort und Stelle zugänglich machen. . . . Die II. Sektion erstreckt ihre Studien auf sämtliche Arbeitsentlohnungsarten: Gehälter, Löhne, Halbpacht, Lohnskalen, Ertragsteilung u. s. w. Die III. Abteilung veranschaulicht die einschlägigen Einrichtungen und Veranstaltungen, die unsere Förderer den Arbeitervereinigungen möglichst nahelegen möchten, insbesondere: 1. Die Lehrlingsschaft in Privatwerkstätten oder die Fachschule. 2. Die unentgeltliche Stellenvermittelung. 3. Die gegenseitige Versicherung gegen Arbeitsunfälle und -Gefahren; Maßregeln zur Verhinderung dieser Gefahren; Lebensversicherung. 4. Die gegenseitigen Hülfsgesellschaften; Altersversorgung und dergleichen. 5. Die Konsumvereine. 6. Die Beschaffung billiger Wohnungen. 7. Die Vorschußkassen und landwirtschaftlichen Kreditvereine. 8. Die schiedsgerichtliche Schlichtung von Berufsstreitigkeiten. 9. Die Einführung von besonderen Belohnungen für lange und treue Pflichterfüllung. 10. Die sociale Hygiene. 11. Die Frage des wöchentlichen Ruhetages. — Wir bitten alle Fachvereine und sachverständigen Personen, uns Werke und Nachrichten über diese Punkte einzusenden. Wir wollen alles systematisch ordnen, um einen möglichst brauchbaren Mittelpunkt für das Studium dieser Fragen zu schaffen. . . . Wir wenden uns an das Wohlwollen Aller mit der Bitte um Unterstützung unseres Werkes der socialen Versöhnung und der Besserung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Angestellten. Doch fordern wir keinen Gründungsbeitrag, da die Einrichtungskosten bereits durch freiwillige Spenden gedeckt sind. Was die jährlichen Erhaltungskosten betrifft (Miete, Gehälter, Fernsprecher Porti u. s. w.), so werden sie von der „Gesellschaft zum Studium des Gewinnbeteiligungswesens" getragen, soweit sie nicht durch Schenkungen Deckung finden; doch wissen wir schon heute genau, daß Freunde nützlicher, praktischer Werke uns pekuniär beistehen werden. . . ."

Würdiger als durch die Gründung eines solchen Museums hätte man das Halbjahrhundert-Jubiläum der Einführung der Gewinnbeteiligung nicht feiern können. Interessant sind die folgenden Stellen aus den Eröffnungsberichten der Pariser Zeitungen: „Wir sehen hier die Erneuerung eines glänzenden Ensembles von Arbeitseinrichtungen hinsichtlich des Genossenschafts-, des Gegenseitigkeits-, des Versorgungs-, Versicherungs- und Wohnungswesens, der Gesundheitspflege, des Fachunterrichts, der Sparsamkeitseinrichtungen, deren Wohlthaten, heute auf vereinzelte Gruppen beschränkt, dereinst allen Arbeitern der Kultur-

Digitized by Google

welt zu gute kommen müssen. Haben Krieg und Marine, Industrie und Geschichte, Naturwissenschaften u. s. w. ihre Museen, so muß auch die Socialpolitik das ihrige haben . . . Neben einer großen Anzahl graphischer Darstellungen, Inschriften und Tabellen sehen wir Medaillen, Büsten und Porträts eines Leclaire, Laroche-Joubert, Dollfus u. a. Neben der Büste Godins, des Gründers des Familisteriums zu Guise, steht diejenige des Befreiers der brasilianischen Sklaven. Auf einer Wand kann man den Wortlaut des Bescheides lesen, durch welchen der Polizeipräfekt im Jahre 1842 dem arbeiterfreundlichen Leclaire die Einführung der Gewinnbeteiligung verbieten wollte. Gegenüber Montesquieu, dem großen Vorläufer des Genossenschaftswesens, bemerken wir Turgot und dessen Anordnung vom Jahre 1775: „Den jungen Militärarbeitern ist außer ihrem Sold ein Fünftel des Reinertrags ihrer Arbeit zu gewähren, woraus alle, die ihre Pflicht mit Eifer erfüllen, Vorteil ziehen können. . . ."

Wie bescheiden war der Umfang des musée-bibliothèque! In nur drei kleinen Zimmerchen sollten hier die bewährtesten Belege eines verbesserten Lohnsystems, Statuten, Reglements, Berichte, Enquête-Ergebnisse ꝛc. angehäuft werden. Die Kärglichkeit der Mittel und die Dürftigkeit der Einrichtung schienen durch einen grellen Gegensatz die Größe des gesteckten Zieles noch augenfälliger zu machen. Aber das sollte sich bald ändern. Bereits im Sommer 1892 beschloß die Regierung, die Anstalt in der rue de Lutèce bloß als Provisorium zu betrachten und das ohnehin längst geplante staatliche „musée d'économie social" möglichst bald ins Leben zu rufen, und zwar im conservatoire nationale des arts-et-métiers. Schon im März des nächsten Jahres legten die Minister Jules Siegfried und Tirard in der Deputiertenkammer einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, der einen ersten Kredit von 47 500 Frcs. beanspruchte. Die Sache war bald so weit gediehen, daß ihre endgültige Verwirklichung bevorstand, als plötzlich der bekannte Philanthrop und Arbeiterfreund Graf Chambrun auftrat und das staatliche Projekt überflüssig machte, indem er sich im Mai 1894 freiwillig bereit erklärte, ein viel größer angelegtes „musée social" auf eigene Kosten ins Leben zu rufen und mit reichen Mitteln zu versehen, die seinen Bestand sichern würden. Der edle Graf widmete dem hohen Zweck zunächst 200 000 Francs und sein Haus Nr. 5 in der Pariser Rue Las-Cases, sodann verschaffte er seiner Schöpfung schleunigst die in Frankreich von Vereinen ebenso geschätzte wie schwer zu erlangende „Anerkennung der

Digitized by Google

Gemeinnützigkeit" und die Genehmigung der Satzungen. In dem Begleitschreiben, mittels dessen die Statuten eingereicht wurden, hieß es u. a.:

„Unseres Erachtens könnte nichts die Utopieen besser bekämpfen und dem socialen Frieden besser dienen, als eine solche ständige Darstellung und öffentliche Erläuterung der vorzüglichen Ergebnisse der Privatinitiative für die Hebung der sittlichen und materiellen Lage der Massen ohne Beeinträchtigung des Besitzrechtes und der Arbeitsfreiheit. Die Erfahrung lehrt im Gegenteil, daß man diese beiden Grundsätze eifrig betätigen und aus ihnen alle Vorteile ziehen kann, die sie darbieten — dank dem gewaltigen Einfluß der Vereinigung in all ihren Gestalten, der Gegenseitigkeit und den Spar- wie den Altersversorgungseinrichtungen."

Am Neujahrstag 1895 erfolgte die feierliche Eröffnung des neuen Museums und drei Monate später schenkte Graf Chambrun demselben eines seiner Häuser, das einen Wert von mehr als anderthalb Millionen Francs hat. Dadurch war ein beträchtliches jährliches Ausgabenbudget ermöglicht; überdies hat der wackere Mann seither große Summen für ganz spezielle Aufgaben des Museums gespendet; auf diese kommen wir noch zurück. Vor allem wollen wir die wissenswertesten Bestimmungen der Statuten mitteilen:

„Der Museumsverein hat den Zweck, dem Publikum unentgeltlich zur Verfügung zu stellen sowohl einschlägige Aufschlüsse und Ratschläge, als auch die Urkunden, Modelle, Pläne, Satzungen ꝛc. derjenigen socialen Einrichtungen und Organisationen, deren Ziel und Ergebnis die Verbesserung der materiellen und sittlichen Wohlfahrt der Arbeiter ist. Alle politischen und religiösen Diskussionen sind ausgeschlossen. . . . Die vom Verein angewendeten Hauptmittel sind: 1. Eine dauernde socialwissenschaftliche Ausstellung. 2. Eine Bücherei und ein Arbeitssaal, unentgeltlich geöffnet. 3. Die Erteilung von Auskunft an Interessenten über socialwissenschaftliche Gegenstände. 4. Technische Ratschläge bezüglich zu treffender Einrichtungen. 5. Die Veranstaltung von Lehrkursen, Vorlesungen und Demonstrierungen behufs Erläuterung von Ausstellungsobjekten und Bekanntmachung socialer Institutionen. 6. Studienmissionen und Enquêten im In- und Ausland. 7. Veröffentlichungen über die Thätigkeit des Museums und das von diesem gesammelte Material. 8. Die Verteilung von Preisen und Medaillen für bemerkenswerte Spezialarbeiten ꝛc. . . . Da der Verein ein hinreichendes Einkommen besitzt, brauchen seine Mitglieder keine Beiträge zu zahlen . . . ."

Digitized by Google

Wir haben es da mit einer großartigen Centralstelle für theoretische wie praktische Socialforschung zu thun, und zwar mit einer streng objektiven, die niemandem einen zu wählenden bestimmten Weg aufdrängen, sondern nur dazu beitragen will, daß man sich auf einem selbstgewählten Wege zurechtfinde. In dieser Hinsicht bemerkte Emile Cheysson in seiner Lyoner Kongreßrede von 1894 sehr richtig: „In dem ungeheuren Gebiete der Gesellschaftswissenschaft werden die Gratiskunden des Museums die ihnen passenden Einrichtungen selber auswählen und das Museum wird sich darauf beschränken, sie vertraut zu machen mit den bereits vorhandenen Anwendungen, den schon von anderen erzielten Lösungen und Ergebnissen desselben Gedankens, den zu vermeidenden Klippen, sowie mit allen Belegen, die dem Interessenten ein klares Urteil über die zu treffenden Maßregeln ermöglichen sollen. Diese Aufschlüsse und Ratschläge werden nicht theoretisch-doktrinär sein, sondern auf Thatsachen, Beobachtungen und genauen Berechnungen beruhen. Von dogmatischer Parteinahme für dies oder jenes „System" wird keine Rede sein."

Der Apparat, mit dem das Museum arbeitet, ist ein ziemlich umfangreicher. Er hat z. B. in fast allen Ländern ständige Korrespondenten, in Deutschland Schulze-Gävernitz. Er hat eine vielköpfige Fachdirektion (Direktor ist Professor Léopold Mabilleau), einen leitenden Verwaltungsausschuß, welchem hervorragende Persönlichkeiten angehören, sowie sieben „Sektionen", nämlich solche für 1. den Verkehr mit den socialpolitischen Vereinen, 2. die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse, 3. die Arbeitervereine und Genossenschaften, 4. das Arbeiterversicherungswesen, 5. die Wohlfahrtseinrichtungen, 6. die Rechtsfragen, 7. die Veranstaltung von Enquêten, Missionen und Spezialstudien. Dem Publikum wird das erlangte Material — außer durch Auskünfte und Ratschläge — durch Vorträge, Zirkulare, Veröffentlichung von Fachwerken, endlich durch die Bibliothek und die ständige Ausstattung zugänglich gemacht.

Der Schwerpunkt der Thätigkeit dieser nützlichen Anstalt liegt in dem Auskunfts- und Raterteilungsdienst. Betrifft die Anfrage einen bereits bekannten Gegenstand oder Stoff, so antwortet das Sekretariat ohne weiteres; handelt es sich aber um etwas neues oder um eine Spezialität, so wird die Sache der einschlägigen Fachsektion zum Studium und zur Berichterstattung überwiesen. Arbeiter, Unternehmer, Beamte, Handwerker, Landwirte, Vereine, Schriftsteller ꝛc. können Anfragen stellen; die Beantwortung erfolgt jeden Tag mündlich oder

Digitized by Google

schriftlich. Zwischen dem 1. Oktober 1897 und dem 31. März 1898 wurden 240 schriftliche und 307 mündliche Aufschlüsse und Ratschlüsse erteilt, und zwar über Wohnungs-, Genossenschafts-, Streik-, Versicherungs-, Lohnfragen, Altersversorgung, Gewinnbeteiligung, Arbeiterunfälle, Sparkassen-, Hülfsvereins-, Wohlthätigkeits-, Unterstützungs-, Kredit-, Schulwesen 2c. 2c.

Dem leitenden Direktor ist für die industriellen und die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse je ein „Delegierter" beigegeben. Dieser hat hauptsächlich die Aufgabe, mit den Unternehmer- und Arbeitervereinen sowie den Arbeiterbörsen Fühlung zu unterhalten, Vorträge zu organisieren, über die wichtigsten Gewerke Enquêten zu veranstalten, behufs Anlegung von Faszikeln über bemerkenswerte wirtschaftliche Ereignisse die Fachblätter zu studieren, an den in- und ausländischen Arbeitskongressen teilzunehmen, sowie einschlägige Berichte abzufassen. Die Aufgabe der ständigen ausländischen „Korrespondenten" besteht in der Lieferung von Nachrichten über die sociale Bewegung der betreffenden Länder, über neue wirtschaftliche Einrichtungen oder Gesetze 2c.; erfordert eine Frage eingehendes Studium, so fassen sie ausführliche Berichte ab. Auch helfen sie bei der Auswahl der für die Museumsbibliothek anzukaufenden Bücher und bei der Bekanntmachung des Museums im Ausland.

Von großer Bedeutung sind die Enquêten und Missionen des Museums. Bei beiden wird nach streng wissenschaftlicher Methode und mit vollster Unparteilichkeit verfahren und ihre Ergebnisse finden Verwertung in Vorträgen und Veröffentlichungen, in Faszikeln und Auskünften über wichtige Vorgänge im wirtschaftlichen Leben. Diese Veranstaltungen werfen oft ein helles Licht auf mißverstandene Thatsachen oder Ansichten und sind überhaupt von hohem praktischen Wert. Dies gilt insbesondere von den ausländischen Missionen, die zum Studium der betreffenden socialen Zustände entsendet werden, bisher z. B. zur Erforschung der deutschen Agrarfrage, der englischen Gewerkvereine, der amerikanischen Arbeiterverhältnisse, des italienischen Kredit- und Genossenschaftswesens, der westfälischen Arbeiterbevölkerung, des wirtschaftlichen Aufschwunges von Deutschland, der Arbeitsbedingungen Transvaals und Australiens. Über die Ergebnisse jeder einzelnen Studienmission veröffentlicht das Museum ein Fachwerk.

Eine andere Art von Veröffentlichungen des Instituts sind die bereits erwähnten „Zirkulare", d. h. größere oder kleinere Broschüren, die recht häufig erscheinen (in einer Auflage von 6000) und die

Digitized by Google

wichtigeren Resultate der Enquêten und Aufschlüsse behandeln. Sie zerfallen in zwei Gruppen, deren eine, mehr allgemein gehalten, fürs Publikum bestimmt ist und für Geld abonniert werden kann, während die andere mehr fachwissenschaftlich ist und unentgeltlich an Arbeitervereine, Gelehrte 2c. verschickt wird. Einige Titel werden am besten über den Inhalt dieser „Zirkulare" belehren: „Die englischen Bauarbeitervereine", „Der 7. internationale Bergarbeiterkongreß", „Ein Streik in der Berliner Konfektionsindustrie," „Die Lebensversicherung und die billigen Wohnungen," „Die belgischen Berufsgenossenschaften," „Die Pariser Nähindustrie," „Die Hamburger Hafenarbeiter". Bis Ende 1897 waren bereits 39 solcher Broschüren erschienen.

Dasjenige Material, welches weder in Buch- noch in Broschürenform zur Veröffentlichung kommt, wird in Faszikeln gesammelt, die der Bibliothek einverleibt werden. Jedes Faszikel besteht aus Berichten, Zeitungsartikeln und anderem, systematisch geordnetem Material über einen interessanten oder wichtigen Vorgang (Streik, Kongreß u. s. w.) im wirtschaftlichen Leben unserer Zeit. Diese „dossiers" erleichtern dem Fachmann die Forschung oft außerordentlich. Sie sind ungemein zahlreich und umfassen die meisten Länder. Auch sonst ist die Anstaltsbibliothek groß und planmäßig angelegt. Sie enthält — außer den Faszikeln — weit über 13 000 Fachwerke und wird fortwährend vermehrt; auch findet man dort viele Hunderte von socialpolitischen Zeitschriften in allen Hauptsprachen.

Zu den den Zwecken des Museums dienenden Mitteln gehört auch die reiche Fülle von Inschriften auf den Wänden des Festsaales. Unter den Haupttiteln „Arbeitervereinigungen", „Arbeitsvertrag," „Genossenschaftswesen," „Wohnungsfrage," „Hygiene," „Versicherungs- und Hülfswesen," „Streiks," „Staatseinmischung," „Wohlfahrtseinrichtungen" 2c. weisen diese Wände 26 kurze, aphoristische Belehrungen über bedeutsame Fachfragen auf. Neben den von dem früheren musée-bibliothèque übernommenen Gegenständen bilden diese vortrefflichen Wandinschriften den Grundstock einer ständigen socialwissenschaftlichen Ausstellung.

Erhebliche Summen stellt Graf Chambrun dem Museum behufs Zuerkennung von Preisen und Prämien zur Verfügung. Am 3. Mai 1896 wurden unter 28 würdige sechzigjährige Industriearbeiter, die sich besondere Verdienste erworben oder bei einer Firma mindestens dreißig Jahre gedient hatten, Pensionskassenbücher verteilt, die zu lebenslänglichen Leibrenten von je 200 Frcs. berechtigen. Die Vor-

Digitized by Google

schläge gingen von Firmen aus, die wegen ihrer Wohlfahrtseinrichtungen bekannt sind, und die engere Wahl erfolgte durch den Direktionsausschuß des Museums. Eine zweite Prämiierung fand am 31. Oktober 1897 statt. Diesmal galt die feierliche Versammlung im Festsaal den landwirtschaftlichen Arbeitervereinen, die sich die größten Verdienste um das Wohl der ländlichen Arbeiter erworben hatten. Es erhielten: 4 Vereine je 2000 Frcs., 17 je 1000 Frcs., 53 je eine Ehrenmedaille. Am 30. Oktober 1898 wurde ein „ländliches Fest" veranstaltet, bei welchem 28 auserkorene landwirtschaftliche Arbeiter mit Leibrentenbüchern im Jahreswert von 200 Frcs. prämiiert wurden. Die Auswahl erfolgte diesmal durch die im Jahre 1897 preisgekrönten Vereinigungen.

Nicht weniger als 75 000 Frcs. hat Graf Chambrun für Preisausschreibungen litterarischer Natur gespendet. Die Themata bestimmte er selbst: für 1897 die Gewinnbeteiligung, für 1898 die Arbeiter- und Unternehmervereinigungen, für 1899 das Arbeiterversicherungswesen. Jedem dieser drei Stoffe wurden 25 000 Frcs. eingeräumt. Von den 23 eingereichten Gewinnbeteiligungsbüchern wurden drei (mit 12 000, 8000 und 5000 Frcs.) preisgekrönt und ein viertes mit den dreien auf Kosten des Grafen in Druck gelegt. Die zweite Ausschreibung ergab 19 Werke, von denen fünf ausgezeichnet wurden, und zwar mit 12 000, 7000, 2000, 2000, 2000 Frcs. Diese werden demnächst die Presse verlassen. Die Zuerkennung der Preise bezüglich der Arbeiter-Assekuranz wird im nächsten Sommer erfolgen.

Vielleicht veranlassen unsere kurzen Mitteilungen über die ideale Art, wie der treffliche Gründer und Erhalter des musée social sein Geld verwendet, einen oder den anderen deutschen Volksfreund zur Nachahmung seines löblichen Thuns.

Gerade bei Schluß dieses Artikels kommt uns aus Wien die erfreuliche Meldung zu: „Die Kommission der österreichischen Wohlfahrtsabteilung der Kaiser-Jubiläums-Ausstellung hat beschlossen, das gesamte Material dauernd als Grundstock eines Socialmuseums nutzbar zu machen". Den vielversprechenden Anfang bietet bereits das von Dr. Migerka in Wien geschaffene hygienische Museum, während in Berlin die Organe des „Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen" und die Einrichtungen der Berliner „Centralstelle für Wohlfahrtseinrichtungen" auch schon als „Socialmuseum" weithin wirken. —

Digitized by Google

II. Handfertigkeit und Hausfleiß.

Dr. Woldemar Götze †.

Ein Volkserzieher im schönsten Sinne des Wortes ist dahingegangen. Jäh und unerwartet hat der unerbittliche Tod einen der Hauptführer und Mitbegründer der deutschen Bewegung für die Erziehung zur Arbeit hinweggerafft. Am 14. November, früh 9 Uhr, ist Dr. Woldemar Götze, Direktor der Lehrerbildungsanstalt des Deutschen Vereins für erziehliche Knabenhandarbeit, Geschäftsführer und Leiter des Organs dieses Vereins, nach schwerem Leiden, mitten im rüstigsten Mannesalter stehend, sanft entschlafen und am 17. November unter großer Beteiligung und mit zahlreichen Beweisen der Liebe, Treue und herzlichen Dankbarkeit auf dem Johannisfriedhofe in Leipzig beerdigt worden. Die Sache des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit hat durch den Tod Götzes den schwersten Verlust erlitten. Dr. Götzes ältester Freund, Professor Dr. Karl Biedermann, dessen 1852 erschienene Schrift „Die Erziehung zur Arbeit, eine Forderung des Lebens an die Schule" für die Richtung der pädagogischen Thätigkeit Götzes entscheidend wurde, bezeichnet ihn „als ein seltenes Beispiel von der selbstlosen Hingebung des Einzelnen an eine große gemeinsame Sache", dessen Werk seinen Namen in ehrenvollster Weise auf die Nachwelt bringen und ihm einen hervorragenden Platz unter den Freunden und Förderern unseres nationalen Unterrichts- und Erziehungswesens sichern werde. Pfarrer Dr. Schumann stellte in seiner Gedächtnisrede den Verstorbenen als ein Vorbild echten gemeinnützigen Wirkens hin, indem derselbe nicht nur Bannerträger und Vorkämpfer der Handfertigkeitsbestrebungen gewesen sei, sondern aus dankbarer Pietät gegen seinen Lehrer den Zillerverein gegründet und das Zillerstift gepflegt und ohne sich vorzudrängen viele andere humanitäre Bestrebungen, besonders die Ferienkolonieen,

Digitized by Google

gefördert habe. Dr. Götzes allezeit unermüdlicher Genosse v. Schenckendorff bezeichnete den Verlust als unersetzlich. „Wir trauern um unseren ersten Mitarbeiter, um unsere hervorragendste Kraft, um unseren allseitig geliebten Freund, und werden ihm daher ein unauslöschliches Andenken bewahren."

Was den äußeren Lebensgang Dr. Götzes anlangt, so liegt vor uns ein Brief des Sohnes des Verstorbenen, des stud. phil. Alfred Götze, der diesen kurz skizziert. Die knappen Daten geben ein genügendes Bild von der Willenskraft und Ausdauer, die schon den Jüngling beseelten, von der Opferwilligkeit und Selbstlosigkeit, die den Familienvater zur Aufgabe einer sicheren Lebensstellung drängten, um einer hohen idealen Sache zu dienen: „Die werkthätige Arbeit in den Dienst der allgemeinen Knabenerziehung zu stellen." Die Angaben lauten:

„Julius Woldemar Götze war geboren zu Dresden am 1. Januar 1843, besuchte zuerst die bescheidene Privatschule seines Vaters und kam nach der Konfirmation zu einem Maschinenbauer in die Lehre. Ostern 1859 wurde er in die polytechnische Schule aufgenommen, durch Selbststudium setzte er es durch, daß er in die Kreuzschule zu Dresden eintreten und hier Ostern 1865 die Reifeprüfung bestehen konnte. Auf der Universität Leipzig widmete er sich hauptsächlich germanistischen (Prof. Rudolf Hildebrand) und pädagogischen (Ziller) Studien. Durch allzuviele Arbeit, die durch die beständige Sorge um seine Existenz noch gehäuft wurde, hatte er sich ein Kopfnervenleiden zugezogen, das seine Studien wiederholt unterbrach. Weihnachten 1870 bestand er das philologische Staatsexamen, ging als Hauslehrer nach Berlin, Ostern 1872 ans Gymnasium zu Freiberg, von 1873 bis Ostern 1891 wirkte er am Leipziger Realgymnasium namentlich als Lehrer des Deutschen und der Geschichte. Ostern 1881 rief er die Leipziger Schülerwerkstatt ins Leben, aus ihr wuchsen 1884 Kurse zur Ausbildung von Lehrern des Arbeitsunterrichts, die 1887 von dem damals neugegründeten deutschen Verein für Knabenhandarbeit zur Lehrerbildungsanstalt dieses Vereins zusammengefaßt wurden. Bald verlangte die neue Sache seine ganze Kraft, er mußte Ostern 1891 seine Stellung an der Schule aufgeben. 1896 zog die Lehrerbildungsanstalt aus der alten Thomasschule in das neue eigene Haus an der Scharnhorststraße."

Wir fügen hinzu, daß das Eigenhaus der Lehrerbildungsanstalt für Götze nicht nur eine wünschenswerte Neuordnung der räumlichen

Digitized by Google

Unterrichtsverhältnisse bedeutete, sondern daß dieser äußere Aufschwung für ihn auch den Anstoß zum weiteren geistigen Ausbau seines Wirkens gab. Es begann für Götze und seinen Mitarbeiter v. Schenckendorff, den Vorsitzenden des deutschen Vereins, eine neue Ära. Durch den Anschluß neuer Lehrkurse, durch Petitionen und litterarische Wirksamkeit strebten sie weitere Kreise für die Sache der erziehlichen Knabenhandarbeit zu gewinnen. Der glückliche Verlauf der neuesten Unternehmung, des „Informationskursus für Schul- und Verwaltungsbeamte in leitender Stellung", unter Leitung Götzes vom 22.—30. September d. J. in der Leipziger Lehrerbildungsanstalt abgehalten, fiel schon in den Abschluß seines gesegneten Wirkens. Auf dem sich unmittelbar anschließenden XIV. Deutschen Kongreß für erziehende Knabenhandarbeit in Dresden, vom 30. September bis 2. Oktober, hörten seine Freunde und Anhänger ihn zum letzten Male, immer unbeirrt und ungebeugt in dem festen Vertrauen auf den Sieg der mit Begeisterung und Hingabe von ihm vertretenen guten Sache.

Das geistige Testament Götzes finden die Nachfolger in dem Ausbau seines Lebenswerkes, in den kurz vor seinem Tode mit Hülfe eines ihm treu zur Seite stehenden Komitees herausgegebenen methodischen Lehrgängen der einzelnen Arbeitszweige. Der meisterhafte Aufbau dieser Lehrgänge wird von hervorragenden Pädagogen und Fachleuten anerkannt, sie bilden einen würdigen Abschluß der langen Reihe litterarischer Arbeiten Götzes über die erziehliche Knabenhandarbeit.

Es erübrigt noch zu konstatieren, daß auch die Organe des „Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen", Socialkorrespondenz und Volkswohl, an dem Heimgegangenen einen treuen, stets bereiten Mitarbeiter betrauern. Auch die Redaktion des „Arbeiterfreund" schließt sich dieser Trauer an. Der „Centralverein" hatte bereits 1876 durch die Berufung des dänischen Rittmeisters Clausen von Kaas nach Berlin zu einem Vortrage über seine Bestrebungen für den Hausfleiß die Anregung zu einer Wiederbelebung der deutschen Ideen für eine planmäßige Förderung der erziehlichen Knabenhandarbeit gegeben. Der Vortrag selbst: „Die Arbeitsschule neben der Lernschule und der häusliche Gewerbefleiß" ist im Jahrgang 1876 des „Arbeiterfreund" S. 181—205 abgedruckt. Sieben Jahre später, 1883, wurde unter Hinweis darauf, daß die „Erziehung zur Arbeit" einen integrierenden Teil der „Arbeiterfrage" bilde, die Errichtung einer besonderen stän-

Digitized by Google

digen Rubrik der Zeitschrift für „Handfertigkeit und Hausfleiß“ als eine neue Aufgabe der Redaktion bezeichnet (Arbfrd. 1883 S. 84). Dr. Götze, der damals mit der aussichtsvollen Einrichtung von Lehrerkursen für die Ausbildung im Arbeitsunterricht begann, hat sich der Redaktion immer gern zur Verfügung gestellt. Eine Reihe von Abhandlungen aus der kompetenten Feder des Verstorbenen zieren bis in die neueste Zeit diesen Abschnitt des „Arbeiterfreund“. So hat auch die Redaktion des „Arbeiterfreund“ besondere Veranlassung, dem Entschlafenen ein „Habe Dank!“ übers Grab nachzurufen. Möge die Arbeit des Mannes, der schlicht und still in der nachdrücklichen und beharrlichen Verfolgung seiner Lebensaufgabe das lebendige Sinnbild treuer deutscher Arbeit repräsentierte, eine gesegnete sein und bleiben für alle Zeiten!

Peter Schmidt.

Chronologische Bibliographie der Werke und litterarischen Arbeiten von Dr. ph. Woldemar Götze.

1872. Die Volkspoesie und das Kind. Dissertation. Jahrbuch des Vereins für wissenschaftliche Pädagogik IV, 172—285.
1874. Schlachtfanfaren und Heroldrufe. Leipzig, Matthes.
1880. Die Ergänzung des Schulunterrichts durch praktische Beschäftigung. „Arbeiterfreund“ 1880, S. 85—109. (Sep.-Ausgabe Leipzig, Heinrich Matthes.)
1882. Verhandlungen des Kongresses für Handfertigkeit und Hausfleiß am 3. Juni 1882 in Leipzig. Gera, Ißleib & Rietzschel.
1883. Welche Wege hat die Verbreitung des Handfertigkeits-Unterrichts in Zukunft einzuschlagen? „Arbeiterfreund“ 1883, S. 499—509.
— Von dem Werte der praktischen Arbeit für die Erziehung. „Deutsche Blätter für erziehenden Unterricht“ 1883, Nr. 21—23.
1884. Vorspiel zur Schüleraufführung beim 50jährigen Jubiläum des städtischen Realgymnasiums zu Leipzig.
1885. Report on the present state of Manual Instruction in Germany. „Report of New Zealands Education Department.“
— Aus welchen Gründen, in welchem Umfang und in welcher Weise ist der Handfertigkeitsunterricht in den Lehrplan der Lehrerseminare einzureihen? (Bericht über den Kongreß für Handarbeitsunterricht zu Görlitz am 27. Mai 1885. Bremen, Rouffell.)
— Das 50jährige Jubiläum des Realgymnasiums zu Leipzig. Programm des Realgymnasiums für das Schuljahr 1884/85.
1886—1894. Die Lehrerbildungsanstalt des deutschen Vereins für Knabenhandfertigkeit in Leipzig. „Arbeiterfreund“ 1886, S. 427—429; 1887, S. 459—478; 1888, S. 84—87, 1891, S. 44—48; 1892, S. 54—57; 1893, S. 66—72; 1894, S. 57—63.

Digitized by Google

1886. Der Knabenhort und die Erziehung zur Arbeit. „Bildungsverein" 1886, Nr. 2.
— Über die Bildung eines deutschen Handfertigkeits-Seminars. (Bericht über den deutschen Kongreß für Handfertigkeitsunterricht zu Stuttgart am 20. September 1886. Bremen, Rouffel.)
1887. Werkstücke zum Aufbau des Arbeitsunterrichts. Gesammelte Vorträge und Aufsätze über die Erziehung der Jugend zur praktischen Arbeit. Leipzig, Matthes.
1888—1891. Aus der Lehrerbildungsanstalt des deutschen Vereins für Knabenhandarbeit. Leipzig, Hinrichs.
Jahresbericht 1888: Werkzeuge und Material im allgemeinen.
" 1889: Papparbeit.
" 1890: Kerbschnitzerei.
" 1891: Metallarbeit.
1888. Der Arbeitsunterricht im Dienste der allgemeinen Erziehung. (Bericht des VIII. deutschen Kongresses für erziehliche Knabenhandarbeit zu München am 22. und 23. September 1888. Görlitz.)
1888—1898. Die Lehrerbildungsanstalt des deutschen Vereins für Knabenhandarbeit in Leipzig. Bericht über ihre Thätigkeit pro 1887, 94, 95, 96, 97, 98.
1890. Unsere Handwerker und die Erziehung zur Arbeit. „Arbeiterfreund" 1890, S. 246—249.
— Die Hauptfragen der Knabenhandarbeit. „Nordwest" 1890 Nr. 10.
— Das Wesen und die Ziele des deutschen Knabenhandarbeits-Unterrichts. (Bericht über den X. Kongreß ꝛc. zu Straßburg am 24. August 1890. Görlitz.)
1891. (Nach v. Kovalevsky.) Vom Handarbeitsunterricht in Frankreich. „Arbeiterfreund" 1891, S. 179—188.
— Handarbeitsunterricht in Rußland. „Arbeiterfreund" 1891, S. 189—190.
— Om den tyska arbetsundervisningens väsen och mål. (Pedagogisk Tidskrift 1891, S. 281. Upsala.)
— Die deutschen Kinderheilstätten an der See. Sonderabdruck a. d. Grenzboten, 50. Jahrg. Heft 9.
1892. Soll die Knabenhandarbeit vornehmlich in den Dienst der Erziehung oder des Schulunterrichts gestellt werden? (Bericht über den XI. deutschen Kongreß ꝛc. zu Frankfurt a. M. am 10.—12. Juni 1892. Leipzig, Frankenstein & Wagner.)
— Der Ausbildungsgang für Landlehrer im Arbeitsunterricht. Leipzig, Selbstverlag des „deutschen Vereins".
— Der Arbeitsunterricht im Auslande und in Deutschland. Leipzig, Hinrichs.
— Denkschrift über den erziehlichen Knabenhandarbeits-Unterricht. Leipzig, Selbstverlag des „deutschen Vereins".
— Katechismus des Knabenhandarbeits-Unterrichts. Leipzig, J. J. Weber.
— Die Erziehung der Knaben zur praktischen Arbeit. Vortrag. „Erzgebirgischer Volksfreund", Schneeberg 1892, Nr. 15, sowie Leipzig, Grunow.
— Handfertigkeitsunterricht. (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena, Fischer, Bd. IV, S. 363.)
— Educational Handwork, adapted for Rural Districts. London, O. Newmann & Co. (2. Aufl. 1895.)
1893. Wie kann der Handfertigkeitsunterricht der Schule dienen? (Bericht über die XXX. allgem. deutsche Lehrerversammlung zu Leipzig am 24. Mai 1893.)

Digitized by Google

1894. Schulhandfertigkeit. Ein praktischer Versuch, den Handfertigkeits-Unterricht mit der Schule in Verbindung zu setzen. Mit 130 Abbildungen. Leipzig, Hinrichs.
— Illustrated Sloyd Manual of Hand and Eye Training on Educational Principles. London, O. Newmann & Co.
— Der Handfertigkeitsunterricht an den Lehrerseminarien. Leipzig, Hinrichs.
— Manual Training Made Serviceable to the School. London, O. Newmann & Co.
1895. Vorlagen für Hobelbankarbeit der deutschen Lehrerbildungsanstalt für Knabenhandarbeit. 13 Blätter. Leipzig, Selbstverlag der Lehrerbildungsanstalt.
— Vom Knabenhandarbeitsunterricht in Deutschland. „Zeitschrift der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen" 1895, Nr. 23.
1896. Der Handfertigkeitsunterricht außerhalb Deutschlands. Leipzig, Voigtländer.
— Zur Vorbildung der Handwerker durch Handfertigkeitsunterricht. „Arbeiterfreund" 1896. S. 53–59.
— Über die Einrichtung eines Centralkursus an der Lehrerbildungsanstalt. (Bericht über den XIII. Kongreß ꝛc. zu Kiel am 30. und 31. Mai 1896.)
— Die Lehrerbildungsanstalt des deutschen Vereins ꝛc. in Leipzig. Bericht über ihre Thätigkeit im Jahre 1895. Leipzig, Frankenstein & Wagner.
— Der Handfertigkeitsunterricht und seine Gefahren? „Die Post" vom 18. September 1896.
— Die Lehrgänge der im deutschen Handfertigkeitsseminar zu Leipzig betriebenen Arbeitsfächer. Selbstverl. d. Lehrerbildungsanstalt.
1897. Normallehrgang für die Vorstufe des Knabenhandarbeits-Unterrichts. 16. S. Text, 10 Blätter Vorlagen mit 473 Abbildungen. Leipzig, Verlag des „deutschen Vereins".
— Desgl. für die Kerbschnitzerei. 6 S. Text, 13 Blatt Zeichnungen. Leipzig, ebenda.
— Desgl. für den Papparbeitsunterricht. 15 S. Text, 13 Blatt Zeichnungen. Leipzig ebenda.
— „Wider den Knabenhandfertigkeits-Unterricht". „Arbeiterfreund" 1897, S. 286–291.
— Der Handarbeitsunterricht außerhalb Deutschlands. Vortrag. Leipzig, Voigtländer.
— Die erziehende Knabenhandarbeit, eine pädagogische Reformidee und ihre Verwirklichung. (Zu: Die Mitteldeutsche Handfertigkeits-Ausstellung zu Leipzig 1897. Leipzig, Voigtländer.)
— Die häusliche Handarbeit. I. II. Dresden, O. V. Böhmert.
— Die rettende Erzieherarbeit an sittlich gefährdeten Kindern, eine socialpädagogische Pflicht. Leipzig, Selbstverlag des Zillervereins.
1898. Einiges zur Methodik der Knabenhandarbeit. (Bericht üb. d. XIV. Kongreß ꝛc. zu Dresden am 1. u 2. Oktober 1898.)

Außerdem verfaßte Götze eine große Reihe kleinerer Artikel über den Stand und die Methode der erziehlichen Knabenhandarbeit in Berichten, Denkschriften, Zeitschriften (Nordwest, Volkswohl ꝛc.), Tagesblättern und in dem von ihm von 1890–1898 redigierten Vereinsorgan: „Blätter für Knabenhandarbeit". Leipzig, Frankenstein & Wagner.

Digitized by Google

Der XIV. Kongreß des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit

wurde am 1. Oktober d. J. in Dresden durch eine Ansprache des Vereinsvorsitzenden, Abgeordneten v. Schenckendorff, eröffnet. Der Kongreß war aus allen Teilen des Deutschen Reiches sehr stark besucht. Der Vorsitzende berichtete zunächst über die Reorganisation des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit, welche durch eine Vermehrung der Ausschußmitglieder von 40 auf 60 und Gruppierung derselben in eine erziehliche, volkswirtschaftlich-sociale und hygienische Abteilung erzielt werden soll. Landesrat Schmedding-Münster berichtete über die finanzielle Lage des Vereins, dessen Einnahmen im abgeschlossenen Berichtsjahr sich auf 26 046 Mk. und dessen Ausgaben sich auf 22 701 Mk. beliefen, so daß ein Bestand von 3345,17 Mk. verblieb. Unter den Einnahmen befinden sich hauptsächlich Zuschüsse verschiedener Staatsregierungen, z. B. Preußens mit 12 500 Mk., Sachsens mit 3000 Mk. und die Mitgliederbeiträge mit 4885 Mk. Die eingenommenen Mittel wurden hauptsächlich verwendet für Zuschüsse zur Lehrerbildungsanstalt in Leipzig, für Herausgabe der Vereinsblätter, für Verwaltungskosten u. s. w. Schließlich teilte der Schatzmeister noch mit, daß der Haushaltsplan für 1898 dank dem erhöhten Zuschusse der preußischen Staatsregierung auf 30 200 Mk. in Einnahme und Ausgabe habe festgestellt werden können.

Sodann führt Dr. Götze-Leipzig einiges zur Methodik der Knabenhandarbeit aus. Er will das, was durch jahreslanges Studium und durch praktische Erfahrung seitens der Handarbeitslehrer festgelegt ist, übersichtlich zusammenfassen und zeigen, daß nicht mechanisches Thun, sondern zielbewußte Methode überall vorherrscht. Der Handfertigkeitsunterricht wird für die ganze männliche Jugend ohne Standesunterschied und ohne Zeitunterbrechung gefordert. Nicht abstrakte Übungen ohne Anwendung, wie in Frankreich, sondern Gegenstände, die einen Gebrauchswert besitzen und damit das lebendige Interesse des Kindes rege halten, werden in den Lehrplan eingereiht. Das Kind soll, ohne daß sein Sinn auf den Erwerb gerichtet wird, doch angeleitet werden, den wirtschaftlichen Wert nicht zu unterschätzen. Es soll ferner angehalten werden, mit dem Arbeitsmaterial sparsam umzugehen. Der Lehrgang ist so ausgestaltet, daß eine klassenmäßige Unterweisung stattfinden kann. Auf die gesundheitsfördernde Seite ist

Digitized by Google

großer Wert gelegt. Für die Körperhaltung bei den verschiedenen Arbeitsrichtungen sind Normen geschaffen, die eine Schädigung der Gesundheit verhüten. Auf dem Lande müßte der naturkundliche Unterricht an eine vernünftige Gartenbauarbeit angeschlossen werden. Schon bei der Vorstufe werden Übungen vorgenommen, die den Tastsinn reichlich in Anspruch nehmen, überall ist auf das Ziel, eine geschickt und rasch zugreifende Hand zu bilden, Rücksicht genommen, das Werkzeug ist der kindlichen Hand und der kindlichen Kraft angemessen. Von der Anschauung kommt der Knabe nicht los, sein Augenmaß wird sorgfältig geübt, seine Kenntnis der Eigenschaften des Materials wächst stetig aus eigener Erfahrung. Es werden nur Arbeiten in den Lehrgang aufgenommen, die in ästhetischer Hinsicht tadellos sind. Nicht auf eine Dressur zum Hantieren und auf ein äußerliches Tun, sondern auf ein fruchtbares, selbständiges Streben der Knaben ist das Endziel gerichtet. So ist ein methodisch gut ausgebauter Unterricht geeignet, auch dem Geistesleben durch Entwickelung der Urteilskraft und vorteilhafte Einwirkung auf die Willensbildung wertvolle Dienste zu leisten. Ebenso wird er den Knaben von dem wirklichen Wert einer gut ausgeführten Handarbeit überzeugen. Die auf psychologischer Grundlage ruhenden, überzeugenden Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Hierauf sprach Rektor Brückmann-Königsberg über „Einrichtungen für den Knabenhandarbeits-Unterricht an der von ihm geleiteten 9. Knabenschule in Königsberg", woselbst mit Genehmigung der Regierung die Knabenhandarbeit als fakultativer Unterrichtsgegenstand eingeführt ist. Den Widerstand der Lehrer gegen Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in der Schule führt er darauf zurück, daß man meint, erst die Erfüllung näher liegender Bedürfnisse der Volksschule erstreben zu müssen. Aber gegen die Versuche, die jetzt gemacht werden, sollte man sich nicht wenden. Gerade die Lehrer hätten Interesse daran, durch Versuche festgestellt zu sehen, ob sich die Angliederung des Handfertigkeitsunterrichts an die Schule der Zukunft ermöglichen oder nicht ermöglichen lasse. Obgleich der Handfertigkeitsunterricht einen durchaus selbständigen, nach pädagogischen Grundsätzen aufgebauten Lehrplan aufweist, so wird doch in der Schule des Redners so viel als möglich auch alles das dargestellt, was im Unterricht in der Raumlehre und im Zeichenunterricht vorkommt. Der Zeichenunterricht ist jetzt zu abstrakt; wenn der Knabe weiß, daß er seine Zeichnungen als Schmuck auf selbstergestellte Gegenstände

Digitized by Google

übertragen kann, so wird er mit viel größerem Interesse zeichnen. Auch dem Raumlehreunterricht wird er mit mehr Aufmerksamkeit folgen, wenn er sich das Resultat selbst an konkreten Gegenständen erarbeitet hat. Der Handfertigkeitsunterricht kann auch die Grundlagen für den Kunstanschauungsunterricht abgeben, indem er diesem die notwendigsten Elemente darbietet. Redner hofft, daß die Verhandlungen in den deutschen Lehrervereinen, die jetzt allgemein stattfinden werden, eine weitergehende Aufklärung über Zweck und Ziel des Handfertigkeitsunterrichts herbeiführen werden. — Der Vorsitzende stellt auch bei dieser Gelegenheit fest, daß es durchaus nicht in der Absicht des deutschen Vereins liegt, eine obligatorische Einführung in die Schule zu fordern. Folgender Antrag wird angenommen: „Der Deutsche Verein für Knabenhandarbeit hat mit Interesse und Freude von den Bestrebungen des Rektor Brückmann für den Handfertigkeitsunterricht an der IX. Knabenvolksschule in Königsberg Kenntnis genommen und wünscht, daß ähnliche und andere Versuche im Rahmen der Schule auch an anderen Orten aufgenommen werden möchten."

Kreisschulinspektor Schulrat Polack-Worbis führte die Versammlung im Geiste durch die ländlichen, mit Gartenarbeit verbundenen Handfertigkeitswerkstätten des Kreises Worbis. Er konstatiert das zunehmende Interesse der Lehrer und Schüler seines Kreises seit dem vierjährigen Bestehen solcher Werkstätten. In 8 größeren Dörfern des Eichsfeldes sind sie eingerichtet. Die Eltern können sich hier wenig um die Erziehung der Kinder kümmern. Die werkthätige Übung entzieht sie wenigstens etwas dem Herumlungern. Die Lehrer bemühen sich, vieles, was im Unterricht vorkommt, auch wirklich darstellen zu lassen. Es ist zu wünschen, daß die Gemeinden sich immer bereitwilliger zeigen werden, solche segensreichen Veranstaltungen einzurichten.

Den öffentlichen Kongreß eröffnete am 2. Oktober Abg. von Schenckendorff durch einen kurzen Überblick über die allmähliche, aber stetig fortschreitende Entwickelung der Handfertigkeitsbestrebungen. Gegen eine obligatorische Einführung in der Schule müßte sich der Verein zur Zeit selbst ganz entschieden erklären, da die Vorbedingungen hierfür in vieler Beziehung noch fehlen, und eine von oben herab diktierte Einführung die Entwickelung und den inneren Ausbau, an welchem jetzt auf dem Boden der Freiwilligkeit mit Lust, Liebe und Verständnis tüchtig gearbeitet wird, nur beeinträchtigen müßte. Nur wünscht der Verein, daß da, wo die Verhältnisse so

Digitized by Google

günstig liegen, daß alle Vorbedingungen (Bereitwilligkeit der Behörden, ausgebildete Lehrer u. s. w.) erfüllt sind, Versuche darüber gemacht werden, wie weit dieser Unterricht der Schule und der Erziehung des Kindes dienstbar gemacht werden kann. Er hofft, daß die Bestrebungen immer mehr Freunde und Befürworter finden werden.

Geheimrat Wäntig-Dresden begrüßt die Versammlung namens der sächsischen Staatsregierung. Er weist auf die nachhaltige Förderung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts seitens der Regierung hin und betont, daß das Kultusministerium stets auch den segensreichen Bestrebungen für den Handarbeitsunterricht der Knaben fördernde Unterstützung entgegengebracht hat.

Oberbürgermeister Beutler heißt den Kongreß im Namen der Stadt Dresden herzlich willkommen. Er weist auf den anfänglichen Widerstand der Bevölkerung hin, stellt aber fest, daß der Gemeinnützige Verein durch die Errichtung und ausgezeichnete Leitung seiner 6 Schülerwerkstätten sich immer mehr Freunde in Behörden-, Lehrer- und anderen Bevölkerungskreisen erworben hat. Er hält die Bestrebungen für die ganze Erziehung des Kindes für so wertvoll, daß er die fernere nachdrückliche Unterstützung der städtischen Behörden gern zusagt und die Hoffnung ausspricht, daß man sich auch in denjenigen Lehrerkreisen, welche sich noch abwartend verhalten, bald mit diesen Erziehungsbestrebungen befreunden wird.

Im Auftrage des preußischen Kultusministeriums begrüßt Geh. Oberregierungsrat Brandi-Berlin die Versammlung in besonders warmer Weise. Sehr erfreulich sei es, daß der fundamentale Aufbau der Lehrgänge zu einem Abschluß gekommen sei. Die Vereinsbestrebungen ruhen dadurch auf einer Grundlage, der die Unterrichtsbehörden nur gern und durchaus zustimmen können. Diese wollen auch keine Überlastung der heutigen Schule, aber auch sie wünschen ernste Proben angestellt zu sehen, inwieweit dieser Unterricht der Schularbeit und der Erziehung des Kindes einwandlos nutzbar gemacht und angewendet werden kann. Die Unterrichtsverwaltung werde den von begeisterten und uneigennützigen Führern und Mitarbeitern geförderten und in ruhigen, besonnenen Bahnen fortschreitenden Bestrebungen stets Interesse und Förderung zu teil werden lassen.

Der Vertreter des Königl. Württembergischen Kultusministeriums, Oberkonsistorialrat Wunderlich, spricht sich in ähnlichem Sinne aus und dankt dem Gesamtausschuß insbesondere auch für die Einrichtung des Informationskursus, dessen eingehende Belehrungen

Digitized by Google

den Teilnehmenden hoch willkommen gewesen seien und der zu aller Befriedigung ausgefallen ist. Regierungsrat Dr. Stehle-Straßburg, als Vertreter des Oberschulrats von Elsaß-Lothringen, weist auf die wohlentwickelten Schülerwerkstätten in Straßburg und Mülhausen hin.

Schuldirektor Kunath-Dresden weist als Vertreter des Pädagogischen Vereins in Dresden darauf hin, daß dieser Verein die Sache aufmerksam verfolge und fördere und die Behörden in einer Petition gebeten habe, in allen neuen Schulen Räume für den Handfertigkeitsunterricht einzurichten.

Den ersten Vortrag hält Dr. Hueppe, Professor der Hygiene an der deutschen Universität in Prag, über: „Die hygienische Bedeutung der erziehenden Knabenhandarbeit." Er erinnert daran, daß bei manchen Handwerkern infolge körperlicher Arbeit öfter Mißgestaltungen einzelner Körperteile und Krankheiten mancher Organe vorkommen. Das hat aber in der anhaltenden und einseitigen Arbeit, in der oft mangelhaften Ernährung und in der schlechten Körperhaltung seinen Grund. Aus dieser Thatsache aber auch die gesundheitliche Schädigung der Knabenhandarbeit herleiten zu wollen, wäre sehr verkehrt. Denn bei derselben wird strengstens auf eine gute Körperhaltung, auf richtige Handhabung der Werkzeuge und auf die notwendige Abwechselung der Beschäftigung gehalten. Wenn aber die Handarbeit in dieser richtigen Weise betrieben wird, so ist sie in hygienischer Hinsicht nicht nur nicht hinderlich, sondern durchaus förderlich. Sie bietet eine vorzügliche Ergänzung des Turnunterrichts. Die Handfertigkeit ist gewissermaßen ein Turnen am Werkzeug, welches die für alle Lebenslagen und für alle Stände so notwendige manuelle Geschicklichkeit in ihren notwendigen Elementen vermittele. Große Aufmerksamkeit muß man dem richtigen Wechsel im Unterricht zuwenden. Der Handfertigkeitsunterricht biete ein Mittel, nicht nur den Kindern, sondern auch den Erwachsenen eine notwendige Freude an der Handarbeit zu bereiten, und diese kann durch die Handfertigkeit in der Jugend geweckt werden.

Über die Schülerwerkstätten als Erziehungsmittel für Handwerk und Kunst sprach Dr. P. Jessen, Direktor am Königl. Kunstgewerbemuseum zu Berlin. Er wies darauf hin, daß die Handwerker im Anfang den Handfertigkeitsbestrebungen etwas mißtrauisch gegenüber standen, weil sie Konkurrenz fürchteten. Allmählich sahen sie aber ein, daß der deutsche Verein nicht unmittelbar, sondern erziehlich wirken, Hand und Auge schulen und dadurch das Volk zu hand-

Digitized by Google

werklicher Arbeit tüchtiger machen will. Unser Handwerk und unsere Industrie brauchen frische Kräfte mit offenen Sinnen und vor allem ein Publikum, das die gute, ehrliche Arbeit zu schätzen weiß. Unter den heutigen geistigen Ansprüchen der Schule und in der verwirrenden Großstadt wächst dem Handwerk eine solche Jugend nicht heran, daher als Gegengewicht die Handfertigkeit. Unsere Konkurrenten Frankreich, England und Amerika haben den Handfertigkeitsunterricht in großem Umfange eingeführt, und wir müssen sorgen, daß wir nicht zurückstehen. Ebenso auch die Kunst. Sie ist noch das Stiefkind in unserem Volksleben. Wir brauchen ein Volk, das Kunst zu genießen, das zu sehen versteht. Auch für die Erziehung zur Kunst begrüßen wir den Handfertigkeitsunterricht als ein wichtiges Hilfsmittel, besonders seit die handwerklichen Grundlagen auch in unserer Kunstbildung, von unseren Künstlern stärker betont werden.

Mit einem Hoch auf die Stadt Dresden schließt der Vorsitzende die Verhandlungen, die an beiden Tagen einen glänzenden Verlauf genommen haben.

Am Sonnabend Nachmittag fand ein Ausflug der Kongreßteilnehmer nach der Bastei statt. Von hier aus gings durch den herrlichen Uttewalder Grund nach dem festlich geschmückten und prächtig illuminierten Städtchen Wehlen. Die ganze Bevölkerung war zum Empfange auf dem Marktplatze anwesend und der Bürgermeister hielt dort eine herzliche Begrüßungsansprache, wofür ihm der Vorsitzende v. Schenckendorff ebenso herzlich dankte. Die Kosten für die Fahrt und für die gastliche Bewirtung hatten in entgegenkommenster Weise die städtischen Behörden Dresdens übernommen. Die Rückfahrt auf einem Elbdampfer gestaltete sich durch die feenhafte Beleuchtung der herrlich gelegenen Höhen an den Elbufern auf der ganzen Strecke bis Dresden für alle Teilnehmer zu einem Hochgenusse.

Die Ausstellung der vom Gemeinnützigen Verein zu Dresden unterhaltenen Schülerwerkstätten und der anderen Pflegestätten des Handarbeitsunterrichts muß als eine mustergültige bezeichnet werden, sie erregte das höchste Interesse aller Sachkenner und errang sich allseitige Anerkennung.

Digitized by Google

III. Litteratur über die Arbeiterfrage.

A. Recensionen.

Die Zukunft des Socialismus von Georg Sulzer, Präsident des Kassationsgerichts des Kantons Zürich. Dresden, O. V. Böhmert. Preis 6 Mk.

Es ist unleugbar, daß sich nicht nur in Deutschland, sondern überhaupt innerhalb des Gedankenkreises der germanischen Kulturnationen eine tiefgehende Umgestaltung des socialen Denkens vollzieht. Wenn der socialistische Gedanke früher bis in die Mitte des Jahrhunderts in den Ländern romanischer Zunge viel weiter verbreitet war — wir erinnern nur an den Grafen Saint Simon, Proudhon, Fourier, Louis Blanc, an die Revolution von 1848 und an die Kommune —, so ist dieser mehr romantische Socialismus jetzt so gut wie abgethan und zum großen Teil in unklare Strömungen humanitärer, philosophischer, ja auch anarchistischer Art abgeleitet. Die eine Thatsache, daß es selbst einem radikalen Regimente in Frankreich nicht möglich ist, eine Einkommensteuer durchzusetzen, beweist mehr wie alles andere, daß in den romanischen Ländern die wahre Grundlage eines im edelsten Sinne socialen Denkens, der werkthätige Gemeinsinn nur wenig entwickelt und allgemein verbreitet ist.

Ganz anders in den germanischen Ländern, besonders in England. Robert Owen, die Pioniere von Rochdale, die Trade Unions sind hier die Markſteine für den Fortschritt des eigentlich modernen socialen Gedankens gewesen, vertieft und erweitert wurde er aber namentlich in Deutschland. F. A. Lange, Rodbertus auf der einen, Marx und Engels auf der anderen Seite sind hier in erster Linie zu nennen. Und wie in England die Ausbildung der Trade Unions und die arbeiterfreundliche Gesetzgebung in den australischen Kolonieen und Neuseeland, so bezeichnet in Deutschland die socialpolitische Gesetzgebung des Reiches, insbesondere die Reichsversicherungsgesetzgebung, die höchste praktische Ausgestaltung überhaupt, die der sociale Gedanke in unserem Zeitalter gefunden hat.

Es ist darnach erklärlich, wenn in diesen Ländern, in England, Deutschland und in der stammverwandten deutschen Schweiz, auch die eigentlichen Grundlagen des socialen Problems am tiefsten aufgefaßt und dargestellt worden sind. Wurden die sechziger und siebziger Jahre fast ausschließlich durch das Für oder Wider hinsichtlich des zwar geistreichen, an glänzenden Paradoxen und historischen Aperçus reichen, aber im Grunde doch einseitigen und zu ausschließlich von blindem Hasse beherrschten Marxschen Gedankenganges bewegt, so ist neuerdings eine ganze

Digitized by Google

Litteratur entstanden, die einen wirklichen Fortschritt, eine vertiefte und unparteiische Einsicht bedeutet. Wir nennen hier namentlich die Schriften des Ehepaares Webb, die in hervorragender Weise verstanden haben, die genossenschaftliche Bewegung in England nicht nur zu schildern, sondern auch ihren Ideengehalt, ihre Bedeutung und Tragweite in allen einzelnen Verzweigungen darzustellen, dann das beachtenswerte Buch Ammons „Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen" und Benjamin Kidds „Socialevolution". Wir wollen uns damit keineswegs alle Ansichten und die vielfach einseitigen und übereilten Folgerungen der genannten Schriftsteller aneignen; sicher aber ist, daß ihre Schriften wesentlich dazu beigetragen haben, die Erkenntnis des Wesens, der Ursachen und Ziele der tiefen und so überaus volkstümlichen Bewegung, der wir jetzt gegenüberstehen, immer weiter zu verbreiten.

Diesen Schriften möchten wir auch das hochbedeutende Werk des schweizerischen Gelehrten an die Seite stellen, das den Gegenstand unserer Besprechung bildet. Sein Verfasser ist einer der höchsten schweizerischen Justizbeamten, der schon mehrere bemerkenswerte Schriften über sociale Fragen geschrieben hat. Aber er ist dem deutschen Publikum bisher wenig bekannt geworden. Seine früheren Schriften haben trotz ihrer Vorzüge ihren Weg zum größeren Publikum nicht gefunden. Insbesondere ist dies der Fall mit seinem Werke „Die wirtschaftlichen Grundgesetze in der Gegenwartsphase ihrer Entwickelung" (Zürich, Verlag von Albert Müller, 1895). Auch Sulzers Abhandlungen über „Begriffe und Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften" in der österreichischen „Zeitschrift für Volkswirtschaft, Socialpolitik und Verwaltung, herausgegeben von Eugen v. Böhm-Bawerk, Karl Theodor von Inama-Sternegg, Ernst v. Plener" sind in Deutschland wenig beachtet worden. Mit seinem jetzigen Werk stellt sich Georg Sulzer in die vorderste Reihe der socialpolitischen Denker, und wie man auch im Einzelnen über seine Ansichten denken mag, man wird hinfort nicht mehr an ihnen vorübergehen können.

Es ist bezeichnend, daß sich die socialdemokratische Presse, die einzige, die sich bisher eingehend mit Sulzers Werk befaßte, fast durchweg ablehnend verhält und offen eingesteht, daß „man mit der Kritik in einiger Verlegenheit ist". Warum? ist leicht zu sagen. Sulzer ist ein erbitterter Feind aller hohlen Schlagworte und Redensarten, wie sie ja einmal zum Haushalt der socialdemokratischen Partei gehören und vielleicht auch gehören müssen. Er will nicht erbittern und verhetzen, sondern versöhnen; nicht zertrümmern, sondern aufbauen. Er weist nach, daß die Lebenskraft, die welthistorische Bedeutung der socialen Bewegung unserer Tage gerade darin liegt, daß sie nicht nur, um mit einem Philosophen der Zeit zu sprechen, ein Ressentiment unterdrückter Klassen ist, sondern das ganze Volk und insbesondere weite Kreise der Gebildeten erfaßt hat. Wir dürfen ihm darin wohl Recht geben, ja wir dürfen weiter gehen und sagen, daß gerade die socialdemokratische Partei niemals zu ihrer Bedeutung gelangt wäre, wenn nicht gerade die Gebildeten die Berechtigung mancher Forderungen der Arbeiter anerkannt hätten und bei einem allzuscharfen Vorgehen gegen die demagogischen Vertreter derselben auch die als notwendig erkannte Verwirklichung gerechter Wünsche der Massen gefährdet glaubten.

Die eigentliche Bedeutung des Sulzerschen Werkes besteht darin, daß er mit ruhigem, von der Parteileidenschaft unbeirrtem Urteil die Frage nach der Verwirklichungsfähigkeit eines kollektivistischen Gesellschaftszustandes aufwirft und zu beantworten versucht. Mit Recht erklärt er es für die wichtigste Frage, ob denn eine

Digitized by Google

solche Gesellschaftsordnung den Fortschritt der Menschheit in sittlicher und kultureller Beziehung nicht beeinträchtigen würde. Er glaubt sie verneinen zu müssen. Wir rechnen die Seiten seines Werkes zu den schönsten, in denen er nachzuweisen versucht, daß die allzu ungleiche Verteilung des Einkommens keineswegs Voraussetzung für den Fortschritt einer verfeinerten Kultur ist, wie das so viele moderne Kraftgeister aus ihrem Nietzsche herauslesen — mit Unrecht übrigens, wie wir hier in Parenthese hinzusetzen wollen, da gerade Nietzsche in seiner Person sowohl wie in seinem Zarathustra ein Beispiel geradezu asketischer Selbstbeschränkung gegeben hat.

Sulzer wirft dann weiter die eng damit zusammenhängende Frage auf, ob eine gleichmäßigere kollektivistische Verteilung der Güter nicht den Ansporn zur geistigen und sittlichen Bethätigung wegnehmen und damit unaufhaltsam zur Degenerierung der Menschheit führen müsse. Auch diese Frage glaubt er verneinen zu müssen. Endlich sucht er den Gang, den diese Entwickelung nehmen wird und die endgültige Ausgestaltung einer solchen Ordnung zu skizzieren, vielleicht die schwerste Aufgabe von allen, die er sich gestellt hat. Mit großem Scharfsinn zeigt er die Entwickelungstendenzen der Bewegung, sucht zu beweisen, daß eine Gesellschaft ohne Geld, Zins und Lohn ein Unding ist, daß man aber auch unter Beibehaltung dieser zu einer Beschränkung übermäßigen Unternehmergewinns und der gewissenlosen Agiotage gelangen könne. Er sucht den Unternehmergewinn festzustellen und darnach das Durchschnittseinkommen zu berechnen, das auf den Einzelnen bei gerechterer Verteilung kommen müßte. Wir halten diese statistischen Deduktionen für die am wenigsten glücklichen, ohne dem Verfasser darüber einen Vorwurf machen zu wollen. Der Fehler liegt in der Mangelhaftigkeit des Materials. Richtig ist aber jedenfalls der auch von den Webbs so stark betonte Gedanke, daß unsere Zeit zu einer bedeutenden Ueberschätzung der Arbeit des Unternehmers neigt. Niemand wird den Unternehmergewinn für unberechtigt erklären wollen. Ein natürliches Billigkeitsgefühl fordert, daß die außerordentliche Leistung auch angemessen belohnt werde. Die Frage ist nur, was eine angemessene Belohnung ist. Festgegründete Industrieen lassen sich recht gut von festbezahlten Beamten leiten, wie das Ueberhandnehmen der Aktiengesellschaften lehrt, und die Direktoren der englischen Genossenschaftsfabriken, die fast niemals mehr als 10—12 000 Mk. verdienen und keinerlei Tantièmen beziehen, leisten thatsächlich mehr und haben mit viel schwierigeren und verwickelteren Verhältnissen zu kämpfen, als ihre Kollegen vom Privatkapital.

Wir haben nur einige der hauptsächlichen Gedankengänge des Sulzerschen Werkes gestreift, es kam uns nur darauf an, seine Stellung in unserer heutigen Litteratur zu bestimmen. Das Studium selbst müssen wir unseren Lesern überlassen. Niemand wird das Buch ohne Belehrung aus der Hand legen. Möge es mit dazu beitragen, in dieser wichtigen Frage, von deren Lösung Sein oder Nichtsein abhängt, die richtige Einsicht zu verbreiten; von dem aufrichtigen, ehrlichen Willen, von der freudigen Nächstenliebe wird man immer lernen können, auch wenn sie falsche Pfade einschlägt. Und daß in dem Sulzerschen Buche nicht nur ein scharfer Kopf, sondern auch ein ehrlicher, überzeugter Mann, ein aufrichtiger Menschenfreund zu uns spricht, das beweist jede Seite.

Justin Friedrich.

Digitized by Google

Das Reichsgesetz, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20. April 1892. Systematische Darstellung mit Kommentar nebst Entwürfen von Gesellschaftsverträgen und praktischer Anleitung zur Registerführung. Von Ludolf Parisius und Dr. Hans Crüger. Zweite vermehrte Auflage. Berlin, 1898. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung.

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben sich so eingebürgert und sind bereits in so großer Zahl entstanden, daß der Beweis vollauf erbracht ist, wie mit dem Gesetz ein vorhandenes Bedürfnis befriedigt wurde. Aber auch der Parisius-Crügersche Kommentar hat sich, wie wir beim Erscheinen der ersten Auflage angenommen haben, als Befriedigung eines Bedürfnisses erwiesen.

Die beiden Autoren, die als Kommentatoren der Genossenschaftsgesetzgebung besonders berufen erschienen, auch die verwandte Materie zu behandeln, haben das auf Grund ihrer großen Erfahrung und ihres Geschicks in solcher Weise ausgeführt, daß schon jetzt eine zweite Auflage ihre Buches notwendig geworden wäre, wenn auch kein weiterer Grund zur Herstellung eines solchen vorgelegen hätte.

Aber es liegen sehr triftige Gründe für die Neubearbeitung und Erweiterung des Buches dadurch vor, daß 1900 das bürgerliche Gesetzbuch und die sich daran anschließende sonstige neue Gesetzgebung in Kraft tritt, und es mußten die bezüglichen neuen Bestimmungen berücksichtigt werden, wenn das Buch seinen bisherigen Wert nicht einbüßen sollte. Der neue Kommentar enthält nun neben den im J. 1900 in Kraft tretenden gesetzlichen Bestimmungen auch die bisherigen und so kann das Buch sowohl für die Zeit bis 1900 als auch nachher mit Erfolg benutzt werden.

Der dritte Teil des Buches, welcher Muster zu Gesellschaftsverträgen enthält, ist schon bisher sehr viel benutzt worden und die Verfasser sind noch weiter um Ratschläge angegangen worden.

Ein Entwurf (II) enthält das Statut für eine Familie, die ein Fabrikunternehmen als Gesellschaft mit beschränkter Haftung fortführen will, und es ist an dieser Stelle daraus besonders zu erwähnen, daß darin eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten vorgesehen ist, die sich auf die Publikationen von Professor Viktor Böhmert (Die Gewinnbeteiligung. Untersuchungen über Arbeitslohn und Unternehmergewinn. Leipzig 1898) stützt und dessen Anschauungen in Kreise bringt, die sich mit Errichtung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung befassen. Thatsächliche Erfolge sind bereits zu verzeichnen gewesen, und es sind bei Errichtung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung auch noch in anderen Formen die Gewinnbeteiligungen bisheriger Angestellter der umgewandelten Betriebe hervorgetreten.

Unternehmungen, die wegen besserer Teilung von Kapital und Arbeit in Gesellschaften mit beschränkter Haftung verwandelt wurden, haben mehrfach bisherigen Angestellten Raum gewährt als Gesellschafter einzutreten und denselben so neben besserer Verwertung ihrer Arbeitskräfte auch Gelegenheit gegeben, ihre Ersparnisse gewinnbringend in dem Unternehmen mitanzulegen, in welchem sie arbeiten. Die Angestellten sind so Mitbesitzer des Unternehmens geworden und haben dem entsprechend Einfluß auf den Betrieb gewonnen, der ihnen nach ihren Leistungen gebührte. Der Hinweis auf derartige Möglichkeit gehört entschieden mit zu den Verdiensten des Buches, das sich bereits einen Weg bahnte, nicht nur in die Geschäftskreise, die Unternehmungen als Gesellschaften mit beschränkter Haftung schufen oder ältere Unternehmungen im Einzelbesitz oder im Besitz einer offenen

Digitized by Google

Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft in die neue Gesellschaftsform umwandelten, sondern auch in die Kreise der juristischen Berater und der Richter selbst, die als Registerrichter oder bei der Rechtsprechung Gebrauch davon machten.

Sie alle werden es freudig begrüßen, daß die neue Auflage der künftig geltenden Gesetzgebung Rechnung trägt, und der zweiten Auflage ein dauerndes Interesse zuwenden.

Zu den alten Freunden des Werkes werden sich aber noch viele neue finden, denn die Form dieser Gesellschaften wird künftig noch weit mehr benutzt werden als es bisher schon in den 6 Jahren geschehen ist.

Max May.

Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Nr. 1. Herausgegeben von dem Vorstand des Vereins deutscher Arbeitsnachweise. Vorsitzender Dr. Freund (Berlin, Klosterstr. 14).

Eine Bekämpfung und Milderung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen gehört jedenfalls zu den wichtigsten öffentlichen Angelegenheiten und muß als eines der Hauptmittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter bezeichnet werden. Die Gemeinnützigkeit, die mit Recht immer neue Hülfsinstitute für Arme, Kranke, Gebrechliche, Verwahrloste, Strafentlassene u. s. w. schafft, muß auch an die viel zahlreicheren noch gesunden Volksgenossen denken, welche an längerer oder kürzerer Arbeitslosigkeit leiden und dadurch ökonomisch und sittlich gefährdet sind, während sie zugleich verhindert werden, ihre Kräfte einer reichlicheren Güterproduktion und der allgemeinen Volkswohlfahrt mitzuwidmen. Mit Recht hat zuerst der bereits 1880 begründete Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit sich wiederholt mit der Frage des Arbeitsnachweises beschäftigt und treffliche Berichte über diese Frage aus der Feder des dahingeschiedenen verdienten Vorstandsmitgliedes von Reitzenstein veröffentlicht. Veranlaßt durch die Bestrebungen des Deutschen Vereins sind nun in den beiden letzten Jahrzehnten in verschiedenen Teilen Deutschlands zahlreiche Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlungsstellen zuerst von gemeinnützigen Vereinen, dann auch von den Magistraten verschiedener Städte begründet worden. Es lag nun nahe, einen besonderen Verband dieser deutschen Arbeitsnachweise zu begründen, um die in verschiedenen Gegenden Deutschlands zerstreuten Bestrebungen für Vermittlung von Arbeit kräftiger fördern zu können. Die oben angezeigte erste Nummer der Schriften dieses Verbandes, welche zuerst als Gratisbeilage zu Nr. 11 der „Socialen Praxis" erschienen ist, beginnt mit kurzen Mitteilungen über die am 4. Februar 1898 in Berlin erfolgte Begründung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Der Zweck dieses Verbandes ist nach § 2 des Verbandsstatuts insbesondere: a) die Förderung des Austausches der Erfahrungen der einzelnen Arbeitsnachweise vornehmlich in verwaltungstechnischen Fragen; b) die Aufstellung einer laufenden Statistik über die Betriebsergebnisse der Arbeitsnachweise nach einheitlichen Grundsätzen; c) die Einwirkung auf Errichtung von Arbeitsnachweisen und kleineren Vereinigungen von Arbeitsnachweisen innerhalb des Verbandes zwecks Ausgleichs von Arbeits-Angebot und Nachfrage; d) die Vermittlung des Verkehrs mit anderen Verbänden; e) die Vertretung der gemeinsamen Interessen nach außen; f) die Veranstaltung von Konferenzen, auf denen die

den Arbeitsnachweis betreffenden Fragen, sowie Fragen auf verwandten Gebieten zur Erörterung kommen sollen. — In Gemäßheit des Beschlusses des Ausschusses vom 13. Mai 1898 ist nun die erste Verbandsversammlung und Arbeitsnachweiskonferenz in den Tagen vom 27.—29. September 1898 in München abgehalten worden und darin über folgende Gegenstände verhandelt worden: 1. Was können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen? 2. Arbeitsnachweis-Statistik. 3. Empfiehlt sich die Gebührenfreiheit bei der Arbeitsvermittlung? Indem wir auf die Schrift selbst verweisen, welche den stenographischen Bericht enthält und auf unsere Vierteljahrs-Chronik dieses Heftes unter „Berichte und Notizen", möchten wir nur als eine wichtige Frucht der ersten Verhandlungen des deutschen Verbandes hervorheben, daß gerade Süddeutschland sich an den Verhandlungen lebhaft beteiligt hat und daß Bayern und Baden in hervorragender Weise auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung thätig sind. Mit Recht wurde gleich bei Beginn der Verhandlungen vom Vorsitzenden hervorgehoben, einmal daß der Verband durch eine zweckentsprechende Ordnung in Verbindung der Arbeitsnachweisstellen zwar nicht mehr Arbeit als vorhanden sei, aber doch mehr Arbeitsstellen und Arbeitsgelegenheiten schaffen, und die Schäden der gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung bekämpfen könne. Er legte ferner ein Hauptgewicht auf die Wahrung des unparteiischen Charakters des Arbeitsnachweises. Der Arbeitsnachweis soll lediglich unparteiische Vermittlungsstelle von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage sein; er darf nicht sein ein Machtmittel im Lohnkampfe, seine Leitung soll gleichmäßig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beeinflußt sein. Mit diesen Grundsätzen unvereinbar ist eine am 5. September 1898 in Leipzig abgegebene Erklärung von Arbeitgeberverbänden, wonach der Arbeitsnachweis ausschließlich in den Händen der Arbeitgeber liegen soll (siehe Heft 3 des „Arbeiterfreund" Jahrgang 1898, Seite 361). Unter lebhafter Zustimmung der Münchener Versammlung bemerkte der Vorsitzende: „Wir können uns mit dieser Ansicht unter keinen Umständen einverstanden erklären und ich bin ausdrücklich vom Ausschuß beauftragt, diese Erklärung hier abzugeben." Die Münchener Versammlung ist nicht zu bestimmten Beschlüssen gelangt, die rasch in Thaten umgesetzt werden können, aber dies ist an sich kein Schaden, weil es doch mehr auf Anregungen und Klärung der Ansichten, namentlich bei der ersten Versammlung ankam. Im übrigen enthält die Schrift als Beilagen sowohl die Anträge des ersten Referenten Rat Dr. Naumann über die Frage: „Was können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen?" wie auch die Anträge des Referenten Dr. Bleicher zum zweiten Verhandlungsgegenstand, welcher die „Arbeitsnachweis-Statistik" betraf. Unter den Beilagen der oben angezeigten Schrift befinden sich auch „Vorschläge für eine einheitliche Geschäftsstatistik der rhein-mainischen Arbeitsvermittlungsstellen." Das gesammte Material ist eine willkommene Quelle der Belehrung für die deutschen Arbeitsvermittlungsstellen.

Victor Böhmert.

Digitized by Google

B. Bibliographie*)

(nach Materien geordnet).

I. Arbeiterverhältnisse und sociale Frage im allgemeinen. — Sklaverei- und Hörigkeitsfrage.

A. Zeitschriften. (Ergänzung des im Jahrgang 1897 aufgeführten Zeitschriften-Verzeichnisses.)

Année, l', sociologique, publiée sous la direction de E. Durkheim. 1re année. 1897. In-8, XII-563 p. Paris, F. Alcan. fr. 10,—.

Aus der Arbeit der freien kirchlich-socialen Konferenz. Red.: E. Böhme. 1898. 12 Nrn. gr. 4. Berlin, Buchhandlg. der Berliner Stadtmission. ℳ 1,50.

Blätter, deutsch-sociale. Herausgeg. von M. Liebermann v. Sonnenberg. Begründet von Th. Fritsch. 12. Jahrg. 1897. 52 Nrn. gr. 4. Leipzig, H. Beyer. Vierteljährlich ℳ 1,50.

Friedens-Korrespondenz, monatliche. Hrsg. von der Deutschen Friedensgesellschaft. Red. von A. H. Fried. V. Jahrg. 1898. 12 Nrn. Lex.-8. Berlin, R. Boll. ℳ 1,—.

Gesellschaft, die. Halbmonatschrift f. Litteratur, Kunst u. Socialpolitik. Hrsg. von M. G. Conrad und L. Jacobowski. 14. Jahrg. 1898. 24 Hefte gr. 8. Leipzig, H. Haacke. Vierteljährlich ℳ 4,—, einzelne Hefte ℳ —,75.

Hilfe, die. Gotteshilfe, Selbsthilfe, Staatshilfe, Bruderhilfe. Hrsg. und Schriftleiter: F. Naumann. 4. Jahrgang. 1898. 52 Nrn. gr. 4. Hannover-Münden, R. Wertheer. Vierteljährlich ℳ 1,50.

Land, das. Zeitschrift für die socialen und volkstüml. Angelegenheiten auf dem Lande. Hrsg.: H. Sohnrey. 5. Jahrg. Okt. 1896—Sept. 1897. gr. 4. 24 Nrn. Berlin, Trowitzsch & Sohn. Vierteljährl. ℳ 1,50.

Mitteilungen des evangelisch-socialen Kongresses. Redaktion: Generalsekretär Völter, Steglitz-Berlin. Jahrg. 1898.

Neuland, Hrsg. u. Red.: Joh. Sassenbach. 2. Jahrg. Okt. 1897—Sept. 1898. 12 Hefte. gr. 8. Berlin, J. Sassenbach. Vierteljährl. ℳ 1,30, einzelne Hefte ℳ —,50.

Revue du travail, publiée par l'office du travail de Belgique. Mensuelle. 3e année, 1898. In-8. Bruxelles, J. Lebègue et Cie. Par an, Belgique, fr. 1,50; Union postale, fr. 3,30.

Tidsskrift nationalekonomisk. Udgivet af nationalekonomisk Forenings Bestyrelse. Redakter: A. Petersen-Studnitz. 3dje Række 5te Bind. 1897. 10 Hefter i 8. Kjøbenhavn, Redakt. (Kongens Tværvej. 2.) 8 kr. aarlig, for Medlemmer 6 kr.

---

*) Die Redaktion des „Arbeiterfreund" erklärt sich gern bereit, den Lesern des „Arbeiterfreund" resp. den Mitgliedern des „Centralvereins" zur Beschaffung oder **teilweisen Überlassung** aller in der **„Bibliographie"** aufgeführten Fachschriften und Aufsätze, soweit solches thunlich, behülflich zu sein. Die **geehrten Verlagsbuchhandlungen** ersuchen wir um Einsendung resp. um Anzeige von neu erschienenen einschlägigen Schriften.

Digitized by Google

Tijd, de Nieuwe. Sociaaldemokratisch maandschrift, onder redactie van H. Roland Holst, F. van der Goes en H. Gorter. 3e jaargang. 1898/99. Amsterdam, J. A Fortuyn. gr. 8. Per jrg. (12 nrs.) fl. 3,50

Völkergeist, der moderne. Organ d. socialitären Bundes. Schriftleitg.: E. Reiß. 4. Jahrg. 1897. 24 Nrn. gr. 4. Berlin, P. Kufahl. Vierteljährl. ℳ 1,—.

Vorwärts, vegetarischer. Monatsschrift f. Gesellschaftsreform u. Selbstreform. 5. Jahrg. 1898. 12 Nrn. gr. 8. Berlin, P. Heidemann. ℳ 2,40.

Worte, deutsche. Monatshefte, hrsg. v. E. Pernerstorfer. 17. Jahrg. 1897. 12 Hefte. gr. 8. Wien, Verlag „Deutsche Worte". fl. 8,—, einzelne Hefte fl. 1,—.

Zeitschrift f. Social- und Wirtschaftsgeschichte. Hrsg. von S. Bauer u. L. M. Hartmann. 5. Bd. 4 Hefte. gr. 8. Weimar, E. Felber. ℳ 12,—.

— für Staats- und Volkswirtschaft. Red.: H. Herrnfeld. 9. Bd. Jhrg. 1898. 52 Nrn. gr. 4. Wien, M. Perles. Halbjährlich fl. 12,—.

— für Socialwissenschaft. Hrsg. von Prof. Dr. Jul. Wolf. 1. Jahrg. 1898. 12 Hefte. gr. 8. (1. Heft 88 S.) Berlin, G. Reimer. Vierteljährl. ℳ 4,—.

B. Einzelschriften, Aufsätze und Ausschnitte.

Adler, Prof. **Georg,** Zur Geschichte der deutschen Socialdemokratie. (Zeitschr. f. Socialwissenschaft, 8.—10. Heft 1898.)

— Israels Socialreform. (Die Zukunft, VI. Jahrg. Nr. 30.)

— Die sociale Frage im Altertum. (Die Zukunft, VI. Jahrg. Nr. 31.)

— Die Socialreform im Altertum. (Aus: „Handwörterbuch d. Staatswiss.") gr. 8. (III, 98 S.) Jena, G. Fischer. ℳ 2,—.

Almerac, La réforme sociale. Marseille.

Annales de l'Institut international de sociologie. Publiées sous la direction de R. Worms. T. 4, concernant les travaux du troisième congrès, tenu à Paris en juillet 1897. In-8, 589 p. Paris, Giard et Brière. fr. 10,—.

Annuaire-Chaix de la Société d'économie politique pour 1898. 57e année. Petit, in-16, 68 p. Paris, imp. Hennuyer.

Arbeiterverhältnisse im Kreise Mannheim. (Jahresbericht d. Handelskammer f. d. Kreis Mannheim, 1897. I. Teil, S. 126—131.)

Argyriades, Almanach de la Question sociale. Illustré. Paris. à tom. 1 fr. 50 c.

Armelani, F., Umanesimo e socialismo: studio critico-sociale. Parte I (Umanesimo). Pitigliano, Ovaldo Paggi. 8. 83 p. L. 1,—.

Bamberger, L., Wandlungen und Wanderungen in der Socialpolitik. gr. 8. (29 S.) Berlin, Rosenbaum & Hart. ℳ —,60.

Bancel, E. B., La coopération devant les écoles sociales. (118 p.) Paris. fr. 1,50.

Bassi, E., Socialismo e cooperazione. Milano, Giacomo Agnelli. 16. p. 154. L. 1,25.

Bebel, A., Klassenpolitik und Socialreform. 2 Etats-Reden. gr. 8. (62 S.) Berlin, Buchhdlg. Vorwärts. ℳ —,15.

— Akademiker u. Socialismus. Vortrag. gr. 8. (14 S.) Berlin, Verlag der socialist. Monatshefte. ℳ —,50.

Digitized by Google

Bericht der Senats-Kommission f. die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen. Mit 6 Tafeln, 1 Karte u. 39 Anlagen. hoch-4. (215 S.) Hamburg, L. Gräfe & Sillem. Kart. *M* 3,—.

Berner, E., Die Steinkohlengräber im Ostrau-Karwiner Bergrevier. (39 S.) Wiener Arbeiterbibliothek. 5. Heft. Wien, 1. Wiener Volksbuchhandlung. fl —,25.

Bernfeld, S., Israels Social-Reform. (Die Zukunft, VI. Jahrg. Nr. 38.)

Biederlack, Prof. **Jos.,** S. J., Die sociale Frage. 3. Aufl. gr. 8. (VIII u. 238 S.) Innsbruck, F. Rauch. *M* 1,80.

Biermer, M., Die neueste Entwickelung der britischen Arbeiterbewegung. Vortrag. gr. 8. (36 S.) Münster, Coppenrath. *M* —,75.

Bischoff, D., Echte und falsche Gerechtigkeit. Ein Wort wider den Socialismus. gr. 8. (VII, 175 S.) Leipzig, M. Hesse. *M* 2,—.

Bock-Bauwens, de, Une réforme sociale en Belgique. Gand.

Böhmer, Jul., Sociale Fragen. (96 S.) gr. 8. Gießen, J. Ricker. *M* 1,75.

Boh, Dr. **Fel.,** Socialpolitik u. konservative Weltanschauung. gr. 8. (56 S.) Stuttgart, Strecker & Moser. *M* —,50.

Borght, R. van der, Sociale Friedenspolitik der letzten 10 Jahre in Deutschland. Festrede. gr. 8. (27 S.) Aachen, O. Müller. *M* —,30.

Borkenhagen, H., Christus und die Socialdemokratie. gr. 8. (51 S.) Leipzig, W. Friedrich. *M* —,60.

Braasch, Dr. **Aug.,** Irrtümliche Ideale der Socialdemokratie. gr. 8. (36 S.) Lübeck, M. Schmidt in Komm. *M* —,50.

Brouez, J., Etudes de science sociale. Gr. in-8, 271 p. Bruxelles, imp. Monnom.

Bufquin des Essarts, J., Le socialisme rationnel ou précis de l'économie sociale d'Agathon De Potter, d'après le collectivisme de Colins. In-12, 102 p. Bruxelles, imp. Vve D. Brismée. fr. 1,—.

Calisse, Il lavoro. Turin 1897.

Calmes. P. Ch., prof., La propriété devant le socialisme contemporain. (257 p.) Paris, V. Lecoffre.

Castelein, A. prof., Qu'est-ce que le socialisme? (16 p.) Bruxelles, Goemare.

Cathrein, Vict., S. J., Der Socialismus. 7. Aufl. gr. 8. (XVI, 302 S.) Freiburg i. B., Herder. *M* 2,20.

—, il socialismo. Prima versione italiana fatta sulla quinta edizione tedesca da G. Cecconi. Torino (1898), fratelli Bocca. 16. p. XI, 199. L. 2,50.

Charles, E., Théories sociales et Politiciens (1870—1898). In-18 jésus, XVII-403 p. Paris, lib. Fasquelle. fr. 3,50.

Christlich-social. Ein Handbuch f. Jedermann. gr. 8. (59 S.) Berlin, Vaterländische Verlagsanstalt. *M* —,35.

Cleveland, Ferd. A., Der Zug der Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten hinsichtlich Kapital und Arbeit. (Jahrb. d. Int. Vereinigung f. vergl. Rechtswissenschaft, IV. Jahrg. 1898. Bd. I S. 262—278.)

Comité de défense et de progrès social. Conférences publiques et privées faites en 1896 et 1897 par Leroy-Beaulieu. In-8, VI-230 p. Paris, Guillaumin. fr. 3,—.

Digitized by Google

Conrad, J., Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. I. Teil. Nationalökonomie. 2. Aufl. gr. 8. (VII, 83 S.) Jena, G. Fischer. ℳ 1,80.

Cornelius, B., Schafft bessere Generationen! Ein Beitrag zur Lösg. d. socialen Frage. gr. 8. (40 S.) Leipzig, A. Strauch. ℳ 1,—.

Coste, L., Histoire des doctrines économiques concernant la légitimité de l'intérêt (thèse). In-8, 174 p. Paris 1897, Giard et Brière.

Crowell, J. F., The logical process of social developpement. New York, H. Holt & Co. c. 9 u. 358 p. 12. cl., $ 1,75.

Damaschke, A., Was ist National-Social? Eine Antwort. 8. (32 S.) Berlin, E. Kundt. ℳ —,25.

Deschanel, Paul, La question sociale. (300 p.) Paris, Calman-Levy. fr. 3,50.

Destrées, J. et Vandervelde., E., Le Socialisme en Belgique. In-18 jésus, 515 p. Paris, Giard et Brière. fr. 3,50.

Dix, A., Social-Moral. Kriminalpolitische Aufsätze. gr. 8. (66 S.) Leipzig, G. Freund. ℳ 1,50.

Doggett, L. L., History of the Young Men's Christian Association. Vol. I. (Diss., Leipzig) (144 S.).

Dürkheim, E., prof., L'année sociologique. (560 p.) Paris, Alcan. fr. 7,50.

Eisenbahner-Gesetzentwurf, der socialdemokratische. Herausgegeben von der Redaktion des „Eisenbahner". gr. 8. (31 S.) Wien, I. Wiener Volksbuchhandlung. fl. —,10.

Elieser, B., Die Judenfrage und der socialistische Judenstaat. gr. 8. (68 S.) Bern, Steiger & Co. ℳ 1,—.

Eymard, L., Economie politique. In-8, XVIII-185 p. Carpentras, libr. Seguin.

Ferry, Le socialisme en Italie. Bruxelles.

Findlay, J. Th., Socialism in France. (46 p.) London. The Liberty Review.

Flament, Petit cours d'économie sociale. Paris.

Fierowsky, N., Das ABC der socialen Wissenschaften. gr. 8. (XVI, 614 S.) Leipzig, H. Haacke. ℳ 12,—.

Frankenstein, Kuno, Die Arbeitsverhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion und die gesetzliche Regelung der Konfektionsarbeit. (Annalen des Deutschen Reichs pp. 1898, Nr. 1/2.)

Fremont, Ouvriers et socialistes. Paris.

Freund, G., Sociale Vorträge. 2. Aufl. 12. (IV, 272 S.) Münster, Alphonsus-Buchhandlung. ℳ 2,—; geb. ℳ 3,—.

Freunde und **Feinde** der Arbeiter oder christlichsocial oder socialdemokratisch? 3. Aufl. gr. 16. (56 S.) Warnsdorf, A. Opitz. ℳ —,12.

Chinassi, P., Il dovere sociale della classe dominante. Bologna, Nicola Zanichelli. 8. p. 50. L. 1.

Gide, C., Principes d'économie politique. 6e édition. VIII-640 p. Paris Larose. fr. 6.

Gladden, W., Social facts and forces. New York (1897), G. P. Putnam's Sons. c. 5+235 p. D. cl., $ 1,25.

Goblet d'Alviella. Du devoir social des générations nouvelles. Bruxelles.

Groppali, Le mouvement social en Italie. Paris.

Güttinger, G., Die Entwickelung der menschlichen Gesellschaft. Ein Lesebuch für das Volk. gr. 8. (XXIV, 254 S.) Stuttgart, Strecker & Moser. ℳ 2,50; geb. ℳ 3,—.

Digitized by Google

Gumplowicz, L. Sociologie et Politique. In-8, 306 p. Paris, Giard et Brière fr. 6.

Guyot, Yves, La législation internationale du travail. (Journal de la Société de Statistique de Paris 1897, Novembre).

Handbuch der politischen Ökonomie, herausgegeben von Prof. Dr. Gustav von Schönberg. 4. Aufl. 2. Band. 2. Halbband Volkswirtschaftslehre. Lex. 8. (X, 592 S.) Tübingen, H. Laupp. *M* 12,60; geb. in Halbfrz. *M* 15,—.

Hauptversammlung, die 3., der freien kirchlich-socialen Konferenz zu Berlin am 19. und 20. IV. 1898. gr. 8. (III, 101 S.) Berlin, Buchhandlung der Berliner Stadtmission. *M* 1,50.

Haymann, Frz., Jean Jacques Rousseaus Socialphilosophie. gr. 8. (XI, 403 S.) Leipzig, Veit & Co. *M* 10,—.

Heine, W., Die Socialdemokratie und die Schichten der Studierten. 2. Aufl. gr. 8. (23 S.) Berlin, Verlag der socialistischen Monatshefte. *M* —,50.

Herdach, Karl., Mißglückte socialistisch-kommunistische Versuche. (Volksaufklärung, 1. Heft.) Warnsdorf, A. Opitz. fl. —,08.

— Die eigentlichen Führer der Socialdemokratie. (Volksaufklärung, 2. Heft.) Ebenda. fl. —,08.

— Christliche Arbeiterfürsorge. (Mit wichtigen Geständnissen socialdemokratischer Führer.) (39 S.) Ebenda. fl. —,08.

Hirschberg, E., Sterblichkeit unter den Berliner Arbeitern. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 7. Heft 1898.)

— Die sociale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin. Nebst mehreren graph. Darstellungen. gr. 8. (VI, 311 S.) Berlin, O. Liebmann. *M* 5,50.

Hitze, F., Capital et travail et la réorganisation de la société. Edition française par J. B. Weyrich. In-8, XIII-562 p. Louvain, A. Uystpruyst. fr. 10.

Hobhouse, The Labour Movement (110 p.) London, T. Fisher Unwin. 3/6.

Hoerenz, fr. Rechtsanwalt, Vernünftiges und Unvernünftiges an der Socialdemokratie. gr. 8. (52 S.) Berlin, O. Nahmmacher. *M* —,50.

Hoyois, Jos., député. Le socialisme renié par les socialistes au Parlement belge. (16 p.) Bruxelles, imp. Schepens.

Jahresbericht, 10., des leitenden Ausschusses des schweizerischen Arbeiterbundes und des schweizerischen Arbeitersekretariats für das Jahr 1896. gr. 8. (90 S.) Zürich, Buchhandlung des schweiz. Grütlivereins. fr. 1,50.

Jahrhundert, das 19., in kommerzieller, industrieller und socialer Beziehung. Als Beitrag zur Lösung der dringendsten socialen Fragen von P. J. S(chwinges). gr. 8. (89 S.) Aachen, J. Schweitzer. *M* 1,—.

Jentsch, C., Socialauslese. Kritische Glossen. 8. (VIII, 236 S.) Leipzig, F. W. Grunow. *M* 2,80.

Ingwer, J., Die Personal-Einkommensteuer und die Arbeiter. 8. (32 S.) Wien, 1. Wiener Volksbuchhandlung. fl. —,10.

Isern, D., Problemas y teoremas económicos, sociales y juridicos. Tomo I. Madrid, Imprenta, Ventosa, 21. En 8, VIII—334 p. peset. 4,50.

Italiener als Arbeiter im Ausland. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 3. Heft 1898).

Digitized by Google

Juglar, Clement. De l'inégalité de la répartition des bénéfices du travail et du capital dans l'accroissement de la richesse depuis 50 ans. (Journal de la Société de statistique de Paris, 1897, No. 6).

Jung, Albert, Die Bestrafung des Sklavenraubes und Sklavenhandels. (Diss., Freiburg i. B. 1897) (64 S.)

Käfer, Engelb., Der Socialdemokrat hat das Wort! 2. Aufl. gr. 8 (XII, 204 S.) Freiburg i. B., Herder. *M* 1,50.

Kalisch, W., Beobachtungen eines Arbeiters in Südafrika. (Neue Zeit, XVI. Jhrg.)

Kalthoff, Past. Dr. **A.,** An der Wende des Jahrhunderts. Kanzelreden über die socialen Kämpfe unserer Zeit. 8. (VII, 286 S.) Braunschweig, C. A. Schwetschke & Sohn. *M* 3,—; geb. *M* 4,—.

Kemsies, Oberlehrer Dr. **Ferd.,** Arbeitshygiene der Schule auf Grund von Ermüdungsmessungen. (64 S.) Berlin, Reuther & Reichard. *M* 1,60.

Kerby, W. J., prof., Le socialisme aux Etats-Unis. (244 p.) Bruxelles. J. Goemare. 3 fr. 50 c.

Kidd, B., L'evoluzione sociale. Firenze, G. Barbèra. 16. p. 317. L. 3.

Kiebel, H., Die Steuerpolitik der Besitzlosen. gr. 8. (50 S.) Wien, M. Breitenstein. fl. —,70.

Krafft, Die Arbeit. Eine Studie. (Schweiz. Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik, 1897.)

Kropotkine, P., De Staat en zijn rol in de geschiedenis. Amsterdam, J. Sterringa. 8. (80 blz.) fl. 0,75.

Laboulais, L., Etudes d'économie sociale. (Questions ouvrières. Le Quartier. In-18 jésus, 419 p. Paris 1896, P. Dupont.

Lagardelle, La question agraire et le socialisme. Paris.

Lapeyre. Le socialisme catholique. Paris.

Laterrade, A., sénateur, Le mutualisme et la question sociale. (63 p.) Paris. fr. —,50.

Laveleye, E. de, Eléments d'économie politique. 6e édition. In-16, IV-303 p. Paris 1898, Hachette et Cie. fr. 3,—.

Lavollée, R., Les Classes ouvrières en Europe. Etudes sur leur situation matérielle et morale. T. 3: Angleterre. In-8. II-660 p. Paris, Guillaumin et Ce.

Levasseur, E., Le socialisme aux Etats-Unis. (Revue politique et parlementaire, 1897, No. 34.)

Levi, G. G., L'errore del socialismo. Torino, Roux, Frassati e C. 8. p. 590. L. 5,—.

Liebknecht, W., Zum Jubeljahr der Märzrevolution. 8. (96 S.) Berlin, Buchh. Vorwärts. *M* —,30.

Lilienfeld, Paul v., Zur Verteidigung der organischen Methode in der Sociologie. gr. 8. (76 S.) Berlin G. Reimer, *M* 1,20.

— Über Socialphilosophie. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft, 2. Heft, 1898.)

Lioret, G., Introduction à l'étude de l'économie politique. (70 p) Fontainebleau, imp. Hunot.

Lorentzen, Th., Arbeiterpartei oder Revolutionspartei? Wer hat Recht, Naumann oder ich? Mahnruf e. deutschen Arbeiters an seine Genossen. gr. 8. (100 S.) Kiel, Lipsius & Tischer. *M* —,50.

Digitized by Google

Lorenz, Prof. **A.**, Die Arbeit und die Religion. (Programm.) Schweidnitz, Gymnasium. 1897. (24 S.)

Märtens, **O.**, Die schweizerische Brauindustrie und ihre Arbeiter. (Schweiz. Blätter f. Wirtschafts- u. Socialpolitik 1897, Nr. 20.)

Marlo, **K.**, Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie. 2. Aufl. Neue bill. Ausg. (In 28 Lfgn.) gr. 8. Tübingen, H. Laupp. Preis pro Liefg. ℳ —,50.

Masquard, **Eug. de**, Etude de sociologie pratique. (32 p.) Nimes. fr. —,30.

Mauny Talvande, **Maurice de**, L'Union sociale. (14 p.) Paris.

Mehring, **F.**, Geschichte der deutschen Socialdemokratie. 2. Teil. Von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm 1863 bis 1883. (VI, 568 S.) Stuttgart, J. H. W. Dietz. ℳ 3,60.

Méline, La Politique républicaine libérale; la Question sociale. Discours. In-8, 62 p. Clermont-Ferrand, Imp. moderne.

Ménard, La question sociale dans l'antiquité. Paris.

Metzner, **A.**, Betriebssekretär, Über Verhältnisse der nicht angestellten Bediensteten u. Arbeiter bei den sächsischen Staatsbahnen. (Zwanglose Hefte f. Lernende im Eisenbahndienste. Dresden, Baensch, Nr. 25 S. 165—175.)

Meyer, Prof. Dr. **Ed.**, Die Sklaverei im Altertum. Vortrag. gr. 8. (49 S.) Dresden, v. Zahn & Jaensch. ℳ 1.—.

Michelini, **A.**, La teoria socialistica di un abate del secolo XVIII. Rocca S. Casciano, Licinio Cappelli. 8. p. 97. L. 1,50.

Mill, **J. S.**, Principles of Political Economy, with Some of their Applications to Social Philosophy. New ed. (The Best Books.) Cr. 8vo, p. 640. London, Routledge. sh. 3,6.

Mismer, **Ch.**, Principes sociologiques, 2e édition. (297 p.) Paris, Alcan. fr. 5.

Monanges, **M.**, Les Associations ouvrières en France depuis 1789 (thèse). In-8, III-191 p. Montluçon, imp. Herbin.

Monticelli, Socialismo populare. Venice.

Morselli, **E.**, Elementi di sociologia generale. Milano, Ulrico Hoepli. 16. p. X, 170.

Nationalsocialen, die. 8. (30 S.) Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. ℳ —,30.

Naudet, Le Christianisme social (Propriété, Capital et Travail). In-18 jésus, 416 p. Paris, Bloud et Barral.

Naumann, **Frdr.**, Nationale Socialpolitik. (16 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. ℳ —,10.

Nobbe, Landesökonomierat, Socialdemokratie und Naturwissenschaft I und II. (Mitteilungen des evang.-soc. Kongresses, Berlin, Januar 1897, Nr. 1 u. 2.)

Novicow, **G.**, Coscienza e volontà sociali. Versione autorizzata da d. G. Capponi Trenca. Milano-Palermo, Remo Sandron. 16. p. 372. L. 4,—.

Oertzen, **D.**, Landeskirchentum und soziale Frage. Vortrag. gr. 8. (20 S.) Berlin, Vaterl. Verlag. ℳ —,50.

Onclair, **M. A.**, Le cause ed i rimedi del socialismo. Prima versione italiana di D. F. Dinelli. Siena 1897, tip. s. Bernardino. 16. p. 210. L. 1,50.

Oppenheimer, **F.**, Großgrundeigentum u. soziale Frage. Versuch einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft. gr. 8. (XVI, 504 S.) Berlin, „Vita", Deutsches Verlagshaus. ℳ 5,—.

Digitized by Google

Otto, B., Agrarier, Arbeiter, Armee als innerer Dreibund der Begehrlichen. Ein polit. Aktionsprogramm. gr. 8. (74 S.) Leipzig, B. Elischer Nachf. *M* 1,—.

Pareto, V., Il compito della sociologia fra le scienze sociali. (Rivista italiana di sociologia 1897, fasc. 1.)

Pesch, Henri, Le libéralisme, le socialisme et la sociologie chrétienne. Louvain.

— Liberalismus, Socialismus und christliche Gesellschaftsordnung. 1. Der christliche Staatsbegriff. 2. Aufl. (XI, 194 S.) gr. 8. Freiburg i. B., Herder. *M* 1,60.

Pflüger, P., Das sociale Prinzip. Festrede. (15 S.) (Socialwissenschaftliche Volksbibliothek.) Zürich, Buchh. d. schweiz. Grütlivereins. fr. —,10.

— Die socialpolitischen Umwälzungen der Eidgenossenschaft. (19 S.) Ebenda. fr. —,20.

— Das sociale Krebsübel. Rede zur Maifeier 1896 in Chur. (31 S.) Ebenda. fr. —,20.

— Das Wesen der socialen Frage. (23 S.) Ebenda. fr. —,20.

Pieczynska, E., L'Appel des femmes aux fonctions publiques. Discours. 8. (54 p.) Bern, Schmidt & Francke. fr. —,60.

Platter, Prof. Dr. **Jul.,** Kritische Beiträge zur Erkenntnis unserer socialen Zustände und Theorieen. 2. Aufl. gr. 8. (VII, 558 S.) Bern, Steiger & Co. *M* 5,—.

— Demokratie und Socialismus. (XIII, 276 S.) Leipzig, G. H. Wigand. *M* 4,50.

Prins, A., Freiheit und sociale Pflichten. Deutsch v. E. Münsterberg. gr. 8. (VI, 164 S.) Berlin, O. Liebmann. *M* 2,75.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der socialdemokratischen Partei Deutschlands, abgeh. zu Stuttgart vom 3. bis 8. 10. 1898. gr. 8. (239 S.) Berlin, Buchh. Vorwärts. *M* —,35.

— über die Verhandlungen des nationalsocialen Vereins (2. Delegiertentag) zu Erfurt vom 26. bis 29. 9. 1897. 8. (VIII, 143 S.) Berlin, E. Kundt. *M* —,50.

— über die Verhandlungen der Kommission f. Arbeiterstatistik vom 29. 11. bis 1. 12. 1897 und die Vernehmung von Auskunftspersonen üb. die Arbeitszeit in Getreidemühlen. (72 S.) Fol. Berlin, C. Heymanns Verl. *M* —,80.

Pfennер, Ludw., Die Organisation der Arbeit. (Monatsschr. f. christl. Socialreform ꝛc. 1897, Heft 10.)

du Puynode, G., Le socialisme chrétien. (Journal des Economistes. 1897, Août.)

Rade, Pfarrer D., Die sittlich-religiöse Gedankenwelt unserer Industriearbeiter. (Verh. d. Evang.-soc. Kongresses, Göttingen 1898, S. 66—154.)

Ratzenhofer, G., Die sociologische Erkenntnis. gr. 8. (XII, 372 S.) Leipzig, F. A. Brockhaus. *M* 6,—.

Reichenbach, A., Die Arbeit in ihrem Wesen, ihrer Entwickelung und kulturgeschichtlichen Bedeutung. gr. 8. (VII, 160 S.) Zürich, Buchhandlg. des schweiz. Grütlivereins. fr. 1,25.

Reidlinger, Jos., Eine Antwort auf Friedrich Engels Brief über die landwirtschaftliche Arbeit. (Monatsschrift f. christl. Socialreform ꝛc. 1897, 5. Heft.)

Digitized by Google

Renard, Georges, prof., Le régime socialiste. (188 p.) Paris, F. Alcan 2 fr. 50 c.

Ricci, L., Capitale e lavoro. (143 p.) Chiavari, imp. Artigianelli di A. Gomelli.

Rochussen, Sociale vertellingen Haarlem, De Erven F. Bohn. 8. (VIII, 296 blz.) fl. 2,40; geb. fl. 2,90.

Rodbertus-Jagetzow, Dr. **Carl,** Schriften. Neue wohlf. Ausg. 4 Bde. gr. 8. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. *M* 14,—.

Rosenfeld, Dr. jur. **Ernst,** Die Außenarbeit, ein Beitrag zur Milderung der Konkurrenz zwischen Gefängnisarbeit und freiem Gewerbebetrieb. (Diss. Heidelberg.) (59 S.)

Rosenfeld, Dr. **Siegfried,** Die Arbeiter in den österreichischen Tabakfabriken. (Statistische Monatsschrift. Wien, N. F., III. Jahrg., 1898, S. 575.)

Rousseau, J. J., Du contract social, ou Principes du droit politique. In-32, 190 p. Paris, libr. de la Bibliothèque nationale. 25 c.

Ruland, Dr. **W.,** Die sociale Lage der Heimarbeiter. (Hirth's Annalen 1898, Nr. 8, S. 608—617.

Sales y Ferré, M., Tratado de sociologia, evolución social y politica. Segunda parte. Tomo 3. La nación. En 4, 512 p. Madrid, Suárez. pes. 8,50.

Saverio, Pro e contro il socialismo. Milano.

Schäffle, A. E., La quintesseuza del socialismo. Prima traduzione italiana autorizzata sulla dodicesima edizione originale da A. Roncali. Genova 1897, A. Donath. 16. p. 104. L. 1,—.

— The Quintessence of Socialism. English ed., trans. from the 8th German ed., under the Supervision of B. Bosanquet. 6th ed. Cr. 8vo, p. 136. London, Swan Sonnenschein. sh. 2,6.

Schaub, Prieft. **Frz.,** Die Eigentumslehre nach Thomas von Aquin und dem modernen Socialismus. Gekrönte Preisschrift. gr. 8. (XXIV, 446 S.) Freiburg i. B., Herder. *M* 6,—.

Schellwien, Rob., Die Arbeit und ihr Recht. Rechtlich volkswirtschaftl. Studien zur socialen Frage. Neue Ausg. gr. 8. (IX, 274 S.) Leipzig, A. Janssen. *M* 3,—.

Scherff, Jul., Nord-Amerika. Reisebilder, socialpolit. u. wirtschaftl. Studien aus den Vereinigten Staaten. gr. 8. (VI, 269 S.) Leipzig, O. Wigand. *M* 4,50.

Schmitz, Weihbisch. D. Dr. **Herm. Jos.,** Die acht Seligkeiten des Christentums und die Versprechungen der Socialdemokratie. Predigten. 2. Aufl. 8. (VIII, 184 S.) M. Gladbach, A. Riffarth. *M* 1,50.

Schmoller, G., Über einige Grundfragen der Socialpolitik und der Volkswirtschaftslehre. gr. 8. (IX, 343 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 6,40.

Schüller, R., Die socialistischen Parteien Frankreichs. (Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft 1897, 3. Heft.)

Schüffler, H., Die Lösung der socialen Frage. gr. 8. (164 S.) Dresden, E. Pierson. *M* 2,50.

Schwerdt, Paul, Offizier u. Socialdemokrat. gr. 8. (20 S.) München, N. Abt. *M* —,40.

Scotsburn, (pseud.) What is socialism? New York, C. Scribner's Sons. 430 p. 12. cl., $ 3,—.

Digitized by Google

Silbermann, Josef, Der Gesindezwangsdienst in der Mark Brandenburg. (Diss., Greifswald 1897.) (42 S.)

Söderblom, Pfr. **Nathan,** Die Religion u. die sociale Entwicklung. Vortrag. gr. 8. (III, 96 S.) Freiburg i. B., J. C. B. Mohr. *M* 1,60.

Sohm, Prof. **Rud.,** Die socialen Aufgaben d. modernen Staates. gr. 8. (32 S.) Leipzig, O. de Liagre. *M* —,50.

Solvay, Un parti social. Bruxelles.

Sombart, W., Socialism and the social movement in the 19th century: tr. by A. P. Atterbury. New York, G. B. Putnam's Sons. c. 17+199 p. D. cl., $ 1,25.

— Le Socialisme et le Mouvement social, au XIXe siècle. In-18 jésus. 195 p. Paris, Giard et Brière. fr. 2,—.

Sorel, G., Pro e contro il socialismo. (Devenir social 1897, Oktobre.)

Le **socialisme** et ses conséquences. (103 p.) Mouseron, Henri Lerouge. fr. 1.

Socialdemokratie u. Militär. Material zur Abwehr gegen socialdemokratische Agitation. 12. (32 S.) Stuttgart, Deutsches Volksblatt. *M* —,20.

Staat, der, und die Arbeiterfrage nach der Encyklika Leo's XIII. (Christl.-soc. Blätter, 1897, Heft 7.)

Starcke, Quelques questions sur la méthode de la sociologie. Paris.

Stein, Prof. **Ludw.,** Wesen und Aufgaben der Sociologie. gr. 8. (38 S.) Berlin, G. Reimer. *M* —,60.

Steinbrecherei im Elbthale. („Über Berg und Thal", Dresden 1898, Nr. 249 u. 250.)

v. Stengel, Prof. **K.,** Die Arbeiterfrage in den Kolonieen. (Jahrb. d. Intern. Vereinigung f. vergl. Rechtswissenschaft, IV. Jahrg., 1898, Bd. I, S. 245-261.)

Stieger, G., Zur Landarbeiterfrage. gr. 8. (57 S.) Jena, G. Fischer. *M* 1,60.

Stuckenberg, J. H. W., Introduction to the Study of Sociology. 8. London Hodder and Stoughton. sh. 9.

Sulzer, Kassationsger.-Präs. **G.,** Die Zukunft des Socialismus. gr. 8. (VII 421 S.) Dresden, O. V. Böhmert. *M* 6,—.

Tarde, G., Les lois sociales: esquisse d'une sociologie. (167 p.) Paris, F. Alcan.

Teifen, T. W., Die Christlich-Socialen und ihr Programm. 8. (32 S.) Wien, 1. Wiener Volksbuchh. fl. —,10.

Unger, Frz., Die Magie des Traumes als Unsterblichkeitsbeweis. 2 Aufl. gr. 8. (8 S.) Münster, J. C. Mikl. *M* —,35.

Vaccaro, M. A., Les Bases sociologiques du droit et de l'Etat. In-8. LXI-480 p. Paris 1897, Giard et Brière. fr. 8.—.

Vandervelde, E., Les lois sociales en Belgique. (20 p.) Bruxelles, impr. Vve. Brismée.

— et **Destrée, G.,** Le socialisme belge. Paris.

Varlez, Louis, avocat, Le plan social. 3e partie. (20 p.) Gand, de Brabandère.

Verhandlungen, die, des 9. evangelisch-socialen Kongresses, abgeh. in Berlin am 2. und 3. Juni 1898. gr. 8. (IV, 165 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. *M* 2,—.

— des Parteitages der deutschen Socialdemokratie Oesterreichs, abgeh. zu Linz vom 29. 5. bis einschließlich 1. 6. 1898. gr. 8. (168 S.) Wien, 1. Wiener Volksbuchh. fl. —,50.

Digitized by Google

Verly, Hippolyte. Les socialistes au pouvoir. (168 p.) Paris, le Soudier. fr. 1.

Vernaegen, P., Socialistes anglais. Pet. in-8, 374 p Gand, H. Engelcke. fr. 3,—.

Verwendung ausländischer Arbeiter in Deutschland. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 8./9. Heft, 1898.)

Ward, L. F., Outlines of Sociology. Cr. 8vo. London, Macmillan. sh 7,6.

Webb, Sidney, Englands Arbeiterschaft 1837 u. 1897. Übers. v. Dora Landé. gr. 8. (30 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. ℳ —,60.

— Der Socialismus in England, geschildert von englischen Socialisten. Deutsch von Dr. Hans Kurella. gr. 8. (XIV, 326 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. ℳ 5,—, geb. ℳ 5,60.

Weber, Past. **G.,** Die Freien bei Hannover. Bilder aus ihrer Vergangenheit. gr. 8. (VIII, 135 S.) Hannover, Hahn. ℳ 1,80.

Weber, Doc. D. **Simon,** Evangelium und Arbeit. gr. 8. (VII, 210 S.) Freiburg i. B., Herder. ℳ 2,50.

Wiederhall, Ernst, Kritische Blicke in die Tiefen wirtschaftlicher und socialer Fragen der Gegenwart. gr. 8. (31 S.) Köln, C. Roemke & Co. ℳ 1,—.

Wittenberg, Hans, Was bietet die Socialdemokratie dem Landarbeiter? 4. Aufl. gr. 8. (16 S.) Hannover, Münden, R. Werther. ℳ —,25.

Wyckoff, W. A., The Workers. An Experiment in Reality. The East. With 5 Illusts. Cr. 8vo, 256 p. London, Heinemann. sh 3,6.

Zur Lage des Arbeiters in Süddeutschland. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 6 Heft, 1898.)

II. Fabrikwesen. — Kinderarbeit. — Arbeiterschutz. — Arbeitszeit. — Sonntagsfrage.

A. Zeitschriften. (Ergänzung vom Jahre 1897.)

Maschinist und **Heizer,** deutscher. Fachzeitschrift f. d. gesamte Praxis der Betriebstechnik. Red.: Obering. E. Dalchow, R. Kirschnick. 3. Jahrg. 1898. 12 Nrn. gr. 4. Berlin, Leipzig, P. Schimmelwitz. Halbjährl. ℳ 1,50.

Revue pratique du droit industriel, sous la direction de M. Bodeux. 1re année. 1898. In-8. Liège, H. Poncelet. 48. rue des Clarisses. Par an, Belgique. fr. 10,—, Union postale fr. 11,50.

Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes deutscher Industrieller. Hrsg. v. H. A. Bueck. gr. 8. Berlin, Mitscher & Röstell in Komm. ℳ 1,50.

Zeitschrift des bayerischen Dampfkessel-Revisions-Vereins. Herausg. vom Verein. Schriftleiter: Dir. W. Gyßling. 2. Jahrg. 1898. 12 Nrn. gr. 4. (Nr. 1 10 S. m. Fig.) München, Georgenstr. 30, Verlag des Vereins. ℳ 8,—.

B. Einzelschriften, Aufsätze, Ausschnitte.

Abel, Gustave, avocat, La loi sur les règlements d'ateliers du 15 juin 1896 (96 p.) Gand, Hoste. fr. 1,25.

Ansiaux, Travail de nuit des ouvriers de l'industrie dans les pays étrangers. Bruxelles.

Digitized by Google

Arbeiterpersonal, das, in den Gewerbebetrieben, nach der Beschäftigungsweise der Arbeiter u. s. w. (Statistik des Hamburgischen Staates, Heft XVIII. 1898.)

Arbeiterschutzkongreß, der internationale. (Monatsschrift f. christliche Socialreform, 1897, 7. Heft.)

Arbeitszeit, die, in den Fabriken. (37 S.) Riga, Jonck & Poliewsky. *M* 1,35.

Arnaud, Dr. prof., Etudes sur le phosphore et le phosphorisme professionnel. (394 p.) Paris, Baillière. fr. 5,—.

Arnauts, Aug., Le droit au dimanche. (31 p.) Bruxelles. fr. —,20.

Assistance par le travail de Rouen: Rapports sur les années 1893 à 1896. (55, 42, 52 et 39 p.)

— par le travail de Perpignan. (18 p.) Perpignan, imp. Escargnel.

Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung in der Schweiz auf das Kleingewerbe. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft, 7. Heft, 1898.)

Aus Handel u. Industrie. 5. u. 6. Serie. Zittau, Pahl. Heft *M* —,50.

Badische Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen a. Rh. Festschrift. Nürnberg, 1897. (32 S.)

Barthès, Dr.. Assistance par le travail. (31 p.) Chartres, impr. de l'Union agricole.

Baupolizeiliche Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter. (Sammlung ortspolizeil. Vorschriften.) Würzburg, Stahel's Verlag. *M* —,20.

Bebel, Aug., Der Achtstundenarbeitstag. (Neue Zeit, XV. Jahrg. Nr. 40.)

Bellet, D., Une curieuse organisation industrielle aux Etats-Unis. (Journal des Economistes 1897, Octobre.)

Beretning om Fabriktilsynets Virksomhed i Finansaaret 1897/98. Kopenhagen 1898. (26 S.)

Bergpolizeiverordnung für die Braunkohlen-Briketfabriken im Bezirke des kgl. Oberbergamts zu Halle a. S. vom 14. 5. 1898. 12. (24 S.) Halle, W. Knapp. *M* —,20.

— des Oberbergamts zu Dortmund, betr. die Befeuchtung des Kohlenstaubs in Schlagwettergruben vom 12. 7. 1898. 8. (7 S.) Essen, G. D. Baedeker. *M* —,10.

Bergpolizeiverordnungen betr. die Befeuchtung des Kohlenstaubs in Schlagwettergruben vom 12. 7. 1898. Plakat. qu. Folio. Essen, G. D. Baedeker. *M* —,40, auf Pappe m. Ösen *M* —,80.

— für den Oberbergamtsbez. Dortmund nebst der Revierfeststellung vom 1. 4. 1897. 3. Aufl. 12. (VIII, 102 S.) Ebenda. Kart. *M* —,70.

Bergwerks-Inspektion, die, in Österreich. Berichte der k. k. Bergbehörden üb. ihre Thätigkeit im Jahre 1896. Veröffentlicht vom k. k. Ackerbauministerium. 5. Jahrg. 1896. gr. 8. (XVI, 249 S.) Wien, Hof- u. Staatsdruckerei.

Bericht der Senats-Kommission f. die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen. Mit 6 Taf., 1 Karte und 39 Anlagen. hoch 4. (215 S.) Hamburg, L. Gräfe & Sillem. Kart. *M* 3,—.

— des k. k. Gewerbeinspektors für die öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien (Amtssitz Wien) aus dem Berichte der k. k. Gewerbeinspektoren über ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1897. Lex.-8. (LIX, 21 S.) Wien, Hof- und Staatsdruckerei. fl. —,40.

Digitized by Google

Bericht der k. k. Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1897. Lex.-8. (LXXV, 409 S.) Wien, Hof- u. Staatsdruckerei. fl. 4,—.

Berichte der eidg. Fabrik- u. Bergwerkinspektoren üb. ihre Amtsthätigkeit in den Jahren 1896 und 1897. Veröffentlicht vom schweiz. Industriedepartement. (Deutsch u. französisch.) gr. 8. (II, 404 S.) Aarau, H. R. Sauerländer & Co. fr. 3,80.

Berlin u. seine Arbeit. Amtlicher Bericht der Berliner Gewerbe-Ausstellg. 1896, zugleich e. Darstellg. des gegenwärt. Standes unserer gewerbl. Entwickelg. Hrsg. vom Arbeits-Ausschuß F. Kühnemann, B. Felisch, L. M. Goldberger. Mit 1 Plan der Ausstellung u. 357 Abbildgn. gr. 4. (XI, 891 S.) Berlin, D. Reimer. ℳ 16,—, geb. in Leinw. ℳ 18,—.

Bernstein, Ed., Der Socialismus und die gewerbl. Arbeit der Jugend. (Neue Zeit, XVI. Jahrg.)

Bielefeld, O., Eine neue Ära englischer Socialgesetzgebung. gr. 8. (VII, 107 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 2,20.

Blondel, Louis, Principes d'économie industrielle. (250 p.) Lille, Prévost.

Blondel, Georges, L'essor industriel et commercial du peuple allemand. (220 p.)

— Voyage social en Allemagne. (32 p.) Paris.

Brooke, E., A Tabulation of the Factory Laws of European Countries in so far as they Relate to the Hours of Labour, and to Special Regulations for Women, Young Persons and Children. 8vo. pp. 52. London, G. Richards. sh. 2,6.

Brüggemann, Spinn- u. Webesch.-Unter-Dir. **H.,** Die Spinnerei, ihre Rohstoffe, Entwickelung u. heutige Bedeutung. Lex.-8. (112 S. mit 90 Abbildung.) Leipzig, O. Spamer. ℳ 3,50, geb. ℳ 4,20.

Büttgenbach, Frz., Geschichtliches üb. die Entwickelung des 800jährigen Steinkohlenbergbaues an der Worm. Nebst Situationskarte des Wurmreviers. gr. 8. (29 S.) Aachen, J. Schweitzer. ℳ —,75.

— Der erste Steinkohlenbergbau in Europa. Geschichtliche Skizze. gr. 8. (24 S.) Ebenda. ℳ —,40.

Cabrini, Il congresso internationale die Zurigo per la protezione operaia. Milano.

Carton, Wiart, H., deputé, Lettre sur le Congrès international de Zürich. (39 p.) Lille, impr. Le Bigot.

Castorf, Heinr., Die Patentpapierfabrik zu Penig. Ein Beitrag zur Geschichte des Papiers. Jubiläumsprachtwerk. Penig 1897.

Cheysson, E., Le rôle du public vis-à vis du dimanche. (20 p.) Paris.

Cilleuls, Alfred des, président, Histoire et régime de la grande industrie en France aux XVIIe et XVIIIe siècles. (406 p.) Paris, Girard & Brière. fr. 8,—.

Cohendy, E., Recueil des lois industrielles, avec des notions de législation comparée, à l'usage des élèves des facultés de droit et des écoles industrielles et commerciales. 2e édition. In-32. VI-216 p. Nancy, Berger-Levrault et Cie. fr. 2,—.

Congrès international de législation du travail tenu à Bruxelles du 27 au 30 septembre 1897. In-8. XXXV-741 p. Bruxelles. P. Weissenbruch. fr. 10,—.

— du repos du dimanche. (635 p.) Bruxelles, Goemare.

Conseil supérieur du travail. Troisième session, 1895—1896. Contrat de travail. In-4, 602 p. Bruxelles (1896), P. Weissenbruch. fr. 15.

Digitized by Google

Conseil. Le même. Quatrième session, 1896—1897. Réparation des accidents du travail. In-4, 413 p. Ibid. fr. 12.

Coulet, Paul, Commentaire et explication pratique de la loi concernant les responsabilités des accidents. (115 p.) Paris, Chevalier & Maresco, fr. 2.

Cruchon, J., Etude sur la réglementation de la durée du travail industriel (thèse). In-8, 180 p. Avranches, imp. Jeanne.

v. Czettritz-Neuhaus, Rittergutsbesitzer, Ziele der deutschen Industrie und Landwirtschaft. (Verh. des ökonom.-patriotische Societät des Fürstentums. Schweidnitz im Januar 1897. Beilage. 66 S.)

Dejase, Ch., Le Congrès international de législation du travail à Bruxelles. (Réforme sociale, 1897 Octobre.)

Dodd, Dr. Arth., Die Wirkung der Schutzbestimmungen für die jugendlichen und weiblichen Fabrikarbeiter und die Verhältnisse im Konfektionsbetriebe in Deutschland. Vergleichende Untersuchungen. (VIII, 236 S.). Jena. G. Fischer. *M* 4,50.

Drouineau, Georges, Nouvelle loi concernant les responsabilités des accidents. (117.) Paris, Muzard et Ebin. 2 fr. 50 c.

Dubois, E., Le travail du dimanche en Belgique et l'état des législations étrangères sur la matière d'après l'enquête de l'Office du travail belge. (Revue d'économie politique 1897 No. 5/6.)

Dumolard, Henri, avocat., Les délégués à la sécurité des ouvriers mineurs. (191 p.) Paris, Chevalier-Marescq.

Eberle, C., Zum internationalen Arbeiterschutzkongreß in Zürich. (Christlich-sociale Blätter 1897, Heft 17/18.)

Eheberg, K. Th., Die industrielle Entwickelung Bayerns seit 1800. Rede beim Antritt des Prorektorats. gr. 4. (28 S.) Erlangen, Th. Blaesing. *M* 1,20.

Engelbert, Prof. **Rich.,** Der Sonntag, eine unschätzbare Wohlthat für die ganze Menschheit. 8. (24 S.) Leipzig, E. Sonnenhol. *M* —,30.

Emery s. Senhouse.

Fabriker och handtverk. Kommerskollegii underd. berättelse for år 1896. (68 s.) Bidrag till Sveriges officiella statistik. Stockholm, Samson & Wallin. 1 kr. 25 öre.

Feige, Joh. und **v. Schrötter,** Zwei Bilder aus dem industriellen Leben des 18. Jahrhunderts. (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Zehnter Band. Leipzig, Duncker & Humblot 1898.) (Begründung der Wollindustrie in Luckenwalde und in Schlesien betr.)

Fischer, Max, Eisenbahnsekretär, Die Werkstätten der sächsischen Staatseisenbahnen und ihre hauptsächliche Thätigkeit. (Zwanglose Hefte für Lernende im Eisenbahndienste Nr. 24, 25 und 26. Dresden, Baensch 1898.)

Fischer, Ernst. Der Sonntag. Ein Wort an seine Freunde und Verächter. (24 S.) Berlin, Verlag des christl. Zeitschriftenvereins. *M* —,50.

Fraenkel, Reg.-Baumeister **S.,** Übersicht über die für Kesselbesitzer und Maschinenbauanstalten wichtigsten Bestimmungen der Dampfkessel-Gesetzgebung. Nach den in Preußen geltenden Verordnungen und Ausführungsbestimmungen zusammengestellt. Juli 1897. Plakat. 68,5×43,5 cm. Charlottenburg, F. Kortkampf. *M* —,75; auf Pappe *M* 1,50.

Digitized by Google

Freese, Fabrikbes. **Heinr.,** Der Schutz der Bauhandwerker. Betrachtungen über die Gesetzentwürfe zur Sicherung der Bauforderungen. (70 S.) (Sociale Streitfragen, 3. Heft.) Berlin, W. Möller. *M* —,65.

Freytag, Lehr. Prof. **Fr.,** Die Dampfkessel und Motoren auf der sächsisch-thüringischen Industrie- und Gewerbeausstellung zu Leipzig 1897. Imp. 4. (67 S. mit 202 Abbildungen und 2 Tafeln.) Berlin, J. Springer in Komm. *M* 5,—.

Goldschmit, Friedr., Der Arbeiterschutz in seiner Wirkung auf die jugendlichen und weiblichen Fabrikarbeiter. (Beilage zur „Arbeiter Zeitung", München 1898 Nr. 124.)

Grotefend, Geh. Reg.-R., Die deutsche Gewerbeordnung und deren Nebengesetze, nebst den Ausführungserlassen und sonstigen Erläuterungen herausgegeben. 2. Aufl. Neue Ausgabe, am 1. VII. 1898 abgeschlossen. Düsseldorf, Schwann. (XIV, 586 S.) *M* 4,—.

— Dasselbe. 2. Aufl. Ergänzungsheft. (Geschlossen am 1. VII. 1898.) Ebenda. (92 S.) *M* —,75.

Grunzel, Sekretär Dr. **Jos.,** Die Reichenberger Tuchindustrie in ihrer Entwickelung vom zünftigen Handwerk zur modernen Großindustrie. (185 S.) Prag, Dominicus. *M* 2,—.

Haage, Oberingenieur **El.,** Verhaltungsregeln mit Erläuterungen für Dampfkessel-Heizer und Dampfmaschinen-Wärter. 3. Aufl. 8. (77 S.) Chemnitz. Geb. *M* 1,25.

Haase, Direktor **J.,** Denkschrift zum 25 Jubiläum der Sächsischen Ofen- und Chamottewaren-Fabrik, vorm. Ernst Teichert in Cölln b. Meißen. (42 S.)

Hage, Rob., Regierungsschutz und Industrie in Österreich. Lex. 8. (31 S.) Warnsdorf. fl. —,80.

Hallwich, Dr. **Herm.,** Anfänge der Großindustrie in Österreich. gr. 8. (74 S. mit Abbildungen und 5 Bildnissen.) Wien, L. Weiß. fl. 1,—.

Heller, Rich., Mager, Wilh., v. Schrötter, Herm., DD., Hygienische Vorschriften für Arbeiten in komprimierter Luft mit Ausschluß der Taucherarbeiten. Lex. 8. (15 S.) Wien, A. Hölder. fl. —,56.

Herz, H., Der gegenwärtige Stand und die Wirksamkeit der Arbeiterschutzgesetzgebung in Österreich. gr. 8. (VI, 107 S.) Wien, F. Deuticke. fl. 2,—.

Holländer, Ludw., Die Lage der deutschen Mühlenindustrie unter dem Einfluß der Handelspolitik 1879-1897. (VIII, 98 S.) Stuttgart, J. G. Cotta Nachf. *M* 2,40.

Jahresbericht des schweizerischen Grütlivereins umfassend den Zeitabschnitt vom 1. I. bis 31. XII. 1897. Zusammengestellt und bearb. vom Vereinssekretariat. Luzern, Mitte August 1898. gr. 4. (XXXIX, 94 S.) Zürich, Buchhandlung des schweizerischen Grütlivereins). fr. 1,50.

— der großherzoglich badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1897. Erstattet an das großherzoglich. Ministerium des Innern. gr. 8. (V, 204 S.) Karlsruhe, F. Thiergarten. *M* 3,—.

— 1897er, des Gewerbeaufsichtsbeamten für Reuß ält. L. Fabrikinsp. Landbaumstr. Hulek. gr. 8. (54 S.) Greiz, C. Schlemm Nachf. in Komm. *M* —,50.

— über die Thätigkeit des Gewerbeaufsichtsbeamten für den Aufsichtsbezirk Lübeck im Jahre 1897. (Von Gewerbeinspektor Johannsen.) gr. 4. (21 S.) Lübeck, Lübcke & Hartmann. *M* —,50.

Digitized by Google

Jahresbericht über die amtliche Thätigkeit des Gewerbeinspektors Strick im Fürstentum Reuß j. L. 1897. Gera, Verlagsanstalt 1898. (46 S.)

Jahresberichte der großherzoglich hessischen Fabrikinspektoren für die Provinz Starkenburg (Aufsichtsbezirk I) und für die Provinzen Rheinhessen und Oberhessen (Aufsichtsbezirk II) für das Jahr 1897. gr. 8. (63 und 82 S. mit 1 Tabelle.) Darmstadt, G. Jonghaus. *M.* —,40.

— die, der königlich bayerischen Fabriken- und Gewerbeinspektoren für das Jahr 1897. Mit einem Anhang, betr. den Vollzug der Gewerbeordnung beim Bergbau. gr. 8. (LVII, 479 S.) München, Th. Ackermann. *M.* 7,—.

— der königl. preußischen Regierungs- und Gewerberäte und Bergbehörden für 1897. Mit Tabellen und Abbildungen. Amtliche Ausgabe. gr. 8. (XXXI, 17 und 775 S.) B., W. T. Bruer. *M.* 14,55; geb. *M.* 15,25.

— der königlich sächsischen Gewerbeinspektoren für 1897. Nebst Berichten der königlich sächsischen Berginspektoren, die Verwendung jugendlicher und weiblicher Arbeiter beim Bergbau betr. Zusammengestellt im königlich sächsischen Ministerium des Innern. gr. 8. (VIII, 561 S.) Dresden, A. Schröer. Kart. *M.* 4,—.

— der Gewerbe-Aufsichtsbeamten im Königreich Württemberg für das Jahr 1897. gr. 4. (99 S.) Stuttgart, H. Lindemann in Komm. *M.* 1,—.

— der Gewerbe-Aufsichtsbeamten des Herzogtums Braunschweig f. d. Jahr 1897. gr. 8. (58 S.) Braunschweig, J. H. Meyer. Kart. *M.* 1,50.

Jay, Raoul. L'évolution du régime légal du travail. (Revue politique et parlementaire 1897.)

Industrielle Gesellschaft von Mülhausen. Jahresbericht 1898. Straßburg, Schultz & Co. 1898. (198 S. und XII Tafeln.)

Julin, Le travail du dimanche en Belgique. (36 p.) Paris.

Kaiser, Pred. Frdr., Sabbat und Sonntag. 8. (30 S.) Witten, Buchhandlung der Stadtmission. *M.* —,25.

Karpeles, B., Die Fabrikgesetzgebung in Victoria. (Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik 1897, Heft 4/5.)

Kelley, F., Die weibliche Fabrikinspektion in den Vereinigten Staaten. (Archiv für soc. Gesetzgebung und Statistik 1897.)

Kirchner, Ingenieur Lehr. **Ernst,** Das Papier. I. Teil. Die Geschichte der Papierindustrie und allgemeines über Papier. II. Teil. Die Rohstofflehre der Papierindustrie. Lex. 8. (IV, 52 und VIII, 160 S. mit Abbildungen.) Biberach, Dorn. In 1 Leinw.-Bd. *M.* 10,—.

König, Prof. Dr. **J.,** Münster i. W. u. A., Der Schutz gegen Flurschädigungen durch gewerbliche Einrichtungen. (Heft 14b „Arbeiten der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft".) Berlin 1897. (44 S.)

Koepper, Gustav, Das Gußstahlwerk Fried. Krupp und seine Entstehung. gr. 8. (V, 139 S. mit 41 Illustr.) Essen, Günther & Schwan. Geb. *M.* 5,—.

Kongreß, der internationale, für Arbeiterschutz in Zürich vom 23.—28. VIII. 1897. Amtlicher Bericht des Organisationskomitees. gr. 8. (VIII, 280 S.) Zürich, Buchhandlung des schweizerischen Grütlivereins. *M.* 2,—.

Kraut, Geh. Reg.-R. vorm. Prof. Dr. **K.,** Die Kaliindustrie der Provinz Hannover und die Abwässer der Chlorkalium-Fabriken. 8. (29 S.) Berlin, Polytechnische Buchhandlung A. Seydel. *M.* —,60.

Digitized by Google

Kreuter, Rechtspraktikant Dr. **Bruno,** Beiträge zur Geschichte der Wollengewerbe in Bayern im Zeitalter des Merkantilsystems. gr. 8. (III, 108 S.) München, G. Franz' Verlag in Komm. *M* 2,—.

La journée de travail de l'ouvrier adulte en France. Paris, Rist.

Lambrechts, H., La législation sociale en 1896. In-8, 85 p. Bruxelles (1897), Société belge de librairie. fr. 1,50.

Landgraf, Dr., Syndikus a. D., Die Nachtruhe im Schiffergewerbe. (Zeitschrift für Binnen-Schiffahrt 1897, S. 114—120.)

Lang, C., Das schweizerische Fabrikgesetz und sein Einfluß auf die industriellen Verhältnisse der Schweiz. (Archiv für soc. Gesetzgebung und Statistik 1897.)

Levadoux, Gge. Dr., Hygiène des ouvriers mineurs. (32 p.) Brionde. Imp. Watel.

Limmer, Hermann, Kulmbachs Gewerbefleiß und seine geschichtliche Entwickelung. (Anhang zum Jahresbericht der Handels- und Gewerbe-Kammer für Oberfranken pro 1897.)

Lombard, Le Congrès international du repos du dimanche tenu a Bruxelles en 1897.

Lübbert, Oberlehrer Dr. **Jürgen,** Der Seidenbau der Franckeschen Stiftungen. gr. 4. (25 S.) Halle, Buchhandlung des Waisenhauses. *M* 1,—.

Luxemburg, R., Die industrielle Entwickelung Polens. gr. 8. (VII, 95 S.) Leipzig, Duncker & Humblot. *M* 2,20.

Maier, Gustav, Der internationale Kongreß für Arbeiterschutz in Zürich. (Schweiz. Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik 1897, Septbr.-Heft.)

Mai-Feier 1898. Red., Th. Glocke. gr. 4. (8 S. mit 2 Abbildungen.) Berlin, Buchhandlung Vorwärts. *M* —,10.

M. C., Die Ergebnisse der Ermittelungen über die Arbeiterverhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jena 1897.)

Montan-Industrie, die deutsche, Eisen-, Stahl- und Metall-Werke, sowie Maschinen- und elektrotechnische Fabriken im Besitze von Aktien-Gesellschaften. 2. Aufl. Ausg. 1898. II. Jahrgang. 1. Abteilung. gr. 8. (XXI, 233 S.) Leipzig, A. Schumanns Verlag. Geb. in Leinwand *M* 4,—.

Morel, L., Etude sur: 1° les diverses législations ouvrières, suivie de la loi du 2 novembre 1892 sur le travail des enfants, des filles mineures et des femmes dans les ateliers et manufactures, 2° un projet d'assurance mutuelles des maitres imprimeurs de France, d'Algérie et des colonies, suivi de la loi du 9 avril 1898 sur la responsabilité des patrons en matière d'accidents dont les ouvriers et employés peuvent être victimes, présentée au congrès de Limoges. In-8, 62 p. Limoges, imp. Charles-Lavauzelle.

Morgenstern, Geh. Reg.-R., Die Dampfkessel und Dampfmaschinen im Königreich Sachsen am 1. I. 1896. 1. Abschnitt. Feststehende Dampfkessel. Dresden, v. Zahn & Jaensch. (40 S.) *M* 1,50.

Müller, V., avocat. Le musée social à Paris. (27 p.) Bruxelles, Société belge de librairie. fr. 0,50.

Neger, der, als Fabrikarbeiter. (Zeitschrift für Socialwissenschaft, 10. Heft 1898.)

Neuburg, Clamor, Prof., Der Entwurf zur Abänderung der deutschen Gewerbeordnung. (Archiv f. sociale Gesetzgebung u. Statistik, 1897, Heft 4/5.)

Digitized by Google

Neumann, J., 25 Jahre gewerblichen Wirkens 1872—1897. (Buchdruckerei u. Verlagsgeschäft Neumann in Neudamm.) Festschrift. (52 S.)

Oberthur, J., Etude médicale sur les ouvriers des houillères. (195 p., avec planches.) Rennes, imp. Oberthür.

Oeser, Redakteur, über Gewerbepolitik. (Referate über die in den „akademischen Kursen" zu Frankfurt a. M. gehaltenen Vorträge.)

Pachmann, ehem. Dirig. **Heinr.,** Die Fabrikbuchhaltung nach den Regeln der doppelten Buchführung. 3. Aufl. gr. 8. (S. 289—384.) Leipz. J. Künstner. *M* 7,—.

Patijn, J. A. N., Zondags wetgeving. (Diss.) Leyden. H. Kleyn. 1897. (230 S.)

Pattinson, H. F., A Treatise on the Workmen's New Compensation Act, 1897. With Notes. Cr. 8vo, sd., pp. 16. London. R. Browning. sh. 1.

Petition der Bäcker-Innung „Concordia" in Berlin an den hohen Reichstag, betr. die Erfahrungen über den Maximalarbeitstag im Bäckergewerbe. Berlin O., Fruchtstr. 21. 1897. (4 S.)

Peyrot, J. B., Sociale wetgeving. Verzameling van wetten en besluiten betreffende de arbeids- en fabrickswetgeving. Dl. II, 1e stuk. Haarlem, H. D. Tjeenk Willink. (68 blz.) fl. —,50.

Pflüger, P., Die Verkürzung der Arbeitszeit. (16 S.) Zürich, Buchhdlg. des schweiz. Grütlivereins. fr. —,10.

Pohle, Priv.-Doc. Dr. **L.,** Die Kartelle der gewerbl. Unternehmer. Eine Studie üb. die großindustriellen Organisationsformen der Gegenwart. gr. 8. (IV, 151 S.) Leipzig. Veit & Co. *M* 3,20.

Polizei-Verordnung vom 27. 3. 1893 über die Einrichtung u. den Betrieb v. Aufzügen (Fahrstühlen). Neuer Abdr. 12. (12 S.) Berlin, Polytechnische Buchhdlg. A. Seydel. *M* —,30.

Prat de la Riba, E., Ley jurídica de la industria; estudio de filosofía jurídica seguido. de bases para la formación de un código industrial. Barcelona, Tip. „L'Avenç", de Massó, Casas y Elías. En 4, XV-337 p. pes. 9,50.

Pribam, Prof. Dr. **A. F.,** Das böhmische Kommerzkollegium und seine Thätigkeit. Ein Beitrag zur Geschichte des böhm. Handels u. der böhm. Industrie, im Jahrhunderte nach dem westfälischen Frieden. Prag, H. Dominicus. (278 S.) fl. 4,—.

Protokoll der Verhandlungen des Vereins deutscher Portland-Cement-Fabrikanten u. der Sektion f. Cement des deutschen Vereins f. Fabrikation v. Ziegeln, Thonwaren, Kalk u. Cement am 23. u. 24. 2. 1898. gr. 8. (181 S. mit Abbildgn.) Berlin, W. H. Kühl. *M* 5,—.

Protokoll über die Verhandlungen der Kommission f. Arbeiterstatistik vom 29. 11. bis 1. 12. 1897 und die Vernehmung von Auskunftspersonen üb. die Arbeitszeit in Getreidemühlen. Berlin, Heymann. (72 S.) *M* —,80.

— Dasselbe. Verhandlungen Nr. 15 am 27. u. 28. 6. 1898. (53 S.) Ebenda. *M* —,60.

Protokolle der Senats-Kommission f. die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen üb. die Vernehmung von Arbeitgebern u. Arbeitnehmern. gr. 4. (III, 428 S.) Hamburg, L. Gräfe & Sillem. *M* 3,—.

Rademacher, Lehrer **C.,** In welcher Richtung und in welchem Umfange wird die Jugenderziehung durch gewerbliche u. landwirtschaftliche Kinderarbeit geschädigt? Bielefeld, Helmich. (27 S.) *M* —,50.

Digitized by Google

Rapports annuels de l'inspection du travail. 2e année. (451 p.) Bruxelles, Société belge de librairie. fr. 7,—.

— sur l'application des lois réglementant le travail. (384 p.) Paris, imp. nationale.

Réglementation du travail dans l'industrie, législation française. (55 p.) Paris, imp. nationale.

Reichs-Gesetzbuch, deutsches, f. Industrie, Handel u. Gewerbe. 30. Aufl. gr. 8. (XXXIII, 1586; Formulare IX, 283 u. Sachreg. 101 S.) Berlin, Bruer & Co. Geb. in Halbfrz. ℳ 15.—; Ausg. ohne Formulare ℳ 12,—.

Report, fourth annual, of the Labour department of the Board of trade. (210 p.) London. sh. 1.

Revelli, C. A., Igiene industriale e polizia sanitaria delle manifatture, fabbriche e deposite. Turin.

Rist, C., Réglementation légale de la journée de travail de l'ouvrier adulte en France (thèse). In-8, XII-369 p. Paris, Larose.

Rivière, Emmanuel, ing., Le travail du dimanche dans la grande industrie. (5 p.) Blois. fr. —,25.

Rondot, Natalis, L'ancien régime du travail à Lyon. Lyon.

Ruegg, A. H., The Employer's Liability Act. 1880, to the Workmen's Compensation Act, 1897. 3rd ed. Cr. 8vo. London, Butterworth. sh. 19.6.

Schmidt, G. H., Schweizerische Gewerbezählung. Ein Gutachten. gr. 8. (24 S.) Bern, Steiger & Co. fr. —,50.

Schromm, Reg.-R., k. k. Binnenschiffahrts-Inspektor in Wien, Regelung d. Nachtruhe im Schiffahrtsgewerbe. (Nr. 38 der Schriften des deutsch-österr.-ungar. Verbandes für Binnenschiffahrt.) Berlin 1898. (10 S. mit 1 Taf.)

Schreiber, Oberreg.-R. **Rud.,** Gewerbeordnung f. das Deutsche Reich in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. 7. 1883 m. den weiteren Abänderungen einschließlich des Gesetzes vom 26. 7. 1897, nebst den Vollzugsvorschriften für das Deutsche Reich u. das Königr. Bayern. Handausg. m. Erläutergn. 2. Aufl. 8. (XVII, 519 S.) München, C. H. Beck. Geb. in Leinw. ℳ 4.

v. Schrötter siehe Feige.

Schuler, Fabrikinspektor Dr., Zwanzig Jahre Normalarbeitstag in der Schweiz. (Zeitschrift f. Socialwissenschaft 8. Heft, 1898.)

— Eine vorgeschrittene Fabrikgesetzgebung. (Zeitschrift für Socialwissenschaft 5. Heft, 1898.)

Schulz, M., Assessor, Die Stellung der Heimarbeiter im deutschen Gewerberecht. (Archiv f. soc. Gesetzg. u. Statistik 1897, Heft 4/5.)

Schwiedland, E., Eine vorgeschrittene Fabriksgesetzgebung. Die Fabriksgesetze der Kolonie Neu-Seeland vom 18. 10. 1894 und 12. 10. 1896. gr. 8. (91 S.) Wien, Manz. ℳ 1,20.

Seilhac, L. de, Congrès de la législation du travail, tenu à Bruxelles du 27 au 30 septembre 1897. In-18. 133 p. Paris, Firmin-Didot et Co. fr. 1.

Senhouse, R. M., and **G. F. Emery,** A Handbook to the Workmen's Compensation Act, 1897 and 1898. Cr. 8vo, bds., pp. VII—184. London, Bemrose. sh. 1.

Digitized by Google

Shaxby, W. J., An Eight-Hours Day. The Case against Trade Union and Legislative Interference. Cr. 8vo, bds., pp. VII—133. London, „Liberty Review" Pub. Co. sh. 2,6.

Silbermann, Henri, Die Seide, ihre Geschichte, Gewinnung und Verarbeitung. 2. (Schluß-) Bd. Statistik. Mit 163 Illustr. Lex. 8. (VI, 514 S.) Dresden, G. Kühtmann. ℳ 25,—.

Simon, Helene, Die Fabrik- und Sanitätsinspektorinnen in England. (Schmollers Jahrbuch 1897, 3. Heft.)

Sonntagsruhe in Apotheken. (Bericht des deutschen Drogisten-Verbandes. Leipzig. Nr. 18/1899.)

Spindler, W., Färberei, Druckerei, Appretur, Wasch- und chemische Wasch-Anstalt zu Berlin und Spindlersfeld bei Cöpenick. Eine Denkschrift zur Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896. Berlin. (70 S. mit 15 Photogravuren.)

Süßmilch, Hauptmann a. D. **Ernst,** Mansfeldsche kupferschieferbauende Gewerkschaft. 4. (22 S.) Leipzig, P. Del Vecchio. ℳ —,25.

Sütterlin, A., Chronica von denen eilf Jubiläen in dem Hufe Geiger. (Moritz Schaumburgische Druckerei und Verlagshandlung in Lahr.)

Tabak-Industrie-Kalender. Herausg. von Red. Dr. G. Lewinstein. 1898. gr. 16. (VIII S., Notizkalender, 96 und 58 S.) Leipzig, Schulze & Co. Geb. ℳ 3,—.

Thevenez, Les ouvriers des chemins de fer et la legislation du travail. Paris.

Thilo, Julius, Die Farbstoffindustrie. (Die Zukunft, VI. Jahrg., Nr. 31.)

Thouvenet, Albert Dr. prof., Saturnisme professionnel des ouvriers poudreurs. (24 p.) Limoges, imp. Ducourtieux.

Thurow, H., Die praktischen Erfolge der Achtstunden-Agitation. 8. (32 S.) Berlin, Buchhandlung Vorwärts. ℳ —,20.

Ungarns Mühlenindustrie. (Mitteilungen der geographischen Gesellschaft in Wien 1897, S. 212—246.)

Ungeringer, Geo., Dein Sonntag. 12. (32 S.) Linz-Urfahr, Verlag des kathol. Preßvereins. ℳ —,20.

Vaulaer, Maur., L'inspection du travail en France. (Sociale Réforme 1897, Novembre.)

Verwaltungsberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten in Elsaß-Lothringen für das Jahr 1897. Amtliche Veröffentlichung. gr. 8. (133 S.) Straßburg, Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt. ℳ 1,50.

Virgilli, La législation ouvrière en Italie. Paris.

Vömel, Pfr. Alex., „Ein kostbares Kleinod". Ein Beitrag zur Sonntagsfrage. 12. (30 S.) Barmen, Wupperthaler Traktat-Gesellschaft. ℳ —,15.

Vogel, H., Zum Schutz der Arbeiterkinder. (Neue Zeit, XV. Jahrg., Nr. 41.)

Vorlage-, allgemeiner Bericht und Bericht über den I.—XVII. Aufsichtsbezirk und die Binnenschiffahrt aus dem Berichte der k. k. Gewerbeinspektoren über ihre Amtsthätigkeit im J. 1897. Lex. 8. Wien, Hof- und Staatsdruckerei.

Wagner, Ed., Die chemische Fabrik in Aussig. gr. 8. (4 S. m. 1 Abbildg.) Aussig (A. Grohmann). ℳ —,25.

Walch, weil. Superintendent **E. J.,** Das Salzunger Salzwerk. (Schriften des Vereins f. Sachsen-Meiningische Geschichte und Landeskunde, 27. Heft pp.) Hildburghausen 1897.

Digitized by Google

Waxweiler, Emile. ing., Notes de Suisse: Les lois protectrices du travail. (21 p.) Bruxelles, E. Bruylant.

— La réglementation du travail du dimanche en Suisse. (146 p.) Bruxelles, J. Lebègue.

Webb, S. and B., Industrial Democracy. 2 vols. 8vo. London (1897), Longmans. sh. 25.

Weber, Alfred, Das Sweatingſyſtem in der Konfektion und die Vorſchläge der Kommiſſion für Arbeiterſtatiſtik. (Archiv für ſociale Geſetzgebung und Statiſtik, 1896, Heft 4/5.)

Wedding, Geh. Bergr., Prof, Dr. **Herm.,** Ausführliches Handbuch der Eiſenhüttenkunde. 2. Aufl. Mit zahlreichen Holzſt., phototyp. Abbildgn. u. Taf. 2. Bd. Die Grundſtoffe der Eiſenerzeugung. Braunſchweig, F. Vieweg & Sohn.

Werke und Anlagen der Firma Friedrich Krupp. (Als Manuſkript gedruckt.) Eſſen 1897. (22 S. mit Illuſtrationen und Tafeln.)

Weyer, van de En, Hygiène industrielle: les filatures de lin. Bruxelles.

Wickett, S. M., Studien über das öſterreichiſche Tabaksmonopol (mit Darſtellung der Fabrikations- und Arbeitsverhältniſſe). (Diſſ., Leipzig 1897, 88 S.)

Wiedfeldt, Otto, Statiſtiſche Studien zur Entwickelungsgeſchichte der Berliner Induſtrie von 1729—1890. (Diſſ., Leipzig 1897, 40 S.)

Willoughby, W. F., The inspection of factories and workshops in the United States. (Bulletin of the Department of Labor 1897, No. 12.)

Wodon, L., Régime du travail en législation comparée. 25 p. Bruxelles E. Bruylant.

Wolff, Henry W., The Workmen's Compensation Act. (The Economic Review 1897, Oktober.)

— Employers Liability and Workmen's compensation. (64 p.) Londres, King et son. 6 p.

Woordenboek, Sociale. Verzameling van wetten en besluiten betreffende de arbeiders en fabriekswetgeving, door J. B. Peyrot. Dl. II, 2e stuk. Haarlem, H. D. Tjeenk Willink. Kl. 8o. (Blz. 71—126.) fl. 0,50.

Zimmermann, Dr. **F. W. R.,** Vorſt. des ſtatiſt. Bureau des Herzogtums Braunſchweig, Statiſtiſche Erhebung über die erwerbsthätige Beſchäftigung der Schulkinder außerhalb der Fabriken, mit Ausſchluß der landwirtſchaftl. Thätigkeit und des Geſindedienſtes für das Herzogtum Braunſchweig 1898. (Beitr. z. Statiſt. d. Herzogt. Braunſchweig, XIV, 1898, S. 51—70.)

Zum hundertjährigen Geſchäftsjubiläum der Firma Abraham Dürninger & Co. in Herrnhut i. S. Herrnhut 1897. (42 S.)

(Die Abſchnitte III—XII der „Bibliographie" folgen in Heft I 1899.)

IV. Vierteljahrs-Chronik.

Rückblick auf 1898.

Während im Jahre 1897 nur der europäische Friede durch den türkisch-griechischen Krieg unterbrochen war und durch das Zusammenwirken der sechs Großmächte rasch wieder hergestellt wurde, ist im Jahre 1898 der Weltfriede durch den im April entbrannten Krieg der nordamerikanischen Nation mit dem spanischen Volk bedenklich bedroht und auch Handel und Industrie Deutschlands eine Zeit lang schwer beeinträchtigt worden, aber die rasche Entscheidung des ungewohnten Dramas eines Seekrieges und der noch vor Jahresschluß erfolgte Abschluß des Friedens zwischen Nordamerika und Spanien, welcher dem Kolonialbesitz Spaniens ein nicht unverschuldetes und wenig rühmliches Ende bereitete, hat die Befürchtungen einer Störung des Weltfriedens durch das Einschreiten anderer Nationen wieder beseitigt und den Weltverkehr neu belebt. Der Sieg der Nordamerikaner über einen europäischen Staat und ihre Machterweiterung über Gebiete in beiden Weltmeeren scheint eine politische Neubildung innerhalb mächtiger Staatsgemeinschaften anzubahnen und der nordamerikanischen Union eine maßgebende Stelle in den künftigen Welthändeln zu verschaffen. Es bleibt abzuwarten, ob die innere Entwickelung der nordamerikanischen Union durch den neuen Kolonialbesitz gewinnen und nicht vielmehr durch die Sucht der Parteien, die Kolonien auszubeuten und durch Teilnahme an der Weltpolitik Geld zu verdienen, beeinträchtigt werden wird. Zunächst hat sich England der nordamerikanischen Union genähert. Lord Salisbury hat Anfangs November beim Lordmayors-Banket in Guildhall es offen ausgesprochen: „daß das Erscheinen der Amerikaner unter den Faktoren der europäischen Diplomatie ein schwerwiegendes Ereignis bildet, das vielleicht nicht den Interessen des Friedens dienlich sein mag, aber jedenfalls die In-

Digitized by Google

tereſſen Großbritanniens fördert". England fühlt ſich ſchon jetzt von ſeiner bisherigen Iſolierung befreit, und auch militäriſch durch das ſiegreiche Vordringen ſeiner Fahnen in Afrika und die Wiedereroberung von Khartum gekräftigt, ſo daß es dem Vordringen Frankreichs einen unvermutet feſten Widerſtand entgegenſetzen und die franzöſiſche Regierung zu einer Aufgabe von Faſchoda nötigen konnte. Bei der noch ungewiſſen Geſtaltung der Verhältniſſe von Cuba, Portorico und den Philippinen auf der einen Seite und bei der gleichen Unſicherheit, welche in Betreff der künftigen Entwickelung von China und der Beeinfluſſung dieſes Reiches durch Rußland vorherrſcht, ſieht ſich England genötigt, Anlehnung an Deutſchland zu ſuchen. England und Deutſchland haben dasſelbe Intereſſe, daß ſowohl Cuba, Portorico und die Philippinen wie auch China und alle Länder der Erde dem Handel aller Nationen gleichmäßig zugänglich gemacht werden. Nur auf dieſe Weiſe wird der Wohlſtand dieſer Gebiete und das Intereſſe der auf den Export angewieſenen europäiſchen Induſtrieſtaaten ſowie der Welthandel überhaupt gefördert. Das nächſte Jahrhundert wird noch weit mehr, als das zu Ende gehende, im Zeichen des Verkehrs und der friedlichen Annäherung der Völker aneinander ſtehen. Die Kriege der letzten Jahre liefern den Beweis, daß die Völker eine lange Unterbrechung des friedlichen Weltverkehrs nicht mehr vertragen können, und daß nach Ausbruch eines Krieges Alles nach raſchen Entſcheidungen und kräftigen Entſchließungen hindrängt. Das Friedensbedürfnis und die Friedensſehnſucht der Völker iſt ſo mächtig und die Verantwortlichkeit derjenigen Staaten, die ſich in einen Krieg verwickeln laſſen, eine ſo große, daß ſchon darin eine gewiſſe Garantie des Weltfriedens liegt.

Das Deutſche Reich iſt im verfloſſenen Jahre aufrichtig bemüht geweſen, den Weltfrieden ſichern zu helfen und ſich einer unnötigen Einmiſchung in fremde Händel zu enthalten. Es hat ſich rechtzeitig aus Kreta zurückgezogen, während der deutſche Kaiſer durch ſeine friedliche Reiſe nach Paläſtina das Anſehen des Reichs im Orient erheblich gehoben hat. In gleich friedſamer Weiſe hat das Deutſche Reich ſich in Form eines Pachtvertrages von langer Dauer den Erwerb der Bucht von Kiaotſchau im Norden Chinas geſichert, und der Kaiſer ſeinen Bruder als Führer eines Teils der deutſchen Kriegsflotte nach dem neu erworbenen Gebiete entſendet. Dieſes friedliche Vorgehen Deutſchlands dient nicht nur der eigenen Volksarbeit, ſondern auch dem allgemeinen internationalen Güteraustauſche

Digitized by Google

und der freiwilligen friedlichen Annäherung der Nationen. Von großer Bedeutung für die Förderung des Verkehrs mit dem Osten ist auch die durch Reichsgesetz im Jahre 1898 eingeführte Erweiterung des ostasiatischen Postdampferdienstes. — Noch wichtiger für die deutsche Unternehmer- und Arbeiterwelt sind die Vorbereitungen zum Abschluß neuer Handelsverträge mit England und den englischen Kolonieen, welche im Jahre 1898 kräftig begonnen worden sind und hoffentlich noch vor dem Eintritt in ein neues Jahrhundert zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden. Der auch im letzten Jahre und im ganzen letzten Menschenalter mächtig entwickelte technische und sociale Fortschritt und die dadurch erleichterte Verbindung der Völker zu einer internationalen Wirtschaftsgemeinde wird das Menschengeschlecht voraussichtlich im neuheraufziehenden Jahrhundert auf eine beträchtlich höhere Stufe des Wohlstandes und der Kultur emporheben. — Wenn auch der Ende August 1898 veröffentlichte schöne Gedanke des russischen Kaisers, die Kriegsrüstungen der Völker durch Staatsverträge zu beschränken, noch weit davon entfernt ist, verwirklicht zu werden, so hat er doch in der ganzen gebildeten Welt einen gewaltigen moralischen Eindruck gemacht. Der in den Völkern schlummernde Idealismus ist durch das Vorgehen eines der mächtigsten Monarchen der Erde erheblich gestärkt worden und die Kämpfer gegen Chauvinismus und Kriegshetzerei haben neuen Mut zur Fortsetzung ihrer Friedensbestrebungen gewonnen. Auch innerhalb der einzelnen Völker vollzieht sich trotz des unerquicklichen Parteistreites in Parlamenten, Volksversammlungen und Zeitungen eine Annäherung der verschiedenen Volksklassen, eine Ausgleichung der Ständeunterschiede und eine Verbesserung der Beziehungen von Mensch zu Mensch.

Das deutsche Volk steht dank seiner nationalen Einigung mit unter den Vorkämpfern des socialen und kulturellen Fortschritts der Menschheit. Es gedenkt am Jahresschlusse mit dankbarer Verehrung des ihm im Laufe des Jahres 1898 entrissenen gewaltigen deutschen Mannes, der durch die nationale Einigung der deutschen Stämme alle Volksklassen auch auf wirtschaftlichem und socialem Gebiete mächtig vorwärts gebracht hat.

Dresden, am Jahresschlusse 1898. Victor Böhmert.

Digitized by Google

Berichte und Notizen.

(Abgeschlossen am 15. Dezember)

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Vereinigungen und Versammlungen. Der Internationale Kongreß für Zollgesetzgebung und für Regelung der Arbeit tagte vom 12.—17. September in Antwerpen. Der Kongreß, welcher unter dem Ehrenvorsitz des belgischen Ministerpräsidenten und Finanzministers de Smet de Naeyer arbeitet, faßt keine Resolutionen, sondern erörtert die einschlägigen Fragen, und veröffentlicht seine Berichte. Der Kongreß von 1892 veröffentlichte 41, derjenige von 1894 40 solcher Berichte. Für die diesjährigen Kongreßarbeiten lag folgendes Programm vor: Der ersten Abteilung des Kongresses, die sich mit der Zollgesetzgebung und den Handelsverträgen beschäftigen wird, lagen folgende sechs Fragen vor: 1. Welche Ergebnisse haben die verschiedenen eingeführten Zollsysteme a) für die Erzeuger, b) für die Arbeiter und c) für die Abnehmer? 2. Welches soll die Grundlage einer Zollgesetzgebung sein? 3. Ist es von Nutzen, mehrere Tarife und Differenzialzölle zu haben? 4. Sind Handelsverträge vorteilhaft: was müssen sie leisten? 5. Wenn zwei Mächte einen Handelsvertrag abschließen, ist es dann auch wünschenswert, zugleich sich über das Zollregime derjenigen Kolonien zu verständigen, die keine Autonomie besitzen? 6. Welche Verbesserungen könnte man in der Statistik des äußeren Handelsverkehres einführen? Für die zweite Abteilung, welche die Regulierung der Arbeit beraten soll, waren sechs Fragen aufgestellt, nämlich: 1. Welches ist die beste Organisation für Arbeiterverbände? 2. Welchen Einfluß hat die Errichtung von Gewerbe-Inspektionen auf die industriellen Fortschritte und auf die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gehabt? 3. Welches sind die Verbesserungen in den Lebensverhältnissen der Arbeiter, die aus privater Unternehmung hervorgegangen sind? 4. Sind besondere gesetzliche Bestimmungen nöthig, um die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu regeln? 5. Soll die Gesetzgebung zu Gunsten von Kindern sich auch mit deren Unterricht beschäftigen? 6. In welchen Betrieben hat man die Arbeitsstunden festgesetzt und wie wirkt diese Abgrenzung? Welches ist ihr Einfluß auf die Produktion und auf die Löhne?

Die Konferenz für internationales Seerecht des „Comité Maritime International" tagte am 28. und 29. September unter dem Vorsitze des belgischen Staatsministers Bernaert-Brüssel in Antwerpen, nachdem eine Vorkonferenz zur Verteilung des Berichtschlusses am 23. Juni d. J. in Brüssel stattgefunden hatte. Das Hauptthema betraf die Regelung der Haftpflicht bei Schiffskollisionen, die Frage der „Verantwortlichkeit der Rheder für ihre Schiffe" wurde in 5 Unterfragen zerlegt, welche in der nächsten Konferenz, 1900 zu Paris, erledigt werden sollen.

Der Internationale Transportversicherungsverband tagte vom 15. bis 17. September in Innsbruck. Von 78 Mitgliedern des Verbandes waren 60 vertreten. Die Tages-Ordnung führte folgende Gegenstände auf: Abschätzen des Partikularschadens auf Rohbaumwolle. Stellung der englischen und bremischen Ver-

Digitized by Google

sicherer. Verschmelzung der allgemeinen Seeversicherungsbedingungen von 1867 mit den Bedingungen der bremischen Seeversicherungsgesellschaften und der binnenländischen Seepolice. Internationale Bestrebungen betreffend Ausgleich der Rechtsverschiedenheiten in Bezug auf die Haftung bei Schiffskollisionen, namentlich bei Verschulden auf beiden Schiffen. Beabsichtigte Einschränkung der Rechte der Ladungsinteressenten. Wünsche der Versicherungsgesellschaften in Bezug auf die bevorstehende Revision der Handelsverträge: a) Zulassung zum Geschäftsbetriebe, Staatsaufsicht, Reziprozität in den vertragschließenden Staaten. b) Die Rechtsfähigkeit der Aktiengesellschaften. c) Eingreifen in Havariefällen, Rettungsmaßregeln, Stellung der Konsularbehörden. d) Zollnachlaß bei Strandgütern. — Kriegsgefahrversicherungen. a) Haftpflicht für direkte Schäden, Beschränkung des Ersatzes von indirekten Schäden. b) Ausschluß der Haftung für Kriegsgefahr in den allgemeinen Versicherungsbedingungen (Policen in England und Holland). c) Kontrakt-Policen.

Der deutsche Kolonialrat trat am 24. Oktober unter dem Vorsitz des Direktors v. Buchka-Berlin zusammen, der zunächst den Herzog-Regenten Johann Albrecht von Mecklenburg begrüßte und sodann eine Übersicht der Entwicklung der einzelnen Schutzgebiete gab. Hierauf beriet man den Etat für Ostafrika und nahm den Antrag Sachse an, die betriebsfähige Herstellung der Bahnlinie von Tanga in das Innere und die Weiterführung der Bahn bis Muëmba zu fördern und die Absicht der Kolonialverwaltung auf die Erwerbung der Bahn aus Reichsmitteln zu billigen. Auch gelangte der Antrag des Herzog-Regenten Johann Albrecht zur Annahme, der die Erwartung aussprach, daß die Anlage von Docks bald in Angriff genommen werde. Bei dem Etat für Kamerun hob v. Buchka hervor, daß seitens der Regierung eine größere Expedition nach dem Tschadsee geplant sei. Ferner stand zur Beratung die Weiterführung des Bahn- und Hafenbaues von Swakopmund. Bezüglich der klimatischen und hygienischen Verhältnisse führte Oberstabsarzt Dr. Kohlstock aus, daß namentlich infolge der Besserung der Wasserverhältnisse Massenerkrankungen an Malaria, wie sie vorgekommen, nicht mehr zu befürchten seien. In seiner Schlußsitzung, am 26., stimmte der Kolonialrat dem von dem Reiche mit der Neuguinea-compagnie abgeschlossenen Vertrag wegen Ablösung der Landeshoheitsrechte zu. In der Debatte über die Förderung der deutschen Sprache in den Schutzgebieten wurde noch beschlossen, den bereits in den Kolonien bestehenden oder noch zu errichtenden Schulen auf Antrag einen Regierungszuschuß zu gewähren.

Der Bund der Industriellen hielt unter dem Vorsitze des Kommerzienrat Wirth-Berlin am 10. und 11. Oktober in Berlin seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Bund zählt nach dem Jahresbericht bereits über 2000 Mitglieder. Fabrikbesitzer v. Dreyse, welcher auf Berufung des Reichskanzlers den Bund d. J. im wirtschaftlichen Ausschuß vertritt, referierte über den wirtschaftlichen Ausschuß und die Bundesstelle zur Vorbereitung neuer Handelsverträge, das Korreferat erstattete Generalsekretär Dr. Wendlandt. Eine Resolution sprach der „Bundesstelle" den Dank für ihre thatkräftige Wirksamkeit aus, und richtete an den „wirtschaftlichen Ausschuß" das Ersuchen, die von der Bundesstelle vorgeschlagenen Sachverständigen möglichst ausgiebig in allen einschlägigen Fragen zu hören. An Stelle des erkrankten Direktor Breuer trug Dr. Wendlandt die Leitsätze des Erstgenannten über die Frage der Errichtung eines deutschen Handels-

Digitized by Google

museums vor. Korreferent war Dr. Schumacher-Berlin. Die Versammlung nahm die Breuer'schen Leitsätze als Resolution an:

„1. Die Errichtung einer Hauptstelle, welche Nachrichten und Angaben aller Art über den Handel anderer Völker mit fremden Ländern, sowie Proben der von ersteren ausgeführten Waren und der in letzteren auf den Markt kommenden Rohstoffe nebst Halberzeugnissen sammelt, ist eine durch den stetig wachsenden Wettbewerb aller Kulturländer bedungene wirtschaftliche Notwendigkeit.

Die Sammlungen, Archive u. s. w. müssen übersichtlich geordnet und in der weitgehendsten Weise, den Zwecken unseres einheimischen Handels und Gewerbes, unter völliger Schonung des Zwischenhandels entsprechend, eingerichtet werden.

2. Diese Hauptstelle soll lediglich praktischen, kaufmännischen Endzwecken dienen. Ethnographische oder kunstgewerbliche Gesichtspunkte dürfen nicht in den Vordergrund treten.

3. Diese Hauptstelle ist auf der Grundlage regelmäßiger, freiwilliger Beiträge der interessierten Körperschaften und Handelsfirmen mit Hülfe eines angemessenen Zuschusses der hohen verbündeten Regierungen aufzubauen. Ihre Verwaltungskörper sind in entsprechender Weise zusammenzusetzen." — Generalsekretär Dr. Martens-Hamburg referierte über die Organisation des Arbeitsnachweises, Korreferent war Dr. Kunath-Leipzig. Beide Redner sprachen sich für die ausschließliche Organisation dieser Institution durch die Arbeitgeber aus. Gegen diese Ansichten sprachen sich der Vorsitzende Weigert und andere Redner energisch aus, jedoch wurde die Weigert'sche Resolution, welche den Beschluß des Bundes, nur die Errichtung solcher Arbeitsnachweise, an deren Leitung sowohl Arbeitgeber als Arbeiter mitwirken, aussprechen sollte, abgelehnt und folgender Antrag des Kommerzienrat Donath-Schmölln angenommen: „Die Generalversammlung des B. d. J. erkennt die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeitsnachweisen an und beauftragt den Vorstand mit der Ernennung eines Ausschusses für die weitere Förderung der Angelegenheit." Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Herrn v. Dreyse über seine Reise nach Kleinasien, die er im teilweisen Interesse der Bundesmitglieder gemacht hat. Kommerzienrat Wirth berichtete über die Versicherung gegen Verluste aus Arbeitseinstellungen und schlug darauf vor, daß der Vorstand sein besonderes Augenmerk auf die Errichtung eines Schiedsgerichts lenken solle.

Der Verband kaufmännischer und gewerblicher Vereine Deutschlands hielt seine Delegierten-Konferenz am 4. und 5. Oktober in Leipzig ab. Herr Werbeck-Hamburg referierte über die Erfahrungen, die man dort mit dem Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes gemacht habe, das Korreferat erstattete Rechtsanwalt Dr. Leo-Leipzig. Die angenommene Resolution verlangt durch Streichung der Worte „tatsächlicher Art" und „wissentlich" eine Ergänzung resp. Verschärfung des Gesetzes, über deren genauere Festsetzung eine einzusetzende Kommission beraten soll. Über die Gründung eines „deutschen Bundes für Handel und Gewerbe" referierten Direktor Zirrgiebel-Leipzig und Schirmer-Hannover. Auf Antrag von Rechtsanwalt Lehmann-Dresden, soll eine Kommission von 10 Mitgliedern die Vorarbeiten für die Gründung eines Bundes ausführen. Über die unlautere Reklame-Presse referierten Syndikus Pitz-Leipzig und Rechtsanwalt Jacobson-Hamburg und erzielten eine Resolution, welche sich für

Digitized by Google

größere Überwachung der „Reklamepresse“ und für eine Beseitigung der der Presse eingeräumten Ausnahmestellung im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb aussprach. Auf die Referate von Kaufmann Bergmann-Hamburg und Stadtverordneten Geest-Leipzig über das Großkapital im Detailhandel wurde nach längerer Debatte, in welcher die meisten Redner sich für eine Sondergewerbesteuer der großen Geschäfte aussprachen, folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Konferenz erklärt das Eindringen des Großkapitals in den Detailhandel und das Überhandnehmen der Konsumvereine und des Filialunwesens verhängnisvoll für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand und überweist sämtliche eingegangene Resolutionen und Vorschläge der bereits gewählten Kommission zur weiteren energischen Behandlung.“

Der Zentralverein der Gesellschaften mit beschränkter Haftung hielt seine erste Generalversammlung am 26. November in Berlin unter dem Vorsitze des Herrn Dr. Fabri ab. Nach seinem Bericht giebt es zur Zeit in Deutschland 2000 Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht mit einem Gesamtkapital von 800 Millionen Mark, für welche die Einrichtung einer Zentralstelle nur von dem größten Nutzen sein könnte. Nach einer lebhaften Diskussion über die wichtige Frage, auf welchem Wege der junge Verein richtig zum Ziele gelangen könnte, wurde von der Versammlung folgende Resolution angenommen: Der Vorstand wird beauftragt, unter geeigneten Mitteilungen an die Presse durch ein zweites Zirkular an alle Gesellschaften mit beschränkter Haftung nochmals unter genauer Darlegung der Absichten für das weitere Vorgehen zum Beitritt aufzufordern; sodann in jeder möglichen Weise die Gründung eines Bureaus bezw. einer Centralstelle, sowie eines eigenen zunächst einmal monatlich erscheinenden Vereins-Organs in die Wege zu leiten und baldmöglichst einer neuen Vereinsversammlung Bericht zu erstatten.

Der Verein deutscher Eisenhüttenleute hielt am 23. Oktober in Düsseldorf seine Hauptversammlung ab, die vom Vorsitzenden Geh. Rat C. Lueg aus Oberhausen mit Worten der Erinnerung an den Fürsten Bismarck eröffnet wurde, den mancherlei Beziehungen mit dem Verein verbunden haben. Die Mitgliederzahl des Vereins ist auf 2019 gewachsen. Bezüglich einer technischen Reichs-Versuchsanstalt hat der Verein sein Gutachten dahin abgegeben, daß es aus verschiedenen Gründen dringend wünschenswert sei, wenn das Reich die vorhandenen Landesanstalten für Materialprüfungen der Technik durch reichliche Geldmittel behufs Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen von allgemeiner Bedeutung unterstütze, daß dagegen die Errichtung einer besondern Reichsanstalt nicht als zweckmäßig zu bezeichnen sei. In Gemeinschaft mit dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat sich der Verein für die Veranstaltung einer Industrie- und Gewerbe-Ausstellung in Düsseldorf 1902 ausgesprochen.

Es fanden weitere Vorträge über Walzwerkseinrichtungen, Fabrikation von Halberzeugnissen u. s. w. statt.

In der 70. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, welche am 19. September in Düsseldorf eröffnet wurde, kam auch ein wirtschaftlich-technisches Thema zur Erörterung. Die Beschlüsse sind für Industrielle von Interesse. In einem Vortrag über „Zweck und wirtschaftliche Bedeutung von

Digitized by Google

Thalsperren" stellte der Redner, Geheimrat Intze-Aachen, für die sachgemäße Aufspeicherung des Hochwassers im Gebirge und die Abgabe desselben in trockener Zeit folgende Forderungen auf: 1. Schaffung gleichmäßiger Betriebskraft für die vorhandenen industriellen Werke in den Gebirgsthälern und Anregung zur Verbesserung und Vergrößerung der Betriebswerke, sowie zur Verwertung noch ungenützter Wassergefälle. 2. Gleichmäßige Ausnutzung der Arbeitskräfte und Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit. 3. Vergrößerung der sichtbaren Niedrigwassermengen der Wasserläufe und damit verbundenen Verminderung ihrer Verunreinigung. 4. Verminderung der Vereisung der Wasserläufe im Gebirge und der Motoren an denselben durch Entnahme größerer Mengen verhältnismäßig warmen Wassers aus den bekanntlich selten weniger als 5 Grad Celsius warmen unteren Schichten eines größeren Sammelbeckens. 5. Förderung der Wasserversorgung der Städte und der Bewässerung der Ländereien. 6. Vergrößerung des Wasserinhaltes der Grundwasserbecken in trockener Zeit. 7. Verminderung der größten sekundlichen Hochwasserflußmengen und der durch sie veranlaßten Schäden. 8. Verschönerung der landschaftlichen Reize der Gebirgsgegend durch große Wasserflächen; Förderung der Fischzucht, des Wasser- und des Eissportes auf diesen Seeflächen und wesentliche Hebung jeglichen Verkehrs. 9. Schaffung einzelner größerer Kraftcentralen und Verteilung der Energie durch elektrische Uebertragung auf größere Gebiete. 10. Schaffung einer wirtschaftlich gehobenen, ihrer heimatlichen Scholle erhaltenen zufriedenen und glücklichen Bevölkerung der Gebirgsgegend. 11. Verminderung des Zuzuges von Arbeitern aus den Gebirgsgegenden in die großen Städte der Niederungen und Verminderung der damit vielfach verbundenen wirtschaftlichen und socialen Mißstände.

Ein außerordentlicher Verbandstag deutscher Bäcker-Innungen fand vom 20.—21. November in Berlin statt. Eine auf Antrag von Simon-Leipzig angenommene Resolution über den Maximalarbeitstag im Bäckergewerbe weist darauf hin, daß durch die bekannte Verordnung des Bundesrats das gute Einvernehmen zwischen Meistern und Gesellen erheblich gestört bezw. vernichtet und die Autorität der Meister durchaus untergraben worden sei, daß das Kleingewerbe gewaltsam von den Großbetrieben erdrückt, daß der königstreue Mittelstand durch das fortwährende Reglementieren sehr geschädigt werde. In Anbetracht aller dieser und noch anderer Umstände fordere der 28000 Mitglieder zählende Verband „Aufhebung der Verordnung, oder, wenn dies auf zu große Schwierigkeiten stoßen sollte, Einführung einer Minimalruhezeit von acht Stunden statt des zwölfstündigen Normalarbeitstages." — Über die Neuorganisation des Handwerks sprach Meyer-Magdeburg. Er und alle Diskussionsredner erklärten sich für Zwangsinnung. — Knoll-Hamburg, der über Streik und Boykott referierte, dankte aufs herzlichste für die den Hamburger Bäckermeistern gewährten Unterstützungen in den Tagen des Boykotts. Müller-Bremen beantragte zum Danke für die mutvolle Haltung der Hamburger Bäckermeister eine Erklärung: „Der Verbandstag erkennt die Haltung der Bäckerinnungen zu Hamburg, Altona und Wandsbeck beim Streik der Gesellen im Jahre 1898 mit hoher Befriedigung an. Daß sie die unberechtigten Forderungen der Gesellen zurückgewiesen haben, ist zum Segen des ganzen deutschen Bäckerstandes geschehen. Die ihnen gewährte Unterstützung mögen sie als den Dank der Kollegen ansehen." Diese Erklärung wurde einstimmig angenommen

Digitized by Google

Mit der Generalversammlung des Vereins deutscher Gerber, welche am 5. Dezember in Berlin abgehalten wurde, war zugleich die Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins verbunden. Von den Vorträgen sind zu erwähnen derjenige des Dr. med. Meißner über die Gefahr der Milzbrand-Infektion und derjenige des Dr. Pflug über die Lederpreise im Verhältnis zu den rohen Häuten.

Ausstellungswesen. Die Münchener Kunst- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung hat einen Fehlbetrag von ca. 100 000 Mk. aufzuweisen.

Eine Industrie- und Gewerbeausstellung soll 1902 in Düsseldorf stattfinden (siehe oben „Verein deutscher Eisenhüttenleute").

Eine große typographische Ausstellung soll zum Andenken an die 500-jährige Feier der Geburt Gutenbergs in Mainz im Jahre 1900 stattfinden.

Eine Gewerbeausstellung ist für 1900 in der Stadt Glauchau geplant.

Die Krefelder Kochkunstausstellung hat einen Reinüberschuß von 10 000 Mark ergeben, der zu gemeinnützigen Zwecken verwandt werden soll.

Soweit die finanziellen Ergebnisse der Turiner National-Ausstellung bisher bekannt geworden sind, ist den Aktionären die Rückzahlung des vollen Betrages ihrer Aktien und ein Nutzen von 20 pCt. gesichert.

Die Internationale Minen- und Industrie-Ausstellung, die zu Coolgardin in Westaustralien unter dem Schutze der englischen Kolonialregierung veranstaltet werden soll, wird vom 21 März bis zum 20. Juni 1899 stattfinden.

Eine internationale Elektrizitätsausstellung soll im Sommer 1899 in Como stattfinden.

Sociales.

Gemeinnützige Versammlungen und Vereinigungen. Der Internationale Verein zur Bekämpfung der Verunreinigung der Flüsse, des Bodens und der Luft hielt unter dem Vorsitze des Medizinalrats Dr. Mittermaier-Heidelberg am 5. November in Leipzig seine 20. Jahresversammlung ab. Dr. Kühnert-Koburg sprach über die Städtereinigung, und zwar besonders über die rationelle Auffammlung und Verwertung der menschlichen Abfallstoffe; im allgemeinen sei als Grundsatz aufzustellen, daß die Städte kein Recht haben, die Flüsse zu verunreinigen. Ingenieur Claffen-Speier erläuterte einen Vortrag über die Verwertung städtischer Abfallstoffe durch die Planzeichnung eines Apparats zur geruchlosen Verarbeitung der städtischen Abfallstoffe auf Kompost, wobei er rechnerisch nachzuweisen suchte, welche Vorteile dieses System für die Städte habe. Dr. Degener-Braunschweig bekannte sich als Anhänger der Schwemmkanalisation. Ingenieur Claffen berichtete zum Schlusse noch über neue Untersuchungen hinsichtlich der Grenzen der Selbstreinigung der Flüsse und wendete sich dabei gegen die Behauptungen Pettenkofers, die in der von diesem Gelehrten angenommenen Ausdehnung nicht zutreffen.

Ein internationaler Kinderschutzkongreß, welcher die Besprechung aller jener Fragen, sowie die Förderung aller jener Reformideen, welche die Minderjährigen betreffen, bezwecken soll, wird in der zweiten Hälfte des September 1899 in Pest tagen.

Digitized by Google

Ein internationaler Kongreß für das kaufmännische Unterrichtswesen soll 1901, wahrscheinlich in Deutschland, stattfinden.

Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit hielt seine 18. Jahresversammlung vom 28.—30. September in Nürnberg unter dem Vorsitze des Vereinsvorsitzenden Seyffardt-Krefeld ab. Stadtrat Dr. Münsterberg-Berlin erstattete Bericht über die neuere Entwickelung des Armenwesens im Auslande. Darnach sind alle Kulturstaaten fortgesetzt an der Arbeit, das Armenwesen und die Gesetzgebung zur Pflege von jeglicher Art Wohlthätigkeit weiter zu verbessern und dem modernen Verkehr entsprechend zu gestalten. — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung „Hülfe in außerordentlichen Notständen" war durch die Wassersnöte des vorigen Jahres veranlaßt. Die Referenten, Regierungsrat Falch-Stuttgart und Sanitätsrat Dr. Baer-Hirschberg in Schlesien ergänzten ihre auf Grund der vorjährigen Beobachtungen abgefaßten Berichte und empfahlen besondere Hülfsorganisationen für solche Notstände, da dieselben ja ganz anders geartet sind als die Not, deren Linderung den Armenpflegern und Wohlthätigkeitsvereinen obliegt. Organisationen im Voraus zu errichten, die im Falle der Not in Thätigkeit treten, wurde nicht empfohlen, sondern geraten, bei eintretenden Notständen den Verwaltungsstellen, Gemeindebehörden und wohlthätigen Einzelpersonen die Initiative zur Hülfe zu überlassen. Welche Vereine sich etwa zu solchen Initiativen empfehlen, wurde verschiedenartig beurteilt und ein Beschluß nicht gefaßt. Die Frage soll weiter untersucht und nochmals erörtert werden. — Das Thema „Zwangsmaßregeln gegen nährpflichtige Angehörige", das schon einmal den Verein eingehend beschäftigt hatte, war wiederum durch eine gründliche Umfrage und darauf gestützte Berichte von Dr. Münsterberg-Berlin, Dr. Hirschberg-Berlin und Stadtrat Jackstein-Potsdam vorbereitet. In der Debatte über diesen Gegenstand machten sich zwei verschiedene Grundanschauungen geltend. Die Bestrafung der ihre Nährpflicht gegen Frauen und Kinder verletzenden Männer ist reichsgesetzlich in den §§ 360 und 361 des Strafgesetzes festgelegt; es hat sich aber gezeigt, daß seit der Gesetzesänderung eine Besserung nicht eingetreten ist, indem die beobachteten Fälle sogar zunehmen. Der für diese Frage voriges Jahr eingesetzte Ausschuß war daher zu der Ansicht gelangt, daß durch einen besonderen Gesetzesartikel das Vergehen der Nährpflichtverletzung genauer bezeichnet werden und aus der Reihe der nach § 360,61 strafbaren Übertretungen in die der Vergehen gebracht werden sollte. Aus der Versammlung heraus wurde aber neben der Zustimmung zu dieser von dem Ausschuß vorgeschlagenen Abhülfe der Übelstände noch der Wunsch geäußert, daß man die Verwaltung ermächtige, die widerspenstigen Nährpflichtigen an Arbeitsanstalten zu überweisen, wie dies auf Grund von Spezialgesetzen in Sachsen, Württemberg, Mecklenburg und Baden zulässig ist und geschieht. Da anderseits schwere Bedenken dagegen geltend gemacht wurden, war der Redekampf ein sehr lebhafter, aber es wurde doch beschlossen, dahin zu wirken, daß ein Zustand geschaffen werde, wie ihn die Kommission mit dem Vorschlag der Gesetzesänderung schaffen will, zugleich aber vorgeschlagen, für das Verwaltungszwangsverfahren entsprechende Kautelen anzuordnen. — Der zweite Verhandlungstag brachte an erster Stelle die Besprechung der wechselseitigen Unterstützung von Reichsangehörigen in den Bundesstaaten. Es referierten darüber der Ratsassessor Fleischmann-Nürnberg und der Rechtsanwalt Dr. Ruhland-Colmar, der über die Materie schon einmal in Straßburg berichtet hatte. Der von der Versammlung

Digitized by Google

einstimmig angenommene Beschluß lautet: „Es entspricht der durch die Reichsverfassung und Wirtschaftsgesetzgebung geschaffenen rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, daß auch auf dem Gebiete der Armenpflege ein einheitlicher Zustand geschaffen werde Sonach ist jedem Deutschen auch im Gebiete desjenigen Staates, in welchem er weder Gemeinde- noch Staatsangehörigkeit besitzt, unter Vermeidung der Ausweisung die zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit unentbehrliche Hülfe bei gesetzlicher Sicherung der erforderlichen Mittel zu gewährleisten. Insbesondere bedarf Elsaß-Lothringen dringend der armenrechtlichen Gleichstellung mit dem übrigen Reichsgebiet." — Sehr lebhafte Debatte erzeugte auch die wieder auf die Tagesordnung gesetzte Frage über „das Existenzminimum in der Armenpflege", über welche Dr. Schmidt-Mainz und Cuno-Königsberg berichteten. Der nach längerer Debatte gefaßte Beschluß lautete: „Die Höhe einer aus öffentlichen Mitteln zu gewährenden Unterstützung ist auf den zur notdürftigen Unterhaltung nach örtlichen und individuellen Verhältnissen erforderlichen Betrag für die dem Haushalte angehörigen Familienglieder zu berechnen (Existenzminimum). Die zweckmäßigste Grundlage der Berechnung bildet ein der Zusammensetzung der Familie entsprechender, einem Durchschnittssatze sich annähernder örtlicher Tarif. Invaliden-, Alters- und Unfallrenten sind zwar grundsätzlich in Berechnung zu ziehen, doch hat ihre volle Anrechnung die Gewährung der richtig bemessenen öffentlichen Unterstützung zur unbedingten Voraussetzung. Leistungen der Privatwohltätigkeit sind unter der gleichen Voraussetzung zwar nicht schlechthin anzurechnen, jedoch nach billigem Ermessen zu berücksichtigen, soweit sie die Aufbesserung der allgemeinen Lebenshaltung zum Gegenstand haben." — Über Zufluchtstätten weiblicher Personen lag ein gedruckter Bericht von Aders-Elberfeld vor, in welchem die Errichtung solcher Stätten dringend empfohlen wird. — Mit einigen geschäftlichen Angelegenheiten (Wahlen) und Vorschlägen wegen künftiger Tagungen schloß die Verhandlung. Es lagen Einladungen vor von Mainz, Lübeck, Posen, Breslau, Hannover und Wiesbaden. Der Ausschuß wird im Frühling 1899 bestimmen, wo man im September nächsten Jahres tagen wird.

Die 10. Allgemeine Konferenz der deutschen Sittlichkeitsvereine wurde vom 4.—6. Oktober in Stuttgart abgehalten. Privatier Klumpinger, Stuttgart, der die Konferenz leitete, und Pfarrer Lic. Weber-M.-Gladbach hielten ernste Ansprachen über die Aufgaben der Sittlichkeitsvereine. Letzterer eröffnete auch die Delegiertenversammlung. Den über die Rührigkeit der Vereinsleitung und vieler Mitglieder günstig urteilenden Bericht erstattete der Generalsekretär, Reichstagsabgeordneter Heuning. Den Kassenbericht, nach welchem sich die Einnahmen auf 10 612 Mk., die Ausgaben auf 13 400 Mk. und das Vermögen des Vereins auf 8624 Mk. bezifferten, erstattete Sekretär Dartsch-Berlin. Es wurden Anträge bewilligt auf Anstellung von Reisepredigern im Kampfe gegen Unsittlichkeit und Trunksucht, auf Bildung eines „Evang.-christl. Frauenbundes", dem namentlich die Bekämpfung des Mädchenhandels und die Fürsorge für Ladnerinnen und Kellnerinnen zu überweisen wäre. Die Besprechung der Studentenfrage — Referent General v. Süßmilch-Hörnig-Dresden — führte zu folgendem Beschluß: „Der Vorstand wird beauftragt, ein Anschreiben an die Senate der Universitäten und technischen Hochschulen zu richten, sich die Hebung der Sittlichkeit in den studentischen Kreisen angelegen sein zu lassen und namentlich dahin zu wirken, daß die

Digitized by Google

Universitätsprediger in jedem Semester wenigstens einmal die Sittlichkeit behandeln." — Die Versammlung beschloß ferner, die Schrift: „Generallieutenant a. D. Georg v. Viebahn, Die siegreiche Kraft des Wortes Gottes im Leben des deutschen Offiziers" an sämtliche General-, Divisions- und Regimentskommandos einzusenden. — Die öffentliche Männerversammlung wurde vom Stadtdekan v. Braun geleitet. Pfarrer Weber-M.-Gladbach hielt eine Rede über „die Aufgaben der christlichen Männer im Kampfe gegen die Unsittlichkeit", in welcher er besonders auch die großen Notstände hervorhob, welche mit ungenügenden kleinen Wohnungen in sittlicher Beziehung verbunden sind. In der öffentlichen Hauptversammlung, welche Pfarrer Weber wiederum leitete, machte besonders ein mehrstündiger Vortrag des Prof. Dr. theol. v. Nathusius-Greifswald über die „Entwickelung der Unsittlichkeit seit Ludwig XIV. in ihren Wirkungen auf die Gegenwart" Eindruck, worauf der Generalsekretär Henning über den „Stand der Sittlichkeitsgesetzgebung im Deutschen Reiche" referierte. Die Soldatenversammlung war von 300 Soldaten besucht. In der gleichfalls stark besuchten Studentenversammlung hielt Dr. med. Paulus-Cannstadt einen Vortrag über die „Folgen unsittlicher Lebensführung in ihrer Bedeutung für die Volkswohlfahrt", Pfarrer Naubke-Münster über „Eine geistige Krankheit unserer Tage und ihre Heilung."

Ein Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit soll durch das „Centralkomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke" (Vorsitzender Staatssekretär Graf v. Posadowsky) im Frühjahr 1899 in Berlin stattfinden.

Versammlungen über die freiwillige Kranken- und Verwundetenpflege im Kriege fanden folgende statt: Am 28. September zu Braunschweig die Jahresversammlung des Verbandes deutscher Krankenpflege-Anstalten vom Roten Kreuz, am 3. Oktober zu Berlin die 3. Führer- und Ärzteversammlung deutscher freiwilliger Sanitäts-Kolonnen, am 6. und 7. Oktober zu Stuttgart die Jahresversammlung der Vorstände der deutschen Landesvereine vom Roten Kreuz. Neben Fachvorträgen wurde auf diesen Versammlungen insbesondere auch die Frage über die Kranken-, Alters- und Unfallversicherung der freiwilligen Krankenpfleger im Kriege und Frieden verhandelt. — Wichtige Fragen der Krankenpflege, z. B. über die „socialpolitischen Institutionen und die Schwindsuchtsbekämpfung" und „das Pflegepersonal in Spezialkrankenanstalten, insbesondere in Lungenheilstätten", „über die Bekämpfung der Tuberkulose" u. a. m. wurden auch auf der diesjährigen 70. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Düsseldorf, am 22. September behandelt. — Die freiwillige Krankenpflege in Unglücksfällen wurde auf dem vom Vorsitzenden Dr. Aßmus-Leipzig geleiteten, am 24. und 25. September zu Braunschweig abgehaltenen 3. deutschen Samaritertage erörtert.

Die deutsche Friedensgesellschaft trat am 27. November in Berlin zu einem außerordentlichen Delegiertentag zusammen, zu dem Abgesandte aus Frankfurt a. M., Ulm, Sachsen-Altenburg, Görlitz, Breslau u. s. w. erschienen waren. Der Delegiertentag beschäftigte sich mit der Einrichtung des publizistischen Organs der Gesellschaft, mit der Beschaffung der Mittel zur größern Ausbreitung und Bethätigung der Gesellschaft und mit der Frage des nächsten Weltfriedenkongresses. Dem

Digitized by Google

Delegiertentag folgte die von Dr. Max Hirsch geleitete Jahresversammlung der Gesellschaft.

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger konstatiert in ihrem letzten (32.) Geschäftsbericht, daß im abgelaufenen Jahre die Rettungsstationen 16mal mit Erfolg thätig waren und 60 Menschen aus Seenot retteten. Hierdurch steigt die Zahl der durch die Gesellschaft geretteten Personen auf 2414. Die Zahl der Rettungsstationen beträgt 116 gegen 114 im Vorjahre, in Schleswig-Holstein 22 gegen 21. Die Zahl der Bezirksvereine beträgt 61. Die Gesamteinnahme belief sich auf 298 054,66 Mk. gegen 280 417,16 Mk. im Vorjahre, die Jahresbeiträge von 52 106 Mitgliedern betrugen 148 838,82 Mk. Stiftungsgelder und einmalige Gaben gingen 89 000,67 Mk. ein. Die Gesamtausgabe belief sich 203 640,32 Mk. gegen 153 233,80 Mk. im Vorjahre. Die Rettungsstationen kosteten zusammen 123 810,77 Mk.; die Verwaltungskosten betrugen 43 921,75 Mk. Der Unterstützungsfonds ist auf 97 891,66 Mk. angewachsen. — Die Gesellschaft wählte in einer Sitzung zu Berlin am 6. Dezember als Nachfolger des verstorbenen Konsul Meier-Bremen (s. „Totenschau") zum Vorsitzenden Theodor Gruner und zum stellvertretenden Vorsitzenden den Reichstagsabgeordneten Freese.

Der 3. Deutsche Frauentag fand vom 2. bis 6. Oktober in Hamburg statt. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die Zahl der dem Bunde angehörigen Vereine von 75 auf 107 gestiegen ist. Zur Annahme gelangten die neue Fassung der Satzungen des Bundes Deutscher Frauenvereine, sowie die Geschäftsordnungen des Vorstandes und der Delegierten. Beschlossen wurde: Verbreitung eines gemeinverständlichen Flugblattes über Wesen und Ziele der Frauenbewegung mit Betonung der Erziehungs- und der Rechtsfrage; Anregung der Volksunterhaltungen durch die Vereine des Frauenbundes; Unterstützung der Bestrebungen zur Verbesserung der Pflege und Erziehung der verwahrlosten und aller außerehelichen Kost- und Ziehkinder; Einsetzung einer Kommission zur Förderung der gewerblichen Thätigkeit und wirtschaftlichen Selbständigkeit gebildeter Frauen; Förderung der Gesetzeskunde unter den Frauen; Eintreten für volle Vereins- und Versammlungsfreiheit der Frauen; Aufnahme der Friedensbestrebungen in das Programm und schließlich Eintreten für die Approbation weiblicher Ärzte und die Verbesserung der Frauenkleidung. In öffentlicher Versammlung hielt am 3. Frl. Boufart einen Vortrag über Frauenarbeit und Wohlfahrtseinrichtungen in Hamburg; am 4. sprachen Frau Henriette Goldschmidt-Leipzig über Erziehungsberuf und Berufsbildung der Frau, Frau Louise Jessen-Berlin über Ferienkolonieen in socialer Beziehung, Frl. Lehnert über den Berliner Verein der Künstlerinnen und Kunstfreundinnen, und Frl. Marold-Mannheim über den Schutz der Bühnenkünstlerinnen.

Der Verbandstag deutscher Fröbelvereine tagte vom 30. September bis 2. Oktober in Hamburg unter dem Vorsitze des Gymnasialdirektors Dr. Pappenheim-Berlin. Derselbe eröffnete die Reihe der Vorträge mit einer Schilderung der nunmehr abgeschlossenen 25jährigen Thätigkeit des Vereins, 1873 wurde der Verband in Nordhausen beschlossen. Dem Verband gehören zur Zeit 19 Vereine an. Die Verhandlungen gaben Gelegenheit zu eingehenden Erörterungen über die in der Kindergärtnerei wirkenden Methoden und An-

Digitized by Google

schauungen, sowie über die Ausbildung, Aufgabe und soziale Stellung der deutschen Kindergärtnerinnen.

Der Verein zur Förderung der Sonntagsschulsache in Deutschland hielt am 18. Oktober seine 3. Generalversammlung in Berlin unter dem Vorsitze des Grafen v. Bernstorff ab. Der Bericht des Geschäftsführers, Pastor Nürmberger, konnte eine günstige Entwickelung des Vereins konstatieren, u. a. steht die Fertigstellung des vom Verein in Angriff genommenen Baues eines Konfirmandenhauses in der Provinz Posen bevor. Das Vermögen des Vereins beträgt zur Zeit 6200 Mk.

Die 7. Generalversammlung des deutschen Vereins für das Fortbildungsschulwesen fand im Oktober in Erfurt statt. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Fortbildungsschulkurse für Lehrer sollen auch im nächsten Jahre wieder in Leipzig abgehalten werden, auch sollen Mustervorträge für Lehrer und Schülerklassen stattfinden. An die Generalversammlung schloß sich der 3. deutsche Fortbildungsschultag, der nach den Begrüßungsreden verschiedene Vorträge brachte. Oberschulrat Dr. Weygoldt-Karlsruhe schilderte das Fortbildungsschulwesen in Baden, und Schuldirektor Polack-Worbis sprach über das Thema: „Welche Unterrichtsmängel hemmen die Zielerreichung in den Fortbildungsschulen, und wie sind sie zu beseitigen?" In der sich an diesen Vortrag anschließenden Besprechung äußerte man sich ausnahmslos zu Gunsten der obligatorischen Fortbildungsschule. Der Stadtverordnete Sombart-Magdeburg behandelte in seinem Vortrag „die Mittel zur Förderung des Handwerkerstandes". Zum Schluß sprach Schuldirektor Pache-Leipzig über die ländlichen Fortbildungsschulen.

Eine sächsische Landesversammlung von Freunden des Volkswohls und der Mäßigkeitssache, welche Mitte Oktober in Dresden unter lebhafter Teilnahme von Männern und Frauen aller Stände abgehalten wurde, hat nach Erstattung von drei Vorträgen: 1. von Dr. med. Meinert über die Frage: Welcher Trunk nährt, welcher verzehrt? 2 von Pastor Coldit-Chemnitz über die Frage: Wie können wir unser geselliges Leben veredeln? und 3. von Prof. Dr. Böhmert „über die Notwendigkeit der Errichtung einer Trinkerheilstätte im Königreich Sachsen" zur einmütigen Annahme folgender Resolution geführt: „Die Teilnehmer der heute in Dresden abgehaltenen sächsischen Landesversammlung halten es für dringend wünschenswert, daß noch vor der Einführung des deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs, welches die Entmündigung und Unterbringung von Trunksüchtigen in geeigneten Anstalten ermöglicht, eine allen ärztlichen und gerichtlichen Anforderungen entsprechende sächsische Trinkerheilstätte entweder vom Staat oder von Gemeinden oder von gemeinnützigen Privaten und Vereinen unter behördlicher und ärztlicher Überwachung errichtet werde."

Arbeiterfrage.

Versammlungen und Vereinigungen in der Arbeiterfrage. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise trat zum ersten Male und zwar am 27. September in München zu einer Konferenz zusammen. Etwa 150 Vertreter deutscher Arbeitsnachweisstellen und sonstige Interessenten waren anwesend. Die meisten deutschen Staaten hatten Regierungsvertreter zum Kongreß entsendet. Der Kongreß wurde von Dr. Freund-Berlin geleitet, inhaltsreiche, die Wichtigkeit der Frage beleuch-

Digitized by Google

tende Ansprachen hielten der bayrische Minister des Innern v. Feilitzsch und der Bürgermeister von München v. Borscht. Letzterer konnte mit Recht darauf hinweisen, daß das Münchener Arbeitsamt während der 3 Jahre seines Bestehens sich zu einem Musterinstitut entwickelt hat. In seiner Eröffnungsrede betonte Dr. Freund, daß der Arbeitsnachweis zwar nicht mehr Arbeit schaffen könne als vorhanden sei, daß jedoch mit der Übersicht über die freien Arbeitskräfte die Möglichkeit der Schaffung von Arbeitsgelegenheit wachse. Über den ersten Punkt der Tagesordnung referierte Rath Dr. Naumann-Hamburg: „Was können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen?" Während Referent in den von ihm aufgestellten Schlußthesen vor allem den Arbeitsnachweisen die Aufgabe zuweist, der deutschen Landwirtschaft Arbeitskräfte zuzuführen, trat in der Diskussion u. a. Bürgermeister Dr. Thoma-Freiburg i. B. dafür ein, daß die Arbeitsnachweise sich mit der Aufklärung und Belehrung der Arbeitssuchenden befassen sollten. Andere Redner empfahlen, daß die Landwirte selbst mehr zum Festhalten der Arbeiter thun müßten, indem sie bezüglich Lohn, Behandlung, Arbeitszeit sich mehr den Ansprüchen der Industriellen anzupassen hätten. Den zweiten Verhandlungsgegenstand bildete die Arbeitsnachweis-Statistik, über deren Aufgaben der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M., Bleicher, und Privatdozent Dr. Jastrow-Berlin referierten. Beide Redner, in der Diskussion unterstützt durch Prof. v. Mayr-München, von der Goltz-Straßburg und Geheimrat Fuchs-Karlsruhe, traten für möglichst vollständige Registrierung aller Meldungen ein, andererseits wurde auch die Zweckmäßigkeit der Mitteilung und Veröffentlichung von Stimmungsberichten über die einzelnen Arbeits- und Erwerbszweige, wie solches in dem von Dr. Jastrow herausgegebenen Organ „Der Arbeitsmarkt" geschieht, anerkannt. — Hierauf fand eine Erörterung der Frage: „Empfiehlt sich die Gebührenfreiheit bei der Arbeitsvermittelung?" statt. Der Referent, Geheimrat Fuchs-Karlsruhe, sprach für die Durchführung der Gebührenfreiheit, während andere Redner die Erhebung von Gebühren oft als eine Existenzfrage für die Arbeitsnachweisstellen bezeichneten resp. die Erhebung solcher von den Arbeitgebern forderten. Die Themata: „Arbeitsvermittelung für weibliche Personen" und „Errichtung von Arbeitsnachweisen in kleinen Orten" mußten wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt werden. — Eine engere Konferenz der Verbandsmitglieder fand am 28. September statt, in welcher der Vorsitzende als wichtigstes Ergebnis der Hauptversammlung die Einigung über die Notwendigkeit einer Verbindung der Arbeitsnachweise mit der Landwirtschaft bezeichnete. Ein Ausschuß wurde mit der Verarbeitung des Materials, das sich aus den Beratungen ergeben habe, beauftragt. Die „Verhandlungen der ersten Verbandsversammlung deutscher Arbeitsnachweise" sind Mitte Dezember als Nr. 1 der „Schriften des Verbandes ꝛc." erschienen. Berlin, Karl Heymanns Verlag (132 S.).

Der 2. Verbandstag deutscher Baugenossenschaften wurde am 18. und 19. September in Kassel abgehalten. Nach dem Jahresbericht, den Professor Dr. Albrecht als Verbandsdirektor erstattete, gehören dem Verband 26 Genossenschaften an. Behufs Gründung neuer Genossenschaften wurden in verschiedenen Städten Vorträge gehalten, was z. B. in Mühlhausen i. Th. und in Erfurt auch zum erstrebten Ziele führte. Auf Antrag Prof. Albrechts-Berlin wurde beschlossen, an den Reichskanzler eine Petition zu richten, dahin zu wirken, daß § 129 der Novelle

Digitized by Google

zum Alters- und Invaliditätsgesetz eine solche Aenderung erhalte, daß auf die Anstalten ein wirksamerer Druck zu Gunsten der Geldhergabe an Baugenossenschaften als bisher ausgeübt wird. Auf Antrag des Berliner Spar- und Bauvereins und des Bauvereins zu Stralsund wurde ferner der Beschluß gefaßt, den Verband zu einem Revisionsverband zu erweitern. Zum Ort des nächsten Verbandstages wurde Dortmund bestimmt.

Die Generalversammlung des deutschen Vereins „Arbeiterheim", welche am 21. Oktober in Bielefeld stattfand, gab nach einem Vortrage des Stuttgarter Fabrikanten Paul Lechler über „Nationale Wohnungsfürsorge" dem Vereinsvorsitzenden Pastor v. Bodelschwingh Gelegenheit, über die immerhin recht erfreulichen Erfolge des Vereins zu berichten, zu denen u. a. auch die Übernahme eines großen Teils der Häuser der Versuchsstation „Arbeiterheim" durch die Rentenbank gehören. Es sei dies eine Errungenschaft, die allerdings nur durch das freundliche Entgegenkommen der zuständigen Rentenbank möglich gewesen sei. Die Vorteile eines solchen Unternehmens seien immerhin sehr beachtenswert, zumal da, sobald ein Rentengutsgeber da sei, die Rentenbank fast völlig die Finanzierung zu niederem Zins, sowie die Verwaltung übernehme, Auflassungskosten so gut wie völlig wegfielen, der kleine Mann sofort in Besitz seiner Scholle käme u. s. w. Ober-Inspektor Lieber (Vertreter des deutschen Vereins „Arbeiterheim") berichtete sodann an der Hand von statistischen Notizen, daß unter den Hauptstädten Berlin, New-York, Paris, London, der Grund und Boden baulich am meisten in Berlin ausgewuchert werde und daß Berlin pro Hektar ebenfalls mit der Höchstzahl der Einwohner (3175,2) besetzt sei. Seine weiteren Mitteilungen aus den Reiseberichten, die bekannten „Gänge durch Jammer und Not", ließen wieder einen tiefen Blick in das oft entsetzliche Wohnungselend thun, zu dessen Beseitigung der Verein „Arbeiterheim" eine untersuchende, fördernde und beratende Thätigkeit weithin zu entfalten sucht.

Der 3. national-sociale Parteitag nahm am 27. September zu Darmstadt zur Frage des Koalitionsrechts der Arbeiter in folgender Resolution Stellung:

„1. Angesichts der drohenden Verkümmerung des Arbeiterkoalitionsrechts durch eine in Aussicht gestellte Gesetzgebung, welche die Bewegungsfreiheit der Arbeiter, vor allem bei Arbeitseinstellungen, behindern soll, erklären wir es als eine nationale und sociale Pflicht, gegen diese Gesetzgebung zu protestieren, da durch dieselbe dem Werk der Socialreform entgegengearbeitet, die Zurückweisung von Arbeitswilligen durch Unternehmerverbände außer Acht gelassen, dadurch der Vorwurf der Ungerechtigkeit herausgefordert, die Klassengegensätze verschärft und der internationalen Socialdemokratie neue Kraft zugeführt werden wird.

2. Der notwendige Schutz der Arbeitswilligen, die sich eines Streiks enthalten wollen, ist durch die bestehenden Gesetze genügend gesichert. Jeder erneute Versuch in dieser Richtung wird zu einem Übermaß der Macht des Arbeitgebers und steht in direktem Widerspruch zu dem Geist der kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890, deren Verwirklichung wir gemeinsam mit allen socialreformerisch gesinnten Kreisen nach wie vor für notwendig halten.

3. Wir fordern darum alle unsere Gesinnungsgenossen auf, durch Wort und Schrift, vor allem auch in öffentlichen Versammlungen gegen diese neueste Phase

Digitized by Google

des Arbeitertrutzes Widerspruch zu erheben, die Reichstagsabgeordneten ihrer Wahlkreise zum Widerspruch aufzufordern und mit allen Kräften darauf zu dringen, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter durch die deutsche Reichsgesetzgebung nicht geschmälert, sondern erweitert werde."

Auf dem christlich-socialen Parteitage, welcher am 11. Oktober in Gießen stattfand, brachte hinsichtlich der Frage des Koalitionsrechts der Arbeiter Pastor Wahl-Langen folgende Resolution ein: „Der christlich-sociale Parteitag erklärt angesichts der vielfachen, Besorgnis erregenden Kundgebungen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter sichergestellt bleiben muß und daß dem ohne Vertragsbruch eingeleiteten Streik die Berechtigung als eines unter Umständen nicht vermeidbaren Kampfmittels nicht abgesprochen werden kann." Stöcker unterstützte diese Resolution, die darauf einstimmig angenommen wurde. Ebenso einstimmig wurde eine Resolution angenommen zu gunsten eines staatlichen Arbeitsnachweises für Stadt und Land.

Arbeiterschutzbestimmungen. Der „Deutsche Reichsanzeiger" veröffentlichte am 21. Oktober eine „Bekanntmachung über die Beschäftigung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den Ziegeleien." Die Bestimmungen treten am 1. Januar 1899 in Kraft und haben zunächst bis 1. Januar 1904 Gültigkeit.

Totenschau.

Blech, Karl, Pfarrer und Superintendent in Düsseldorf, Präses der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft, † in Bonn am 23. Oktober.

v. Boch, Eugen, Geh. Kommerzienrat, Großindustrieller und Rittergutsbesitzer in Mettlach, bis 1878 an der Spitze der Firma Villeroy & Boch, die gegenwärtig über acht Fabriken (Steingutfabriken in Mettlach und Dresden, Mosaikfabrik, sowie Thonröhren- und Dachziegelfabrik in Mettlach u. s. w.) mit mehr als 5000 Arbeitern und 200 Beamten verfügt. Schöpfer des Museum für Keramik in Mettlach, 1809 zu Septfontaines bei Luxemburg geboren, † in Mettlach am 11. November.

Göße, Dr. phil., Woldemar, Direktor der Lehrerbildungsanstalt des deutschen Vereins für Knabenhandarbeit in Leipzig, Geschäftsführer des Vereins und Herausgeber des Organs desselben: „Blätter für Knabenhandarbeit", seit 1881 ununterbrochen durch Wort, Schrift und That wirkend für die Förderung des erziehlichen Handfertigkeitsunterrichts, geboren am 1. Januar 1843 zu Dresden, † in Leipzig am 14. November. (Siehe den Nekrolog im vorliegenden Heft S. 407.)

Großmann, Ernst, Mitinhaber der Firma C. G. Großmann in Großröhrsdorf i. S., einer der bedeutendsten Fabriken der sächsischen Oberlausitz (mechanische Weberei), verdient insbesondere um die Förderung des Wohles seiner Arbeiter (siehe „Ehrentafel"), † dortselbst am 29. Oktober im Alter von 49 Jahren. (Die Firma ist seit 1890 Mitglied des Centralvereins.)

v. Hardt, Richard, Geh. Kommerzienrat, Inhaber der großen Exportfirma Hardt & Co. in Berlin und New-York, ein eifriger Förderer von Handel und Industrie, dem das Erstarken und Emporblühen des deutschen Ausfuhrhandels mit zu danken ist, Aufsichtsratsmitglied deutscher Bankgesellschaften, lange Jahre Vorsitzender des Ausschusses der Reichsbank u. s. w., Mitarbeiter an vielen gemeinnützigen und

Digitized by Google

wohlthätigen Zwecken dienenden Unternehmungen, auch Förderer der Bestrebungen zur Hebung des Deutschtums in den Ostmarken, † in Berlin am 29. September im 75. Lebensjahre.

Jansen, Dr. Eduard, Geh. Kommerzienrat in Dülken, einer der hervorragendsten Industriellen der Textilbranche, der langjährige Vorsitzende des Vereins für die wirtschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens, am 6. Januar 1830 zu Dülken geboren, † daselbst am 26. Oktober.

Lange, Franz Adolf, Kammerrat, Besitzer des vormals fiskalischen Kupferhammers zu Grünthal im sächsischen Erzgebirge, welches Werk er zu einem der ersten industriellen Etablissements dieser Branche Deutschlands emporhob, † am 14. November in Blasewitz bei Dresden im 84. Lebensjahre.

Meier, H. H., Konsul, Ehrenbürger der Stadt Bremen, Begründer des Norddeutschen Lloyd und der Bremer Bank, Chef des Großkaufhauses und der Rhederei H. H. Meier & Co. in Bremen, um das Aufblühen der alten Hansastadt und von Deutschlands Handel und Schiffahrt hochverdient, jahrelang Präsident des Nordd. Lloyd und der Bremer Bank, ferner des deutschen Handelstages, der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, 1848 und 1867 und später Mitglied des Frankfurter Parlaments resp. des norddeutschen und deutschen Reichstages, am 16. Oktober 1809 zu Bremen geboren, † daselbst am 17. November.

Meyer, Emil, Kommerzienrat, Bergwerks- und Fabrikbesitzer in Weißwasser O.-L., auch hervorragender Förderer der Glasindustrie, † Anfang November zu Görlitz.

Rostosky, Gustav, Kommerzienrat in Niederschlema, langjähriger Leiter der dortigen großen Holzstoff- und Papierfabrik und Vorsitzender des Vereins sächsischer Papierfabrikanten, Mitglied der 2. sächs. Ständekammer, † in Niederlößnitz am 7. November.

Schwarz, Baron Karl, der größte Eisenbahnerbauer und -Unternehmer Österreichs, der als gewöhnlicher Maurergeselle seine Laufbahn in Neu-Tischein begann, † am 24. Oktober in Salzburg.

Weinhöffer, Frau Lisette geb. Koch, welche in den Kriegsjahren 1870/71 sich als Führerin des „Verpflegungsvereins Güstrower Damen" im Samariterdienst Orden und Ehren erwarb und durch ihr wohlthätiges Wirken weit bekannt war, † am 20. Oktober zu Güstrow i. M. im 69. Lebensjahre.

Digitized by Google

Ehren-Tafel.

Abt, Gebrüder, Firma in Forbach, Elsaß, schenkte ein Terrain im Werte von 15 000 Mk. zur Errichtung eines Volkssanatoriums, zu welchem eine reiche Witwe den Betrag von 150 000 Mk. gestiftet hatte.

Bredt s. vom Rath.

Brügmann u. Sohn, Holzhandlungsfirma in Lübeck, errichtete anläßlich des 50jährigen Bestehens mit einem Betrage von 100 000 Mark eine Beamten- u. Arbeiterunterstützungskasse.

Clouth, Franz, Fabrikbesitzer in Köln-Nippes stiftete 100 000 Mark zur Begründung einer Unterstützungskasse für die Beamten und Arbeiter der Firma.

Dingler s. Wolff.

Donner, Dr. Karl, Rentier in Meißen, testierte sein Vermögen im Betrage von 300 000 Mk., von welcher Summe der Betrag von 138 100 Mk. für bestimmte Anstalten und Legate in Abzug zu bringen ist, für die Errichtung eines Volkssanatoriums.

Einhorn s. Göhmann.

Erlenbach, J., Wäschefabrik in Nürnberg, errichtete anläßlich ihres 50jährigen Bestehens eine Stiftung für ihr Personal von 100 000 Mark.

Esche, Dr., Reichstagsabg., Amtsrichter in Dresden, stellte den Betrag von 12 000 Mk. je zur Hälfte den Bezirksausschüssen in Annaberg und Schwarzenberg dergestalt zur Verfügung, daß alljährlich in jedem Bezirk einem erholungsbedürftigen Subalternbeamten oder Handarbeiter die Zinsen gewährt werden sollen.

Göhmann u. Einhorn, Firma in Dresden, errichtete auf der ihr gehörigen Hohenzollerngrube in Oberschlesien mit einem Aufwand von 30 000 Mk. (ohne Gebäude) ein Brausebad.

Großmann, Ernst, Fabrikbesitzer in Großröhrsdorf i. S. (Mitinhaber der Firma C. G. Großmann, welche 1891 den Betrag von 100 000 Mk. zur Errichtung eines Ortskrankenhauses stiftete), testierte den Betrag von 10 000 Mk. für die Gemeindediakonie.

Günther, Franz, Kommerzienrat in Dresden, testierte u. A. 50 000 Mk. zu einem Unterstützungsfonds für ältere Kaufleute und Handwerker.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Die Vorbesitzer der Johannes Haag'schen Röhrenfabrik in Augsburg haben anläßlich der Umwandlung der Fabrik in eine Aktiengesellschaft der Fabrikspensionskasse 50 000 Mk. gespendet.

Hahn, Albert, Geh. Kommerzienrat in Berlin, stiftete ein Legat von 100 000 Mk. zu Gunsten des Fonds für entlassene Zöglinge des jüdischen Waisenhauses.

v. Hirsch, Baron Emil, in München, spendete 2000 Mk. für die Errichtung von Volksküchen dortselbst.

Landmann, Fabrikbesitzer, erster Vorstand der Aussteueranstalt in Fürth, spendete 100 000 Mk. zur Errichtung eines Sanatoriums.

Liebermann, Georg, Fabrikbesitzer in Falkenau, spendete 25 000 Mk. zur Errichtung einer Fabrikbeamten-Unterstützungskasse.

Lüdenscheid. Eine ungenannt bleiben wollende Wohlthäterin stiftete 50 000 Mk. zur Gründung eines Altenheims in der Stadt Lüdenscheid.

Merkel, Moritz, Firma in Mylau, überwies anläßlich der Feier ihres 50jährigen Bestehens ihren Beamten den Betrag von 10 000 Mark zur freien Verfügung.

Milch, Moritz, Kommerzienrat in Berlin, testierte der Stadt Posen 20 000 Mk. für gemeinnützige Zwecke.

Pallenberg, Jacob, Mitinhaber der Firma Heinrich Pallenberg, stiftete anläßlich des 50jährigen Geschäftsjubiläums 50 000 Mk. für eine Arbeiterunterstützungskasse.

vom Rath u. Bredt, Zuckerfabrik, stifteten 100 000 Mk. für eine Arbeiterunterstützungskasse gelegentlich des 100jährigen Geschäftsjubiläums.

Reichardt, Julius, Besitzer der „Dresdener Nachrichten", testierte den Betrag von 100 000 Mk. zur Errichtung einer Unterstützungskasse für die Angestellten, Arbeiter u. Arbeiterinnen der Firma Liepsch u. Reichardt in Dresden.

Sack, Rudolf, Maschinenfabrikant in Leipzig, überwies zum Besten seiner Beamten, Meister u. Arbeiter den Betrag von 100 000 Mark und versprach die Errichtung eines Fabrik-Brausebades.

Schiedges, Peter, Rentner in M.-Gladbach, vermachte dem Wohnungsverein daselbst 20 000 Mk. zur Verbesserung der Arbeiterwohnungsverhältnisse.

Schippan, Alban, Fabrikbesitzer in Freiberg, stiftete zum Andenken an seine verstorbene Ehefrau 8000 Mk. für gemeinnützige Zwecke.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Seebach, Fräulein Wilhelmine, Schwester der verstorbenen Tragödin Marie Seebach, schenkte in Erfüllung des Willens der Letztgenannten dem Berlin-Brandenburger Heilstättenverein den Betrag von 100 000 Mk.

Simon, Louis, Geh. Kommerzienrat in Berlin, stiftete anläßlich seines 70. Geburtstages ein Kapital von 100 000 Mk. zu gunsten seiner Angestellten.

Steffens, Historienmaler in Danzig, schenkte der genannten Stadt 50 000 Mk. zur Errichtung eines Volksparkes.

Sturm, Louis, Stadtrat in Döbeln, vermachte dem dortigen Bürgerhospital den Betrag von 6000 Mk.

Wächtersbacher Steingutfabrik-Besitzer stiftete 50 000 Mk. zur Begründung einer Arbeiterpensionskasse.

Wagenführ, Fräulein Katharina, Mitbesitzerin des Eisenhütten- und Emaillierwerkes Tangerhütte, stiftete anläßlich ihrer Vermählung 100 000 Mk. zu einer Arbeiter-Unterstützungskasse.

Werner, Georg, Fabrikbesitzer in Berlin, schenkte 25 000 Mk. zur Errichtung einer Arbeiterstiftung als Andenken an seinen verstorbenen Vater.

Wolf, Kommerzienrat in Magdeburg, der erst im Vorjahre der Pensions- und Unterstützungskasse seiner Fabrik 50 000 Mk. spendete, überwies anläßlich der Feier seiner Silberhochzeit derselben Kasse weitere 50 000 Mk.

Wolff, J. K, Kommerzienrat u. Jul. Dingler sen. in Zweibrücken überwiesen anläßlich der Umwandlung ihrer Fabrik in eine Aktiengesellschaft den Betrag von 50 000 Mk. zu einer Beamten- und Arbeiter-Versorgungskasse.

Wünsche's, Hermann, Erben in Ebersbach überwiesen auch in diesem Jahre ihrer Arbeiter-Altersversorgungskasse (Bestand 162 760 Mark) den Betrag von 10 000 Mk.

Zimmermann, Privatier in Augsburg, vermachte der Stadt 45 000 Mk. zur Unterstützung Bedürftiger und zur Verteilung von Prämien an junge Gewerbtreibende.

Zimmermann, weil. Stadtrat in Danzig, begründete mit 15 000 Mk. eine Stiftung zu Gunsten weiblicher Dienstboten.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Auf Grund veröffentlichter Geschäftsabschlüsse deutscher Aktiengesellschaften vom 1. Juli, 1. Oktober u. 31. Dezember d. J. verzeichnen wir, alphabetisch nach dem Sitze der A.-G. aufgeführt, folgende außerordentliche Zuwendungen derselben für die Wohlfahrt ihrer Beamten und Arbeiter, sowie für gemeinnützige Zwecke:

Annaburg. Steingutfabrik: 10 200 Mk. für Arbeiterwohnungen.

Aplerbeck. Aplerbecker Hütte: 22 439 Mk. für Gewinnbetheiligung, Belohnungen und gemeinnützige Zwecke.

Augsburg. Gesellschaft für Gasindustrie: 15 000 Mk. an die Arbeiterunterstützungskasse.

— Maschinenfabrik: 50 000 Mk. für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, 21 698 Mk. für gemeinnützige Zwecke. (Vermögen der Arbeitersparkasse beträgt 209 420 Mk.)

— Maschinen- und Bronzewarenfabrik vormals L. A. Riedinger: 15 000 Mk. f. d. Arbeiter-U.-Fonds.

— Zahnräderfabrik vorm. Joh. Renk: 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Berlin. Deutsche Gasglühlichtgesellschaft: 21 000 Mk. dem Unterstützungsfonds und für Remunerationen.

— Akkumulatorenfabrik: 73 000 Mk. für Unterstützungen und Gratifikationen.

— Berliner Elektrizitätswerke: 81 900 Mk. Gratifikationen an Beamte und Dotierung des Pensionsfonds, 30 000 Mk. Beitrag zu der Stiftung für weibliche Angestellte und Angehörige, resp. Hinterbliebene von Angestellten.

— Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G.: 50 000 Mk. dem Beamten-Unt.-Fonds, 30 000 Mk. dem Arbeiter-Unt.-Fonds.

— Brauerei Pfefferberg: 5000 Mk. dem Unterstützungsfonds f. Beamte u. Arbeiter, 10 000 Mk. für Gratifikationen zur Verfügung der Direktion.

— Schultheiß-Brauerei: 100 000 Mk. an den Beamten-Unt.-Fonds.

— Brauerei Friedrichshöhe, vorm. Patzenhofer: 10 000 Mk. Gratifikationen.

— Allgem. Lokal- u. Straßenbahn-Gesellschaft: 10 000 Mk. dem Beamten-Unterst.-Fonds.

— Aktienbrauerei Friedrichshain: 5000 Mk. Gratifikation an Beamte.

— Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft: 225 000 Mk. für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen.

— Maschinenbau-A.-G. vorm. Schwartzkopf: 25 000 Mk. dem Gratifikationskonto für Beamte.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Bochum. Westfälische Stahlwerke: 25 000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-U.-Fonds.

Braunschweig. A.-G. für Jute- und Flachsindustrie: 60 000 Mk. Gratifikationen für die Arbeiter, 12 000 Mk. Gratifikationen für die Beamten, 3000 Mk. für gemeinnützige Anstalten, 10 000 Mk. dem Arbeiter-U.-Fonds, 30 000 Mk. zur Errichtung einer Beamten-Unterstützungskasse.

Chemnitz. Sächsische Maschinenfabrik: (außer 120 888 Mk. für die gesetzlich. Versicherungszwecke): 25 866 Mk. für besondere Kranken- und Invaliditätsversicherung, sowie für Lebensversicherungspolicen der Beamten und Arbeiter.

Culm a. W. Höcherlbräu: 3000 Mk. Gratifikationen an Beamte.

Culmbach. Exportbrauerei, vorm. Rizzi: 9000 Mk. f. Gratifikationen, 4000 Mk. an den Arbeiter-U.-Fonds.

— Reichelbräu: 10 000 Mk. dem Arbeiter-U.-Fonds.

Dessau. Aktienbrauerei zum „Feldschlößchen": 2340 Mk. für Gratifikationen.

Dortmund. Eisen- u. Stahlwerk Hoesch: 47 012 Mk. Zuwendung zur Hoesch-Stiftung (Bestand 154 531 Mk.), 100 000 Mk. zur Beamtenpensionskasse.

— Maschinenfabrik „Deutschland": 5000 Mk. für Belohnungen, 4239 Mark für die Beamten-U.-Kasse.

Dresden. Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik: 10 000 Mk. zur Begründung eines Beamten-U.-Fonds, 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

— Papierfabrik: 5000 Mk. dem Konto für Unfälle u. Unterstützungen, 3000 Mk. der Beamten-Pensionskasse.

Frankenthal. Maschinen- u. Armaturfabrik vorm. Klein, Spanglin u. Becker: 10 000 Mk. für Ausbildung der Söhne von Beamten und Arbeitern zu Werkmeistern (im Vorjahre mit 75 764 Mk. dotiert), 1000 Mk. für gemeinnützige Vereine.

— Zuckerfabrik A.-G.: Jubiläumsstiftung von 800 000 Mk. für eigene und für städtische Wohlfahrtseinrichtungen.

Frankfurt a. M. Bierbrauereigesellschaft: 15 000 Mk. für Gratifikationen an Beamte.

Fürth. Aktienbrauerei vorm. Gebr. Grüner: 3000 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Gelsenkirchen. Gußstahl- und Eisenwerke vorm. Munscheid u. Co.: 20 000 Mk. dem Beamtenpensions- und Arbeiter-Unterst.-Fonds.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Golzern. Maschinenbauanstalt: 4000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Görlitz. Aktienbrauerei: 10 000 Mk. dem Beamten- und Arbeiter-Unterst.-Fonds.

Gütersloh. Vogl u. Wolf: 5000 Mk. zur Bildung einer Arbeiter-Unterst.-Kasse.

Hamburg. Transport-A.-G. vorm. Hevecke: 1000 Mk. dem Unterstützungsfonds für die Angestellten.

— Aktienbierbrauerei: 10 930 Mk. dem Gratifikations- und Unterstützungsfonds-Konto.

— „Kleinflottbeck. Exportbrauerei Teufelsbrücke: 2186 Mk. an Beamten-Gratifikationen.

Hanau. Hofbräuhaus: 4000 Mk. als Gratifikationen an Beamte.

Hannover. Portland-Cementfabrik: 20 000 Mk. zu Vergünstigungen für ältere Arbeiter.

Harburg a. E. Vereinigte Gummiwarenfabriken Harburg-Wien: 20 000 Mk. an die Pensions- u. Witwenkasse für Beamte und Meister, 27 079 Mk. an den Beamten-Gratifikationsfonds.

Haspe. Eisen- u. Stahlwerk: 3000 Mk. für gemeinnützige Zwecke.

Heilbronn. Zuckerfabrik: 8500 Mk. an Gratifikationen für die Beamten und Arbeiter.

Hildesheim. Aktienbrauerei: 2000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Hohenkrug. Pommersche Papierfabrik: 2000 Mk. für Arbeiterwohlfahrtszwecke.

Hörde. Bergwerks- u. Hüttenverein: 200 000 Mk. für eine Beamten-Pensionskasse.

Kahla. Porzellanfabrik: 33 000 Mk. für Gewinnbeteiligungsprämien an die Arbeiter.

Kalk b. Köln. Façoneisenwalzwerk Mannstedt u. Co.: 4000 Mk. f. d. Beamten-Pens.- u. Unt.-Kasse, 3000 Mk. f. d. Arbeiter-U.-Kasse.

Kassel. Jutespinnerei u. Weberei: 6000 Mk. für Gratifikationen an Angestellte u. Arbeiter.

Laar. „Phönix", A.-G. für Bergbau ꝛc.: 50 000 Mk. dem Unterstützungsfonds f. Beamte u. Arbeiter. (Bestand 455 249 Mk.)

Landsberg a. W. Maschinenbauanstalt Pauksch: 37 772 Mk. an Remunerationen für die Beamten, 16 000 Mk. an die Pensions- und Witwenkasse.

Landshut. A.-G. für chemische Produkte, vorm. G. Scheidemantel: 12 000 Mk. für Gratifikationen.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Laurahütte. Vereinigte Königs- und Laurahütte: 300 000 Mk. als außerordentliche Überweisung an die Unterstützungskassen der Beamten und Arbeiter, 64 000 Mk. für Wohlthätigkeitsanstalten.

Leipzig-Reudnitz. Leipziger Bierbrauerei Riebeck u. Co.: 5254 Mk. dem Arbeiter-U.-Fonds, 5000 Mk. dem Beamten-U.-Fonds.

Leipzig-Sellerhausen. Maschinenbauanstalt Kirchner u. Co.: 8000 Mk. zum Beamten- u. Arbeiter-Unterst.-Fonds, 12 000 Mk. Gratifikationen an ältere Beamte u. Arbeiter.

Lichtenfels. Bayrische Bierbrauerei: 2000 Mk. dem Arbeiter-Unterst.-Fonds, 5000 Mk. der Beamten-Pensionskasse.

Linden vor Hannover. Aktienbrauerei: 6899 Mk. dem Beamten- u. Arbeiter-Unterst.-Fonds.

Ludwigshafen a. Rh. Aktienbrauerei: 10 000 Mk. für den Unterstützungsfonds.

Lüneburg. Wachsbleiche J. Börstling: 7325 Mk. d. Gratifikationsfonds.

Mannheim. M. Versicherungs-Gesellsch.: 14 000 Mk. Gratifikationen an die Beamten, 5000 Mk. zum Beamten-Unt.-Fonds.

— Badische A.-G. für Rheinschiffahrt: 10 000 Mk. f. Gratifikationen.

Masmünster. Baumwollspinnerei u. -Weberei vorm. Köchlin u. Co.: 5000 Mk. dem Arbeiterfonds.

Meiderich-Ruhrort. Rheinische Stahlwerke: 60 000 Mk. für Beamtenwohnungen, 20 000 Mk. für Arbeiterwohnungen, 5000 Mk. für Arbeiterwohlfahrtszwecke.

Minden-Hildesheimer Gummiwarenfabriken Gebr. Wetzel: 5000 Mark dem Beamten-U.-Fonds, 5000 Mk. dem Arbeiter-U.-Fonds.

Mülhausen (Elsaß). Baumwollgesellschaft: 20 327 Mk. dem Unterstützungsfonds.

München. Kathreiners Malzkaffeefabriken: 5000 Mk. für die Begründung von Volksküchen in München.

— Salvatorbrauerei: 2000 Mk. dem Arbeiter-Unterst.-Fonds.

— Bürgerliches Brauhaus: 10 000 Mk. dem Fonds für Personalexigenz, 10 000 Mk. der Arbeiter-Unterst.-Kasse.

— Rückversicherungsgesellschaft: 40 000 Mk. zum Erwerb v. Familienhäusern der Beamten.

— Hackerbräu: 40 000 Mk. für Wohlfahrtseinrichtungen für Beamte und Arbeiter, 20 000 Mk. für Gratifikationen zur Disposition der Direktion.

— Löwenbräu: 50 000 Mk. der Beamten- u. Arbeiter-Pensionskasse.

Digitized by Google

Ehrentafel.

Neurode. Kunstanstalten: 5000 Mk. dem Arbeiter-Unterst.-Fonds.

Niederschelden. Charlottenhütte: 11 113 Mk. dem Arbeiter-Unterstützungsfonds.

Nürnberg. Vereinigte Pinselfabriken: 2500 Mk. für Arbeiterwohlfahrtszwecke.

— Deutsche Triumpffahrradwerke: 1655 Mk. für Gratifikationen, 2000 Mk. dem Arbeiterunterstützungsfonds.

— Viktoria-Fahrradwerke: 1468 Mk. dem Arbeiterunterstützungskonto.

Offheim. Zuckerfabrik: 2200 Mk. für Gratifikationen an Beamte, 1000 Mk. für Krankenunterstützung.

Ponarth. Brauerei: 5000 Mk. dem Unterstützungsfonds der Angestellten.

Posen. Bierbrauerei A.-G.: 2800 Mk. für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen.

Rathenow. Optische Industrie-Anstalt: 12 000 Mk. dem Arbeiter-Unterst.-Fonds.

Riesa. Lauchhammer: 25 000 Mk. für Beamtenunterstützungen.

Rixdorf. Vereinsbrauerei: 10 000 Mk. für den Unterstützungsfonds.

Rothe Erde. Aachener Hütten-Aktienverein: 50 000 Mk. zum Pensionsfonds für die Beamten u. Arbeiter.

Speier. Brauerei „zum Storchen": 1500 Mk. Gratifikationen.

Staßfurt. Chemische Fabrik, vorm. Vorster u. Grüneberg: 6000 Mk. zu Unterstützungen.

Stettin. Brauerei-A.-G. „Elysium": 4000 Mk. dem Arbeiter-Wohlfahrtskonto.

Stuttgart. Deutsche Verlagsanstalt: 25 000 Mk. f. Gratifikationen.

Witten. Gußstahlwerk: 25 000 Mk. dem Prämien- und Unterstützungsfonds.

Würzburg. Brauhaus: 5000 Mk. dem Unterstützungsfonds.

Zeitz. Eisengießerei u. Maschinenbauanstalt: 33 767 Mk. an Tantièmen f. d. Beamten, wie im Interesse der Arbeiter, 13 507 Mk. zum Beamten-Pensionsfonds, 8000 Mk. für Arbeiterwohlfahrtszwecke.

Digitized by Google

Zusammenstellung

der in der „**Ehrentafel**" des „Arbeiterfreund" pro 1898 aufgeführten, von Industriellen, Privaten, Aktiengesellschaften **des deutschen Reiches** den Arbeitern und deren Angehörigen resp. den unteren Volksklassen gemachten außerordentlichen Geschenke und Stiftungen.

Anmerkung: Diese Zusammenstellung kann nur auf ungefähre Richtigkeit Anspruch machen, weil die Unterlagen meistens auf in der Tagespresse veröffentlichten Notizen und Geschäftsabschlüssen beruhen. Um für später eine genauere Zusammenstellung bieten zu können, werden die Direktionen der Aktiengesellschaften, sowie die Stifter und Stifterinnen von Beträgen für Arbeiterwohlfahrt und gemeinnützige Anstalten, wie auch die Vollstrecker von Vermächtnissen dieser Art gebeten, der „Redaktion des Arbeiterfreund" gütigst direkt Berichte und genauere Mitteilungen einsenden zu wollen.

Gesamtbetrag aller Geschenke, Stiftungen und Vermächtnisse	Mk.	**27 399 876**
Hiervon entfallen:		
auf allgemeine Arbeiterwohlfahrtszwecke, sowie auf gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	Mk.	8 550 998
auf Begründung und Ergänzung von statutarisch geregelten Pensions- und Unterstützungskassen	„	7 871 115
auf Sanatorien, Erholungszwecke, Krankenpflege	„	4 265 000
auf Zwecke für Erziehung u. Fachbildung	„	2 017 000
auf Altenheime u. Altersversorgung	„	1 070 000
auf Förderung von Kunst u. Wissenschaft	„	870 000
auf Gratifikationen u. Lohnprämien	„	701 563
auf Förderung von Wohnungserwerb	„	520 200
auf Armenunterstützungen	„	407 000
auf Unterstützung von Arbeiter-Hinterlassenen	„	403 000
auf Blindenfürsorge	„	363 000
auf Badeeinrichtungen	„	210 000
auf Volksparks und Verschönerungen	„	96 000
auf Unterstützung für Kleinkaufleute und Kleingewerbtreibende	„	55 000
Sa. w. o.	Mk.	27 399 876

Die Zahl der an diesen Spenden beteiligten Faktoren beläuft sich auf 241, hierunter befinden sich 103 Aktiengesellschaften, 90 private Arbeitgeber resp. deren Rechtsnachfolger und 48 sonstige Personen.

Dezember 1898. P. Schmidt.

Digitized by Google

V. Innere Angelegenheiten des Central-Vereins.

Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses.

Berlin, den 4. November 1898, Königin Augustastraße 25/27 im Reichsversicherungsamt.

(Protokoll-Auszug.)

Anwesend: a) Vom Vorstande: Dr. Herzog, Vorsitzender, Herrfurth, Dr. Neumann, Dr. Rösing, Schrader, Spindler, Weisbach, Dr. Zacher; b) vom Ausschuß: Dr. Albrecht, Dr. Böhmert-Dresden, Goldschmidt, Kohlert, Niethammer-Kriebstein, Graf Pilati-Lüneburg, Rospatt, Sombart-Magdeburg; c) der Vereinssekretär Rüdiger.

Entschuldigt: Jessen, Minlos, Dr. Post, von Schlittgen-Kotzenau, Dr. Schmoller, Seyffardt-Krefeld, Dr. von Studnitz.

Nach Eröffnung der Sitzung um 7 Uhr 10 Minuten gedenkt der Vorsitzende zunächst des verstorbenen Mitgliedes vom auswärtigen Ausschuß, Herrn Geheimen Regierungsrat Knebel-Köln. Die Versammlung ehrt das Andenken desselben durch Erheben von den Sitzen. — Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. 1. Es wird Kenntnis genommen von den Dankschreiben der Herren Geheimen Regierungsrat Dr. Böhmert und Verlagsbuchhändler Simion auf die denselben anläßlich ihrer fünfundzwanzigjährigen Verbindung mit dem Central-Verein zugegangenen Dank- und Anerkennungsschreiben. Herr Dr. Böhmert spricht seinen Dank nochmals persönlich aus.

2. Der preußische Herr Minister des Innern hat dem Verein eine einmalige Beihülfe von 300 Mark gewährt. Man hofft, die Ministerien des Innern und der öffentlichen Arbeiten als ständige Mitglieder zu gewinnen.

3. Betreffs der in der letzten Sitzung angeregten Sammlung und Ordnung der zerstreuten Nachrichten über Schenkungen, Stiftungen, Vermächtnisse und sonstige Widmungen für Wohlfahrts- und andere gemeinnützige Einrichtungen wird von einigen Seiten eine Erweiterung und Vervollständigung der geplanten Veröffentlichungen ins Auge gefaßt, dahingehend, daß auch alle derartige laufende Aufwendungen der Arbeitgeber aufgenommen werden mögen. Die Möglichkeit der Durchführung dieses Vorschlages wird von anderen Seiten bezweifelt. Die Proponenten werden aufgefordert, detaillierte Vorschläge zu

Digitized by Google

machen. Eventuell soll nach dem Vorschlage des Herrn Dr. Böhmert am Schlusse jedes Jahres eine übersichtliche Darstellung der bekannt gewordenen Aufwendungen für Arbeiterwohlfahrt im „Arbeiterfreund" gegeben werden.

4. Einem Ansuchen der Bibliothek-Kommission der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur um eine Beihülfe zur Förderung der von ihr geleiteten öffentlichen Lesehalle, wird durch Bewilligung von 200 Mark aus der für solche Zwecke bestimmten Bernstein-Stiftung entsprochen.

II. Herr Fabrikbesitzer Rudolf Blanckertz hat die in der vorigen Sitzung auf ihn gefallene Wahl als Mitglied des Berliner Ausschusses angenommen. Die sonst erforderlichen Ersatzwahlen sollen bis zur nächsten ordentlichen allgemeinen Versammlung der Mitglieder ausgesetzt bleiben.

III. Die Prüfung der Rechnung für das Jahr 1897 und der Kasse hat am 28. Juni d. J. durch die ernannten Revisoren stattgefunden. Dem Schatzmeister wurde die Entlastung für 1897 erteilt.

IV. Es wird beschlossen, die diesjährige ordentliche allgemeine Versammlung der Mitglieder am 9. Dezember, abends 7 Uhr, Königin Augustastraße 25/27 im Reichsversicherungsamt mit der Tagesordnung 1. Jahresbericht, 2. Wahlen abzuhalten.

V. Ein von dem Bezirksverein (Berlin und Umgegend) des deutschen Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke eingegangenes Gesuch um eine Beihülfe zur Förderung der Errichtung einer Trinkerheilanstalt für Berlin und Umgegend wird, unter Anerkennung der Nützlichkeit und Notwendigkeit solcher Anstalten, abschlägig beschieden, weil die Geringfügigkeit der dem Centralverein zur Verfügung stehenden Mittel den Zweck wirksam zu fördern, nicht ermögliche, dessen gesetzliche Sicherung überdies Sache öffentlicher (kommunaler oder provinzialer) Verbände sei.

VI. Herr Schrader, als Berichterstatter der dafür berufenen Kommission machte Mitteilungen über den Fortgang der Entwickelung des Haushaltungs-Unterrichtes. Er verweist auf die im „Arbeiterfreund" veröffentlichten Reskripte der preußischen Ressort-Minister und berichtet, daß die Einrichtung in immer weiteren Kreisen Eingang gefunden habe und der Haushaltungs-Unterricht insbesondere in die Gemeindeschulen in wachsendem Umfange eingefügt werde, was die Richtigkeit der Überzeugung des Vorstandes und Ausschusses von der Nützlichkeit und wohlthätigen Wirksamkeit dieser Einrichtung darthue. Allerdings seien noch manche Schwierigkeiten zu überwinden, namentlich fehle es an Lehrerinnen und an der Verbindung der Schule mit praktischer Thätigkeit. In diese Verhältnisse könne aber der Centralverein nicht eingreifen, er werde sich vielmehr vor der Hand genügen lassen müssen, zur Förderung der Sache bis zu deren gegenwärtigem, immerhin sehr günstigem Stande durch seine Anregung beigetragen zu haben. Er beantrage, den Gegenstand bis auf weiteres von der Tagesordnung abzusetzen, wogegen Widerspruch nicht erhoben wird.

Dem Ersuchen des Vorsitzenden und des Herrn Dr. Böhmert, seinen Vortrag im „Arbeiterfreund" zu veröffentlichen, will Herr Schrader entsprechen.

Digitized by Google

VII. Anknüpfend an die Verhandlung in voriger Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß der Verband deutscher Wohlfahrts-Vereine sich konstituiert, den Entwurf des Statuts angenommen und inzwischen die Bestandsaufnahme der gemeinnützigen Wohlfahrts- und Fürsorge-Vereine zunächst in der Provinz Hannover in Angriff genommen habe. Für die Durchführung sei daselbst ein Komitee gebildet, dessen Vorsitz zu übernehmen sich der Herr Oberpräsident bereit erklärt habe; man werde noch in diesem Jahre an die Arbeit gehen. Der Vorsitzende erinnerte an den Beschluß des Vorstandes und Ausschusses, sich an den Kosten der Arbeit mit einem Betrage bis zu 1500 Mark zu beteiligen und bat um die Ermächtigung, diese Summe oder einen Teil davon nach Bedarf zur Zahlung anweisen zu dürfen.

Diese Ermächtigung wurde erteilt.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 10 Min.

v. w. o.

Dr. Herzog,	Dr. Rösing,	Rüdiger,
Vorsitzender.	Schriftführer.	Sekretär.

Ordentliche allgemeine Versammlung der Mitglieder.

Berlin, den 9. Dezember 1898, abends 7 Uhr. Königin-Augustastraße 25/27 (im Reichsversicherungsamt).

Der Vorsitzende des Vorstandes, Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär a. D. Dr. Herzog, eröffnet die Versammlung mit einer Begrüßung der Anwesenden. Er teilt mit, daß die öffentliche Bekanntmachung dem Statut entsprechend in zwei Berliner und in zwei anderen deutschen Zeitungen, nämlich in der National-, der Vossischen, der Kölnischen und der Magdeburgischen Zeitung stattgefunden hat, und daß die betreffenden Belagsblätter vorliegen.

Demnächst erstattet er

I. den Jahresbericht. In der auf die vorjährige allgemeine Versammlung am 3. Dezember 1897 folgenden Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses konstituierte sich der Vorstand; es wurden für die Amtszeit 1898 zum Vorsitzenden Staatssekretär a. D. Dr. Herzog, zum Stellvertreter desselben Staatsminister Herrfurth, zum Schriftführer Präsident Dr. Rösing und zum Schatzmeister Rentier Valentin Weisbach wiedergewählt. Der Vereinssekretär Rüdiger wurde von neuem bestätigt.

Die von der vorigen allgemeinen Versammlung in den Vorstand und Ausschuß gewählten Mitglieder haben sämtlich die Wahl angenommen. Dem Auftrage derselben Versammlung entsprechend hat der vereinigte Vorstand und Ausschuß in der Sitzung am 7. Mai d. J. die Ergänzungswahl von zwei Mitgliedern in den Berliner Ausschuß vollzogen; die gewählten Herren, Fabrik-

Digitized by Google

besitzer Rudolph Blanckertz und Fabrikbesitzer Dr. Edmund Lachmann, haben ihr Amt angetreten. Beide Herren sind heute zum ersten Male erschienen und werden vom Vorsitzenden begrüßt.

Der Ausschuß der auswärtigen Mitglieder hat den Geheimen Regierungsrat Knebel-Köln, der während der Zeit seiner Zugehörigkeit zum Ausschuß mit regem Interesse an den Verhandlungen teilgenommen hat, durch den Tod verloren. Ferner ist Herr Fabrikbesitzer Seyffardt-Krefeld aus Altersrücksichten ausgetreten. Für beide Stellen werden Neuwahlen stattzufinden haben.

Die Zahl der Mitglieder des Central-Vereins, deren Namen im vierten Heft des „Arbeiterfreund" für 1897 bekannt gemacht sind, war Ende vorigen Jahres 1005. Zur Gewinnung neuer Mitglieder wurden im verflossenen Winter Einladungen versandt, um deren Verbreitung sowohl direkt als auch durch Mitteilung von geeigneten Adressen sich mehrere Mitglieder des Vereins in dankenswerter Weise bemüht haben. Es wurden 105 neue Mitglieder gewonnen. Dagegen betrug der Abgang durch Tod und freiwilligen Rücktritt 39, so daß ein Gewinn von 66 Mitgliedern zu verzeichnen war. Die Gesamtzahl der Mitglieder für das Jahr 1898 beträgt nach dem heutigen Stande 1071. Nach der bisher üblichen Einteilung entfallen auf:

		gegen 1897	Zugang	Abgang
A. Behörden, Körperschaften, Vereine ꝛc. .	213	194	19	—
B. Aktien- und andere Gesellschaften . .	176	146	30	—
C. Ständige Mitglieder	5	6	—	1
D. Persönliche Mitglieder in Berlin und Vororten	225	226	—	1
E. Persönliche Mitglieder im preußischen Staat	257	250	7	—
F. Persönliche Mitglieder in anderen deutschen Staaten	188	175	13	—
G. Persönliche Mitglieder im Ausland .	7	8	—	1
	1071	1005	69	3

Um die Abgänge, welche für das nächste Jahr bereits vorgemerkt sind und erfahrungsmäßig außerdem noch eintreten werden, durch den Gewinn an neuen Mitgliedern auszugleichen, wird vom Vorstande eine abermalige Versendung von Einladungen zum Beitritt in Erwägung gezogen werden.

Die Rechnung der Kasse für das Jahr 1897 ist am 28. Juni d. J. durch die gewählten Revisoren, Herren Geheimen Kommerzienrat Spindler und Landes-Ökonomierat Nobbe, bei gleichzeitiger Vornahme einer Kassenrevision geprüft worden. Dem Schatzmeister wurde in der Sitzung am 4. November d. J. die Entlastung für 1897 erteilt.

Die Rechnung für 1897 schließt ab mit einem Vermögensbestande von Effekten im Nennwerte von 38 000 Mk. und einer Hypothek von 50 000 Mk., zusammen 88 000 Mk. Nennwert. In dieser Summe ist enthalten das

Digitized by Google

W. Borchertsche Legat von 15 000 Mk., welches unveräußerlich ist, dessen Zinsen aber für die allgemeinen Zwecke des Central-Vereins verwendet werden können, ferner die Professor Bernstein-Stiftung mit 7000 Mk., wovon 5000 Mk. unveräußerlich, 2000 Mk. aber und die gesamten Zinsen aus dem Stiftungskapitale für den besonderen Zweck der Stiftung — die Förderung des Erholungs- und Bildungsbedürfnisses der arbeitenden Bevölkerung — verwendbar sind. Die im Jahre 1897 aufgekommenen Zinsen dieser Stiftung im Betrage von 350 Mk. sind — nebst einem Zuschuß aus den sonstigen Mitteln des Vereins von 150 Mk. — der öffentlichen Lesehalle in der Neuen Schönhauserstraße in Berlin zugewendet worden.

Die laufenden Einnahmen, welche sich zusammensetzen aus den Zinsen mit 3444 Mk. und den Jahresbeiträgen der Mitglieder 12 557 Mk., betrugen 16 001 Mk.

Die laufenden Ausgaben für die Zwecke des Vereins und dessen Verwaltung betrugen 15 745 Mk., und es verblieb ein Ueberschuß von 256 Mk.

Das Hauptunternehmen des Central-Vereins ist nach wie vor die Herausgabe seiner Zeitschrift, des in Vierteljahrsheften erscheinenden „Arbeiterfreund“: Seit nunmehr 25 Jahren hat Herr Geheimer Regierungsrat, Professor Dr. Victor Böhmert in Dresden die Redaktion geleitet und Herr Verlagsbuchhändler Leonhard Simion in Berlin mit gewissenhafter Erfüllung seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen den Druck und Verlag besorgt. Den beiden Herren wurde seitens des Vorstandes und Ausschusses Dank und Anerkennung mündlich und schriftlich ausgedrückt.

Von dem „Arbeiterfreund“ wurden im Jahre 1897 im Ganzen 1187 Exemplare abgesetzt. Davon entfallen auf den Bedarf des Central-Vereins für seine Mitglieder und an sonstigen im Interesse der Sache gewährten Freiexemplaren für Behörden, Institute, Vereine 1025 Exemplare. Von dem Verleger wurden 162 Exemplare abgesetzt. Für die Herstellung und Versendung der Zeitschrift, sowie für die Beihülfe zur Fortführung des anderen, gleichfalls von Herrn Dr. Böhmert geleiteten Organs des Central-Vereins, der „Socialkorrespondenz“, ist vom Vorstande ein Maximalkostenbetrag ausgesetzt worden. Innerhalb dieses Gesamtbetrages ist die Beihülfe für die, „Socialkorrespondenz“ mit 2000 Mk. vorgesehen, jedoch mit der Maßgabe daß, wenn die Aufwendung für den „Arbeiterfreund“ allein eine Höhe erreicht, die bei Festhaltung des Maximalgesamtbetrages die Beihülfe für die „Socialkorrespondenz“ in dem vorgesehenen Betrage nicht zuläßt, diese Beihülfe eine entsprechende Herabsetzung zu erleiden hat. Im Jahre 1897 war letzteres nicht der Fall und konnte daher, wie in den Vorjahren, der volle Betrag von 2000 Mk. an die „Socialkorrespondenz“ gewährt werden.

Sitzungen des Vorstandes und Ausschusses haben seit der letzten ordentlichen allgemeinen Versammlung dreimal stattgefunden: am 3. Dezember 1897, 7. Mai und 4. November 1898.

Digitized by Google

Zu erwähnen sind zwei einmalige Zuwendungen von je 300 Mk., welche dem Central-Verein von Frau Olga Schiff, der Gemahlin des verstorbenen früheren Mitgliedes Rentier Schiff, und von dem preußischen Herrn Minister des Innern gewährt worden sind.

Im Laufe der Verhandlungen wurde der Vorschlag gemacht, die zerstreuten Nachrichten über Schenkungen, Stiftungen, Vermächtnisse und sonstige Widmungen für Wohlfahrts- und andere gemeinnützige Einrichtungen in zweckmäßiger Weise zusammenzustellen und die Zusammenstellungen periodisch im „Arbeiterfreund" zu veröffentlichen, um einen Überblick zu gewinnen, in welchem Umfange Aufwendungen insbesondere von seiten der Arbeitgeber zum Besten der Arbeiterschaft freiwillig gemacht werden, und um Anregung zu weiteren Widmungen für die Wohlfahrtspflege zu geben. Die Ausführung des Vorschlages steht in Beratung.

Sodann wurden die Bemühungen um die in dem Programm von 1895 bezeichneten nächsten Aufgaben fortgesetzt, nämlich:

1. die Förderung der Bestrebungen für die Veredelung des Bildungs- und Erholungsbedürfnisses der weniger bemittelten Bevölkerungsklassen;
2. die Förderung des Unterrichts in der Haushaltung und in der Gesundheitspflege;
3. das Zusammenwirken der in ihren Zwecken verwandten Vereine.

Der zuerst erwähnten wurde gedient durch die Gewährung von Beihülfen an bestehende, bezw. zu begründende Einrichtungen, indem aus den Mitteln der für diesen besonderen Zweck bestimmten Professor Bernstein-Stiftung außer den schon erwähnten Zuwendungen aus den Zinsen, von dem ursprünglichen Stiftungskapital von 10 000 Mk. ein Betrag von 3000 Mk. für die Neueinrichtung einer Volkslesehalle abgegeben wurde.

Die Einführung des Haushaltungs-Unterrichts in die Volksschule wurde weiter verfolgt in Anlehnung an die ausführlichen Berichte, welche von dem Referenten der dafür ernannten Kommission, Herrn Schrader, erstattet wurden. Es ergab sich, daß die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der Einrichtung in wachsendem Umfange erkannt wird, und daß der Einführung des Haushaltungs-Unterrichts außer den finanziellen, im wesentlichen nur schultechnische Schwierigkeiten entgegenstehen, zu deren Beseitigung der Central-Verein nichts beizutragen vermag. Das Ergebnis seiner Beobachtungen wird Herr Schrader im „Arbeiterfreund" veröffentlichen.

Das Zusammenwirken in ihren Zwecken verwandter Vereine ist auch anderweit als dringendes Bedürfnis erkannt. Auf Anregung der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen hat sich im Mai d. J. ein Verband deutscher Wohlfahrtsvereine gebildet, dem sich der Central-Verein angeschlossen hat. Das Statut des Verbandes ist im „Arbeiterfreund" veröffentlicht worden. Der Verband hat sich u. a. die „Sammlung, Ordnung und Veröffentlichung von

Digitized by Google

Angaben über die im Reiche bestehenden gemeinnützigen Wohlthätigkeits- und Fürsorge-Vereine und -Anstalten (Bestandsaufnahme)" als Aufgabe gestellt und zwar hauptsächlich unter Inanspruchnahme privater Kräfte und in der Absicht, durch die Aufnahme zu erreichen, daß den Vereinen ermöglicht werde, sich zusammen zu schließen und einer Zersplitterung auf das gleiche Ziel gerichteter Kräfte vorzubeugen, auch in der Hoffnung, erkennbar werdende Lücken in der Wohlfahrtspflege auszufüllen. Ähnliche Aufnahmen sind in anderen Ländern mit Erfolg durchgeführt und auch in Deutschland vereinzelt unternommen worden. Um Erfahrungen zu sammeln, soll zunächst versuchsweise die Provinz Hannover in Angriff genommen werden. Die Einleitungen dazu sind getroffen, es hat sich in Hannover ein Komitee mit dem Oberpräsidenten an der Spitze gebildet und die Arbeit begonnen.

Da diese Unternehmung mit den Zielen, welche der Central-Verein sich gesteckt hat, zusammentreffen, so ist vom Vorstand und Ausschuß eine Beteiligung an den Kosten bis zu einem Betrage von 1500 Mk. aus den verfügbaren Mitteln des Central-Vereins beschlossen, wovon 500 Mk. bereits eingezahlt worden sind.

Der Vorsitzende stellt den von ihm vorgetragenen Bericht zur Diskussion. Das Wort wird nicht verlangt und es wird danach zu den

II. Wahlen übergegangen.

Die statutmäßige Amtszeit läuft ab für die Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses derjenigen Gruppen, welche in der ordentlichen allgemeinen Versammlung am 4. Dezember 1895, bezw. für diejenigen, welche in diese Gruppen als Ersatz für ausgeschiedene Mitglieder später gewählt worden sind. Davon sind betroffen:

a) Vom Vorstande: die Herren Dr. Röfing, Dr. Schmoller und Spindler.

Es wird Wiederwahl der Genannten durch Zuruf vorgeschlagen. Widerspruch wird nicht erhoben. Der Vorsitzende stellt die Wiederwahl der Ausscheidenden für die Amtszeit 1899, 1900, 1901 fest.

Die anwesenden Herren Dr. Röfing und Spindler nehmen die Wahl an, Herr Dr. Schmoller wird vom Vorsitzenden schriftlich benachrichtigt werden.

b) Vom Ausschuß der Berliner Mitglieder: die Herren Dr. Albrecht, Dr. Hammacher, Jeffen, Nobbe, Schenck, Dr. v. Studnitz.

Auch hierfür wird die Wiederwahl durch Zuruf vorgeschlagen. Widerspruch erhebt sich nicht und der Vorsitzende stellt die Wiederwahl der Ausscheidenden für die Amtszeit 1899, 1900, 1901 fest.

Die anwesenden Herren Dr. Albrecht und Jeffen nehmen die Wahl an. Die Herren Dr. Hammacher, Nobbe, Schenck und Dr. v. Studnitz wird der Vorsitzende schriftlich benachrichtigen.

Digitized by Google

c) Vom Ausschuß der auswärtigen Mitglieder: die Herren Dr. Frhr. v. d. Goltz-Bonn, Kalle-Wiesbaden, Köhn-Nürnberg, Dr. Marcus-Bremen, Graf Pilati-Lüneburg. Eine Stelle dieser Gruppe ist durch den Rücktritt des Herrn Seyffardt-Krefeld frei geworden.

Es wird Wiederwahl der erstgenannten fünf Herren vorgeschlagen. Widerspruch wird nicht erhoben und der Vorsitzende stellt ihre Wahl für die Amtszeit 1899, 1900, 1901 fest. Die erforderlichen Benachrichtigungsschreiben wird der Vorsitzende ablassen.

Es bleibt noch zu wählen ein Mitglied für den zurückgetretenen Herrn Seyffardt-Krefeld in die soeben gewählte Gruppe des auswärtigen Ausschusses mit der Amtszeit 1899, 1900, 1901, und ein Mitglied an Stelle des verstorbenen Herrn Kuebel-Köln in die Gruppe des auswärtigen Ausschusses mit der Amtszeit 1899.

Mit der Begründung, daß möglichst auf Ersatz wieder aus denjenigen Provinzen Bedacht genommen werden möge, denen die Ausgeschiedenen angehört haben, diesem Umstande aber die Versammlung im Augenblick nicht Rechnung zu tragen vermag, wird der Vorschlag gemacht, die erforderlichen Ergänzungswahlen dem Vorstand und Ausschuß zu übertragen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Den Vorstand für das Jahr 1899 bilden hiernach folgende Mitglieder:

1. Dr. Herzog, Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär a. D.
2. E. L. Herfurth, Staatsminister.
3. Dr. Zacher, Kaiserl. Geheimer Regierungsrat.

Zu 1—3 Amtszeit 1899.

4. Dr. Neumann, Sanitätsrat.
5. K. Schrader, Eisenbahn-Direktor a. D.
6. V. Weisbach, Rentier.

Zu 4—6 Amtszeit 1899, 1900.

7. Dr. Rösing, Kaiserl. Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat, Präsident der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds
8. Dr. Schmoller, Universitätsprofessor.
9. E. Spindler, Geheimer Kommerzienrat.

Zu 7—9 Amtszeit 1899, 1900, 1901.

Schluß der Versammlung 7 Uhr 50 Min.

v. w. o.

Dr. Herzog,	Dr. J. Rösing,	Rüdiger,
Vorsitzender.	Schriftführer.	Sekretär.

Digitized by Google

Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses.

Berlin, den 9. Dezember 1898, Königin Augustastraße 25/27, im Reichsversicherungsamt.

(Protokoll-Auszug.)

Anwesend: a) vom Vorstande: Dr. Herzog, Vorsitzender, Herrfurth, Dr. Rösing, Spindler, Weisbach, Dr. Zacher; b) vom Ausschuß: Dr. Albrecht, Blanckertz, Dr. Böhmert-Dresden, Jessen, Dr. Lachmann, Mugdan, Niethammer-Kriebstein, Rospatt; c) der Vereinssekretär Rüdiger.

Entschuldigt: Dr. Genfel-Leipzig, Goldschmidt, Kalle-Wiesbaden, Kohlert, Graf Pilati-Lüneburg, Dr. Post, von Schlittgen-Kotzenau, Sombart-Magdeburg, Dr. von Studnitz.

Nach dem Schlusse der ordentlichen allgemeinen Versammlung der Mitglieder eröffnet der Vorsitzende die Sitzung um 7 Uhr 55 Minuten und bemerkt, daß die neugewählten Herren Fabrikbesitzer Blanckertz und Fabrikbesitzer Dr. Edmund Lachmann in den Ausschuß eingetreten sind.

Demnächst konstituiert sich der Vorstand für das Jahr 1899. Es werden zum Vorsitzenden Staatssekretär a. D. Dr. Herzog, zum stellvertretenden Vorsitzenden Staatsminister Herrfurth, zum Schriftführer Präsident Dr. Rösing, zum Schatzmeister Rentier Valentin Weisbach wiedergewählt.

Der Vereinssekretär Rüdiger wird wiederum bestätigt.

1. Der Vorsitzende verliest ein Dankschreiben der Bibliothek-Kommission der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur für die in voriger Sitzung zur Förderung der Lesehalle in der neuen Schönhauserstraße in Berlin gewährte Beihülfe von 200 Mark.

Einem Ersuchen des Vorstandes des Berliner Frauenvereins um Beteiligung an einer an den Herrn Reichskanzler zu richtenden Petition, betreffend die Ergreifung von Maßregeln zur Beseitigung der Fleischnot, wird beschlossen, nicht zu entsprechen.

Die seit der letzten Sitzung eingegangenen Drucksachen sind zur Kenntnisnahme ausgelegt.

2. Der Entwurf des Etats für 1899, dessen Inhalt der Schatzmeister vorträgt, wird vorgelegt. Danach besteht das Vereinsvermögen aus 38000 Mk. Nennwerth in Effekten und einer Hypothek von 50000 Mk., zusammen 88000 Mk. Die Einnahmen an Zinsen betragen 3131 Mk., der Jahresbeiträge der Mitglieder 13355 Mk., die Gesamteinnahmen 16486 Mk.

Bei den Ausgaben sind die gleichen Beträge wie im Vorjahre in Ansatz gebracht, nur die für den besonderen Zweck der Bernstein-Stiftung zu verwendenden Zinsen des Stiftungskapitals sind der um 3000 Mk. stattgefundenen Verminderung des letzteren entsprechend herabgesetzt. Bei dem Dispositionsfonds sind außer den üblichen 2000 Mk. für die „Socialkorrespondenz" noch

Digitized by Google

1000 Mk. als Rest von der für die Bestandsaufnahme in Hannover bewilligten Summe vorweg ausgeschieden, wonach für andere Zwecke ein Betrag von 2951 Mk. übrig bleibt.

Der vorgelegte Etat wird ohne Diskussion in Einnahme und Ausgabe auf 16 486 Mk. festgestellt und genehmigt.

3. In Ausführung des in voriger Sitzung angenommenen Vorschlages sind die Proponenten zur Beratung über einen die Veröffentlichung der Aufwendungen für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen im „Arbeiterfreund" betreffenden detaillierten Vorschlag zusammengetreten.

Aus ihrem Bericht geht hervor, daß zwar eine eingehende Beratung stattgefunden, indessen zu einem Abschluß noch nicht geführt hat. Vor der Hand wünscht die Kommission

1. eine Verlängerung der Frist für Einbringung der Vorschläge,
2. eine Kooptation nach ihrem Ermessen von Persönlichkeiten, deren Lebensstellung eine richtige Beurteilung der Sachlage voraussetzen läßt.

Diesen Wünschen wurde seitens der Versammlung nichts entgegengestellt und die Proponenten wurden ersucht, demnächst weitere Vorschläge auch bezüglich der Kostenfrage zu machen.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

v. w. v.

Dr. Herzog, Vorsitzender. — Dr. Rösing, Schriftführer. — Rüdiger, Sekretär.

Digitized by Google

Verzeichnis der Mitglieder im Vereinsjahre 1898.

A. Behörden, Körperschaften und Vereine.

a. Berlin.

1. Königliches Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin; '98.
2. Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin; '89.
3. Reichsversicherungsamt, W. Königin Augustastraße 25—27; '90.
4. Central-Ausschuß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche zu Berlin, W. Genthinerstr. 38; '90.
5. Landwirtschaftlicher Provinzial-Verein für die Mark Brandenburg und die Niederlausitz (vertreten durch seinen Generalsekretär, Königl. Landes-Ökonomierat Dr. Freiherrn von Canstein) NW. Werftstraße 91; '92.
6. Älteste der Kaufmannschaft von Berlin, C. Neue Friedrichstraße 51; '95. **(50 Mk. Jahresbeitrag.)**
7. Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg in Berlin, Matthäikirchstr. 19; '98.

b. Provinz Ostpreußen.

8. Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Königsberg; '64.
9. Vorsteheramt der Kaufmannschaft in Königsberg; '64.
10. Ostpreußischer landwirtschaftlicher Centralverein in Königsberg, Lange Reihe 3; '72.
11. Magistrat zu Memel; '86.
12. Königliche Regierung zu Königsberg; '90.
13. Königliche Regierung zu Gumbinnen; '92.
14. Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Ostpreußen zu Königsberg i. Pr.; '94.
15. Königliche Eisenbahn-Direktion in Königsberg i. Pr.; '95.

c. Provinz Westpreußen.

16. Magistrat der Stadt Danzig; '80.
17. Königliche Regierung zu Danzig; '89.
18. Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Danzig; '90.
19. Magistrat zu Thorn; '92.
20. Königliche Eisenbahn-Direktion zu Danzig; '98.
21. Magistrat der Stadt Elbing; '98.

d. Provinz Brandenburg.

22. Handwerker-Verein in Luckenwalde; '73.
23. Verein für Handel und Gewerbe (Vorsitzender: Ober-Ingenieur Artelt) in Potsdam, Lennéstraße; '73.
24. Magistrat der Stadt Guben; '74.
25. Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Frankfurt a. O. (Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Adolph); '75.
26. Magistrat in Brandenburg a. H.; '77.

Digitized by Google

27. Magiſtrat der Reſidenzſtadt Potsdam; '80.
28. Magiſtrat zu Frankfurt a. O.; '83.
29. Magiſtrat zu Eberswalde; '86.
30. Königliche Regierung zu Frankfurt a. O.; '90
31. Königliche Regierung zu Potsdam; '92.

e. Provinz Pommern.

32. Magiſtrat der Stadt Greifswald; '75.
33. Verſteheramt der Kaufmannſchaft in Stettin; '78. **(30 Mk. Jahresbeitrag.)**
34. Königl. Regierung zu Stralſund; '80.
35. Königl. Regierung zu Köslin; '89.
36. Haupt-Direktorium der Pomm. Ökonomiſchen Geſellſchaft (Vorſ. von Below-Saleske) zu Stettin, Kronenhofſtraße 12; '90. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
37. Königliche Regierung zu Stettin; '92.
38. Landwirtſchaftskammer für die Provinz Pommern in Stettin, für dieſelbe Herr von Wolffradt in Greifswald; '95. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
39. Königliche Eiſenbahn-Direktion zu Stettin; '98.

f. Provinz Poſen.

40. Magiſtrat der Stadt Bromberg; '64.
41. Handelskammer in Poſen, Wilhelmsplatz 19; '64.
42. Magiſtrat der Stadt Poſen; '79.
43. Königliche Regierung zu Bromberg; '92.
44. Provinzial-Verband der Provinz Poſen (vertreten durch den Landeshauptmann) in Poſen; '94.
45. Königliche Eiſenbahn-Direktion in Poſen; '95.

g. Provinz Schleſien.

46. Handelskammer in Breslau; '58.
47. Gewerbe-Verein in Kattowitz; '64.
48. Verein zur Förderung des Wohles der arbeitenden Klaſſen im Kreiſe Waldenburg i. Schl. zu Waldenburg; '78.
49. Königl. Eiſenbahn-Direktion zu Breslau; '83.
50. Gewerbe-Verein zu Beuthen O. Schl.; '83.
51. Magiſtrat zu Ratibor; '86.
52. Magiſtrat der Königl. Haupt- und Reſidenzſtadt Breslau; '89.
53. Magiſtrat der Stadt Beuthen O. Schl.; '89.
54. Königliche Berginſpektion zu Zabrze; '89.
55. Königliches Ober-Bergamt zu Breslau; '90.
56. Oberſchleſiſcher Berg- u. Hüttenmänniſcher Verein zu Kattowitz; '90.
57. Magiſtrat zu Görlitz; '90.

h. Provinz Sachſen.

58. Königliche Eiſenbahn-Direktion in Erfurt; '74.
59. Magiſtrat der Stadt Halle a. S.; '77.
60. Königl. Regierung zu Erfurt; '79.
61. Königl. Regierung, Abteilung des Innern zu Merſeburg; '80.
62. Magiſtrat der Stadt Naumburg a. S.; '89.
63. Magiſtrat der Stadt Magdeburg; '89.
64. Königliches Regierungs-Präſidium zu Magdeburg; '90.
65. Königliches Ober-Bergamt zu Halle a. S.; '92.
66. Deutſcher Braunkohlen-Induſtrie-Verein in Halle a. S.; '92.
67. Königliche Eiſenbahn-Direktion zu Halle a. d. Saale; '98.

Digitized by Google

i. Provinz Schleswig-Holstein.

68. Magistrat der Stadt Kiel; '74.
69. Magistrat der Stadt Altona; '77.
70. Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde zu Kiel, Schuhmacherstr. 16; '79.
71. Magistrat der Stadt Flensburg; '80.
72. Magistrat der Stadt Rendsburg; '86.
73. Magistrat der Stadt Neumünster i. Holst.; '89.
74. Königliches Kommerz-Kollegium in Altona; '95.
75. Kaiserliches Kanal-Amt in Kiel; '98.

k. Provinz Hannover.

76. Magistrat der Stadt Göttingen a. L.; '77.
77. Königl. Oberbergamt zu Clausthal; '78.
78. Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt Hannover; '80.
79. Magistrat zu Einbeck; '86.
80. Magistrat zu Emden; '86.
81. Magistrat zu Hameln; '86.
82. Magistrat zu Hildesheim; '86.
83. Magistrat zu Peine; '86.
84. Magistrat zu Osnabrück; '89.
85. Königliche Regierung zu Aurich; '89.
86. Königliche Regierung zu Lüneburg; '89.
87. Königliche Regierung zu Stade; '90.
88. Königliche Regierung zu Hildesheim; '90.
89. Königliche Landwirtschafts-Gesellschaft zu Hannover; '92.
90. Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt zu Hannover; '98.

l. Provinz Westfalen.

91. Handelskammer in Bochum; '64.
92. Magistrat der Stadt Dortmund; '75.
93. Königl. Oberbergamt in Dortmund; '80.
94. Der Magistrat zu Hörde; '86.
95. Der Magistrat in Soest; '86.
96. Königliche Regierung zu Arnsberg; '89.
97. Königliche Regierung zu Minden; '89.
98. Königliche Regierung zu Münster; '89.
99. Magistrat der Stadt Witten; '89.
100. Magistrat der Stadt Bielefeld; '89.
101. Magistrat zu Hamm; '90.
102. Magistrat zu Bochum; '90.
103. Die Stadt Hagen i W.; '92
104. Vorstand der Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Anstalt Westfalen in Münster i. W.; '98.

m. Provinz Hessen-Nassau.

105. Die Stadt Wiesbaden, Namens derselben Dr. v. Ibell, Erster Bürgermeister; '86.
106. Magistrat zu Frankfurt a. M.; '90.
107. Kreisausschuß für den Obertaunus-Kreis zu Homburg v. d. H.; '95.
108. Königliche Eisenbahn-Direktion in Kassel; '98.
109. Königliche Eisenbahn-Direktion in Frankfurt a. M.; 98.

n. Rheinprovinz.

110. Magistrat der Stadt Barmen; '66.
111. Landwirtschaftlicher Verein für Rheinpreußen in Bonn; Weberstraße 100; '74.
112. Magistrat der Stadt Elberfeld; '74.

Digitized by Google

113. Handelskammer in Köln; '74.
114. Königliche Eisenbahn-Direktion in Elberfeld; '74.
115. Bibliothek der Königlich Technischen Hochschule in Aachen; '75.
116. Städtische Verwaltung zu Saarbrücken; '77.
117. Königl. Bergwerks-Direktion in Saarbrücken; '77.
118. Bürgermeisteramt der Stadt Oberhausen (Reg.-Bez. Düsseldorf); '77.
119. Bürgermeisteramt in Neuwied; '77.
120. Handelskammer zu Essen a. Ruhr; '77.
121. Handelskammer in Krefeld; '80.
122. Magistrat der Stadt Düsseldorf; '80.
123. Königl. Regierung, Abteilung des Innern, in Düsseldorf; '81.
124. Vorstand des Saarbrücker Knappschaftsvereins in Saarbrücken; '85.
125. Stadtverwaltung zu Duisburg; '86.
126. Oberbürgermeisteramt zu Essen a. R.; '86.
127. Bürgermeisteramt zu Kirn (Nahe) Reg.-Bez. Koblenz; '86.
128. Bürgermeisteramt der Stadt Koblenz; '89.
129. Gewerbeverein für Aachen, Burtscheid und Umgegend (Vorsitzender Professor a. d. techn. Hochschule Dr. Heinzerling) in Aachen; '89.
130. Handelskammer in Solingen; '89.
131. Bürgermeisteramt der Stadt Kreuznach; '89.
132. Königliche Regierung zu Köln; '90.
133. Stadtgemeinde Mülheim a. Rh.; '90.
134. Handelskammer für Aachen und Burtscheid zu Aachen; '90.
135. Königliches Ober-Bergamt zu Bonn; '92.
136. Der Landkreis Essen (Ruhr); '92.
137. Verein für Technik und Industrie in Barmen; '92.
138. Königliche Eisenbahn-Direktion zu Saarbrücken; '95.
139. Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen (Ruhr); '97.
140. Königliche Regierung zu Aachen; '98.
141. Oberbürgermeisteramt der Stadt Aachen; '98.

o. Freie und Hansestädte.

142. Statistisches Bureau der Steuerdeputation in Hamburg, Heiligengeistkirchhof 6; '73.
143. Handelskammer in Bremen; '77.
144. Gewerbekammer in Lübeck; '80.
145. Handelsstatistisches Bureau (Verwaltungsgebäude) in Hamburg; '86.
146. Stadt- und Landamt zu Lübeck; '89.
147. Magistrat zu Bergedorf bei Hamburg; '90.
148. Gewerbekammer zu Hamburg, Bohnenstraße 21; '92.
149. Hanseatische Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Alters-Versicherung in Lübeck; '98.

p. Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt.

150. Magistrat der Stadt Bernburg; '77.
151. Magistrat zu Köthen; '77.
152. Stadtmagistrat zu Schöningen i. Braunschweig; '83.
153. Stadtmagistrat zu Oldenburg i. Großh.; '83.
154. Stadtmagistrat zu Helmstedt i. Braunschweig; '83.
155. Stadtmagistrat zu Braunschweig; '89. **(50 Mk. Jahresbeitrag.)**
156. Herzogliche Salzwerks-Direktion zu Leopoldshall b. Staßfurt; '90.
157. Rat der Stadt Rostock; '90.
158. Großherzogliche Eisenbahn-Direktion in Oldenburg; '98.
159. Central-Genossenschaft in Silberhütte (Anhalt); '98.

Digitized by Google

q. Königreich Sachsen.

160. Handelskammer in Leipzig; '74.
161. Rat der Stadt Leipzig; '77.
162. Der Revierausschuß in dem Bergrevier Freiberg i. S.; '77
163. Stadtrat in Plauen i. Voigtl.; '83.
164. Königlich Sächsisches Bergamt zu Freiberg i. S.; '84.
165. Königl. Sächs. Altersrentenbank in Dresden; '85.
166. Rat der Stadt Chemnitz; '86.
167. Rat der Haupt- und Residenzstadt Dresden; '86.
168. Stadtrat zu Reichenbach i. Voigtl.; '86.
169. Stadtrat zu Zschopau i. S.; '86.
170. Stadtrat zu Zwickau; '86.
171. Königl. Sächsisches Ober-Hüttenamt Freiberg i. S.; '89.
172. Handels- und Gewerbekammer zu Plauen; '89.
173. Handwerkerverein zu Chemnitz, Theaterstraße 80; '89.
174. Stadtrat zu Zittau; '92.
175. Königl. Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen in Dresden; '98. **(30 Mark Jahresbeitrag.)**

r. Thüringische Staaten.

176. Gewerbe-Verein in Gera; '73.
177. Stadtrat in Gera (Fürstent. Reuß); '77.
178. Stadtrat zu Nonneburg (Sachsen-Altenburg); '77.
179. Stadtrat zu Altenburg (Herz. S.-A.); '86.
180. Stadtrat zu Gotha; '89.
181. Thüringische Versicherungsanstalt in Weimar; 98.

s. Hessen, Bayern, Württemberg.

182. Vorstand der Handels- und Gewerbekammer in Ulm; '73.
183. Königl. bayr. General-Bergwerks- und Salinen-Administration in München; '74.
184. Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen (Vorsitzender Geh. Hofrat Dr. Ed. Pfeiffer) in Stuttgart; '74.
185. Großh. Bürgermeisterei in Offenbach a. M.; '77.
186. Handels- und Gewerbekammer in Reutlingen (Württemberg); '82. **(25 Mark Jahresbeitrag.)**
187. Großherz. Bürgermeisterei zu Darmstadt; '86.
188. Stadtmagistrat in Würzburg (Dr. Steidle, rechtsk. Bürgermeister); '86.
189. Armenpflegschaftsrat zu Regensburg; '89.
190. Gemeinderat zu Stuttgart; '89.
191. Großherzogliche Bürgermeisterei zu Mainz; '89.
192. Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft in Stuttgart, Gaisburgerstraße 4a I; '89.
193. Königlich Württemb. Centralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart; '90.
194. Großherzogl. Centralstelle für die Gewerbe zu Darmstadt; '90.
195. Großherzogl. Hessische Bürgermeisterei zu Gießen; '90.
196. Königl. Württemb. Ministerium des Innern zu Stuttgart; '91.
197. Großherzogl. Handelskammer zu Offenbach a. M.; '92. **(20 Mark Jahresbeitrag.)**
198. Stadtgemeinde Ulm (Namens derselben Oberbürgermeister Wagner); '94.
199. Stadtmagistrat zu Nürnberg; '95.
200. Bürgermeisteramt zu Ludwigshafen a. Rh.; '95. **(20 Mark Jahresbeitrag.)**
201. Königlich Preußische und Großherzoglich Hessische Eisenbahn-Direktion in Mainz; '98.
202. Vorstand der Versicherungsanstalt für Schwaben und Neuburg in Augsburg; '98.

Digitized by Google

t. Baden- und Elsaß-Lothringen.

203. Handelskammer in Straßburg i. E.; '73.
204. General-Direktion der Großh. Badischen Staats-Eisenbahnen in Karlsruhe; '74.
205. Stadtgemeinde zu Pforzheim; '77.
206. Armenrat zu Heidelberg; '86.
207. Stadtrat zu Mannheim; '86.
208. Armenrat der Stadt Colmar; '86.
209. Bürgermeisteramt der Stadt Straßburg i. E.; '89.
210. Stadtrat zu Karlsruhe i. B.; '89.
211. Allgemeine Versorgungs-Anstalt im Großherzogtum Baden zu Karlsruhe; '90.
212. Großh. Badisches Landes-Versicherungsamt in Karlsruhe; '94.
213. Kaiserl. Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen in Straßburg i. E.; '98.

B. Aktien- und andere Gesellschaften.

a. Berlin und Vororte.

1. Siemens & Halske, Aktien-Gesellschaft, SW. Markgrafenstraße 94; '64. **(100 Mark Jahresbeitrag.)**
2. Gebrüder Heyl & Co., G. m. b. H., Charlottenburg, Salz-Ufer 8; '74.
3. Vereinigte Königs- und Laurahütte, Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, W. Französischestraße 60; '85.
4. „Nordstern", Lebensverf.-Aktienges. (Direktor Gerkrath), W. Kaiserbofstr. 3; '85.
5. Posener Spritaktiengesellschaft (Filiale), NW. Louisenstraße 36; '88.
6. Chemische Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering), N. Fennstraße 11/12; '89.
7. Aktien-Gesellschaft Mix & Genest, Telephon-, Telegraphen- und Blitzableiter-Fabrik, W., Bülowstr. 67; '89.
8. Aktien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation, SO. Lohmühlenstraße 27; '90.
9. Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co., W Charlottenstraße 35a; '90.
10. Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Broncewaren und Zinkguß (vorm. J. C. Spinn & Sohn), S. Wasserthorstraße 9; '90.
11. C. Schlesinger-Trier & Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, W. Jägerstraße 59-60; '90.
12. Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft, NW. Schiffbauerdamm 22; '92.
13. Aktien-Gesellschaft Ludw. Loewe & Co., NW. Dorotheenstraße 43-44; '98. **(100 Mark Jahresbeitrag.)**
14. Deutsche Messingwerke Flunkert, Kretzer & Eveking, S. Alexandrinenstraße 95; '98.

b. Provinz Ostpreußen.

15. Ostpreußische Südbahn-Gesellschaft zu Königsberg i. Pr.; '90.

c. Provinz Brandenburg.

16. Grube Ilse bei Calau; '92.
17. Aktien-Gesellschaft H. Pauckisch in Landsberg a. W.; '98.
18. Niederlausitzer Kohlenwerke in Fürstenberg a. O.; '98.

d. Provinz Pommern.

19. Pommersche Provinzial-Zuckersiederei in Stettin; '80.
20. „Union", Fabrik chemischer Produkte (General-Direktor Käsemacher) zu Stettin; '90.
21. Vereinigte Stralsunder Spielkarten-Fabriken, Aktien-Gesellschaft in Stralsund; '90. **(20 Mark Jahresbeitrag.)**
22. Pommerscher Industrie-Verein auf Aktien in Stettin; '90.

Digitized by Google

e. Provinz Schlesien.

23. Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhütten-Betrieb Lipine bei Bahnhof Morgenroth (Direktor: Kgl. Bergrat Scherbening); '73.
24. Gesellschaft m. b. H. Meyer Kauffmann in Breslau, Karlsstraße 9/10; '75.
25. Georg von Giesche's Erben, Bergwerks-Gesellschaft, in Breslau; '77. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
26. Eisenhüttenwerk „Marienhütte", Aktiengesellschaft (Generaldirektor Major a. D. von Schlittgen). zu Kotzenau; '77.
27. Bismarck-Hütte, Aktien-Gesellschaft für Eisenhütten-Betrieb (Direktor Wilh. Kollmann), bei Schwientochlowitz O.-Schl.; '85.
28. Handelsgesellschaft C. Kulmiz, Ida Marienhütte bei Saarau i. Schl.; '86.
29. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Aktien-Gesellschaft in Friedenshütte p. Morgenroth O.-Schl.; '89.
30. Steinkohlenbergwerk „Vereinigte Glückhilf-Friedenshoffnung" in Hermsdorf, R.-B. Breslau; '89.
31. Direktion der Dampfschiffs-Reederei Emanuel Friedlaender & Co. zu Breslau; '90.
32. Kattowitzer Aktien-Ges. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb in Kattowitz; '90.
33. Erdmannsdorfer Aktien-Gesellschaft für Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei und Weberei zu Zillerthal i. R.; '90.
34. Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Breslau; '95.
35. Elektrische Straßenbahn Breslau in Gräbschen bei Breslau '95.
36. Siegersdorfer Werke vorm. Friedr. Hoffmann, Aktien-Ges. in Siegersdorf; '95.
37. Zuckersiederei Gutschdorf in Gutschdorf (Kr. Striegau); '95.

f. Provinz Sachsen.

38. „Hermania", Aktiengesellschaft (Dr. Hermann), in Schönebeck a. E. (vorm. Königl. Pr. chem. Fabrik); '73.
39. Staßfurter chemische Fabrik (vorm. Vorster & Grueneberg), Aktiengesellschaft, zu Staßfurt; '77.
40. Vereinigte vorm. Gräfl. Einsiedelsche Werke zu Lauchhammer; '82.
41. Sächsisch-Thüringische Aktien-Gesellschaft für Braunkohlen-Verwertung (Direktor Julius Kublow) in Halle a. S.; '85.
42. Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei (vorm. Königl. Kommerzienrat Riedel) in Halle a. S.; '90.
43. Kaliwerke, Aschersleben; '90.
44. Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Akt.-Ges. in Weißenfels; '95.
45. Direktion des „Friedr. Krupp Grusonwerk" in Magdeburg-Buckau; '95.

g. Provinz Schleswig-Holstein.

46. Elbschloßbrauerei Nienstädten in Nienstädten bei Altona; '95.
47. Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Germania" in Kiel; '98.
48. Flensburger Schiffbau-Gesellschaft in Flensburg; '98.
49. Chemische Düngerfabrik in Rendsburg; '98.

h. Provinz Hannover.

50. Hannoversche Centralheizungs- und Apparate-Bau-Anstalt im Hainholz vor Hannover; '90.
51. Portland-Cement-Fabrik „Germania" (H. Manske & Co.) in Lehrte; '90.
52. Kontinental-Kautschuk- und Guttapercha-Compagnie in Hannover; '92.
53. Osterholzer Reiswerke, Ges. m. beschr. Haftpflicht in Osterholz-Scharmbeck; '92.
54. Portland-Cement-Fabrik Hemmoor in Hemmoor (Oste); '98.

Digitized by Google

i. Provinz Westfalen.

55. Direktion der Ravensberger Spinnerei in Bielefeld; '63.
56. „Union". Aktiengesellschaft, Abteilung: „Koblenbergbau" in Dortmund; '73.
57. Hessen-Nassauischer Hüttenverein in Amalienhütte b. Laasphe; '73.
58. Altenloh, Brinck & Co., Gesellschaft m. b. H., in Milspe; '77.
59. Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke, vormals Munscheid & Co. in Gelsenkirchen; '80.
60. Hibernia, Bergwerks-Gesellschaft in Herne; '80.
61. Aktiengesellschaft „Schalker Gruben- und Hüttenverein" in Gelsenkirchen; '89.
62. Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum; '89.
63. Maschinenfabrik „Deutschland" in Dortmund; '89.
64. Vorstand des allgemeinen Knappschafts-Vereins zu Bochum; '90.
65. Bergbau-Aktien-Gesellschaft „Pluto" zu Wanne i. Westf.; '90.
66. Aktien-Gesellschaft Steinkohlenbergwerk „Nordstern" zu Wattenscheid; '90.
67. Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft zu Dortmund; '90. **(30 Mk. Jahresbeitrag.)**
68. Aktien-Gesellschaft für Koblendestillation zu Bulmke b. Gelsenkirchen; '90.
69. Hasper Eisen- und Stahlwerk (Krieger & Co.) zu Hasve; '90.
70. Bergwerksgesellschaft Dahlbusch bei Gelsenkirchen; '92.
71. Westfälische Stahlwerke zu Bochum; '98.

k. Provinz Hessen-Nassau.

72. Heddernheimer Kupferwerk, vorm. F. A. Heise Söhne in Heddernheim bei Frankfurt a. M.; '74.
73. Metallgesellschaft in Frankfurt a. M.; '82.
74. Farbwerke, vorm. Meister, Lucius & Brüning, zu Höchst a. M.; '83.
75. Portland-Cementfabrik Dyckerhoff & Söhne in Amöneburg bei Biebrich a. Rh.; '89.
76. Gesellschaft des echten Naros-Schmirgels „Naros Union" (Julius Pfungst) in Frankfurt a. M.; '90.
77. Akkumulatoren-Werke, System Pollak, in Frankfurt a. M.; '98.

l. Rheinprovinz.

78. Gei. m. b. H. D. Peters & Co., mechanische Weberei in Neviges (Kreis Elberfeld); '64.
79. Kölner Bergwerks-Verein (Vorstand: Berg-Rat a. D. Krabler) in Altenessen; '73.
80. Gasmotorenfabrik in Deutz; '75.
81. Bensberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft „Berzelius" in Bensberg bei Köln; '77.
82. Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb in Oberhausen (a. d. Rubr.); '77.
83. Aktiengesellschaft zu Stolberg und in Westfalen, in Aachen; '77.
84. Vereinigte Köln-Rottweiler Pulver-Fabriken in Köln, Blaubach 45/49; '80.
85. Eschweiler Bergwerksverein zu Eschweiler (Reg.-Bez. Aachen); '82.
86. Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Humboldt" in Kalk b. Köln; '83.
87. Aktiengesellschaft für Eisenindustrie und Brückenbau, vorm. J. C. Harkort (Generaldirektor: Otto Offergeld) in Duisburg; '83.
88. Aktiengesellschaft der Gerresheimer Glashüttenwerke (vorm. Ferd. Heve) in Gerresheim b. Düsseldorf; '83.
89. Luxemburger Bergwerks- und Saarbrücker Eisenhütten-Aktien-Gesellschaft in Burbach a. Saar bei Malstatt-Burbach; '85.

Digitized by Google

90. Maschinenfabrik vorm. Langen & Hundhausen in Grevenbroich; '89.
91. Duisburger Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, vorm. Bechem & Keetmann, in Duisburg; '89.
92. Bergische Stahl-Industrie-Gesellschaft Remscheid; '89.
93. Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbau im Wurmrevier zu Kohlscheid bei Aachen; '90.
94. Essener Bergwerks-Verein „König Wilhelm" in Berge-Borbeck; '90.
95. Bergwerks-Gesellschaft „Vereinigter Bonifacius" bei Gelsenkirchen, in Krav, R.-B. Düsseldorf; '90.
96. Rhein. Dynamitfabrik zu Opladen; '90.
97. Düsseldorf-Ratinger Röhrenkesselfabrik, vorm. Dürr & Co. in Ratingen; '92.
98. Bochumer Wollindustrie, Aktien-Gesellschaft in Bochum; '95.
99. Aktien-Gesellschaft Vieille Montagne für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, Abteilung Bensberg, in Immekeppel; '95.
100. Rheinische Stahlwerke in Meiderich, Kreis Ruhrort; '95.
101. Verstand der Duisburger Kupferhütte in Duisburg; '95.
102. Rheinische Chamotte- und Dinaswerke, Centrale, in Eschweiler; '98.
103. Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat in Essen (Ruhr), '98.
104. Deutsch-Österr. Mannesmannröhren-Werke in Düsseldorf; '98.

m. Freie und Hansestädte.

105. Alsensche Portland-Cement-Fabriken in Hamburg; '73.
106. Deutsche Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft in Hamburg; '89.
107. Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst; '90.
108. Dynamit-Aktien-Gesellschaft, vorm. Alfred Nobel & Co. in Hamburg; '90.
109. Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft zu Lübeck; '90.
110. Steinways Piano-Fabrik zu Hamburg St. Pauli, Neue Rosenstraße 20—24; '90.
111. Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft in Hamburg; '92.
112. Bergedorfer Eisenwerk in Bergedorf; '92.
113. Norddeutsche Jute-Spinnerei und Weberei in Schiffbek; '92.
114. Sprengstoffwerke Dr. R. Nahnsen & Co., Kommandit-Gesellschaft in Hamburg; '98.
115. Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft „Carbonit" in Hamburg „Nobelshof"; '98.

n. Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt.

116. Rhein. Aktien-Verein für Zuckerfabrikation in Alten b. Dessau; '73.
117. Dessauer Aktien-Zucker-Raffinerie in Dessau; '83.
118. Aktien-Gesellschaft Voigtländer & Sohn in Braunschweig; '85.
119. Direktion der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn-Gesellschaft in Blankenburg a. H.; '90.
120. Deutsche Kontinental-Gas-Gesellschaft in Dessau; '92.
121. Bernburger Saalmühlen in Bernburg; '98.

o. Königreich Sachsen.

122 Färberei und Appretur-Anstalt, Georg Schleber, Aktiengesellschaft in Reichenbach i. V.; '74.
123. Ges. m. b. H. chemische Fabrik von Heyden in Radebeul b. Dresden; '75.
124. Patentpapierfabrik zu Penig; '77.
125. Compagnie Laferme, Tabak- und Cigaretten-Fabriken, Aktiengesellschaft in Dresden; '80.
126. Hermann Wünsche's Erben, Gesellschaft m. beschr. Haftpflicht in Eversbach in Sachsen; '85.

Digitized by Google

127. Fabrik Leipziger Musikwerke (vorm. Paul Ehrlich & Co.) in Leipzig-Gohlis; '85.
128. „Königin Marienhütte", Aktiengesellschaft in Cainsdorf i. S.; '89.
129. „Kette", Deutsche Elbschiffahrts-Gesellschaft in Dresden; '89.
130. Direktion der Dresdener Straßenbahnen in Dresden, Georg-Platz 14; '90.
131. Dresdener Gardinen- und Spitzen-Manufaktur, Akt.-Ges. in Dresden; '90.
132. Chemnitzer Aktien-Färberei und Appretur-Anstalt, vorm. Heinrich Körner in Chemnitz; '90.
133. Werkzeugmaschinenfabrik „Union" (vorm. Diebl) in Chemnitz; '90.
134. Vereinigte Eschebachsche Werke, Aktiengesellschaft in Dresden; '95.
135. Dresdener Dynamitfabrik in Dresden; '98.
136. Vereinigte Fabriken Photographischer Papiere in Dresden, Blumenstraße 80; '98.
137. Aktiengesellschaft Arno & Moritz Meister in Erdmannsdorf (Sachsen); '98.

p. Thüringische Staaten.

138. Porzellanfabrik zu Kloster Veilsdorf in Veilsdorf (Sachsen-Meiningen); '95.
139. Metallwarenfabrik Thiel & Bardenheuer in Ruhla i. Thüring.; '95.

q. Hessen, Bayern und Württemberg.

140. Zwirnerei und Nähfadenfabrik „Göggingen" in Göggingen bei Augsburg (Bayern); '74.
141. Mechan. Baumwoll-Spinn- und Weberei in Kempten (Bayern) (Direktor: Kommerzienrat Heinrich Düwell); '74.
142. Oberbayerische Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau in Miesbach (Oberbayern); '77.
143. Gustav Werner-Stiftung zum Bruderhaus in Reutlingen (in Württemberg); '82.
144. Badische Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen a. Rh.; '83.
145. Mechanische Bindfadenfabrik (Kommerzienrat A. Probst) zu Immenstadt (Bayern); '83.
146. Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Bamberg; '83.
147. Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München (Direktor: A. Hertrich); '85.
148. Württ. Metallwarenfabrik zu Geislingen a. Steige; '86.
149. Baumwoll-Spinnerei und Weberei „Lampertsmühle", vorm. G. F. Grohs-Henrich, bei Kaiserslautern; '89.
150. Waggonfabrik Gebrüder Gastell, Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht in Mombach b. Mainz; '89.
151. Aktien-Maschinenbau-Anstalt, vorm. Venuleth & Ellenberger in Darmstadt; '89.
152. Elektricitäts-Aktien-Gesellschaft, vorm. Schuckert & Co. in Nürnberg '98.
153. Neue Baumwoll-Spinnerei Hof in Hof i. Bayern; '90.
154. Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken in Rottweil; '90.
155. Porzellanfabrik Tirschenreuth, Aktien-Gesellschaft in Tirschenreuth in Bayern; '92.
156. Allgemeiner deutscher Versicherungs-Verein (Generaldirektor C. G. Nolt) in Stuttgart; '92.
157. Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München, Ludwigstr. 2; '92.
158. Württembergische Kattunmanufaktur in Heidenheim a. Brenz; '95.
159. Farbwerk Mühlheim vorm. A. Leonhardt & Co. in Mühlheim a. Main b. Frankfurt a. Main; '95.
150. Mech. Gurten- und Bandweberei in Cannstatt; '98.
161. Zuckerfabrik Frankenthal A. G.; '98. **(25 Mark Jahresbeitrag.)**
162. Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Nürnberg in Nürnberg; '98.

Digitized by Google

r. Baden und Elsaß-Lothringen.

163. Maschinenbau-Gesellschaft in Karlsruhe; '74.
164. Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation in Waghäusel (Direktor: Schöttle); '74.
165. Aktiengesellschaft für Uhrenfabrikation Lenzkirch (Baden); '77.
166. Aktiengesellschaft für Textil-Industrie vorm. Dollfus, Mieg & Co. in Mülhausen i. E.; '80.
167. Administration der Minen von Buchsweiler in Buchsweiler (Unter-Elsaß); '90.
168. Kollnauer Baumwollspinnerei und Weberei zu Waldkirch in Baden; '90.
169. Pechelbronner Ölbergwerke in Schiltigheim bei Straßburg i/E.; '92.
170. Verein Chemischer Fabriken in Mannheim; '93.
171. Portland-Cement-Werk Heidelberg vorm. Schifferdecker & Söhne in Heidelberg; '95.
172. Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Zweigniederlassung in Karlsruhe (Baden); '95.
173. Els. Konserven-Fabrik und Import-Gesellschaft in Schiltigheim bei Straßburg i. E.; '98.
174. Maschinenfabrik Grißner, Aktien-Gesellschaft in Durlach; '98.
175. Holzzellstoff- u. Papierfabriken, Aktien-Ges. in Neustadt (Schwarzwald); '98.
176. Spinnerei und Weberei Steinen in Steinen (Baden); '98.

C. Ständige Mitglieder,

d. h. solche, die durch einmalige Zahlung eines Beitrages die immerwährende Mitgliedschaft erlangt haben.

1. Gustav Gebhard, Kommerzienrat u. Konsul in Berlin W. Stülerstr. 13; '73.
2. Königl. Eisenbahn-Direktion in Köln; '73.
3. Dr. Eduard Pfeiffer, Geh. Hofrat in Stuttgart, Seestraße 10; '73.
4. Dr. Wilh. Abegg, Kommerz- und Admiralitätsrat a. D., Direktor der deutschen Hypothekenbank in Berlin W. Tiergartenstraße 17a; '74.
5. Frau Dr. J. Bernstein, verw. Professor in Berlin W. Stülerstraße 6; '96.

D. Persönliche Mitglieder in Berlin und dessen Vororten.

1. Fritz Abelsdorff, i. F. Abelsdorff & Meyer, W. Oberwallstraße 12/13; '96.
2. S. Adam, W. Leipzigerstraße 27/28; '85.
3. Dr. H. Albrecht, Professor, Schriftsteller, W. Köthenerstraße 23; '97.
4. Max Altmann, Rentier, W. Regentenstraße 17; '84.
5. E. Arnhold, Kommerzienrat, W. Französischestraße 60/61; '98.
6. Dr. jur. Aschrott, Landgerichtsrath, W. Hohenzollernstraße 19; '92.
7. Wilh. Bachaus, in Firma A. Wunderlich Nachf., W. Karlsbad 15; '92.
8. M. Baumann, Fabrikbesitzer, i. F. Albert Kryfiat & Co., N. Koloniestr. 3, 4; '92.
9. C. Bechstein, Geh. Kommerzienrat, N. Johannisstraße 6; '89.
10. Emil Becker & Hoffbauer, Teppichfabrik, Hoflieferanten, SO. Engel-Ufer 8; '89.
11. Becker & Ulmann, NW. Invalidenstraße 50/51; '89.
12. George Bendix, Kaufmann und Fabrikbesitzer, C. Klosterstraße 83; '90.
13. Hugo Bendix, Fabrikbesitzer, C. Klosterstraße 83; '90.
14. Dr. Alfred Bernard, Rentner, W. Joachimsthalerstraße 12; '90.
15. Graf Bernstorff, Geh. Ober-Regierungsrat, W. Rauchstr. 5; '89.
16. Fräulein Pauline Beffert-Nettelbeck, W. Corneliusstr. 7 (Geschäftslokal: Markgrafenstraße 27a); '83.
17. R. Bialon, Kommerzienrat, N. Johannisstraße 2; '89.
18. Simon Bing, W. Potsdamerstr. 118c; '86.
19. E. Blanckertz, Kommerzienrat, W. Stülerstraße 1; '64.

Digitized by Google

20. Rudolf Blanckertz, Fabrikbesitzer, NO. Georgenkirchstraße 44; '98.
21. Julius Bleichröder, Bankier, W. Voßstraße 8; '70.
22. Dr. Bödiker, Wirkl. Geheimer Ober-Regierungsrat, W. Rollendorfplatz 1; '98.
23. E. Boer, Kommerzienrat, SW. Großbeerenstraße 4; '92.
24. C. Bolle, Meiereibesitzer, NW. Alt-Moabit 99—103; '89.
25. A. Borsig, Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei, NW. Kirchstraße 6; '86.
26. Frau Geh. Kommerzienrat Anna Borsig, NW. Alt-Moabit 86; '89.
27. Heinrich Buchholtz & Co., N. Febrbellinerstraße 81; '74.
28. Dr. W. Cahn, Geh. Kaiserl. Legationsrat, W. Maienstraße 5; '92.
29. M. von Carnap, Rentier, W. Bendlerstraße 17; '89.
30. Dr. jur. Georg Caro, Kommerzienrath, W. Unter den Linden 3a; '92.
31. Wilh. Conrad, Geh. Kommerzienrat, W. Regentenstraße 24; '73.
32. Frhr. von Cramm-Burgdorf, Excellenz, Wirkl. Geh. Rat, außerordentl. Gesandter und Bevollmächtigter zum Bundesrat, W. Auebacherstr. 56; '80.
33. Dr. Dade, Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats, SW. Königgrätzerstraße 43; '96.
34. Dr. L. Darmstädter, W. Landgrafenstraße 18a; '73.
35. Ludwig Delbrück, Banquier, W. Mauerstraße 61/62; '90.
36. H. Delbrück, Landgerichtsrat, Gr.-Lichterfelde, Sternstraße 15; '85.
37. A. Demuth, Königl. Hofbuchbinder, W. Mohrenstraße 58; '90.
38. A. F. Dinglinger, W. Französische Straße 28; '86.
39. Joh. Bapt. Dotti, Militäreffekten-Fabrik, SO. Neanderstraße 4; '89.
40. Dr. Graf Douglas, Majoratsherr, W. Bendlerstraße 15; '90.
41. Sholto Douglas, Bergwerks- und Hüttenbesitzer, NW. Messingstraße 6; '92.
42. Heinrich Eisner, W. Fabrikbesitzer, Bellevuestraße 14; '85.
43. Feig & Pinkus, Bankgeschäft, NW. Unter den Linden 78; '73.
44. Foerster, Geh. Regierungsrat, Colonie Grunewald, Hagenstraße 79; '90.
45. Hermann Frenkel, in Firma Jacquier & Securius, C. An der Stechbahn 3/4; '92.
46. Fritz Friedlaender, Kommerzienrat, (in Firma Emanuel Friedlaender & Co.), W. Unter den Linden 2; '90.
47. Gebrüder Friedländer (Firma), W. Unter den Linden 28; '98.
48. Carl Gerold, W. Unter den Linden 24; '85.
49. Dr. phil. W. Godeffroy, Rentier, W. Wilhelmstraße 59; '92.
50. Fr. Goldschmidt, General-Direktor, NO. Landsberger Allee 27; '89.
51. Julius Grünwald, Bankier, N. Friedrichstraße 112a; '92.
52. Julius Guttentag, Generalkonsul und Bankier, NW. Neustädtische Kirchstraße 3; '89.
53. Martin Haeffner, Albuminfabrik, O. im Städt. Viehhof; '85.
54. Albert Hahn, Geh. Kommerzienrath, O. Schillingstraße 12/14; '77 (†).
55. Dr. jur. Fr. Hammacher, Rentier, W. Kurfürstenstr. 115; '73.
56. A. von Hansemann, Geheim. Kommerzienrat, W. Tiergartenstraße 31; '89.
57. James Hardy, Bankier, W. Behrenstraße 4; '82.
58. Hermann Hecht, Kaufmann, W. Kurfürstendamm 250; '92.
59. J. A. Heese, Kgl. Hoflief., Seidenwarenfabrik ꝛc., SW. Leipzigerstraße 87; '77.
60. L. Helbig, Zimmermeister, SW. Großbeerenstraße 48; '86.
61. O. Hellwig, Excellenz, Wirklicher Geheimer Rat, W. Rankestraße 5; '95.
62. Graf Guido Henckel von Donnersmarck, W. Pariser Platz 2; '89.
63. R. Henneberg, Kgl. Kommerzienrat, (Firma: Rietschel & Henneberg), S. Brandenburgstr. 81; '83.
64. Fr. Aug. Herbig, Verlagsbuchhandlung, W. Schönebergerufer 13; '66.
65. E. L. Herrfurth, Excellenz, Staatsminister, W. Kleiststraße 9; '94.
66. Rudolph Hertzog (Firma), C. Breitestraße 12-18; '98.
67. Wm. Herz, Geheimer Kommerzienrat, NW. Dorotheenstraße 1; '89.
68. Dr. jur. C. Herzog, Excellenz, Wirklicher Geheimer Rat, Staats-Sekretär a. D., W. Derfflingerstraße 5; '89.
69. Theodor Hildebrand & Sohn, N. Pankstraße 18; '98.
70. Rudolf Hofmann, Verlagsbuchhändler, W. Leipzigerstr. 135; '85.
71. H. A. Holland, Ratszimmermeister a. D., SW. Wartenburgstraße 8; '92.

Digitized by Google

72. C. Hoppe, Maschinenbauanstalt, N. Gartenstraße 9—12; '73.
73. O. Jessen, Direktor der Handwerkerschule, SW. Hedemannstraße 16; '84.
74. Heinrich Jordan, Kommerzienrat SW. Markgrafenstraße 107; '86.
75. Bernhard Joseph, Fabrikant, S. Ritterstraße 26; '85.
76. N. Israel (Firma), C. Spandauerstraße 28; '95.
77. C. Kaselowsky, Kgl. Kommerzienrat, N. Chausseestraße 17/18; '89.
78. Dr. R. von Kaufmann, Professor, Geheimer Regierungsrat, W. Maaßenstraße 5; '89.
79. Gustav Knauer, Spediteur, W. Lützow-Ufer 31; 95.
80. Ludw. Knaus, Maler und Professor, W. Hildebrandtstraße 17; '89.
81. Koch & Bein, Königl. Hoflieferanten, SW. Ritterstraße 49; '85.
82. F. Königs, Bankier, W. Wilhelmstraße 41; '85.
83. Leopold Königsberger, Fabrikbesitzer, SW. Beuthstraße 20; '92.
84. Carl Koblert, Ingenieur, Direktor der Aktien-Ges. H. F. Eckert in Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 162-165; '96.
85. Wilhelm Kopetzky, Kommerzienrat. W. Bebrenstraße 67; '86.
86. Kraft & Lewin, W. Französischestr. 33d; '85.
87. W. von Krause, Bankier, W. Wilhelmstraße 66; '75.
88. Max Krause, Fabrikbesitzer, SW. Beuthstraße 7 II; '85.
89. Max Krav & Co., Lampenfabrik, S. Böckhstraße 7; '92.
90. Krecke, Landgerichts-Rat, NW. Curbavenerstraße 13; '85.
91. Dr. Ernst Kronecker, Kammergerichtsrat, W. Kurfürstendamm 241; '92.
92. Clemens Krumhoff, Kaufmann, C. Kaiser-Wilhelmstr. 48; '82.
93. Dr. jur. Paul Lachmann (Firma: Neue Berliner Messingwerke Wilhelm Borchert jun.), SW. Kochstraße 30; '86.
94. Dr. Edmund Lachmann (Firma: Neue Berliner Messingwerke Wilhem Borchert jun.), SW. Kochstraße 30; '86.
95. Dr. Felix Landau, Rechtsanwalt, W. Jägerstraße 58, I; '86.
96. Eugen Landau, Generalkonsul, W. Wilhelmstraße 70b; '98.
97. Hugo Landau, Kommerzienrat, W. Wilhelmstraße 70b; '89.
98. Herm. Landsberger, Kaufmann, C. Hausvoigtei-Platz 6/7; '72.
99. Dr. Oscar Lassar, Professor an der Universität, NW. Karlstr. 19a; '89.
100. W. Ledermann, Geh. Kommerzienrat, W. Wilhelmstraße 60; '92.
101. Anton Lehmann, Kaufmann und Fabrikbesitzer, W. Taubenstraße 21; '71.
102. A. Lent, Königl. Baurat, W. Matthäikirchstraße 3c; '90.
103. Dr. Rudolf Leo, Magistrats-Assessor, W. Dörnbergstraße 7; '96.
104. Adolf Lesser, Reichsgerichtsrat a. D., W. Burggrafenstraße 10; '85
105. Dr. phil. H. Leising, W. Victoriastraße 14; '89 (†).
106. P. Leising, Rittergutsbesitzer, W. Bozstraße 17; '92.
107. Julius Lewisohn, N. Friedrichstraße 131a; '86.
108. Dr. jur. M. Leyke, Generalsekretär, Charlottenburg, Kneisebeckstr. 84; '94.
109. Dr. Carl Liebermann, Geh. Regierungsrat und Professor, W. Matthäikirchstraße 29; '72. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
110. Georg Liebermann, Stadtverordneter, Kaufmann und Fabrikbesitzer, W. Bellevueстraße 8; '75 **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
111. B. Liebermann, Geh. Kommerzienrat, W. Tiergartenstraße 16; '96. **(15 Mk. Jahresbeitrag.)**
112. Dr. jur. P. Liepmann, Amtsgerichtsrath, Charlottenburg, Kneisebeckstr. 98; '92.
113. Franz Freiherr von Lipperheide, Verlagsbuchhändler, W. Potsdamerstr. 38; '85.
114. Litthauer, Justizrat, SW. Lindenstraße 11; '98.
115. J. Löwe, Kommerzienrat, NW. Dorotheenstraße 43/44; '98.
116. Th. Lohmann, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat, Unterstaatssekretär, W. Lützowstraße 64/65; '90
117. Freiherr von Magnus, Rittmeister a. D., W. Kaiserin Augustastr. 73; '95.
118. Franz Marck, Kaufmann, W. Königin Augustastraße 52; '92.
119. Dr. A. Martin, Universitäts-Professor, NW. Alexander Ufer 1; '89
120. Ernst von Mendelssohn-Bartholdy, Geh. Kommerzienrat, W. Jägerstraße 53; '89.

Digitized by Google

121. Franz von Mendelssohn, Bankier, W. Jägerstraße 51; '90.
122. Karl Mengel, Rechtsanwalt und Notar, W. Potsdamerstraße 55; '92.
123. Paul Mengers, Fabrikbesitzer, W. Karlsbad 28; '92.
124. A. Messel, Professor, W. Potsdamerstraße 121d; '89.
125. Albert Ph. Meyer, NW. Rauchstraße 19; '86.
126. Dr. med. Max Ph. Meyer, Sanitätsrat, W. Maaßenstraße 27; '92.
127. Dr. W. Michaelis, Cement-Techniker, NO. Friedenstraße 19; '90.
128. Emil Minlos, Rentier, W. Unter den Linden 12 II; '89.
129. Julius Möller, Kgl. Kommerzienrat (Firma: Möller & Schreiber), NW. Schiffbauerdamm 5; '74.
130. Carl Morgenstern, Kaufmann, W. Bendlerstraße 27; '89.
131. Dr. Benno Mühsam, Rechtsanwalt, W. Genthinerstraße 5; '92.
132. Albert Müller, Fabrikdirektor, W. Potsdamerstraße 119; '86.
133. M. H. Müller & A. Dotti, Atelier für Architektur, SW. Königgrätzerstraße 100a; '92.
134. Wilh. Müller, Gold- u. Silberwaaren-Engrosgeschäft, C. Gertraudtenstraße 10—12; '90
135. Dr. jur. E. Münsterberg, Stadtrat, W. Dörnbergstraße 7; '97.
136. Leo Mugdan, Stadtrat, W. Kurfürstenstraße 55; '86.
137. Dr. Hermann Munk, Professor, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, W. Matthäikirchstraße 4; '92.
138. W. Munk, Landgerichtsdirektor, W. Burggrafenstr. 18; '95.
139. Dr. Neuhaus, Geh. Ober-Regierungsrat und vortr. Rat im Kgl. Ministerium für Handel und Gewerbe, W. Schaperstraße 33; '89.
140. Dr. med. S. Neumann, Sanitätsrat, W. Kurfürstenstraße 126; '51.
141. Max Neumann, Rentier, W. Potsdamerstraße 10; '89.
142. Dr. phil. Georg Noah, Fabrikbesitzer, i. F.: C. Wilh. Kayser & Co. (Martinickenfelde) Kaiserin-Augusta-Allee 26; '92.
143. M. Nobbe, Landes-Ökonomierat, W. Keithstraße 17; '96.
144. Anton Oblert, SW. Kochstraße 9; '86.
145. Hugo Oppenheim, Kommerzienrat, W. Behrenstraße 48; '92.
146. Gustav Oppermann (Firma R. F. Liedtke), W. Unter den Linden 12; '89.
147. Ludolf Parisius, Kreisrichter a. D., Mitgl. d. H. d. Abgeordneten, Charlottenburg, Hardenbergstraße 18; '64.
148. Albert Pfaff, Kommerzienrat, W. Behrenstraße 31; '89.
149. Poble, Rechtsanwalt und Notar, C. An der Stadtbahn 42; 86.
150. Poppe & Wirth, C. Gertraudtenstraße 23; '86.
151. Dr. J. Post, Geh. Ober-Regierungs-Rat, W. Schaperstraße 32; '95.
152. Rud. Pringsheim, Kaufmann, W. Wilhelmstraße 67; '92.
153. Dr. H. Preuß, Privatdozent a. d. Universität, W. Matthäikirchstraße 29; '94.
154. Carl Rakenius, Fabrikbesitzer, (Firma: Carl Rakenius & Co.), SW. Zimmerstraße 98; '86.
155. P. Rasche, Königl. Hof-Steinmetzmeister in Charlottenburg, Carmerstraße 1.
156. Adolph vom Rath, Rentier, W. Viktoriastraße 6; '88.
157. Louis Ravené, Kaufmann, C. Wallstraße 92/93; '89.
158. Ferdinand Reichenheim, Rentier, W. Tiergartenstraße 16; '61.
159. Heinrich Rickert, Landesdirektor a. D., Mitgl. d. Reichstages und d. Hauses der Abgeordneten, SW. Dessauerstraße 19; '82.
160. Dr. jur. Joh. Röhing, Kaiserl. Wirkl. Geh. Ober-Regierungs-Rat, Präsident der Verw. d. Reichs-Invalidenfonds, W Königin-Augustastraße 51 I; '76.
161. Hermann Rose, General-Direktor der Newyorker Germania, W. Leipziger Platz 12; '85.
162. Dr. Edm. Rose, Geh. Medizinalrat und Professor, dirig. Arzt in Bethanien, W. Tauenzienstr. 8; '90.
163. M. Rosenfeld & Co., Königl. Hoflieferanten, W. Mohrenstr. 11/12; '86.
164. Hugo Rosenthal, Fabrikant, W. Königgrätzerstraße 8; '85.
165. Rospatt, Stadt-Baurat a. D. u. Stadtältester, W. Lützow-Ufer 1a; '86.
166. Jul. Rütgers, W. Kurfürstenstraße 135; '85.

Digitized by Google

167. E. Russell, Generalkonsul, W. Behrenstraße 43/44; '90.
168. S. Salomon, Rentier, W. Potsdamerstraße 123b; '89.
169. Eduard Sayden, Bankdirektor, NW. Charlottenstraße 42; '89.
170. Schäffer & Oblmann, Fabrikanten, N. Chausseestraße 40; '95.
171. F. Schenck, Rechtsanwalt, Dt.-Wilmersdorf, Günzelstraße 42; '89.
172. Otto Schlick, C. Prenzlauerstraße 20; '86.
173. Schlottmann & Co., Fabrikanten, C. Klosterstraße 69/70; '89.
174. Johannes Schlutius, Fabrikbesitzer, W. Thiergartenstraße 15; '92.
175. C. H. Herm. Schmidt, Ofenfabrik SW. Kommandantenstraße 85; '86.
176. Dr. Gustav Schmoller, Universitätsprofessor, Rektor der Königl. Universität, W. Wormserstr. 13; '66.
177. Arthur Schnitzler, Rittergutsbesitzer, W. Kurfürstendamm 251/252; '92.
178. K. Schrader, Eisenbahndirektor a. D., W. Steglitzerstr. 68; '76.
179. F. W. Schütt, Kommerzienrat, NW. Moabit, Stromstraße 1—3; '86.
180. Schulz & Schlichting, Architekten, NW. Hinderfinstraße 8; '90.
181. Schwabach, Geh. Kommerzienrat, W. Wilhelmsplatz 7; '86 (†).
182. Ad. Schwabacher, Bankier, W. Hohenzollernstraße 20; '84.
183. Oskar Schwalm, für das Zweiggeschäft der Hof-Pianoforte-Fabrik von Julius Blüthner, W. Potsdamerstraße 27b; '90. **(20 Mark Jahresbeitrag.)**
184. Carl Schwanitz, Fabrikbesitzer, N. Müllerstraße 179b; '98.
185. A. Schwartzkopff, Fabrikant, N. Fennstraße 50/51; '92.
186. Dr. phil. Ed. Seler in Steglitz, Kaiser Wilhelmstraße 3; '98.
187. Dr. M. Sering, Professor der Staatswissenschaften, W. Uhlandstr. 79/80; '94.
188. Carl Friedrich von Siemens, Ingenieur, W. Hohenzollernstraße 6; '98.
189. Wilhelm von Siemens, Civil-Ingenieur, W. Thiergartenstr. 10; '90.
190. Leonhard Simion, Verlagsbuchhändler, SW. Wilhelmstraße 121; '73.
191. Simon, Rentier, W. Behrenstraße 67; '92.
192. James Simon, i. Fa. Gebr. Simon, C. Klosterstraße 80/82; '96.
193. Dr. Heinrich Soetbeer, Generalsekretär des Deutschen Handelstages, C. Neue Friedrichstraße 53/54; '97.
194. Dr. Arthur Sperling, prakt. Arzt, W. Keithstraße 5; '98.
195. Carl Spindler, Geheimer Kommerzienrat, C. Wallstraße 58; '77.
196. F. Sponnagel (Firma: van Baerle & Sponnagel), N. Hermsdorferstr. 8; '83.
197. Staudt & Co. (Firma), W. Leipzigerstraße 107; '98.
198. Herm. Stern, Rechtsanwalt, W. Taubenstraße 34; 86.
199. R. Stöckhardt, Geheimer Ober-Regierungs-Rat, NW. Klopstockstraße 60; '90.
200. Paul Stolte, Architekt und Fabrikbesitzer, SW. Dessauerstraße 30; '98.
201. G. Struve, Stadtrath, W. Lützowplatz 10; '91.
202. Dr. Arthur von Studnitz, Regierungsrat a. D., W. Hitzigstraße 8; '80.
203. Dr. Gustav Tiktin, Justizrath, W. Taubenstraße 44; '89.
204. Emil Ubles, Kammergerichtsrat, W. Thiergartenstraße 3a; '98.
205. Eduard Veit, Geh. Kommerzienrat, W. Behrenstraße 48; '85.
206. A. Venzky, i. Fa. Stadion, Brecht & Co., SW. Krausenstraße 39; '90.
207. Ferd. Vogts & Co., SW. Alte Jakobstraße 18/19; '83.
208. Voigt, Landgerichtsdirektor, SW. Leipzigerstraße 73; '85.
209. H. Wallich, Bankdirektor und Konsul, W. Bellevuestraße 18a; '89.
210. Robert Warschauer, Bankier, W. Behrenstraße 48; '89.
211. Dr. H. Wedding, Geh. Bergrat u. Professor, W. Genthinerstr. 13, Villa C; '74.
212. Dr. phil. Max Otto Weigert, Stadtrat und Fabrikbesitzer (Firma: Weigert & Co.), W. Kielganstraße 2; '70.
213. B. Weisbach, Rentier, W. Thiergartenstraße 4; '82. **(36 Mk. Jahresbeitrag).**
214. Dr. theol. Weiß, Professor, Wirkl. Oberkonsistorialrat, W. Landgrafenstr. 3; '90.
215. J. H. Werner, Hof-Juwelier Sr. Majestät des Kaisers und Königs, W. Friederichstr. 173; '95.
216. Rudolf Wertheim, Kommerzienrat, i. Fa. H. & R. Wertheim, W. Potsdamerstr. 21a; '92. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
217. P. Wimmel & Co., Hof-Steinmetzmeister, NW. Lehrterstraße 18; '85.

Digitized by Google

218. C. Winckelmann, Fabrikbesitzer, NW. Alt-Moabit 91/92; '89.
219. Witte, Geh. Ober-Regierungsrat, W. Bayreutherstraße 33II; '82.
220. A. E. Witting, Architekt, SO. Schmidtstraße 7; '75.
221. Frau Kommerzienrätin Wollheim, W. Französischestraße 60/61; '73.
222. A. Woworsky, Rentier, W. Kleiststraße 43; '83.
223. Dr. Zacher, Kaiserl. Geh. Regierungsrat, Mitgl. des Reichsversicherungsamts, W. Königin Augustastraße 19; '96.
224. F. Zimmermann & Sohn, SW. Tempelhofer Ufer 34; '92.
225. Arthur Zwicker, General-Konsul, Bankier, C. Gertraudtenstr. 16; '73.

E. Auswärtige persönliche Mitglieder im preußischen Staate.

a. Provinz Ostpreußen.

1. Louis Großkopf in Königsberg; '83.
2. Robert Klevenstüber, Konsul in Königsberg i. Pr.; '90.
3. Karl Rückenberger, Brauereidirektor und Stadtrat in Braunsberg i. Ostpr.; '95.
4. Siegfried, Rittergutsbesitzer in Corben bei Heiligenbeil; '92.
5. Hermann Teschendorff, Kaufmann in Königsberg i. Pr.; '90.

b. Provinz Westpreußen.

6. Dr. H. Abegg, Geh. Sanitäts- und Medizinalrat in Danzig; '80.
7. Heinrich M. Boehm, Kommerz- und Admiralitätsrat in Danzig; '77.
8. John Gibsone, Geheimer Kommerzienrat in Danzig; '77.
9. Arie Goldfarb, Tabakfabrikant, Beigeordneter in Pr.-Stargard; '90.
10. Dr. Großmann, Regierungs-Assessor in Marienwerder, Wpr.; '90.
11. Herzfeld & Victorius, Eisengießerei und Emaillierwerk in Graudenz; 98.
12. Johannes Ick in Danzig; '95.
13. Kittler, Kaufmann und Stadtrat, i. Firma Kunze & Kittler, in Thorn; '90.
14. Gustav Obuch, Justizrat in Löbau W.-Pr.; '64.
15. Theodor Rodenacker in Danzig; '98.
16. Otto Steffens, Kaufmann in Danzig; '77.
17. Fa. Gustav Weese, Hoflieferant in Thorn; '90.
18. Fritz Wieler, in Firma Wieler & Hardtmann in Danzig; '90.

c. Provinz Brandenburg.

19. Max Babr, Fabrikant in Landsberg a. W.; '90.
20. Dr. Baumert, Rechtsanwalt in Spandau, Breitestraße 52; '92.
21. Beckmann, Regierungs- und Gewerberat in Frankfurt a. O.; '95.
22. C. von Gneist, Regierungsrat, in Potsdam, Behlertstraße 33; '96.
23. Karl Goldschmidt in Luckenwalde; '64.
24. Carl Hammer in Guben; '85.
25. Karl Marggraff, Fabrikbesitzer, i. Fa. Marggraf & Engel, in Weinswinkel b. Eberswalde; '74.
26. Wilhelm Meinicke, Stadtrat u. Fabrikbesitzer in Brandenburg a. H.; '90.
27. Paul Mende, Kommerzienrat in Frankfurt a. O.; '80.
28. Fr. Paeske, Gerichtsassessor a. D. und Rittergutsbesitzer auf Conraden bei Neetz, Kreis Arnswalde; '92.
29. G. Sarre, Gutsbesitzer in Herzershof bei Manschnow, Kreis Lebus; '92.
30. Schidlower, Rechtsanwalt und Notar in Köpenick; '85.
31. de Terra, Eisenbahn-Direktor in Guben; '96.
32. Carl Wahl, Norddeutsche Kartoffelmehl-Fabrik in Cüstrin II; '90.
33. Graf von Zieten-Schwerin, Ehren-Präsident des Central-Vorstand deutscher Arbeiter-Kolonien, in Wustrau, N.-B. Potsdam; '90.

Digitized by Google

d. Provinz Pommern.

34. Dr. Amelung, Direktor der Germania, Leb.-Vers.-Akt.-Ges. in Stettin, Paradeplatz 16; '83.
35. R. Bergemann, Kgl. Hof-Spediteur in Stettin; '92.
36. F. Ivers, Schiffsreeder und Generalkonsul in Stettin; '90.
37. August Kolbe, Kommerzienrat in Zanow i. Pommern; '89.
38. August Rassow, Tabaksfabrikant in Wolgast; '77.
39. Schlutow, Geh. Kommerzien- und Stadtrat in Stettin; '82.
40. Karl Westphal, Fabrikbesitzer in Stolp; '82.

e. Provinz Posen.

41. Selig Auerbach & Söhne in Posen; '90.
42. Michael Herz, Kommerzienrat in Posen; '83.
43. Orgler, Geheimer Justizrat in Posen; '83.

f. Provinz Schlesien.

44. Beuchelt & Co., Fabrik für Brückenbau und Eisenkonstruktionen in Grünberg; '86.
45. Dittrich, Kreisgerichtsrat a. D. in Liegnitz, Neue Goldbergerstraße 64; '51.
46. E. Erxleben & Co., Mechanische Weberei in Gnadenfrei i. Schl.; '90.
47. W. Fitzner, Dampfkessel-Fabrik in Laurahütte; '73.
48. Heinrich Frahne, Kgl. Kommerzienrat in Landeshut i. Schl.; '90.
49. Gothein, Königl. Bergrath, Syndikus der Handelskammer, Mitglied des Hauses der Abgeordneten in Breslau Tauentzienstraße 74; '89.
50. Alfred Gruschwitz, Fabrikbesitzer in Neusalz a. O.; '92. **(15 Mk. Jahresbeitrag.)**
51. W. Güttler, Pulverfabriken in Reichenstein i. Schl.; '92.
52. Robert Haenschke, Geh. Kommerzienrat in Waldenburg i. Schl.; '86.
53. Hahn & Koplowitz, Neißer Eisengießerei und Maschinenbau-Anstalt in Neuland-Neiße; '90.
54. Heinrich Heimann Geh. Kommerzienrat in Breslau, Ring 33; '92.
55. Dr. Georg Kauffmann, Fabrikbesitzer in Wüstegiersdorf; '98.
56. Heinrich von Korn, Besitzer der Schlesischen Zeitung in Breslau; '98.
57. Georg von Kramsta, Bergwerks- und Rittergutsbesitzer in Frankenthal b. Neumarkt i./Schl.; '73.
58. von Kulmiz, Rittergutsbesitzer auf Gutwohne, Kreis Öls; '92.
59. Paul Methner, Kommerzienrat, in Landesbut i. Schl.; '95.
60. Otto Müller, Kommerzienrat in Görlitz; '85.
61. Dr. Nitsche, Sanitätsrat in Salzbrunn; '90.
62. Fürst von Pleß, Durchlaucht, zu Pleß; '73.
63. Emil Pyrkosch, Fabrikbesitzer und Stadtrat in Ratibor; '95.
64. Heinrich Rosenberger, Fabrikbesitzer in Oberlangenbielau; '95.
65. Dr. Roth, Regierungs- und Medizinalrat in Oppeln; '93.
66. H. Schmidt, Rentier, Görlitz, Bismarckstraße 14; '90.
67. Schöffer & Co., Stadtmühle und Brotfabrik in Liegnitz; '95.
68. A. Schoenawa, in Hoffnungshütte bei Ratiborhammer; '83.
69. F. Schweitzer, Zimmermeister in Beuthen O./Schl.; '75.
70. Emil Stolle, Erster Bürgermeister in Königshütte O.-S.; '90.
71. Dr. E. Websky, Geh. Kommerzienrat in Wüstewaltersdorf (Breslau); '73.

g. Provinz Sachsen.

72. Otto Allendorff, Königl. Kommerzienrat in Schönebeck a. Elbe; '95.
73. A. Bauer, Steingut-Fabrik in Neustadt-Magdeburg; '75.
74. Louis Bauermeister, Gruben- und Fabrikbesitzer, Mitglied des Reichstages in Deutsche Grube b. Bitterfeld; '92.
75. Dr. jur. Karl Bennecke in Loederburg bei Staßfurt, Reg.-Bez Magdeburg; '77.

Digitized by Google

76. Freiherr von Berlepsch, Excellenz, Staatsminister, in Seebach b. Großengottern; '92.
77. H. C. Besteborn, Königl. Kommerzienrat in Aschersleben; '98.
78. Ludwig Betbcke, Königl. Kommerzienrat in Halle a. S.; '90.
79. Max Bieler, Kaufmann und Fabrikbesitzer (Firma Ephraim Greiner) in Stützerbach b. Schmiedefeld, Kr. Schleusingen; '95.
80. Julius Blancke, Stadtrat und Fabrikbesitzer in Merseburg; '73.
81. Wilhelm Brauns in Quedlinburg; '85.
82. Claes & Flentje in Mühlhausen i. Th.; '86.
83. A. Dehne, Kgl. Geheimer Kommerzienrat, i. Fa. A. L. G. Dehne in Halle (Saale); '98. **(100 Mark Jahresbeitrag.)**
84. Gebr. Dietrich in Weißenfels; '83.
85. Gebrüder Dippe in Quedlinburg; '98. **(15 Mark Jahresbeitrag.)**
86. Dommerich & Co. in Buckau-Magdeburg; '77.
87. Kurt Elze, Rechtsanwalt und Notar, Stadtrat in Halle a. S., Brüderstr. 7; '85.
88. Gebr. Forstreuter in Oschersleben; '90.
89. E. Hübner, Kommerzienrat, in Firma Wegelin & Hübner in Halle a. S.; '89.
90. C. Klamroth, auf Kloster Gröningen, R.-B. Magdeburg; '92.
91. Wilh. Kur Nachfolger in Halberstadt; '83.
92. Ferd. Lucius, Geh. Kommerzienrat, Mitglied des Reichstages und des Hauses der Abgeordneten, in Erfurt; '90.
93. Fr. Meyer's Sohn, Zuckerraffinerie in Tangermünde; '92.
94. Neubauer, Geh. Kommerzienrat in Magdeburg, Breite Weg 212; '90.
95. Reinicke & Co., Malzfabrik in Halle a. S.; '85.
96. von Richter, Geh. Regierungsrat, Landrat in Weißenfels; '90.
97. J. F. Riemann, Mech. Bunt-Weberei in Nordhausen; '90.
98. Reinhold Schlegelmilch, Porzellanfabrik und Malerei in Suhl; '80.
99. Arthur Schmid, Amtmann, in Berzen b. Großrodensleben; '92.
100. C. M. Sombart, Rentier und Stadtverordneter in Magdeburg-Friedrichstadt; '95.
101. R. Stengel, Grund- und Bergwerksbesitzer, Mitgl. d. Hauses d. Abgeordneten, in Staßfurt; '81.
102. Fritz Wolff, Königl. Kommerzienrat in Erfurt; '95.
103. M. von Zimmermann, Königl. Amtsrat auf Benkendorf b. Delitz a. B. (Bez. Halle); '92.

h. Provinz Schleswig-Holstein.

104. Dr. W. Ahlmann, Bankier in Kiel; '71.
105. Anthon & Söhne, Eisengießerei u. Maschinenfabrikbesitzer in Flensburg; '89.
106. Bokelmann, Geheimer Regierungsrat in Kiel; '84.
107. C. F. Carstens, Konsul in Blankenese; '92.
108. C. E. Gätckes Glasfabriken in Altona-Ottensen, Friedens-Allee 260; '92.
109. Dr. Albert Hänel, Professor in Kiel, Bergstraße 2; '71.
110. P. Chr. Hansen, Landesversicherungsrath in Kiel, Fleethöre 60; '75.
111. C. Hedrich, Dampfmühle in Altona; '90.
112. Georg Howaldt in Kiel; '83.
113. L. P. H. Maaß Erben, Buchdruckereibesitzer in Flensburg; '77.
114. J. H. Mohr i. Fa. A. L. Mohr in Altona-Bahrenfeld; '98.
115. A. Sartori, Geheimer Kommerzienrat (Firma: Sartori & Berger) in Kiel; '83.
116. B. H. Schröder, Fabrik- und Gutsbesitzer in Wesselburen i. Holstein; '95.
117. C. Sieveking, Justizrat in Altona; '83.
118. Thomsen, Vice-Admiral, in Kiel, Hohenbergstraße 22 I; '98.
119. Fräulein M. Thomsen in Kiel, Hohenbergstraße 22 III; '98.
120. Herman Wuppermann in Pinneberg; '83.

i. Provinz Hannover.

121. Gerh. Becker, Ökonomierat in Ülzen; '92.
122. W. P. Berding, Kommerzienrat, in Linden-Hannover, Blumenstraße 7a; '73.

Digitized by Google

123. Hermann Borchers i. Fa. Gebr. Borchers in Goslar; '92.
124. von Borries, Regierungs- und Baurat in Hannover, Herrenstr. 15; '90.
125. A. Brauer in Lüneburg; '98.
126. Carl Breiding & Sohn in Soltau; '83.
127. E. Eger, Fabrikant in Harburg (Elbe); '98.
128. Otto Frederich, Kommerzienrat in Lüneburg; '98.
129. A. Haarmann, Kommerzienrat, Generaldirektor in Osnabrück; '83.
130. Frau von Hoppenstedt, in Schladen, Provinz Hannover; '90.
131. Keferstein, Oberbürgermeister in Lüneburg; '73.
132. J. C. König & Ebhardt in Hannover; '77.
133. Gebrüder Körting in Körtingsdorf bei Hannover; '89.
134. Ernst Kromschröder, Fabrikant in Osnabrück, Bergstr. 3 A; '89.
135. Jos. L. Meyer, Schiffsbaumeister in Papenburg a. d. Ems; '92.
136. M. Graf Pilati in Lüneburg; '90.
137. Adolf Reese, Senator, i. Fa. Reese Gebrüder, Wollgarnspinnerei in Bodenwerder (Weser); '98.
138. Dr. Wahrendorff, Geh. Sanitätsrat, Direktor der Irrenanstalt, Asyl Ilten b. Lehrte; '92.
139. Wilhelm Weitz in Lüneburg; '95.
140. Wolff & Co., Pulver- und Schießbaumwollfabrik in Walsrode; '98.
141. Woltmann, Legge-Inspektor in Göttingen; '74.

k. Provinz Westfalen.

142. Ammon & Gebr. Popelius, Glasfabrik in Witten a. Ruhr; '90.
143. M. van Delden, Kommerzienrat in Gronau i. W.; '90.
144. H. A. & W. Dresler, Drahtwerk in Creuzthal; '98.
145. Ficken & Co. in Hagen; '77.
146. Werner Freutrop i. Fa. Freutrop & Co. in Bocholt; '98. **(15 Mk. Jahresbeitrag.)**
147. Paul Ficken in Hagen i. W., Concordiastraße 29; '98.
148. Hünnebeck, Rechtsanwalt und Notar in Bochum; '90.
149. F. A. Kümpers, Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Rheine; '90.
150. Gebrüder Kugel in Lüdenscheid; '79.
151. Gebrüder Laurenz in Ochtrup; '92.
152. Löffen & Piepmeyer in Münster i. W.; '95.
153. B. F. Lürding, Hüttendirektor in Hohenlimburg; '73.
154. R. & Th. Möller, Maschinenfabrik in Kupferhammer bei Brackwede; '68.
155. Gebrüder Müllensiefen in Grengeldanz bei Witten a. Ruhr; '73.
156. Gebrüder Noelle in Lüdenscheid; '73.
157. Gustav Selve, Geheimer Kommerzienrat (Basse & Selve) in Altena; '82.
158. P. C. Turck Wwe. in Lüdenscheid; '64.
159. Friedrich Zahn, Handelskammerpräsident in Minden; '80.

l. Provinz Hessen-Nassau.

160. Se. Königl. Hoheit Landgraf Alexander Friedrich von Hessen, Philippsruhe b. Hanau, '92.
161. Sal. Ben. Goldschmidt in Frankfurt (Main), Friedenstraße 1; '98.
162. Gottschalk & Co., Mechanische Weberei in Kassel; '90.
163. Dr. Grimm, Professor, in Wiesbaden, Mainzerstraße 13; '90.
164. Hartmann & Braun, Fabrik elektrotechnischer Apparate in Bockenheim-Frankfurt a. M.; '95.
165. Fritz Kalle, Stadtrat in Wiesbaden; '73.
166. R. Küstner (P. G. Hosse Wwe.) in Hanau; '80.
167. Dr. Jos. Landgraf, in Frankfurt a. M., Moselstraße 14; '95.
168. Dr. L. Lindheimer, Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt a. M., Börsenstraße 15; '86.
169. Wilh. Lindheimer, Kgl. Oberamtmann in Hof-Schwalbach bei Kronberg im Taunus; '92.

Digitized by Google

170. Dr. Eugen Lucius in Frankfurt a. M., Blittersdorfplatz 33; '80.
171. E. G. May Söhne in Frankfurt a. M.; '85.
172. Dr. jur. H. Oswalt, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; Bleidenstr. 6/8; '85.
173. H. Rubenſohn in Kaſſel; '83.
174. C. von Scharfenberg in Kalkhof b. Wanfried a. W.; '90.
175. Julius Schröder (Schröder & Stadelmann) in Oberlahnſtein; '75.
176. Dr. Seidel, Regierungsrat in Wiesbaden, verl. Parkſtraße 2; '98.
177. Voigt & Haeffner in Bockenheim, Falkſtraße 2; '90.
178. O. Wiegand, Ingenieur in Wiesbaden; '90.

m. Rheinprovinz.

179. Chriſtoph Andreae in Mülheim am Rhein; '74.
180. M. Beer, Bankier in Eſſen (Ruhr); '91.
181. J. P. Bemberg, Türkiſchrotgarn-Färberei in Oede bei Barmen-Rittershauſen; '95.
182. Felix Biſchoff, Werkzeug-Gußſtahl-Fabrik in Duisburg; '90. **(100 Mk. Jahresbeitrag.)**
183. von Bock, Bürgermeiſter in Mülheim a. d. Ruhr; '83.
184. Robert Böker, Kommerzienrat in Remſcheid, Scharffſtraße 3; 92.
185. Dr. Otto Böninger, Kommerzienrat in Duisburg; '83.
186. Dr. Henry T. Böttinger, Direktor der Farbenfabriken, Mitgl. d. Hauſes der Abgeordneten, in Elberfeld; '90.
187. Boltz, Juſtizrat in Saarbrücken; '98.
188. Dr. Brüggemann, Juſtizrath in Saarbrücken, Kronprinzenſtraße 13; '86.
189. Jakob Bücklers, Geheimer Kommerzienrat in Düren; '66.
190. A. Büttner, Ingenieur und Fabrikant in Urdingen a. Rh.; '90.
191. Hermann Buſch, Kaufmann in M.-Gladbach, Königsplatz 4; '68.
192. Paul Carney, Bankdirektor in Eſſen a. d. Ruhr, Märkiſchestraße 20; '73.
193. Gottfr. Conze, Kommerzienrat in Langenberg (Rheinland); '91. **(15 Mk. Jahresbeitrag.)**
194. Elven, Juſtizrat in Köln, Norbertſtraße 15; '83.
195. W. Ermen & Engels in Engelskirchen, R.-Bz. Köln; '73.
196. Johann Maria Farina in Köln, Jülichsplatz 4; '90.
197. Felten & Guilleaume, Carlswerk in Mülheim a. Rh.; '90.
198. Auguſt Ferber, Fabrikbeſitzer in Burtſcheid; '90.
199. Karl Friederichs, Geheimer Kommerzienrat, in Remſcheid; '83.
200. Dr. Frhr. v. d. Goltz, Geh. Regierungsrat in Poppelsdorf-Bonn; '66.
201. F. W. Greef in Vierſen; '74.
202. Julius Grillo, Fabrikbeſitzer in Neumühl-Hamborn; '91.
203. Alex van Gülpen, i. Fa. Lenſing & van Gülpen, Kaffee-Großhandlung, in Emmerich; '95.
204. Haniel & Lueg in Düſſeldorf-Grafenberg; '92.
205. R. Hafenclever, Generaldirektor der chemiſchen Fabrik „Rhenania" in Aachen; '74
206. C. Heckmann, Kupfer- und Meſſingwerk in Duisburg-Hochfeld; '90.
207. J. M. Heidemann, Generaldirektor, in Köln, Blaubach 45/49; '80.
208. J. A. Henckels in Solingen; '92.
209. Hermingbaus & Co. in Elberfeld; '75.
210. Robert Heujer, Kaufmann und Stadtverordneter in Köln, Neumarkt 8; '73.
211. Dr. A. Hinsberg, Rechtsanwalt, in Barmen, Dörnerbrückenſtraße 3; '96.
212. Jung & Simons in Elberfeld; '95.
213. Louis Kannengießer in Mülheim a. d. Ruhr; '95.
214. Knebel, Geheimer Regierungsrat, Landrat a. D., Mitglied des Hauſes der Abgeordneten, in Köln, Sachſen-Ring 50; '96. (†)
215. Ernſt Königs, Bankdirektor in Köln, Zeughausſtraße 2; '73.
216. Dr. Kraaz, Königl. Gewerbe-Inſpektor in Bonn; '98.
217. Leop. Krawinkel, Wollſpinnerei in Bergneuſtadt; '90.
218. Friedrich Krupp in Eſſen; '74.

Digitized by Google

219. Friedr. Alfr. Krupp, Geh. Kommerzienrat, Mitglied des Reichstages in Essen; '75. **(36 Mk. Jahresbeitrag.)**
220. J. J. Langen & Söhne in Köln a. Rh.; '86.
221. E. Matthes & Weber in Duisburg; '95.
222. Meckel & Co. in Elberfeld; '75.
223. Gust. von Mevissen, Geh. Kommerzienrat in Köln; '73.
224. Dr. jur. Paul Meyer, Ober-Regierungsrat bei der Königl. Eisenbahn-Direktion in Elberfeld; '78. **(30 Mk. Jahresbeitrag.)**
225. Michael Michels (Firma: Geschw. Michels) in Krefeld; '73.
226. Ferd. Möhlau & Söhne, Fabrikbesitzer in Düsseldorf; '64.
227. C. Mühlinghaus Pet. Joh. Sohn in Lennep (Reg.-Bez. Düsseldorf); '85.
228. Chr. Müller & Sohn in Bergneustadt (Reg.-Bez. Köln); '85.
229. Wilhelm von der Nahmer, in Firma A. von der Nahmer, Alexanderwerk in Remscheid; '90.
230. Adolf von der Nahmer, Teilhaber der Firma: Alexanderwerk, A. von der Nahmer in Remscheid, Wiedenhofstraße 6; '93.
231. O. Frhr. von Pelser-Berensberg in Herzogenrath (Aachen); '95.
232. F. Peters, vorm. H. Schläger & Co., Fabrik feuerfester Produkte in Eschweiler bei Aachen; '95.
233. Pfeifer & Langen in Elsdorf (Rheinland); '83.
234. Robert Rhodius in Linz a. Rh.; '92.
235. Rothschild, Justizrat in Trier; '76.
236. Fritz Em. Saatweber, Direktor der Barmer Besatzindustrie, vorm. Saatweber & Co. in Barmen, Mühlenweg 17; '90.
237. Heinr. Schniewind sen., Seidenwaren-Fabrikant in Elberfeld; '98. **(20 Mk. Jahresbeitrag.)**
238. Ph. Schoeller, Kommerzienrat, in Firma Gebr. Schoeller, Tuchfabrik in Düren; '90.
239. Arnold Schröder in Burgthal bei Burg a. d. Wupper; '73.
240. Wilhelm Schröder & Co. in Krefeld; '79.
241. Theodor Sebmer in St. Johann a. Saar, Mainzerstraße 57; '82.
242. L. F. Seyffardt, Fabrikbesitzer, Abgeordneter, in Krefeld; '73.
243. Johann Simons Erben in Elberfeld; '73.
244. F. Soennecken, Schreibwarenfabrikant in Bonn-Poppelsdorf; '98.
245. Albrecht Stein, Fabrikbesitzer in Wetzlar; '95.
246. Math. Stinnes in Mülheim a. d. R.; '92.
247. Gebr. Stollwerck, Königl. Preuß. und Kaiserl. Österr. Hof-Chokoladen Fabrikanten in Köln; '83.
248. H. Struensberg, Superintendent in Bonn; '85.
249. Villeroy & Boch in Mettlach; '89.
250. Leo Vossen, Fabrikant in Aachen; '98.
251. A. Wagner, Glasfabrikant in Mariannenthaler Hütte b. Sulzbach, Kr. Saarbrücken; '86.
252. Carl Wahlen, Fabrikbesitzer in Köln a. Rh., St. Apernstraße 23/27; '98.
253. G. Wieghardt, Maschinen-Fabrik in Berge-Borbeck; '7..
254. Johann Wülfing & Sohn in Lennep; '95. **(50 Mark Jahresbeitrag.)**
255. Richard Zanders in Bergisch-Gladbach; '95.

n. Hohenzollernsche Lande.

256. B. Baruch & Söhne in Hechingen; '90.
257. Ludwig Weil (Firma: M. J. Weil & Söhne) in Hechingen; '76.

F. Persönliche Mitglieder außerhalb Preußens.

a. Freie Hansestädte.

1. Dr. C. Biget (Firma: Morgenstern, Biget & Co.) in Billwärder bei Hamburg; '83.
2. Heinr. Claußen, Präsident der Bürgerschaft in Bremen, Gerhardstraße 11; '90.

Digitized by Google

3. F. H. Desenitz & A. Jacobi in Hamburg, Wendenstr. 183/185; '89.
4. Hild. ten Doornkat-Koolman, in Bremen, Contrescarpe 8a; 89. **(30 Mk. Jahresbeitrag.)**
5. Carl H. von Eicken in Hamburg, St. Pauli, '80.
6. Leopold Engelhardt & Biermann in Bremen; '85.
7. Alb. Gröning, Bürgermeister in Bremen, Löningstraße 19; '92.
8. J. H. Heidmann, i. Fa.: H. W. Heidmann in Hamburg, Hafenstr. 97; '94.
9. Dr. G. Hertz, Senator in Hamburg, Magdalenenstraße 3; '73.
10. Th. Heye, Geh. Kommerzienrat in Hamburg, Admiralitätsstraße 59; '79.
11. Koch & Bergfeld in Bremen; '86.
12. Julius Lachmann, Spritfabrikant in Hamburg, Alterwall 41; '89.
13. F. Laeiß in Hamburg; '90.
14. Lambert Leisewitz in Bremen; '95.
15. Dr. Marcus, Senator in Bremen, Contrescarpe 125; '80.
16. Heinr. Aug. Müller in Hamburg, Große Bleichen 36; '73.
17. Heinrich Freiherr von Oblenborff in Hamburg; '85.
18. Heinr. W. A. Schmidt, Lederfabrik in Hamburg, Vereinsstraße; '90.
19. Dr. Heinrich Traun in Hamburg, Meverstraße 60; '83.
20. Dr. Versmann, Präsident des Senats in Hamburg, Alster-Terrastr. 5; '80.
21. Robert Wichmann, in Firma Reese & Wichmann in Hamburg; '90.

b. Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt u. Lippe-Detmold.

22. Busch, Barnewitz & Co., Konservenfabrik in Wolfenbüttel; '89.
23. Rud. Dinglinger in Köthen; '77.
24. F. W. Drosten in Bentwisch i. M. (Rostock); '92.
25. Dr. Carl Eggers, Senator a. D. in Rostock, Kaiser Wilhelmstraße 32; '92.
26. Carl Lahusen in Delmenhorst i. Oldenburg; '90.
27. Albrecht Meier, Fabrikbesitzer in Walkenried; '89.
28. R. Nitze, Bürgermeister in Ribnitz i. M.; '73.
29. Dr. Oechelhäuser, Königl. Preuß. Geh. Kommerzienrat, in Dessau; '90.
30. W. von Oechelhäuser, Generaldirektor der Deutschen Kontinental-Gas-Ges. in Dessau; '92.
31. Piper, Oberamtsrichter in Rostock i. M.; '77.
32. F. Pitzschke, Oberamtmann in Sandersleben (Anhalt); '92.
33. Plaut & Schreiber zu Jeinitz in Anhalt; '74.
34. Louis Wittig, Geheimer Kommerzienrat in Köthen, Anh.; '89.

c. Königreich Sachsen.

35. Georg Adler, Kommerzienrat in Buchholz i. S.; '75.
36. Bruno Adam, Stadt- und Baurat in Dresden-A., König Johannstraße 2; '90.
37. A. W. Bär & Co. in Zschopau i. Sachsen; '89.
38. A. H. A. Bergmann, Waldheimer Parfümerie- und Toilettenseifen-Fabrik in Waldheim i. S.; '89.
39. Adolf Bleichert & Co., Fabrik für den Bau von Drahtseilbahnen, in Leipzig-Gohlis; '86.
40. Friedrich Bode, Civil-Ingenieur in Dresden-Blasewitz; '92.
41. Dr. Karl Böhme, Justizrat, Mitglied des Reichstages in Annaberg (Erzgebirge); '83.
42. Dr. Viktor Böhmert, Geh. Reg.-Rat und Professor, in Dresden N., Hospitalstraße 4; '72.
43. Carl von Carlowitz auf Kukuksstein b. Liebstadt i. S.; 92.
44. E. J. Clauß Nachf., Baumwollspinnerei in Plauen b. Flöha i. S.; '90.
45. Heinrich Dietel, Kammgarnspinnerei in Wilkau; '80.
46. Graf von Einsiedel in Reibusdorf bei Zittau i. S.; '92.
47. Dr. Arthur Eiche in Dresden, Canalettostraße 9; '98.
48. Eugen Esche, Fabrikant in Chemnitz; '92.

Digitized by Google

49. Adolf Eulitz, Oekonomierat in Dresden-A., Reitbahnstraße 35; '92.
50. Ernst Friedemann, Fabrikbesitzer in Limbach (Sachsen); '98.
51. Hermann Fritzsche, i. Fa. Schimmel & Co. in Leipzig; '75.
52. Robert Gärtner in Burgstädt; '83.
53. Adolf Geipel i. Fa. Geipel & Schellhammer, Cigarrenfabrik in Bautzen; 98.
54. Gelbke & Benedictus in Dresden; '90.
55. Dr. Genfel, Sekretär der Handelskammer in Leipzig; '77.
56. E. T. Gleitsmann in Dresden, Blumenstraße 70; '95.
57. Max Gräbner in Leipzig-Reudnitz; '95.
58. C. G. Großmann, Fabrik von Canevas und Deckenstoffen in Großröhrsdorf i. S.; '90.
59. Carl Gutbier (in Firma: Gutbier & Co.) in Leipzig-Lindenau; '85.
60. Dr. Hamm, Oberreichsanwalt in Leipzig, Beethovenstraße 12; '98.
61. Max E. Hauschild, Kommerzienrat in Hohenfichte i S.; '77.
62. Oskar Hauschild in Hohenfichte i. S.; '90.
63. J. Hebbinghaus in Leipzig, Bismarckstraße 16; '90.
64. Heine & Co., Chemische Fabrik in Leipzig, Schreberstraße 6; '90.
65. Oswald Hoffmann in Neugersdorf i. Sachsen; '89.
66. Eugen Hülsmann, Thonwaren-Fabrik in Altenbach b. Wurzen; '92.
67. Erdmann Kircheis in Aue; (Erzgebirge) '73.
68. Ernst Kirchner, Kommerzienrat in Leipzig-Volkmarsdorf; '89.
69. Wm. Knoop, Konsul in Dresden, Ferdinandstraße 21; '95.
70. Karl Krause, Maschinenfabrik in Leipzig; '92.
71. Albert Lange, Kommerzienrat, Fa. Dr. Geitners Argentanfabrik, F. A. Lange in Auerhammer bei Aue i. S.; '98.
72. J. M. Lehmann, Maschinenfabrik in Dresden-Löbtau; '89.
73. J. G. Leistner in Chemnitz; '85.
74. Lobeck & Co., Kgl. Hoflieferanten in Dresden-Löbtau; '80.
75. D. Magnus, Maschinenfabr. u Eisengießerei in Leipzig-Eutritzsch; '77.
76. Jul. F. Meißner, Kommerzienrat (Firma: Meißner & Buch) in Leipzig, Sidonienstraße 18; '85.
77. Ernst Mey, Königl. Kommerzienrat (in Firma: Mey & Edlich), in Plagwitz-Leipzig; '75.
78. A. Niethammer, Geheimer Kommerzienrat (Firma: Kübler & Niethammer) in Kriebstein bei Waldheim; '77.
79. Dr. Nodig, Amtsrichter in Borna; '90.
80. L. Offermann, Geh. Kommerzienrat, Direktor der Leipziger Wollkämmerei in Leipzig, Bismarckstraße; '75. **(15 Mk. Jahresbeitrag.)**
81. Dr. Julius Petersen, Reichsgerichtsrat in Leipzig, Schützen-Straße 12; '85.
82. C. A. Preibisch, Kommerzienrat, in Reichenau bei Zittau; '80.
83. Anton Reiche in Plauen-Dresden; '86.
84. Fr. Reinhardt, Direktor der Leipziger Bierbrauerei Riebeck & Co., A.-G. in Leipzig-Reudnitz; '90.
85. C. E. Rost & Co., Maschinenfabrik in Dresden; '85.
86. E. Sachsse & Co., Fabrik ätherischer Öle in Leipzig-Reudnitz; '90.
87. Dr. Paul Scheven in Eisenach, Marienstr. 56a; 91.
88. Gustav Schiebler, Stadtrat in Frankenberg i. Sachsen; '80.
89. Schlimpert & Co. in Leipzig-Reudnitz; '86.
90. Dr. Schloßmann, Privatdocent an der Königl. technischen Hochschule in Dresden, Franklinstraße 7; '98.
91. Karl Schmelzer sen. Kammgarnspinnerei in Lichtentanne (Sachsen); 98.
92. Peter Schmidt, Bibliothekar am Kgl. Sächs. Statistischen Bureau, Redakteur in Königswald-Kleptsche; '80.
93. Oswald Schmollig (in Firma: C. G. Hübner) in Pulsnitz; '85.
94. C. H. Schönherr i. Fa. J. G. Kreller & Co. in Leipzig; '77.
95. Stöhr & Co., Kammgarn-Spinnerei in Leipzig-Plagwitz; '90.
96. Lothar Streit, Ober-Bürgermeister in Zwickau; '73 (†).
97. Ph. Swiderski, Maschinenfabrikant in Leipzig, Karl Tauchnitzstraße 51; '95.

Digitized by Google

98. A. Täschner, Rechtsanwalt in Freiberg i. S.; '76.
99. Dr. Tröndlin, Bürgermeister in Leipzig, Dresdenerstr. 3; '77.
100. L. Uebel in Plauen i. V.; '82.
101. Gebr. Uebel, Mechanische Weberei in Netzschkau i. V.; '83.
102. C. Uhlmann, Baumeister in Stollberg, Erzgebirge; '82.
103. Alfred Vörster, Vorsitzender der Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter, in Leipzig; '96.
104. Hugo Zietz, Inh. der Orientalischen Tabak- und Cigarettenfabrik „Yenidze" in Dresden; '98.
105. J. C. Zische & Söhne in Schönbach b. Löbau i. S.; '89.
106. Guido Zische, i. F. Georg Voß & Co. in Deuben, Bez. Dresden; '89.

d. Thüringische Staaten.

107. Se. Durchlaucht Heinrich XIV. jüngere Linie, regierender Fürst Reuß, Herr zu Gera ꝛc., Schloß Osterstein bei Gera; '70.
108. Max Baumgärtel, i. Fa. Julius Römpler, Fabrik elastischer Strümpfe und Bänder in Zeulenroda (Reuß ä. L.); '95.
109. Brettmann, Königl. Eisenbahn-Direktor in Jena, Erfurterstr. 9; '90.
110. Richard Burkhardt in Altenburg, Wettinerstraße 33; '77.
111. Dr. jur. A. Emminghaus, Professor, Direktor der Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha; '72.
112. Fr. Feistkorn, Kammgarnspinnerei in Gera (Reuß); '90.
113. R. Froebel in Hirschberg a. Saale (Reuß); '90.
114. von Haefeler in Gotha; '92.
115. von Helldorff, Excellenz, Staatsminister in Altenburg; '95.
116. Wilh. Herrmann in Frankenhausen a. Kyffhäuser; '77.
117. Louis Hirsch, Färbereibesitzer in Gera; '80.
118. Dr. J. F. Holtz in Eisenach, Marienhöhe 1; '89.
119. Dr. phil. Martin Keibel in Eisenach, Kapellenstraße 9; '94.
120. Lange & Pöhler in Arnstadt; '95.
121. Marbersteig, Rechtsanwalt in Weimar; '86.
122. Franz Schilling, Hof-Glockengießermeister, Inhaber d. Fa. Carl Friedrich Ulrich in Apolda; '95.
123. Edmund Schmidt, Kommerzienrat in Altenburg, S.-A.; '98.
124. J. G. Schmidt jun. Söhne, Kammgarnspinnerei in Altenburg, S.-A.; '98.
125. Wilhelm Spaethe in Gera; '77.
126. Stier, Geh. Regierungs-Rat, Direktor der Mitteldeutschen Bodenkredit-Anstalt in Greiz i. V.; '98.

e. Hessen, Bayern und Württemberg.

127. R. Avenarius, Hauptmann a. D. und Fabrikbesitzer in Ginnlgesheim a. Rh. (Hessen); '98.
128. Rudolf Bamberger, Bankier in Mainz; '73.
129. A. Bembé, Möbel- und Parkettbodenfabrik in Mainz; '90.
130. Wilh. Binder, Silberwarenfabrik, in Schwäb. Gmünd (Württemberg); '80.
131. P. Bruckmann & Söhne, Silberwarenfabrik in Heilbronn; '92.
132. Dr. Dittmar, Ministerialdirektor in Darmstadt, Heerdweg 66; '77.
133. Doerr & Reinhart in Worms a. Rh.; '77.
134. Erbard & Söhne, Metallwarenfabrik in Schwäb. Gmünd; '95.
135. Gebr. Fahr & Co., Lederfabrik in Pirmasens; '90.
136. Hermann Franck, Fabrikant in Ludwigsburg (Württemberg); '80.
137. Dr. Gaffky, Geh. Medizinalrat, Professor in Gießen, Hohmannstraße 9; '90.
138. L. Gminder, Kommerzienrat in Reutlingen; '98.
139. Dr. Gutfleisch, Rechtsanwalt in Gießen; '77.
140. H. von Haas, Landgerichtspräsident in Bayreuth; '98.

Digitized by Google

141. Haueisen & Sohn, Senfenfabrik in Neuenbürg (Württ.); '74.
142. W. Heyder, Fabrikdirektor in Augsburg; '95.
143. Hch. Hornschuch, Kommerzienrat (in Firma Weber & Ott) in Fürth in Bayern; '90.
144. Huppe & Bender in Offenbach a. M.; '83.
145. Georg Kaetz, Kommerzienrat u. Gutsbesitzer, in Haunstetten bei Augsburg; '98.
146. Theodor Köhn, Stadtbaurat a. D., Vorstandsmitglied der „Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen" in Nürnberg, Aeußerer Laufer-platz 5; '96.
147. Ernst Laiblin, Papierfabrikant in Pfullingen; '89.
148. Richard Landerer, Ökonomierat zu Göppingen (Württ.); 78.
149. Gg. Langheinrich in Schlitz (Oberhessen); '83 (†).
150. Friedrich Lux, Wassermesserfabrikant in Ludwigshafen a. Rh.; '90.
151. E. Merck, Chemische Fabrik in Darmstadt, Mühlenstraße 33; '98.
152. F. G. Metzger, Hoflebkuchenfabrik in Nürnberg; '82.
153. Dr. Neumann, Professor in Tübingen; '89.
154. E. Nister in Nürnberg; '95.
155. K. Oehler in Offenbach a. M.; '73.
156. Graf Oriola, Mitglied des Reichstages, auf Büdesheim (Oberhessen); '92.
157. H. Otto, Kommerzienrat in Nürtingen bei Stuttgart; '80.
158. Heinr. Otto in Reichenbach a. Fils (Württemberg); '95.
159. Eug. Pfeifer, Fabrikant, Haus Annaberg, Post Triesdorf; '89.
160. Zacharias Reif, Kommerzienrat in Nürnberg; '89.
161. R. Rominger jr. in Stuttgart, Königstraße 35; '82.
162. Gustav Schwanhäußer, Kommerzienrat in Nürnberg; '82.
163. Steckmayer, Rechtsanwalt und Gemeinderat in Stuttgart; '98.
164. Adolf Trier in Darmstadt; '92.
165. Wilhelm Trötsch, Fabrikbesitzer in Weißenburg am Sand (Bayern); '95.
166. Dr. v. Winckel, Professor an der Universität in München, Sonnenstr. 16a; '83.
167. Johannes Zeltner, Fabrikbesitzer in Nürnberg; '89.
168. Gebr Zoepritz in Mergelstetten (Württemberg); '74.

f. Baden und Elsaß-Lothringen.

169. Gebr. Adt in Forbach i. Lothr.; '85.
170. Dr. Wilhelm Blum in Heidelberg; '76.
171. Bourcart fils & Co., in Gebweiler i. Elsaß; '90.
172. H. Engelhardt, Tapetenfabrik in Mannheim; '90.
173. F. H. Esch, in Firma Esch & Co., Fabrik Irischer Öfen in Mannheim; '92.
174. Carl Freudenberg in Weinheim (Baden); '95.
175. Max Frey, Kommerzienrat in Mülhausen (Elsaß); '98.
176. Louis Hirsch in Mannheim; '95.
177. E. F. Krafft-Grether, Fabrikbesitzer, Abgeordneter, in St. Blasien im Badischen Oberlande; '72.
178. Dr. Lobstein in Heidelberg, Schloßberg 55; '83.
179. Max May in Heidelberg, Hauptstraße 44; '73.
180. C. Neddermann, i. Firma Straßburger Gummiwaren-Fabrik R. Neddermann in Straßburg i. E.; '92.
181. Wolf Netter & Jacobi, Fabrikanten in Straßburg i. E.; '90.
182. Dr. Julian Reis in Heidelberg, Bergheimerstraße 51; '98.
183. Carl Reuther, in Firma Bopp & Reuther, in Mannheim; '90.
184. Dr. Sigmund Schott, Regierungs-Assessor in Mannheim, A 3. 6; '97.
185. Utzschneider & Co. in Saargemünd i. E.; '83.
186. Dr. jur. M. Weber, Professor in Heidelberg, Leopoldstraße 53b; '94.
187. H. Widmann, Firma Dyckerhoff & Widmann in Karlsruhe; '89.
188. Dr. Gustav Wolff, Regierungsrat in Straßburg i. E., Kaiserliches Ministerium, Allerheiligenstraße 8; '79.

Digitized by Google

g. Außerhalb des Deutschen Reiches.

189. W. B. Adolf Gumprecht in Meran (Tirol), Villa Rebhof; '76.
190. Dr. Hanckwitz, Stabsarzt, in Obermais b. Meran (Tirol); '89.
191. Arthur Krupp in Bernberf (Nieder-Österreich); '89.
192. Frau L. Lenz-Heymann in Bern (Schweiz), Schanzlistraße 15; '90. **(24 Mark Jahresbeitrag.)**
193. Karl Ruß-Suchard, Chokoladenfabrikant in Neuchatel (Schweiz); '90.
194. Dr. Karl von Scherzer, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Sr. k. k. Apostol. Majestät in Görz, Küstenland (Österreich); '90.
195. Rudolph Schoeller, Kaiserlich deutscher Konsul in Falkenburg-Zürich (Schweiz); '77.

Rekapitulation.

Zu A.	Behörden und Vereine ꝛc.	213
Zu B.	Aktien- ꝛc. Gesellschaften	176
Zu C.	Ständige Mitglieder	5
Zu D.	Mitglieder in Berlin und Vororten	225
Zu E.	Auswärtige persönliche Mitglieder im preußischen Staate	257
Zu F.	Persönliche Mitglieder außerhalb Preußens	195
	Summa	1071

Digitized by Google

Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses für das Geschäftsjahr 1899.

(Nach der Generalversammlung am 9. Dezember 1898.)

I. Der Vorstand.

1. Dr. Herzog, Excellenz, Wirkl. Geh. Rat, Staatssekretär a. D., Derfflingerstr. 5, W., Vorsitzender.
2. E. L. Herrfurth, Excellenz, Staatsminister, Kleiststr. 9, W., stellv. Vorsitzender.
3. Dr. Zacher, Kaiserl. Geh. Regierungsrat, Mitglied des Reichs-Versicherungsamts, W. Königin Augustastraße 19.

(Gewählt zu 1—2 in der Generalversammlung am 4. Dezember 1896, zu 3 in der Generalversammlung am 3. Dezember 1897.)

Zu 1—3 Amtszeit 1899.

4. Dr. S. Neumann, Sanitätsrat, Kurfürstenstr. 126, W.
5. K. Schrader, Eisenbahn-Direktor a. D., Steglitzerstr. 68, W.
6. V. Weisbach, Rentier, Thiergartenstr. 4, W., Schatzmeister.

(Gewählt zu 4—6 in der Generalversammlung am 3. Dezember 1897.)

Zu 4—6 Amtszeit 1899, 1900.

7. Dr. Joh. Nösing, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat, Präsident der Verwaltung des Reichs-Invaliden-Fonds, Königin Augustastraße 51, W., Schriftführer.
8. Dr. Schmoller, Professor, Wormserstraße 13, W.
9. Carl Spindler, Geh. Kommerzienrat, Wallstr. 58, S.

(Gewählt zu 7—9 in der Generalversammlung am 9. Dezember 1898.)

Zu 7—9 Amtszeit 1899, 1900, 1901.

II. Der Ausschuß (Berliner Mitglieder).

1. R. Blanckertz, Fabrikbesitzer, Georgenkirchstr. 44, NO.
2. Fr. Goldschmidt, Generaldirektor, Landsberger Allee 27, NO.
3. A. Lent, Königl. Baurat, Matthäikirchstr. 3, W.
4. Th. Lohmann, Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrat, Unterstaatssekretär, Lützowstr. 64/65, W.
5. L. Mugdan, Stadtrath, Kurfürstenstr. 55, W.
6. Dr. J. Post, Geh. Ober-Regierungs-Rat, Kleiststr. 28, W.

(Gewählt zu 2—6 in der Generalversammlung am 4. Dezember 1896, zu 1 in der Vorstandssitzung am 7. Mai 1898.)

Zu 1—6 Amtszeit 1899.

7. Karl Kohlert, Ingenieur, Direktor der Aktien-Ges. H. F. Eckert, Friedrichsberg-Berlin.
8. Dr. Edmund Lachmann, Fabrikbesitzer, Kochstr. 30, SW.
9. Emil Minlos, Rentier, Unter den Linden 12, W.
10. Th. Rospatt, Stadt-Baurat a. D. und Stadtältester, Lützow-Ufer 1a, W.
11. Dr. M. Sering, Professor der Staatswissenschaften, Uhlandstraße 79/80, W.
12. Dr. Max Weigert, Stadtrat und Fabrikbesitzer, Kielganstr. 2, W.

(Gewählt zu 7 und 9—12 in der Generalversammlung am 3. Dezember 1897; zu 8 in der Vorstandssitzung am 7. Mai 1898.)

Zu 7—12 Amtszeit 1899, 1900.

Digitized by Google

13. Dr. H. Albrecht, Professor, Köthenerstraße 23, W.
14. Dr. Fr. Hammacher, Mitglied des Reichstages und des Hauses der Abgeordneten, Kurfürstenstr. 115, W.
15. O. Jessen, Direktor der Berliner Handwerkerschule, Hedemannstr. 16, SW.
16. M. Nobbe, Königl. Landes-Ökonomierat, Keithstraße 17, W.
17. F. Schenck, Rechtsanwalt, Dt.-Wilmersdorf, Günzelstr. 42.
18. Dr. A. v. Studnitz, Regierungsrat a. D., Hitzigstr. 8, W.

(Gewählt zu 13—18 in der Generalversammlung am 9. Dezember 1898.)

Zu 13—18 Amtszeit 1899, 1900, 1901.

III. Der Ausschuß (auswärtige Mitglieder).

1. Dr. Wilhelm Blum, Heidelberg.
2. Dr. Viktor Böhmert, Geh. Regierungsrat und Professor, Dresden.
3. Dr. Gensel, Sekretär der Handelskammer, Leipzig.
4. A. Riethammer, Geheimer Kommerzienrat, Kriebstein bei Waldheim i. S.
5. Graf Oriola, Mitgl. d. Reichstages, Büdesheim, Oberhessen.
6. Frei.

(Zu 1—5 ausgelooft und wiedergewählt in der Generalversammlung am 4. Dezember 1896.)

Zu 1—6 Amtszeit 1899.

7. Dr. Emminghaus, Direktor der Lebensversicherungsbank für Deutschland, Gotha.
8. Dr. Eduard Pfeiffer, Geh. Hofrat, Stuttgart.
9. v. Schlittgen, Generaldirektor, Major a. D., in Kotzenau.
10. Schlutow, Geheimer Kommerzienrat, Stettin.
11. Max Sombart, Rentier, Stadtverordneter, Magdeburg.
12. Dr. M. Weber, Universität-Professor, Heidelberg, Leopoldstr. 53b.

(Zu 7—12 ausgelooft und wiedergewählt in der Generalversammlung am 3. Dezember 1897.)

Zu 7—12 Amtszeit 1899, 1900.

13. Dr. Freiherr v. d. Goltz, Geheimer Regierungsrat, Bonn.
14. F. Kalle, Stadtrat, Wiesbaden.
15. Theodor Köhn, Stadtbaurat a. D., Vorstandsmitglied der „Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen", Nürnberg.
16. Dr. Marcus, Senator, Bremen, Contrescarpe 125.
17. M. Graf Pilati, Lüneburg.
18. Frei.

(Zu 13—17 gewählt in der Generalversammlung am 9. Dezember 1898.)

Zu 13—18 Amtszeit 1899, 1900, 1901.

Digitized by Google

Sachregister.

Abfallstoffe 454.
Abfuhrwesen 235. 454.
Adel 99.
Aktiengesellschaften 100. 365. 467. 472.
Alkoholismus s. „Trunksuchtsbekämpfung“.
Altenheime 211. 249. 250. 321. 366. 367. 465. 466. 472.
Altersversicherung s. „Versicherungswesen“.
Anarchismus 345. 419.
Anteilsystem s. „Gewinnbeteiligung“.
Apotheken 363.
Arbeiter im Allgemeinen 4 ff. 71. 238. 257. 268. 276. 424. 449.
Arbeiterausschüsse 72. 266. 274.
Arbeiterbudgets 268 ff.
Arbeiterkolonieen 364.
Arbeiterschutz 68. 70. 72. 105. 137 ff. 174 ff. 244. 246. 259 ff. 300 ff. 359. 360. 461. 462.
Arbeitgeber im Allgemeinen 4. 56. 60. 72. 74. 106. 215. 220. 247. 258. 262. 317. 361. 362. 424. 449. 451. 453. 473.
Arbeitseinstellungen 61. 72. 233. 248. 361. 453. 461.
Arbeitslosigkeit 31. 73. 219. 242. 247. 356.
Arbeitspausen 162. 198. 259.
Arbeitsstätten, deutsche, in ihrer Fürsorge für das Wohl der Arbeiter 196. 306.
Arbeitsvermittelung 15. 31. 124. 213. 242. 244. 303. 350. 361. 423 ff. 451. 459. 462.
Arbeitszeit 2. 72. 102. 150. 156. 162. 175. 197. 198. 214. 220. 241. 258. 259. 261. 262. 449. 453. 460.
Armenwesen 123. 129. 143. 249. 251. 366. 367. 375. 423. 455. 456. 472.
Ärztliche Fragen 66. 458.
Ausfuhr s. „Handel“.
Auskunftsstellen 210. 266. 287.
Ausstellungswesen 116. 121. 123. 233. 234. 357. 383. 418. 452. 454.
Auswanderungswesen 280 ff.
Bäckereigewerbe 72. 121. 453.
Badeanstalten 131. 203. 208. 231. 246. 307. 367. 464. 465. 472.
Bankwesen 73. 107. 198. 231. 352. 461. 462.
Baugewerbe 196. 351. 354. 356. 357.
Bauordnungen 323. 335 ff.
Beamtenfragen 72. 197. 245. 261. 365. 464 ff.
Befähigungsnachweis 356.
Beköstigung s. „Ernährungsverhältnisse“.
Beleuchtungswesen 67.
Bergbau 124. 243. 244. 360. 363. 378.
Berufsgenossenschaften s. „Versicherungswesen“.
Berufsverhältnisse 56. 73. 102. 119. 124. 176 ff. 185. 212 ff. 217. 233. 242. 247. 285. 362. 368.
Bevölkerungsfragen 52. 72. 102. 175. 235.
Bewahranstalten f. Kinder 127. 208. 368.
Bezugsfeier 396.
Bibliographie 74. 224. 410. 425.
Bibliotheken 11. 182. 222. 239. 245. 261. 274. 275. 307. 399. 404. 473. 481.
Biologie 120.
Bildungswesen (s. a. „Bibliotheken“, „Unterricht“ u. s. w.) 2. 9. 63. 124. 143. 149 ff. 180 ff. 209. 239. 243. 245. 250. 346. 368. 378. 386. 468.
Binnenschiffahrt s. „Kanalwesen“, „Schiffahrt“.
Bleicherei 98.
Blindenfürsorge 132. 367. 472.
Bodenwucher 148.
Börsenwesen 106. 110.
Boykotts 453.
Brennereien 112.
Buchdruckergewerbe 56.
Buchführung 117.
Budgets von Arbeitern 268 ff.
Butterhandel 353.

Digitized by Google

Centralgenossenschaftskasse 73.
Centralverein f. „Innere Angelegenheiten".
Chemnitz als Industriestadt 97.
China 104 ff. 447.
Christentum 97. 328. 359. 457.

Dampfmaschinensteuerung 379.
Darlehnskassen 201. 274. 329. 352.
Diakonie s. „Krankenpflege".
Dienstbotenverhältnisse 15. 103. 176. 466.
Düngemittel 109. 454.
Durchschnittswerte 50.

Eheverhältnisse s. „Familienleben".
Ehrentafel 65. 106. 129. 230. 249. 256. 348. 365. 368. 464. 472. 473.
Eigentumsschutz 234.
Einkommensverhältnisse 28 ff. 111. 419.
Eisenbahnwesen s. „Verkehrsverhältnisse".
Eisenindustrie 120. 126. 128. 233. 452.
Enthaltsamkeit s. „Trunksuchtsbekämpfung".
Entmündigung der Trinker 459.
Erholung 1 ff. 137. 157. 209. 210. 464. 472.
Ernährungsverhältnisse 73. 103. 115. 118. 160 ff. 205. 232. 244. 235. 250. 259. 268 ff. 307. 465. 470.
Erziehungswesen 13. 103. 124. 127. 137. 202. 283. 361. 375. 407. 464. 472.
Etat des E.-V. 481. 482.
Existenzminimum 458.
Export s. „Handel", „Zollwesen".

Fabrikwesen u. Fabrikenaufsicht 70 ff. 303 ff. 449.
Familienleben 1. 2. 4. 5. 12. 53. 72. 103. 178. 235. 258. 335.
Ferienkolonieen 10. 132. 137. 364.
Fischerei 120. 355. 452.
Flottenwesen 103. 108. 196 ff. 229.
Fragebogen 151. 229. 265.
Frauenarbeit 52. 70. 71. 73. 102. 105. 199. 247. 362. 368.
Frauenfrage 71. 246. 367. 457. 458.
Frauenherbergen 367. 456.
Freihandel s. „Zollwesen".
Friedensbestrebungen 346. 457. 458.
Fröbelverein 458.

Gartenbau 15. 203. 398.
Gefangenenfürsorge 358. 462.
Gehestiftung in Dresden 180 ff. 241.
Geistige Getränke siehe „Trunksuchtsbekämpfung".
Gemeindeverwaltung (s. a. „Städtewesen") 37. 39. 74. 349.
Genesungsheime (s. a. „Heilstätten") 131. 132. 133. 235. 246. 251.
Genossenschaftswesen 18. 73. 117. 230. 331. 349. 351. 422. 460.
Gerbereigewerbe 234. 454.
Germanentum 97 ff.
Geschäftsschluß 160 ff.
Geselligkeitsreform 1. 137 ff. 209. 275.
Gesellschaften mit beschränkter Haftung 230.
Gesindewesen 15. 103. 176. 466.
Gesundheitspflege 7. 10 67. 73. 113. 123. 130. 132. 137. 208. 235. 251. 324 ff. 357. 359. 364. 365. 370. 373. 454.
Gewerbegerichte 72. 201. 241. 247. 361.
Gewerbliche Fragen (s. a. „Handwerk") 19. 49. 54. 97. 105. 354. 450.
Gewerkvereine 125. 219. 247. 310.
Gewinnbeteiligung (s. a. „Prämien") 58 ff. 129. 249. 399. 402. 467. 469.
Glasfabrikation 128.
Gratifikationen s. „Prämien".
Grundbesitzfragen 99. 126. 148. 309. 319. 323. 335 ff. 353. 354.

Haftpflicht 353. 449. 452.
Haidefahrten 6 ff. 138 ff. 146.
Haidepark bei Dresden 137 ff. 248.
Handarbeit (s. a. „Handfertigkeit") 210.
Handel 48. 73. 97. 105. 107. 110. 114. 116. 118. 121. 122. 149 ff. 160. 179. 193. 215. 234. 241. 242. 247. 348. 350. 353. 356. 388. 447. 449. 450. 451. 455. 462. 464. 472.
Handelshochschulen 122.
Handfertigkeit u. Hausfleiß 221. 407. 462
Handfertigkeitsseminar in Leipzig 221 ff. 462.
Handwerkerfrage 18 ff. 27. 30. 98. 105. 106. 126. 216. 237. 244. 249. 351. 354. 356. 388. 418. 453. 459. 464. 466. 472.
Hausindustrie 70. 99. 176. 244.
Hauswirtschaft 103. 126. 130. 132. 245. 277. 475. 477.
Heilstätten f. Lungenkranke 131. 132. 133. 235. 246. 251. 457. 464. 465. 466. 472.
Heizung 67. 205.
Herbergen f. Frauen 367. 456.
Hochwassergefahren 453.
Höhlenbewohner 311.
Holzindustrie 121.
Hülfskassen s. „Pensionskassen", „Unterstützungskassen" u. s. w.
Hygiene s. „Gesundheitspflege".
Hypotheken s. „Kreditwesen".

Industrielle Verhältnisse (s. a. „Gewerbliche Fragen" u. s. w.) 97. 121. 105. 450.
Ingenieurwesen 377.
Innere Angelegenheiten des E.-V. 134. 252. 473.

Digitized by Google

Innungsfragen s. „Handwerk“.
Invalidenversicherung s. „Versicherungswesen“.
Jagdvergnügen für Arbeiter 4.
Jahresrechnung des C.-V. 476. 477.
Jugendliche Arbeiter 71. 247. 359. 360.
Jugendspiele s. „Spiele“.
Justiz s. „Kriminalstatistik“, „Rechtspflege“.

Kaffeeküchen 73. 259.
Kanalwesen 119. 232. 248. 350.
Kartonagenindustrie 126.
Kattundruckerei 99.
Kaufmännische Fragen s. „Handel“.
Kiaotschou 104. 108. 147.
Kinderbeschäftigung 2. 68. 71. 106. 143. 174 ff. 221. 236. 407. 449. 454. 462.
Kindergärten 127. 132. 208. 307. 458.
Kinderhorte 132.
Kirchenbau 375.
Kleidung 52. 63. 123. 209. 259. 268 ff. 458.
Kleingärten s. „Gartenbau“.
Knabenwehr 137. 148.
Koalitionsrecht s. „Organisation“.
Kochunterricht 103. 130. 245. 474. 478.
Konfirmandenunterricht 103.
Kohlenbeschaffung 205.
Kollektivismus 420 ff.
Kolonialfragen 104. 285 ff. 348. 350. 446. 449. 450.
Komitee f. Volkswohl 139. 248.
Konfektionsarbeiter 362.
Konferenz für militärische Abrüstung 347. 448.
Konservenfabriken 105.
Konsumvereine 73. 205. 230. 275. 352. 351. 356.
Kontraktbruch 71.
Krankenpflege 66. 130. 131. 132. 209. 235. 243. 245. 246. 247. 249. 251. 307. 367. 457. 463. 464. 472.
Krankenversicherung siehe „Versicherungswesen“.
Kreditwesen 73. 109. 201. 231. 274. 277. 328. 352. 356. 461.
Kretische Frage 104. 447.
Kriegswesen 103. 229. 296. 346. 348. 446.
Kriminalstatistik 138. 143. 145. 179.
Kunstgewerbe 126. 130. 417. 472.
Kunstförderung 133. 365. 418. 472.

Landwirtschaftliche Fragen 24. 30. 52. 72. 99. 105. 109. 111. 113. 115. 283. 351. 352. 460.
Lebensversicherung 113. 321. 468.
Lederindustrie 234. 454.
Lehrer (s. a. „Unterrichtswesen“) 236. 414.
Lehrerbildungsanstalt 221 ff. 462.
Lehrlingswesen 21. 25. 26. 62 ff. 71. 132. 149 ff. 163. 199. 242. 389.
Lehrwerkstätten 389.
Leinenweberei 98.
Litteraturnachweise s. „Bibliographie“.
Lohnwesen (s. a. „Prämien“) 5. 46. 57. 58. 70. 72. 73. 103. 120. 179. 198. 212. 240. 258. 265. 266. 360. 399. 400. 402. 421. 449. 467. 469.
Lüftung 67. 260. 306. 324.
Lungenheilstätten 131. 132. 133. 235. 246. 251. 457. 464. 465.

Materialien f. Arbeiterfürsorge 309.
Maul- u. Klauenseuche 113.
Maschinenbau 99. 127. 233. 348.
Maximalarbeitstag s. „Arbeitszeit“.
Menagen s. „Speiseanstalten“.
Meistertitel 27.
Milchversorgung 8. 107. 118. 143. 307. 356.
Militäranwärter 215.
Militärdienst 215. 242. 251. 312. 350. 401.
Missionare und Mission 104. 124.
Mitgliederverzeichnis des C.-V. 134. 473. 476. 483. 508.
Mittagspause s. „Pausen“.
Montanindustrie 120. 126. 128. 233. 452.
Moorkultur 118. 371.
Museum für Arbeiterwohlfahrt 399. 406.
— für Handel 450. 451.
— für Keramik 462.
Musikpflege 210. 215. 307.

Nachtruhe der Arbeiter 233. 259.
Nährpflicht 454.
Nahrungsmittel s. „Ernährung“.
Natursinn 137. 240.
Notstände 453. 455.

Obstbau 125.
Organisation der Arbeiter 73. 125. 218. 237. 257. 361. 449.
— der Wohlfahrtspflege 253. 455. 461. 475. 478.

Palästinareise des Kaisers 447.
Parks 1 ff. 15. 16. 137 ff. 140. 143. 210. 466. 472.
Parlamentswesen 103. 105. 120. 267. 448.
Patentwesen 246.
Pausen der Arbeiter 162. 198. 259.
Pensionskassen 59. 103. 131 ff. 201. 251. 266. 366. 405. 465. 466. 469. 472.

Digitized by Google

Politik 103. 109. 117. 128. 181. 227. 248. 280. 294 ff. 345. 346. 363. 373. 446. 461.
Postwesen (s. a. „Verkehr“) 108. 397. 448.
Prämien an Arbeiter (s. a. „Gewinnbeteiligung“) 129. 211. 251. 365. 405. 406. 462 ff. 466. 467. 472.
— an Hausverwalter 315.
— an Lehrlinge 65. 466.
— für Zuckerausfuhr 115.
Präzisionsmechanik 392.
Preisausschreiben 120. 239. 243. 351. 359. 405. 406.
Preisverhältnisse 72. 101. 106. 111. 112. 124. 268 ff. 307. 398.
Preßwesen 31. 214. 243. 362. 374. 451.

Recensionen s. „Litteratur-Register“.
Rechtspflege und Rechtsschutz 23. 71. 72. 112. 138. 210. 238. 266. 284. 351. 358. 449. 450. 455. 459.
Religionsverhältnisse 97. 238. 359. 457.
Rentengüter 125. 328.
Rentenkassen 59. 103. 201.
Rettungswesen zur See 238. 458. 463.
Rotes Kreuz s. „Krankenpflege“.
Ruhepausen 162. 198. 259.
Rückblick auf 1898 446.

Samariterwesen (s. a. „Krankenpflege“) 209. 457. 463.
Schieberdiagramm 379.
Schiedsgerichte 72. 201. 241. 247. 361. 451.
Schiffahrt 108. 118. 231. 232. 233. 285. 350. 359. 361. 449.
Schiffbrüchige 238. 458. 463.
Schneidergewerbe 362.
Schreiberstand 212 ff.
Schreibstube f. Arbeitslose 219.
Schuhmachergewerbe 248.
Schulen s. „Unterricht“.
Schulgärten 15.
Schulwerkstätten s. „Handfertigkeit“.
Schutzvorrichtungen s. „Arbeiterschutz“.
Schweinezucht 118. 232.
Seemannsberuf 119. 285.
Sittlichkeitsfragen 2. 113. 236. 243. 324. 456.
Socialdemokratie 30. 126. 238. 264. 362. 419.
Socialmuseum 399. 406.
Socialpolitik 105. 174. 237. 298. 418.
Sonntagsruhe 72. 241. 261. 459.
Sorben 97.
Sparsamkeit u. Sparkassen im Allg. 13. 65. 73. 74. 205. 218. 245. 251. 274. 307. 360. 388. 467.
Spedition (s. auch „Handel“, „Verkehrswesen“) 234. 449.
Speiseanstalten 73. 103. 205. 250. 259. 307. 465. 470.
Spiele 5. 8. 9. 124. 137. 146. 210. 222. 261. 307. 358.
Spielwaren 392.
Spinnerei 99.
Spitzenfabrikation 390.
Sprechstunden f. Arbeiter 71. 210.
Spurweite der Eisenbahnen 377. 378.
Staatsangehörigkeit 350. 455.
Staatswissenschaftliches Praktikum 189.
Städtewesen 37. 39. 74. 97. 103. 107. 232. 355. 386. 454.
Stafseltarife 234. 357.
Stärkeindustrie 121.
Statistik 29. 30. 49. 138 ff. 150 ff. 196. 227. 234. 235. 247. 272. 283. 301. 310. 349. 352. 356. 381. 421. 424. 449. 460.
Sterbekassen (s. a. „Unterstützungskassen“, „Versicherungswesen“) 201.
Steuerung der Dampfmaschinen 379.
Steuerwesen 28 ff. 74. 109. 111. 117. 301. 322. 354. 419. 452.
Stiftungen 15. 102. 129 ff. 180 ff. 238. 241. 249. 256. 376. 378. 382. 466 ff. 472. 473. 477.
Strafaufschub 358.
Streiks s. „Arbeitseinstellungen“.
Studentenfrage 456.
Submissionswesen 351.

Tabackindustrie 356.
Tarifwesen 119. 234. 357.
Technik 377 ff. 393. 452. 453.
Terminhandel 110.
Textilindustrie 98. 101. 234. 306. 364. 390.
Thalsperren 452.
Theaterwesen 9. 143. 245.
Thomasmehl 353.
Tierschutz 122. 129. 243.
Totenschau 126. 248. 363. 462. 473.
Transportversicherung 449.
Treuelohn (s. a. „Prämien“ u. s. w.) 211.
Trikotagen 101.
Trinkerheilanstalten 459. 474.
Tropon 235.
Trunksuchtsbekämpfung 73. 123. 128. 139. 205. 244. 246. 259. 358. 360. 370 ff. 456. 459. 474.
Turnwesen 210. 417.

Ueberarbeit 72.
Überschwemmungsgefahr 453.
Umsatzsteuer 74.

Digitized by Google

Umschau, wirtschaftlich-sociale 103. 227. 344.
Unfallversicherung s. „Versicherungswesen".
Unterhaltung (s. a. „Erholung") 2. 5. 239. 261. 274. 396. 458.
Unterrichts- u. Schulwesen (s. a. „Hauswirtschaft", „Kochschulen" u. s. w.) 2. 103. 122. 124. 130. 132. 165. 170. 180 ff. 209. 219. 221. 236. 239. 241. 245. 250. 368. 375. 378. 381. 383. 450. 455. 459. 468. 474. 478.
Unterstützungskassen 130 ff. 201 ff. 249 ff. 273. 365. 366. 367. 368. 461 ff. 467 ff.

Ventilation s. „Lüftung".
Vereinswesen im Allgem. 1. 5. 14. 357.
Vergnügungssucht 3. 5.
Verkehrswesen (s. a. „Handel" u. s. w.) 54. 108. 119. 183. 232. 234. 257 ff. 350. 351. 357. 359. 377. 397. 449. 463.
Versicherungswesen (s. a. „Arbeiterschutz", „Socialpolitik" u. s. w.) 46. 59. 73. 106. 116. 118. 129. 174. 200 ff. 215. 245. 251. 266. 268 ff. 299. 307. 316. 319. 328 ff. 348. 361. 362. 363. 367. 381. 405. 449. 450. 468. 471.
Viehsperren 232.
Viehversicherung 113.
Viehzucht 113. 114. 118. 232.
Vierteljahrschronik 97. 227. 345. 446.
Volksbibliotheken s. „Bibliotheken".
Volksbureaus s. „Auskunftsstellen".
Volksheime 2. 143.
Volksküchen s. „Speiseanstalten".
Volksunterhaltung s. „Unterhaltung".

Wahlen zum Reichstag 227.
Waisenpflege (s. auch „Erziehungswesen") 127. 129. 250. 364. 465.
Warenbazare 354.
Waschanstalten 307.
Wassertechnik 453.
Wehrpflicht s. „Militärdienst".
Weltausstellung in Paris 233.
Weihnachtsgeschenke (s. a. „Prämien") 130.
Werkarbeiten 119. 126. 196 ff. 233. 285.
Wettbewerb, unlauterer 451.
Wettinfeier 140.
Witterungseinflüsse 250.
Witwenfürsorge siehe „Pensionskassen", „Unterstützungskassen", „Versicherungswesen".
Wohlfahrtseinrichtungen (s. auch „Ehrentafel" u. s. w.) 3. 5. 56. 66. 102. 125. 126. 196 ff. 209 ff. 230. 236. 245. 247. 249. 258 ff. 269. 331. 364. 365. 368. 399. 419. 449. 462. 465. 467. 473. 482.
Wohnungsfrage 102. 109. 128. 166 ff. 203 ff. 218. 231. 235. 245. 249. 259. 268 ff. 306. 309 ff. 349. 354. 357. 360. 368. 396. 460. 461. 465. 467. 470.

Zollfragen (s. a. „Handel") 105. 108. 111. 112. 115. 121. 232. 234. 247. 295. 301. 448. 449.
Zonentarif 119.
Zug in die Großstädte 453.
Zuckerindustrie 114. 115. 128.
Zwangserziehung s. „Erziehung".
Zwangsmaßregeln gegen Nährpflichtige 455.

Digitized by Google

Perſonen-Namen-Regiſter.

(Nebenſächlich aufgeführte Namen ſind weggelaſſen.)

Kaiſer Wilhelm II. 447.
König Albert von Sachſen 141. 249.
Großherzog von Heſſen 351.
Prinz Johann Albrecht von Mecklenburg 350. 450.
Prinz Friedrich Auguſt von Sachſen 351.
Kaiſer Nikolaus v. Rußland 346. 348.
Königin Wilhelmina von Holland 312. 349.
Kaiſerin Eliſabeth v. Öſterreich 315.
Prinzeſſin Friedrich Leopold von Preußen 243.
Herzog Ernſt Günther von Schleswig-Holſtein 365.
Prinz Ludwig von Bayern 232.
Prinz Albrecht zu Solms-Braunfels 120.

Kaiſer Wilhelm I. 298.
Kaiſer Lothar 97.
König Friedrich der Große 294.
Markgraf Balthaſar 98.
Markgraf Friedrich 98.
Kaiſer Napoleon I. 294.
Kaiſer Napoleon III. 294.

A.

Abrahamſon 223.
Abt 464.
Adam 397.
Aders 456.
Adickes 317.
Adler 126. 249.
Albrecht 246. 318. 460.
Ammon 420.
Apel 245.
Arendt 109.
Graf Arnim 110.
Aſcher 310.

B.

Baenſch 248.
Baer 455.
Baron 365.
Bartels 239.
Baumert 355.
Beck 312.
Becker 99. 283.
Behr 365.
Bein 283.
Bellamy 248.
Benſer 149.
Bergmann 452.
Beringer 129.
Bernaert 449.
Bernhardt 120.
Bernſtein 31. 474. 477.
Berſet 129.
Berthold 245.
Bertillon 235.
Beſſemer 126.
Beutler 416.
Biedermann 407.
Bielſchowsky 363.
Biernacki 353.
Biſchof 359.
Fürſt Bismarck 294 ff. 315. 363. 448. 452.
Blanc 58.
Blech 462.
Blees 365.
Bleichen 424. 460.
Blenck 235.
Blücher 295.
Blum 357.
v. Boch 462.
Böddinghaus 365.
Bode 139.
v. Bodelſchwingh 312. 320. 370. 372. 376. 461.
Boel 129.
Böhmert, K. G. 137 ff. 248.
Böhmert, V. 1. 137. 294. 369. 377. 424. 459. 473. 477.
Böhmert, W. 28.
Böhringer 129.
Bopp 130.
Borchert 477.
v. Borſcht 460.
Borſig 249.
v. Bötticher 299.
v. Boucc 130.
Boye 130.
Brandi 416.
Brandts 317.
Bräſicke 240.
Bredt 464.
Brinckmann 240.
Brügmann 464.
Brückmann 414.
Brunner 351.
Bücher 30. 149.
v. Buchka 450.
v. Bülow 105.
Buſch 127.

C.

Cavour 296.
Chaix 56.
Graf Chambrun 401.
Cheyſſon 403.
Claſſen 454.
Clauſon v. Kaas 460.
Clouth 464.
Colla 360.
Colzmann 365.
Crüger 73. 231. 352. 422.
Cuno 456.
de Cuvry 241.

D.

Dade 111.
Dammann 113.
Delbrück 241. 301.
Diena 241.
Dietrich 173.
Dietzel 130.
Dingler 464.

Digitized by Google

Dittmar 108.
Dittrich 130.
v. Donat 113.
Donath 451.
Donner 465.
Graf v. Donnersmark 365.
Dörfelt 249.
Douves 130.
Dubois 58.
Duderſtadt 125.
Duruy 65.

E.

Ebeling 366.
Ehlers 240.
Einhorn 464.
Eiſenlohr 352.
Elbers 249.
Endemann 231.
Engel 120. 236.
Engels 364.
Enke 388.
Eppſtein 355.
Erlenbach 464.
Ernſt 127.
Frh. v. Erſcha 113.
Eſche 249. 464.
Eſchebach 249.
Eſchenbach 109.
Eyold 249.

F.

Fabri 452.
Falch 455.
Fechner 236.
Finkler 235.
Fiſcher 364.
Förſter 398.
Fowler 377.
François 243.
Fränkel 120.
Franklin 64.
Freeſe 458.
v. Frege 110.
Freudenberg 364. 366.
Freund 423. 459.
Friedrich 422.
Frühauf 364.
Fuchs 460.
Fürſt 364.

G.

Gäbler 132.
Gaßner 357.
Geeſt 152.
Gehe 180. 192.
Gladſtone 29. 248. 297.
Glänzel 366.
v. Gneiſt 373.
Göhmann 464.
v. Goßlar 240.
Götze 222. 407. 413. 462.
Großmann 462. 464.
Gruner 458.
Gumprecht 369 ff.
Günther 103. 464.
Gütermann 306.

H.

Haag 465.
Hagen 306.
Hahn 116. 127. 465.
v. Hammerſtein 113.
Hampke 354.
Hänel-Clauß 130.
Hanſen 321.
v. Hardt 462.
Hardtmann 140.
Harms 196.
Hartmann 99.
Haſenohr 360.
Haubold 99.
Hauptmann 29.
Hauſer 248.
Hefter 249.
Henſchel 366.
v. Henzeler 157.
Hermsdorf 103.
Hertel 366.
Hertle 360.
Hertzog 127. 475.
Herzberg 246.
Herzog 245.
Heydenreich 127.
Heydweiler 246.
Hilty 372.
v. Hirſch 405.
Hirſch 247.
Hirſchberg 455.
Holleſen 250.
Hoppe 127.
Horack 250.
Hoeſch 127. 130.
Hueppe 417.
Humbſt 366.

J.

Jutze 453.
Jacobi 133.
Jacobſen 126. 451.
Jacſtein 455.
Janſen 463.
Jaſtrow 460.
Jeſſen 417.
Jeßner 240.

K.

Kains 364.
Kalle 319.
Graf v. Kanitz 111.
v. Kardorff 109.
Katſcher 56. 399.
Keller 127.
Keneſſey 233.
Kidd 420.
Kießling 249.
Kleffel 361.
Kleinhempel 360.
Klenk 243.
Klette 147.
Klinkhardt 131.
Klöſſel 280.
Knebel 473.
Knoſt 453.
Köchlin 127.
Köhler 113.
Kohlſtark 450.
Kohn 131.
Koppe 367.
Krafft-Grethin 364.
Krahnen 250.
Kräpelin 358.
Krupp 120. 131. 250.
Kruſe 131.
Kühnert 454.
Kunath 417. 451.
Kuntze 127.

L.

Lacis 238.
Landmann 465.
Lange 463.
Langheinrich 364. 367.
v. Langsdorff 113. 351.
Lanz 131.
Lechler 317. 461.
Leclair 401.
Legien 361.
Lehmann 127.
v. Leigner 358
Lenoir 250.
Leo 451.
Leoni 250.
Lezius 237.
Lieber 461.
Liebermann 465.
Lienau 131.
Linke 149.
Liſt 192.
Lotz 232. 242.
Löwe 367.
Luboldt 194.
Lüdenſcheid 465.
Lüders 250.

Digitized by Google

Lueg 452.
Lührs 250.
Lummer 367.
Luther 247.

M.

Maaß 367.
Mabilleau 403.
Maerker 109. 115.
v. Mangoldt 317.
Manskopf 367.
Manz 367.
Martens 361. 451.
Marx 29. 357. 419. 420.
Matzen 250.
Maurizio 120.
May 73. 74. 114. 306. 423.
Mayet 235.
Meier 458. 463.
Meinert 148. 459.
Meisel 353.
Meister 250
v Mendel 111. 113. 114.
Merkel 465.
Merz 364.
v. Metternich 295.
Meyer 131. 250.
Milch 465.
Graf v. Mirbach 111.
v. Miquel 105
Molkenbuhr 361.
Mueller 114.
Müller 127. 245. 354. 453.
Muñoz 23.
Münsterberg 123. 455.
Graf Murajeff 346.

N.

Naffe 361.
Naumann 139.
Netler 133.
Neumann 424.
Nietzsche 421.
Nulberger 360.
v. Nyegaard 250.

O.

Obermayer 367.
Oechelhäuser 247.
Oelbermann 307.
Olshausen 313.
Opitz 131.
Osiris 359.
Otto 132.

P.

Pache 241.
Pallenberg 465.
Pannwitz 235.
Petermann 194.
Pflug 244.
Pirazzi 128.
Pitz 451.
Polack 415. 459.
Poppe 249.
Graf von Posadowsky 112. 356.
Post 5.
Preßler 367.
Pschorr 132.

R.

Rade 139. 238.
vom Rath 465.
Raydt 358.
Recke 132.
Reich 112.
Reichardt 368. 465.
Reincke 313. 357.
Reischel 368.
v. Reitzenstein 423.
Rettich 109.
Reuther 130.
Rickert 239. 241.
Robert 64. 68. 69. 419.
Roesicke 196.
Roßbach 368.
Rößner 360.
Rostosky 463.
v. Roux 243.
Ruhland 455.

S.

Sack 465.
Lord Salisbury 446.
Salomon 223.
Salviati 128.
Saran 251.
Sarfert 132.
Sartori 118.
Schäfer 132.
Schanze 187.
Schäffle 317.
v. Schenckendorff 408. 413. 415. 418.
Scheven 180. 383.
Schiedges 465.
Schiff 478.
Schikora 120.
Schinkel 107.
Schippan 465.
Schlesinger 246.
Schmedding 413.
Schmeil 240.
Schmid 263.
Schmidt 211. 309. 410. 456.
Schmidt-Warneck 364.
Schmitt 149. 173.
Schmoller 304.
Schneider 112.
Schöller 132.
Schön 174.
Schönherr 101.
Schrader 231. 474. 477.
Schramm 233.
Schröder 239.
Schrötter 132.
Schüchtermann 132.
Schuckert 132.
Schultz 350.
Schulze 187.
Schulze-Gävernitz 403.
Schumann 407.
Schütte 132.
Schwabach 128. 251.
Schwarz 463.
Graf v. Schwerin 110.
Securius 251.
v. Seebach 251.
Seebach 466.
Seidel 18. 245.
Seifert 365.
Seiffert 368.
Selle 376.
Seydel 112.
Siegert 245.
Siegfried 315. 401.
Simion 473. 477.
Simon 453. 466.
de Smet de Neyer 234. 314. 499.
Smith 193.
Soetbeer 108.
Sohnrey 125. 126.
Sombart 128.
Sontag 132.
Spindler 251.
Steffens 466.
Stehle 417.
Frh. v. Stein 294.
Steinmeyer 115.
Stieda 149. 237.
Stoehr 368.
Stöcker 462.
Straßer 393.
Strauß 251. 368.
Stübben 357.
v. Studnitz 373.
v. Stumm 133.
Sturm 466.
Sulze 148. 418.
v. Süßmilch-Hörnig 456.

Digitized by Google

T.

Taylor 61. 65.
de Terra 257.
Tews 240.
Thielkow 367.
Thoma 460.
v. Tiedemann 305.
Tirpitz 196.
Toelle 251.
Tornlund 251.

U.

Uebel 368.
Unkart 128.

W.

Wachowski 376.
Wagenführ 466.
Wahl 462.
Wäntig 106. 416.
Webb 421.
Weigert 451.
Weinhöffer 463.
Wendlandt 450.
Wentzel 251.
Werbeck 451.
Werner 466.
Weyl 235.
Whitefield 99.
Wickenhagen 358.
Wieprecht 368.
Willard 128.
Winckler 192.
Wirth 451.
Wobbe 354.
Wöhler 99.
Wohlgemuth 128. 231.
Wölbling 115.
Wolf 133. 466.
Wolff 466.
Wörishoffer 229.
Wunderlich 416.
Wünsche 466.
Wuperman 128.
Wuttke 187.

Z.

Zeuner 377 ff.
Ziegler 358.
Zierold 133.
Ziesche 212.
Ziese 368.
Zimmermann 100. 466.
Ziller 408.
Zöpfl 232.
Zweininger 108.

Litteratur-Regiſter.

(Unter „Recenſionen“ und im Text der Abhandlungen beſprochene Bücher)

Ammon, Geſellſchaftsordnung 420.
Beck, Wohnungsfrage 312.
Böhmert, K., Kriminalſtatiſtik 138.
— B., Gewinnbeteiligung 422.
Crüger, Genoſſenſchaftsweſen 73.
— ſ. Pariſius.
Erhebung über Arbeitszeit im Handelsgewerbe 150 ff. 172.
Gumprecht, Reiſeſchule 370.
— Lebenserfahrungen 370.
— Wider den Trunk 370.
„Helfer“ 374.
Hirſch, Statiſtik der Gewerkvereine 310.
Jahrbuch der Geheſtiftung 191.
Jahresbericht der badiſchen Fabrikinſpektion 1897 70.
Kidd, Socialevolution 420.
Mitteilungen üb. d. direkten Steuern im preuß. Staate 32.
Olshauſen u. Reincke, Wohnungspflege 313.
Pariſius-Crüger, Geſellſchaften mit beſchränkter Haftung 422.
Reincke ſ. Olshauſen.
v. Schenckendorff u. Dr. F. A. Schmidt, Jahrbuch für Volks- und Jugendſpiele 1898 358.
Schmidt ſ. v. Schenckendorff.
Schmitt, Fortbildungsſchulen 149. 173.
Schriften des Verbandes der Arbeitsnachweiſe 423.
„Socialkorreſpondenz“ 373 ff. 477.
Sulzer, Zukunft des Socialismus 419.
v. Tiedemann, Erinnerungen an Bismarck 305.
„Volksgeſundheit“ 374.
Volkswirtſchaftliche Zeitfragen 73.
„Volkswohl“ 374.
Wäntig, Gewerbliche Mittelſtandspolitik 106.
Zeuner, Schiebersteuerungen 380.
— Techniſche Thermodynamik 380.

Druck von Leonhard Simion in Berlin SW.

Digitized by Google

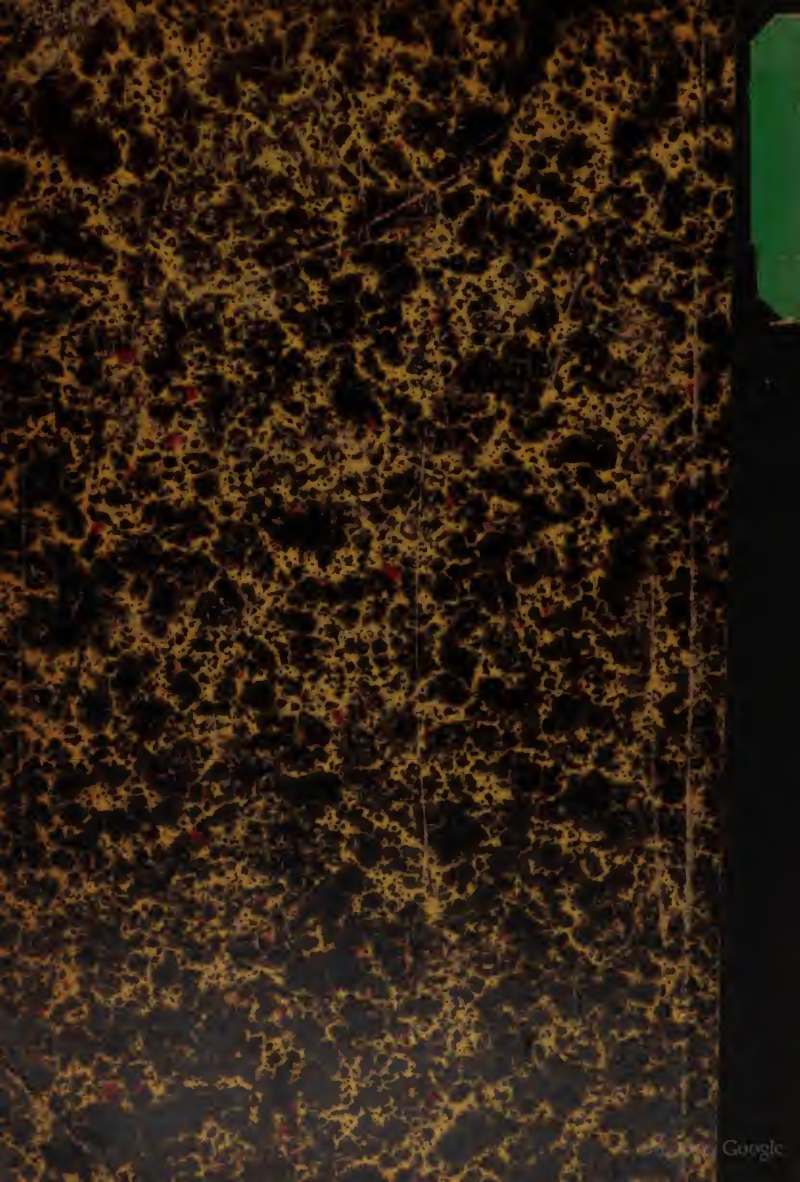
HD
4802
A7
V.36
1898

Stanford University Libraries
3 6105 015 263 101

DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA
94305

Digitized by Google


Google